

**DAS
ARGUMENT
50**

**KRITIK
DER
BÜRGER
LICHEN
SOZIAL
WISSEN
SCHAFTEN**

DAS ARGUMENT

**Zeitschrift
für Philosophie und Sozialwissenschaften
Nr. 50
Sonderband zum 10. Jahrgang**

Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften

Erster Teil

Wilfried Gottschalch: Lehrfreiheit und Politik	1
Joachim Hirsch: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus	11
K. H. Tjaden: Konservative Gehalte soziologischer Theorien	34
Frigga Haug: Soziologie in der DDR	43

Zweiter Teil

Herbert Schnädelbach: Was ist Ideologie?	71
Karl Theodor Schuon: Typologie und kritische Theorie	93
Bassam Tibi: Theorien der Konvergenz kapitalistischer und sozialistischer Industriegesellschaften	125
Hans-Ulrich Deppe: Die technische Effizienz in Schelskys „Wissenschaftlicher Zivilisation“	141
Christian Sigrist: Der Begriff der Herrschaft und das Problem der Anarchie	147
Jörg Kammler: Herrschaft und politische Wissenschaft	159
Richard Saage: Zum Begriff der Parteien und des Parlaments bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz	174
Manfred Hahn: Das „Machen“ von Verfassungen	194
Gerhard Göhler: „Dezisionismus“ in den USA	204
Sebastian Herkommer: Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein	208

Dritter Teil

Zur Sozialkritik der Psychologie, Psychiatrie, Medizin

Sigmund Freud:	
Soll Psychoanalyse an den Universitäten gelehrt werden?	223
Erich Wulff:	
Grundfragen transkultureller Psychiatrie	226
Klaus Horn:	
Politische und methodologische Aspekte gruppen- dynamischer Verfahren	261
Hans-Ulrich Deppe:	
Zum „Objekt“ der Medizin	284
Henner Ritter:	
Grenzen der Emanzipation von Sexualität und Familie im Spätkapitalismus	299

Wilfried Gottschalch

Lehrfreiheit und Politik

Gegenerklärung zu der Anschuldigungsschrift des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 13. 2. 1969

1. Allgemeine Erörterungen

In der Anschuldigungsschrift des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 13. Februar 1969 wird mir vorgeworfen, bei politischer Betätigung nicht diejenige Mäßigung und Zurückhaltung gewahrt zu haben, die sich aus meiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten meines Amtes ergeben. Demnach hätte ich ein Dienstvergehen gegen § 19 LBG begangen.

Ich bin der Auffassung, daß ich mich keines Verstoßes gegen den § 19 LBG schuldig gemacht habe. Alle meine Äußerungen fallen unter die Garantie des Artikels 5 GG.

Nach Hamann¹ ist die Ansicht, daß Lehrfreiheit nur akademische Lehrfreiheit bedeutet, abzulehnen. Wenn z. B. ein Universitätslehrer vor einem geladenen Kreis seine Meinung vorträgt, lehrt er. Andernfalls dürften Publikationen und Vorträge von Hochschullehrern ja auch nur Inhabern von Studentenausweisen zugänglich gemacht werden. Der Hochschullehrer ist also nicht nur frei in der Wahl der Sachverhalte, die er zum Gegenstand von Wissenschaft, Forschung und Lehre macht, er ist auch autonom in der Wahl der Adressaten seiner wissenschaftlichen Leistungen. Nach Hamann gilt das Gesagte grundsätzlich auch in besonderen Gewaltverhältnissen, namentlich im Beamtenrecht: „Es gibt keinen herkömmlichen Grundsatz des Beamtenrechts des Inhalts, daß ein Beamter seine Forschungsergebnisse oder Lehrmeinungen der offiziellen Ansicht anpassen müßte. Das Gegenteil bildet für Hochschullehrer einen festen und unbestreitbaren Satz unseres Hochschulrechtes“².

Diese Auffassung wird vom Senator für Wissenschaft und Kunst offenbar auch nicht bestritten. Fraglich scheint ihm nur, ob die mir vorgeworfenen Äußerungen wissenschaftlichen Charakter haben. In Übereinstimmung mit Werner Hofmann definiere ich Wissenschaft „als methodisches, d. h. systematisches und prüfendes Herangehen an einen Untersuchungsgegenstand. Die Notwendigkeit einer solchen besonderen, von dem einfachen, ständig von uns praktizierten Wahrnehmen und Denken unterschiedenen, daher auch einer besonderen Schulung bedürfenden Erkenntnishaltung ist Ausdruck der Tatsache,

1 Andreas Hamann, Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Neuwied, Berlin 1961, S. 111.

2 a.a.O., S. 112.

daß Subjekt und Objekt des Erkennens voneinander geschieden sind. Im Denkvorgang setzt sich daher das Subjekt ins Verhältnis zu seinem Gegenstand: und allem Urteil haftet dabei die Möglichkeit zu Wahrheit und Irrtum an. Wissenschaft ist, wie alles Denken, der Versuch, den Unterschied von Subjekt und Objekt der Erkenntnis, und das heißt von Meinung und Gemeintem zu überwinden, zur Übereinstimmung von Urteil und Sachverhalt zu gelangen und diese Übereinstimmung nachzuweisen. Wissenschaft teilt also mit dem einfachen Denken die kognitive Grundsituation. Was sie diesem voraus hat, ist die größere Chance, kraft ihres methodischen Vorgehens zu ‚wahren‘, d. h. erweislich zutreffenden Ergebnissen zu gelangen“³. Mithin entscheidet nicht der Stil über die Wissenschaftlichkeit einer Äußerung, sondern allein die Tatsache, ob sie als Bestandteil eines wissenschaftlichen Denkwissenschaftlichen Zusammenhanges ausgewiesen werden kann. Das ist bei den inkriminierten Äußerungen ausnahmslos der Fall.

Lehrfreiheit schließt aber auch Freiheit der Lehrmethoden ein. Um Wissenschaft öffentlich zu machen, um möglichst viele Menschen an wissenschaftlichen Denkprozessen und -resultaten zu beteiligen, scheint es mir ratsam, weitgehend auf den in Deutschland mehr als in anderen Ländern üblichen Gebrauch „wissenschaftlicher“ Geheim- und Imponiersprachen zu verzichten und dafür mit dem didaktischen Prinzip der Verfremdung zu arbeiten, d. h. Mittel der intellektuellen Provokation zu gebrauchen. Hierbei geht es nicht etwa darum, komplizierte Sachverhalte zu simplifizieren, beabsichtigt wird vielmehr, Problembewußtsein, „Aha-Erlebnisse“ zu erwecken, indem Bekanntes wie Fremdes, Fremdes wie Bekanntes dargestellt wird. Die Mittel der intellektuellen Provokation, der didaktischen Verfremdung zielen nicht auf Kanzelabkündigungen, sie sind vielmehr Aufforderungen zur Diskussion, zur geistigen Auseinandersetzung. In einer Zeit und Gesellschaft, in der die Menschen so wenig realen Einfluß auf politische Entwicklungsprozesse haben und damit zu politischer Beteiligung kaum motiviert sind, wie das gegenwärtig in der Bundesrepublik und anderswo der Fall ist, bedarf es hierzu freilich zuweilen holzschnittartiger Kennzeichnungen. Die Auffassung, daß der Begriff „Wissenschaft“ politische Motive ausschließe⁴, teile ich nicht. Seit dem „Historismusstreit“ ist diese Frage in den Sozialwissenschaften umstritten. Kein Wissenschaftler hatte bisher den Mut, seine Meinung zu dieser Frage als das Schlußwort dieser Debatte auszugeben. Auch Juristen wären überfordert, müßten sie hierzu ein abschließendes Urteil geben.

Ich trage im folgenden meine Auffassung zu diesen Problemen vor: Hochschullehrer sind der ganzen Gesellschaft verpflichtet. Ihre Leistungen für die Öffentlichkeit dürfen sich nicht darauf beschrän-

3 Werner Hofmann, Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre, in: Werner Hofmann, Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/Main 1968, S. 71 f.

4 S. 8 der Anschuldigungsschrift.

ken, Studenten auf wissenschaftliche Berufe vorzubereiten und „Zweckgutachten“ für staatliche oder andere Auftraggeber zu liefern. Sie würden die Wissenschaftsfreiheit aufgeben, ihre moralische Autonomie und die Fähigkeit zum kritischen Vernunftgebrauch verlieren, leisteten sie nur nach besonderer Aufforderung Orientierungshilfe. Das politische Mandat der Hochschullehrer besteht aber gerade darin, Unabhängigkeit gegen alle politischen Institutionen und Interessengruppen zu wahren, der eigenen Arbeit nachzugehen, sich selber die Probleme herauszusuchen und das Wort an die Herrscher und Beherrschten zu richten⁵. Die Hochschullehrer müssen sich dagegen wehren, ihre politische Funktion auf die Verfeinerung der Techniken für den administrativen und interessenpolitischen Hausgebrauch der jeweiligen Machthaber einengen zu lassen. Sie haben das Recht und die Pflicht, sich zu allen politischen Fragen wertend zu äußern. Zumal politische Wissenschaft hat kritische Wissenschaft zu sein. Ihre Aufgabe ist es, Machtmißbrauch zu enthüllen und die intellektuellen, juristischen und politischen Freiheiten der Bürger zu mehren. Darin stimme ich mit Franz Neumann⁶ überein, jenem Politikwissenschaftler, der neben Otto Kirchheimer besonders nachhaltig Einfluß auf mein wissenschaftliches und politisches Denken hat. Beide waren überdies Juristen. Gerade diese Aufgabe motivierte mich nach dem Erlebnis der Nazizeit und meinen Erfahrungen in der SBZ bzw. DDR, Sozialwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der politischen Wissenschaft zu wählen.

Eine ähnliche Auffassung vertritt auch der amerikanische Soziologe C. Wright Mills: „Es ist die politische Aufgabe des Sozialwissenschaftlers wie eines jeden liberalen Erziehers, die persönlichen Sorgen ständig in die Gesamtsituation zu übertragen und diese wiederum im Hinblick auf das Schicksal der Individuen zu interpretieren. Es ist seine Aufgabe, in seiner ganzen Arbeit — und als Erzieher auch in seinem Leben — diese Kunst des sozialen Denkvermögens zu zeigen. Es ist ferner sein Ziel, diese Kunst jene Männer und Frauen zu lehren, die in seinem Wirkungsbereich stehen. Wer diesem Ziele dient, dient der Vernunft und der Individualität und läßt sie zu den bestimmenden Werten der demokratischen Gesellschaft werden.“⁷

Da ich mich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekenne und meine politische Tätigkeit am Bonner Grundgesetz und der Berliner Verfassung orientiere, fühlte und fühle ich mich verpflichtet, alle antidemokratischen Tendenzen in unserer politischen Wirklichkeit scharf zu kritisieren und zu bekämpfen. Das ist übrigens auch eine meiner beamtenrechtlichen Aufgaben.

Ein Verstoß gegen den § 19 LBG läge meiner Auffassung nach unter folgenden Bedingungen vor:

5 C. Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied und Berlin 1963, S. 233.

6 Franz Neumann, Die politische Wissenschaft in der Demokratie, Berlin 1950.

7 C. W. Mills, a.a.O., S. 240 f.

1. wenn sich meine Äußerungen auf die bloß werbende Unterstützung politischer, konfessioneller, weltanschaulicher, wirtschaftlicher oder anderer Programme beschränkten,
2. wenn ich Studenten, die von mir abhängig sind, zu einem politischen Tun oder Lassen aufgefordert, wenn ich also agitiert hätte,
3. wenn meine Kritik lediglich in gehässiger, verhetzender oder diffamierender Absicht vorgetragen worden wäre.

Verletzung der unter 1. und 2. genannten Bedingungen wirft mir der Senator für Wissenschaft und Kunst, wenn ich das Anschuldigungsschreiben richtig interpretiere, nicht vor.

Die Kritik wurde auch nicht in gehässiger, verletzender oder diffamierender Weise vorgetragen. Jedenfalls waren meine Formulierungen längst nicht so zugespitzt wie jene Äußerungen, die Parlamentarier ohnehin einander zuwerfen und dann tolerieren. Wären sie im Bundestag gefallen, hätte es nie einen Ordnungsruf des Bundestagspräsidenten gegeben. Folglich konnten sie schon nach ihrer äußeren Form nicht verletzen, beleidigen oder diffamieren.

Mit keiner meiner Äußerungen wollte ich den Senat von Berlin oder einen seiner Vertreter diffamieren. Das ist mir schon deshalb nicht möglich, weil ich als Wissenschaftler von einer deterministischen Konzeption her jede Schuldtheorie ablehne und infolgedessen Diffamierungen als unzulässige Personalisierung betrachte. Ich kritisiere nicht Personen, sondern deren Verhalten und Einstellung. Haß kommt als Motiv schon deswegen nicht in Frage, weil ich keine der genannten Personen seinerzeit persönlich kannte. Da ich in allen sozialen Beziehungen außerhalb meines engsten Lebenskreises auf freundliche oder kritische Distanz bedacht bin, ist meine Fähigkeit zu emotionaler Ablehnung ebenso gering entwickelt wie die zu emotionaler Zuneigung.

2. Zu den einzelnen Vorwürfen

1. In dem Artikel „Wahl ohne Alternative“ beabsichtigte ich, zum Nachdenken darüber anzuregen, ob der Bürger tatsächlich ausreichenden Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß hat, wenn er unter Kandidaten, die sich in wesentlichen politischen Fragen kaum unterscheiden, jene aussuchen kann, die ihm am besten gefallen. Von einer Gleichsetzung des westdeutschen mit dem polnischen Gesellschaftssystem kann schon deswegen keine Rede sein, weil ich ja ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß man, um zu der vorgetragenen Auffassung zu kommen, von den übrigen Gegensätzen in den jeweiligen Gesellschaftssystemen absehen muß. Meine Kritik hier wie später in der KU-Rede richtete sich hinsichtlich des Parteiensystems vor allem gegen jene Tendenzen, die, wie auch von anderen Politikwissenschaftlern und Soziologen immer wieder erörtert wird, aus den Parteien als Organe der politischen Willensbildung des Volkes Dienstleistungsparteien machen, die sich den Wählern als Vehikel zur Befriedigung von Konsumentenwünschen anbieten.

Die Kennzeichnung der CDU und SPD als „demoskopisch“ halte ich für zutreffend. Damit ist aber anders als im Anschuldigungsschreiben S. 9 behauptet wird, weder gesagt, daß es in diesen Parteien keine demokratischen Komponenten mehr gebe, noch daß sie die Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland „vorsätzlich“ verhindern. Hätte ich das ausdrücken wollen, hätte ich es auch entsprechend formuliert.

Mir kommt es in meiner wissenschaftlichen Arbeit nicht auf die Absichten an, die jemand verkündet, wohl aber auf die Funktion, die ein politisches Wirken hat. Ich meine also nicht, daß CDU und SPD vorsätzlich die Demokratisierung Deutschlands verhindern, wohl aber, daß ihre bisherige Politik die Chancen für die Demokratisierung Deutschlands fortschreitend minderte und gefährdete. Etwas anderes aus dem Text herauslesen zu wollen, zeugt zumindest von geringem hermeneutischen Training. Nicht die formalen Rechte, die Bürger in der Bundesrepublik und in Westberlin haben, stehen in meinen Arbeiten zur Debatte, wohl aber die realen Chancen. Im Hinblick auf die Möglichkeit, neue Parteien zu gründen, sind diese angesichts der 5-Prozentklausel, der Parteienfinanzierung usw. politisch nicht relevant.

Ohne Zweifel war es ein Fehler von mir, daß ich die SED (SEW) in meiner Kolumne nicht erwähnte. Doch halte ich die SED aus drei Gründen nicht für eine mögliche Alternative:

Erstens ist die SED mit einer Vergangenheit belastet, die viele Sozialisten nach wie vor daran hindert, dieser Partei ihre Stimme zu geben. Zweitens ist die innerparteiliche Demokratie in der SED mindestens ebenso dünnblütig wie in SPD und CDU. Wie soll aber eine Organisation, in der autoritäre Tendenzen vorherrschen, die Demokratisierung der Gesellschaft wirksam fördern können? Drittens ist die SED — wie viele andere kommunistische Parteien — eine Art außenpolitische Agentur der Sowjetunion. Da die Außenpolitik der Sowjetunion die Stabilisierung des status quo will, ist sie nicht an wesentlichen Änderungen der Machtstrukturen in anderen Ländern interessiert. So dient auch die Politik der SED der Erhaltung des status quo.

Wenn es in der Anschuldigungsschrift heißt, ich hätte das Wahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland als genauso undemokratisch hingestellt wie das in der Volksrepublik Polen, so ist das ebenfalls eine ungenaue Wiedergabe meiner Äußerungen. Nicht das Wahlrecht habe ich zur Diskussion gestellt, sondern den realen Prozeß der Wahlen. Überdies habe ich eine Frage formuliert, keine Antwort: „Mit welchem Recht nennt man unter diesen Umständen die Wahlen in Westberlin demokratisch und denunziert Wahlen in Polen als undemokratisch?“ Auf diese Frage gibt es verschiedene Antworten. Auf Grund eines Demokratieverständnisses, das an Joseph Schumpeter orientiert ist⁸, müßte man sowohl die Westberliner als auch die pol-

8 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München 1950, S. 428

nischen Wahlen demokratisch nennen. Geht man von einem historisch-inhaltlichen Demokratiebegriff aus⁹, dann sind sie hier vor dort nicht besonders demokratisch. Ist man im Freund-Feind-Denken befangen, dann sind Westberliner Wahlen demokratisch, polnische undemokratisch oder umgekehrt, je nachdem mit welchem „Lager“ man sich identifiziert.

Daß es mit den politischen Freiheiten in Polen nicht weit her ist, ist mir nur zu gut bekannt. Aber auch in der Bundesrepublik können Demokraten, gerade weil sie Demokraten sind, auf dem Verwaltungswege aus Parteien ausgeschlossen werden, was folgenreich ist, weil bei uns die Parteien eine ganze Reihe politischer Monopole, z. B. das der Besetzung von Wahlämtern besitzen. Auch bei uns schützt die Polizei Menschen, die mit der raffiniert gelenkten „öffentlichen Meinung“ nicht übereinstimmen, unzureichend vor dem Pöbel. Auch bei uns werden Studenten und Hochschullehrer öffentlicher Diffamierung ausgesetzt.

2. Die Ausführungen vom 6. Juni 1967 müssen aus der damaligen Situation verstanden werden. Isoliert betrachtet mögen die Äußerungen in der Tat überspitzt erscheinen. Sie hatten jedoch im Gegensatz zu der Auslegung der Anschuldigungsbehörde eher beruhigende Wirkung. Die auf Albertz bezogenen Worte, daß er für den Beruf des Pastors keine Fähigkeit besäße, habe er ja selbst eingesehen, betraf mehrere Vorwürfe von seiten der Studenten, die davon ausgingen, gerade er als Pfarrer sei ja zu besonderer Menschlichkeit verpflichtet. Ich wollte, daß diese unerquickliche Frage nicht mehr diskutiert werden sollte. Das erreichte ich auch.

Bei der Formulierung „Regierender Stockmeister“ ging es mir nicht um eine Beschimpfung, sondern um eine holzschnittartige Kennzeichnung des Verhaltens des damaligen Regierenden Bürgermeisters, die dieser überdies auch nicht als Beleidigung empfand. Anlässlich seiner Vernehmung zu diesem Disziplinarverfahren am 19. 7. 1968 äußerte er gegenüber Herrn Regierungsdirektor Noack als Untersuchungsführer: „Was wollen Sie denn überhaupt, das war doch ein ganz ehrenwerter Beruf.“ Ich halte es für einen Rückfall in das Mittelalter, wenn man Menschen, die im Strafvollzug stehen, für nicht ehrenwert hält. Nicht ehrlos war meiner Auffassung nach das damalige Verhalten des Herrn Albertz, wohl aber anachronistisch, und sein anachronistisches Agieren wollte ich zutreffend charakterisieren. Im übrigen war ich von einem Balkon der Wielandstraße als Augenzeuge der Polizeiausschreitungen am 2. 6. 1967 und habe in der folgenden Nacht an den ersten Ermittlungen im Fall Ohnesorg teilgenommen. Herr Albertz hatte sich seinerzeit mit dem Verhalten der Polizei identifiziert. Später korrigierte er bekanntlich sein Urteil. Die Albertz unterstellte Aufforderung, den Demonstrationswillen der Studenten zu brechen (sie hing als Spruchband über der Redner-

⁹ Z. B. Alfred Weber, Staat und gewerkschaftliche Aktion, Köln-Deutz, o. J., S. 12.

tribüne des Auditorium Maximum), konnte ich seinerzeit auf diesem Hintergrund für wahr halten.

Die Behauptung: „In Fragen dieser Art waren sogar die Nazis noch anständiger“ — es ging um das damalige, später widerrufenes Verbot einer öffentlichen Beerdigung des Studenten Ohnesorg — ist keine Beschimpfung. Sie bezog sich darauf, daß die Nazis sowohl die öffentliche Beerdigung des Berliner SPD-Vorsitzenden Künstler wie die des Breslauer Sozialdemokraten Eckstein erlaubten.

Auch hier überrascht mich wieder die Interpretation seitens des Senators für Wissenschaft und Kunst. Auf Seite 10 der Anschuldigungsschrift wird zitiert: „Die Juden wurden von den Vorgängern — ich meine das rein chronologisch — umgebracht oder vertrieben.“ Gerade die Einfügung „ — ich meine das rein chronologisch — “ soll ja zeigen, daß zwischen den von mir kritisierten Gruppen und den nazistischen Vorgängern weder in den Absichten noch in allen Funktionen volle Identität herrscht. Ich dachte an dieser Stelle auch weniger an die offizielle politische Führung unserer Stadt, als an jene, die die Kommunikationsmittel beherrschen. Denen kann ich freilich nicht den Vorwurf ersparen, daß sie in nur zu vielen Fällen zu den Mitteln der Pogromhetze griffen und dabei genau jene psychotechnischen Mittel gebrauchten, die Gegenstand der Vorurteilsforschung sind¹⁰. Ein globales Urteil über die Politik des Senats von Berlin sprach ich nicht aus. Was ich kritisierte, war die meiner Meinung nach in der Tat antidemokratische Politik des Senats gegen die Studenten (das schließt nicht aus, daß er auf anderen Gebieten demokratische Politik übt, wenn ich hiervon auch wenig wahrnehme), die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters, in der mir damals bekannten Form, und die seinerzeitige Billigung der Polizeiausbreitungen durch den Senat.

Bei dieser Kritik kam es mir nicht darauf an zu diffamieren, sondern den Regierenden Bürgermeister und den Senat von Berlin an ihre Verpflichtungen aus der Berliner Verfassung zu erinnern. Angesichts der damaligen Situation in dieser Stadt erschien mir die hierfür gewählte Form als angemessen. Gerade weil ich als Beamter in einem Rechtsstaat zur Loyalität gegen Institutionen (Verfassung usw.), nicht aber gegen Personen (siehe Eidesformel) verpflichtet bin, fühle ich mich überall dort zur Kritik verpflichtet, wo es politische Amtsträger an dieser Loyalität gegen Institutionen missen lassen. Nicht nur seinerzeit, sondern auch später hatte ich Anlaß, an der Verfassungstreue politischer Amtsträger zu zweifeln.

Weiter habe ich als Professor gegen Studenten auch eine gewisse Fürsorgepflicht. Mir bleibt also nichts anderes übrig, als immer dann, wenn gegen Studenten — von wem auch immer — Pogromhetze getrieben wird, für diese einzutreten. In Situationen, in denen mir keine Zeit für ausreichende Wahrheitsfindung bleibt, verhalte ich mich schließlich wie der Richter, sofern er die Prinzipien liberaler

10 Vgl. besonders: Franz Neumann, Angst und Politik. Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart Nr. 178/179, Tübingen 1954.

Rechtsstaatlichkeit respektiert. Das heißt, ich vermute im Zweifelsfalle für den Angeklagten, für den Schwächeren, für die Freiheit.

3. In der Rede vom 1. 11. 1967 trug ich Lehrmeinungen vor, die in der politischen Wissenschaft und Soziologie seit Jahrzehnten diskutiert werden. Ich kann mich hierbei u. a. auf Hermann Heller, Herbert Marcuse, Franz Neumann, Otto Kirchheimer, Karl Löwenstein, Gerhard Leibholz berufen¹¹. Die Formulierung „Demo-autoritäres System“ z. B. stammt von Karl Löwenstein. Nahezu wörtlich habe ich den Satz „Die Regierungen kommen zwar noch auf demokratische Weise ins Amt, dann aber regieren sie autoritär“ aus seiner Verfassungslehre entnommen¹². Ähnlich wie ich hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Apel über den Funktionsverlust des Parlaments geklagt. Er verglich das Parlament mit einem Notariat¹³. Nur wer keine gediegenen Kenntnisse der Verfassungslehre hat, kann meine Formulierung, daß „von der Verfassungswirklichkeit her gesehen die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin schon seit den fünfziger Jahren keine parlamentarische Demokratie ist“, so interpretieren, wie das auf S. 11 der Anschuldigungsschrift geschah. Der Interpret der Anschuldigungsbehörde hat offenbar keine Kenntnis von jenen Diskussionen in politischer Wissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft, die den Konflikt zwischen Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit zum Gegenstand haben. Diese Diskussion ist nicht nur durch kognitives Interesse motiviert, sondern auch durch die bittere Sorge, daß die verfassungsmäßigen Organe ihren Verpflichtungen aus Artikel 20 Abs. 3 GG, ob sie wollen oder nicht, aus funktionellen Gründen nur sehr unzureichend nachkommen können. Daß ich behauptet hätte, in der Bundesrepublik herrschten „überhaupt keine demokratischen Verhältnisse“, ist eine Unterstellung, deren mögliche Motive ich nicht erörtern will.

11 Martin Drath, Die Gewaltenteilung im heutigen deutschen Staatsrecht, in: Faktoren der Machtbildung, Bd. 2, Berlin 1952; Hermann Heller, Europa und der Faschismus, 2. Auflage 1931; ders., Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930; ders., Staatslehre, Leiden 1934; Otto Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt/Main 1964. Hier vor allem auch die Aufsätze: Weimar — und was dann? / Zur Frage der Souveränität / Wandlungen der politischen Opposition; ders., Politische Herrschaft, Frankfurt/Main 1967. Vor allem die Aufsätze: Legalität und Legitimität / Restriktive Bedingungen und revolutionäre Durchbrüche / Deutschland oder der Verfall der Opposition / Über den Rechtsstaat; Gerhard Leibholz, Der Strukturwandel der Demokratie, Karlsruhe 1952; Karl Löwenstein, Verfassungslehre, Tübingen 1959, S. 92 ff.; Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. Wieder abgedruckt in: Marcuse, Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt/Main 1965; Franz Leopold Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/Main 1967. Hier vor allem die Arbeiten: Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaften / Ökonomie und Politik im 20. Jahrhundert.

12 Karl Löwenstein, a.a.O., S. 93 f.

13 Zitiert nach Eugen Kogon in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Nr. 4 vom 26. 1. 1968, S. 3.

Daß in kapitalistischen Gesellschaften faschistische und imperialistische Tendenzen und Komponenten wirksam sind, ist nicht auf eine mögliche Originalität meines Denkens zurückzuführen. Sowohl in der nichtmarxistischen wie in der marxistischen Imperialismus- und Faschismusforschung wird immer wieder auf die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft einerseits und imperialistischen bzw. faschistischen Tendenzen im politischen System andererseits hingewiesen. Ich verweise hier auf die Kapitel „Das Problem des Imperialismus im ‚Finanzkapital‘“ und „Die Antwort Hilferdings auf die Herausforderung durch den Nationalsozialismus“ in meinem Buch „Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding“. Dort finden sich entsprechende Literaturhinweise¹⁴.

3. Schlußbemerkungen

Nach sorgfältiger Prüfung des Freiheitsraumes, den Artikel 5 des GG sowie die entsprechenden Bestimmungen der Berliner Verfassung gewähren, habe ich die Gewißheit, daß ich mich keines Dienstvergehens im Hinblick auf den § 19 des Landesbeamtengesetzes schuldig gemacht habe.

Ich bekenne mich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und orientiere meine politische Tätigkeit am Bonner Grundgesetz und der Berliner Verfassung. Daher fühle ich mich verpflichtet, alle antidemokratischen Tendenzen in unserer politischen Wirklichkeit scharf zu kritisieren und zu bekämpfen.

Der Verfassungsgrundsatz der Lehrfreiheit schließt nicht nur die Wahl der Lehrgegenstände und Adressaten ein, sondern auch Methodenfreiheit. Ich halte es daher für legitim, die Mittel der intellektuellen Provokation und Verfremdung anzuwenden.

Ich beabsichtige nicht, irgendeine Person oder Personengruppe zu diffamieren. Als Wissenschaftler bin ich Determinist, lehne also schon deswegen die moralische Bewertung menschlicher Handlungen ab.

Da ich mit meinen Äußerungen weder zu einem politischen Tun oder Lassen aufrief noch einseitig für politische, konfessionelle,

¹⁴ Wilfried Gottschalch, Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962. Vgl. auch: Carl Brinkmann, Imperialismus als Wirtschaftspolitik, in: Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, München und Leipzig 1925; Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Neuauflage, Frankfurt/Main 1968; Franz Neumann, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism, London 1943; Helmuth Pleßner, Die verspätete Nation, Stuttgart 1966; ders., Wie muß der deutsche Nation-Begriff heute aussehen? in: Merkur 228, März 1967; Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in: Otto Bauer u. a., Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt/Main 1967; Edgar Salin, Wirtschaft und Staat, Berlin 1932; ders., Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Die Zeit, 15. Jg. Nr. 39, 40, 41, 1960; Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950; Heinrich von Stackelberg, Marktformen und Gleichgewicht, 1934.

weltanschauliche oder andere Programme warb, noch den Senat von Berlin oder einen seiner Vertreter beleidigte, kann mir ein Verstoß gegen die dem Beamten gebotene Mäßigung nicht vorgeworfen werden. Alle meine Thesen lassen sich in wissenschaftliche Denkw Zusammenhänge einordnen.

Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, meine Diskussionsbeiträge stünden im Gegensatz zu der hier gezeigten Auffassung, so bedauere ich dieses Mißverständnis, das wohl aus sozialer Angst, Mangel an Liberalität, demokratischem Bewußtsein und intellektuellem Training bei meinen politischen Gegnern resultiert.

Die in dem Anschuldigungsschreiben des Senators für Wissenschaft und Kunst dargelegten Vorwürfe weise ich zurück.

Joachim Hirsch

Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus

Ökonomische Grundlagen administrativer „Wissenschaftsförderung“ in der Bundesrepublik

Betrachtet man die politische Entwicklung seit Beginn der sechziger Jahre, so ist eines der auffallendsten Phänomene das wachsende Gewicht von Wissenschaft und Bildung in der öffentlichen Diskussion. Der veränderte Stellenwert dieser Thematik wird nicht allein dadurch dokumentiert, daß sie zum bevorzugten Gegenstand politischer Programm- und Festreden geworden ist und Material für eine steigende Flut von Publikationen liefert. Sehr viel handgreiflicher läßt sich der politische Bedeutungswandel von Wissenschaft und Bildung am rapiden Anwachsen der für sie bereitgestellten öffentlichen Finanzmittel und an ihrer zunehmenden institutionellen Verankerung im engeren und weiteren Regierungsapparat (Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Wissenschaftsrat, Bildungsrat usw.) ablesen. Man muß sich fragen, wo die Ursachen für diese Entwicklung liegen. Dabei wird sich rasch herausstellen, daß der abstrakte Verweis auf eine quasi naturwüchsige Eigendynamik fortgeschrittener Industriegesellschaften oder gar der Rekurs auf eine individualistisch begriffene menschliche Neugier nicht viel weiter helfen. Beides erklärt nicht den zeitlich ziemlich genau fixierbaren Punkt, an dem Wissenschafts- und Bildungspolitik zu einem beherrschenden politischen Thema werden, noch das plötzlich verstärkt einsetzende Engagement der staatlichen Administration im Bereich von Wissenschaft, Forschung und industrieller Entwicklung. Gerade aber die Tatsache, daß Wissenschaft und technologische Entwicklung aus der Zuständigkeit des isolierten Forschers und aus dem partiellen Profitinteresse des einzelnen Unternehmens herausgehoben wurden, daß beides zu einem zentralen Betätigungsfeld für die staatliche Bürokratie geworden ist, kennzeichnet den derzeitigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung. Will man den damit implizierten Zusammenhängen nachgehen, so bedarf es zunächst einmal einer Untersuchung der Wachstums- und Stabilitätsbedingungen des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Inzwischen herrscht kaum mehr Zweifel daran, daß Stabilität und Wachstum des monopolistischen Kapitalismus vorrangig von einer bestimmten Rate und einer besonderen Qualität des technischen Fortschritts abhängig geworden sind, daß Wissenschaft und Bildung dabei sind, die Stellung eines entscheidenden Produktionsfaktors einzunehmen, dessen Eigenheit freilich darin besteht, von den Mechanismen individueller Spontaneität und marktwirtschaftlichen Wettbewerbs nur unzulänglich entfaltet zu werden.

I. Technischer Fortschritt, ökonomisches Wachstum und politische Stabilisierung im entwickelten Kapitalismus

Seit dem zweiten Weltkrieg ist bei der bürgerlichen Nationalökonomie ein zunehmendes Interesse für wachstumstheoretische Probleme zu verzeichnen. Als Ursache dafür werden häufig die auf Wachstumsraten fixierte Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Staaten und die Entwicklungsländerproblematik zitiert. Daneben wird darauf verwiesen, daß nach der theoretisch einigermaßen erfolgreichen Bewältigung des „kurzfristigen“ Vollbeschäftigungsproblems durch die Keynesianische Theorie man sich nunmehr wieder stärker den Bedingungen einer langfristigen Wohlstandssteigerung zuwenden könne¹. So wichtig diese Gründe auch sein mögen, so darf aber doch nicht darüber hinweggesehen werden, daß sich mit der Wachstumsproblematik ganz grundsätzlich die Existenzfrage des spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verbindet, ökonomisch wie politisch. Konkreter formuliert, geht es um die von den Produktionsverhältnissen diktierte Alternative zwischen der Aufrechterhaltung einer bestimmten Rate fortwährender Expansion des Produktionsapparates und krisenhafter Stagnation des Gesamtsystems oder, damit verbunden, um die Gewährleistung desjenigen Maßes an kontinuierlichem Wachstum, welches jährlich verteilbare Sozialproduktszuwächse von einiger Größe und damit die Aufrechterhaltung des quasi-pluralistischen Verteilerbetriebes im „sozialstaatlich“ gewendeten Kapitalismus garantiert.

Am vereinfachten Modell demonstriert, stellen sich die ökonomischen Zusammenhänge etwa wie folgt dar: Zu jedem Zeitpunkt wird das Produktionspotential einer (geschlossenen, d. h. zunächst einmal ohne Außenhandelsbeziehungen betrachteten) Wirtschaft durch die Nachfrage nach Investitionsgütern einerseits, nach Konsumgütern andererseits in Anspruch genommen. Bei einer unter anderem durch die gegebene Einkommensverteilung determinierten und soweit als gegeben anzusehenden Spar- bzw. Konsumneigung hängt der Auslastungsgrad des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates — staatliche Aktivität ausgeklammert — von der Höhe der unternehmerischen Investitionen ab. Ein bestimmter Umfang der Investitionsnachfrage ist notwendig, damit das bestehende Produktionspotential voll in Anspruch genommen und damit Vollbeschäftigung sowie die optimale Höhe des Sozialprodukts garantiert wird. Dieser Zusammenhang kann als „Einkommenseffekt“ der Investitionen bezeichnet werden. In der kurzfristigen Analyse der Keynes'schen Theorie steht er allein zur Debatte. Erweitert man aber den Zeithorizont, so muß in Betracht gezogen werden, daß die Nachfrage nach Investitionsgütern zwar zunächst neues Einkommen entstehen läßt (Löhne und Gewinne in der Investitionsgüterindustrie und davon ausgehend auch

1 Vgl. *Gottfried Bombach*, Artikel „Wirtschaftswachstum“ im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 12, S. 763 ff.; *Heinz König*, Ansätze und Probleme der Wachstumstheorie, in: *Ders. (Hrsg.)*, Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, Köln-Berlin 1968, S. 15 ff.

in der Konsumgüterindustrie), daß aber mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die getätigten Investitionen auch einen „Kapazitäts-effekt“ haben, d. h. sie vergrößern den bisher vorhandenen Produktionsapparat. In der Folgezeit muß also zusätzliche Nachfrage bereitstehen, wenn nicht eine krisenhafte Unterbeschäftigung des nunmehr erweiterten Produktionsapparates riskiert werden soll. Bei der gegebenen technischen Struktur (Verhältnis von Konsum- und Investitionsgütersektor) und bei der durch die gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse bestimmten Einkommensverteilung wird dadurch eine weitere Expansion der Investitionsgüternachfrage erforderlich. Die dynamische Stabilität des Gesamtsystems hängt mithin davon ab, daß die Investitionsnachfrage in ständigem Steigen begriffen, d. h. kontinuierliches Wachstum gewährleistet ist. In der Realität gibt es aber keinen einfachen ökonomischen Mechanismus, welcher dafür sorgt, daß die jeweils notwendige Nachfrage auch wirklich vorhanden ist. Der Umfang der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage hängt bei gleichbleibender Einkommensverteilung von der erwarteten Rentabilität privater Investitionen, d. h. von den Gewinnaussichten der Unternehmer oder von den Möglichkeiten der öffentlichen Hand ab, durch Staatsaufträge brachliegende Kapazitäten auszulasten und damit volkswirtschaftliche Überschüsse in irgendeiner Form zu absorbieren.

Das Versagen der bürgerlichen Wirtschaftstheorie

In der nachkeynesianischen Wachstumstheorie wurde der Bedeutung des technischen Fortschritts für das ökonomische Wachstum zunächst kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Seit einigen Jahren erfreut er sich aber zunehmender Beachtung². Diese neue Blickrichtung dürfte zunächst einmal aus der Erkenntnis resultieren, daß technischer Fortschritt in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften während der vergangenen Jahrzehnte einen entscheidenden Wachstumsfaktor dargestellt hat. Geht man davon aus, daß das produktive Potential einer Wirtschaft nicht nur vom Bestand an physischem Kapital, von Zahl und Qualifikation der Arbeitskräfte und von der Unternehmens- und Wirtschaftsorganisation, sondern auch vom verfügbaren technischen Wissen bestimmt wird, dann

2 Gute Übersichten über die vorhandenen theoretischen Ansätze und Modelle findet man bei *Bombach*, a.a.O.; *Kurt Elsner*, Wachstums- und Konjunkturtheorie, in: *Kompendium der Volkswirtschaftslehre*, hrsg. v. Ehrlicher u. a., Bd. 1, Göttingen 1967, S. 244 ff. sowie in dem oben zitierten Reader von *Heinz König*. Zur Bedeutung des technischen Fortschritts in der modernen Wachstumstheorie vgl. *C. Chr. v. Weizsäcker*, Zur ökonomischen Theorie des technischen Fortschritts, Göttingen 1966; *A. E. Ott*, Artikel „Technischer Fortschritt“ im *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften* Bd. 10, S. 302 ff.; *Murray Brown*, *On the Theory and Measurement of the Technological Change*, Cambridge 1966; *Nelson-Peck-Kalachek*, *Technology, Economic Growth and Public Policy*, Washington D. C., 1967; *OECD (Hrsg.)*, *Science, Economic Growth, and Government Policy*, Paris 1963.

hängt die Rate des *technisch möglichen* Produktionszuwachses in mehr oder weniger entscheidendem Umfang von der Geschwindigkeit des technischen Fortschritts ab. Der entscheidende Beitrag dieses „dritten Faktors“ (neben Kapital und Arbeit) zum Wachstum der kapitalistischen Industriestaaten wurde mehrfach mit einiger Überzeugung nachgewiesen³. Er gewinnt besonders dann an Bedeutung, wenn die erwerbstätige Bevölkerung nicht mehr oder nur noch sehr langsam zunimmt, wenn also eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität primäre Wachstumsvoraussetzung wird.

Die Analyse des technisch möglichen Wachstums sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob und inwieweit es schließlich auch *ökonomisch realisiert* wird, ob also die Unternehmungen die Investitionsnachfrage entfalten, welche nach den oben angedeuteten Zusammenhängen zur Stabilisierung des Systems notwendig ist. Bei dieser Frage muß sich die Aufmerksamkeit auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals richten, d. h. auf die Voraussetzungen, welche den Unternehmern unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen profitable Investitionsmöglichkeiten eröffnen. Nun erweist schon die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen zweihundert Jahre den engen Zusammenhang, der oftmals zwischen der Einführung neuer Techniken und volkswirtschaftlichen Investitions- und Wachstumsperioden bestanden hat⁴. Seine theoretische Erforschung steht aber praktisch noch in den Anfängen. Insbesondere hat die moderne modellanalytische Wachstumstheorie infolge ihrer methodischen Selbstbeschränkungen zur Lösung gerade dieses entscheidenden Problems bisher nur wenig beitragen können.

Die mathematischen Wachstumsmodelle der herrschenden Wirtschaftstheorie haben methodisch den Charakter einer Explikation der *logischen* Bedingungen eines gleichgewichtigen Wachstums unter bestimmten, abstrakt gesetzten Prämissen und definitorischen Festsetzungen⁵. Der technische Fortschritt spielt in ihnen die Rolle einer Gleichgewichtsdeterminante, die stabiles Wachstum unter den Bedingungen des Modells möglich macht, ohne daß damit etwas über seine Funktion in der realen ökonomischen Entwicklung gesagt wäre.

3 Vgl. Nelson u. a., a.a.O.; Brown, a.a.O.; OECD, a.a.O.; Edward F. Denison, *The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives Before US. A Supplementary Paper of the Committee for Economic Development*, 1962; Elmar Freund, *Forschung — der dritte Faktor*, Mainz 1966.

4 Vgl. z. B. die Auswirkungen des Eisenbahnbaus auf den Investitionsboom der „Gründerjahre“ oder den Einfluß der Automobilproduktion auf die Wirtschaftsentwicklung der USA in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Joseph A. Schumpeter hat darauf praktisch seine Konjunktur- und Entwicklungstheorie begründet. Vgl.: *Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*, New York 1939.

5 Vgl. dazu K. Rose, *Erkenntniswert der Wachstumsmodelle*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Jg. 167/1956, S. 321 ff. und Hans Albert, *Wachstumsmodelle und Realität*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Jg. 169/1958, S. 120 ff.

Mangels empirischer Fundierung können weder reale ökonomische Wachstumsvorgänge kausalanalytisch erklärt werden, noch ist es möglich, etwas über die zur Erreichung eines gesicherten Wirtschaftswachstums notwendigen Maßnahmen zu sagen. Die herrschende Modellanalyse geht also kaum weiter, als das Ziel einer Wachstumsstabilisierung unter relativ willkürlichen und tautologischen Festsetzungen logisch zu explizieren⁶. Insbesondere ist nichts über die realen Bedingungen des Kapitalverwertungsprozesses gesagt, d. h., man erfährt nichts über die Voraussetzungen für ein unternehmerisches Investitionsverhalten, welches eine langfristige Stabilisierung des Systems ermöglicht. Das gesellschaftlich und politisch zentrale Problem des heutigen Kapitalismus wird also von der herrschenden Wirtschaftstheorie praktisch ausgeklammert. Angesichts des steigenden Umfangs wachstumstheoretischer Publikationen muß hier eine Fehlleitung wissenschaftlicher Bemühungen verzeichnet werden, welche die Reflexion über den ideologischen Charakter dieser Disziplin eigentlich geradezu aufdrängen müßte.

Etwas realitätsbezogener Auseinandersetzungen mit dem Problem der Investitionsgelegenheiten finden sich lediglich bei einer im Wissenschaftsbetrieb relativ peripheren Gruppe von „Stagnationstheoretikern“. Unter gewissem Rückgriff auf die Thematik der klassischen Nationalökonomien (Malthus, Ricardo, Mill) vertreten sie die Ansicht, daß „der langfristig zu beobachtende Rückgang des Bevölkerungswachstums in den Industriestaaten, das Erreichen von Expansionsgrenzen und der Verlust von Großraummärkten, die abnehmende Produktivität der Investitionen infolge der bereits hohen Kapitalakkumulation sowie die Tendenz zur Zunahme kapitalsparender Erfindungen und zur Erhöhung des Monopolisierungsgrades einen Rückgang der Investitionsmöglichkeiten und damit eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung zur Folge haben würde“⁷. Wenn sich die Vertreter der modellanalytischen Wachstumstheorie demgegenüber durch einen betonten Wachstums-Optimismus auszeichnen, so kann sich dieser bestenfalls auf eine etwas vorschnelle Verallgemeinerung der ökonomischen Nachkriegsentwicklung stützen. Aus ihren theoretischen Analysen ist er jedenfalls kaum abzuleiten.

Man muß also davon ausgehen, daß bei einer Untersuchung der Bedeutung des technischen Fortschritts für den gegenwärtigen Kapitalismus auf die Geschlossenheit und auf die formallogische Stringenz mathematischer Konstruktionen solange nicht gebaut werden

6 Albert, a.a.O., S. 123.

7 König, a.a.O., S. 18. Vgl. dazu P. A. H. Hansen, *Economic Progress and Declining Population Growth*, in: *American Economic Review*, Vol. 29/1939, S. 1 ff.; O. Lange, *Is the American Economy Contracting?*, in: *American Economic Review*, Vol. 29/1939, S. 503 ff.; J. M. Keynes, *Some Economic Consequences of Declining Population*, in: *Eugenic Review*, April 1937; G. H. Hildebrand, *Monopolization and the Decline of Investment Opportunity*, in: *American Economic Review*, Vol. 33/1943, S. 591 ff.; J. Steindl, *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, Oxford 1952.

kann, als es unmöglich ist, auf ausreichend komplexe, die differenzierten Vermittlungszusammenhänge realer ökonomischer Prozesse erfassende und empirisch begründete ökonometrische Modelle zurückzugreifen. Was bleibt, ist die Untersuchung empirisch feststellbarer Entwicklungen mit dem Ziel, die bestimmenden Tendenzen des spätkapitalistischen ökonomischen Prozesses herauszuarbeiten. Dieses Verfahren dürfte indes ergiebiger sein als das in der offiziellen Wirtschaftstheorie so beliebte Spiel mit abstrakten Rechenoperationen.

Verknappung der Arbeitskräfte

Vornehmlich zwei Entwicklungen haben die Arbeitskraft in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten zu einem tendenziell „knappen“ Faktor werden lassen: das relativ (im Verhältnis zur Rate der Kapitalakkumulation) langsame Bevölkerungswachstum und die wohlfahrtsstaatliche Vollbeschäftigungspolitik der Nachkriegszeit. Vollbeschäftigung ist insbesondere in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg zu einem wichtigen politischen Ziel aufgerückt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer der schwerwiegendsten dürfte die Furcht vor den Auswirkungen einer Massenarbeitslosigkeit auf das bestehende Herrschaftssystem sein, welche nach den Erfahrungen mit der „großen Krise“ der dreißiger Jahre in etwa absehbar sind. Dazu kommt die aufs ökonomische Feld verlagerte Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten. Da deren Planwirtschaften offene Arbeitslosigkeit praktisch kaum kennen, müßte eine größere Beschäftigungskrise die These von der grundsätzlichen Überlegenheit des kapitalistischen Systems in den Augen der Bevölkerung ernsthaft in Frage stellen. Zugleich wird aber auch erwartet, daß sich eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik langfristig als wachstumsstabilisierend auswirkt. Deshalb sind immer mehr Staaten dazu übergegangen, unter massivem Einsatz ihres geld- und finanzpolitischen Instrumentariums die Gesamtnachfrage etwa auf der Höhe des Vollbeschäftigungsniveaus zu halten. Dies geschieht vor allem durch eine konjunkturell ausgleichende Steuerung der privaten Investitionstätigkeit. Die Folge ist eine tendenzielle Stabilisierung der Investitions- bzw. Akkumulationsrate auf relativ hohem Niveau. Auf lange Sicht ist dadurch eine verschärfte Diskrepanz zwischen den Wachstumsgeschwindigkeiten der Arbeitsbevölkerung und des Realkapitals recht wahrscheinlich.

Unter diesen Bedingungen muß der Wachstumsprozeß, soweit er auf privater Akkumulation beruht, ins Stocken geraten, sobald neuerstellte Anlagen mangels verfügbarer Arbeitskräfte nicht mehr rentabel eingesetzt werden können oder der Nachfrageüberhang auf dem Arbeitsmarkt zu Reallohnsteigerungen führt, welche die Gewinnträchtigkeit neuer Investitionen beschränken. Günstige Investitionsgelegenheiten lassen sich dann nur noch dadurch schaffen, daß neue Produktionstechniken eingeführt werden, welche eine Vergrößerung der Arbeitsproduktivität mit sich bringen oder, anders ausgedrückt, eine Erhöhung des Kapitalkoeffizienten bei gleichblei-

bendem oder eventuell steigendem Kapitalertrag zulassen⁸. Diese Zusammenhänge helfen erklären, daß Kapitalakkumulation und technischer Fortschritt gesamtwirtschaftlich kaum zu trennen sind: Akkumulation setzt zumindest auf längere Sicht technischen Fortschritt voraus, während andererseits technische Innovationen ohne Kapitalinvestitionen kaum durchzuführen sind. Technischer Fortschritt gewinnt daher unter Vollbeschäftigungsbedingungen den Charakter eines „Katalysators“ im Akkumulationsprozeß⁹.

Einige modifizierende Faktoren dürfen allerdings bei diesem vorerst noch recht schematischen Zusammenhang nicht außer acht gelassen werden. Zunächst einmal kann der Nachfrageüberhang auf dem Arbeitsmarkt solange in Grenzen gehalten werden, als es innerhalb eines Wirtschaftsgebietes rückständige Branchen und Regionen gibt, aus denen Arbeitskräfte abgezogen werden können (z. B. Landwirtschaft, „Notstandsgebiete“) oder solange ein „Import“ von Arbeitskräften aus ökonomisch zurückgebliebenen Ländern möglich ist. Auf der anderen Seite erscheint es einigermaßen fraglich, ob es der kapitalistische Klassenantagonismus überhaupt gestattet, auf lange Sicht eine kontinuierliche Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben¹⁰. Die historischen Erfahrungen rechtfertigen immerhin einige Zweifel. Es muß jedoch beachtet werden, daß ein Druck auf die ökonomisch relevanten Realöhne bereits dann einsetzen kann, wenn gesamtwirtschaftlich die Vollbeschäftigungsgrenze noch nicht erreicht ist. Unterschiede im Qualifikationsniveau und die relative Immobilität der Arbeitskräfte können zu strukturellen Knappheiten führen, und eine starke Gewerkschaftsorganisation kann gegebenenfalls auch einmal bei einer gewissen Arbeitslosenquote überproportionale Reallohnerhöhungen erzwingen.

Das eben angesprochene Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte verdient im übrigen besondere Beachtung. Kontinuierlicher technischer Fortschritt erfordert eine ebenso kontinuierliche Anpassung der Ausbildungsvoraussetzungen und Qualifikationsmerkmale derer, die ihn hervorbringen oder handhaben müssen. Die von den Bedingungen des kapitalistischen Kapitalverwertungsprozesses erzwungene technische Innovationsrate schlägt damit recht unmittelbar auf die Struktur und die Inhalte des Erziehungs- und Ausbildungssystems durch. Die Anpassung des Arbeitspotentials an die notwendige Rate des technischen Fortschritts wird zur systemspezifischen Infrastrukturinvestition im Spätkapitalismus.

8 Vgl. Nelson u. a., a.a.O., S. 16 ff.; Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Köln-Berlin 1968, S. 54 ff.; Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M. 1968, S. 566; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart-Mainz 1967, S. 131 TZ. 254.

9 Vgl. Nelson u. a., a.a.O., S. 18.

10 Vgl. dazu Maurice Dobb, Vollbeschäftigung und Kapitalismus, in: Ders., Organisierter Kapitalismus, Frankfurt/M. 1966, S. 41 ff.; Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied 1966, S. 183 ff.; François Perroux, Feindliche Koexistenz?, Stuttgart 1961, S. 79.

Die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik wurde vom Ende der fünfziger Jahre bis zur Krise von 1966 ganz deutlich von der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte bestimmt. Während der Wiederaufbauphase nach 1950 konnte zunächst auf eine ansehnliche „Reservearmee“ qualifizierter Arbeitskräfte zurückgegriffen werden, welche durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus der DDR ständigen Zuwachs bekam. Auf diese Weise entfaltete sich — gestützt auf eine außenwirtschaftlich abgesicherte Dauerkonjunktur auf der Basis eines relativ niedrigen Lohnniveaus und daraus resultierender „Konkurrenzfähigkeit“ auf dem Weltmarkt — ein extensives Wirtschaftswachstum mit vergleichsweise hohen Wachstumsraten: das „Wirtschaftswunder“. Die rasche Kapitalakkumulation absorbierte indes allmählich das zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential. 1961 versiegte mit dem Bau der Mauer der Flüchtlingsstrom aus der DDR. Gastarbeiter „importe“ konnten — nicht zuletzt auch wegen unzureichender Qualifikation — die Lücke nicht dauerhaft schließen¹¹.

Die Krise von 1966/67 war schließlich unter anderem darauf zurückzuführen, daß in verschiedenen Wirtschaftsbereichen „Investoren in früheren Jahren die veränderten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichend vorausgesehen und deshalb Anlagen aufgebaut (hatten), die sie später wegen zunehmender Knappheit an Arbeitskräften nicht mehr gewinnbringend einsetzen konnten“¹². Die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Innovationsrate mit den entsprechenden Anforderungen an wissenschaftliche Forschung und Bildung war zur unabdingbaren Voraussetzung eines störungsfreien ökonomischen Wachstums geworden. Diese Lage hat sich nach dem

11 In den Jahren 1950 — 1960 wuchs die Zahl der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik jährlich um durchschnittlich 0,59 Millionen an. Im Zeitraum zwischen 1960 und 1967 war die durchschnittliche jährliche Zunahme jedoch auf 0,006 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug am 31. 12. 1951 noch 10,2%, fiel aber bis zum Jahre 1959 auf 3% (31. 3.) bzw. 0,9% (30. 9.). Trotz der angespannten Arbeitsmarktlage war das Wachstum der industriellen Nettoproduktion zu Beginn der sechziger Jahre zunächst noch kaum zurückgegangen. Die durchschnittliche jährliche Erhöhung des industriellen Nettoproduktionsindex betrug 1960—1966 5,0% gegenüber 5,4% zwischen 1950 und 1960 — eine Leistung, die nicht ohne kräftige Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen war.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz und Stuttgart Jg. 1960, S. 146 und Jg. 1968, S. 125 und S. 210. Vgl. auch Kurt Horstmann, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential, in: Heinz König (Hg.), Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1962, S. 1 ff.; Wolfgang Stützel, Betrachtungen zum Wachstum der westdeutschen Wirtschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 13/1968, S. 82 ff.; Wolfgang Lefèvre, Reichtum und Knappheit, in: Bergmann-Dutschke-Lefèvre-Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 94 ff.

12 Sachverständigenrat, a.a.O., TZ 64, S. 36.

inzwischen überwundenen Konjunkturrückschlag nicht grundsätzlich verändert¹³.

Technischer Fortschritt und Monopolisierung

Die ökonomische Funktion des wissenschaftlich technischen Fortschritts in spätkapitalistischen Wirtschaften verlangt indessen eine sehr viel differenziertere Beurteilung, wenn man deren monopolistische Struktur mit in Betracht zieht. Zunächst einmal spricht einiges dafür, daß der einer profitablen Verwertung harrende „volkswirtschaftliche Überschuß“¹⁴ im Monopolkapitalismus eine steigende Tendenz aufweist. Der Grund dafür liegt in der Preispolitik der unter oligopolistischen Marktverhältnissen operierenden Großunternehmen einerseits, in dem vom Kampf um Marktanteile und der Suche nach einer Vergrößerung der ökonomischen „Kampfstärke“ diktierten Zwang zur technischen Rationalisierung der Produktion auf der anderen Seite¹⁵. Die Folge derart wachsender Überschüsse wäre, daß das Problem der Investitionsgelegenheiten sich mit zunehmender Monopolisierung verschärfen müßte¹⁶. Aber selbst wenn man von der theoretisch etwas problematischen und empirisch kaum zu ermittelnden Gesamtgröße des „volkswirtschaftlichen Überschusses“ absieht, dürfte kaum von der Hand zu weisen sein, daß mit zunehmender Monopolisierung eine Tendenz zur Konzentration der Profite bei den Großkonzernen besteht¹⁷.

13 Vgl. *Sachverständigenrat*, a.a.O., TZ 280, S. 141. Im Zeitraum zwischen 1965 und 1968 hat die Zahl der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik absolut *abgenommen*. Diese Entwicklung dürfte noch bis 1970 anhalten. In einer Vorausschätzung bis 1985 errechnet das Statistische Bundesamt eine Wachstumsrate der Bevölkerung, die weit unter einem Prozent liegt und damit an die Zuwachsrates des Realkapitals längst nicht herankommt. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1968, S. 36 und 125 und *Horstmann*, a.a.O., S. 11 ff.

14 D. i. das Brutto-Sozialprodukt abzüglich der gesamten technisch und gesellschaftlich *notwendigen* Reproduktionskosten (technisch notwendige Ersatzinvestitionen und gesellschaftlich „notwendiger“ Konsum). Zum Begriff vgl. *Baran* a.a.O., S. 81 ff.; *Paul A. Baran* und *Paul M. Sweezy*, Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt/M. 1967.

15 Vgl. *Baran-Sweezy*, a.a.O., S. 58 ff. Zum Phänomen der „administrierten Preise“ im Oligopol, vgl. *Adolf A. Berle*, *The American Economic Republic*, New York 1963, S. 83 ff.; *Hans Staudinger*, Die Änderungen in der Führerstellung und der Struktur des organisierten Kapitalismus, in: *Interdependenzen von Politik und Wirtschaft*, Festgabe für G. v. Eynern, Berlin 1967, S. 341 ff.; *John Kenneth Galbraith*, *Die moderne Industriegesellschaft*, München 1968, S. 435.

16 „In general, supply — that is, productivity — is forging ahead of presently effective demand, and potential productivity is vastly greater than such demand“. *Berle*, a.a.O., S. 217.

17 *Baran*, a.a.O., S. 144 ff. Ein Versuch zur Berechnung des „surplus“ für die USA wurde im übrigen von J. D. Philips unternommen und findet sich im Anhang zu *Baran-Sweezy*, a.a.O., S. 352 ff.

Hier bestehen für die Kapitalverwertung aber gänzlich andere Voraussetzungen als unter Konkurrenzbedingungen, weil kapazitäts- und produktionssteigernde Investitionen mit monopolistischer Gewinnmaximierungspolitik nur schwer zu vereinbaren sind. Bei gleichbleibenden Nachfrageverhältnissen wirken Kapazitätserweiterungen tendenziell profitmindernd. Was bleibt, sind Rationalisierungsinvestitionen mit dem Ziel einer Kostensenkung und Investitionen in Branchen mit niedrigem Konzentrationsgrad. Für letztere bestehen aber nur beschränkte Spielräume.

Für unsere Fragestellung bedeutet dies zunächst, daß die Annahme einer Gleichläufigkeit von wissenschaftlich-technischer *Entdeckung* und deren produktionstechnischer Anwendung, der *Innovation*, aufgeben werden muß. Es ist zu vermuten, daß monopolistische Unternehmungen eine Tendenz zur Zurückhaltung an sich produktionsreifer Neuerungen zeigen, um den Wert bestehender Anlagen nicht zu vermindern. „Das bedeutet, daß nur größere technische Verbesserungen eine Chance zum Durchbruch haben, während andere erst dann ausgewertet werden können, wenn die vorhandene Ausrüstung unbrauchbar geworden ist“¹⁸. Der technische Fortschritt als solcher schafft also nicht unmittelbar auch entsprechende Investitionsgelegenheiten. Seine Nutzenanwendung hängt von den spezifi-

18 Baran, a.a.O., S. 153. Vgl. auch Baran-Sweezy, a.a.O., S. 96 ff. sowie Mandel, a.a.O., S. 441 ff. Letzterer mit instruktiven Beispielen. Die genannten Autoren vertreten im übrigen ziemlich übereinstimmend die Auffassung, daß der Monopolkapitalismus den technischen Fortschritt generell behindere. Diese nicht nur bei marxistischen Ökonomen verbreitete These erweist sich nur bei einer sehr differenzierten Betrachtung als richtig. Meist wird dabei der vom Monopolisierungsgrad relativ unabhängige Einfluß der Arbeitsmarktlage ebenso vernachlässigt wie die Auswirkungen der internationalen Konkurrenz im kapitalistischen Weltssystem. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß im Monopolkapitalismus von der Entwicklung der Produktivkräfte her eine quasi „industrielle“ Erzeugung von technischem Fortschritt im großen Stil überhaupt erst möglich wird. Dem Problem ist wohl am ehesten dadurch beizukommen, daß man von verschiedenen *Qualitäten* des technischen Fortschritts ausgeht. Zweifellos ist ein wesentlicher Teil des im Monopolkapitalismus erzeugten „Fortschritts“ gesellschaftlich unnützlich, d. h. ohne oder von negativem gesellschaftlichem Gebrauchswert (Produktvariationen, künstliche Veralterung) und ebenso zweifellos werden viele wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse mehr oder weniger vorläufig für die Schublade produziert, weil ihre Anwendung kapitalistische Profitinteressen stören würde. Trotzdem ist kaum zu leugnen, daß der entwickelte Kapitalismus wachsende Heere von Wissenschaftlern und Technikern für und in der Produktion beschäftigen muß und daß dazu in zunehmendem Maße staatliche Unterstützung erforderlich ist. Unsere These lautet also, daß der entwickelte Kapitalismus ohne eine steigende Rate des technischen Fortschritts nicht auskommen kann, daß die *Qualität* dieses Fortschritts aber von den monopolistischen Profitinteressen diktiert wird. Wir operieren also zunächst mit einem ganz formalen Begriff von „Fortschritt“, der die Kumulation von Erkenntnissen und Erfahrungen unabhängig von deren Nützlichkeit meint. Von der Fragestellung her ist dieser Begriff freilich der einzig brauchbare.

schen Verwertungsbedingungen des Kapitals unter Monopolverhältnissen ab. Der „Prozeß schöpferischer Zerstörung“, der nach Schumpeters Ansicht durch fortlaufende Vernichtung wirtschaftlich veralteter Anlagen das Wachstum im Kapitalismus begleitet, wirkt also nur noch begrenzt. Insgesamt muß damit gerechnet werden, daß es — abgesehen von den z. T. unter Lohndruck stattfindenden Rationalisierungsinvestitionen — den Großkonzernen zunehmend schwerer fällt, die sich bei ihnen ansammelnden Überschüsse unter Marktbedingungen gewinnbringend zu verwerten.

Von diesen Zusammenhängen ausgehend, bleibt zu untersuchen, wie sich die spezifischen Kapitalverwertungsbedingungen eines monopolistischen Kapitalismus auf *Qualität und Richtung* des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auswirken. Dabei sind verschiedene Zusammenhänge zu berücksichtigen.

Erstens dürften Forschung und Entwicklung im monopolistischen Bereich der Wirtschaft in wesentlichem Umfang zur Schaffung *neuartiger Produkte* dienen, mit deren Hilfe in die Märkte *fremder* Branchen eingedrungen werden kann, in Bereiche also, wo die Schaffung neuer Produktionskapazitäten keine Gefährdung der eigenen monopolistischen Stellung bedeutet. Bekannte Beispiele hierfür sind das Eindringen der Kunststoffchemie in den Bereich der Textil- und Stahlindustrie oder der elektrotechnischen Industrie in den Bereich der Energieerzeugung. Soweit es zulässig ist, Konkurrenz im Monopolkapitalismus vorrangig als z. T. branchenüberschreitenden Wettbewerb um Marktanteile zu interpretieren, kann man erwarten, daß der technische Fortschritt weniger der Verbesserung „alter“ denn der Entwicklung neuartiger Produkte dient, wobei seine Richtung allerdings von speziellen ökonomischen Bedingungen, beispielsweise dem relativen Konzentrationsgrad der in Frage kommenden Sektoren abhängt¹⁹.

Relativ hoher Konzentrationsgrad, daraus resultierende hohe Profitspannen und die Existenz eines privatwirtschaftlich unmittelbar erschließbaren technologischen „Neulandes“ waren bisher die Vor-

19 Sofern es sich überhaupt um Neuentwicklungen im technischen Sinn handelt, was sehr oft nicht der Fall ist. Besonders eindrucksvolle Beispiele für gesellschaftlich unnütze oder sogar schädliche Produktentwicklungen liefert die pharmazeutische Industrie. „Es ist inzwischen bekannt, daß von der Lawine der jährlich neu entwickelten Medikamente nur wenige einen Fortschritt bedeuten. Die meisten Präparate behaupten nur für kurze Zeit das Feld, dann verschwinden sie und werden sofort wieder durch neue ersetzt, von denen viele nichts wert sind. Diese in Fachblättern immer wieder ernsthaft dargelegte und von vielen weitsichtigen Ärzten geteilte Auffassung kann nicht verhindern, daß die Flut neuer Medikamente weiter anschwillt, keinem Arzt mehr eine eigene Prüfung erlaubt und ihn auf Treu und Glauben dem ‚Waschzettel‘ ausliefert, der als Gebrauchsanweisung und ‚wissenschaftliche‘ Information den Ärztemustern und Arzneipackungen beiliegt, so abgefaßt, daß er zumindest den Geschäftsinteressen der Hersteller nicht zuwiderläuft. Pessimisten sehen gar den Arzt allmählich zum Funktionär der pharmazeutischen Industrie degradiert.“ *Frederic Vester*, Bausteine der Zukunft, Frankfurt 1968, S. 90.

aussetzungen für derart expandierende „Wachstumsindustrien“ (d. i. heute vor allem die Großchemie und die elektrotechnische Industrie). Solch eingeschränkte Konkurrenz unter monopolistischen Bedingungen impliziert jedoch noch ein weiteres: Sie kann Unternehmungen dazu veranlassen, quasi „vorbeugende“ Forschung und Entwicklung zu betreiben. Diese verfolgt keinesfalls das primäre Ziel einer produktionstechnischen Anwendung, sondern dient allein dem Zweck einer Ansammlung technologischen Wissens aus dem Umkreis der eigenen Produktionstätigkeit, um damit potentielle Eindringlinge entweder überhaupt abzuschrecken oder im Ernstfall wirksam bekämpfen zu können²⁰.

Zweitens dürften Forschung und Entwicklung in wesentlichem Umfang dazu dienen, die Investitionsgüterindustrien zur fortlaufenden Produktion *kostensparender Produktionsverfahren* zu befähigen²¹. Der dabei erzeugte Strom ständig „verbesserter“ Investitionsgüter wird vor allem in die Wirtschaftsbereiche gelenkt, die einerseits insofern einem Rationalisierungsdruck unterliegen, als Kostensenkung bei starren Preisen Profitsteigerung verspricht und die auf der anderen Seite aber auch die Möglichkeit haben, hohe Abschreibungsraten für den wirtschaftlich schnell veraltenden Anlagenbestand über den Preis zu finanzieren: wiederum also in die hochmonopolisierten Sektoren. Zwei Konsequenzen ergeben sich daraus: Einmal weist die Richtung des produktionstechnischen Fortschritts zu den Wirtschaftsbereichen mit relativ hohem Monopolisierungsgrad hin und zum anderen haben mit zunehmender Vergrößerung der „Umschlagsgeschwindigkeit“ für Kapitalgüter diejenigen Investitionsgüterhersteller einen entscheidenden Vorteil, denen es gelingt, einen wenn auch nur geringen zeitlichen Vorsprung bei der Realisierung neuer Techniken zu gewinnen. In verschiedenen Bereichen des Investitionsgütersektors kann es dadurch zu einem scharfen Wettlauf bei der Einführung technischer Verbesserungen kommen, bei dem die „Verlierer“ das Risiko eingehen, überhaupt aus dem Markt ausscheiden zu müssen²².

Drittens muß schließlich folgendes beachtet werden: Auch wenn man unterstellen kann, daß sich in einigen Investitionsgüterbereichen durch eine Vergrößerung des Innovationstempos der Kapitalvernichtungsprozeß via „wirtschaftliche Veraltung“ von Anlagen beschleunigt, so löst dieser Mechanismus doch nicht das Problem der

20 Vgl. dazu *Andrew Shonfield*, Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Köln-Berlin 1968, S. 440.

21 Die Produktionsmittelindustrie weist in allen fortgeschrittenen Industriestaaten eine besondere große Forschungsintensität auf. Vgl. *OECD*, a.a.O., S. 17 ff.

22 Vgl. *Shonfield*, a.a.O., S. 45 ff.; *Baran*, a.a.O., S. 28 sowie *Stephan Leibfried*, Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt/M. 1968, S. 17 f. Als Beispiel kann hier die Computerindustrie angeführt werden, wo sich die amerikanische IBM-Gesellschaft binnen kurzer Frist eine überragende Position geschaffen hat.

mangelnden Investitionsgelegenheiten. Der beschleunigte Innovationsprozeß absorbiert zwar fortlaufend Überschüsse, aber das sind Akkumulationsfonds, welche durch die in den Preis einkalkulierten höheren Abschreibungsraten zusätzlich erzeugt werden. Sonst wäre das Ganze im privatwirtschaftlichen Sinne nicht rentabel. Die Frage der Verwertung von Monopolprofiten i. e. S. wird dadurch also nicht berührt. Es besteht vielmehr Grund zu der Annahme, daß das Problem der Überschußverwertung im Monopolkapitalismus dauerhaft überhaupt nicht zu lösen ist ohne staatliche Käufe von *Rüstungsgütern*. Im Bereich der Rüstungsproduktion erhält nun der technische Fortschritt in zunehmendem Maße eine zentrale strategische Bedeutung: Indem er dafür sorgt, daß Rüstungsmaterial fortlaufend veraltet und damit unbrauchbar wird, ohne der physischen Vernichtung (Krieg) anheimfallen zu müssen, „produzieren die wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte in ihrer immanenten Entfaltung den endlosen, ‚sachnotwendigen‘ Motivationszusammenhang für die systematische Absorption gesellschaftlichen Reichtums“²³. Rüstungsforschung und die damit verwandte Weltraumtechnologie löst somit das Problem der Kapitalverwertung auf elegante Art, indem sie diese von den Gesetzen des Marktes überhaupt befreit und einem administrativ vermittelten Absorptions- und Verwertungsprozeß überstellt. Solange die Rüstungs- und Raumforschung staatliche Nachfrage selbst erzeugt, können Rüstungskapazitäten fast beliebig ausgedehnt werden, ohne daß die erzielten Profite letztlich durch die Beschränktheit der effektiven Konsumnachfrage bedroht würden.

Internationale Konkurrenz

Als dritte entscheidende Determinante für die Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den entwickelten kapitalistischen Ländern erweist sich die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der damit verbundene Kampf um die Erhaltung oder Ausweitung nationaler ökonomisch-politischer Potentiale innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Immer mehr zeigt es sich, daß die ökonomische Stärke eines Landes und damit die Einflußmöglichkeiten auf die Politik seiner „Partner“ von den relativen technischen Innovationsraten unmittelbar abhängt²⁴. Gleichzeitig müssen bei Betrachtung des internationalen kapitalistischen Systems die aus dem nationalwirtschaftlichen Monopolisierungstrend abgeleiteten Zusammenhänge erheblich modifiziert werden. Innerhalb einer monopolistischen Wirtschaft existierende Hindernisse für profitable Kapitalverwertung wirken auf Weltmarktebene weniger stark²⁵. Der Weltmarkt bietet auch einer monopolistischen Großindustrie erfolgs-

23 Lefèvre, a.a.O., S. 121. Vgl. auch Baran, a.a.O., S. 210 ff., Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 3. Aufl. 1967, S. 83 ff.

24 Vgl. OECD, a.a.O., S. 27 ff.; Shonfield, a.a.O., S. 50, Manfred Schreiterer, Außen-Wissenschaftspolitik als Faktor der modernen Außenpolitik, in: Europa-Archiv, Jg. 23/1968, S. 593 ff.

25 Vgl. Baran, a.a.O., S. 193 ff.

versprechende Expansionschancen, die allerdings nun unmittelbar und entscheidend vom relativen Stand der Produktions- und Managementtechniken beeinflußt werden.

Das gegenwärtige kapitalistische Weltssystem erhält nach einigermaßen übereinstimmender Beurteilung seinen besonderen Charakter durch die sogenannte „technologische Lücke“ zwischen den beiden Hauptzentren Nordamerika und Westeuropa²⁶. Über Art und Ausmaß dieser „Lücke“ herrscht einstweilen noch Uneinigkeit, doch wird kam daran gezweifelt, daß die sprunghafte Zunahme der amerikanischen Investitionen in Europa neben steigenden US-Exporten, einer passiven europäischen Lizenzbilanz und der beunruhigenden Abwanderung von Wissenschaftlern nach den USA vor allem auf sie zurückgeführt werden muß²⁷. Die europäische Großindustrie sieht sich dadurch mit der bedrohlichen Situation konfrontiert, im eigenen Lande von mächtigen Konkurrenten bedrängt zu werden und zugleich erleben zu müssen, wie sich für die nationale Wirtschaftspolitik wesentliche ökonomische Entscheidungszentren zum Sitz der ausländischen „Muttergesellschaften“ hin verlagern²⁸. Am Horizont taucht die Gefahr auf, die technologisch rückständigen europäischen Länder könnten das Opfer eines spezifischen spätkapitalistischen „Kolonialismus“ werden.

Für die technische Überlegenheit der amerikanischen Industrie gibt es verschiedene Ursachen. Zweifellos hat es eine Rolle gespielt, daß die amerikanischen Unternehmer schon sehr viel früher als ihre europäischen Kollegen mit dem Problem eines knapp werdenden Arbeitskräftepotentials konfrontiert und dadurch schon länger dem Zwang zu technischer Rationalisierung unterworfen waren. Dazu kommen die größere Kapitalkraft, ein größerer Markt und die seit dem zweiten Weltkrieg geradezu exorbitant hohen Regierungsausgaben für Rüstungsforschung und Waffentechnologie, die sich nicht

26 Japan soll aus Gründen der Vereinfachung zunächst einmal außer Betracht bleiben.

27 Diese Investitionen haben sich von 1950 (1,4 Mrd. \$) bis 1965 (14 Mrd. \$) verzehnfacht. Vgl. dazu *Niels Grosse*, Amerikanische Direktinvestitionen in Europa, in: *Europa-Archiv* Jg. 22/1967, S. 23 ff.; *Edwin G. Moline*, Das Problem der „technologischen Lücke“ zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in: *Europa-Archiv* Jg. 22/1967, S. 427 ff.; *Klaus-Heinrich Standke*, Die „technologische Lücke“ zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in: *Europa-Archiv* Jg. 22/1967, S. 593 ff.; *Louis T. Wells*, Die technologische Lücke und der Markt, in: *Europa-Archiv* Jg. 23/1968, S. 257 ff.; *Peter Menke-Glückert*, Europas technologische Lücke, in: *Wirtschaft und Wissenschaft*, Beilage zu H. 2. Jg. 16/1968; *Jean-Jacques Servan-Schreiber*, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1968; *Ernest Mandel*, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt, 2. Aufl. 1968; *Richard R. Nelson*, *The Technology Gap: Analysis and Appraisal*, Rand-Collection, P-3694, Oktober 1967.

28 Auf der anderen Seite kommt sie in eine immer schwierigere Situation, wenn sie angehäufte Kapitalüberschüsse nicht gewinnbringend im Ausland anlegen kann und damit auf die direkte Kontrolle fremder Rohstoff- und Absatzmärkte verzichten muß.

zuletzt auch durch die Entwicklung neuer Management- und Organisationstechniken im „zivilen“ Bereich ausgewirkt haben²⁹. Auf jeden Fall bietet der europäische Markt, insbesondere nachdem er durch die Errichtung der EWG eine ausreichende Größe angenommen hat, amerikanischen Unternehmen ein lohnendes Feld für die Verwertung anlagensuchender Gewinne, und zwar nicht allein deshalb, weil das niedrigere Lohnniveau höhere Kapitalrentabilität verspricht. Entscheidende Ursache der „amerikanischen Herausforderung“ dürfte vielmehr die Fähigkeit sein, mittels neuentwickelter Produkte und fortgeschrittener Produktionstechniken erfolgreich mit den etablierten europäischen Konzernen zu konkurrieren, sie evtl. sogar vom Markt zu verdrängen. Dies erklärt, weshalb sich die amerikanischen Investitionen in Europa vornehmlich bei forschungsintensiven Industrie-Sektoren (Kunststoffverarbeitung, Petrochemie, Elektronik) konzentrieren. Die Errichtung eigener Produktionsbetriebe in Europa wird dem einfachen Warenexport deshalb vorgezogen, weil „einerseits qualifizierte Arbeitskraft und ausreichende Kaufkraft vorhanden ist, andererseits aber infolge des relativ hohen technischen Standards auch die Gefahr einer raschen Nachahmung technischer Neuerungen besteht, also der durch Export gewonnene Marktanteil rasch durch ‚Präsenz am Markt‘ abgesichert und ausgeweitet werden muß“³⁰.

Die unterschiedlichen Kapitalverwertungsbedingungen, welche die entwickelten kapitalistischen Wirtschaften aufweisen, resultieren somit aus einer ganz spezifischen Ungleichmäßigkeit der technologischen Entwicklung, die sich tendenziell aber eher verstärkt als abschwächt. Im nationalen Rahmen monopolistische Industrien sehen sich auf Weltmarktebene also unversehens mit harten Wettbewerbsnachteilen konfrontiert. Für die westeuropäischen Kapitalisten bedeutet dies Verringerung der Profitchancen, zusätzliche Erschwerung der Kapitalverwertung durch Einengung der Investitionsmöglichkeiten auf dem nationalen bzw. europäischen Markt, erhöhte Belastung durch kompensatorische Forschung und Entwicklung und das Risiko, zunehmend von den ökonomischen Entscheidungen amerikanischer Mammutkonzerne „multinationalen“ Charakters abhängig zu werden.

Für die Bundesrepublik ist diese „Herausforderung“ etwa zur selben Zeit relevant geworden, als das Verschwinden unausgeschöpfter Arbeitskraftreserven die Erhöhung der wissenschaftlich-technischen Fortschrittsrate bereits auf nationalwirtschaftlicher Ebene zum zentralen ökonomischen Problem werden ließ. Während der fünfziger Jahre befand sich Westdeutschland gerade infolge eines gewissen technischen Rückstands in einer günstigen Weltmarktsituation: Das reichlich vorhandene Arbeitskräftepotential konnte mit einer tradi-

29 Vgl. Mandel, EWG, a.a.O., S. 22 ff.; Nelson u. a., a.a.O., S. 30; Moline, a.a.O.; Menke-Glückert, a.a.O.

30 Grosse, a.a.O., S. 26. Vgl. auch Wells, a.a.O. und Shonfield, a.a.O., S. 50 f.

tionellen Technologie extensiv genutzt werden, und niedrige Löhne sicherten einen ausreichenden Konkurrenzvorsprung. Gegen Ende des Jahrzehnts wirkte sich — nicht zuletzt wegen der Monopolisierung entscheidender Rüstungsentwicklungen bei den USA — der technische Vorsprung der Amerikaner aber immer stärker aus. Die Situation wurde dadurch noch verschärft, daß die Schaffung des gemeinsamen Markts den USA-Unternehmen die Chance eröffnete, ihre überlegene Produktions- und Management-Technik direkt zur Geltung zu bringen. Inzwischen hält die Bundesrepublik den größten Anteil am Buchwert der amerikanischen Direktinvestitionen in der EWG³¹. Die politisch und ökonomisch krisenhafte Entwicklung seit Beginn der sechziger Jahre hat hier eine weitere Ursache³².

II. Die Aufgaben der staatlichen Administration

Es ist das Dilemma spätkapitalistischer Industriegesellschaften, hinsichtlich des ökonomischen Wachstums und der politischen Systemstabilisierung immer stärker vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt abhängig zu werden, ohne daß die ökonomischen Bewegungsmechanismen diesen in quantitativ und qualitativ ausreichender Form von selbst hervorbrächten. Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik unterliegt immer unvermittelter den Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise und nimmt dadurch selbst antagonistische Züge an. Solange technischer Fortschritt allein der Triebkraft einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung unterstellt bleibt, droht auch hier das beschränkte Profitinteresse mit den objektiven Notwendigkeiten des Gesamtsystems zu kollidieren: für ein krisenfreies ökonomisches Wachstum unzureichende technische Fortschrittsraten, offene Disparitäten zwischen wissenschaftlicher „Erfindung“ und produktionstechnischer „Innovation“, Beschränkung des technischen Fortschritts auf privatwirtschaftlich rentable Bereiche und krisenhafte Ungleichheiten der technologischen Entwicklung zwischen einzelnen Sektoren oder zwischen ganzen Nationalwirtschaften sind notwendige und real ja auch durchaus konstatierbare Konsequenzen.

Nach der Erfahrung mit der großen Krise von 1929 war der monopolistische Kapitalismus nur noch dadurch zu retten, daß die Regulierung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage dem blinden Mechanismus des Markts entzogen und staatlich-administrativer Steuerung unterworfen wurde („Konjunkturpolitik“). Inzwischen reicht auch dies nicht mehr aus. Es bedarf vielmehr immer dringender einer staatlichen Organisation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um die kapitalistische Ökonomie am Leben zu erhalten. Daß es dabei aber nicht mehr nur um die globale Steuerung volkswirtschaftlicher Kreislaufgrößen geht, sondern daß die Entwicklung eines spezifischen *Produktionsfaktors*, eben Wissenschaft und Tech-

31 Grosse, a.a.O., S 24.

32 Vgl. Leibfried, a.a.O., S. 27; Lefèvre, a.a.O., S. 100 ff.

nik, administrativ bewältigt werden muß, bedeutet etwas qualitativ Neues. Verallgemeinernd kann man davon ausgehen, daß die Staatsverwaltung nicht mehr allein als volkswirtschaftliche Steuerungsinstanz und soziale Ausgleichsstelle fungiert, sondern in neuer Weise unmittelbar produktiv tätig wird. Dies impliziert eine zunehmende Verflechtung von Staats- und Konzernbürokratien, welche erhebliche Konsequenzen für das Funktionieren der bürgerlich-demokratischen Institutionen haben dürfte.

Natürlich muß berücksichtigt werden, daß zwischen den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern hinsichtlich des relativen Entwicklungsstandes der Produktionskräfte, der speziellen Kapitalverwertungsbedingungen und der überkommenen Wissenschaftsorganisation erhebliche Unterschiede bestehen. Diese bedingen „nationale Besonderheiten“ der staatlichen Wissenschaftspolitik, welche systematische Vergleiche zunächst etwas erschweren³³. Vernachlässigt man indessen organisatorische Details, so lassen sich die zentralen Schwerpunkte staatlicher Wissenschafts- und Technologiepolitik in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern gleichwohl leicht erkennen.

Gewährleistung einer wissenschaftlich-technischen „Infrastruktur“

Die staatliche Administration hat zunächst einmal diejenigen Investitionen im Wissenschaftssektor vorzunehmen, welche zwar einzelwirtschaftlich nicht profitabel sind und somit von den privaten Unternehmungen nicht durchgeführt werden, die aber zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Fortschrittsrate im Gesamtsystem ebenso unentbehrlich sind wie für die einzelbetriebliche Gewinnmaximierung. Es sind dies vor allem die Finanzierung von „Grundlagenforschung“ und der Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen. Staatliche Infrastrukturinvestitionen (etwa im Verkehrs- und Kommunikationssystem, im Gesundheitswesen usw.) waren schon immer eine notwendige Voraussetzung kapitalistischer Profiterzielung, und schon lange sorgt die staatliche Administration für die Heranbildung von Wissenschaftlern und Technikern sowie für die Aufrechterhaltung des universitären Forschungsbetriebs. Das qualitativ Neue der spätkapitalistischen Phase liegt indessen darin, daß Wissenschaft und Ausbildung immer weniger unter den Auspizien einer abstrakt begriffenen und separat organisierten „Kulturpolitik“ betrieben werden können, sondern immer mehr zum integralen Bestandteil längerfristig konzipierter wirtschaftspolitischer Überlegungen und Programme gemacht werden müssen. Individualistisch begriffene Spontaneität wissenschaftlicher Forschung und abstrakte Bildungsideale machen eingeständenermaßen oder zumindest de facto dem „rationalen“ Kalkül ökonomischer Kapitalverwertung Platz, auch wenn dies den unmittelbar Beteiligten noch nicht immer ganz bewußt geworden ist. Je bedeutungsvoller wissenschaftlich-technischer Fortschritt für die Stabilisierung der kapitalistischen Ökonomie wird,

33 Vgl. OECD (Hrsg.), Government and Technical Innovation. Ministerial Meeting on Science, Paris 1966.

desto wichtiger ist die planmäßige und kostensparende Entwicklung seiner „Infrastruktur“. Dies ist der ökonomische Kern der vom Staate betriebenen „Allgemeinen Wirtschaftsförderung“ und Bildungspolitik.

Eine ihrer wesentlichsten Aufgaben liegt in der Schaffung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Potentials an sogenannter „Grundlagenforschung“. Deren Abgrenzung zu „angewandter Forschung“ ist einigermaßen strittig, doch genügt es in unserem Zusammenhang, sie mit einzelwirtschaftlich nicht profitabler Forschung gleichzusetzen. Einzelwirtschaftliche Gewinnträchtigkeit fehlt, wenn es sich um Projekte handelt, deren unmittelbare produktionstechnische Verwertbarkeit nicht eindeutig zu erkennen ist oder wenn Forschungsergebnisse aus technischen oder rechtlichen Gründen schwer zu monopolisieren sind. Auf jeden Fall dient der staatlich unterhaltene Apparat „unabhängiger“ Forschungsstätten innerhalb und außerhalb des Hochschulsystems dazu, fortlaufend eine ausreichende Basis theoretischen Wissens zu erzeugen, auf welcher sich dann die produktive Technologie kapitalistischer Unternehmen entfalten läßt. Quantitativ geht es darum, das für optimales ökonomisches Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen tendenziell immer zu kleine Maß an Grundlagenforschung durch entsprechenden Einsatz staatlicher Finanzmittel anzuheben. Qualitativ muß Grundlagenforschung vor allem in den Wissenschaftsgebieten betrieben werden, welche für die forschungsintensive Großindustrie besonders interessant sind. Daher auch das wachsende Interesse der „Wirtschaft“ an Art und Ausmaß der staatlichen „Allgemeinen Forschungsförderung“³⁴.

Parallel dazu besteht die Notwendigkeit, qualifizierte menschliche Arbeitskraft zu produzieren, welche die notwendigen wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse hervorbringen und handhaben kann. Auch die Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern ist einzelwirtschaftlich keine rentable „Produktion“, obwohl sie gesamtwirtschaftlich zunehmend wichtiger wird. Folgerichtig liegt auch hier schon ein recht altes Betätigungsfeld des Staates, und ebenso besteht die deutliche Tendenz, den output des Erziehungs- und Ausbildungs-

34 In diesem Zusammenhang sind die „Sonderforschungsbereiche“ des Wissenschaftsrats zu sehen. Vgl. auch *Joachim Hennenhöfer*, Die Aufgaben der deutschen Industrie im Rahmen einer zeitgemäßen Forschungspolitik. Für den Bundesverband der deutschen Industrie erstelltes Gutachten, hrsg. v. BDI, Drucksache Nr. 80 (1967). Vgl. auch *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V.* (Hrsg.), Fünfzehn Jahre Stifterverband 1949—1964, o./O., o. J.; *Nelson u. a.*, a.a.O., S. 40 ff., 151 ff., *Harvey Brooks*, The Government of Science, Cambridge (Mass.)-London 1968, S. 126 ff., *Richard J. Barber*, The Politics of Research, Washington 1966, S. 20 ff., 143. *Peter Heß*, Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1967, S. 17 ff.; *Gerhard Speer*, Wissenschaftslenkung durch Regierung und Konzerne in der Bundesrepublik, in: Marxistische Blätter, Jg. 6/1968, Nov.-Dez. 1968, S. 70 ff.

systems möglichst nahtlos den Bedürfnissen der kapitalistischen Ökonomie anzupassen. Diese Aufgabe wird um so schwieriger, je komplexer und variabler diese Bedürfnisse selbst werden und je mehr der wachsende Bedarf an wissenschaftlich-technischem Personal eine kostensparende Rationalisierung des gesellschaftlichen Ausbildungsbetriebs zu erzwingen scheint. Die derzeit anstehenden offiziellen Pläne und Maßnahmen zur Hochschul- und Bildungsreform tragen bekanntlich vor allem diesen „Notwendigkeiten“ Rechnung³⁵.

Weitere Bestandteile der vom Staat bereitzustellenden wissenschaftlichen „Infrastruktur“ sind nur andeutungsweise zu nennen: Staatlich unterhaltene Dokumentations- und Informationszentren, Einrichtungen zur Förderung der wissenschaftlichen Kooperation und eine den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft entsprechende Ausgestaltung des Patentwesens gehören ebenso dazu wie Maßnahmen, welche den „Transfer“ von theoretischer Forschung und produktionspraktischer Anwendung (Innovation) erleichtern und beschleunigen sollen³⁶.

Gezielte Förderung industrieller Forschung und Entwicklung

Inzwischen reicht allerdings die staatliche Betätigung auf dem Gebiet wissenschaftlicher und technologischer „Infrastrukturmaßnahmen“ längst nicht mehr aus. Vielmehr gehen die hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten in wachsendem Maße dazu über, die privatwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeit einzelner Firmen oder Industrien finanziell direkt zu unterstützen. Recht vielseitig sind die dabei verwandten Methoden: sie reichen von direkter Subventionierung über die Errichtung „gemischtwirtschaftlicher“ Forschungs- und Versuchsbetriebe wie auch entsprechender „unabhängiger“ Forschungsinstitute bis zur Vergabe von Staatsaufträgen, bei denen hohe Forschungsaufwendungen in den Preis schon mit einkalkuliert sind. Auf den ersten Blick hat dieses verstärkte Engagement der staatlichen Administration einen sehr einfachen Grund: in vielen Wirtschaftsbereichen sind nämlich die mit den notwendigen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben verbundenen Kosten und Risiken viel zu hoch geworden, um selbst von den mächtigsten Firmen noch allein getragen werden zu können³⁷.

35 Vgl. *Leibfried*, Die angepaßte Universität, a.a.O.; *Ders. (Hrsg.)*, Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967. In diesem Bezugsfeld hat sich „Bildungsökonomie“ als neuer Wissenschaftszweig etabliert. Vgl. z. B. *Friedrich Edding*, Ökonomie des Bildungswesens, Freiburg 1963; *Hartmut Berg*, Ökonomische Grundlagen der Bildungsplanung, Berlin 1965. Dazu kritisch: *Claus Offe*, Bildungsökonomie und Motive der Bildungspolitik, in: Neue Kritik 35, April 1966, S. 32 ff.

36 Vgl. *Brooks*, a.a.O., S. 254 ff.; *Nelson u. a.*, a.a.O., S. 151 ff.; *OECD*, Government and Technical Innovation, a.a.O.

37 Vgl. *Nelson u. a.*, a.a.O., S. 151 ff.; *Galbraith*, a.a.O., S. 33 f. und 345; *Jürgen Habermas*, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, in: Forschungsplanung, hrsg. v. Krauch-Kunz-Rittel, München-Wien 1966, S. 137 f.; *Diether Stolze (Hrsg.)*, Perspektive 1980. Deutschland: Indu-

Bei genauerer Prüfung wird man indes kaum darüber hinwegsehen können, daß es nicht allein die Sachgesetzmäßigkeiten eines unaufhaltsamen technischen Fortschritts sind, welche dieses Mißverhältnis zwischen erforderlichem Forschungs- und Entwicklungsaufwand und der ökonomischen Leistungsfähigkeit einzelner Unternehmen hervorgebracht haben. Die Zusammenhänge werden vielmehr erst deutlich, wenn man in Betracht zieht, daß der Löwenanteil derartiger staatlicher Forschungsfinanzierung in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern in den Rüstungssektor und ihm benachbarte Bereiche (wie z. B. die Raumfahrt) fließt³⁸. Die sich ständig beschleunigende Entwicklung immer komplizierterer Waffensysteme, bei denen „die technische Vorbereitung... wichtiger geworden (ist) als ihr Einsatz“³⁹, hat dazu geführt, daß ein immer wichtigerer Teil der produktiven Leistungen in den Rüstungsindustrien aus militärtechnischer Forschung und Entwicklung besteht, hinter der die Erzeugung von „hartem“ Gerät teilweise sogar zurückzutreten beginnt. Im Bereich der Rüstungsindustrie tritt demnach der Staat vielfach unmittelbar als Käufer von „Forschung“ und „Entwicklung“ auf. Verteidigungsforschung ist deshalb nicht nur ein wesentliches Motivations- und Antriebsmoment zur Absorption volkswirtschaftlicher Überschüsse, sondern sie sorgt auch für einen überproportional beschleunigten technischen Fortschritt bei einzelnen Industrien. Die Folgen sind erhebliche technologische Disparitäten sowohl innerhalb wie zwischen den einzelnen kapitalistischen Nationalwirtschaften. Diese Ungleichmäßigkeiten wiederum erzwingen weitere Hilfen für die privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung in den relativ zurückbleibenden „zivilen“ Sektoren (z. B. in der Landwirtschaft oder in der Textilindustrie), vor allem aber eine gezielte Forschungsförderung in Industriezweigen, welche im internationalen technologischen Wettlauf abgeschlagen zu werden drohen, weil sie nicht ausreichend mit Rüstungsaufträgen bedacht werden können. Die „technologische Lücke“ zwischen den USA und Westeuropa beruht zweifellos zu einem beträchtlichen Teil auf den gigantischen Summen, welche der amerikanischen Industrie über den Verteidigungs- und Weltraum-Etat zufließen. Solange und soweit die europäische Industrie aus Gründen waffentechnischer „Arbeits- teilung“ an entsprechender militärischer Forschung und Entwicklung nicht teilhaben kann, bedarf es einer kompensierenden staatlichen Unterstützung „ziviler“ Forschung, um im internationalen Wettbewerb nicht unterliegen zu müssen. Auch die deutsche Industrie

striestaat ohne Zukunft?, Hamburg 1967; Leo Brandt, Forschungspolitik in der Industriegesellschaft, in: Wissenschaft und Praxis. Festschrift zum 20jährigen Bestehen des Westdeutschen Verlags, Köln und Opladen 1967, S. 9 ff.

38 Vgl. OECD, Science..., a.a.O., S. 42 ff.; Bundesbericht Forschung I (1965) S. 61 ff.; Bundesbericht Forschung II (1967) S. 22; Helmut Krauch, Forschung und Rüstung, in: Forschungsplanung, a.a.O., S. 155 ff.

39 Menke-Glückert, a.a.O.; vgl. auch Galbraith, a.a.O., S. 258 ff. und 332 f.; Vilmar, a.a.O., S. 94 ff.

scheint dies unlängst erkannt zu haben. Ursprünglich eher an „infrastrukturellen“ staatlichen Maßnahmen interessiert und bürokratischen Eingriffen abhold, drängt sie in jüngster Zeit immer stärker auf direkte staatliche Unterstützung der industriellen Forschung und Entwicklung. Auf seiten der staatlichen Administration kann sie dabei durchaus auf Verständnis und Entgegenkommen rechnen⁴⁰.

Einerseits durch die militärtechnologische Entwicklung erzwungen, andererseits aus der zunehmenden Aufwendigkeit auch „ziviler“ industrieller Forschung (z. B. bei der „friedlichen“ Kernenergieerzeugung oder auf dem Gebiet der Ozeanographie) resultierend, „ist es zu einem Existenzproblem des ökonomischen Systems geworden, den wirtschaftlichen Prozeß, soweit es sich um diese kostspieligen technologischen Vorleistungen handelt, aus dem privatwirtschaftlichen Kalkül und Risiko auszuklammern, ohne die privatwirtschaftliche Gesamtstruktur anzutasten“⁴¹. Letztere erfährt allerdings durch die zunehmend enger werdende Kooperation und Verflechtung mit der staatlichen Administration ebenso erhebliche strukturelle Veränderungen wie die herkömmliche Organisation der Forschung an den formell noch „verwaltungsautonomen“ Hochschulen⁴².

Forschungsplanung

Je mehr der Umfang und die ökonomische Bedeutung der staatlichen Forschungsförderung zunehmen, desto dringlicher wird es auch, sie einigermaßen koordiniert und planmäßig zu betreiben. Verschiedene Gründe machen eine staatliche „Forschungsplanung“ immer notwendiger: die Langfristigkeit vieler großangelegter Forschungsprojekte, deren Finanzierung und ökonomischer Nutzen auf längere Zeiträume hinaus übersehen und kalkuliert werden müssen, aber auch die Gefahr krisenhaft ungleichmäßiger Entwicklungen (z. B. durch Vernachlässigung der Massenverkehrs- und Hygieneforschung), wenn der technische Fortschritt den Zufälligkeiten isolierter Absichten und Interessen unterworfen bleibt, nicht zuletzt jedoch vor allem das Bedürfnis der privaten Unternehmen nach längerfristiger Berechenbarkeit staatlicher Maßnahmen und nach

40 Damit verbindet sich immer stärker auch die Forderung nach einem Ausbau der nationalen deutschen Rüstungsproduktion. Vgl. *Vilmar*, a.a.O., S. 88 ff.; *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Hrsg.)*, Industrieforschung, Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen einer zeitgemäßen Forschungspolitik, Reihe Wissenschaft und Wirtschaft, 1967. *Bundesverband der deutschen Industrie*, Jahresbericht 1967/68, S. 35 ff.; *Hennenhöfer*, a.a.O.; *Bundesverband der deutschen Industrie*: Memorandum über die gesamtindustrielle Bedeutung der Luft- und Raumfahrttechnik, Köln 1966. Entsprechende regierungsamtliche Stellungnahmen finden sich bei *Karl Schiller*, Die Strukturpolitik der Bundesregierung, in: Bulletin vom 24. 1. 1968, S. 71 ff.; *Gerhard Stoltenberg*, Notwendige Zukunftsaufgaben der Wissenschaftspolitik, in: Bulletin v. 8. 2. 1968, S. 130 ff., sowie in Bundesforschungsbericht I, S. 25 und Bundesforschungsbericht II, S. 76 ff.

41 *Vilmar*, a.a.O., S. 84.

42 Vgl. *Habermas*, a.a.O., S. 138.

effizienter Koordination zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Forschungspolitik. Dies alles führt zu der Forderung nach einem „wissenschaftlichen Gesamtplan“, der dazu beitragen soll, daß sich die staatliche Forschungspolitik „nicht in punktuellen und kurzfristigen Förderungsmaßnahmen“ erschöpft^{42a}.

Nun ist kaum daran zu zweifeln, daß Wissenschaft und Forschung beim erreichten Stand der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Planung bedürfen, sollten sie in Zukunft wirklich einmal voll in den Dienst des Menschen, seiner Emanzipation und seines Wohlergehens gestellt werden⁴³. Es spricht aber einiges dagegen, daß eine solcherart „rationale“ Planung bei den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt zu verwirklichen ist. Sie setzt nämlich voraus, daß die bürokratischen Planungsorgane demokratisch entwickelte gesellschaftliche Konzepte ausarbeiten und gegebenenfalls auch gegen das massive Profitinteresse privater Unternehmer durchsetzen müßten — eine angesichts der bestehenden Verhältnisse zweifellos etwas phantastische Vorstellung. In Wirklichkeit ist es wohl eher so, daß die staatliche Wissenschaftsverwaltung im wesentlichen soweit „plant“, als es zur Durchführung und zur notdürftigen Koordination der von der Industrie dringend geforderten Maßnahmen unbedingt notwendig ist und daß sie selbst diejenigen Maßnahmen nur unzulänglich in den Griff bekommt, die für eine langfristige Stabilisierung des kapitalistischen Systems notwendig sind. Die Staatsbürokratie brachte es von sich aus bislang noch nicht einmal ansatzweise zu einer schlüssigen wissenschaftspolitischen Konzeption⁴⁴, und daß eine solche von der politischen Öffentlichkeit oder vom Parlament entwickelt werden könnte, scheidet allein schon daran, daß deren Informationen über Stand und Möglichkeiten der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung mehr als dürftig sind.

Auf dem Gebiet der Forschungspolitik und Forschungsplanung fungiert die staatliche Bürokratie größtenteils als eine Art Zentralagentur der an Forschung und Entwicklung primär interessierten Unternehmungen und Konzerne. Die vielerorts euphemistisch beschworene „Zusammenarbeit“ von „Staat“ und „Wirtschaft“ im Forschungsbereich stellt sich bei näherem Hinsehen als die nicht einmal

42a Jahresbericht des BDI 1967/68, S. 38. Vgl. auch *Wolfgang Cartelieri*, Bildungs- und Forschungspolitik für 1980, in: J. H. Kaiser (Hrsg.), *Planung I*, Baden-Baden 1965, S. 391 ff.; *Krauch-Kunz-Rittel* (Hrsg.), *Forschungsplanung*, a.a.O.; *OECD, Science...*, a.a.O.; *Stolze*, a.a.O.; *Brooks*, a.a.O.; *Hennenhöfer*, a.a.O., sowie *Gerhard Speer*, *Wissenschaftslenkung durch Regierung und Konzerne in der Bundesrepublik*, in: *Marxistische Blätter*, Jg. 6 Nov./Dez. 1968, S. 70 ff.

43 Vgl. *Claus Koch*, *Staatliche Forschung und Planung*, in: *R. Jungk und H. J. Mundt* (Hrsg.), *Der Griff nach der Zukunft. Modelle für eine neue Welt*, München 1964, S. 383 ff.; *Ernst Haas*, *Die Kontrolle des internationalen Wandels*, in: *Atomzeitalter* Jg. 1968 S. 328 ff.

44 So kommt es dazu, daß Vertreter der Bürokratie immer wieder „Wunschlisten“ von der Industrie fordern. Vgl. *Stifterverband*, a.a.O.

mehr formal-parlamentarisch vermittelte Okkupation staatlicher und quasi-staatlicher Planungs- und Entscheidungsgremien durch Vertreter der „Wirtschaft“ dar, die hier zusammen mit Ministerialbeamten und einigen Wissenschaftlern die Grundlinien der staatlichen Wissenschafts- und Forschungspolitik festlegen⁴⁵. Zweifellos setzt sich die Wissenschafts- und Bildungsplanung in der Bundesrepublik kaum dem „Vorwurf dirigistischen Reglementierens“ aus⁴⁶, zumindest nicht gegenüber der Großindustrie, die ja schließlich selbst unmittelbar und maßgeblich an ihr mitwirkt und auch kaum gegenüber den beteiligten Angehörigen der Hochschulbürokratie, die neben der Vertretung ihrer korporativen Interessen für eine Art wissenschaftlichen Deckmantel zu sorgen haben. Daß das Ergebnis ihrer Arbeit eher den Charakter einer notdürftigen wechselseitigen Abstimmung nebeneinanderherlaufender Einzelprojekte hat, daß es „Forschungsplanung“ im strengen Sinne des Wortes bislang so gut wie nicht gibt, liegt indessen weniger an der Unfähigkeit der Bürokratie als an der Natur dieses „Planungsprozesses“ selbst. Alle Planung kann die Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise nicht überwinden, solange diese nicht beseitigt sind. Und so bleibt der Konflikt zwischen den Profitinteressen einzelner monopolistischer Konzerne und den Wachstumserfordernissen der Gesamtwirtschaft, zwischen den kurzfristigen Interessen einzelner Unternehmer und den „objektiven“ Interessen des kapitalistischen Systems auf lange Sicht. Es steht zu vermuten, daß sich derartige Antagonismen und Interessengegensätze im planenden und regulierenden bürokratischen Apparat selbst ausprägen, je enger die „Verflechtung“ von Staats- und Wirtschaftsbükratien wird. Auf jeden Fall verschärft sich der Konflikt zwischen der staatlichen Wissenschaftsbürokratie und denjenigen am Wissenschaftsprozeß Beteiligten, die sich dem nahtlosen Einbau ihres Arbeitsbereichs in den kapitalistischen Verwertungsprozeß widersetzen. In der Disziplinierung von Wissenschaft nämlich trifft sich gewissermaßen ein „allgemeines“ bürokratisches und kapitalistisches Interesse.

45 Dazu *Wolfgang Cartellieri* (ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung) über die Arbeitsweise der Deutschen Atomkommission und der Kommission für Weltraumforschung: „Bei beiden Institutionen handelt es sich nicht um übliche ministerielle Beiräte, die sich ein oder zweimal im Jahr gutachtlich äußern. Fast täglich tagt einer der verschiedenen Arbeitskreise und nimmt damit an der laufenden Arbeit des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung teil. Die fachwissenschaftlich fundierten Beschlüsse der Arbeitskreise ermöglichen schnelle Entscheidungen des Ministeriums, das dadurch seinen wissenschaftlichen Apparat klein halten kann. Damit wurde eine neue inzwischen bewährte Verbindung von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft in der täglichen Zusammenarbeit geschaffen.“ *Cartellieri*, a.a.O., S. 398. Weitere derartige „Beratungsorgane“ sind die deutsche Forschungsgemeinschaft, die deutsche Kommission für Ozeanographie und nicht zuletzt der Wissenschafts- und der Bildungsrat. Vgl. auch *Leibfried*, a.a.O., S. 81 ff.; Jahresbericht 1967/68 des BDI, S. 43, Bundesforschungsbericht I, S. 48 ff.

46 So die Forderung von *Cartellieri*, a.a.O., S. 391.

K. H. Tjaden

Konservative Gehalte soziologischer Theorien *

Die Soziologie gilt heute der herrschenden Meinung wie der studentischen Öffentlichkeit als eine progressive Disziplin. Sie selbst hegt von sich selber freilich eher den Verdacht, zur Bewahrung unserer gesellschaftlichen Verfassung beizutragen. Anzeichen eines solchen Konservativismus, so vermuten manche Soziologen, seien etwa das Postulat der Wertfreiheit, die empirische Orientierung, die funktionalistische Methode neuerer Soziologieansätze. Dagegen wieder wird von kompetenter Seite vorgebracht, daß der soziologische Konservativismus jedenfalls nicht der eigentümlichen Arbeitsweise der gegenwärtigen Soziologie entspringe¹. Solche innerwissenschaftlichen Debatten über den konservativen Charakter dieses Fachs, dem kaum einer seiner Vertreter Radikalität bescheinigen wird, belegen immerhin die politischen Skrupel, mit denen die Soziologie ihrer bürgerlichen Genesis und Geltung begegnet.

Solche Vorbehalte gegen diese Wissenschaft hegen ihre aufgeklärteren Vertreter mit Recht, doch müssen wir uns fragen, worin dieses Recht besteht. Denn der Vorwurf des Konservativismus findet seine Rechtfertigung tatsächlich nicht in Hinweisen auf die genannten methodischen Errungenschaften der neueren Soziologie, welche vielmehr unaufgeklärten Bewertungen, spekulativen Deutungen und platten Verdoppelungen gesellschaftlichen Geschehens entgegenwirken könnten — würden sie nur reflektiert gehandhabt. Und der Standardtadel einiger dialektischer Theoretiker, an der Vernachlässigung von Themen wie dem gesellschaftlichen Wandel oder dem sozialen Konflikt erweise sich der konservative Charakter der etablierten Soziologie, ist ohne Zweifel unbegründet: das theoretische Modell einer stationären und reibungslosen Reproduktion gesellschaftlicher oder sozialer Zustände stellt in der älteren wie in der neueren Soziologie vielmehr eher eine Ausnahme als einen Regelfall dar². Die bürgerliche Soziologie ist den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft, denen sie entsprang, weit gründlicher verpflichtet, als sich dies in ihren thematischen Vorlieben und methodischen Feinissen ausdrücken kann.

* Antrittsvorlesung, gehalten am 6. 2. 1969 im Rahmen der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg.

1 Vgl. R. Mayntz, Soziologie in der Eremitage? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13, 1961, S. 110—125.

2 Vgl. z. B. D. Martindale, The Nature and Types of sociological Theory. Boston 1960; passim.

Die Befürwortung dieser Verhältnisse, welche diese Wissenschaft neben und vor aller denkbaren sozialtechnischen Verwertung ihrer Befunde als ein Instrument der gesellschaftlichen Reproduktion ausweist, trägt grundsätzlichen Charakter. Sie ist in der Entstehung der Disziplin angelegt und geht auf eine Umdeutung des Gegenstandsbereichs der Sozialtheorie zurück, welche dem ursprünglichen Selbstverständnis der Soziologie als Naturwissenschaft entspricht³. Die ersten großen Soziologie-Entwürfe im 19. Jahrhundert, die positiven Gesellschaftslehren Comtes und Spencers, finden ihr Thema nicht länger — wie die revolutionären und die gegenrevolutionären Sozialtheorien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts — in jener historischen Welt menschlicher Tätigkeit, die sei's in der Idee ihres Fortgangs zur Selbstbefreiung des Menschengeschlechts von geschichtlichem und natürlichem Zwang, sei's in der Idee der göttlichen Lenkung dieser Welt als eine Einheit erscheint. In der Gesellschaft des Bürgertums, in den Zeiten des forcierten Aufbaus und der ungehemmten Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, ist das soziale Geschehen weder auf ein emanzipatives menschliches Tätigsein noch auf ein regulierendes göttliches Wirken zurückzuführen. Die Sozialtheorie, die in dieser Welt sich etablieren, ja diese selbst etablieren helfen will, muß sich nach anderen Beschreibungen ihres Gegenstands umsehen. So unternimmt es die von revolutionärem und gegenrevolutionärem Interesse gereinigte, genuin bürgerliche Soziologie, den geschichtlich gegebenen Zustand der Gesellschaft in den Rang eines selbständigen, nach Herkunft und Zukunft überschaubaren Bereichs positiver wissenschaftlicher Erfahrung zu erheben. Die einst, im vorangegangenen Jahrhundert, als wesentlich veränderlich geltende historische Welt erscheint der Soziologie von Anfang an als Bereich eines in sich ruhenden und dauernd gegenwärtigen gesetzmäßigen Seins. Freilich muß sich diese Fiktion zunächst auf Versuche stützen, die Vergesellschaftung der Menschen aus Rahmenbedingungen abzuleiten, welche der Natur der Geschichte oder der Geschichte der Natur entsprechen sollen. Doch zielt das soziologische Programm, Regelmäßigkeiten zwischenmenschlichen Handelns und Verhaltens positivistisch zu erhärten, auf wissenschaftliche Festlegungen der Erscheinungen des gegebenen Gesellschaftszustands, welche seine historisch-praktische Entstehungsweise und Überwindbarkeit grundsätzlich ausklammern.

Diesen konservativen Rahmen hat die weitere Geschichte dieser Wissenschaft nicht gesprengt. Wo immer seither die Soziologie zu Aussagen vorstoßen will, welche über die Beschreibung und Erörterung raumzeitgebundener Gesellschafterscheinungen hinausgehen, mißlingt ihr eine schlüssige Darlegung ihres Gegenstandsbereichs und verzichtet sie auf eine vollständige Explikation seines historischen Charakters. Sie nimmt die Grundverhältnisse, die Sozial-

3 Vgl. hierzu und zum folgenden meine demnächst erscheinende Arbeit: *Soziales System und sozialer Wandel. Untersuchungen zur Geschichte und Bedeutung zweier Begriffe*. Enke Verlag, Stuttgart 1969.

gebilde, die geistigen Ausprägungen der vorgegebenen Gesellschaftsformation als ihre Gegenstände, als seien sie der Gewalt der Geschichte und dem Zugriff menschlicher Praxis entrückt und um ihrer selbst willen existent — und dies selbst dort, wo den Theoretikern der genuin historische Charakter unserer Gesellschaftsform auf das deutlichste bewußt ist. Diese Verselbständigung der gesetzten Verhältnisse der gesellschaftlichen Reproduktion zum soziologischen Gegenstand *sui generis* tritt lehrgeschichtlich in verschiedenen Formen zutage; Theorien, welche selbst die Reichweite ihrer Aussagen auf den zeitlichen und räumlichen Umkreis des Vorfindlichen beschränken wollen, sind gegen solche Hypostasierungen noch am ehesten gefeit. Einige Muster der weiterreichenden Theorien aber — und zwar solche, an denen die Vielgestaltigkeit affirmativer Soziologie zutage tritt — möchte ich grob skizzieren.

Die schon angedeutete Wende von der frühbürgerlichen Sozialphilosophie zur positiven Gesellschaftswissenschaft erbringt — im Zuge der ökonomischen Entfaltung und politischen Befestigung der kapitalistischen Produktionsweise — die erste lehrgeschichtliche Ausprägung der bewahrenden Soziologie. Nicht die grundsätzlich unbegrenzte Verbesserung aller Lebensbedingungen, sondern die Befestigung und Vervollkommnung der vorhandenen ökonomischen und kulturellen Verhältnisse zwischen den Menschen bilden das Hauptmotiv der soziologischen Gesellschaftsbetrachtung des 19. Jahrhunderts. Die Kategorien des geschichtlichen Fortschritts und der natürlichen Evolution in den — freilich voneinander recht verschiedenen — Lehren eines Comte, Spencer, Sumner oder Ward stellen nur noch theoriegeschichtliche Hülsen dar, die allerdings dem Zweck dienstbar gemacht werden, die gegebenen Grundverhältnisse der Gesellschaft als entwicklungsgesetzlich abgeleitete erscheinen zu lassen. Diese arbeitsteiligen und politisch-kulturellen Grundverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsreproduktion, nämlich die autoritär gesetzten und die konkurrenzmäßig eingespielten Beziehungen zwischen den warenproduzierenden und warentauschenden Menschen, bilden das zentrale sachliche Problem der positivistischen Entwürfe geistesgeschichtlich oder naturgeschichtlich gesetzter Gesellschaftsgefüge.

Es ist Aufgabe der positiven Gesellschaftslehren, den Verbund der durch Herrschaft und Wettbewerb zusammengehaltenen Gesellschaftsmitglieder schließlich als ein Gefüge erscheinen zu lassen, das um seiner selbst willen da ist und vom Fortgang der Geschichte nichts zu befürchten hat. Die schlichte Lösung dieses Problems besteht in der Unterstellung, daß die Autoritätsbeziehungen in der gegebenen Gesellschaft auf Konsensus beruhen und die Konkurrenzbeziehungen Gleichgewichte zuwege bringen. Aporien, welche diese Lösung als fragwürdig erscheinen lassen, werden durch die Versicherung überspielt, die Verhältnisse kapitalistischer Autorität und Konkurrenz seien entwicklungsgesetzlich bekräftigt. Das Comtesche Dreistadiengesetz und das Spencersche Evolutionsgesetz dienen ge-

radewegs diesem apologetischen Zweck⁴. So wird in der zuerst genannten Version dieser Gesellschaftswissenschaft aus einem geistesgeschichtlich gesetzten Konsensverhältnis zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein Kooperationszusammenhang der Handlungssubjekte abgeleitet, der vor allem als Zusammenfassung aller Kräfte im Dienste eines vorgegebenen Ziels entworfen ist. Zumal bei Comte ist die Gesellschaftslehre an dem Motiv orientiert, die Leistung des Gefüges der warenproduzierenden Tätigkeiten zu sichern und zu steigern — den Aufbau der Industrieproduktion in seinem Lande zu forcieren. Und nach einer zweiten Spielart positiver Gesellschaftswissenschaft erwächst aus einem naturgeschichtlich fundierten Balanceverhältnis zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein Kommunikationszusammenhang der Verhaltensträger, der besonders der Harmonisierung der kollektiven Lebensformen gilt. Insbesondere bei Spencer ist die Gesellschaftslehre von der Absicht geleitet, den Bestand des Gefüges der warentauschenden Aktivitäten zu erhalten und zu festigen — den Wirtschaftsliberalismus seiner Zeit zu bewahren. Das offenkundige Ziel der Förderung des Bestands und der Leistung der vorgegebenen Vergesellschaftungsweise⁵ aber schließt die Vorstellung einer im Grunde zu sich selbst gekommenen, in sich schon richtigen, Gesellschaftsform ein. In sie will die Theorie vor allem eingefügt wissen, was historisch die kapitalistischen Verhältnisse durchbrechen will: das industrielle Proletariat. Wenn als Gegenstand der Soziologie in diesen Theorien eine zu sich selbst gekommene Gesellschaft figuriert, so nur auf Grund der Unterstellung, daß eine solche Unterwerfung gesichert sei. Indessen hat sich diese Konzeption von Soziologie inzwischen als historisch überholt erwiesen.

Im Zuge des imperialistischen Ausgreifens und der inneren Straffung der kapitalistischen Industriegesellschaften muß nämlich der Versuch einer entwicklungsgesetzlichen Bestimmung gesellschaftlicher Gefüge und einer gesellschaftswissenschaftlichen Deutung sozialer Handlungs- oder Verhaltensbeziehungen zunehmend als müßig, ja als unpassend erscheinen: nicht gesetzmäßige Befestigungen und Vervollkommnungen des gesellschaftlichen Rahmens interpersoneller Aktivität, sondern die Wandelbarkeit und Systematisierbarkeit sozialer Aktionsmuster werden nun — besonders seit der ersten Nachweltkriegszeit — für die soziologische Theorie interessant. So hebt die schon früh einsetzende Kritik an den positiven Gesellschaftslehren die sozialen Muster der Tätigkeit vergesellschafteter Menschen hervor, welche sich scheinbar unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Kontext darbieten. Diese deutet die Soziologie, je mehr sie sich als streng erfahrungswissenschaftliche Disziplin versteht, als Bereich eines sei's veränderlichen, sei's gleichförmigen regelmäßigen Geschehens, wobei der Objektbereich der Soziologie

4 Vgl. ebd., Abschnitt 1.1 und 1.3.

5 Diese Prinzipien — das der Bestandssicherung und das der Leistungssteigerung — sind auch als Leitideen neuerer soziologischer Theorieansätze nachweisbar, vor allem in der Organisationssoziologie.

zur überschaubaren Dimension zwischenmenschlichen Handelns und Verhaltens verkürzt wird. Die sozialen Interaktionsmuster, welche der arbeitsteiligen und soziokulturellen Reproduktion der Gesellschaft innewohnen und die in der Form zwischenmenschlicher Kooperations- und Konfliktbeziehungen erscheinen, bilden das zentrale sachliche Problem der in der Zwischenkriegszeit sich entfaltenden allgemeinen Theorien sozialen Wandels und sozialer Systeme, deren Konzeptionen auf Ogburn und Ellwood, Znaniecki und Henderson zurückzuführen sind.

Der sozialtechnische Impetus dieser Theorien zielt dahin, die Sozialgefüge der in Konflikt und Kooperation aufeinander bezogenen Menschen als Gebilde darzustellen, die — vom Schicksal der Gesellschaft unabhängig — auf sich selbst gegründet sind. Die Lösungen, die für dieses Problem vorgeschlagen wurden, sind vielfältig. Sie laufen aber mit einer gewissen Konsequenz in der Annahme zusammen, daß die systematischen und sich wandelnden Sozialzusammenhänge der Menschen auf Zwecke sich richten und in Rollen eingebunden werden, die sie als sich selbst lenkende und tragende Beziehungen erscheinen lassen. So pflegen Entwürfe von Systemen zwischenmenschlichen Tuns die Handlungsmotive und Verhaltensreaktionen der Akteure als in einer bestimmten Weise vorgeprägte zu beschreiben, wodurch die Annahme einer relativen Selbständigkeit solcher Gebilde leichter als gerechtfertigt erscheinen kann. Ähnlich beruhen auch die theoretischen Konzeptionen des Wandels sozialer Aktionsbeziehungen durchweg auf der Vorstellung einer eigentümlichen Imprägnation der Handlungsziele und Verhaltensimpulse der beteiligten Tätigkeiten, welche ihren sozialen Zusammenhang bekräftigt. Schwierigkeiten, welche mit solchen Begriffsbestimmungen verbunden sind, lassen sich am ehesten durch eine Fixierung der Theorie auf die organisatorischen Sozialgebilde vermindern. Das Konzept der Zweckrationalität und Rollenkonformität in sozialen Organisationen läuft eben darauf hinaus, einen Bereich menschlichen Zusammenlebens zu entwerfen, in dem sich funktionierende Interaktionen als aufeinander verwiesene und einander widersprechende Handlungen und Verhaltensakte ohne Ansehung des konkreten Gesellschaftszustandes herstellen und durchhalten. Die generalisierende empirische Sozialtheorie ist offenkundig, ebenso wie die funktionalistische Theorie, auf jene Welt routinierter und flexibler Tätigkeit gerichtet, die sich in den Organisationen und Bürokratien präsentiert, welche die spätkapitalistische Industrieproduktion überdachen. Aber das Lob der Routine⁶ und Flexibilität vorgegebener Sozialbeziehungen, das zumal die Organisationssoziologie zu ihrer ureigensten Sache macht, beruht auf der Vorstellung eines Bezirks aufeinander sich einspielender und einrichtender Tätigkeiten, der — mit allen begrifflichen Mitteln gegen die Bedingungen der gesellschaftlichen Realität abgeschirmt — in sich selbst begründet sei. Die soziologi-

6 Vgl. N. Luhmann, Lob der Routine. In: *Verwaltungsarchiv* 55, 1964. S. 1—33.

schen Theorien, die der Systematisierung und Wandlung der zwischen den Menschen spielenden Tätigkeiten gewidmet ist, atmen den stückigen Geist der Angestelltenmentalität⁷. Die in sich selbst begründeten Sozialbeziehungen, die als ihr Gegenstand erscheinen, funktionieren in allen möglichen Gesellschaftszuständen, wie sinnlos und inhuman sie auch seien.

Gegen eine solche Soziologie wendet sich seit den dreißiger Jahren, dem Anschein nach sehr konsequent, die von Horkheimer initiierte sogenannte kritische Gesellschaftstheorie. Nicht die Regelmäßigkeiten der sozialen Handlungen und Verhaltensweisen, welche die organisierte Reproduktion der spätkapitalistischen Gesellschaft vermitteln und die, zumal im Faschismus, politischer Steuerung unterliegen, sondern subjektive und objektive Dispositionen solcher Tätigkeiten bilden den Ansatzpunkt dieser Theorie. Geplant als eine Fortsetzung des Versuchs, „die gegenwärtige Wirtschaftsweise und die gesamte auf ihr begründete Kultur als Produkt menschlicher Arbeit [zu] erkennen“⁸, hat sie sich bald auf ein Programm der Aufdeckung von Bedingungen falschen Bewußtseins zurückgezogen: der Charakter der geistigen Ausprägungen der bürgerlichen Gesellschaft, der Verdrängung subjektiver Triebansprüche und der Verdinglichung objektiver Interessenwidersprüche zu entspringen, stellt sich als ihr Hauptproblem heraus. In dieser Theorie geht mit einer — Horkheimer zufolge — „kritischen Anerkennung der das gesellschaftliche Leben beherrschenden Kategorien“, die „zugleich seine Verurteilung [enthält]“⁹, eine Rückbildung der politischen Ökonomie in eine Kritik des Bewußtseins einher, die in der Adoption der psychoanalytischen und in einer Verfeinerung der Ideologie-Kritik ihre Höhepunkte hat. Sie entziffert das herrschende Bewußtsein als Rationalisierung und Ideologie. Der Vorsatz, die subjektiven und objektiven Komponenten falschen Bewußtseins als notwendigen Ausdruck der Verhältnisse zu begreifen, in denen die vergesellschafteten Menschen ihr Leben reproduzieren, bleibt in dieser Theorie freilich eine leere Forderung. Wo sie die Ebene der kritischen Darlegung vorgegebener Bewußtseinsformen verlassen will, neigt sie dazu, die Momente des Substrats, denen diese Formen entspringen, als die Elemente des Individuellen und des Gesellschaftlichen gegeneinander zu hypostasieren. Dies tritt jedenfalls in dem einzigen Versuch zutage, den Anspruch der kritischen Theorie, theoretische Deutung der Gesellschaft zu sein, einzulösen: nämlich im Werk Herbert Marcuses. Seiner Theorie zufolge nimmt heute die Produktivkraft der Gesellschaft zunehmend ideologische Formen an und erfolgt die Bedürfnisbefriedigung der Individuen bald nur noch in rationalisier-

7 Vgl. auch: H. J. Krysmanski, *Soziales System und Wissenschaft*. Gütersloh 1967; passim.

8 M. Horkheimer, *Traditionelle und kritische Theorie*. In: ders., *Kritische Theorie. Eine Dokumentation*. Hrsg. v. Alfred Schmidt. Bd. II. Frankfurt 1968, S. 137—191; hier: S. 156.

9 Ebd., S. 157.

ter Weise. Der von definierbaren partikularen Interessen losgelöste Herrschaftszusammenhang, der so entsteht, umfaßt einen technologisch bestimmten gesellschaftlichen Apparat und eine manipulativ bestimmte individuelle Psyche, die beide den Verhältnissen der Warenproduktion entrückt zu sein scheinen¹⁰. Auf anthropologische und institutionalistische Kategorien zurückgeführt, lassen sich Individuum und Gesellschaft unserer Geschichtsperiode hier nur noch in einer höchst konservativen Sicht vermitteln: in der Annahme, daß — wie Marcuse formuliert — „die Gesellschaft entsprechend der konkurrierenden ökonomischen Leistung ihrer Mitglieder geschichtet ist“¹¹. Und die Emanzipation vom Herrschaftszusammenhang, die Neubestimmung der Bedürfnisse oder gar der Technik einschließend, erscheint in der Theorie als „autonomer Akt der Menschen“, als eine „freie Aktion“¹², die konkreter gesellschaftlicher Bestimmungen zu entraten scheint. Somit ist festzuhalten, daß die sogenannte kritische Gesellschaftstheorie denjenigen, der kritische Auskunft über die Gesellschaft verlangt, im wesentlichen auf eine Auseinandersetzung mit den Ideen verweist, die durch sie gegeben sind. Als Gegenstand der Theorie erscheinen zuvorderst Bewußtseinsformen, die auf ihresgleichen bezogen sind und im Gang der Kritik Differenzierungen und Diversifikationen erfahren, ohne daß der Charakter der Notwendigkeit, mit der sie der Vergesellschaftungsweise entsprungen sind, entziffert würde. Wenn einsichtig ist, daß die gesellschaftliche Unterordnung der Arbeiterschaft die Hauptaufgabe der positiven Gesellschaftslehren war, die gesellschaftliche Integration der Angestellten hingegen der Hauptnutzen allgemeiner empirischer Soziologie, so ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß die Hauptfunktion der angeblich kritischen Theorie die gesellschaftliche Neutralisierung der Intellektuellen sein kann.

Auf der Ebene ihres Inhalts jedenfalls tritt der bürgerliche, ja kleinbürgerliche Charakter der drei Theoriemuster daran hervor, daß der konkrete Vorgang der dauernden Wiederherstellung der Verhältnisse ihrer Gesellschaft nicht ihr Thema wird — von den Bedingungen der Entstehung, Entfaltung und Aufhebung solcher Verhältnisse ganz zu schweigen. Der Gegenstandsbereich der genannten soziologischen Theorien ist — so, wie er im tatsächlichen Gang ihrer Analysen sich darstellt — auf Erscheinungen beschränkt, die im gegebenen Vergesellschaftungsvorgang zutage treten. In dieser Beschränkung liegt ihr konservativer Gehalt: die Einseitigkeit, die im Verzicht auf die Darlegung der Mechanismen und Bedingungen des geschichtlichen Fortschreitens der Gesellschaft liegt, impliziert die Annahme einer naturnotwendigen Aufrechterhaltung ihrer Existenz.

10 Vgl. hierzu und zum folgenden besonders die Aufsätze im Sammelband: Antworten auf Herbert Marcuse, hrsg. und eingel. v. J. Habermas. Frankfurt/M. 1968.

11 H. Marcuse, Eros und Kultur. Stuttgart 1957, S. 50.

12 H. Marcuse, Vernunft und Revolution. Neuwied, Berlin 1962. S. 276, 279.

Diese Einseitigkeit wird an der mechanistischen Interpretation menschlicher Tätigkeit, die anscheinend allen diesen Theorien zugrunde liegt, deutlich. Schon die positiven Gesellschaftslehren haben, im Zeichen ihres Interpretationsprinzips der Sicherung des Bestands und der Leistung gesellschaftlicher Gebilde, menschliches Tun vor allem als einen linearen Aktionsverlauf interpretiert, der auf Ziele gerichtet oder durch Impulse getrieben ist und im übrigen sich selbst Genüge tut. Die teilweise oder vollständige Abstraktion von den natürlichen und geschichtlichen Gegenständen und Voraussetzungen vergesellschafteter Aktionen, welche die Aktivität selbst verändert, kennzeichnet dann zunehmend auch die späteren handlungs- und verhaltenstheoretischen Entwürfe sozialer Aktionsgebilde, und anscheinend auch die neuesten Umdeutungen dieser Theorieansätze von seiten der kritischen Theorie¹³. In einem solchen Verfahren aber wird zugleich von den produktiven und kreativen Momenten menschlichen Tuns abgesehen, und in dieser Abstraktion zeigt sich vor allem der konservative Charakter der genannten Soziologien.

Diese Wissenschaft erscheint in der Tat als eine Disziplin, die das Prinzip der Bewahrung vorhandener Sozialverhältnisse sehr tief verinnerlicht hat¹⁴. Die Soziologie stellt sich in den bald eineinhalb Jahrhunderten ihrer Existenz nacheinander als eine nachrevolutionäre, als eine arevolutionäre oder als eine pseudorevolutionäre Wissenschaft dar. Konservative Leute sollten sie nicht länger für gefährlich halten. Die Soziologen aber, denen ihre affirmative Wissenschaft nicht paßt, sollten sich daran machen, sie in Hinblick auf das Problem der Entfaltung, Verfestigung und Überwindung gesellschaftlicher Formationen — darunter auch der gegenwärtigen — zu begreifen und zu entwerfen. Eine solche Überwindung der affirmativen Einseitigkeit der Soziologie aber fiele mit dem Vollzug ihrer theoretischen Grundlegung zusammen, der lange genug aussteht.

Eine eingehendere Betrachtung der Soziologiegeschichte nämlich läßt leicht erkennen, daß diese Wissenschaft dort, wo sie über die Beschreibung und Erörterung raumzeitlich fixierter Gesellschaftserscheinungen hinausgehen will, einer gegenständlichen Grundlegung ihrer Theorien bislang entbehrt. Die menschliche Vergesellschaftung, deren Struktur und Prozeß sich im vorwissenschaftlichen Verstand problemlos zum Gegenstand der Soziologie fügen, hat sich in deren theoretischen Grundsätzen bislang nicht als jener Bereich in sich ruhender menschlicher Verhältnisse dargestellt, den die positive

13 Die Habermassche Entgegensetzung von instrumentellem Handeln und kommunikativer Interaktion, in der instrumentelle Aktivität und Arbeit identifiziert und ihres Merkmals beraubt werden, von vornherein „interaktioneller“ Natur zu sein, läuft auf eine Hypostasierung kommunikativer Verhältnisse gegenüber der kollektiven Auseinandersetzung der Menschen mit den natürlichen und geschichtlichen Bedingungen ihrer Vergesellschaftung hinaus. Vgl. bes. J. Habermas, Arbeit und Interaktion. In: ders., Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt 1968, S. 9—46.

14 Vgl. dazu auch: D. H. Wrong, The oversocialized Conception of Man in modern Sociology. In: American Sociological Review 26, 1961, S. 183—193.

Gesellschaftslehre, die generalisierende Sozialtheorie und die kritische Gesellschaftstheorie — wenn auch auf recht verschiedene Weise — unterstellen. Offenkundig stellen ja die auf sich selbst verwiesenen Gesellschaftsverhältnisse, die in sich selbst begründeten Sozialbeziehungen und die auf sich selbst bezogenen Bewußtseinsformen, die die Soziologie in ihren verschiedenen Ausprägungen präsentiert hat, keine konkreten Vergesellschaftungsvorgänge dar. Ein solcher Vorgang muß auch als eine stufenweise Verselbständigung der menschlichen Praxis gegenüber ihren jeweiligen geschichtlichen und natürlichen Bedingungen begriffen werden, und zwar als ein Vorgang, der nicht nur angesichts dieser Bedingungen, sondern auch durch und gegen sie sich vollzieht. Der mechanistischen Interpretation menschlichen Tuns in der neueren Sozialtheorie, die wohl auf Hobbes zurückgeht und nur in der Vor- und Frühgeschichte der Soziologie, vor allem bei Marx, zuweilen durchbrochen wird, liegt aber der Gedanke durchaus fern, daß der gesellschaftliche Zusammenhang der Menschen in einer dauernden Umformung ihrer natürlichen und geschichtlichen Lebenswelt sich schrittweise und praktisch herausbildet. Den soziologischen Lehren, die von diesem konkreten Vergesellschaftungsvorgang im thematischen Ansatz abstrahieren, ist der Versuch entgegensetzen, Gesellschaft grundsätzlich als einen Zusammenhang transformierender Praxis zu fassen. Soziologie ist in Hinblick auf den transformatorischen Charakter jedes, und auch des gegenwärtigen Zusammenhangs vergesellschafteter Tätigkeit, zu entwerfen und zu betreiben. Soweit die Soziologie die fördernden und hemmenden Bedingungen solcher gesellschaftlichen Praxis und diese selbst ernsthaft zu ihrem Thema macht, weist sie über das Prinzip einer bloß bewahrenden Wissenschaft hinaus. Sie wäre dann auch in der Lage, zu einer Theorie der Entfaltung und des Verfalls von Gesellschaften anzusetzen und jene Grundlegung soziologischer Wissenschaft zu leisten, um die diese Disziplin bislang, unter der ausdrücklichen oder stillschweigenden Prämisse der Unveränderlichkeit der Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft, erfolglos sich bemüht.

Frigga Haug

Soziologie in der DDR

I Entstehung: Einrichtung durch die Partei, Forschungsplan als Antwort auf gesellschaftliche Widersprüche

Während bis zu Beginn des Jahres 1963 Soziologie in der DDR im wesentlichen verstanden und betrieben wurde als Kritik der bürgerlichen Soziologie im Rahmen einer Kritik der bürgerlichen Philosophie und Ökonomie¹, ändern sich Zielsetzung und Anwendung dieser Wissenschaft mit der Änderung des Wirtschaftssystems. Nach der Periode der größtmöglichen Aktivierung von Arbeitskräften und der Maximierung des Outputs, gekennzeichnet durch höchste administrative Zentralisation, wird mit der Diskussion um eine Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, um neue Planung und Leitung², eine wissenschaftliche Durchdringung der Leitungstätigkeit erforderlich. So werden in dem auf dem VI. Parteitag (15.—21. Jan. 1963) angenommenen Programm erstmals die Aufgaben der soziologischen Forschung allgemein festgelegt. Dort heißt es: „Von großer Bedeutung für die Lösung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus ist die weitere Entfaltung der theoretischen Arbeit auf dem Gebiet der marxistischen Gesellschaftswissenschaft, der Lehre von der Leitung und Entwicklung der Gesellschaft... Von den Gesellschaftswissenschaften werden verstärkt soziologische Forschungen durchgeführt.“³ Auf der Konferenz der ideologischen Kommission beim Politbüro des ZK im März 1964 wird von Kurt Hager der soziologischen Forschung folgende Aufgabe zugewiesen: „Durch soziologische Massenforschungen zu grundlegenden und umfassenden Problemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung wird ein wichtiger Beitrag zur politischen Führungs- und Leitungstätigkeit der Partei und des Staates geleistet. In der gegenwärtigen Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus stehen vor allem jene Probleme und Prozesse im Mittelpunkt der soziologischen Forschung, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft für das Leben und die Entwicklung der verschiedenen so-

1 Vgl. z. B. die Veröffentlichungen des Deutschen Verlags der Wissenschaften in der Reihe „Unser Weltbild“.

2 Hierzu die Beiträge in: Das Argument, 8. Jahrg. 1966, Nr. 39, „Wirtschaftsmodelle im Sozialismus“.

3 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, S. 361 (zit. nach „Zur Technik und Methodologie soziologischer Forschung, S. 19).

zialen Gruppen und Schichten mit sich bringt.“⁴ Nach einem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 15. September 1964 werden die Soziologen damit beauftragt, die sozialen und „ideologischen“ Bedingungen, Faktoren und Triebkräfte der technischen Revolution in der DDR zu erforschen; ein genaueres Forschungsprogramm legt die Abteilung Soziologische Forschung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vor, verantwortlich für die Durchführung ist der Wissenschaftliche Rat für soziologische Forschung der DDR. Das Thema des Forschungsprogramms lautet: „Die Entwicklung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution“. Dies legt den Schwerpunkt eindeutig auf die Industriegeschichte. Als Forschungsbereiche werden bis 1970 Industriezweige in Leipzig, Halle, Berlin, Karl-Marx-Stadt und Dresden angegeben. Die Forschungsgegenstände sind thematisch und in der zeitlichen Aufeinanderfolge festgelegt. Untersucht wird:

- Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der technischen Revolution (1965 bis 1966);
- die Entwicklung des Verhältnisses zur Arbeit bei den Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution (1966 bis 1968);
- die Aufhebung der personellen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit im Prozeß der technischen Revolution (1967 bis 1969);
- die Auswirkungen der technischen Revolution auf die Sozialstruktur in der Periode der Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der DDR (1968 bis 1970).

(Inwieweit diesem Forschungsplan gefolgt wird, das heißt, ob die in den angegebenen Bereich fallenden Untersuchungen alle durchgeführt und erschöpfend behandelt wurden, läßt sich im Rahmen dieser Darstellung nicht prüfen, da ein großer Teil der Untersuchungen nicht in Buchform veröffentlicht ist. Hier werden nur die von den Verlagen veröffentlichten soziologischen Forschungen aus der DDR berücksichtigt.)

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung beim ZK der SED und Leiter der Abteilung für soziologische Forschung wurde Horst Taubert; seit 1966 ist es der Philosoph Erich Hahn. Inzwischen gibt es an vielen Universitäten der DDR soziologische Abteilungen, Arbeits- und Forschungsgruppen (so zum Beispiel in Berlin, Leipzig, Halle, Merseburg und Dresden). Es gibt eine soziologische Kommission und in einigen Industriebetrieben eigene Industriegesellschaften.

Neben vielen Aufsätzen über die ersten Forschungen, Probleme und Ergebnisse in den Zeitschriften „Einheit“ und „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ im Jahre 1964 gab der Deutsche Verlag der Wissenschaften im gleichen Jahr eine Übersetzung eines tschechi-

4 Kurt Hager: Probleme und Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem 5. Plenum des ZK. In Einheit, 1964, Heft 4, S. 60 (zit. nach: Zur Technik und Methodologie, S. 20).

schen Buches, Kľofác/Tľusty, Empirische Soziologie⁵, heraus, und die Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität veröffentlichte ebenfalls 1964 einen Sonderband, Fragen der marxistischen Soziologie⁶, in dem sowohl methodische und praktische Forschungsprobleme behandelt sind als auch Kritik an der bürgerlichen Soziologie geleistet wird. Die erste von einem nicht-universitären Verlag veröffentlichte Aufsatzsammlung von DDR-Autoren folgt 1965, Soziologische und psychologische Erfahrungen aus Forschung und Praxis. Nach einer Standortbestimmung und Abgrenzung von der positivistischen Soziologie durch Erich Hahn⁷ aus dem gleichen Jahr folgt in den Jahren 1966, 1967 und 1968 eine große Zahl von Forschungsberichten, methodologischen Erörterungen und wiederum Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Soziologie; der Wissenschaftliche Rat für Soziologische Forschung beginnt 1967 eine eigene Reihe „Soziologie“, veröffentlicht im Dietz-Verlag, in der bisher vier Forschungsberichte erschienen sind.

Fragt man sich, wieso eigentlich plötzlich so forciert praktische Sozialforschung in der DDR betrieben wird, so gibt es darauf als Übersetzung der ein wenig abstrakt anmutenden Formulierung „der wissenschaftlichen Führungstätigkeit . . . in zunehmendem Maße Erkenntnisse für die Lösung der vielfältigen sozialen Probleme zu vermitteln“⁸, eine relativ einfache Antwort. Untersucht, erforscht, gelöst werden muß das Problem, warum viele Werktätige nach der Veränderung der Produktionsverhältnisse, nach 20 Jahren mühseligen Aufbaus, zu einem Zeitpunkt, da sie durch die zweite wissenschaftlich-technische Revolution als lernende, Technik bewältigende Individuen wesentlicher sind für die Fortentwicklung denn je, warum da ihr Verhalten, Handeln, ihr Bewußtsein, ihre Einstellung den ökonomischen Bedingungen, unter denen sie leben, nicht entspricht! Warum wollen einige nicht „Herr der Maschine“ sein, das heißt, sie begreifen, sich ihrer bedienen, statt sie zu bedienen; heißt lernen, sich fortbilden, sich „qualifizieren“. Woraus resultiert bei einigen die fatalistisch entfremdete Konsumentenhaltung, die doch nur dem Kapitalismus adäquat war? Warum ist die Frauenemanzipation nicht so weit geglückt, daß alle Frauen sich über das bloße Geldverdienen hinaus auch weiter qualifizieren wollen? Warum identifiziert sich nicht die gesamte Jugend mit der Gesellschaft, so daß sie den Nutzen der Gesellschaft begreift als ihren eigenen? Welches sind die Hemmnisse gegen den technischen Fortschritt, der erhebliche Anstrengungen von seiten des einzelnen bedeutet? Welches sind die Ursachen für die Fluktuation von Arbeitskräften, die den Staat jährlich große Summen kostet? — Sind sie in Gruppenbeziehungen zu suchen? In der Familie? Im Betrieb? Wird nicht genügend informiert? Sind die

5 Besprochen in Argument, Nr. 38, S. 237.

6 Besprochen in Argument, Nr. 39, S. 334.

7 Erich Hahn, Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis; siehe die Besprechung in Argument, Nr. 43, S. 209.

8 Einführung in die soziologische Forschung, S. 8.

Menschen mit dem Arbeitsplatz oder der Arbeit unzufrieden? Oder geht es um die ungenügende Befriedigung materieller Interessen? Sollte man das Prämiensystem verändern? Freizeit anders gestalten? Alle diese Fragen müssen lösbar sein, will man sich nicht einem Menschen verachtenden Kulturpessimismus verschreiben. So werden Forschungen durchgeführt über „Arbeitszufriedenheit“⁹, Probleme der Arbeit¹⁰, Fluktuation von Arbeitskräften¹¹, Qualifizierung¹², Mitbestimmung¹³, über Jugend¹⁴, über Betriebsklima¹⁵, über Frauen¹⁶, und vieles andere mehr.

Neben diesen Forschungsobjekten, die sich thematisch nicht sehr unterscheiden von denen westlicher Soziologen, wohl aber ursächlich und vom Ziel her, nämlich einzugreifen in den Bewußtwerdungsprozeß der Arbeitenden, hebt sich die Soziologie in der DDR bewußt und objektiv von der bürgerlichen Soziologie ab, dadurch daß sie marxistisch zu sein beansprucht; das heißt, sie hat eine bestimmte Gesellschaftstheorie, eine Theorie, die der Untersuchung von Tatbeständen vorhergeht, diese begreift als Momente eines sozialen Ganzen, das primär von den Produktionsverhältnissen bestimmt wird. Von diesem theoretischen Ansatz her ergibt sich notwendig eine interdisziplinäre Verknüpfung zunächst mit der Ökonomie und der Philosophie. So folgt logisch, daß die Soziologie in der DDR, solange sie noch eine so junge Wissenschaft ist, daß eigene Fachkräfte noch nicht ausgebildet sein können, im wesentlichen von Philosophen und Ökonomen betrieben wird. Das Verlangen nach Sprengung der engen Grenzen der Disziplinen erwuchs hier nicht — wie in der bürgerlichen Soziologie — aus dem spürbaren Mangel innerhalb der Soziologie, vor entscheidenden Fragen Halt machen zu müssen, sondern aus der Einsicht der etablierten Disziplinen, ohne ein weiteres wissenschaftliches Instrumentarium, nämlich dem, das für

9 Z. B. Rudhard Stollberg, Arbeitszufriedenheit — theoretische und praktische Probleme.

10 Siehe z. B. Schöpferische Arbeit.

11 Braunreuther, Kurt: Soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften.

12 Vgl. den Beitrag von R. Schulz, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 139—148. Ferner C. Aberspach, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 159—183.

13 Siehe den Beitrag von G. Aßmann und M. Puschmann, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 83—92.

14 Hierzu der Beitrag von R. Schulz, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 139—148. Siehe ferner die Beiträge von Berger/Weigelt und Ransch, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 141—159. Ferner gibt der Deutsche Verlag der Wissenschaften eine Reihe „Jugendforschung“ heraus, in der bisher sechs Hefte erschienen sind. Siehe auch W. Friedrich, Jugend heute.

15 Vgl. z. B. den Beitrag von H. Wolf, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 155—173.

16 Siehe z. B. Inge Hieblinger, Frauen in unserem Staat. Ferner die Beiträge von Grandke und Lange, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 128—141.

die Erforschung der Bedingungen des Handelns und Verhaltens der vergesellschafteten Menschen notwendig ist, in wesentlichen Punkten substanzlos zu bleiben. So beschreibt Kurt Braunreuther die Situation in der Ökonomie: „... doch hat z. B. in der politischen Ökonomie die jahrelang praktizierte Ausklammerung konkreter Kenntnisse der Produktivkräfte bei der Beschreibung ihres Gegenstandes und in der Ausbildung des Nachwuchses die Entwicklung dieser Wissenschaft als Instrument zur Lösung gesellschaftlicher Fragen in einer hochindustrialisierten Welt in hohem Grade behindert“¹⁷, und „Die Politische Ökonomie des Sozialismus bietet jedenfalls in ihren neueren Darstellungen unter anderem eine Anordnung von theoretisch formulierten Hauptresultaten ökonomischer Aktivitäten der Menschen auf einer sehr hohen Stufe der Abstraktion. Das gereicht ihr keineswegs zum Nachteil auf den Gebieten, für die es wissenschaftlich angemessen ist; nur zeigt sich eben, daß andere Gebiete der ökonomischen Theorie vernachlässigt werden. Die konkreten Anstrengungen der in sozialen Gruppierungen zu erfassenden Menschen, die periodenweise sich ständig verändernden, zum Teil bewußt gestalteten, zum Teil unvorhergesehenen Bedingungen, die den komplizierten Prozeß ökonomischer Aktivitäten charakterisieren, gehen mit den diesen Prozeß beeinflussenden und von ihm beeinflussten gesellschaftlichen Gruppen bei einer für diese wissenschaftlichen Gebiete zu hohen Stufe der Abstraktion der Darstellung in der Politischen Ökonomie des Sozialismus verloren.“¹⁸

Und Erich Hahn sagt über das Ineinandergreifen von Philosophie und Soziologie: „Die Philosophie ist der Soziologie nichts Äußerliches. Es hängt nicht vom Forscher allein ab, seine soziologische Forschung philosophisch zu ‚gestalten‘ oder nicht. Im Prozeß der Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit durch den forschenden Soziologen selbst ruht vielmehr eine Fülle von Abschnitten und Kreuzungen, an denen spontan philosophische Probleme auftreten. Die Philosophie beginnt nicht erst, wenn über die letzten Gründe menschlicher Existenz reflektiert wird. Sie setzt — in bezug auf die soziologische Erkenntnis — vielmehr beispielsweise da an, wo bestimmte mehr oder weniger alltägliche Erscheinungen, Prozesse, Bereiche oder Beziehungen einseitig gesehen, aus ihren objektiven Zusammenhängen herausgelöst, verselbständigt oder verabsolutiert werden.“¹⁹

Natürlich gibt es neben der Verknüpfung mit diesen beiden Wissenschaften noch eine Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, wie zum Beispiel der Psychologie²⁰, der Pädagogik²¹, der Medizin²² und dem Städtebau²³.

17 Kurt Braunreuther, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 29.

18 Kurt Braunreuther, Ökonomie und Soziologie aus der Sicht eines Leiters soziologischer Untersuchungen, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 36.

19 Erich Hahn, Philosophische Gesichtspunkte der soziologischen Analyse des Menschen, in: Soziologie und Wirklichkeit, S. 22 f.

20 Siehe zum Beispiel die Beiträge von H. Hiebsch, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 183—195.

Außer den schon genannten veröffentlichten Forschungsberichten gibt es methodologische Schriften²⁴, Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Soziologie und immer wieder Bemühungen um eine Theorie der Soziologie.

Ogleich viele der Bücher gar keinen Verfassernamen mehr tragen, wohl um auf den Charakter der Kollektivarbeit hinzuweisen, handelt es sich zumeist lediglich darum, daß die einzelnen Aufsätze oder Kapitel von verschiedenen Autoren geschrieben wurden; sie sind daher von sehr unterschiedlicher Qualität. Immer wieder sind es die Namen von Erich Hahn und Kurt Braunreuther, daneben auch von Bollhagen, Kallabis, Taubert, Stollberg und Puschmann, die klare und überlegte Beiträge zeichnen.

Allen Autoren aber eignet auch bei der bloßen Beschäftigung mit sogenannten westlichen Forschungsmethoden eine Absage an den Positivismus und ein Bekenntnis zur marxistischen Soziologie. Sie verstehen darunter eine „Wissenschaft von der Gesellschaft als System sozialer Beziehungen, Prozesse und Gebilde der ihr Leben produzierenden und in mannigfaltiger Weise äußernden Menschen“²⁵. Gearbeitet wird in drei theoretischen Ebenen. Die allgemeine soziologische Theorie, der historische Materialismus, untersucht „die allgemeinsten Gesetze der Struktur und historischen Entwicklung der sozialen Organisation des menschlichen Zusammenlebens im historischen Gesamtprozeß“; die allgemeine Theorie der einzelnen Gesellschaftsformationen untersucht „die allgemeinen Gesetze des Entstehens und Vergehens, der Struktur und Dynamik historisch-konkreter Gesellschaftsformationen als geschichtlich besondere Systeme der sozialen Beziehungen der Menschen“; die spezielle soziologische Theorie untersucht „die Gesetze der Struktur und Dynamik einzelner

21 Hierzu die Beiträge von H.-G. Nultsch und von Engelstädter/Heinze, in: *Soziologie und Wirklichkeit*, S. 204—234.

22 Z. B. die Beiträge von K. Winter und A. Geißler, in: *Soziologie und Wirklichkeit*, S. 204—234.

23 Hierzu schreibt Kurt Braunreuther: „Das Ideal der Soziologen für die Zukunft besteht darin, gerechtfertigte Prognosen für auszuwählende Entwicklungsbereiche der Gesellschaft zu geben. Die Notwendigkeit derartiger Prognosen für künftige wesentliche Verhaltensweisen in der Gesellschaft wird ersichtlich, wenn überlegt wird, was dies z. B. für den künftigen Städtebau bedeuten könnte. Hier werden Produkte dann noch konsumiert, wenn die Produzenten dieser Produkte bereits verstorben sind und die Kritik der Nachgeborenen nicht mehr berücksichtigen können. Der Prozeß künftiger Urbanisierung kann unter dem Aspekt der Arbeits- und Industriosozologie behandelt werden, wenn auch die Urbanisierung als relativ selbständiges Sondergebiet der Soziologie sich international zunehmend herausbildet.“ In: *Soziologische und psychologische Erfahrungen*, S. 31.

24 Siehe z. B.: *Zur Technik und Methodologie soziologischer Forschung*. Siehe auch, *Einführung in die soziologische Forschung*. Siehe ferner, *Befragter und Befragte*.

25 H. Kallabis, *Sozialismus und Soziologie*, in: *Soziologie und Wirklichkeit*, S. 11.

sozialer Subsysteme, Beziehungen, Prozesse und Gebilde, die in einer historisch-konkreten Gesellschaft existieren und in ihrem dialektischen Zusammenhang das komplizierte System sozialer Beziehungen der gegebenen Gesellschaft bilden“. Das Postulat, den historischen Materialismus als Grundlage soziologischer Forschung zu benennen, wird nicht als ein philosophisches betrachtet, sondern als eines, das aus praktischer Erfahrung und dem Schicksal der bürgerlichen Soziologie gewonnen ist. — Wird soziale Wirklichkeit verstanden als vom Menschen geschaffen und geprägt, ihrerseits aber wiederum individuelles Handeln determinierend, welches soziale Bedeutung erlangt nur durch die sozialen Bedingungen, so läßt sich der Idealismus als eine Variante bürgerlicher Soziologie kritisieren als eine Methode, die Individuelles vom Sozialen isoliere, um hernach das Soziale vom Individuellen herzuleiten. Den Positivisten wird ihre Verabsolutierung der empirischen Verifikation vorgeworfen. Da Empirie immer nur einen Teilbereich mit der Theorie konfrontieren könne, also natürlich nicht jeweils die Theorie als Ganzes beweisen könne, beschränkten sie sich auf Theorien mittlerer Reichweite, wodurch sie eben jene Merkmale vernachlässigten, die das Forschungsobjekt als ein Element der Gesellschaft bestimmen.

Daß Soziologie zum Nutzen der Gesellschaft betrieben wird, erscheint als selbstverständlich. Es stellt sich daher nicht das Problem einer „reinen Wissenschaft“, sondern die Frage nach der Gesellschaft, für die soziologische Forschung in den Dienst sich nehmen läßt. Während der bürgerlichen Soziologie die explizite oder implizite Absicht der Manipulation und Anpassung der Menschen an bestehende Herrschaftsverhältnisse, an eine feindliche Welt der Ausbeutung und des Kriegs vorgeworfen wird, bekennt sich auch die marxistische Soziologie zu einer Beeinflussung der Menschen, aber nicht im Sinne blinder Anpassung, sondern zur Förderung bewußter gegenseitiger Beziehungen, humanistischer Gestaltung der Lebensverhältnisse und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Die marxistische Soziologie ist also eindeutig engagiert, ist parteilich; sie versteht sich als Element für den Aufbau und die Entwicklung des Sozialismus, wobei diese Parteilichkeit bei der Zugrundelegung des historischen Materialismus mit Objektivität nicht in Widerspruch zu geraten braucht. So sagt zum Beispiel Kallabis: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Gesellschaft fällt das Interesse der herrschenden Klasse der Gesellschaft, die die Leitung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses ausübt, mit dem Interesse an totaler wissenschaftlicher Gesellschaftserkenntnis zusammen.“²⁶

Ihre Aufgabe sieht die marxistische Soziologie in der weiteren Ausarbeitung der Theorie von der sozialistischen Gesellschaft, in einem Beitrag zur wissenschaftlichen Führung und Leitung dieser Gesellschaft und in der Entwicklung eines „sozialistischen wissenschaftlichen historischen konkreten“ Gesellschaftsbildes bei allen Werktätigen als Voraussetzung für deren bewußtes soziales Verhalten und

Handeln, das den realen Gesellschaftsbedingungen entsprechen soll. — Ihr Gegenstand heißt abstrakt: die Untersuchung der „Probleme der sozialen Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen, das heißt, die Gesellschaft als System sozialer Beziehungen und Verhältnisse“; da es sich um eine Gesellschaft im Aufbau, und zwar wesentlich auch im ökonomischen Aufbau handelt, wird er (der Gegenstand) ihr vorgegeben durch die technischen Erfordernisse, nämlich der ökonomischen Notwendigkeit einer höheren Qualifikation des einzelnen und einer neuen Arbeitskräftestruktur in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Konkrete Forschungsprojekte sind dabei zum Beispiel: die Untersuchung des Einflusses der komplexen Mechanisierung und Automatisierung auf die Formen und Strukturen sozialistischer Kollektive; die Untersuchung des sozialen Inhalts der Produktionskollektive und seiner Auswirkung auf Leitung und Leitungsstrukturen; der sozialen Elemente des Produktionskollektivs; der Grundlagen und Faktoren des sozialistischen Betriebsklimas; des Einflusses von Veränderungen der Berufs- und Tätigkeitsmerkmale auf die Einstellung zur Arbeit; der Auswirkungen des neuen Verhältnisses von körperlicher und geistiger Arbeit auf die Berufs- und Beschäftigtenstruktur; der Veränderung der Beschäftigtenstruktur und ihres Einflusses auf die allgemeine Sozialstruktur²⁷, der Demokratie im Betrieb und der Bewußtseinsentwicklung.

Erster Exkurs über Reaktion westdeutscher Soziologen

Westliche Soziologen, zumeist in der Bundesrepublik, bemühen sich, diese plötzlich so aktiv gewordene Wissenschaft, deren Nichtvorhandensein jahrelang wesentliches Beweismittel einerseits für die westliche Demokratie, in der es eine Soziologie gab, und andererseits für den östlichen Totalitarismus, der sich eine so kritische Disziplin angeblich nicht leisten konnte, einzugemeinden. Dies scheint um so dringlicher, als die Tatsache der Möglichkeit einer Indienstnahme dieser Wissenschaft, für welche Gesellschaft auch immer, auch die westliche Soziologie dessen, was sie unter Wissenschaftlichkeit versteht, berauben, sie zu einem Instrument machen würde. Zugleich würde auf immer prominenter werdende Richtungen der praktischen Sozialforschung ein recht demaskierendes Licht geworfen, das mit dem Hinweis auf eine pluralistische Gesellschaft wohl kaum ausreichend wieder abgedunkelt werden könnte.

So werden in der Tendenz gleiche, wenn auch in der Formulierung unterschiedliche Adoptionsversuche an die marxistische Soziologie herangetragen. Peter Christian Ludz konstatiert: „Der Anspruch des Histomat, Universalwissenschaft zu sein, ist nicht fallengelassen worden... Dennoch ist der Beginn einer doppelten Emanzipation

²⁷ Entnommen dem Beitrag von Horst Taubert, Die soziologische Forschung und die Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in: Einführung in die soziologische Forschung, S. 15 f.

der Soziologie von der Ideologie (?) nicht zu verkennen: Einmal löst sie sich, mit der Hinwendung zu Statistik, Mathematik und Kybernetik, Sozialpsychologie und Geschichte, fast zwangsläufig immer stärker von den Grundaxiomen des Histomat“ (der historische Materialismus ist vermutlich zu diesem Kunstwort verstümmelt, damit der Leser in ihm das Wort „historisch“ = geschichtlich nicht wiederfinde) „und verselbständigt sich zur Einzelwissenschaft; zum anderen geht sie zahlreiche Verbindungen mit positiven Wissenschaften ein — und dies nicht nur, weil Strukturanalysen der industriellen Gesellschaft des Ineinandergreifens sehr verschiedener Fachrichtungen bedürfen, sondern gleichermaßen als Ausdruck eines allgemeinen Integrationsprozesses in den Wissenschaften.“²⁸ Gabor Kiss bezeichnet sie weniger dunkelmännisch schlicht als unmarxistisch²⁹, wobei ‚marxistisch‘ natürlich als negativer, zumindest aber nicht mehr gültiger Wert apostrophiert ist. Andere wieder versuchen aus dem Anwachsen der Soziologie eine Gefahr für den DDR-Staat herauszulesen, was eine ziemlich mystische Agententheorie als Staatstheorie vermuten läßt. Auch heißt es, mit der Übernahme der empirischen Methoden nähere sich die marxistische Soziologie mehr und mehr dem Positivismus. — Aus den bisher veröffentlichten Büchern geht nichts von alledem hervor. Erstaunlich ist lediglich, daß sich die DDR-Soziologen selbst mit diesen Umarmungen, die sie als Kritik begreifen, nur recht hilflos auseinandersetzen. Über ein bloßes Konstatieren, daß diese Kritik nicht zutreffe, und einer mehr oder weniger umfangreichen Verbalisierung ihrer Vorstellungen von marxistischer Soziologie, verbunden mit recht pauschaler Polemik, reicht die Analyse nicht hinaus³⁰.

II Forschungsmethoden: Akzent auf marxistische Indienstnahme des empirischen Instrumentariums, erzieherische Anlage von Interviews, Aufhebung der Trennung zwischen Interviewer und Forscher

Ein wesentlicher Ansatzpunkt westlicher Soziologen für die Gleichsetzung der marxistischen Soziologie mit der westlichen ist die Anwendung der gleichen empirischen Methoden. Dies trifft nicht nur tatsächlich zu, sondern wird darüber hinaus auch von den DDR-Soziologen direkt gefordert. Da aber die Methoden als solche zu-

28 P. Ch. Ludz, Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR; Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, XVI. Jg., 1964, Sonderheft 8, S. 341.

28a Vgl. auch R. Ahlberg, Entwicklungsprobleme der empirischen Sozialforschung in der UdSSR; Veröffentlichung des Osteuropa-Instituts, Berlin 1968; besprochen in Argument Nr. 52, S. 262.

29 Gabor Kiss, Gibt es eine marxistische Soziologie? Siehe die Besprechung in Argument, Nr. 48, S. 368.

30 So z. B. bei Vitali Stoljarow, Wissenschaftliche Leitungstätigkeit und marxistische soziologische Forschung, in: Zur Technik und Methodologie, S. 7. Siehe auch den Beitrag von Rittershaus und Taubert, Für eine größere Wirksamkeit der soziologischen Forschung, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 16; ferner Industriesoziologie, S. 8.

nächst instrumentalen Charakter tragen, Werkzeuge sind, bei denen es darauf ankommt, wofür man sie benutzt, heißt dies zunächst nur, ein Stück geleistete Arbeit übernehmen, statt noch einmal selbst von vorne anzufangen, und bedeutet es im Bereich der Soziologie nicht mehr als im Bereich der Technik die Übernahme von im Kapitalismus entwickelten Maschinen. Die Differenz erweist sich erst in der Interpretation, sowohl vor als auch nach der Faktensammlung. Bei allen Methoden greift die Interpretation allerdings in die Methode ein, so z. B. bei den Skalierungsverfahren besonders deutlich bei der Wahl der Indikatoren, aber auch hier findet sich nirgends eine Verkenning dieser Tatsache; nirgends findet man zum Beispiel die Übernahme einer kompletten Untersuchungsanordnung mit allen Einzel-elementen aus der westlichen Soziologie.

Daß daneben manchmal Überschätzungen der Instrumente vorkommen, heißt zunächst nicht viel mehr, als daß sich einzelne Bereiche noch im Stadium des Experimentierens, auch der Selbstbehauptung befinden. So glaubt der Philosoph Thiel³¹ durch die Anwendung spieltheoretischer Modelle auf soziale Verhältnisse den Stein der Weisen gefunden zu haben. Er vernachlässigt die Tatsache, daß bei der Arbeit mit mathematischen Modellen nicht schlechterdings die Wahrheit herauskommt, sondern nur das, was vorher impliziert wurde. Das heißt, man muß exakt wissen, welches Modell in Frage kommt, was praktisch schon eine Kenntnis der Verhältnisse voraussetzt. Den Beweis für die Schwierigkeit dieses Unterfangens tritt er sogleich selber an, durch die Beziehung eines falschen Modells auf ein soziales Verhältnis. Nach Thiel bezeichnet das „Zwei-Personen-Nullsummenspiel“ (einer gewinnt, was der andere verliert) das Wesen des Klassenantagonismus. „Der Antagonismus erscheint mathematisch als eine Beziehung zweier Funktionen. Die beiden Funktionen zeigen, wie den zwei Kontrahenten Gewinn bzw. Verlust zufällt, entsprechend ihrem Verhalten.“³² Dies ist nicht, wie Thiel einschränkend versichert, „stark vereinfacht“, sondern einfach falsch. Denn es hieße nicht nur den Kapitalismus rein in der Sphäre der Distribution anzusiedeln, sondern widerlegt auch den schon von Marx beschriebenen Sachverhalt, daß „der Arbeiter nicht notwendig zu gewinnen (braucht) mit dem Gewinn des Kapitalisten, aber notwendig mit ihm verliert“³³. Dieser Aufsatz in dem im übrigen sehr guten Einführungsband ist auch sonst ärgerlich. Nicht nur versucht der Autor mit einer Menge von Gemeinplätzen (wie „Die Mathematik ist in den letzten 200 Jahren selbst reifer geworden“; „sie besitzt heute ein Vielfaches der Kenntnisse und Ausdrucksmittel, die seinerzeit Kant zur Auswahl standen“; „Das Leben selbst stellt uns vor Entscheidungen, und wir müssen sie fällen. ‚Hic Rhodus, hic salta!‘ heißt eine

31 Rainer Thiel, Mathematische und soziologische Begriffe, in: Einführung, S. 115—128.

32 Rainer Thiel, a.a.O., S. 121.

33 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband, Erster Teil, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 472.

klassische Redensart“) die Notwendigkeit des Gebrauchs mathematischer Begriffe und Modelle zu suggerieren, daneben speist er auch etwa auftauchende Probleme mit völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten anerkannter historischer Größen ab: „Man muß übrigens auch der Redeweise, die Mathematik habe Quantitätsverhältnisse zum Gegenstand, mit der Rücksicht darauf begegnen, was ein Quantitätsverhältnis ist: Das ist im Sinne der durch Hegel entwickelten Dialektik von Quantität und Qualität selbst ein Ausdruck der Qualität eines Dinges, die Keimform der Darstellung seines Wesens.“³⁴ Schließlich empfiehlt er, marxistische Theorie, wie z. B. die der Krisen des Kapitalismus, als Differentialgleichung auszudrücken, was sie „in sonst nicht erreichbarem Grade übersichtlich, einprägsam und suggestiv“ mache. Hier stellt sich die Frage, für wen? Sollte die Kenntnis des Kapitalismus in mehr als nur einigen hochspezialisierten Köpfen Eingang finden, ist dieser Weg zumindest nicht zu empfehlen.

Bei den Darstellungen eines jeden methodologischen Verfahrens wird auf die Notwendigkeit einer theoretischen Konzeption hingewiesen, um z. B. die Möglichkeit, zufällige Parallelitäten als Seinskorrelationen zu bezeichnen, auszuschalten, um die zu erforschenden korrelativen Beziehungen überhaupt als objektiv gegeben voraussetzen zu können. Die Verfahren ergänzen und vertiefen die vorhergegangene Analyse; Empirie ohne Theorie wird undenkbar. Notwendig bei jedem Forschungsobjekt ist, daß es der Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben dient oder zur Lösung politischer, „ideologischer“ und pädagogischer Aufgaben beiträgt. Forschung um ihrer selbst willen wird entschieden abgelehnt, gleichfalls wird bei der vorhandenen Knappheit der Mittel (an Geld, an Zeit und an Soziologen) der empirische Nachweis bereits bekannter Erkenntnisse als unvernünftig abgewiesen, da Soziologie danach trachten müsse, Praxis zuvorzukommen, Handlungsanleitungen geben zu können. Daher werden im Sinne der Effektivität Untersuchungskollektive gefordert. „Hobbyforschung“ gilt nicht als sinnvoll. Reine Meinungsforschung, die sich als Fragebogenaktion erschöpft, wird nicht der Soziologie zugerechnet. So wird in dem Aufsatz von Puschmann und Schirmeister³⁵ als falsch abgetan und belächelt, daß sich eine Fernsehumfrage, die ergab, daß Pittiplatsch, Meister Nadelöhr und Schnatterinchen die beliebtesten Figuren des Kinderfernsehens seien, als soziologische Untersuchung bezeichnete. In dem Band „Probleme der Industriesoziologie“ heißt es: „Alle möglichen Aktionen, jede Leserumfrage einer Zeitung, jede Frage nach der Meinung über dieses oder jenes Problem wurden als soziologische Forschung bezeichnet. Nicht wenige versuchten sich ‚in Soziologie, weil es Mode war‘.“³⁶

34 Rainer Thiel, a.a.O., S. 120.

35 M. Puschmann/C. Schirmeister, Konkrete Sozialforschung im sozialistischen Betrieb — Bestandteil wissenschaftlicher Leitungstätigkeit, in: Soziologische und psychologische Erfahrungen, S. 63.

36 Industriesoziologie, S. 11.

Die Ergebnisse der einzelnen Forschungen werden mit Empfehlungen an die Betriebe gegeben, in denen sie durchgeführt wurden, die Gesamtanalyse geht an zentrale Organe der Gesellschaft. Die unmittelbare Verbindung der soziologischen Forschung mit dem Produktionsprozeß erweist sich vielfach. So heißt es zum Beispiel bei Schulz³⁷: „Mit dem Material einer soziologischen Studie kann eine Leitung etwa ein bis zwei Jahre arbeiten. Bis zu einem solchen Zeitraum sind die Daten im allgemeinen aussagekräftig; dann werden sie durch die Entwicklung überholt. Es ist anzustreben, daß die Leitungen der Betriebe selbst zu einzelnen Themen das Material auswerten.“ Außerdem wird gefordert, die Untersuchungen mit den beteiligten Werksangehörigen auszuwerten, um z. B. mögliche Fehleinschätzungen der Forscher korrigieren zu können. Alle Beteiligten werden im Gang der Untersuchung in Gruppendiskussionen über das Forschungsobjekt informiert.

Auch bei der schriftlichen Fixierung einer Studie wird genauestens über die einzelnen Schritte informiert, eine wissenschaftliche Genauigkeit, die so gut wie alle westlichen Untersuchungen vermissen lassen.

Zur Problematik schriftlicher und mündlicher Befragungen erschien 1968 ein sehr informatives und brauchbares Buch von H. Roede (Befrager und Befragte). Anhand konkreter „Massenuntersuchungen“ über die „sozialistische Gemeinschaftsarbeit“ und die Neuererbewegung“ werden das Interview, der Fragebogen, der Interviewer und die Auswahl der Untersuchungspersonen diskutiert; die im Verlauf der Untersuchung gewonnenen Verfahrensänderungen werden begründet mitgeteilt; im Anhang findet man die wörtlichen Fragebogen mit den Hinweisen an die Interviewer.

Soziologische Forschung wird hier bestimmt als Untersuchung der sozialen Wirklichkeit und ihrer Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen. Darüber hinaus heißt es: „Im Gegensatz zur bürgerlichen Soziologie geht die marxistische soziologische Forschung davon aus, daß das Interview nicht nur einen bestimmten, gegenwärtigen Sachverhalt, das heißt eine Tatsache, Meinungen oder/und Motive ‚photographiert‘, sondern daß es die Menschen auf ein zukünftiges Verhalten orientiert. Durch die zielbewußte Gesprächsführung werden oft bestimmte Sachverhalte erst zum Bewußtsein gebracht, es werden Erscheinungen, über die man bisher kaum nachdachte, als fördernder bzw. hemmender Faktor sichtbar; ... Wir bezeichnen das als *erzieherische Wirkung des soziologischen Interviews*.“³⁸

Anhand einer Übersicht aus vier Untersuchungsbetrieben wird nachgewiesen, daß die Zahl der Neuerervorschläge als auch deren Nutzen nach der Befragung beträchtlich stiegen.

Sicher ist es richtig, daß in der bürgerlichen Soziologie das Interview als Erziehungsfaktor im Sinne objektiver Wissenschaft auf

37 Robert Schulz, Zur Auswertung soziologischer Forschungen in den Betrieben, in: Einführung, S. 110.

38 H. Roede, Befrager und Befragte, S. 19 f.

strikte Ablehnung stoßen muß; gleichwohl sollten die Ergebnisse der bewußt auf Veränderung zielenden Befragungen in der DDR zur Reflexion über die Wirkungen westlicher Befragungen nötigen. Es ist durchaus nicht abwegig, zu vermuten, daß eine Untersuchung zum Beispiel über das Ausmaß der Identifikation des Lesers mit der Bildzeitung zum Zwecke größerer Identifikation eben derselben Leser unternommen wird.

Eine interessante Bewältigung findet das Problem der für die jeweiligen Untersuchungspersonen potentiell unverständlichen oder mißverständlichen Sprache der Fragebogen: es werden für Produktionsleiter und -arbeiter inhaltlich die gleichen, aber in Abstraktionsniveau und Formulierung unterschiedliche Fragebogen erarbeitet (beide kann man im Anhang nachlesen und vergleichen).

Zur Person des Interviewers wird prinzipiell die „Automatenvariante“ bürgerlicher Soziologen (insbes. Noelle-Neumann und Kellerer) abgelehnt, die Trennung von Forscher und Interviewer wird verneint. Empfohlen wird dagegen die Schulung und Einsetzung von Studenten, deren Mitarbeit an der gesamten Forschung zugleich Teil ihres Studiums sein sollte (in den vorliegenden Untersuchungen waren 99 Studenten als Interviewer tätig, und zwar Fernstudenten, die in ihrer beruflichen Tätigkeit zugleich Leiter von Kollektiven waren).

Bei der Auswertung der Gewichtung von Einzel- und Massenerscheinungen wird Parteilichkeit als wissenschaftlich gefordert. Nicht mathematisch-statistisch sei nach der Quantität der Erscheinungen zu fragen, sondern qualitativ sei zu entscheiden, ob die Einzelercheinung Neues oder Altes verkörpere, um ihre gesellschaftliche Relevanz zu bestimmen.

III Forschungsgebiete: Arbeitszufriedenheit, Fluktuation, Industriesoziologie, schöpferische Arbeit

Die anderen vorliegenden Veröffentlichungen empirischer Untersuchungen geben nicht einzelne Studien in ihrem Gesamtablauf wieder, sondern verknüpfen die Darstellung meist mehrerer Untersuchungen mit Kritik und Vorschlägen für eine bessere theoretische Vorarbeit und Durchführung. So berichtet z. B. der Band „Arbeitszufriedenheit“ über insgesamt 9 Untersuchungen, die in den Jahren 1962—1966 in verschiedenen Betrieben in der DDR durchgeführt wurden; bei allen war das Thema der Arbeitszufriedenheit nicht direkt zentral, jedoch immer in dem gestellten Fragenkomplex mit einbegriffen. Arbeitszufriedenheit selbst wird nicht definiert als Zufriedenheit mit der Tätigkeit oder den Bedingungen des Arbeitsplatzes allein, sondern als insgesamt soziales Wohlbefinden, wobei durch die Kopplung von Wohlbefinden und Arbeit der Nachweis der nichtentfremdeten Arbeit als erbracht gelten soll. Unter diesem Aspekt bedeutet Unzufriedenheit nicht schlechterdings etwas Negatives, sondern ist Indikator für Mängel, deren genaue Ursachen erforscht und beseitigt werden sollen. Daß Arbeitszufriedenheit oder

Wohlbefinden nicht allein das Individuum betreffen, sondern z. B. durch mangelndes Interesse und daher schlechte Arbeit und ständige Fluktuation von Arbeitskräften stark ökonomische Auswirkungen haben, zeigt den gesamtgesellschaftlichen Aspekt dieses Problems.

Es wird im allgemeinen bei diesen Untersuchungen mit geschlossenen Fragen gearbeitet, wobei die Problematik, daß hierdurch einige Motive übergewichtet, andere ausgelassen werden, durchaus als ein die Aussagekraft einschränkender Faktor erachtet wird. Man vertraut auf die Korrektur durch Korrelierung der verschiedenen Untersuchungen und Untersuchungselemente. Die Kritik gilt auch unzulässig komplexen Elementen, die keine genaue Aussage erbringen können. So wird etwa der Frage, ob „gute, der tatsächlichen Leistung entsprechende Bezahlung“ als wichtigste Voraussetzung für Arbeitszufriedenheit erachtet wird, vorgeworfen, die absolute Höhe des Lohnes mit Lohngerechtigkeit durcheinanderzuwerfen. Die Tatsache, daß in der gleichen Untersuchung 19 % der Befragten sich für andere, nicht vorgegebene Faktoren entschieden, weise auf die Unvollständigkeit der vorgegebenen Faktoren hin, ein Mangel, dem durch bessere theoretische Vorarbeit abgeholfen werden müsse. Dem Befund, daß Frauen weit eher gute Bezahlung und ein gutes Verhältnis zu den Kollegen wertschätzen als ihre männlichen Kollegen, gibt der Autor eine soziale Erklärung, die von der auch in der DDR gebräuchlichen traditionellen, die darin ein Geschlechtsspezifikum sehen will, erfreulich abweicht. Er verweist darauf, daß die Verlagerung auf diese Faktoren abhängig ist vom Inhalt der Arbeit, daß monotone, nicht-interessante Tätigkeit die anderen Faktoren quasi als Ausgleich betonen läßt. Monotone Arbeit aber heißt unqualifizierte Arbeit, die immer noch wesentlich von Frauen verrichtet wird. Tatsächlich zeigte ein weiterer Untersuchungsbefund der gleichen Studie, daß die Männer nur mit 4,5 %, die Frauen hingegen mit 31,5 % bei der Ausübung monotoner Tätigkeit vertreten waren. Eine weitere Untersuchung über Frauen gibt der hier vertretenen Argumentation recht³⁹. Einem anderen, besonders häufig von den Betriebsleitern vertretenen Vorurteil, die Werkstätigen strebten vor allem nach höherem Lohn, wird durch die Untersuchungsergebnisse entschieden widersprochen. Darüber hinaus unterstellt der Autor den Leitern auf Grund ihrer Fehlurteile nicht nur Fehlentscheidungen, sondern auch den bequemen Versuch, „Mißstände in der Arbeit mit den Menschen — schlechte Anleitung, ungenügende Information, unkontinuierliche Arbeitszuteilung usw. — mit Hilfe des Geldes“ lösen zu wollen⁴⁰. Es folgt eine Anweisung an die Leiter, wie sie mit den Werkstätigen umzugehen haben, die Kallabis aus den Ergebnissen von Untersuchungen entwickelte. Dabei geht es um Information über

39 Karl Spiegelberg, Der Einfluß von materiellen und ideell-moralischen Motiven für die Berufstätigkeit auf das Verhältnis der Frauen zur Arbeit, in: Wirtschaftswissenschaft, 1966, Heft 7; ders., Zum Verhältnis der Frauen zur Berufstätigkeit, in: Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung, Berlin 1967.

40 Arbeitszufriedenheit, S. 50.

die Aufgaben des Kollektivs und des Betriebs, um Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Werktätigen und selbständige Entscheidung, um Gerechtigkeit auch in der Aufgaben- und Platzzuweisung, Rechenschaft gegenüber dem Kollektiv, Objektivität gegenüber Leistungen und Verhalten, dabei sachlicher und auch verständlicher Begründung der Ablehnung von Vorschlägen, um gemeinsame Beratung von Aufgaben und schließlich auch um die Weiterbildung des Leiters. Da wesentliche Elemente der Arbeitszufriedenheit sich aus der Beurteilung der betrieblichen Gegebenheiten herleiten, wird die schrittweise Verwirklichung der sozialistischen Demokratie in den Betrieben gefordert.

Während sich aus den einzelnen Studien einige besonders relevante Kategorien für die Arbeitszufriedenheit ergeben, stellt der Autor des vorliegenden Bandes auch diese Ergebnisse wegen ihres Verlasses auf nur subjektive Einschätzungen zunächst in Frage. Er weist auf die Ungenauigkeit der Rangfragen, bei denen weder Forscher noch Versuchspersonen den Abstand, der den einzelnen Elementen zugewiesen wird, in seiner Wertungsintensität erfassen könnten. Er fragt, ob die Versuchsperson tatsächlich in der Lage sein kann, qualitativ Unterschiedliches, wie Arbeitsorganisation und Wohnung, quantitativ zu unterscheiden, und ob ein Individuum die Bedeutung der einzelnen Faktoren auf sein Wohlbefinden wirklich einzuschätzen in der Lage ist. Ob die Befragten nicht die Testfragen akzentuiert betrachten, da sie stets ihre Lebenssituation als Ganzes im Auge hätten. (Ein komisches, wenn auch bedenkenswertes Beispiel hierzu wird gegeben, wo ein Befragter, vom Interviewer ermuntert, weitere Gründe für seine Unzufriedenheit mit der Arbeit oder ihren Bedingungen anzugeben, äußert, sein Hauswirt lasse ihn nicht auf den Trockenboden!) Darüber hinaus kämen Verzerrungen in derartige Untersuchungen, weil die Situation in *einem* Betrieb, das Vorhandensein oder das Fehlen bestimmter Faktoren, der Einschätzung der die Arbeitszufriedenheit beeinflussenden Elemente kein objektives Gewicht gebe. Gesucht wird nach einer Methode, die generell wirkende Faktoren aufspürt. Während es verständlich, ja notwendig ist, der Kategorie der Arbeit eine so große Bedeutung beizumessen im Stadium einer nicht abgeschlossenen technischen Entwicklung, wird es da aber problematisch, wo der Autor versucht, Arbeit als natürliches Wesensmerkmal des Menschen nachzuweisen. Aus vier Motiven, die nach seiner Interpretation der Untersuchungsergebnisse Arbeit wesentlich ausmachen, deduziert er, daß Arbeit das Wesen des Menschen überhaupt sei. Es sind dies: „Arbeit macht das gesellschaftliche Wesen des Menschen aus und sichert die Existenz und Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft; Arbeit gibt die Möglichkeit der Entfaltung der geistigen und körperlichen Kräfte; Arbeit ist die hauptsächlichste Form menschlichen Zusammenlebens; und Arbeit dient der Sicherung der materiellen Existenz des einzelnen.“⁴¹ Er verkehrt die historischen Bedingungen in eine

Seinskategorie; dies wird besonders deutlich in den Begründungen, die er für seine Thesen gibt und die er aus den Antworten einiger Befragter herleitet. Die Tatsache, daß z. B. 94,5 % der Männer und 76 % der Frauen auch bei materieller Sicherheit, etwa nach einem Lottogewinn, weiterhin ihre Arbeit nicht aufgeben wollen, läßt nicht den Rückschluß zu, daß Arbeit also das Wesen des Menschen an sich sei, sondern, daß die derzeitige Gesellschaft nicht in den Arbeitsprozeß integrierte Menschen praktisch einer Isolation und, da sie keine andere Gestaltung ihres Lebens kennen, der Langeweile und Leere aussetzt. Das gleiche gilt mehr noch für den Befund, daß Rentner sich nach dem Produktionsprozeß zurücksehnen, bleibt ihnen doch nach einem einseitig gelebten Leben nach Fortnahme dieser Seite nur noch ein Warten auf den Tod. Auch, daß Befragte den Kontakt mit ihren Kollegen nicht missen wollen, bedeutet nicht, daß Gemeinschaft existentiell nur im Arbeitsprozeß möglich ist, sondern daß dies in der jetzigen Gesellschaft so ist. Selbst wenn sich der Autor persönlich eine Gesellschaft ohne Arbeit nicht vorstellen kann, sollte er mit der Denkbarekeit einer Automatisierung und damit maximalen Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit den Versuch unternehmen, einen Begriff von Arbeit zu entwickeln, der mehr mit dem Wesen des Menschen gemein hat, als der in diesem Band implizierte, der immer noch aus der Not geboren ist. Die Tatsache, daß als wesentliches Element für die Arbeitszufriedenheit immer wieder auf den Inhalt der Tätigkeiten verwiesen wird, gibt zugleich die Richtung an, in der eine Begriffsbestimmung „menschlicher“ Arbeit zu suchen wäre.

Während man bislang noch streckenweise den Eindruck haben konnte, als wäre die angestrebte Arbeitszufriedenheit mit der Implikation ökonomischer Effektivität auch für einen kapitalistischen Unternehmer brauchbar, ändert sich dies mit der positiven Einführung des Begriffs der Unzufriedenheit. Die Untersuchungen ergaben, daß Werk tätige mit höherer Bildung weit eher unzufrieden waren als solche mit niedriger Allgemeinbildung, weniger Qualifikation. Da höhere Bildung bei der fortschreitenden Technisierung notwendig ist, gilt es auch dieses Phänomen zu verarbeiten. Zufriedenheit allein kann also nicht angestrebt werden, sondern nur dann, wenn sie auf der Grundlage höheren Bildungsgrades erwachsen ist, denn nur dies entspräche auch dem sozialistischen Menschenbild. Im Prozeß der Entwicklung aber bedarf es des unzufriedenen Menschen, seine Unzufriedenheit wird als schöpferisch, zielorientiert, zur Handlung bereit, definiert. Mit dieser neuen Kategorie werden aber die Untersuchungen, die Unzufriedenheit unter allen Werk tätigen, gebildeten wie ungebildeten, aufzuspüren versuchten, um faktische Mängel zu beheben, nicht wertlos, sondern sie schaffen allererst die Voraussetzungen, unter denen schöpferische Unzufriedenheit nicht wegen allzu vieler Hindernisse in Resignation verfallen muß. Belegt wird dies mit einem Brechtzitat: „Wirklicher Fortschritt ist nicht Fortgeschrittensein, sondern Fortschreiten. Wirklicher Fortschritt ist, was Fortschreiten ermöglicht oder erzwingt.“

In einem Schlußkapitel folgt ein kurzer Überblick über Arbeitstheorien aus dem kapitalistischen Bereich. Wird es schon schwierig, sich zu denken, ein Arbeiter im Sozialismus könne in jedem Moment seiner Tätigkeit das Ganze im Auge behalten, seine Arbeit als gesellschaftliche Arbeit erkennen und sie daher gut und gern machen wollen, wird es vollends makaber, wenn im Kapitalismus Leistungssteigerung auf einem ähnlichen Wege erbracht werden soll, den die Sozialisten gehen. Der Autor weist völlig zu Recht auf die Scheinheiligkeit solcher Arbeitsbestimmung hin. So referiert er Drucker⁴², der Information für den Arbeiter darüber fordert, worin z. B. sein Beitrag für das Gesamtunternehmen besteht; der Arbeiter müsse zu unternehmerischem Denken gebracht werden, um verantwortlich handeln zu müssen; Verantwortung müsse von ihm, ob er wolle oder nicht, abverlangt werden, damit er an sich selbst höhere Anforderungen stelle; und all dies im Dienste größeren Profits für den Unternehmer, der, da er nicht mehr mit der Hervorbringung von Angst regieren kann, diese Instanz so in das Innere der Arbeiter verlegen möchte. Der Anblick dieser ungeheuerlichen Inbetriebnahme sozialistischer Arbeitstheorien für den kapitalistischen Verwertungsprozeß führt vielleicht auch einige „Linke“ in falscher Analogie zur Ablehnung und Verwerfung der Praktiken in der DDR.

„In der sozialistischen Demokratie sind Maßnahmen der ‚Manipulierung‘ der Menschen *nicht* akzeptabel. Daraus ergibt sich, daß auch unter den Aspekten von Leitung und Organisation hier völlig andere Wege begangen werden müssen, als sie sich dem kapitalistischen Management anbieten“⁴³, heißt es in dem Sitzungsbericht „Soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften“ von Kurt Braunreuther. In vorbildlicher Weise versucht der Autor eine analytische Erarbeitung der theoretischen Voraussetzungen der Fluktuation zu erbringen, indem er den bisherigen empirischen Untersuchungen zu dem Problem unzureichende Klärung der Begriffe, unzulässige Wertungen und folglich recht oberflächliche Ergebnisse vorwirft^{43a}. Die herkömmliche Weise, die Fluktuationen aus den angegebenen Gründen herleiten zu wollen, hieße den Sachverhalt aus seiner sozial-ökonomischen Bedingtheit lösen und ihn in rein subjektiven Bereichen ansiedeln. Der soziale Konflikt, der Fluktuation verursacht, werde so als nur subjektiver Konflikt zwischen autonomen Partnern erscheinen. Die häufig standardisierten, vorformulierten Begründungen würden nur die Oberfläche der Erscheinungen etwas übersichtlicher darbieten, den Weg in das Wesen aber verlieren. Demgegenüber gelte es, das Problem der Fluktuation zu

42 Peter F. Drucker, Die Praxis des Managements, Düsseldorf 1956.

43 Kurt Braunreuther, Soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften, S. 26.

43a Siehe hierzu auch die gesammelten Beiträge des Internationalen Kolloquiums in Berlin 1966 mit dem Thema „Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung“, in denen sowohl die hier kritisierten Mängel sichtbar werden als auch ihre Diskussion aufgenommen wird.

„entmystifizieren“ und zu „entdämonisieren“. Daß es ein ernstes Problem vieler Betriebe sei, dürfe die soziologische Analyse nicht moralisch belasten, sie nicht auf eine Mängel-Analyse begrenzen. „In der Annahme, Fluktuation sei lediglich eine den sozialistischen Produktionsverhältnissen wesensfremde und volkswirtschaftlich in jedem Fall schädliche Verhaltensweise, ist bereits eine Wertung enthalten, die — da sie schon *vor* der Untersuchung erfolgt — von vornherein vorgibt, welcher Art die zu gewinnenden Ergebnisse sein müßten. Es ist dann nur folgerichtig, den Soziologen möglichst nichts anderes als ein System von Vorschlägen und Faustregeln abzuverlangen, nach denen die Fluktuation eingedämmt oder womöglich gar unterbunden werden könnte... Bekanntlich charakterisiert Marx die Vulgäroökonomie als Übersetzung der Vorstellungen der Produktionsagenten in eine doktrinäre Sprache; das läßt sich verallgemeinert so interpretieren, daß man gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen nicht dadurch gerecht werden kann, daß man sie von der Warte und dem Nutzen einzelner Betriebe aus zu beurteilen versucht.“⁴⁴ Da betrieblicher Gewinn nicht notwendig volkswirtschaftlicher Gesamtgewinn, betrieblich Unnötiges nicht notwendig gesellschaftlich Unnötiges sei, folge für eine soziologische Begriffsbestimmung von Fluktuation, daß sie zunächst ganz allgemein und abstrakt vorzugehen hat und erst nach der Bestimmung des Wesens der Erscheinung in die Teilbereiche — die speziellen Arten von Fluktuation — vorzustoßen hat, nur so stellt sich auch real die Frage nach dem Wesen der speziellen Erscheinungen, während der vorher beschriebene Ansatz diese schon beantwortet hat. Zunächst weist Wechsel von Arbeitsplätzen auf wechselnde Erfordernisse der Arbeitsteilung hin, ein beträchtlicher Teil der Fluktuation ist bei dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt erforderlich. Da dem Sozialismus keine industrielle Reservearmee zur Verfügung stehen kann, sind auch kurzfristige Umstellungen erforderlich.

Fluktuation als dem Bereich des Arbeitsprozesses zugehörig wird definitorisch abgegrenzt von dem Begriff Mobilität, der dem Bereich der Produktionsverhältnisse, dem System der sozialen Positionen in einer Gesellschaftspyramide angehört. Die Bereiche überschneiden sich und führen z. B. zu soziologischen Fragestellungen wie: Welche Fluktuationsarten sind zugleich soziale Mobilität? Welcher strukturosoziologische Inhalt ist im beobachtbaren Fluktuationsvorgang enthalten?

Bei der Fluktuationsforschung sind die Verursachung des Gesamtvorgangs und die des einzelnen Fluktationsaktes streng auseinanderzuhalten. Im letzteren Sinn wird Fluktuation noch ganz neutral bestimmt: „Die Wertesysteme des Fluktuerenden einerseits und der Gruppe, die verlassen wird, andererseits, stimmen nicht überein.“⁴⁵ Also ist eine Analyse der Wertesysteme und Verhaltensmuster erforderlich. Für ihre Bewältigung gilt zunächst, Marx folgend, daß das

⁴⁴ Braunreuther, a.a.O., S. 7.

gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt; operationell umgesetzt heißt das die Untersuchung folgender Faktoren: Beschaffenheit der materiellen Produktionstätigkeit; Stellung im System der Aneignung und der Kontrolle der Produktionsmittel; Stellung im System der Verteilung der Produkte; Platz in den Systemen der Arbeitsteilung und der sozialistischen Kooperation sowie der Autoritätsbeziehungen der Gesellschaft; Art und Weise der Integration in Kontaktgruppen; Beeinflussung durch und Anpassung an Verhaltensmuster der Gesellschaft insgesamt sowie auch gesamtgesellschaftlicher Organisationen und verschiedener Kontaktgruppen; soziale Herkunft, individuelle Klassenorientiertheit wie ideologische Bewußtheit⁴⁶.

Da sich menschliches Denken und Handeln überwiegend an der sozialen Umwelt orientiert, wird es bei der Fluktationsforschung sinnvoll, mit der Kategorie des Konflikts zu arbeiten, verstanden als Zusammenstoß von Verhaltensweisen mit unterschiedlichen Zielkriterien. Ein bestimmtes Verhalten wird als unangemessen gegenüber den gesellschaftlichen Normen und den Erfordernissen der sozialen Entwicklung charakterisiert. Hier kann entweder die Gruppe oder das Individuum, zwischen denen der Konflikt auftaucht, unangemessene Verhaltensmuster zeigen. Es kann daher nicht allein die Tatsache des Konflikts als Ursache von Fluktuationen den Forschern genügen, sondern die Analyse der Konfliktsituation als Äußerung einer Koexistenz von Verhaltensstrategien ist erforderlich. Da sich in der Fluktuation „das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in einem bestimmten Stadium der Entwicklung des Individuums und/oder von Gruppen von Individuen Ausdruck verschafft und weiter entwickelt“, kann man sie nicht einfach bekämpfen, ebenso geht es nicht an, die Problematik auf jene „mystifizierte Ebene (zu verlagern), die vielfach als ‚Betriebsklima‘ auf pseudorationale Weise zu beschreiben versucht wird“⁴⁷.

Will man, noch dem tradierten Wissenschaftsideal verhaftet, dem die Zweckhaftigkeit ein Sakrileg, versuchen, einer derartig aus der Praxis geborenen Wissenschaft wie der Soziologie in der DDR, vordergründigen Instrumentalcharakter ohne objektiven, das heißt wissenschaftlichen Wert zuzuschreiben, so belehrt einen diese kurze Schrift von Kurt Braunreuther eines anderen. Es geht tatsächlich um wissenschaftliche Erkenntnis, die offenbar nicht jedem Gesellschaftssystem zuwiderlaufen muß. Tut sie es scheinbar doch, so handelt es sich um quasi-privatwirtschaftliche Interessen, wie die eines einzelnen Betriebes gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen, die tendenziell abgebaut werden können.

Zugleich lernt und erfährt man bei Braunreuther eine Menge über die Probleme der Revolutionierung eines Systems, die mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zunächst nur in ihrer unabhängigen Voraussetzung geleistet ist. Deutlich wird ausgesprochen,

46 Ders., S. 13.

47 Ders., S. 22 f.

daß Sozialismus das ganz andere, im Sinne einer harmonischen Idylle nicht sein kann, sondern daß Konflikte ausgehalten werden müssen, Widersprüche bestehen, solange überhaupt etwas geschieht, Entwicklung zu verzeichnen ist, Menschen ihr Leben produzieren.

Nicht alle Veröffentlichungen sind freilich so erfreulich wie diese. So wird z. B. unter dem Titel „Probleme der Industriesoziologie“ ein Buch angeboten, das unter der Vorgabe, Kollektivarbeit zu sein, mit geringen Abweichungen fünfmal das Gleiche anbietet — Variationen über die sicher richtige Aussage: mit veränderten Produktionsverhältnissen ändern sich die sozialen Beziehungen. Aufgabe der Soziologie sei der Nachweis dieses Phänomens bzw. die Analyse der Bedingungen für die Herstellung eines den Produktionsverhältnissen adäquaten Bewußtseins.

Wichtig ist die Auseinandersetzung mit dem in der westlichen Soziologie üblichen Modell der formellen und informellen Gruppen in Industriebetrieben. Geleugnet wird nicht die Existenz solcher Gruppen, sondern kritisiert wird der Absolutheitsanspruch, mit dem diese in den bürgerlichen Denkmodellen belegt werden. Der notwendige Bezug auf die Produktionsverhältnisse werde außer acht gelassen, um die antagonistischen Besitzverhältnisse harmonisierend zu verschleiern. „Und die Verabsolutierung der unmittelbaren Beziehungen gegenüber den gesellschaftlichen Zusammenhängen, den Klassenverhältnissen zeigt sich bei Roethlisberger gerade in der Nivellierung des Verhaltens des ‚millionenschweren Fabrikbesitzers‘ und — wie er es so schön formuliert — ‚seines einfachsten Hilfsarbeiters‘. Natürlich gibt es Gleichförmigkeiten im sozialen Verhalten beider. Interessanter und bedeutsamer für die soziologische Wissenschaft scheint uns jedoch der Zusammenhang zwischen der Stellung jedes von ihnen im System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und dem so bestimmten *entgegengesetzten* Verhalten, den entgegengesetzten Interessen. Nur am Rande sei erwähnt, daß diese Konzeption natürlich stillschweigend auch von einem solchen, das Verhalten des einzelnen überaus wirksam stimmenden Faktor absieht und ablenkt wie der politischen Macht, der Staatsmacht. Als ob das soziale Verhalten der Menschen einzig und allein von der Interaktion beim Schlangestehen und bei der Fuchsjagd geprägt würde. Ganz abgesehen davon, daß dabei die persönliche Kommunikation zwischen ‚Fabrikbesitzer‘ und ‚einfachstem Hilfsarbeiter‘ doch wohl entschieden zu kurz kommt, dürfte der erstere eher auf der Fuchsjagd, der letztere eher beim Schlangestehen anzutreffen sein.“⁴⁸ Auch in der DDR-Soziologie werden die diversen Gruppenmechanismen in die Untersuchung einbegriffen, jedoch beziehen sie ihren Stellenwert jeweils abgeleitet vom ökonomischen Gesamtsystem.

In einem Kapitel über den Charakter der Arbeit distanzieren sich die Autoren von einer „idealistischen Position“, die die Überwindung der Entfremdung und die Humanisierung der Arbeit im So-

zialismus als Aufgabe der Soziologie bezeichnet. Ihre Kritik gilt dem Ansatzpunkt solcher Überlegungen, der den Charakter der Arbeit an die *Erwartungen* der Menschen binde. „Ebensowenig, wie die Erwartungen der Menschen an die Arbeit losgelöst von der Entwicklung des Charakters der Arbeit und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung entstehen und sich entwickeln, hängt ihre Erfüllung im Arbeitsprozeß in erster Linie oder etwa ausschließlich von subjektiven Wünschen ab.“⁴⁹ Dementsprechend wird auf die objektiven Bedingungen verwiesen, auf die vorhandenen technischen, technologischen und arbeitsorganisatorischen Bedingungen des Arbeitsprozesses. „Im Mittelpunkt einer solchen Analyse steht also *nicht* die Feststellung, inwieweit die Arbeitsbedingungen den Erwartungen der Werktätigen schon entsprechen bzw. von diesen noch entfernt sind, sondern umgekehrt die Analyse der Bedingungen und Möglichkeiten, unter denen sich die Einstellungen und Erwartungen der Werktätigen zur Arbeit adäquat den objektiven Entwicklungsbedingungen entwickeln können.“⁵⁰ Bei zugestandener Abhängigkeit der Arbeitsbedingungen von den ökonomischen Mitteln der jeweiligen sozialistischen Gesellschaft wird eine Fragestellung, die primär vom Subjekt, seinen Erwartungen und Wünschen sich herleitet, zu Recht als spekulativ abgewiesen. Immer wieder wird deutlich, daß Aufbau des Sozialismus mit den sozialutopischen Vorstellungen des beginnenden 19. Jahrhunderts ebensowenig zu tun hat, wie mit den radikal-demokratischen Forderungen nach der Verwirklichung des „neuen Menschen“ auf seiten der heutigen Linken in der BRD, daß „sozialistische Gesellschaft sich weder spontan auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, noch gestützt auf die sozialen Triebkräfte und Mechanismen der alten, bürgerlichen Gesellschaft vollziehen kann“⁵¹, sondern daß es immer noch um Leistungssteigerung und Effektivität zugunsten der Gesamtgesellschaft geht („Es versteht sich von selbst, daß andererseits eine Beschränkung der betrieblichen Tätigkeit auf Pflege zum Beispiel guter Gemeinschaftsbeziehungen und Kollegialität zwischen den Werktätigen, zwischen den Leitern und Mitgliedern der Arbeitsgruppen, ohne eine angemessene ökonomische Leistung, ebenfalls die Erwartungen der sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllt.“⁵²), aus der der einzelne überhaupt noch nicht unmittelbar, sondern nur sehr vermittelt, als bewußter Teil eines gesellschaftlichen Ganzen, also ziemlich abstrakt, Befriedigung ziehen kann. Diese Tatsache einer spezifisch Marx verdrehenden DDR-Bürokratie in die Schuhe zu schieben, hieße allerdings Marx selber ignorieren. Man prüfe eine der wenigen auf die Realität des Sozialismus weisenden Passagen aus dem *Kapital*: „Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag auf die notwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere, unter sonst gleichbleibenden Umständen,

49 Ebenda, S. 96.

50 Ebenda, S. 97.

51 Ebenda, S. 55.

52 Ebenda, S. 125.

ihren Raum ausdehnen. Einerseits weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer sind. Andererseits würde ein Teil der jetzigen Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit zählen, nämlich die zur Erzielung eines gesellschaftlichen Reserve- und Akkumulationsfonds nötige Arbeit... Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstags ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit.“⁵³

Nützliche statistische Angaben über das Wachstum geistiger (Kontroll- und Überwachungsarbeit) bzw. die Abnahme vorwiegend körperlicher Arbeit in verschiedenen Industriebereichen enthält der Band über „Schöpferische Arbeit“. Rund 15 000 Werktätige wurden zu den Problemen Qualifizierung, sozialistische Gemeinschaftsarbeit und „Schöpfertum“ befragt. Die Wandlungen der Tätigkeitsmerkmale der Produktionsarbeiter weg von der rein körperlichen, schweren Arbeit zu differenzierterer mehr ingenieurtechnischer wird über mehrere Jahre (1963—66) beobachtet. Ein, wenn auch langsam voranschreitender Trend, nicht nur die körperliche Arbeit zu verringern, sondern auch die Alternative, entweder körperlich oder geistig zu arbeiten, zugunsten einer „universaleren“ Praxis verschwinden zu lassen, wird überzeugend nachgewiesen.

Ein wenig fragwürdig wird es, wo aus diesen positiven Erscheinungen schon sogleich die ganze Theorie des „Menschen als Gattungswesen“ sichtbar gemacht werden soll. Kann man noch zustimmen, wenn Demokratie innerhalb der Produktion in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nur durch die gemeinsame Leistung erst praktikierbar wird (und nicht etwa durch Kollegialität zwischen Leiter und Kollektiv oder ähnliches), so möchte man doch davor warnen, die Marxsche „Poesie“ aus den Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten von 1844 jetzt auf die „Prosa“ des DDR-Alltags, sozusagen als schon erreichte Utopie des Menschen, anzuwenden. So heißt es bei Marx: „Der Mensch macht seine Lebenstätigkeit selbst zum Gegenstand seines Wollens und seines Bewußtseins. Er hat bewußte Lebenstätigkeit. Es ist nicht eine Bestimmtheit, mit der er unmittelbar zusammenfließt... Das praktische Erzeugen einer *gegenständlichen Welt*, die *Bearbeitung* der unorganischen Natur ist die Bewährung des Menschen als eines bewußten Gattungswesens, d. h. eines Wesens, das sich zu der Gattung als seinem eigenen Wesen oder zu sich als Gattungswesen verhält. Zwar produziert auch das Tier. Es baut sich ein Nest, Wohnungen, wie die Biene, Biber, Ameise etc. Allein es produziert nur, was es unmittelbar für sich oder sein Junges bedarf; es produziert einseitig, während der Mensch universell produziert; es produziert nur unter der Herrschaft des unmittelbaren physischen Bedürfnisses, während der Mensch selbst frei vom physischen Bedürfnis produziert in der Freiheit von demselben; ... der Mensch formiert daher auch nach den Gesetzen der Schönheit.“⁵⁴

53 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., MEW, Bd. 23, S. 552.

54 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 516/17.

Wie immer man zu solchen noch ganz in der philosophischen Tradition verhafteten Schriften von Marx stehen mag, lassen sich hieraus doch nicht typische Begriffsbestimmungen für sozialistische Arbeit herauslesen. Entweder gelten die obigen Bestimmungen auch für die menschliche Arbeit im Kapitalismus, oder sie gelten ebenso nicht für die gesellschaftlich notwendige Arbeit im Sozialismus. Die Trennung der Sphären Freizeit und Arbeit läßt sich nicht durch einen Appell ans Bewußtsein überwinden.

Zweiter Exkurs über Reaktion eines westdeutschen Soziologen

In einer Studentenzeitschrift gibt Hellmuth Bütow einen kurzen Abriss über die DDR-Soziologie⁵⁵. Er schreibt, Verrat von seiten des DDR-Staats suggerierend: „Wer die fatale Neutralität empirischer Daten kennt (?), wird sie — falls er diese fürchtet — entweder interpretativ seinen Bedürfnissen zuzuordnen suchen, oder — falls dies nicht möglich ist und er die Macht dazu besitzt — ihre Veröffentlichung verhindern.“ Dennoch sieht er hoffnungsfroh in die Zukunft, wenn Kurt Braunreuther die „Erforschung der ‚Gesetzmäßigkeiten möglicher gesellschaftlicher Zustände und Verhaltensweisen von Menschen unter gesellschaftlich relevanten Bedingungen im Prozeß ihrer Entwicklung““ proklamiert. Er sieht darin die „Ermöglichung einer marxistischen Soziologie, die weniger an vorlaufenden ‚allgemeinen Gesetzen‘ orientiert ist als an der Gesellschaft, in der sie betrieben wird“. Das führt ihn zu der Einsicht: „Gerade eine sich von der Ideologie als Theorie lösende und quasi technologisch verfahrenende Soziologie vermag einen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu leisten — und nicht umgekehrt.“ Gebraucht er schon das Adjektiv ‚marxistisch‘ in Zusammenstellung mit Soziologie nurmehr als Namen ohne inhaltliche Konsequenz, muß man ihm vermutlich zugestehen, daß auch der historische Materialismus ihm nicht mehr als magische Beschwörungsformel ist. Er schreibt: „Die Frage des sogenannten äußeren Verhältnisses zwischen Histomat und Soziologie ist nach wie vor ungelöst. Zwar wird gesagt, daß der Histomat mit marxistischer Soziologie nicht identisch sei; es wird jedoch hinzugefügt, daß der Histomat dennoch marxistische Soziologie ‚ist‘. Wie das zu verstehen sei, konnte bisher nicht deutlich gemacht werden.“ Dieser vermeintliche Alogismus bedeutet nichts weiter, als daß der historische Materialismus — das Wort Histomat kommt im DDR-Sprachegebrauch nicht vor — die allgemeine Theorie der marxistischen Soziologie und insofern Soziologie ist, daß aber die gesamte Soziologie über die Theorie hinaus auch noch praktische Sozialforschung beinhaltet. Aber Bütow bleibt weiterhin „Optimist“ in Sachen DDR-Soziologie. Er prophezeit einen notwendigen Aufstand der DDR-Soziologen gegen die Indienstnahme ihrer Wissenschaft, wie er ihn auch schon in der BRD konstatieren kann (?) und

55 Hellmuth Bütow, Entwicklung durch Stabilisierung. Die Rolle der Soziologie im sozialistischen Führungssystem. Colloquium, April 1969.

schließt mit der sybillinischen Formel: „Die Dogmatisierung der Theorie von Gesellschaft ist der Verzicht auf Theorie mit anderen Mitteln.“ Aber sind derartige Formulierungen nicht selber dogmatisch? Bleiben solche Reaktionen nicht in bürgerlichen Stereotypen befangen, die sie blind machen gegenüber dem qualitativ Neuen?

IV Theoretische Grundlegung: Aufarbeitung des historischen Materialismus von Marx

Am Beispiel eines Buches von Erich Hahn⁵⁶ soll nun der historische Materialismus und seine Operationalisierung durch die Soziologen der DDR etwas ausführlicher dargestellt werden.

Da die bürgerlichen Wissenschaften tatsächlich so betrieben werden, als ob es Marx nie gegeben hätte, wird Hahns Aufarbeitung der Marxschen Theorie zugleich aktuelle Kritik. So gilt für den idealistischen Erkenntnisansatz nach wie vor, daß er sich nicht „wirklich von der Welt unterschied“ und daher „kein *wirkliches* Urteil über sie fällen, keine reale Unterscheidungskraft gegen sie geltend machen, also nicht *praktisch* eingreifen konnte, sondern höchstens mit einer Praxis in abstracto sich begnügen mußte“⁵⁷, und weiter: „Bei Herrn Szeliga zeigt es sich auch glänzend, wie die Spekulation einerseits scheinbar frei aus sich heraus ihren Gegenstand *a priori* schafft, andererseits aber, eben weil sie die vernünftige und natürliche Abhängigkeit vom Gegenstand wegsophistisieren will, in die unvernünftigste und unnatürlichste *Knechtschaft* unter den Gegenstand gerät, dessen zufälligste, individuellste Bestimmungen sie als absolut notwendig und allgemein konstruieren muß.“⁵⁸ „Wie das absolute Denken sich selbst als für alle Realität gilt, so die kritische Kritik. Sie erblickt daher *außer sich* keinen Inhalt, sie ist daher nicht die Kritik *wirklicher*, außer dem kritischen Subjekt hausender Gegenstände, sie *macht* vielmehr den Gegenstand, sie ist absolutes *Subjekt-Objekt*.“⁵⁹

Während die Leugnung eines von der Erkenntnis unabhängigen Objektes im Idealismus nicht direkt ausgesprochen wird, geschieht dies nach Hahn im Positivismus zugunsten einer sogenannten „Interaktionsrelation Beobachter-Beobachtetes“. Geleugnet werde ferner der Abbildcharakter der soziologischen Erkenntnis. „Die Leugnung des Abbildcharakters der menschlichen Erkenntnis, damit der objektiven materiellen Realität außerhalb des Bewußtseins hebt den wirklichen Erkenntnisprozeß auf, nimmt ihm das Objekt, damit die Möglichkeit, Wahrheit zu erkennen, damit den Unterschied zwischen Illusion und Realität.“⁶⁰ Durch Leugnung der objektiven Realität

56 Erich Hahn, *Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Studien zu methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung*.

57 Marx/Engels, *Die heilige Familie*, MEW, Bd. 2, S. 41. Zit. nach Hahn, *Historischer Materialismus*, S. 24.

58 Marx/Engels, ebenda, S. 63.

59 Marx/Engels, ebenda, S. 168. Zit. nach Hahn, a.a.O., S. 24.

60 Wolfgang Heise, *Aufbruch in die Illusion*, S. 111, 112. Zit. nach Hahn, a.a.O., S. 32.

gelange der Positivismus zu ganz absurden Theorien. Z. B. Eberlein behauptet, daß Gesellschaft überhaupt nur *durch* die Erfahrung des Forschers existiere. Die materialistische Alternative zur positivistischen Reduktion des Subjekts auf die freischwebende „Rationalität“, auf die Zuverlässigkeit der Methode und der kritischen Diskussion (Albert, Popper) bedeute „die Einsicht, daß die Methode der Soziologie stets sowohl der Theorie als auch dem Gegenstand untergeordnet ist. Die Reduktion der Objektivität auf die Methode löst die letztere in unzulässiger Weise von den Bedingungen ihrer Anwendung wie von dem objektiven Inhalt, der mit ihrer Hilfe ermittelt werden soll. Bei der Überprüfung der soziologischen Erkenntnis geht es gerade wesentlich um die Überprüfung der Frage, inwieweit sie dem objektiven Inhalt entspricht. Die Soziologie ist nicht nur Methode. Die theoretischen und begrifflichen Instrumente der soziologischen Erkenntnis ebenso wie andere Bedingungen (...) sind jedoch ihrerseits Widerspiegelung, Produkt, Ausdrucksform der objektiven Realität der Gesellschaft, die erforscht werden soll.“⁶¹ Durch so zeitlose abstrakte Kategorien wie „Verhalten“, „Handeln“ oder auch „Industriegesellschaft“, würden Prozesse, Geschichte überhaupt aus der soziologischen Erkenntnis eskamotiert. Dagegen postuliert Hahn mit Marx, daß der historische Materialismus „also zunächst einmal eine bestimmte allgemeine, notwendige, nicht willkürlich zu beeinflussende, wechselseitige Abhängigkeit verschiedener Bereiche des gesellschaftlichen Lebens voneinander, einen inneren systematischen Zusammenhang des Ganzen, der Totalität des Geschichtsprozesses (konstatiert). Der innere Zusammenhang dieser Bereiche ist dadurch gegeben, daß einer von ihnen gegenüber den anderen eine bestimmende, dominierende und determinierende Rolle spielt. Er ist schließliche Ursache und entscheidende Bewegungskraft. Diese Rolle fällt der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft zu, der Produktions- und Austauschweise. Und zwar deshalb, weil dieser Bereich, diese Dimension der Inbegriff, die Zusammenfassung jener menschlichen Lebenstätigkeit ist, die für den Menschen und die Gesellschaft artbestimmend ist, die entscheidende und ausschlaggebende Spezifik des Bereiches, der Realität ausmacht, auf deren Erkenntnis die Soziologie als Wissenschaft zielt.“⁶² Von einer bestimmten feststellbaren Spezifik lassen sich historisch nachweislich bestimmte Formen der sozialen Beziehungen der Menschen, Normen, Werte, Überzeugungen, Ideen, Prinzipien, Staatsformen, soziale Strukturen etc. angeben.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse aber, die Grundkategorie des historischen Materialismus, existieren nicht in einer selbständig abgesonderten sinnlichen Gestalt, können also nicht empirisch gemessen werden; sie sind nur begrifflich faßbar; sie erscheinen in der Weise des wechselseitigen Verhaltens der Menschen, ihre objektive Realität besteht in der gesellschaftlichen Existenz der Menschen. „Eine

61 Erich Hahn, a.a.O., S. 52.

62 Erich Hahn, a.a.O., S. 60 f.

empirische Erfassung der Gesamtgesellschaft in einer einzelnen Untersuchung ist ausgeschlossen. Eben weil das theoretische System der Gesellschaft die empirische Realität der Gesellschaft als theoretisches System widerspiegelt, als Gedankentotalität, als Produkt des Denkens. Eine empirische Erfassung der Gesellschaft als Ganzes ist schon deshalb nicht möglich, weil ihre empirische Erscheinungsform jene innere Struktur und Systematik nicht offenbart, die auf dem Wege der Abstraktion aus ihr herausgeschält werden muß. Der Anschauung und Vorstellung gegeben ist stets ein chaotisches Ganzes, eine Gesellschaft, in der ‚alle Beziehungen gleichzeitig existieren und einander stützen‘.“⁶³ Da die Soziologie nicht wie etwa die Psychologie das Individuum als Erkenntnisobjekt hat, führt eine Verselbständigung des Verhaltens immer zu idealistischen Konsequenzen; der einzig mögliche Zugang, der sich der Soziologie bietet, ist die Abstraktion der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse. „Die marxistische Soziologie reduziert in diesem Sinne das Individuelle auf das Gesellschaftliche, sie erforscht das Handeln realer Persönlichkeiten, indem sie die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen zu ihrem Gegenstand macht.“⁶⁴

Da auch in der nicht-marxistischen Soziologie heute die Anerkennung der sozialen Determination des Menschen kaum mehr in Frage gestellt wird, unternimmt es Hahn am Beispiel des Königschen Sozialisationsmodells, das er als Anwendung der funktional-strukturellen Analyse begreift, die marxistische Position antithetisch zu entwickeln. König bezeichnet als Sozialisation das Hineinwachsen des Menschen in ein System von Institutionen, Rollen und sozialen Positionen, die sein späteres Verhalten und Handeln bestimmen. Wesentlicher Punkt der Sozialisationsphase ist die Internalisierung der Normen. Soziales Verhalten ist also normengerechtes Verhalten. Hahn wendet zu Recht ein, daß damit die Erklärungskraft der Theorie auf den jeweiligen gegebenen Zustand eingeschränkt bleibe, da Abweichungen vom konformen Verhalten sich nicht mehr innerhalb des Sozialen, sondern bestenfalls als asozial erklären lassen. Die soziale Determiniertheit beschränke sich also auf die Determination des Gegebenen. „Die gesellschaftliche Bewegung und Entwicklung hat in diesem Determinationsprozeß bzw. in diesem Erklärungsschema keinen Platz, sie erklärt sich als Spontaneität und wird primär durch persönliche Dynamik bestimmt. Das Individuum erscheint in dieser Konzeption als die einzige Variable, die Gesellschaft, das Soziale als das schlechthin Konstante. Das läuft aber so oder so (. . .) auf die alte theoretische Entgegensetzung von Individuum und Gesellschaft hinaus. . . die Gesellschaft bedarf der ‚a-sozialen‘ Spontaneität, um überhaupt in Fluß zu bleiben. Die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht sozial determiniert, sie findet statt *trotz* der Determination.“⁶⁵ Demgegenüber gelte es die objektiven sozialen Faktoren und Trieb-

63 Erich Hahn, a.a.O., S. 87.

64 Erich Hahn, a.a.O., S. 94.

65 Erich Hahn, a.a.O., S. 112.

kräfte, die über das Bestehende hinaustreiben, aufzudecken. Die Gesellschaft dürfe nicht abstrakt als solche vorausgesetzt werden, sondern müsse begrifflich inhaltlich bestimmt werden. „Die Gesellschaft ist die ‚Wechselwirkung der sie zusammensetzenden Einzelleben‘ und nicht ‚eine besondere Existenz, die mit diesen Einzelleben noch in eine aparte Wechselwirkung tritt‘.“⁶⁶ Nur vom Standpunkt des Individuums betrachtet, erscheint die Gesellschaft als etwas Äußeres, Verselbständigtes. Bei der Erforschung der Vermittlung von Individuum und Gesellschaft müssen die einzelnen Klassifikationen, wie Gruppe, Familie etc. jeweils funktional innerhalb der bestimmenden Kategorie, der gesellschaftlichen Produktion, spezifiziert werden. Sie können daher nicht, wie bei vielen bürgerlichen Soziologen (etwa Dahrendorf), als Primärkategorie verwandt werden.

Vollzieht sich der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß, die Bestimmung des Wesens der Erscheinungen, durch einen Erkenntnisvorgang, der vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigt, vom begrifflich gefaßten Ganzen zu den empirisch faßbaren Einzelelementen, ist wahre Wissenschaft nur auf historisch materialistischer Grundlage zu betreiben, und man kann mit Lenin sagen: „Mehr als das: die Theorie des Klassenkampfes bringt dies Bestreben (Elemente der Individualität auf soziale Quellen zurückzuführen) zum ersten Mal so vollständig und folgerichtig zur Geltung, daß sie die Soziologie in den Rang einer Wissenschaft erhebt...“⁶⁷.

Literaturverzeichnis

Zur Kritik der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Hrsg. von Kurt Braunreuther. Taschenbuch der Reihe Unser Weltbild, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1962 (178 S., kart., 3,80 M).

Fragen der marxistischen Soziologie. Teil I: Soziologie und Jugend, Methodische und praktische Probleme. Teil II: Ökonomie und Gesellschaft in der deutschen bürgerlichen Soziologie: Wissenschaftsgeschichtliche Studie (K. Braunreuther). Sonderband der wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität, Berlin (DDR) 1964 (Teil I 267 S., kart., Teil II 151 S., kart.).

Soziologische und psychologische Erfahrungen aus Forschung und Praxis. Aufsatzsammlung, zusammengestellt von G. Müller. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1965 (219 S., kart., 8,80 M).

Zur Technik und Methodologie soziologischer Forschung. Hrsg. von Vitali Stoljarow. Dietz Verlag, Berlin 1966 (405 S., 35 grafische Darstellungen, Ln., 18,50 M).

Soziologie und Wirklichkeit. Beiträge zum VI. Weltkongreß für Soziologie. Hrsg. von R. Schulz und H. Steiner. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1966 (234 S., kart., 9,80 M).

Einführung in die soziologische Forschung. Hrsg. von H. Jetzschmann, H. Kallabis, R. Schulz, H. Taubert. Dietz Verlag, Berlin 1966 (266 S., brosch., 6,80 M).

66 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 463. Zit. nach E. Hahn, a.a.O., S. 116.

67 W. I. Lenin, Der ökonomische Inhalt der Volkstümlierdichtung, in: Werke, Bd. 1, S. 424. Zit. nach E. Hahn, a.a.O., S. 251.

Historischer Materialismus und Sozialforschung. Ein Sammelband mit Beiträgen aus Japan und der DDR. Hrsg. von H. Scheler. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1966 (216 S., Hln., 16,20 M).

Braunreuther, Kurt: Soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften. Theoretische Überlegungen auf Grund empirischer Untersuchungen. Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 7., Akademie Verlag, Berlin 1966 (27 S., kart., 1,50 M).

Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung. Internationales Colloquium — Berlin, Juni 1966. Gesammelte Beiträge, hrsg. von Kurt Braunreuther, Fred Oelssner, Werner Otto.

Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Akademie-Verlag, Berlin 1967 (437 S., kart., 18,— M).

Hiebinger, Inge: Frauen in unserem Staat. Perspektive, Technische Revolution, Qualifizierung, Beruf, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967 (155 S., kart., 3,80 M).

Schöpferische Arbeit. Ergebnisse und Probleme soziologischer Forschungen zu Fragen der Arbeit in sozialistischen Industriebetrieben. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR. Schriftenreihe „Soziologie“, Dietz Verlag, Berlin 1967 (122 S., kart., 3,40 M).

Probleme der Industriesoziologie. Theoretische und methodologische Probleme der marxistischen Industriesoziologie. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR. Schriftenreihe „Soziologie“, Dietz Verlag, Berlin 1967 (176 S., kart., 3,40 M).

Stollberg, Rudhard: Arbeitszufriedenheit. Theoretische und praktische Probleme. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR. Schriftenreihe „Soziologie“, Dietz Verlag, Berlin 1968 (144 S., kart., 3,40 M).

Hahn, Erich: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie. Studien zu methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung. Dietz Verlag, Berlin 1968 (273 S., kart., 6,50 M).

Roede, H.: Befragter und Befragte. Probleme der Durchführung des soziologischen Interviews. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968 (250 S., kart., 10,80 M).

Oswald, Horst: Literatur, Kritik und Leser. Eine literatursoziologische Untersuchung. Schriftenreihe „Soziologie“, Dietz Verlag, Berlin 1969 (218 S., kart., 5,80 M).

Herbert Schnädelbach

Was ist Ideologie?

Versuch einer Begriffsklärung

I

Daß der Begriff der Ideologie einer Klärung bedarf, darüber dürfte leichter eine Einigung zu erreichen sein als über die Frage, wie man dabei vorzugehen habe. Sehr verbreitet ist die Vorstellung, daß eine Definition genüge, um sich Klarheit über einen Begriff zu verschaffen, und ihr wird nur darum so wenig widersprochen, weil man meist die Schwierigkeiten verkennt, die sich solchen Definitionsversuchen entgegenstellen. Denn eine Definition soll doch mehr sein als eine bloße Sprachregelung, als das willkürliche Festsetzen einer Wortbedeutung, die nichts zu tun hat mit der Beschaffenheit dessen, was das Wort bezeichnen soll: wer etwa über den Ideologiebegriff Aufschluß verlangt, ist nicht daran interessiert zu erfahren, was sich der Befragte unter Ideologie vorstellt oder was er willkürlich als Bedeutung dieses Begriffs behauptet, sondern was Ideologie ist. Nominaldefinitionen sind bloße Festsetzungen, und die durch sie eingeführten Begriffe sind leere Namen, denen nichts über die Beschaffenheit dessen zu entnehmen ist, was sie benennen. Befriedigende Realdefinitionen hingegen setzen eine Gegenstandsanalyse voraus, und je komplexer ein Gegenstand ist, um so schwieriger wird es, ihn in einer handlichen Definition zu charakterisieren. Darum bietet sich zunächst ein anderer Weg zur vorläufigen Verständigung über einen unbekannteren oder strittigen Begriff an — ein Weg, den die moderne Analytische Philosophie bei der Begriffsbildung mit aller methodologischen Raffinesse beschreitet. Hier geht man von der Überlegung aus, daß die Begriffe nicht darauf warten, von uns definiert zu werden, sondern daß ihre Bedeutungen bereits durch den alltäglichen oder wissenschaftlichen Sprachgebrauch festgelegt sind; so scheint es nur einer Analyse des jeweiligen Sprachzusammenhanges oder „Sprachspiels“, wie Wittgenstein sagt¹, zu bedürfen, um sich über das, was der Begriff sagt, verständigen zu können. Aber gerade der Ideologiebegriff eignet sich vorzüglich dazu, die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Methode sichtbar zu machen; wenn man seinen Gebrauch im politischen Alltag untersucht, trifft man auf mehrere und sich zum Teil widersprechende Grundbedeutungen. Wenn etwa in den sozialistischen Ländern vom Marxismus-Leninismus als der Ideologie der Arbeiterklasse gesprochen wird, so erscheint der Begriff hier im positiven Sinne; man versteht darunter ein auf Wis-

1 Wittgenstein: Philosophische Untersuchungen, § 7.

senschaftlichkeit Anspruch erhebendes Lehrgebäude, das nicht nur richtige Erkenntnis, sondern auch den Sieg im politischen Kampf zu garantieren verspricht. Im westlichen Lager dagegen überwiegt der negative Gebrauch des Wortes. Nur wenn von bestimmten Gruppen die Ausbildung einer „Gegenideologie“ als Waffe im geistigen Kampf gegen den Kommunismus gefordert wird, erscheint der Ideologiebegriff im neutralen, wertfreien Sinne: wenn man einer feindlichen Ideologie eine eigene und überlegene entgegensetzen will, glaubt man offenbar, daß es richtige und falsche Ideologien gebe. Im allgemeinen aber spricht man hierzulande abfällig über die „östliche Ideologie“, der man Verkenning der Wirklichkeit, Festhalten an Illusionen über das Wesen des Menschen und die Funktion vorwirft, Werkzeug der Unterdrückung zu sein; die eigene Position hält man für unideologisch. Das Begriffsspektrum reicht daher von der Ideologie als etwas, auf dessen Besitz man stolz ist, bis zum Vorwurf der Wahnhaftigkeit, ja der absichtlichen Realitätsverkenning, den man mit diesem Begriff gegen andere erhebt. Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch, der sich hier als Schiedsrichter anzubieten scheint, überwiegen zwar die wertfreie und die kritische Verwendung des Begriffs „Ideologie“, aber durch die sehr verschiedenen Prämissen der einzelnen theoretischen Schulen fächert sich das Spektrum noch weiter auf, so daß man mit nur geringer Übertreibung behaupten kann, es gebe ebensoviel verschiedene Ideologiebegriffe wie sozialwissenschaftliche Lehrstühle. In unserem Zusammenhang geht es aber nicht um eine vollständige Aufzählung aller verschiedenen Bedeutungen, sondern um die richtige Bedeutung des Wortes „Ideologie“, und die ist offenbar auf sprachanalytischem Wege nicht zu ermitteln. Auch die beliebte und oft überschätzte etymologische Methode vermag hier nicht zu einer Entscheidung zu verhelfen: „Ideologie“ ist eines der zahlreichen Kunstwörter, die mit Hilfe des griechischen „logos“ gebildet wurden, und heißt darum, wörtlich übersetzt, „Wissenschaft von den Ideen“; aber ohne Zweifel verbindet niemand diese Bedeutung mit dem Ideologiebegriff, wenn er ihn spontan gebraucht, und niemand wird behaupten wollen, dies sei die gesuchte richtige Bedeutung. Daß das Wort „Ideologie“, als es geprägt wurde, wirklich einmal diese Bedeutung hatte, zeigt sehr deutlich die Grenzen der etymologischen Methode an, die die historischen Veränderungen von Begriffsinhalten gerade dann verleugnen muß, wenn sie die Urbedeutung zum Maßstab für die wahre Bedeutung von Worten erhebt. Durch Heidegger ist diese Methode eine Zeit lang in der Philosophie in Mode gewesen. Trotzdem kann es aufschlußreich sein, solche Urbedeutungen zu kennen, weil sich oft an deren Entwicklung reale geschichtliche Veränderungen ablesen lassen, so daß es möglich wird, eine durchsichtige Beziehung zwischen der Sprachgeschichte und der Entwicklung der Gesellschaft herzustellen.

Beim Ideologiebegriff lassen sich solche Beziehungen sehr deutlich verfolgen: Im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert existierte in Frankreich eine wissenschaftliche Schule, die es in Fort-

setzung von Traditionen der englischen und französischen Aufklärung unternahm, alle menschlichen Vorstellungen aus dem Zusammenwirken von sinnesphysiologischen Vorgängen und Umweltreizen genetisch zu erklären. Weil in der Terminologie der englischen Empiristen das Wort „idea“ — im Gegensatz zum deutschen Wort „Idee“ — den ganz neutralen Sinn von „Vorstellung“ besaß und diese Bedeutung von der gesamten Aufklärungsphilosophie für das französische Wort „idée“ übernommen wurde, nannte jene Schule ihre Wissenschaft „Wissenschaft von den Vorstellungen“ — „l'idéologie“. In dem Maße nun, wie sich die Herrschaft Napoleons innenpolitisch konsolidierte und die republikanischen Kräfte unterdrückt wurden, geriet auch die Aufklärung als die geistige Tradition des revolutionären Bürgertums bei den Herrschenden in Mißkredit, und mit ihr die Schule der „Idéologues“, die jene Tradition damals verkörperte. Als in den letzten Jahren des 1. Kaiserreichs, vor allem nach dem Fiasko des Rußlandzuges, aus Gründen der innenpolitischen Stabilität ein Sündenbock gebraucht wurde, griff Napoleon zu dem probaten Mittel der Hetze gegen die Intellektuellen und machte die „Idéologues“ und ihre angeblich zersetzende Tätigkeit für das gesamte Unglück Frankreichs verantwortlich. Daß diese Anschuldigungen tatsächlich geglaubt wurden, beweist die Tatsache, daß der Begriff der Ideologie bis heute den negativen Klang nicht verloren hat; seit jener Zeit haftet an diesem Begriff der Vorwurf der Realitätsfremdheit, der Verselbständigung des Geistes gegenüber der Wirklichkeit, den Napoleon gegen die Schule der „Idéologues“ erhoben hatte, um die Kritik an seiner Politik, d. h. die Abweichung von der durch ihn diktierten politischen Realität für seine Mißerfolge verantwortlich machen zu können².

Die Tatsache, daß nicht nur die kritische, sondern auch die positive und die wertfreie Bedeutung des Ideologiebegriffs eine reale historische Wurzel haben, zeigt, daß es unmöglich ist, die Klärung eines Begriffs abzutrennen von der Aufklärung der Sachverhalte, die er bezeichnet: welche Erfahrungen sich in einem Begriff niedergeschlagen haben, welche Phänomene die Menschen mit seiner Hilfe zu interpretieren versuchten, das ist der Inhalt eines Begriffs. Darum vermag nur eine begriffsgeschichtliche Analyse, die nicht von der realen Geschichte der durch die Begriffe bezeichneten Sachverhalte absieht, verbindlichen Aufschluß über ihre Bedeutung zu geben.

II

Historisch gesehen gehört der Ideologiebegriff dem Zusammenhang der theoretischen Bemühungen an, die allgemeinen Ursachen des Irrtums, des falschen Bewußtseins aufzudecken; soweit sich in der Geschichte der Philosophie Reflexionen über die Erkenntnis zurückverfolgen lassen, finden sich stets bestimmte Antworten auf die

² Vgl. hierzu Hans Barth: Wahrheit und Ideologie, Zürich-Stuttgart 1961, S. 13 ff.; Institut für Sozialforschung: Soziologische Exkurse, Frankfurt/Main 1956, S. 165 f.

Frage, welche Dispositionen oder Mechanismen die Erkenntnis des Wahren verhindern. Für die gesamte platonisch-aristotelische Tradition bis zur Hochscholastik blieb die schon von Parmenides vorgebildete ontologische Vorstellung bestimmend, daß die Möglichkeit des Irrtums durch die objektive Struktur der Welt und der menschlichen Psyche gegeben sei. Solange das Erkennen sinnliches Wahrnehmen und der Gegenstand etwas sinnlich Wahrnehmbares bleibt, ist dieser Tradition zufolge keine sichere Erkenntnis möglich; die Gefahr des Irrtums jedoch schwindet, wenn der Erkennende sich zum reinen Denken erhebt und damit die unwandelbaren Ideen oder Wesenheiten zu erfassen vermag. Die Menschen irren sich dieser Lehre zufolge nur, wenn sie in der Sinnenwelt befangen sind. Das Problem des Irrtums wurde dadurch außerordentlich verschärft, daß durch den Einfluß der jüdisch-christlichen Theologie die Möglichkeit des Sicherhebens des Menschen in den intelligiblen Kosmos ewiger Wahrheit problematisch wurde; nicht nur die Vorstellung von der Endlichkeit des menschlichen Geistes dem göttlichen Geist gegenüber, sondern vor allem die Lehre von der Erbsünde drohte die bloße Möglichkeit des Irrtums in Notwendigkeit zu verwandeln. Die mittelalterliche Scholastik vertrat hier noch eine gemäßigte Position: ihr zufolge war das natürliche Licht der Vernunft in den Menschen nicht erloschen, sondern nur zu schwach, um die ganze Wahrheit über das Absolute aus eigener Kraft erkennen zu können; die göttliche Gnade braucht daher nur das unvollständige natürliche Wissen von Gott durch Offenbarung zu ergänzen. Viel radikaler war demgegenüber die von den Reformatoren weitergebildete augustinische Lehre, daß die Erbsünde das Menschengeschlecht völlig außerstande gesetzt habe, Gott zu erkennen und damit zu absoluter Wahrheit zu gelangen; Erkenntnis des Absoluten ist dieser Lehre zufolge nicht nur unvollständig, sondern unmöglich ohne die Gnade Gottes, und die Menschen leben ohne sie notwendig im Irrtum.

Als mit dem Beginn der Neuzeit die Philosophie sich von der Vormundschaft der Theologie zu befreien begann, genügten ihr viele traditionelle theologische Antworten nicht mehr, und man begann, auch die Frage nach den Ursachen des Irrtums neu zu stellen. Obwohl man hierbei in weitem Maße auf die antike Philosophie zurückgriff, wurde doch an dem theologischen Theorem von der Notwendigkeit des Irrtums in säkularisierter Form festgehalten. Die Vorstellung, daß der Erkenntnis der Wahrheit weit stärkere Hindernisse entgegenstehen, als die Antike angenommen hatte, ist bis heute ein wesentlicher Bestandteil der Ideologienlehre geblieben. Vor allem die Lehre *Francis Bacons* zeigt, wie sehr man von der Macht der Verblendung über die Menschen überzeugt war, und daß diese Macht als eine Herausforderung zu verstärkten theoretischen Anstrengungen verstanden wurde. Bacons berühmte Idolenlehre steht im Zusammenhang seiner programmatischen Bemühungen, die gesamte Wissenschaft auf einem neuen Fundament neu zu begründen. Sie ist der Versuch, die Faktoren aufzudecken, die die Erkenntnis gefährden, damit ihr Einfluß erfolgreich eingedämmt werden

könne. Diese Faktoren nennt Bacon Idole oder „Götzenbilder“ der Seele, und diese metaphorische Redeweise drückt sehr genau die Erfahrung der dinglichen Härte dieser Faktoren aus, die den durch sie bedingten Irrtümern die Resistenzkraft des Aberglaubens verleiht; zugleich ist in der Wahl dieses Namens die Einsicht angezeigt, daß die Weigerung der Menschen, von ihren Irrtümern abzulassen, häufig von der emotionalen Beziehung herrührt, die sie zu ihnen wie zu Götzenbildern oder Fetischen unterhalten: noch Marx spricht vom Warenfetischismus als dem Kernstück der kapitalistischen Ideologie.

Bacon nennt vier Klassen von Idolen: die des Stammes, der Höhle, des Marktes und des Theaters. Unter den Idolen des Stammes versteht er allgemeine Dispositionen der menschlichen Gattung, anthropologische Konstanten, die das adäquate Erfassen der Gegenstände erschweren; Bacon denkt in diesem Zusammenhang vor allem an die Organisation der Sinnesorgane, die unser Bild von der Außenwelt wesentlich formt, an den störenden Einfluß der Affekte auf die Urteilskraft und an die Neigung der Menschen, die Welt in Analogie zum Menschen selbst zu interpretieren. Götzenbilder der Höhle sind nach Bacon der Inbegriff dessen, was wir heute individualpsychologische Faktoren nennen würden: psychische Struktur, Umgang, Erziehung, Bildungsstand und emotionale Bindungen an bestimmte Autoritäten machen Bacon zufolge die „Höhle“ aus, in der sich jedes Individuum befindet, und deren Form das Licht der Wahrheit in eigentümlicher Weise bricht und reflektiert. Durch den Begriff der „Götzenbilder des Marktes“ treten zum ersten Male gesellschaftliche Bedingungen des falschen Bewußtseins in den Gesichtskreis der Theorie, wenn auch noch in sehr unentwickelter Form: Bacon spricht von möglichen Verzerrungen der Wahrheit durch die Weisen der menschlichen Kommunikation, vor allem durch die Sprache und ihre mögliche Verselbständigung gegenüber der auszudrückenden Sache. Als „Götzenbilder des Theaters“ schließlich bezeichnet Bacon all die falschen Erklärungsversuche der Welt, die mit der Autorität der Wahrheit auftreten, obwohl sie bloße Erdichtungen sind und auf die Menschen die Faszination eines Theaterstückes ausüben: vornehmstes Beispiel eines solchen Idols ist für Bacon der Aristotelismus, dessen theologisch sanktionierte Autorität sich damals den aufstrebenden empirischen Wissenschaften entgegenstellte. So hoch Bacon auch die Gewalt all dieser Götzenbilder einschätzte, so fest war er doch davon überzeugt, daß man sich zu entziehen vermöge; die Notwendigkeit des Irrtums faßte er nicht als einen unausweichlichen Zwang, sondern mehr als objektive Nötigung auf, der die Menschen prinzipiell widerstehen können, auch wenn es ihnen nicht immer gelingt. Seine Idolenlehre impliziert daher keinen allgemeinen Skeptizismus, sondern versucht gerade, ihm dadurch entgegenzuwirken, daß sie die möglichen Störungsfaktoren im Erkenntnisprozeß selbst kenntlich und damit kontrollierbar macht³.

3 Über die Idolenlehre Bacons und ihre Beziehungen zur Aufklärungsphilosophie vgl. vor allem Hans Barth: a.a.O., S. 32 ff.

Die Idolenlehre Bacons hat sehr nachhaltig auf die Philosophie der *Aufklärung* eingewirkt: in ihr war zum ersten Male eine Lehre von den außertheoretischen Widerständen formuliert, mit denen die Bemühungen um vernünftige Einsicht und deren Verbreitung zu rechnen haben; durch sie lernte die Aufklärung, ihre Gegnerschaft genauer zu erkennen und dadurch um so effektiver zu bekämpfen. Zugleich war Bacons Klassifizierung der Idole relativ vollständig und ist auch in der Folgezeit nie wesentlich verändert worden; seine Zurückführung jener Widerstände auf gattungsspezifische, individuell-psychologische und historisch-soziale Ursachen erlaubte eine erste umfassende Orientierung in diesem Bereich, so sehr sie auch im einzelnen noch der Differenzierung bedurfte. In einem gewissen Sinne kann man die gesamte Geschichte des Ideologiebegriffs als eine Ausführung der Baconschen Idolenlehre verstehen, auch wenn der Terminus selbst erst in einer späteren Zeit geprägt wurde. Die Aufklärungsphilosophie hat die Idolenlehre nicht strukturell verändert, sondern nur inhaltlich erweitert. Zunächst trat an die Stelle des Wortes „Idol“ der blossere Begriff des „Vorurteils“, der zwar den gemeinten Sachverhalt in seiner logischen und erkenntnistheoretischen Funktion schärfer charakterisiert, andererseits aber dessen Irrationalität und psychologische Bedeutung nicht mit der gleichen Prägnanz zu bezeichnen vermag. Entscheidender aber war die Erweiterung des Begriffsumfangs: Bacons Interesse galt vor allem der Naturerkenntnis, und unter Idolen verstand er primär naturwissenschaftliche Vorurteile; die Aufklärung dagegen wandte sich vornehmlich der kritischen Analyse religiöser, moralischer und gesellschaftlicher Vorstellungen zu, was aber die Rezeption der Baconschen Idolenlehre selbst nicht behinderte. Man erkannte, daß sich auch diese Vorstellungen strukturell sehr genau mit den Mitteln der Idolenlehre beschreiben und erklären lassen.

Diese Erweiterung hat aber nicht ausschließlich theoriegeschichtliche Gründe. Die religiöse und soziale Vorstellungswelt der Zeitgenossen, die Bacon zufolge nicht auf rationalen Prinzipien beruht, hatte er darum nicht zum Gegenstand der Kritik gemacht, weil seine Philosophie dem aufsteigenden Bürgertum in einer Phase angehört, in der es sich mit Hilfe der absolutistischen Staatsgewalt gegen den Feudaladel als selbständige Klasse konstituierte: eine Kritik jener Vorstellungen hätte die politische Stabilität des Absolutismus gefährdet, so daß die Irrationalität seiner Prinzipien nicht als etwas Bedrohliches empfunden wurde. Als aber der Absolutismus im folgenden Jahrhundert seine politische Rationalität dadurch einbüßte, daß er zur Fessel der sich entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft wurde, änderte sich auch die Stellung der bürgerlichen Theoretiker zu den Vorstellungen, die die Mehrzahl von ihnen in merkwürdiger Verkennung der Wirklichkeit für das reale Fundament der alten Gesellschaftsordnung hielten. In welchem Maße Motiv und Gegenstand aufklärerischer Kritik von außertheoretischen Sachverhalten bestimmt sein können, zeigt auch die Tatsache, daß unter den Vorurteilen, die es im Namen der Vernunft zu bekämpfen galt, nun vor

allem religiöse Vorstellungen verstanden wurden. Die bürgerliche Theorie reagierte damit auf die Versuche des ancien régime, seine schwindende politische Autorität, seine gefährdete juristische Wirksamkeit und moralische Rechtfertigung in der Religion zu begründen und mit deren Waffen zu verteidigen.

Die reale Basis dieses Bündnisses zwischen politischer Selbstrechtfertigung und religiöser Propaganda war die unlösbare Verbindung der Interessen von Königtum und Klerus im Frankreich vor 1789. Weil die bürgerlichen Aufklärungsphilosophen vor allem die Veränderung des Bewußtseins als ihre Aufgabe betrachteten, da die Mehrzahl von ihnen einen politischen Umsturz fürchtete, bekämpften sie das ancien régime meist nur im Medium der Vorstellungen des ancien régime. Weil damit die ökonomische Basis der alten Ordnung nicht in die Betrachtung einbezogen wurde, konnte auch in der Theorie der Eindruck entstehen, als hänge ihr reales Fortbestehen ausschließlich von der Befangenheit der Menschen in den alten Vorurteilen ab. So wird in *Holbachs* „*Système de la nature*“ unablässig beteuert, daß die Wurzel aller menschlichen Leiden in der Gesellschaft im Irrtum, im Vorurteil, d. h. vor allem in den religiösen Vorstellungen zu suchen sei: von den Priestern im Bündnis mit den Herrschenden zum Zwecke der Erhaltung ihrer Macht erfunden und verbreitet, hindern sie, *Holbach* zufolge, die Menschen daran, ihr wahres Glück zu suchen und ihr Leben ihren wirklichen Bedürfnissen gemäß einzurichten. So unbefriedigend diese berühmte „Priestertugstheorie“ als genetische Erklärung auch sein mag, so bedeutsam war sie doch für die Entwicklung des Ideologiebegriffs: sie enthält zum ersten Male eine kritische Theorie über die funktionale Bedeutung, die bestimmten Vorstellungskomplexen im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft zukommen kann. Zwar hatten schon *Machiavelli* und *Hobbes* von der politischen Nützlichkeit des Irrtums gesprochen, in dem die Beherrschten leben; dieser Gedanke wird aber hier kritisch gewandt. Die Aufklärung wird sich damit zugleich ihrer eigenen gesellschaftlichen Funktion bewußt: sie erkennt sich als Werkzeug der realen Befreiung. Nach *Holbach* besteht die gesellschaftliche Wirksamkeit der Religion vor allem in der Sanktionierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse: sie wirkt einschüchternd auf die Unzufriedenen, weil sie den weltlichen Ungehorsam als Ungehorsam gegen Gott hinstellt, der mit dem Verlust der ewigen Seligkeit bestraft werde; zugleich honoriert sie den Untertanengeist und die Leidenswilligkeit mit Versprechungen, daß dies im Himmel wohl belohnt werde. Rechtfertigung des bestehenden Unrechts und scheinhafte Kompensationen für das erlittene Unrecht zu liefern, ist bis heute die wesentliche Funktion aller Ideologie geblieben.

Wenn es zutrifft, daß vor allem die Mängel bestimmter Theorien ihre Weiterentwicklung motivieren, weil sie zu neuer Reflexion über denselben Gegenstand nötigen, so waren es vor allem zwei Gebrechen dieser Theorie über die gesellschaftliche Funktion von Vorurteilen, die die Exposition des konkreten Ideologiebegriffs förderten: das Unbefriedigende der genetischen Erklärung und das Fehlen der

historischen Dimension. Selbst wenn der Ursprung der Vorurteile in einer betrügerischen Verschwörung zu suchen wäre, bliebe doch ungeklärt, was einer kleinen Gruppe von Verschwörern solche Macht über das Bewußtsein der betrogenen Minderheit verleiht. Eine personalisierende Interesenspsychologie reicht nicht hin, um etwa die geschichtliche Gewalt einer Religion verständlich zu machen. Auch ist es eine irreführende Vereinfachung, der Religion als solcher die von Holbach beschriebenen gesellschaftlichen Funktionen zuzuschreiben: ob bestimmte theologische Theorien progressive oder reaktionäre Tendenzen begünstigen, hängt nie allein von deren Struktur ab, sondern von der der Gesellschaft, in der sie geglaubt werden. Es ist vor allem *Hegels* Verdienst, die Konsequenzen dieser Mängel für eine Theorie des Verhältnisses von Bewußtsein und Gesellschaft entwickelt zu haben. In seiner „Phänomenologie des Geistes“, die die Entwicklung des Bewußtseins in ihrer Verschränkung mit der realen Geschichte nachzeichnet, wird die theoretische und geschichtliche Notwendigkeit dessen, was die Aufklärung als Vorurteil denunzierte, gegen die Aufklärung selbst geltend gemacht. Hegel weist in einem Abschnitt mit der Überschrift „Der Kampf der Aufklärung dem Aberglauben“ nach, daß diese Frontstellung selbst einer bestimmten Entwicklungsstufe der Geschichte angehört, aus der sich sowohl das Unzulängliche als auch das relative Recht beider Positionen erklären läßt. Nach Hegel ist die Aufklärung erst dann vollendet, wenn sie die historische Notwendigkeit dieser Kontroverse erkennt und damit hinter sich läßt; diese Erkenntnis ist nicht als ein fauler Kompromiß zwischen Rationalität und Religiosität aufzufassen, sondern sie kann nach Hegel nur aus dem Austrag jenes Widerstreits resultieren.

Die Hegelsche Einsicht, daß die genetische und die funktionale Erklärung des falschen Bewußtseins als einer gesellschaftlichen Macht nur dann zu befriedigenden Ergebnissen führen kann, wenn sie aus historischen Analysen hervorgeht, blieb auch für *Feuerbachs* Reprise der Religionskritik bestimmend. Weil diese Kritik sich Hegelscher Mittel bedient, fällt sie nicht in die psychologische und ungeschichtliche Betrachtung der Religion zurück. Nach Feuerbach ist die Religion eine Bewußtseinsstruktur, die sich dadurch charakterisieren läßt, daß in ihr die Menschen ihr eigenes Wesen gegenständlich anschauen, aber zugleich ohne zu wissen, daß in Wahrheit ihre eigenen Wesensbestimmungen den Inhalt ihrer Religion ausmachen. Religion läßt sich daher nach Feuerbach mit dem Hegelschen Terminus der Selbstentfremdung des Menschen strukturell genau beschreiben: der Inhalt der Religion ist der Mensch selbst, der aber vom religiösen Bewußtsein als etwas Fremdes, Gegenständliches erfahren wird. Diese Struktur ist Feuerbach geschichtlich notwendig, weil sie eine notwendige Stufe in der geschichtlichen Bewußtseinsentwicklung der menschlichen Gattung bildet. Die geschichtliche Notwendigkeit aber, daß der menschlichen Selbsterkenntnis die Selbstentfremdung vorhergeht, wird von Feuerbach anthropologisch begründet: weil das individuelle Bewußtsein so beschaffen sei, daß

die Erfahrung des eigenen Ich die Gegenstandserfahrung voraussetzt, müsse auch in der gattungsgeschichtlichen Dimension die gegenständliche Erfahrung des menschlichen Wesens der Selbsterkenntnis, d. h. die Religion der Philosophie notwendig vorhergehen. Die Theorien Feuerbachs über das Verhältnis von Bewußtsein und Selbstbewußtsein und über die Aufhebung der Religion in der Philosophie sind Hegelschen Ursprungs; Feuerbach geht aber dadurch entscheidend über Hegel hinaus, daß er dessen System, das zugleich eine philosophische Rechtfertigung der Religion enthielt, selbst noch zur Religion zählt. Hegel hatte gelehrt, daß die reale Geschichte selbst nur ein Moment in dem Entäußerungs- und Selbsterkennungsprozeß des absoluten Geistes sei, und dieser Begriff des Absoluten selbst wurde nun von Feuerbach als eine strukturell religiöse Vergegenständlichung des menschlichen Bewußtseins, als eine Gestalt der Selbstentfremdung bestimmt.

IV

Feuerbachs Religionskritik ist die historische und sachliche Voraussetzung der *Marxschen* Ideologienlehre, die allein schon darum fortgeschrittener und differenzierter als ihre historischen Vorformen ist, weil in sie alle wesentlichen Motive jener Theorien über das falsche Bewußtsein eingegangen und in einen durchsichtigen Zusammenhang gebracht worden sind. Der konkrete Ideologiebegriff ist herausgewachsen aus kritischen Reflexionen des jungen Marx, die sich auf Feuerbach und die junghegelianische Philosophie bezogen; zugleich hat Marx diese Positionen als Modelle seines Ideologiebegriffs interpretiert. Ihr ideologischer Charakter läßt sich nach Marx vor allem an zwei Kategorien demonstrieren: am Geschichtsbegriff und an der Vorstellung vom Wesen des Menschen. Dieser Geschichtsbegriff scheint zunächst rein philosophiegeschichtlich ableitbar zu sein: In dem Maße, wie man Hegels Begriff des Absoluten als religiös kritisierte und gegen sein System den wirklichen empirischen Menschen glaubte geltend zu machen, trat an die Stelle des „absoluten Geistes“ das empirische Bewußtsein; damit reduzierte sich die Geschichte, die nach Hegel die zeitliche Erscheinungsweise des absoluten Subjekt-Objekts ist, für die Junghegelianer auf bloß subjektive Bewußtseinsgeschichte. Diese Vorstellung nun, daß alle realen historischen Prozesse letztlich in Bewußtseinsveränderungen gründen, wird von Marx als falsches Bewußtsein der deutschen Philosophie und als geistige Reaktionsform auf die deutsche Wirklichkeit erkannt. Im Vergleich zu England und Frankreich war Deutschland zumindest seit dem 17. Jahrhundert ein politisch und ökonomisch zurückgebliebenes Land; nur auf kulturellem Gebiet waren die Deutschen Zeitgenossen der fortgeschrittensten geschichtlichen Entwicklung. In seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ bringt Marx diese beiden Tatsachen in einen genetischen Zusammenhang: er erkennt die deutschen kulturellen Leistungen, vor allem in der Philosophie des deutschen Idealismus, als Kompensationen der realen politischen Ohnmacht des deutschen Bürgertums. Daß die

Deutschen nur im geistigen Bereich ungehinderte Aktivität entfalten konnten, erklärt nach Marx einerseits die Tatsache, daß sie diesem Bereich all ihre Energien zuwandten, andererseits aber auch die für den deutschen Geist charakteristische Überschätzung des Geistigen, der auch die Junghegelianer erliegen, weil sie den Geist qua menschliches Bewußtsein für die entscheidende geschichtliche Macht halten. So wird auch die Lehre Feuerbachs, daß die Religion, geschichtlich notwendig, falsches Bewußtsein sei, im Sinne der Notwendigkeit einer bestimmten Entwicklungsstufe des menschlichen Bewußtseins, nun selbst von Marx als geschichtlich und gesellschaftlich bedingtes falsches Bewußtsein, als „Deutsche Ideologie“ identifiziert. — Die Reduktion der realen Geschichte auf Bewußtseinsgeschichte bedingt nach Marx ferner, daß die „Deutsche Ideologie“ den Menschen mit dem menschlichen Bewußtsein gleichsetzt und in ihrer Geschichtsbetrachtung statt von den wirklichen historischen Individuen immer nur von Bewußtseinsformen, Ideen und Vorstellungen spricht; darum wird auch das Wesen des Menschen selbst von den wirklichen Menschen abgelöst und als eine von ihnen unabhängige abstrakte Wesenheit fixiert. Der Feuerbachsche Gegensatz zwischen dem Wesen des Menschen und dem menschlichen Individuum, der seine Religionskritik wesentlich bestimmt, wird von Marx ebenfalls als Bestandteil der „Deutschen Ideologie“ abgeleitet. In der 6. Feuerbachthese sagt Marx: „Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“⁴. Nach Marx kann darum die Frage, was das Wesen des Menschen sei, nicht beantwortet werden ohne eine geschichtliche und strukturelle Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Menschen leben, nach deren Wesen gefragt wurde. Wenn die Religion und andere Gedankengebilde mit analoger Struktur als Vergegenständlichung menschlichen Wesens, als Selbstentfremdung des Menschen bestimmt werden müssen, das Wesen des Menschen aber das „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ ist, dann muß jene Selbstentfremdung selbst gesellschaftliche Ursachen haben: der verselbständigte Geist, sowohl sein Inhalt als auch seine Form scheinhafter Unabhängigkeit von der empirischen Wirklichkeit, muß dann selbst als ein gesellschaftliches Faktum betrachtet werden. Die realen Bedingungen aber für diese Verselbständigung des Geistes lassen sich nur in einer Geschichtstheorie aufweisen, die sich nicht schon den Idealismus vorgibt, d. h. die nicht selbst im Bereich des entfremdeten Geistes verbleibt, sondern den wirklichen Entwicklungsprozeß des gesellschaftlichen Ganzen analysiert. Die materialistische Geschichtsauffassung geht darum nicht von einem statischen Begriff des Menschen aus, auch nicht von dem, was die Menschen in einer bestimmten Epoche für ihr Wesen halten, sondern von ihren wirklichen Lebens-

⁴ Zitiert nach Marx-Engels-Studienausgabe in 4 Bänden (hrsg. v. I. Fetscher), Frankfurt/Main 1966 (FiBü), Bd. I, S. 140.

äußerungen, die nach Marx wesentlich von der Notwendigkeit bestimmt sind, im Kampfe mit der äußeren und inneren Natur ihr Leben zu reproduzieren. Marx sagt: „Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt ... zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion“⁵.

Der Zusammenhang zwischen den materiellen Bedingungen der Produktion und der Beschaffenheit der Individuen wird durchsichtig, wenn man bedenkt, daß sich diese Produktion immer in einer bestimmten, durch den historischen Stand der technologischen Entwicklung definierten Weise vollzieht; die Produktionsweise bedingt bestimmte Organisationsformen der Arbeit, von denen wiederum die Verkehrsverhältnisse, die soziale Struktur und die Eigentums- und Herrschaftsformen abhängen. All diese gesellschaftlichen Institutionen, in denen sich die Reproduktion des Lebens auf der jeweiligen historischen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte vollzieht, faßt Marx unter dem Begriff der Produktionsverhältnisse zusammen. Die Struktur der Produktionsverhältnisse hängt darum nach Marx letztlich von dem Stand der Produktivkräfte ab, obwohl ein bestimmter Stand der Produktionsverhältnisse selbst wieder eine Produktivkraft sein kann. Diese Abhängigkeit wird einsichtig, wenn man bedenkt, daß das Fortschreiten der Produktivität der Arbeit sich niederschlägt in der zunehmenden Arbeitsteilung, von der die gesellschaftliche Differenzierung ausgeht. Die Produktionsverhältnisse also lassen sich genetisch aus der Arbeitsteilung erklären, die ihrerseits immer den Entwicklungsstand der Produktivkräfte ausdrückt.

In der Marxkritik ist immer wieder behauptet worden, diese Theorie kranke wie jeder Materialismus daran, die Entstehung des Bewußtseins nicht befriedigend erklären zu können. Solchen Einwänden liegt ein metaphysisches Mißverständnis des Begriffs des Materialismus bei Marx zugrunde: das Wort „materialistisch“ charakterisiert bei Marx eine bestimmte Geschichtsauffassung und keine ontologische Position, die allgemeine Sätze über „das“ Sein und „das“ Bewußtsein proklamiert. Die berühmte These, daß das Sein das Bewußtsein und nicht das Bewußtsein das Sein bestimme, wird sofort als ein nicht metaphysischer, sondern geschichtsphilosophischer Satz kenntlich, wenn man ihn genau zitiert. Marx sagt in der „Kritik der politischen Ökonomie“: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“⁶. Das „gesellschaftliche Sein“ aber ist nie bloß materiell im Sinne eines physikalischen Materialismus; wenn Marx sagt, daß die Menschen dann beginnen, „sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren“⁷, so kann dieser Begriff der Produktion als die zentrale Kategorie des historischen Materialismus nicht gedacht werden

5 Karl Marx: Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 86.

ohne Elemente dessen, was wir als menschliches Bewußtsein bezeichnen. Der Begriff des Materialismus sowie die berühmte Antithese über das Verhältnis von Sein und Bewußtsein ist darum wesentlich gegen jene Theorien gerichtet, die die Geschichte vom Bewußtsein bestimmt sein lassen, das gegen das Sein verselbständigt ist, ohne zu erkennen, daß die Selbständigkeit des Geistes selbst ein geschichtliches Produkt ist.

Auch der Begriff des Bewußtseins wird bei Marx nicht metaphysisch im Sinne einer selbständigen Substanz gefaßt: „Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß“⁶. Das Moment der Bewußtheit im wirklichen Lebensprozeß unterscheidet die menschliche Produktion von der bloß tierischen Reproduktionsweise des Lebens, und mit steigender Produktivität wächst auch dieses Moment mit. Differenzierung der Produktionsweisen und des Bewußtseins sind ineinander verschränkt, und es ist nach Marx vor allem auf frühen Entwicklungsstufen der Geschichte unmöglich, zwischen gesellschaftlichem Lebensprozeß und Bewußtseinsentwicklung im Sinne eines metaphysischen Dualismus zu unterscheiden. Marx sagt: „Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheint hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens“⁷. Daß das Bewußtsein der Menschen falsches Bewußtsein werden kann im Sinne einer verkehrten Widerspiegelung ihres gesellschaftlichen Lebensprozesses, setzt daher voraus, daß der direkte Zusammenhang zwischen dem Bewußtsein der Menschen und ihrem materiellen Verhalten in der Produktion unterbrochen ist; auch hierfür muß eine materialistische Geschichtstheorie Bedingungen im realen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft angeben. Eine relative Selbständigkeit des Bewußtseins gegenüber der Wirklichkeit ist nach Marx erst möglich, wenn die Arbeitsteilung bis zur Sonderung der materiellen von der geistigen Tätigkeit fortgeschritten ist: „Von diesem Augenblicke an kann sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Anderes als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen — von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der ‚reinen‘ Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen“¹⁰. Dieser Entwicklungsstand der Arbeitsteilung ist aber nach Marx nur eine notwendige Bedingung, nicht schon der zureichende Grund dafür, daß gesellschaftliche Realität und das Bewußtsein der Individuen in Wider-

6 Marx: Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1951, S. 13.

7 Marx: Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 86.

8 Marx: Deutsche Ideologie, a.a.O., S. 91.

9 *ibid.*

10 a.a.O., S. 96.

spruch zueinander treten; dieser Widerspruch muß daher in einem realen gesellschaftlichen Widerstreit gründen: „... wenn diese Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. in Widerspruch mit den bestehenden Verhältnissen treten, so kann dies nur dadurch geschehen, daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit der bestehenden Produktivkraft in Widerspruch getreten sind“¹¹. Der Antagonismus zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist nach Marx ein Phänomen, das in der Geschichte notwendig intermittierend auftritt; weil die sozialen Organisationsformen der Produktion und ihre politischen Derivate eine höhere Festigkeit haben als der Stand der Produktivkräfte, sind Konflikte zwischen beiden Bereichen unvermeidlich. Der Zusammenhang zwischen diesem Konflikt und dem Widerspruch zwischen Bewußtsein und Realität wird sofort deutlich, wenn man bedenkt, daß die verselbständigte geistige Tätigkeit in den Bereich der Produktionsverhältnisse oder des „Überbaus“, wie Marx sagt, gehört. Darum ist der Widerspruch zwischen dem Bewußtsein und der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Menschen notwendige Folge des Konfliktes zwischen den Produktivkräften mit dem Stand der Produktionsverhältnisse. Damit ist der Ideologiebegriff von Marx in seinen allgemeinsten Bestimmungen vollständig exponiert; der konkret historische Charakter seiner Theorie verbietet es, diese Bestimmungen unabhängig von empirischen Analysen weiter spezifizieren zu wollen. Daß Marx nicht von „dem“ Wesen „der“ Ideologie ausgeht, zeigt allein schon die Tatsache, daß man in seinen Schriften nirgends eine explizite Definition des Ideologiebegriffs findet; die in diesem Zusammenhang interpretierten Theoreme aus der „Deutschen Ideologie“ sind nichts anderes als eine vorläufige und allgemeine Orientierung über das Verhältnis von Gesellschaft und Bewußtsein, soweit sie in einem gedrängten Abriss materialistischer Geschichtstheorie gegeben werden kann. Die sehr differenzierten ideologiekritischen Analysen der späteren Schriften von Marx, vor allem im Zusammenhang der Kritik der politischen Ökonomie, bestätigen zwar, daß Ideologie in der Arbeitsteilung und im Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wurzelt, zeigen zugleich aber, daß diese Einsicht nicht mit der ausgeführten Ideologienlehre verwechselt werden darf. Eine kurze Charakteristik des Marxschen Ideologiebegriffs kann darum nicht mehr sein als der Versuch, die zentralen Motive einer sehr komplexen Theorie anzugeben.

Ideologie ist gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein, sofern man die Subjektseite betrachtet, und gesellschaftlich notwendiger Schein, wenn man vom Gegenstand des ideologischen Bewußtseins spricht. Der Terminus „gesellschaftlich notwendig“ bedeutet nicht einen naturgesetzlichen Zwang zum falschen Bewußtsein, sondern eine objektive Nötigung, die von der Organisation der Gesellschaft selbst ausgeht. Sie entsteht, wenn die Gesellschaft den Individuen anders erscheint, als sie in Wahrheit ist, wenn bestimmte

11 *ibid.*

Oberflächenphänomene ihre innere Organisation verdecken; der ideologische Schein ist ein objektiver Schein, weil die Divergenz von Wesen und Erscheinung der Gesellschaft genetisch auf den Widerstreit zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zurückverweist. Die Bestimmung „gesellschaftlich notwendig“ enthält zugleich die von der Tradition angegebenen Ursachen des falschen Bewußtseins als Momente. Statisch anthropologische Faktoren werden von Marx mit dem Satz ausgeschlossen, daß das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse sei; die Existenz überindividueller Faktoren, die die individuelle Beschaffenheit der Menschen wesentlich bestimmen, ist damit nicht geleugnet: sie werden nur als geschichtliche, durch menschliche Praxis vermittelte Faktoren erkannt. Individuell psychologische Faktoren des falschen Bewußtseins können darum nicht als etwas Letztes angesehen werden, weil nach Marx das, was die Individuen sind, letztlich abhängt von den materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion ihres Lebens; zudem ist Individualität im modernen Sinne ein spätes historisches Produkt. Auch die Interessenpsychologie eines *Helvétius* bleibt bei sekundären Ursachen stehen, weil die Interessen der Individuen abhängen von der Funktion, die ihnen im gesellschaftlichen Prozeß zukommt. Dasselbe gilt für die Priestertrugtheorie Holbachs. Marx bestreitet nicht die Möglichkeit einer Bewußtseinsmanipulation durch die Herrschenden: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind“¹². Nach Marx ist aber die geistige Macht der herrschenden Klasse eine Funktion ihrer materiellen, und nicht umgekehrt, wie bei Holbach; diese Umkehrung selber kann mit Marxschen Mitteln als bürgerliche Ideologie im strengen Sinne abgeleitet werden. In welchem Maße all diese sekundären Faktoren das allgemeine Bewußtsein einer Epoche mitbestimmen, kann ebensowenig abstrakt entschieden werden wie die Frage, welche Funktion diesem Bewußtsein in der jeweiligen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zukommt: hierzu bedarf es immer ausgeführter empirischer Analysen. Allgemein läßt sich mit Marx nur sagen, daß ideologisches Bewußtsein meist apologetisch und restaurativ ist, weil es Ausdruck von Produktionsverhältnissen ist, die von der Entwicklung der Produktivkräfte geschichtlich überholt sind.

V

Daß die Marxsche Theorie in der Tat die Exposition des konkretesten und differenziertesten Begriffs der Ideologie enthält, die wir

¹² a.a.O., S. 110.

kennen, läßt sich an zwei Tatsachen ablesen: einmal enthalten die konkreten ideologiekritischen Analysen von Marx und den marxistischen Theoretikern bis heute nur inhaltliche Ausführungen der hier skizzierten Theorie, nicht aber eine Revision ihrer zentralen Kategorien; die nichtmarxistischen oder antimarxistischen Ideologietheorien dagegen sind sämtlich dadurch charakterisiert, daß sie hinter den von Marx erreichten Konkretionsgrad zurückfallen. Das gilt vor allem für die positivistischen Theoretiker, die glauben, aus Gründen der wissenschaftlichen Sauberkeit den Ideologiebegriff auf eine erkenntnistheoretische Kategorie reduzieren zu müssen: Ideologie wird mit Realitätsverkenntnis gleichgesetzt, und ihre Ursache in der Verquickung von Wertvorstellungen mit Wirklichkeitsurteilen, von rationalen und emotionalen Beziehungen zum Erkenntnisobjekt gesucht¹³. Es ist offenbar, daß hier die Theorie auf den Baconischen Stand zurückfällt: Psychologische Faktoren werden als etwas Letztes hingenommen, Faktoren, deren Existenz Marx nicht geleugnet, aber doch als bloßes Moment im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bestimmt hat. Dieser Rückfall hat einerseits wissenschaftsgeschichtliche Ursachen. Er resultiert einmal aus der zunehmenden Arbeitsteilung zwischen den Wissenschaftssparten, durch die in der Theorie Gesellschaft und Erkenntnis als zwei ganz verschiedene Gegenstandsbereiche erscheinen: damit ist aber die Marxsche Lehre von der Arbeitsteilung als ideologiebildendem Faktor nur bestätigt. Zugleich glauben viele Theoretiker aus einem unreflektierten Nominalismus heraus den Begriff der gesellschaftlichen Totalität als metaphysisches Relikt aus der Diskussion ausschließen zu müssen; dies hat zur Folge, daß man in der Analyse bei Individuellem wie bestimmten psychologischen Befunden glaubt stehenbleiben zu müssen.

Die vermeintlichen Fortbildungen der Marxschen Theorie unterlagen aber auch sehr realen geschichtlichen Bedingungen. Die bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften von Marx bis heute enthalten meist Momente von Apologie des Kapitalismus gegen die Marxsche Kritik; diese Apologie wurde begünstigt durch das Ausbleiben der von Marx vorhergesagten proletarischen Revolution und durch die sowjetische Entwicklung, die sich nur noch sehr künstlich mit der Lehre der marxistischen Klassiker in Einklang bringen ließ. Bis heute halten viele die kritische Theorie von Marx für widerlegt, nur weil die Prognosen, die er aus ihr ableitete, sich als unrealistisch erwiesen haben. Weil die ausgeführten ideologiekritischen Analysen von Marx sämtlich dem Zusammenhang seiner Kritik der kapitalistischen Ökonomie angehören, konnte der Anschein entstehen, als seien bei Marx Ideologiekritik und Kapitalismuskritik miteinander identisch und darum in einem entkräftet. Es lag nahe, diesen Rückschluß auf die gesamte materialistische Geschichtsauffassung auszuweiten, in der der Ideologiebegriff bei Marx gründet. *Max Weber* etwa hielt die Marxsche Betrachtungsweise der Geschichte für eine

13 Vgl. etwa Theodor Geiger: *Ideologie und Wahrheit*, Stuttgart-Wien 1953, insbes. S. 53 ff.

unter mehreren möglichen, die Marx verständlicherweise, aber doch zu Unrecht verabsolutiert habe¹⁴.

Durch solche Überlegungen motiviert, haben die wichtigsten antimarxistischen Theoretiker den Vorwurf der Ideologiekritik auf die Marxsche Theorie selbst zurückgewandt: für Max Scheler ist der Marxismus eine „typische Ideologie der Unterklasse“¹⁵. Damit schien der Ideologiebegriff einer allgemeineren Fassung als bei Marx zu bedürfen, und die allgemeinere Basis dieses Begriffs schien in dem biologischen Lebensprozeß der Menschheit gefunden zu sein. Die Ideologienlehre wird lebensphilosophisch: in Fortbildung des Schopenhauerschen und Nietzscheschen Vitalismus, demzufolge alles Geistige bloßes Werkzeug des irrationalen Willens zum Dasein ist, wird der Marxsche Ideologiebegriff erweitert und zugleich neutralisiert. Für die Wissenssoziologie Karl Mannheims, die sich von der älteren Ideologiekritik durch ihren totalen Ideologiebegriff zu unterscheiden glaubt, bedeutet Ideologiekritik dasselbe wie „jeweilige Seinsgebundenheit des Denkens“¹⁶. Weil aber jedes Denken seinsgebunden ist, verliert der Ideologiebegriff selbst seine kritische Bedeutung und wird wertfrei: die wissenssoziologische Analyse hat darum nicht mehr aufklärende, entlarvende Funktion, sondern muß sich darauf beschränken, wie Mannheim sagt: den jeweiligen „Zusammenhang zwischen sozialer Seinslage und Sicht“¹⁷ herauszustellen. Vom Marxismus wird behauptet, daß er zwar den totalen Ideologiebegriff erreicht, aber ihm nur eine spezifische Fassung gegeben habe, insofern er Ideologiekritik als ein Privileg der proletarisch-revolutionären Theorie und diese selbst für ideologiefrei ausgegeben habe.

Historisch gesehen ist die Wissenssoziologie an dieser Stelle eine Reaktion auf den sich dogmatisch verhärtenden Vulgärmarxismus, und ohne Zweifel hat die theoretische und politische Entwicklung der Arbeiterbewegung hier weiteren Vorschub geleistet. Es ist unbestreitbar, daß bloße Klassenzugehörigkeit oder ein politisches Engagement noch keine Garantie für ideologiefreies Denken sein kann, und wenn das auch bestimmte Marxisten behauptet haben mögen, Marx selbst hat so etwas nie gelehrt: er hat vielmehr auf Grund bestimmter inhaltlicher Überlegungen geglaubt, daß das Proletariat durch seine Stellung im Produktionsprozeß weniger anfällig für die bürgerliche Ideologie sei. Im „Kapital“ aber spricht Marx von dem Phänomen, daß durch die Entwicklung des Kapitalismus die Arbeiterklasse selbst die bestehenden Produktionsverhältnisse zunehmend als selbstverständliche Naturgesetze der Produktion anerkennt¹⁸. Die Erkenntnis, daß auch die Arbeiter von der Ideologisierung des Bewußtseins auf die Dauer nicht ausgenommen sein

14 Max Weber: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: *Ausgew. Schriften*, Stuttgart 1956 (Kröner), S. 207 f.

15 Zitiert nach Kurt Lenk: *Ideologie*, Neuwied und Berlin, 2. Auflage 1964, S. 200.

16 Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, Bonn 1929, S. 35.

17 a.a.O., S. 33.

18 Vgl. Marx: *Das Kapital I*, Berlin 1959, S. 776 f.

können, hat später zu Lenins elitärer Parteitheorie und zu dem halbmetaphysischen Begriff des Klassenbewußtseins bei Lukács geführt. Im allgemeinen aber sind bürgerliche Wissenssoziologie und offizielle östliche Weltanschauung weniger weit voneinander entfernt, was den Ideologiebegriff angeht, als es scheint. Die eingangs erwähnte positive Wendung des Ideologiebegriffs im sozialistischen Bereich rührt daher, daß dort die Wendung zum wertfreien Ideologiebegriff weitgehend mitvollzogen wurde: so, wenn der kapitalistischen Ideologie der Marxismus-Leninismus als die Ideologie der Arbeiterklasse entgegengestellt wird. Die bekannte Forderung nach sozialistischer Parteilichkeit zeigt zudem, daß man dem Engagement für eine Partei mehr Gewicht gibt als objektiver Erkenntnis, ja daß man diese offenbar für unmöglich und damit alles Denken für ideologisch hält. Dem wertfreien Gebrauch des Ideologiebegriffs liegt meist ein Sozialdarwinismus zugrunde: die Geschichte wird vorgestellt als ein fortgesetzter Kampf zwischen Gruppen, über deren Erfolg nicht rationale Einsicht, sondern die Effektivität ihrer materiellen und geistigen Waffen entscheidet.

Durch die wissenssoziologische und vulgärmarxistische Erweiterung des Ideologiebegriffs regredierte die Theorie auf den vor-marxistischen Stand der Interessenpsychologie und auf eine statische Anthropologie: Die These, daß alles Denken „seinsgebunden“ oder Ausdruck von Klasseninteressen sei, gilt generell und führt auf einen allgemeinen Relativismus, der eine Emanzipation des Denkens von den jeweiligen interessebedingten Perspektiven prinzipiell ausschließt. Dieser Relativismus gilt aber nur unter zwei Voraussetzungen. Einmal setzt er das stillschweigende Festhalten an einem absoluten Wahrheitsbegriff voraus, denn nur, wenn man Wahrheit als zeitlos, unveränderlich und von den Erkennenden unabhängig auffaßt, hat der Satz einen Sinn, daß alle Wahrheit relativ sei auf eine bestimmte Seinslage der Erkennenden. Zum anderen ist solcher Relativismus nur auf einer sehr hohen Abstraktionsstufe sinnvoll. Ob eine Gesellschaft den Individuen das adäquate Erfassen ihrer eigenen Wirklichkeit gestattet oder nicht, ist eine empirisch entscheidbare Frage. Nur wenn von der ausgeführten Gesellschaftstheorie abgesehen wird wie in der Wissenssoziologie, die Bewußtsein und Sein als vorgegebene Größen hinnimmt und nachträglich aufeinander bezieht, kann die Relativität der Erkenntnis mit ihrer Wahrheit in eine so unmittelbare Beziehung gebracht werden. Abgelöst von der Gesellschaftstheorie, wird zudem Ideologie zum Thema bloß geistesgeschichtlicher Forschung¹⁹. Die Beziehung zwischen Sein und Bewußtsein kann dann nur noch als einfache Kausalbeziehung vorgestellt werden: der Satz, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, wird dann schon für die ganze Erkenntnis dieses Zusammenhanges gehalten, während es darauf ankäme, zu analysieren, wie die gesellschaftliche Wirklichkeit das Bewußtsein bestimmt. Es würde dann zumindest deutlich, daß die

19 Vgl. Mannheim: a.a.O., S. 32.

Arbeitsteilung zwischen geistiger und materieller Tätigkeit für die Individuen auch die Chance bedeutet, sich von unmittelbaren Interessekonstellationen so weit zu emanzipieren, daß sie ihre gesellschaftliche Wirklichkeit relativ unverzerrt erfassen können.

Die Vertreter des totalen Ideologiebegriffs können sich zumindest mit einem relativen Recht auf Marx und Engels selbst berufen. Beiden wäre allerdings die These von der Seinsgebundenheit des Denkens als bloße Binsenweisheit erschienen. Denn für Marx ist das Bewußtsein nichts anderes als das bewußte gesellschaftliche Sein. Trotzdem verwendet Marx den Ideologiebegriff in einem weiteren und in einem engeren Sinne. Oft wird alies Bewußtsein, das sich gegenüber der materiellen Basis gesellschaftlicher Produktion als selbständige Sphäre etabliert hat, als Ideologie bezeichnet; Engels nennt zuweilen den gesamten Überbau Ideologie. An anderen Stellen hingegen wird nur das verselbständigte Bewußtsein, das die gesellschaftliche Realität verkehrt abbildet, ideologisch genannt. Als Ursache dieser Unschärfen hat Engels selbst später die Tatsache angegeben, daß die theoretische Aufmerksamkeit zunächst notwendig dem Inhalt der Ideologie und nicht in gleicher Weise den Mechanismen gegolten habe, die die Entfremdung des Bewußtseins von der Wirklichkeit bedingen²⁰. Ohne Zweifel ist die Vorstellung absoluter Unabhängigkeit des Denkens vom realen Lebensprozeß ein gesellschaftlich bedingter Schein, und darum ist sicher alles mit dem Anspruch der Autonomie auftretende Geistige ideologieverdächtig. Andererseits setzt das Begreifen der geschichtlichen Praxis gerade ein Moment der Distanz von ihr notwendig voraus: insofern unterliegen richtiges und falsches Bewußtsein genetisch denselben Bedingungen. Ob das Bewußtsein ideologisch ist, darüber entscheidet sein Inhalt und nicht eine bloße Formbestimmung. In der „Deutschen Ideologie“ haben Marx und Engels den Ideologiebegriff nur exponiert; konkretisiert hat Marx ihn erst in seiner ausgeführten Kritik der politischen Ökonomie: vor allem in der Theorie des Warenfetischismus und der Mehrwertproduktion. Hier zeigt sich eindeutig, daß Marx nicht alles Bewußtsein zur Ideologie zählte, sondern nur insoweit, als es die Formen, in denen die Gesellschaft sich dem Bewußtsein unmittelbar darbietet, auf Grund der gesellschaftlichen Organisation selbst irrtümlich für deren wahre Wirklichkeit hält.

VI

Der Rückfall hinter den klassischen Ideologiebegriff, der die modernen Theorien kennzeichnet, ist aber nicht ein nur geistesgeschichtliches Phänomen; er hat zugleich objektiv gesellschaftliche Ursachen. Politische Wahnsysteme wie der Antisemitismus oder die „Blut und Boden“-Mystik scheinen zunächst einer Anwendung des Ideologiebegriffs zu spotten und nur eine psychologische Erklärung zuzulassen: angesichts solcher Phänomene scheint der Psychologis-

²⁰ Vgl. Friedrich Engels: Briefe über materialistische Geschichtsauffassung, in: Fetscher, a.a.O., S. 234.

mus in der Ideologienlehre wieder wahr zu werden. Es fällt in der Tat schwer, die von Marx als Ideologen kritisierten Theoretiker des klassischen Liberalismus mit Hitler, Rosenberg und Streicher im selben Zusammenhang zu nennen. Wenn Ideologien nicht ohne eine relative Selbständigkeit des Bewußtseins gegenüber dem materiellen Produktionsprozeß gedacht werden können, dann auch nicht ohne ein Minimum an Emanzipation des Bewußtseins von primär-psychischen Prozessen und Bedürfnissen. Ideologie ist nie *nur* falsches Bewußtsein gewesen; sie war vielmehr die adäquate gedankliche Widerspiegelung einer Gesellschaft, deren innere Organisation und äußere Erscheinungsweise auseinanderklaffen; solche Angemessenheit des Bewußtseins setzt voraus, daß die Subjektseite rational funktioniert, daß sie richtiges Bewußtsein ist im Sinne des geschichtlich erreichten durchschnittlichen Entwicklungsgrades von Rationalität. Ideologien unterscheiden sich von Massenpsychosen durch das Übergewicht gesellschaftlicher und die relative Unwichtigkeit psychischer Determinanten des falschen Bewußtseins: in ihnen erscheint die Wirklichkeit im Bewußtsein psychisch gesunder Individuen aus gesellschaftlichen Gründen als verkehrte Welt. Die Rückbildung des konkreten Ideologiebegriffs in der Theorie drückt daher objektiv eine Regression und Psychologisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Individuen aus. Was dieser Begriff bei Marx und Engels einmal bezeichnete, setzt einerseits einen Grad rationaler Organisation der Gesellschaft voraus, wie er erst in der bürgerlichen Ära erreicht wurde; weil die bürgerliche Gesellschaft kein bloßes Herrschaftsgebilde mehr war, sondern selbst beanspruchte, kontrollierbaren und verständlichen Prinzipien zu folgen, konnte auch das allgemeine Bewußtsein in ihr einen Grad der Rationalität erreichen, durch den es mehr war als ein bloß unmittelbarer Reflex der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die These, daß wir in einem nachideologischen Zeitalter leben²¹, hat viele Fakten für sich: vor allem die Tatsache, daß unsere politischen Parteien beginnen, ihre traditionellen Weltbilder zum alten Eisen zu werfen und sich dem reinen Pragmatismus der Macht zu widmen. Plädoyers für die „liberale Idee“ oder die „Weltanschauungspartei“ wirken heute veraltet. Ideologien im klassischen Sinne dagegen sind immer Versuche gewesen, sich auf das gesellschaftliche Ganze einen Vers zu machen, es rational zu durchdringen und es als etwas Rationales zu erweisen. Wir leben in der Tat in einem nachideologischen Zeitalter insofern, als solche Versuche heute weitgehend unterbleiben, weil sie durch bestimmte gesellschaftliche Bedingungen ungemein erschwert werden. Jene These ist darum nur in dem Maße falsch, als sie diese Art der Ideologiefreiheit, die in Wahrheit eine Regressionsform des Bewußtseins ist, als den höheren Grad der Aufklärung verkennt.

Die objektive Entleerung des Ideologiebegriffs resultiert aus dem Marx die widerstreitenden Kräfte im Konflikt zwischen beiden

21 Dazu vgl. Ernst Topitsch: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Berlin-Neuwied 1961, S. 15 ff.

Sphären, deren ideeller Ausdruck die Ideologien sind. Heute ist die Technologie so weit entwickelt, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion selbst kontrolliert und in Bahnen gelenkt. Zerfall der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft selbst. Einmal sind industrielle Arbeitsteilung und ökonomische Konzentration so weit fortgeschritten, daß die Gesellschaft nurmehr hochspezialisiertes Expertentum ökonomisch honoriert und nicht mehr den Grad von Allgemeinbildung und Übersicht über das Ganze, das einst zum Geschäftsinventar des privaten Unternehmers klassischer Prägung gehörte. Das Nebeneinander von hochgezüchteter technologischer Intelligenz in einem Teilbereich bei gleichzeitiger Infantilität des übrigen Bewußtseins scheint immer mehr zum Kennzeichen der psychischen Struktur der Zeitgenossen zu werden. Diese Konstellation steigert die Anfälligkeit für politische Wahnsysteme, weil mit der Möglichkeit des Individuums, die gesellschaftliche Totalität zu durchschauen, seine Fähigkeit schwindet, gesellschaftliche Konflikte oder Krisensituationen rational zu verarbeiten. Die Erfahrung individueller Ohnmacht, die in dem Maße zunimmt, wie die zunehmend arbeitsteilige Produktion die Menschen zugleich isoliert und integriert, wird durch jene Orientierungslosigkeit ungemein verstärkt; aus dieser Erfahrung entspringt ein großes Potential von Angst, der die Individuen in geschichtlichen Situationen, in denen diese Angst virulent wird, nur irrationale Reaktionen entgegenzusetzen haben. In sozialpsychologischem Sinne als psychotisch zu bezeichnende, kollektive Wahnsysteme wie der Antisemitismus oder blinde Antikommunismus sind primär als solche Reaktionsbildungen zu verstehen. Ohnehin werden elementare psychische Bedürfnisse ungleich wirksamer von Wahngelbilden befriedigt, die selbst nur Ausdruck jener Bedürfnisse sind, als von den Resultaten rationaler Anstrengung. Ohne Zweifel haben auch die klassischen Ideologien psychische Bedürfnisse befriedigt, aber doch in ungleich sublimierter und indirekterer Weise. Solche Veränderungen sind das objektive Fundament des heutigen Psychologismus in der Ideologienlehre.

Die Ideologien im traditionellen Sinne waren auch insofern an die bürgerliche Gesellschaft gebunden, als ihre Entstehung frühkapitalistische Produktionsverhältnisse voraussetzt: nur wenn eine funktionierende Konkurrenz auch auf dem Gebiet der geistigen Produktion Monopole ausschließt, bildet sich die öffentliche Meinung wie die Preise auf dem anonymen Markt, dominieren wirklich allgemeingesellschaftliche Faktoren in dem Bild, das sich die Individuen von ihrer sozialen Umwelt machen. In dem Maße aber, in dem im Zuge der ökonomischen Konzentration die politische Manipulierbarkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins zunimmt, droht die klassische Ideologienlehre ihren Gegenstand zu verlieren, gewinnt die alte Priestertrugstheorie wieder an Plausibilität; nur mit dem Unterschied, daß nun nicht mehr die Priester für den Massenbetrug verantwortlich sind.

Alle Faktoren aber, die zum Zerfall der traditionellen Ideologien beitragen, gründen letztlich in dem neuen, besonders von Herbert

Marcuse analysierten Verhältnis der Produktionsverhältnisse zu den Produktivkräften²². Die materielle Gewalt steigender Produktivität und die geschichtliche Trägheit der Produktionsverhältnisse sind nach werden kann, wo sie die bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse nicht mehr gefährdet; die Produktion wird selbst politisiert und die Differenz zwischen Basis und Überbau tendenziell vom Überbau her eingezogen. In dem Maße aber, wie diese Differenz ihre produktive Funktion einbüßt, schwindet auch die Möglichkeit für die Individuen, ein Bewußtsein auszubilden, das sich nicht darin erschöpft, bloßer Reflex, funktionierendes Glied des gesellschaftlichen Prozesses zu sein. Nicht mehr der verselbständigte Geist, sondern die vollkommene Anpassung des Bewußtseins und seine objektive Unfähigkeit, sich Alternativen zum Bestehenden auch nur vorzustellen, ist die Ideologie der Gegenwart.

VII

Der Positivismus, der das heutige Bewußtsein kennzeichnet, liefert als philosophische Position diesem Zustand noch das gute Gewissen: in ihm ist die Aufklärung, der er entstammt, selbst zur Ideologie geworden. In seiner These, daß das Gegebene, positiv Faktische das Maß der Wahrheit sei, verkennt er die Tatsache, daß ein Bewußtsein die gesellschaftlichen Oberflächenphänomene vollkommen richtig abbilden und trotzdem falsches Bewußtsein sein kann. Die Differenz von Wesen und Erscheinung der Gesellschaft, ohne die diese Verschränkung von richtig und falsch und damit der konkrete Ideologiebegriff selbst allen Sinn verliert, ist nicht eine metaphysische Schrulle, wie der Positivismus behauptet, sondern selbst eine empirisch aufweisbare Tatsache. Was sich so unmittelbar der Erfahrung darbietet, ist bloße Oberfläche in dem exakten Sinne, daß es eine höchst künstliche, durch zahlreiche Instanzen vorgefabrizierte Wirklichkeit ist, die die wirklichen Machtverhältnisse wirkungsvoll verdeckt. Das Wahrnehmbare in unserer Gesellschaft wäre nur dann mit ihrer ganzen Wirklichkeit identisch, wenn alle Mechanismen jener Vorgefabrikation auch unmittelbar wahrnehmbar wären, und das sind sie nicht. Vor allem die Techniken der Bewußtseinsmanipulation verören viel von ihrer Wirksamkeit, wenn sie denen, deren Bewußtsein manipuliert wird, bewußt wären.

Der Positivismus ist Ideologie in dem Maße, wie er die Schwierigkeiten verkennt, an die Wirklichkeit heranzukommen. Nur das Begreifen genetischer Zusammenhänge, realer Abhängigkeiten des positiv Gegebenen verdient, Erkenntnis genannt zu werden; die Unfähigkeit dazu definiert das Falsche am ideologischen Bewußtsein der Gegenwart. Die Aufklärung als die Anstrengung, dadurch begreifend über das unmittelbar Vorhandene hinauszugehen, daß sie die unbekanntenen Bedingungen seines Vorhandenseins aufdeckt, wird

22 Vgl. vor allem Herbert Marcuse: Über das Ideologieproblem in der hochentwickelten Industriegesellschaft, in: Lenk, a.a.O., S. 334 ff.

heute vom Positivismus als schlechte Metaphysik denunziert, und das Ablassen von solcher Anstrengung, das Sichbescheiden bei der bloßen Beschreibung des Gegebenen, als der höchste Stand der Aufgeklärtheit ausgegeben. Die gegenwärtige positivistische Demontage der Aufklärung ist Ideologie im strengen Sinn, weil die Grenzen der Aufklärung von der gesellschaftlichen Entwicklung selbst immer mehr verengt werden. Der Begriff der Ideologie aber ist ein kritischer Begriff; sein Sinn ist vom Impuls der Aufklärung nicht abtrennbar. Er wird nur dort legitim verwendet, wo sich die Weigerung, den gesellschaftlichen Status quo als etwas Letztes und Unveränderliches hinzunehmen, mit der Erkenntnis verbindet, daß alles, was wir spontan und ohne vorhergegangene intellektuelle Anstrengung über unsere Gesellschaft äußern, notwendig ideologisch ist.

Karl Theodor Schuon

Typologie und kritische Theorie

I

Für die Geschichte der Politologie und politischen Soziologie hat der Begriff des Typus und der Typologie vor allem in der Auseinandersetzung mit der Theorie der idiographischen und nomothetischen Wissenschaften große Bedeutung gewonnen. Nach Durkheim ist für die Historiker „Geschichte . . . nichts als eine Aufeinanderfolge von Geschehnissen, die sich aneinander gliedern, ohne sich zu wiederholen. Für die Philosophen haben dieselben Geschehnisse Wert und Interesse nur als Illustration allgemeiner Gesetze, die in der Konstitution der Menschen wurzeln und jede historische Entwicklung beherrschen“¹. Die Soziologie jedoch hat zum Gegenstand die Zwischenglieder zwischen der „wirren Vielheit“ historischer Gesellschaften und dem einen, aber ideellen Begriff der Menschheit: „das sind die sozialen Arten“². Mit Hilfe der Klassifikation wird an die Stelle der unendlichen Menge von Individuen eine beschränkte Zahl von Typen gesetzt; es entsteht eine Typologie, eine Lehre von den Typen eines bestimmten Gegenstandsbereiches. Schon immer hat die Typenbildung auch in der politischen Wissenschaft eine wichtige Rolle gespielt, so etwa in der seit den Griechen klassischen Typologie der Staats- oder Verfassungsformen. Doch wurde im Verlaufe des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa der Entwurf allgemeiner Sozialgesetzmäßigkeiten die beherrschende Idee der Sozialwissenschaften. Die anspruchsvollen Konzeptionen sozialer Entwicklungsgesetze sind gebunden an die Namen von Saint Simon, Comte und vor allem von Marx, aber auch Darwin, seien sie nun mechanistischer oder dialektischer Art. Der Ausgang des 19. Jahrhunderts kennt erst wieder unter den spezifischen Bedingungen des deutschen imperialistischen Klassenstaates ohne liberale, politische Demokratie den Rückzug auf die formale Soziologie Simmels und von Wieses, die verstehende Soziologie Max Webers und schließlich die deskriptive Soziographie Riehls und Steinmetz', jede auf ihre Weise gegen die historische Forschung und die Geschichtsphilosophie sich abgrenzend³. Sie trachteten, so meint Pleßner, „unter Vermeidung vorschneller Formulierungen von Ablaufgesetzen und Phasenfolgen,

1 Emile Durkheim, Die Regeln der soziologischen Methode, Neuwied und Berlin 1961, S. 165

2 Ebd. S. 166

3 Vgl. Helmuth Pleßner, Aspekte sozialer Gesetzmäßigkeit, in: Das Problem der Gesetzmäßigkeit, Bd. I: Geisteswissenschaften, hrsg. von der J.-Jungius-Gesellschaft, Hamburg 1949, S. 167

unter Vermeidung auch von wertbedingten und standortsbedingten Vorurteilen, wie sie dem Normensystem der modernen industriellen Zivilisation entsprechen, die Struktur der sozialen Sphäre, ihrer Aufbauelemente und Funktionen in den Blick zu bekommen“⁴. Die historische Kausalanalyse erfuhr nun durch die soziologische Typen- und Strukturanalyse eine bedeutsame Korrektur. (Eine Vorstufe dieser Typenanalyse ist der Typenvergleich, dessen Vorstufe wiederum die typologische Klassifizierung.) Leslie Lipson kann deshalb heute davon sprechen, daß Vergleiche zu ziehen „die herrschende Methode der Politologie geworden“⁵ ist. Die Aufspaltung der Gesellschaftswissenschaften in unverbundene Einzeldisziplinen und die gleichzeitige radikale Leugnung der Einheit von Theorie und Praxis haben die typologische Methode in den Vordergrund des Interesses gestellt, auch wenn Lipson dafür ganz andere Gründe zu finden sucht⁶. Gerade die Politologie ist zum Paradeferd der vergleichenden typologischen Methode erklärt worden. Man glaubt, allein die Politologie könne dem Historiker eine typologische Begriffsapparatur liefern⁷. Eine Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaftlern und Politologen ist die einzige Konsequenz, die man daraus zieht⁸, ohne zu sehen, daß die formale Verbindung eines Getrennten, das logisch nicht zu trennen ist, keinen Totalitätsverlust ausgleichen kann.

Die Politologie sucht also, sofern sie vor allem vergleichende Sozialwissenschaft ist, zunächst nach Typologien. Um vergleichen zu

4 Ebd. S. 168

5 Leslie Lipson, Die vergleichende Methode in der Politologie, in: Robert H. Schmidt (Hrsg.), Methoden der Politologie, Darmstadt 1967, S. 287. Zur Geschichte der vergleichenden Methoden bis hin zur „allgemeinen vergleichenden Geschichtswissenschaft“ vgl. Erich Rothacker, Einleitung in die Geisteswissenschaften, Tübingen 1920, S. 228 ff. Zur vergleichenden Politologie auch: Roy C. Macridis, The study of comparative government, 1955 und David E. Apter, A Comparative Method for the Study of Politics, in: Comparative Politics, ed. Harry Eckstein und David E. Apter, London 1963, S. 82—94. Dazu auch: Seymour Martin Lipset, Bemerkungen zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1965 (NWB 6), S. 477—486

6 Vgl. Leslie Lipson, Die vergleichende Methode . . . , der u. a. als Gründe anführt: „Im Bereich des politischen Geschehens kann man die Umstände des Zweiten Weltkrieges nennen, in dem die demokratische Idee des Westens und der Sowjetkommunismus miteinander in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die faschistischen Systeme verbunden waren; es sei auch an den Kalten Krieg oder Heißen Frieden nach 1945 erinnert, in dem wir die weltweite Rivalität zwischen Kommunismus und demokratischer Idee erlebt haben.“ (S. 287/288)

7 Vgl. Robert H. Schmidt (Hrsg.), Methoden der Politologie . . . , S. IX bis LXI

8 Vgl. dazu: Karl Theodor Schuon/Hanne Wiedner, Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 13/1968, S. 1288—1299

können, braucht sie Allgemeinbegriffe⁹; eine vergleichende Morphologie — man vergleiche die Methode eines entsprechenden Zweiges der Nationalökonomie¹⁰ — kommt ohne sie nicht aus. Für die Gewinnung von Modelltheorien bedeutet der morphologische Vergleich allerdings nur eine sehr unzulängliche Vorstufe. „Klassifikatorische und ordnende Typologien führen zu Generalisierungen im Sinne einer deskriptiven Theorie; sie können einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Erklärung empirischer Sachverhalte darstellen, aber nicht mehr.“¹¹ Als deskriptive Theorien werden dabei „hinlänglich bewährte qualitative wie quantitative empirische Generalisierungen verstanden“¹². Die Problematik solcher Theorie sei, so meint man, ihr geringes theoretisches Niveau und ihr darum nur beschränkter Erkenntniswert. Außerdem lasse eine noch so große Zahl von relativ homogenen Einzelfällen nicht einen generellen Schluß auf Eigenschaften des „genus“ selber zu, d. h. die empirische Wissenschaft gewinne wohl kaum durch Induktion theoretische Aussagen. Richtig daran ist, daß sich bislang die Politologie nur in sehr bescheidenem Umfange um die theoretische Formulierung gekümmert hat. „Man hat viel beschrieben . . ., aber nur wenig versucht, zu verallgemeinern.“¹³ Aber Meynaud meint dann weiter: „Erwähnen wir als eine der Voraussetzungen für eine solche Arbeit die Notwendigkeit einer semantischen Kodifizierung. Die Mitteilung und Konfrontierung der Ergebnisse bilden die elementare Vorbedingung für den Fortschritt der Theorie. Das ist aber kaum möglich wegen der außerordentlichen Vielfältigkeit und Ungenauigkeit des Vokabulars der wissenschaftlichen Politik und des so gut wie vollständigen Fehlens eines einheitlichen Begriffsapparats. In dieser Hinsicht befindet sich die Disziplin in einem sehr ärgerlichen ‚vorwissenschaftlichen‘ Stadium, eine Tatsache, die durch Kämpfe politischer Natur noch verschlimmert wird, z. B. über den Begriff ‚Demokratie‘.“¹⁴ Damit stehen sich zwei Auffassungen gegenüber, von denen die eine daran festhält, möglichst

9 Vgl. dazu auch Reinhard Bendix, *Concepts and Generalizations in Comparative Sociological Studies*, in: *American Sociological Review*, 28/1963, Nr. 4, S. 532

10 Vgl. dazu Heinz Haller, *Typus und Gesetz in der Nationalökonomie*, Stuttgart und Köln 1950, S. 58 ff.

11 Gerhard Lehmbruch, *Einführung in die Politikwissenschaft*, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1967, S. 61; ebenso S. 49: „Ein Großteil der Forschung liegt heute auf diesem Gebiet der ‚Kategorialisierung‘ und Klassifizierung. Das ist ein wertvolles Hilfsmittel der Deskription, welches zugleich der Veranschaulichung dient und heuristische Anstöße für das Auffinden neuer Hypothesen geben kann. Aber so bestechend ein solches Vorgehen oft wirkt, so darf man doch seinen Erkenntniswert nicht überschätzen. Es bildet einen notwendigen Schritt im Forschungsprozeß, ersetzt aber nicht die Bildung von empirisch überprüfbaren Hypothesen.“

12 Ebd. S. 56

13 Jean Meynaud, *Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Politik*, in: *Zeitschrift für Politik*, NF 6/1959, S. 102

14 Ebd. S. 103

schnell die Stufe der Typologisierung zu verlassen, ohne zu bemerken, wie wenig das bei ihrer Voraussetzung der Notwendigkeit einer Modelltheorie heute möglich ist, die andere dagegen die typologische Klassifizierung noch exakter vornehmen möchte, um dann erst ganz von selbst auf eine neue Ebene zu gelangen. Beiden Vorstellungen liegt ein bestimmter, festgelegter Begriff von Theorie zugrunde, der der deduktiven, axiomatischen Modelltheorie der Naturwissenschaften. Deduktive Theorien werden dadurch gewonnen, daß eine begrenzte Anzahl von „Basisaxiomen“ aufgestellt wird und daraus allgemeine Verhaltensmaßnahmen abgeleitet werden. Aus beiden Elementen werden sodann spezifisch überprüfbare Hypothesen abgeleitet¹⁵. Eng damit verknüpft ist die Möglichkeit der Vorausbestimmung, was unter bestimmten Umständen geschehen kann. Faßt man Theorie so eng, wird es notwendig, Typologien für sehr unzureichende Hilfsmittel der empirischen Forschung anzusehen. Auf der anderen Seite kann man in ihnen in der Tat nicht den Endzweck der Forschung sehen, allerdings nicht in erster Linie wegen ihrer begrifflichen Ungenauigkeit (diese läßt sich, wie wir sehen werden, verbessern, wenn man sich nur exakt mit ihr beschäftigt), als vielmehr wegen ihres notwendigen Charakters von Hilfsmitteln für eine Sinnanalyse. Politologie kann auf Grund ihres reflexiven Charakters nicht Modelltheorien liefern, sondern muß auf der Grundlage der Einheit von Theorie und Praxis Sinnanalyse anstreben, die ihrerseits wiederum auf typologische Begriffsbildung angewiesen ist. Typologie erhält jetzt eine andere Funktion. Sie ist nicht mehr Vorstufe zu einer Modelltheorie, sondern hermeneutisches Hilfsmittel sprachlicher Verständigung und empirischer Überprüfung, ihre Exaktheit nicht mehr vom „Modell“ her zu bestimmen, sondern festgelegt von der Sache und der Logik der Sinnanalyse. Auch für die letztere hat die moderne Logik, die Logistik, neue Hilfsmittel bereitgestellt, die es zu gebrauchen gilt. Reflexion auf Typologie bleibt auch in diesem Rahmen notwendig und dem Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis zugänglich.

Die Unterscheidung von historischen Wissenschaften, die die Erklärung individueller Ereignisse zum Ziel hat, und Soziologie, die hypothetisch-generelle Sätze anstrebt, wird nun aber fragwürdig. Die dialektische Theorie der Gesellschaft behauptet „die Abhängigkeit der Einzelercheinungen von der Totalität; die restriktive Verwendung des Gesetzesbegriffes muß sie ablehnen. Über die partikularen Abhängigkeitsverhältnisse historisch neutraler Größen hinaus zielt ihre Analyse auf einen objektiven Zusammenhang, der

15 Vgl. dazu vor allem Wolfgang Stegmüller, Grundlagenforschung und analytische Philosophie der Gegenwart, in: ders., Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Stuttgart 1965³, S. 429—523; Hans Albert, Der logische Charakter der theoretischen Nationalökonomie, in: ders., Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin 1967, S. 368—391; ders., Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften . . . , S. 126—143

auch die Richtung der historischen Entwicklung mitbestimmt“¹⁶. Damit ist die Einheit der Reflexion auf Typologie gefordert und wiederhergestellt, die sich bereits angedeutet hat. Sowohl Geschichtswissenschaft wie alle anderen Sozialwissenschaften bedienen sich typologischer Schemata. Ihre isolierte Verwendung in vergleichenden Morphologien führt allerdings zu Problemen, die unlösbar sind. Die Parteientypologie Duvergers ist dafür das eindrucksvollste Beispiel. Solche Versuche helfen nicht weiter, solange nicht die verlorengegangene Einheit wiedergefunden wird. Was Haller das „verstehende Moment“¹⁷ in der Typologie nennt, wird auf der Grundlage der analytischen Wissenschaftstheorie allerdings immer wieder reflektiert, ohne eine sinnvolle Lösung anbieten zu können: „Ohne eine gewisse Anordnung dessen, was — von moralischen Gesichtspunkten her gesehen — Vorrang haben soll, ohne eine Wert-Hierarchie, ist die Anwendung der vergleichenden Methode so fade wie Essen, das ohne Gewürz oder Sauce aufgetragen wird. In der Politologie entscheidet das Engagement des Forschers, da diese Wissenschaft zu den Geisteswissenschaften gehört . . .“¹⁸ Als Vorbedingung für eine Typologie wird eine Staatsphilosophie gefordert, die die einzelnen Forschungsergebnisse bewertet. Nur so könne der Zusammenhang gewahrt werden. „Indem der Gegenstand in dem Zusammenhang, in dem er steht, gesehen wird, werden die Beziehungen zwischen den Teilen eines Ganzen, zugleich aber auch die Einheit dieses Ganzen erfaßt.“¹⁹ Die Gefahr konservativer Ideologie durch den Rückzug auf Staatsphilosophie ist damit stets verbunden.

Will man der eigentlichen Ursache für diese — noch sehr unzureichend auf dem Boden der Begrifflichkeit der analytischen Wissenschaftstheorie fußenden — berechtigten Folgerungen in der Politologie gerecht werden, wird man auf kritische Theorie verwiesen. Ihr Verhältnis zur typologischen Methode muß ständig Gegenstand wissenschaftstheoretischer Überlegung bleiben²⁰.

16 Jürgen Habermas, *Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik*, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), *Logik der Sozialwissenschaften . . .*, S. 296

17 Heinz Haller, *Typus und Gesetz . . .*, S. 69

18 Leslie Lipson, *Die vergleichende Methode . . .*, S. 301

19 Ebd. S. 298

20 In jüngster Zeit ist eine Arbeit erschienen, die in diesem Zusammenhang größtes Interesse beanspruchen kann, jedoch für unsere Untersuchung noch nicht herangezogen wurde: Rainer Thiel, *Quantität oder Begriff?*, *Der heuristische Gebrauch mathematischer Begriffe in Analyse und Prognose*, Berlin-O 1967. Thiel geht es um die Mathematisierung kritischer Theorie, um die Vereinigung von Logistik und Dialektik: „Soll . . . die Voraussetzung zum Einsatz mathematischer Mittel geschaffen werden, so ist die intuitive Tätigkeit vor das Bewußtsein zu bringen, so daß das Auffinden der Entscheidung lehrbar und exoterisch wird. Man kann daraus die Bedeutung des Marxschen Wortes ermessen, wonach die Mathematisierung eine Frage des Reifegrades jeder Theorie ist.“ (S. 19)

II

Die Methode der Typologisierung kann nur dann einer formalen Analyse unterzogen werden, wenn ihre Bedeutung für die Geschichte und Entwicklung der Wissenschaft in einem historischen Rückblick ins Auge gefaßt wird. Aus ihrer geschichtlichen Funktion gewinnt man die Begriffe für die Reflexion ihrer heutigen formalen Funktion.

Die Bedeutungsgeschichte des dem Griechischen entstammenden Fremdwortes „Typus“ ist für die Verwendung des Begriffes der Typologie und vor allem seiner Reflexion bis heute in gewissem Sinne bestimmend gewesen; eine umfassende bedeutungsgeschichtliche Darstellung des Wortes Typus steht allerdings noch aus; lediglich ein kurzer Abriß steht bis jetzt zur Verfügung²¹. Eindeutig fest steht nur die griechische Urbedeutung des Wortes „typos“, das übersetzt werden muß mit: „Schlag; Gepräge, Form, Gestalt, Abbild; Vorbild, Muster, Modell.“²² Wie man sieht, liegt Eindeutigkeit nur in Hinsicht der deutschen Metaphern vor. Diese selbst sind um so vieldeutiger.

Die Geschichte des Ausdrucks „Typus“ in der Wissenschaft²³ beginnt mit seiner Einführung als technischer Term in die Sozialwissenschaften durch Carl Menger²⁴. Doch hat der Ausdruck auch eine Vorgeschichte, von der uns die in der griechischen und deutschen idealistischen Philosophie nicht zu interessieren braucht. Die Verwendung des Ausdrucks bei Goethe und dessen Aufbau einer „idealistischen Morphologie“²⁵ hat jedoch noch gewisse Bedeutung. Goethe führt den Begriff eines „anatomischen Typus“ ein: „ein allgemeines Bild, worin die Gestalten sämtlicher Tiere, der Möglichkeit nach enthalten wären“, ein „Vergleichungskanon“²⁶. Inwieweit dieser Gebrauch des Ausdrucks Typus auch heute noch bedeutsam ist, wird im Zusammenhang unserer Ausführungen noch deutlich werden.

Menger also hat den Typusbegriff zum erstenmal in die Sozialwissenschaft eingeführt. Er geht von der Unterscheidung zwischen

21 Johannes Erich Heyde, Typus. Ein Beitrag zur Bedeutungsgeschichte des Wortes Typus, in: *Forschung und Fortschritte*, 17/1941, S. 220—223

22 Duden, Etymologie. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache (Der Große Duden, Bd. 7), Mannheim 1963, S. 726; vgl. auch Johannes Erich Heyde, Typus. Ein Beitrag zur Typologik . . . , S. 236

23 Vgl. zum Folgenden vor allem Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe, besonders in den Sozialwissenschaften, in: *Studium Generale*, 5/1952, S. 205—211

24 Carl Menger, Untersuchungen über die Methoden der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie, Leipzig 1883

25 Vgl. Friedrich Brock, Die Bedeutung des Typusbegriffes für die biologische Eigenweltforschung, in: *Studium Generale*, 5/1952, S. 247

26 Johann Wolfgang von Goethe, Erster Entwurf einer allgemeinen Einleitung in die vergleichende Anatomie, ausgehend von der Osteologie, 1795, zit. nach Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 205

individuellen und generellen Erscheinungen aus. Unter den ersteren versteht er die, die das praktische Leben selbst ergibt. Aber neben den individuellen oder konkreten Erscheinungen gibt es solche, die sich im Wechsel der Dinge in mehr oder weniger großer Annäherung wiederholen, „und diese ‚generellen Erscheinungen‘ nennt Menger ‚Typen‘, also beispielsweise Kauf, Angebot, Nachfrage, Geld und dergleichen. Ferner gibt es neben diesen Typen Relationen zwischen konkreten Erscheinungen, die von ähnlicher Art sind, beispielsweise das regelmäßige Steigen der Warenpreise infolge der Erhöhung der Menge der Umlaufmittel usw. Während sich nun Geschichte und Statistik mit den individuellen Erscheinungen und ihrer Erklärung beschäftigen, hat es die theoretische Sozialwissenschaft mit Typen zu tun“²⁷. In ihr wird noch einmal unterschieden zwischen einer empirisch-realistischen und der exakten Forschung. Nur der empirisch-realistische Zweig arbeitet mit Typenbegriffen von einer gewissen Variationsbreite, „Realtypen“ und „empirischen Gesetzen“, während die exakte Forschung sich „strenger“ Typen und „exakter“ Gesetze bedient. Die Welt der exakten Theorie gibt damit keine neuen Probleme der Logik der Typenbegriffsbildung auf. Offensichtlich fallen hier Typus und Klasse, „typische Relation“ oder „exaktes Gesetz“ und „Naturgesetz“ zusammen. Interessant wird diese Theorie in typologischer Hinsicht erst, wenn man ihren Zusammenhang mit der empirisch-realistischen betrachtet. „Doch hier zeigt sich Menger eigentümlich zwiespältig. Es scheint in der Sache zu liegen, daß die reine exakte Theorie zu dem Behufe der Erkenntnis der Empirie aufgestellt wird, aber dieser uns vertraute Gedanke muß sich bei Menger sozusagen gegen dessen eigentliche Intention durchsetzen. Denn für Menger war doch die exakte Theorie das eigentliche Ziel der Forschung, er glaubte im Grunde, daß sie imstande sei, in einer einheitlichen Theorie das wirtschaftliche Leben ungeachtet aller Entwicklungsunterschiede und örtlichen Verschiedenheiten zu erfassen. Seine Theorie sollte der Intention nach für alle ‚Wirtschaften‘ gelten. Die Typen und typischen Relationen, mit denen nach ihm die exakte Theorie arbeitet, erlaubten ihm, die Sozialwissenschaft in die unmittelbare Nähe der Naturwissenschaft zu rücken. So ging die eigentliche Problematik sozialwissenschaftlicher Typenbildung verloren. Erst als der ‚Idealtypus‘ als Mittel zur Feststellung des Realtypus verwendet wurde, tauchten echte Probleme typologischer Theoriebildung auf“²⁸. Das war bei Max Weber der Fall.

Max Weber hat sich zum erstenmal in der Geschichte der sozialwissenschaftlichen Methodenreflexion ausführlich und systematisch mit der Methode der Typologisierung beschäftigt und dabei den Begriff des „Idealtypus“ geprägt. Eine Flut von Literatur hat sich seitdem darüber ergossen²⁹, ohne daß der Begriff umzubringen gewesen

27 Jürgen von Kempster, Zur Logik der Ordnungsbegriffe ..., S. 206/207

28 Ebd. S. 207

29 Vgl. Hans Gerth und Hedwig Gerth, Bibliography on Max Weber, in: Social Research, 16/1949, S. 54 ff.

wäre, obwohl er offensichtlich nicht klar zu definieren ist. Weber war kein Logiker oder Philosoph, sondern ein Sozialwissenschaftler, Nationalökonom und Soziologe, der sich über seine Methoden in logischer Hinsicht Rechenschaft geben wollte. „Dazu bedurfte er der Logik, und er nahm sie da, wo er sie fand, und das hieß in seinem Fall vor allem bei Rickert.“³⁰ Damals war die Scheidung zwischen den Geisteswissenschaften, wie Dilthey sagte, oder der Kulturwissenschaft, wie Windelband und Rickert sie nannten, auf der einen und den Naturwissenschaften auf der anderen Seite, zumal in Deutschland, die philosophische Tagesparole geworden. Die badische Schule bot immerhin einen Ansatz zu einer logischen Beschreibung der „historischen Begriffsbildung“. Gegenüber den von Rickert bereitgestellten analytischen Mitteln (wie des „relativ Allgemeinen“ und des „relativ Historischen“) war Webers „Idealtypus“ ein entschiedener Fortschritt, und das um so mehr, als Weber ihn nicht bloß postulierte, sondern auch praktisch zeigte, welche Anwendung davon zu machen sei³¹; daß er auch für die praktische Sozialwissenschaft ein Fortschritt war, ist ernstlich zu bezweifeln.

Dabei kam Weber zu Hilfe, daß bereits Georg Jellinek³² in seiner Allgemeinen Staatslehre, die seit 1900 das Standardwerk dieses Wissenschaftszweiges geblieben ist, zwei Abschnitte des Kapitels über die Methodik der Staatslehre der Typologie gewidmet hat³³. Er unterscheidet darin zwischen „idealen Typen“, die das vollkommene Wesen einer Gattung bezeichnen und als Wertmaßstäbe für die politische Ideenbildung von der größten Bedeutung sind, und „empirischen Typen“, die die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auf induktivem Wege, also durch sorgfältige Vergleichung der einzelnen Staaten, ihrer Organisation und ihrer Funktion mittels Abstraktion ordnen. Kraft der individualisierenden Elemente der Einzelercheinungen kommen die empirischen Typen nicht mit voller Schärfe zum Ausdruck; Abweichungen nach verschiedenen Richtungen können stattfinden. Diese Typen entsprechen damit dem, was Max Weber dann „Idealtypus“ nannte.

Der Webersche Begriff entspringt zwei Intensionsrichtungen: einmal einem Nominalismus, für den Begriffe keiner gesonderten Realität entsprechen, sondern lediglich menschliche Abstraktionen sind (was Goethe z. B. für seinen Typusbegriff nicht angenommen hatte), zum anderen der von Rickert überkommenen Überzeugung von der Besonderheit der auf kulturelle Gegenstände anzuwendenden Begriffe, die sich nicht auf das Schema der klassischen Logik zurück-

30 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 207

31 Vgl. ebd. S. 207

32 Vgl. zum Folgenden Hans J. Wolff, Typen im Recht und in der Rechtswissenschaft, in: Studium Generale, 5/1952, S. 195/196

33 Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, Bd. IV, 1922, S. 30 ff.: „Die Forschung nach den Typen in der Sozialwissenschaft“, S. 34 ff.: „Die Typen als Gegenstand der Staatslehre“. Vgl. auch S. 287 ff.: „Die geschichtlichen Haupttypen des Staates“, aber S. 743 ff.: „Die Arten der Staatenverbindungen“.

führen lassen³⁴. „Idee und Wirklichkeit, Allgemeinheit und Einzelheit, Seinsollen und Sein fallen niemals zusammen . . . Man formuliert daher strenge Begriffe nicht, um damit die Wissenschaft zu einem geschlossenen System abzurunden, sondern um unsere Ideen mit der Wirklichkeit zu vergleichen und durchs Bewußtsein ihrer Verschiedenheit unser Wissen zu vertiefen. Der Idealtyp soll diesen Vergleich ermöglichen und fruchtbar machen.“³⁵ Jedoch will Weber dabei den Idealtypus zunächst von den klassischen Begriffen, welche klassifikatorische Begriffe waren, definiert durch eine Eigenschaft, einerseits oder den „Durchschnittstypen“ andererseits, abheben³⁶. Der Idealtypus wird nicht durch bloße Verallgemeinerung der den Individuen zukommenden Züge, sondern durch „utopische Rationalisierung“ gewonnen. „Er wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankengebilde. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die historische Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht . . .“³⁷

Diese doppelte Begründung und zugleich Abgrenzung des Begriffs des Idealtypus führt zu einer eigenartigen Unklarheit und Zwiespältigkeit in der Konzeption des „Idealtypus“. Der kausale und der akausal-ideelle „Typus“ werden nicht streng geschieden. „Bei einem Teil der Beispiele, die Max Weber für den ‚Idealtypus‘ anführt, handelt es sich gewiß um Konstruktionen, von — unter in bestimmter Weise gedanklich abgeänderten Voraussetzungen — objektiv möglichen kausalen Verläufen des sozialen Geschehens. Sie orientieren sich in der Tat, wie Max Weber immer wieder betont, an der Kategorie der Kausalität, der realen Möglichkeit bzw. ‚Notwendigkeit‘, an allgemeinen Regeln, der real-kausalen Verflechtung, an den Regeln der ‚adäquaten Verursachung‘ . . .“³⁸ Idealtypische Konstruk-

34 Nach Raymond Aron, Die deutsche Soziologie der Gegenwart, übersetzt und bearbeitet von Iring Fetscher, Stuttgart 1953 (La sociologie allemande contemporaine, Paris 1950²), S. 99; vgl. Alexander v. Schelting, Max Webers Wissenschaftslehre, Tübingen 1934, S. 356; und ebenfalls Jürgen Habermas, Diskussion über „Wertfreiheit und Objektivität“, in: Max Weber und die Soziologie heute (Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages) hrsg. von Otto Stammer, Tübingen 1965, S. 75

35 Raymond Aron, Die deutsche Soziologie . . . , S. 99

36 Vgl. Carl G. Hempel, Typologische Methoden in den Sozialwissenschaften, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. von Ernst Topitsch, Köln und Berlin 1965 (NWB 6), S. 86/87

37 Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951², S. 191

38 Alexander von Schelting, Max Webers Wissenschaftslehre . . . , S. 354/355

tionen in diesem Sinne dienen der kausalen Analyse der konkret-individuellen Wirklichkeit, aber es werden auch bereits die in ihnen als objektiv möglich vorgestellten generellen Sachverhalte der Wirklichkeit als kausal verknüpft gedacht. Diese Konzeption spiegelt den Versuch wieder, die Begriffsbildung der Soziologie vom Stadium der Deskription und der „empirischen Generalisierung“, für welche die meisten klassifikatorischen oder topologischen Typen Beispiele sind (s. u.), auf die Ebene der Konstruktion theoretischer Systeme oder Modelle anzuheben. Von „Verstehen“ ist hier nur insofern die Rede, als die Erklärungen nicht nur „kausal-adäquat“, sondern auch sinnvoll sein müssen, „d. h. sie müssen sich auf solche Aspekte des menschlichen Verhaltens beziehen, die auf verstehbare Weise durch Bewertung oder andere motivierende Faktoren ausgelöst worden sind“³⁹. Idealtypen sollen also Erklärungen liefern und müssen zu diesem Zweck als theoretische Systeme aufgebaut sein, die überprüfbare generelle Hypothesen enthalten. Das bringt den Idealtypus in die Nähe des interpretierten Modells, der empirischen Theorie, von dem er sich nur dadurch unterscheidet, daß er zu allererst eher eine intuitive als eine theoretische Idealisierung ist, da die entsprechenden „Postulate“ nicht als spezielle Fälle von einer umfassenden Theorie abgeleitet werden, welche auch die das menschliche Verhalten beeinflussenden nicht rationalen Faktoren umfaßt.

Dieses Moment der Intuition bestimmt nun ausschließlich die zweite Art von „Idealtypus“, die Max Weber im Auge hat⁴⁰. Es handelt sich dabei um Begriffe von „nicht kausalen“ Beziehungen und von besonderer Verstehensart⁴¹. Die in diesen Begriffen hergestellte Verbindung der einzelnen Elemente des gemeinten Objektes der Betrachtung untereinander und ihr Zusammenschluß zu einem Ganzen hat mit Kausalität nichts zu tun. Die Verbindung wird hier durch eine bestimmte „Idee“ hergestellt. „Nicht um die volle kausale Adäquanz der angewandten Mittel des — ideell irgendwie gearteten — Zweckhandelns handelt es sich hier, sondern um die volle sinnhafte Entsprechung der einzelnen Verhaltensweisen untereinander und mit der als ‚zugrunde liegend‘ angenommenen Idee. Ein Idealtypus in diesem Sinne wäre z. B. die Konstruktion eines sozialen Zustandes, in welchem sich alles in voller ideeller Entsprechung zur Idee der ‚Nahrung‘ gestaltet.“⁴² Erst bei diesen Begriffsbildungen hat die bei Max Weber immer wiederkehrende Wendung von dem

39 Carl G. Hempel, *Typologische Methoden . . .*, S. 90/91

40 Die einseitige Interpretation des Idealtypus durch Talcott Parsons, Wertgebundenheit und Objektivität in den Sozialwissenschaften; und durch Hans Albert, Diskussion über „Wertfreiheit und Objektivität“; beide in: Max Weber und die Soziologie heute . . . ; und durch Carl G. Hempel, *Typologische Methoden . . .*, wird von Jürgen Habermas, Diskussion über „Wertfreiheit und Objektivität“ . . . , überzeugend zurückgewiesen. Vgl. auch Raymond Aron, *Die deutsche Soziologie . . .*, S. 101 ff.

41 Vgl. Hans Oppenheimer, *Die Logik der soziologischen Begriffsbildung mit besonderer Berücksichtigung von Max Weber*, Tübingen 1925

42 Alexander von Schelting, *Max Webers Wissenschaftslehre . . .*, S. 358

„Zusammenschluß“ der Elemente der Wirklichkeit zu „einem in sich widerspruchslosen“ Ganzen oder „Kosmos gedachter Zusammenhänge“ und ebenso seine Wendung von der „Steigerung“ der realen Sachverhalte auf den „reinsten“ und „eindeutigsten Ausdruck“ ihren eigentlichen Sinn. Der Vergleich des Idealtypus mit der Realität dient hier „nicht der kausalen Zurechnung, sondern der ‚Veranschaulichung‘ der ideellen Bedeutung des Wirklichen durch die Gegenüberstellung mit einer solchen nur gedachten Gestalt, in welcher eine in der Wirklichkeit nur verdunkelt oder unvollkommen zum Ausdruck gelangende Idee als voll und rein verwirklicht gedacht“⁴³.

Die Frage richtet sich hier also nicht auf die Analyse der Bedingtheit von Kulturercheinungen, sondern auf die Explikation ihrer Bedeutung. Die Ableitung und Erprobung von Gesetzhypothesen gelten ihr gegenüber lediglich als Vorarbeit: „Jene (hypothetischen) ‚Gesetze‘ und ‚Faktoren‘ festzustellen, wäre für uns also jedenfalls nur die erste der mehreren Arbeiten, die zu der von uns erstrebten Erkenntnis führen würden. Die Analyse und ordnende Darstellung der jeweils historisch gegebenen, individuellen Gruppierung jener ‚Faktoren‘ und ihres dadurch bedingten konkreten, in seiner Art bedeutsamen Zusammenwirkens und vor allem die Verständlichmachung des Grundes und der Art dieser Bedeutsamkeit wäre die nächste, zwar unter Verwendung jener Vorarbeit zu lösende, aber ihr gegenüber völlig neue und selbständige Aufgabe.“⁴⁴ Max Webers Erkenntnisinteresse zielt über die Erzeugung technisch verwertbaren Wissens hinausgehend auch auf die Explikation der Bedeutung gesellschaftlicher Prozesse⁴⁵.

Die dritte Form des Idealtypus ist die des klassifizierenden Allgemeinbegriffs; obwohl Weber den Idealtypus nie in dieser Weise definiert, gebraucht er ihn sehr oft in der praktischen wissenschaftlichen Arbeit, z. B. auch für eine Parteitypologie. Welche Stellung die klassifizierende Typologie aber in der Sozialwissenschaft allein haben kann, muß sich aus ihrem Zweck der idealtypischen Erklärung akausal-ideeller Art bestimmen. Gerade für die Funktion von klassifizierenden Idealtypen sind die Weberschen Überlegungen überaus fruchtbar, was noch im einzelnen zu untersuchen sein wird. Doch steht ihm zur Definition der drei logisch ganz verschiedenen Begriffe von Idealtypen nur eine Definitionsform zur Verfügung, die des Klassenbegriffs, die auf keine der drei Formen paßt. Die eine dieser Formen ist nur sinnvoll, wenn es Exemplare gibt, auf die sie streng zutrifft, für die beiden anderen Formen besteht diese Forderung nicht. Daß Weber unter diesen Umständen mit der logischen Beschreibung seines „Idealtypus“ nicht ins reine kam und daß er sich in der Frage, ob der Idealtypus in der Realität vorkomme oder nicht, nicht ohne

43 Ebd. S. 359/360

44 Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre ..., S. 174/175

45 Vgl. Jürgen Habermas, Diskussion über „Wertfreiheit und Objektivität“ ..., S. 75

Widerspruch äußerte, ist kaum anders zu erwarten. „Es geht nicht an, Weber daraus einen Vorwurf zu machen; denn hier ließ ihn einfach die Logik seiner Zeit im Stich, die eine strenge Definition über einen für keinen der drei Fälle passenden Leisten schlagen konnte.“⁴⁶

In der Folgezeit hat Walter Eucken in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“ die typologische Begriffsbildung in den Sozialwissenschaften ausführlich diskutiert und an der schrankenlosen Verwendung von Idealtypen eine scharfe Kritik geübt⁴⁷. „Diese Kritik richtet sich vor allem gegen die Lehren von den Wirtschaftsstufen und den Wirtschaftsstilen, also gegen Typologien, die die Wirtschaftsgeschichte eines bestimmten Gebietes als eine Abfolge von gewissen Typen begreifen oder die die Wirtschaft einer Epoche mit Hilfe einer nur auf diese Epoche zugeschnittenen Theorie deuten wollen.“⁴⁸ Weil ein „Typus“ wie „Kapitalismus“ eine ganz bestimmte historische Erscheinung decken soll, will Eucken einen solchen „Realtypus“ den eigentlichen „Idealtypen“ gegenüberstellen. Der Unterschied zwischen „Realtypen“ und „Idealtypen“ liegt dabei darin, daß die ersteren gebildet werden, um reale Erscheinungen „abzubilden“, während die letzteren zwar auch auf Grund von Analysen realer Erscheinungen konstruiert werden, aber als „reine Formen“, von denen man nicht erwartet, sie so in der Realität vorzufinden. Sie dienen einerseits zum Aufbau eines morphologischen Apparates, also eines Systems von Typenbegriffen, einer Typologie, andererseits als „Modelle“, an denen theoretische Sätze erarbeitet werden können⁴⁹; die Idealtypen haben also eine doppelte Funktion.

Die „Idealtypen“ werden nach Eucken auf dem Wege „pointierend hervorhebender Abstraktion“ gewonnen. Diese „pointierend hervorhebende Abstraktion“ ist auf jeden Fall ein Prozeß, der eher in die Psychologie als in die Wissenschaftslogik gehört. Eucken meint damit, daß er bei der Betrachtung irgendeines empirischen Faktums sich nicht gleichmäßig für alles interessiert, was in diesem vorhanden ist, sondern nur für ganz bestimmte Tatsachen und Vorgänge. Er benutzt in geeigneter Weise diese Elemente, um einen Idealtypus zu definieren. Die „Realtypen“ sollen durch „generalisierende Abstraktion“ gebildet werden. Mit ihnen sollen wirtschaftliche Realitäten dargestellt werden, und zwar so, daß sie einzelne wirtschaftliche Realitäten „abbilden“. Ob diese angeblich verschiedene Funktion eine logische Trennung von Realtypen und Idealtypen ermöglicht, muß noch weiter unten kritisch untersucht werden. Eucken glaubt freilich, einen logischen Unterschied zwischen den beiden Arten von Typen dadurch angegeben zu haben, daß er nachzuweisen versucht, daß sie durch zwei verschiedene Arten der Abstraktion gewonnen

46 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe ..., S. 209

47 Walter Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin, Göttingen und Heidelberg 1950⁶, S. 123/124 und 226 ff.

48 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe ..., S. 209. Vgl. dort auch zum Folgenden.

49 Vgl. Walter Eucken, Grundlagen ..., S. 123/124

werden. Ein Realtypus soll durch „generalisierende Abstraktion“, ein Idealtypus durch „pointierend hervorhebende Abstraktion“ gebildet werden. Mit dieser Unterscheidung steht Eucken auf dem Boden der traditionellen Logik, die immer schon die sogenannten Definitionen durch Abstraktion kannte. Erst die Logistik schuf die Möglichkeit, diese vagen Formulierungen von „Abstraktionen“ durch exakte Analyse zu ersetzen. Damit mußte allerdings auch der logische Unterschied von Realtypus und Idealtypus begraben werden.

III

Walter Eucken hat an der schrankenlosen Verwendung von Idealtypen, wie wir gesehen haben, scharfe Kritik geübt. Diese Kritik richtet sich zunächst vor allem gegen die Lehren von den Wirtschaftsstufen und von den Wirtschaftsstilen, also gegen allgemeine Typologien. Seine Kritik rückt mehr die in der Tat erheblichen Unzulänglichkeiten der bisher vorgelegten Typologien in ein helles Licht, als daß sie die Unmöglichkeit des ganzen Unterfangens daräte. Daß die Aussichten des typologischen Verfahrens nach dem derzeitigen Stand der Theorie und der Unzulänglichkeit der bisherigen Versuche in dieser Richtung skeptisch zu beurteilen sind, ist etwas anderes, als ein Beweis für die prinzipielle Unmöglichkeit, z. B. die geschichtliche Abfolge von Wirtschaftsformen oder Wirtschaftsordnungen (Feudalismus, Kapitalismus) theoretisch begreiflich zu machen.

Die Einführung eines „Realtypus“ im Gegensatz zum „Idealtypus“ ist noch problematischer. Kempfski hat auf der Grundlage der analytischen Wissenschaftstheorie diese Begriffsbildung eingehend kritisiert⁵⁰. Die Realtypen sollen „durch generalisierende Abstraktion“ gebildet werden zu dem Zwecke, „einzelne wirtschaftliche Realitäten“ abzubilden. „Nun kann man gewiß einen ‚Realtypus‘, etwa ‚Hauswirtschaft‘, so definieren, daß man im konkreten Falle dann sagen kann: hier gibt es Hauswirtschaft. Wir wollen zugeben, daß auf diese Weise eine ‚wirtschaftliche Realität‘ ‚abgebildet‘ wird. Aber wenn man nun den Idealtypus ‚Anbieteroligopol‘ nimmt, so ist nicht recht einzusehen, weshalb man nicht im konkreten Falle zu der Feststellung genötigt sein sollte, daß es hier oder dort ein Anbieteroligopol gibt.“⁵¹ Die Möglichkeit derartiger Feststellungen ist ja in der Tat die Voraussetzung für die Kennzeichnung einer Wirtschaftsordnung eines bestimmten Gebietes zu einer bestimmten Zeit, wie Eucken sie vorschlägt. Denn die Unterscheidung „real“ — „ideal“ gehört nicht in die Logik der typologischen Begriffsbildung, weshalb der Vorwurf Euckens gegen Max Weber, dieser habe den fundamen-

50 Vgl. Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe ..., S. 209 ff. Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf Kempfskis Analyse, die zum ersten und bisher einzigen Male die vorliegenden methodologischen Ausführungen zur Typologie darstellt und eingehend kritisiert. Vgl. auch Hans Albert, Der logische Charakter ..., S. 375

51 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe ..., S. 210

talen Unterschied zwischen Realtypen und Idealtypen verkannt, unberechtigt ist.

Eucken glaubte freilich, einen logischen Unterschied zwischen „Realtypen“ und „Idealtypen“ in den Arten ihrer Entstehung durch Abstraktion gefunden zu haben. Die „Abstraktion“ gehört jedoch nicht in die Logik, sondern eher in die Psychologie. Deutlich wird daran lediglich, daß der Zweck, zu dem der „Idealtypus“ und der „Realtypus“ gebildet werden, ein verschiedener ist. „In dem einen Fall kommt es darauf an, gewisse funktionale Zusammenhänge möglichst rein zu erfassen: also konstruiert man ein Modell, an dem man sie studieren kann. Dieses Modell ist kein ‚Begriff‘, sondern es wird durch ein System von Sätzen beschrieben. Ihm wird ein Name zugeordnet, ‚der isolierte Staat‘ ist ein Name für ein solches Modell. Im anderen Fall handelt es sich darum, eine mehr oder weniger große Anzahl von historischen Tatbeständen in geeigneter Weise zu erfassen.“⁵² Das kann, wenn notwendig, auch mit Hilfe einer Modellkonstruktion geschehen. Ob man sich dabei zunächst eine Vorstellung von einem Durchschnittsgebilde macht und von diesem idealen Gebilde ausgehend zur Modellkonstruktion fortschreitet oder ob man durch Vergleichung einer Vielzahl von Einzelgebilden sich ein konkretes als Ausgangsbasis aussucht, ist dabei gleichgültig. Der „Realtypus“, der am Ende steht, kommt jedenfalls mit Hilfe derselben „Methode“ zustande wie der Euckensche „Idealtypus“.

Auf der anderen Seite kann man vom Einzelfall ausgehend „generalisierend“ einen Typus bilden. „Der Historiker tut das auch, wenn er auf eine neuartige Erscheinung trifft, die man bisher nicht kannte. Er denkt gar nicht daran, es bei der Feststellung eines individuellen Sachverhaltes bewenden zu lassen, sondern er stellt fest, daß es da einen Sachverhalt gegeben hat, der unter einen bisher nicht bekannten Typus fällt, d. h. er hebt gewisse Seiten des Sachverhaltes als für diesen typisch hervor.“⁵³ Daß weiteres Vergleichsmaterial ihn veranlaßt, diesen Typusbegriff dann zu revidieren, ändert nichts daran, daß der „Realtypus“ generalisierend am Einzelfall zunächst gewonnen wird. Die Heraushebung wesentlich erscheinender Seiten erfolgt genauso beim Ausgang von einer Mehrzahl von Fällen, denn in den „Realtypus“ gehen keineswegs alle gemeinsamen Eigenschaften vergleichener Individuen ein. Auch führt die Hervorhebung der einzelnen Seiten des Einzelfalls noch nicht auf ein Modell — auch nicht in den dafür geeigneten Fällen. Dazu wäre eine bestimmte Art der Beschreibung nötig.

Die Charakterisierung des logischen Unterschiedes zwischen „Ideal-“ und „Realtypen“ durch Eucken ist also nicht stichhaltig. Eucken ist der Neigung erlegen, die Dinge allzu sehr zu vereinfachen. Andere Verfechter empirischer Forschung folgten seinem Beispiel und lehnten die idealtypische Betrachtungsweise entschie-

52 Ebd. S. 210

53 Ebd. S. 211

den ab⁵⁴; doch ist auch hier immer wieder zu bedenken, daß die von denselben Forschern bevorzugten „empirischen Durchschnittstypen“, die etwa auf Grund von Mittelwertbildungen aus statistischen Erhebungen festgelegt werden, begrifflich konstruiert sind, und daß auch die charakterisierenden Mittelwerte nicht notwendig an irgendwelchen empirischen Individuen realisiert sind. Logisch besteht also auch kein Unterschied zwischen Idealtypen und empirischen Typen. Wohl aber bestehen häufig große Unterschiede insofern, als die Vertreter einer idealtypischen Betrachtungsweise besonders häufig von solchen „intuitiven“ Erläuterungssystemen Gebrauch machen, die nicht eindeutig und intersubjektiv gewisse Ordnungsprinzipien festlegen. In dem Gefühl für die angeblich hierdurch bedingte methodische Mangelhaftigkeit gewisser idealtypischer typologischer Systeme ist wohl der tiefere Grund jener Ablehnung seitens der Empiristen zu erblicken. Doch führt das zu keiner logischen Unterscheidung von Ideal- und Realtypen. Beide „Richtungen“ arbeiten mit begrifflichen Abstraktionen, mit „reinen“ Fällen, die als heuristische Hilfsmittel dienen, die zur Aufstellung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten anregen sollen. Die „reinen Fälle besitzen... eine didaktische Sonderbedeutung für die Verdeutlichung des gemeinten Zusammenhangs; diese ist eng verwandt mit ihrer... heuristischen Sonderbedeutung für die Auffindung gesetzlicher Zusammenhänge“⁵⁵. Die Bezugnahme auf „reine“ oder „ideale“ Fälle kennzeichnet dabei häufig nur eine erste, noch recht einfache Form ordnender Betrachtungsweise. Sie stützt sich vielfach noch nicht auf objektive Ordnungskriterien, wie etwa die Naturwissenschaften, sondern auf Erläuterungssysteme, in denen jene extremen Fälle eine Sonderstellung einnehmen; formal lassen die in diesem Zusammenhang bevorzugten mehrpoligen — besonders bipolaren — Schemata, die allgemeinen Typologien, noch deutlich die Spuren der Klasseneinteilungen erkennen, aus denen sie sich entwickelt haben.

Ist auf der einen Seite kein logischer Grund vorhanden, den Realtypen begriffliche Abstraktion und damit generalisierende „Verfälschung“ der individuellen Wirklichkeit abzusprechen, so ist andererseits wiederum nicht möglich, wissenschaftliche Begriffe, vor allem „Idealtypen“ als „mehr oder weniger realisiert“ in der Wirklichkeit anzusehen. In bezug auf die Bildung und Anwendung der Typen könnte man höchstens von „Reelltypen“ und „Ideelltypen“ sprechen⁵⁶. Die Ideelltypen werden dabei frei komponiert, wobei nur auf ihre Widerspruchslosigkeit, ihre logische Einheitlichkeit zu achten ist, sonst aber weiter nichts zu ihrer Wesensbestimmung erforderlich ist. Ob es sich nun um ein reines Gedankenspiel oder um eine wis-

54 Vgl. dazu Carl G. Hempel und Paul Oppenheim, *Der Typusbegriff im Lichte der neuen Logik*, Leiden 1936, S. 83 ff.

55 Ebd. S. 91

56 Vgl. Julius Jakob Schaaf, *Geschichte und Begriff. Eine kritische Studie zur Geschichtsmethodologie von Ernst Troeltsch und Max Weber*, Tübingen 1946, S. 137

senschaftlich fruchtbare Begriffsbildung handelt, kann a priori niemals entschieden werden. Das hängt ab von ihrem Erfolg für die Erkenntnis konkreter Kulturercheinungen in ihrem Zusammenhang, ihrer ursächlichen Bedingtheit und ihrer Bedeutung. Wir könnten auch sagen: Können sie in Bedeutungs- und Sinnanalyse dialektischer Art eingebaut werden oder nicht, ist das Kriterium für ihre Wissenschaftlichkeit. Erweist sich der Begriff als unanwendbares Phantasieprodukt, so ist er für die Forschung wertlos. Ist er aber einmal mit Erfolg in der Sozialwissenschaft angewandt worden, so muß er fortan als Reelltypus im logischen Sinn angesehen werden, da er so, wie er ist, ohne irgendeinen Rest in dem Allgemeinen der sozialen Geschichte wiedergefunden wurde. Jeder Ideelltypus hat somit die Tendenz, in der Hand des Sozialwissenschaftlers zum Reelltypus zu werden; dies macht geradezu sein Wesen aus. „Bleibt er reiner Ideelltypus, so ist damit seine Unbrauchbarkeit und völlige Wertlosigkeit für den Forscher erwiesen, so streng und scharf und eindeutig er auch immer nach den logischen Regeln konstruiert gewesen sein mag. Der zum Reelltypus gewordene Ideelltypus . . . ist ja von vornherein die Wirklichkeit selbst, d. h. ihre allgemeine Seite.“⁵⁷

Die Unterscheidung von Ideal- und Realtypus wird damit hinfällig. Jeder sozialwissenschaftlich relevante Typus muß einerseits begrifflich abstrahieren und generalisieren, andererseits sozialwissenschaftliche Wirklichkeit konstituieren. Wie er im einzelnen beschaffen sein muß, kann also nur in einem logisch-formalen Rahmen praktisch bestimmt werden.

IV

Die einfachste Form der typologischen Begriffsbildung unterscheidet sich nach Auffassung der modernen Logik nicht von der der Klassifikation der traditionellen Logik. Sie findet sich in sozialwissenschaftlichen Formulierungen derart: Es gibt von dem Gegenstand x die folgenden Typen: erstens, zweitens, drittens usw., z. B. es gibt folgende Typen einer Partei. Und dann werden diese Typen aufgezählt. Was die Beschreibung oder die Definition dieser Typen anlangt, so erfolgt sie in der üblichen Weise, daß gewisse Merkmale angegeben werden, die den Individuen zukommen, die unter den Typus fallen. Im Sinne der traditionellen Logik könnte man sagen: Man hat eine Gattung G, und diese zerfällt in die Arten A₁ bis A_n. Um alle Widersprüche auszuschließen, die bei einer solchen Formulierung auftauchen könnten, sagt die Logistik statt Arten „Teilklassen“. Dann kann man sagen, daß die Klasse „Partei“ in n Teilklassen zerfällt. Diese Teilklassen entsprechen den Arten, doch sieht man bei ihrer Bestimmung nicht auf die Merkmalkomplexe, sondern auf die Begriffsumfänge⁵⁸.

57 Ebd. S. 147

58 Vgl. zum Folgenden: Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen, *Logische Propädeutik*, Mannheim 1967 (BI/Hochschultaschenbücher, 227/227 a), S. 91 bis 93 („Begriff und Klasse“); Paul Lorenzen, *Formale Logik*, Berlin 1962².

Die wissenschaftlichen Eigenschafts- oder Merkmalbegriffe entstehen, indem man einem Objekt ein Merkmal entweder zu- oder abspricht; wenn man jeweils alle Objekte mit einem bestimmten Merkmal in eine Gruppe zusammenfaßt, so entstehen Einteilungen in scharf gegeneinander abgegrenzte Klassen; jede mögliche Verfeinerung der Beschreibung empirischer Objekte beruht dann auf der Einführung neuer Merkmalbegriffe, die jeweils eine Unterteilung der bestehenden Einteilung nach sich zieht. Jeder klassifikatorische wissenschaftliche Begriff wird seinerseits durch gewisse Merkmalbegriffe festgelegt. Ein solcher Merkmalbegriff drückt, wie die Logistik sagt, eine mögliche Eigenschaft eines Gegenstandes aus; er ist daher ein einstelliges Prädikat. Unter Prädikat versteht die Logistik die Eigenschaft, die in einem Satz von einem Individuum ausgesagt wird. Die Form des Aussagesatzes wird beschrieben mit der Satzfunktion $f(x)$, wobei f das Prädikat bedeutet und x das Individuum, von dem ausgesagt wird. Wird in einem Aussagesatz eine Relation zwischen zwei Individuen behauptet, entsteht eine mehrstellige Satzfunktion: $f(x, y)$. Das Prädikat einer solchen nennt man mehrstelliges Prädikat. Ein Eigenschafts- oder Merkmalbegriff ist immer ein einstelliges Prädikat: So entspricht z. B. dem Merkmalbegriff „rot“, der in Sätzen wie „diese Blüte ist rot“ angewandt wird, die einstellige Satzfunktion „rot(x)“; „rot“ ist also ein einstelliges Prädikat.

Auch die mittels solcher Merkmalbegriffe definierten Begriffe sind in der traditionellen Logik stets wieder Merkmal- oder Eigenschaftsbegriffe, also einstellige Prädikate. Die Klasse oder Menge wird auf Grund dieser formalen Analyse der Aussagesätze definiert: Ein Objekt soll dann und nur dann ein Element der Klasse φ genannt werden, wenn es die Eigenschaft f besitzt; genauer: Für jeden Wert von x soll $x \in \varphi$ dann und nur dann gelten, wenn $f(x)$ gilt. Man definiert hier nicht das Klassenzeichen allein, sondern den Ausdruck „ $x \in \varphi$ “. Aber das ist ausreichend, da im wissenschaftlichen Gebrauch Klassenbegriffe nur in Sätzen auftreten, die entweder selbst die angegebene Form haben oder sich auf Sätze jener Form zurückführen lassen. Man nennt eine derartige Definition, die nicht einen Begriff isoliert definiert, sondern nur die Bedeutung der Sätze festlegt, in denen der Begriff auftritt („gebraucht“ wird), eine Gebrauchsdefinition.

So wie „Typen“ meist definiert werden, sind sie Klassen im oben beschriebenen Sinn, oder genauer Teilklassen einer umfassenden Klasse. Warum aber definiert man dann einen „reinen“ Typus oder Idealtypus? Das läßt sich so auffassen, daß „die ‚unreinen‘ Fälle nicht nur in einen Schubkasten gehören, sondern in noch einen anderen oder auch in mehrere andere. Man ordnet sie dann nach dem ein, was ‚überwiegt‘. Oder man kann das so auffassen, daß gewisse

Eigenschaften, die jedes Individuum haben muß, um in einen der Schubkästen eingeordnet werden zu können, in den in der Empirie meist vorherrschenden ‚unreinen‘ Fällen sich mehr oder weniger ausgeprägt vorfinden“⁵⁹. Im ersten Fall wird man eine Verfeinerung der Typeneinteilung anstreben, in dem man die möglichen oder vorkommenden Kombinationen erschöpft, so wie etwa Linné mit den Pflanzen verfahren ist. Das führt lediglich zu neuen Teilklassen. Die Unterteilung unterliegt nur der Forderung nach systematischer Effizienz: „Die Eigenschaften, welche zur Definition der verschiedenen Typen dienen, sollten nicht nur saubere Schubfächer zur Unterbringung aller Einzelfälle des Untersuchungsbereiches liefern, sondern sie sollten auch einer vernünftigen Generalisierung dienen und so eine Basis zur Vorhersage bieten.“⁶⁰

Der zweite Fall jedoch führt zu neuen Problemen, die in der traditionellen Logik, die das Problem der Gattungen und Arten behandelte, nicht gelöst werden konnten. Sie bezeichnete die „Typen ohne feste Grenzen“, welche „fließende Übergänge“ zwischen den Nachbartypen zulassen, als entartete unscharfe Klassenbegriffe. Das ganze Verfahren der Typeneinteilung erschien dabei gleichsam als eine „Abweichung der wissenschaftlichen Begriffsbildung vom Wege der logischen Tugend, der mit den allein korrekten klassifikatorischen Begriffen gepflastert“⁶¹ war. Die Möglichkeit aber, durch immer neue Unterteilungen auch die unreinen Fälle zu erfassen, sind sehr beschränkt. Denn einerseits läßt eine Klasseneinteilung auf jeder Stufe ihrer Verfeinerung nur endlich viele verschiedene Möglichkeiten unterscheiden, während der Hinweis auf kontinuierliche Übergänge die Einführung einer Begriffsbildung nahelegt, die unendlich viele verschiedene Abstufungen zu unterscheiden gestattet; und zweitens kommt solchen Reihen von Übergangsformen, um deren Darstellung es hier geht, ein gewisser Ordnungscharakter zu, der mit den Mitteln klassifikatorischer Betrachtungsweise allein nicht dargestellt werden kann.

Durch den Komparativ „mehr oder weniger ausgeprägt“ (s. o.) wird „eine Relation in die Begriffsbildung eingeführt, die uns, wenn man sich die Sache ausgeführt und auf eine Eigenschaft bezogen denkt, offenbar ermöglichen muß, in bezug auf zwei konkrete Exemplare des Typus zu sagen, daß das eine Exemplar ausgeprägter als das andere ist oder daß beide gleich ausgeprägt sind; die Gesamtheit der Exemplare muß sich in einer Reihe ordnen lassen, wobei Stellen der Reihe mehrfach besetzt sein können“⁶². Um diese Begriffsbildung logisch darzustellen, bedarf es der Theorie der zweistelligen Prädikate, einer Theorie der Relationen. In diesem Sinne spricht auch Kretschmer von „Korrelationsforschung“⁶³. Die für eine Gruppie-

59 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 212

60 Carl G. Hempel, Typologische Methoden . . . , S. 86/87

61 Carl G. Hempel und Paul Oppenheim, Der Typusbegriff . . . , S. 16

62 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 212

63 Ernst Kretschmer, Der Typus als erkenntnistheoretisches Problem, in: Studium Generale, 4/1951, S. 400

rung wesentliche Eigenschaft kann dabei einem Individuum nicht bloß entweder zukommen oder nicht zukommen. Sie kann auch an einem Individuum mehr oder minder ausgeprägt sein, oder eben: die betreffende Eigenschaft ist abstufbar. Entsprechend dem Abstufungsgrad werden die Individuen in eine Reihe gesetzt. So entsteht eine „reihenartige Anordnung“ oder „Reihenordnung“⁶⁴. Für die Bestimmung der Reihenordnung sind zwei Angaben notwendig: Es ist festzusetzen, unter welchen Bedingungen zwei Objekte x , y an gleicher Stelle der Ordnung stehen oder „gleichstellig“ sein sollen. Schreibt man für „ x ist gleichstellig mit y “ kurz $G(x, y)$, so kann man sagen: Erstens sind die Bedingungen anzugeben, unter denen für zwei Objekte x , y gelten soll: $G(x, y)$; es ist also eine zweistellige Relation G festzulegen. Zweitens ist festzusetzen, unter welchen Bedingungen ein Objekt x einem anderen Objekt y in der Ordnung vorangestellt werden soll. Schreibt man kurz „ $V(x, y)$ “ für „ x steht vor y “, so kann man sagen: Zweitens sind die Bedingungen anzugeben, unter denen für zwei Objekte x , y gelten soll: $V(x, y)$; es ist also zusätzlich eine zweistellige Relation V festzulegen. Eine auf diese Weise festgelegte Reihenordnung bezeichnet man dann mit „ (G, V) “ und nennt G und V ihre Grundrelationen.

Wichtig ist für eine solche „topologische“ Type noch, daß eine einmal festgelegte Reihenordnung durch gewisse Zusatzvorschriften in einzelne Klassen eingeteilt werden kann. Auf diese Weise findet die klassifizierende Form der Typenbegriffe auch in ordnende Untersuchungen Eingang. Man stellt durch nachträgliches Zerschneiden einer typologischen Reihenordnung verschiedene Klassen her; in der Regel zwei bis drei, die dann etwa als „Typus T “, „Typus T^1 “ und „Mischtypus“ bezeichnet werden. Oder aber es werden Beziehungspunkte herausgegriffen und dann die Annäherung der einzelnen Typen an diese Punkte angegeben. Die ausgezeichneten Punkte müssen dabei nicht so gewählt werden, daß die sie charakterisierenden Beschaffenheiten empirisch besonders häufig realisiert sind; man kann für die empirisch-typologische Beschreibung von Individuen ganz extreme, empirisch nie erreichte Beziehungspunkte wählen. Das empirische Material „erzwingt nicht eine ganz bestimmte Wahl der ‚empirischen Typen‘, seien sie klassifizierender oder ordnender Form; zwischen den verschiedenen Möglichkeiten gibt es, wie stets bei der Festlegung von Begriffen, lediglich Unterschiede der Zweckmäßigkeit oder Fruchtbarkeit, nicht etwa solche der Richtigkeit“⁶⁵.

Feudalordnung, Manufaktur, Fabrikssystem, Parteisystem und ähnliche sozialwissenschaftliche Typen sind allerdings noch etwas anderes als Ordnungsbegriffe. „Was da ausgesagt werden soll, das ist in der Regel recht schlecht damit charakterisiert, daß es hier wie dort ein Subjekt — was das nun immer sein mag — gibt, das die und die

64 Carl G. Hempel und Paul Oppenheim, *Der Typusbegriff . . .*, S. 22

65 Ebd. S. 87; vgl. auch: Carl G. Hempel, *Typologische Methoden . . .*, S. 87—90

Merkmale und Eigenschaften hat.“⁶⁶ Kempfski prägte dafür einen neuen Ausdruck; er möchte auf das Wort „Typus“ dabei ganz verzichten und diese Begriffe „Gestaltbegriffe“ nennen. In Abwandlung dieser Redeweise könnte man jedoch durchaus auch von „Gestalttypen“ sprechen. Auch diese Art von Typus wird logisch eindeutig festgelegt.

Zunächst wird der Begriff „Klassifikator“ eingeführt. Ein Klassifikator ist eine kennzeichnende Funktion, also ein Begriff, der jedem Element, auf das er sinnvoll angewandt werden kann, einen gewissen „Wert“ zuschreibt. Z. B. kann der Begriff „Herrschaft“ („legitime Herrschaft“) bei Max Weber oder „Integration“ („totalitäre Integrationspartei“) bei Sigmund Neumann als Klassifikator angesehen werden. Er teilt die Elemente, auf die er angewandt wird, z. B. in demokratische oder totalitäre ein. Solche Klassifikatoren werden Zustands- oder Z-Klassifikatoren genannt. „Wir können nun ein Stellengebiet mit Hilfe von — einem oder mehreren — solchen Z-Klassifikatoren beschreiben; d. h. jeder Stelle wird ein bestimmter Wert oder mehrere bestimmte Werte, je nach der Anzahl der Klassifikatoren, zugeordnet. Das Ganze nennen wir dann einen ‚Komplex‘. Ein Komplex ist also eine Relation zwischen einer Klasse von Z-Klassifikatoren und einem Stellengebiet, und zwar eben so, daß jeder Z-Klassifikator einer Stelle des Gebietes einen Wert zuordnet.“⁶⁷

Nun führt man den Begriff der „Korrespondenz“ als einer bestimmten Relation zwischen Komplexen ein. Die Überführung eines Komplexes in einen anderen in Bezug auf eine Korrespondenz wird als „Transposition“ bezeichnet. Damit kann der Begriff der Gestalt definiert werden als die „Invariante von Transpositionen eines Komplexes in bezug auf eine Korrespondenz“. Kempfski gibt dann eine Fülle von Möglichkeiten für die Definition von Korrespondenzen an. Je nach der Sachlage kann man eine davon dem „Gestalttypus“ zugrunde legen oder auch mehrere koppeln. Nur die Einzelanalyse könnte zeigen, ob die angegebenen Definitionen ausreichen oder ob neue gefunden werden müßten. Auf jeden Fall hat die logische Unterscheidung der „Korrespondenzmöglichkeiten“ mit sehr exakten Mitteln der neuen Mathematik zu arbeiten, eine Art Vorstufe einer „Geistesmathematik“⁶⁸ zur Beschreibung von Strukturen.

V

Neben kritikloser, uneingeschränkter Rezeption der Ergebnisse typologischer Methodenreflexion der Logistik und der analytischen Wissenschaftstheorie durch Sozialwissenschaftler⁶⁹ steht auf der

66 Jürgen Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 215

67 Ebd. S. 215

68 Vgl. Claude Lévi-Strauss, Die Mathematik vom Menschen, in: Kursbuch 8, 1967, S. 183

69 Vgl. Hans Albert, Der logische Charakter der theoretischen Nationalökonomie . . . , S. 375. Er bezieht sich auf Kempfski, „dessen Unter-

anderen Seite nicht geringe Skepsis gegenüber einer Forderung nach exakten Begriffen, die von der Sache her vielleicht nicht zu erfüllen sein könnte. Schon Kempfski⁷⁰ selbst weist auf die Untersuchungen von Ludwig von Mises⁷¹ hin, die sich eingehend mit dem Idealtypus beschäftigen. Idealtypen sind für ihn vor allem Typen der historischen Forschung und der Darstellung ihrer Resultate und deshalb niemals definierbar. „An ideal type cannot be defined; it must be characterized by an enumeration of . . . features . . .“⁷² Lediglich ein vages Verfahren der „Charakterisierung“ kann für ihn Typen bestimmter Sozialwissenschaften konstituieren, keine exakte Definition. C. J. Friedrich⁷³ versucht den Begriff der „patterns“ (Muster, Gestalt) mit der Typenbildung in Verbindung zu bringen, was ebenfalls auf eine Modifizierung der „exakten Typen“ hinauslaufen würde. Vor allem aber versuchte Hans J. Wolff⁷⁴ darzulegen, wie wenig die exakten Unterscheidungen der Typen in der modernen Logik für die sozialwissenschaftliche Begriffsbildung beizutragen vermögen.

In den Sozialwissenschaften, vor allem auch in der Allgemeinen Staatslehre, werden nach Wolff die vier zu unterscheidenden Typusbegriffe der modernen Logik nicht deutlich unterschieden. „Im Vordergrund des Interesses steht zunächst die ‚Gestalt‘ und das Bestreben, durch Typen zur klassifikatorischen Unterscheidung der verschiedenen ‚Typen‘ zugehörigen Gegenstände (Staatsformen, staatlichen und rechtlichen Einrichtungen) zu gelangen. Daß man überhaupt von Typen spricht oder sprechen kann, liegt für ihn daran, daß diese Gegenstände komplex gesehen werden und (daher) nicht scharf gegeneinander abgrenzbar erscheinen. Doch wird das „Gestaltdenken“ dann als noch unreifes, primitives Denken gekennzeichnet, das man bevorzugt, weil die begriffliche Klassifikation nach Gattungen und Arten „lebensfern“ und schematisch wäre⁷⁵. Sie ist es dann, wenn es nicht gelungen ist, in dem klassifikatorischen Begriff das „Wesen“ der unterfallenden Gegenstände zu erfassen. Der Gestalttypus ist andererseits um so brauchbarer, je besser es gelungen ist, in ihm das „Wesen“ in den Griff zu bekommen. „Das praktische Versagen der klassifikatorischen Begriffe liegt um so näher, als Gattungen und Arten um der Lückenlosigkeit des Systems willen deduktiv

suchung eine auf den Ergebnissen der modernen Logik beruhende Analyse der logischen Konstruktionen enthält, die sich hinter dem Ausdruck ‚Idealtypus‘ verbergen, darunter der ‚Gestaltungsbegriffe‘ und der ‚Wirkungssysteme‘ (Modelle). Die Analyse ist mit einer durchschlagenden Kritik bisheriger Auffassungen verbunden“ (Anm. 17, S. 375).

70 Jürgen von Kempfski, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 211

71 Ludwig von Mises, Human Action. A Treatise on Economics, New Haven 1949.

72 Ebd. S. 60

73 Carl Joachim Friedrich, Die Politische Wissenschaft . . . , S. 20

74 Hans J. Wolff, Typen im Recht . . . , S. 196/197

75 Vgl. dazu auch Johannes Erich Heyde, Typus . . . , in: Studium Generale . . . , S. 244

oder nach ‚äußerlichen‘ Merkmalen bestimmt werden. Die Brauchbarkeit der Gestalttypen aber liegt um so näher, als sie induktiv (bzw. bei idealen Typen: konstruktiv) gewonnen wurden. Beide aber laufen auf dasselbe Ergebnis hinaus, wenn das Ziel aller Begriffsbildung erreicht, nämlich diejenigen ‚Eigenschaften‘ der Gegenstände als Begriffsmerkmale zusammengefaßt werden, welche übereinstimmend das Sosein einer Mehrheit von Gegenständen konstituieren.“⁷⁶ Solange die wesensbestimmenden Eigenschaften noch nicht klar erkannt sind, haben solche Gestalttypen heuristischen Wert. Unter Gestalttypen versteht Wolff dabei nicht Typenbegriffe, die als Gestaltbegriffe im Sinne Kempfskis zu differenzieren sind, sondern offenbar allgemeine Wesens- und Strukturbegriffe, die nicht näher gekennzeichnet werden. Wolff wie viele andere Kritiker der exakten Typen verbinden damit eine zunächst wesentliche Einsicht in sachgerechte Typologisierung mit der Auffassung der analytischen Wissenschaftstheorie, jede Wissenschaft, gleichgültig ob Natur- oder Sozialwissenschaft, habe sich in Richtung auf Mathematisierung und Aufstellung von Modell-Theorien zu entwickeln. Die bisher meist allein sinnvollen sozialwissenschaftlichen Typologien sind deshalb von minderer Qualität, entsprechen einem „unreifen, primitiven Denken“ und sollten möglichst bald überwunden werden. Allein der quantitative Mangel an empirischem Material zwingt vorerst noch dazu, mit den unvollständigen Mitteln zu arbeiten. Jedoch wird trotz allem betont, daß eine vorschnelle Exaktifizierung der Typologien deren Erkenntniswert erheblich mindern müßte.

Die Kritik der „mathematisierten“ Typenbegriffe der Sozialwissenschaften wird auf ein höheres Niveau gehoben, wenn der grundsätzliche Unterschied der beiden Erkenntnisbereiche des Natürlichen und des Sozialen erkannt wird. Der akausal-ideelle Typusbegriff Max Webers versucht dieser Differenz im Anschluß an Dilthey und Rickert gerecht zu werden; darin liegt seine historische Bedeutung. Nicht die Analyse von Kulturerscheinungen ist sein oberstes Ziel, sondern die Explikation ihrer Bedeutung; nicht technisch verwertbares Wissen wird intendiert, sondern hermeneutische Bedeutungsanalyse gesellschaftlicher Prozesse. Die besondere Dignität, welche der Idealtypus gegenüber naturwissenschaftlichen Hypothesen hat, beruht auf der Tatsache, daß er eine verstehende Erkenntnis enthält⁷⁷. Die strenge Trennung von Empirischem und Normativem, die Max Weber immer wieder betont, ist im Begriff des Idealtypus merkwürdig verdeckt, nicht ohne Grund. Die Sicherheit der Zurechnung in der empirischen Naturwissenschaft beruht darauf, daß eine Fülle von erfahrenen Fällen des Geschehens bekannt sind, in denen dann, wenn eine bestimmte Tatsache gegeben war, eine bestimmte andere folgte. Durch diese gesicherte Beobachtung gelingt es dort, einem Wirkungszusammenhang auf die Spur zu kommen und damit

⁷⁶ Hans J. Wolff, Typen im Recht . . . , S. 197 .

⁷⁷ Vgl. Dieter Henrich, Die Einheit der Wissenschaftslehre Max Webers, Tübingen 1952, S. 99

konkrete Tatsachen konkreten Ursachen zuzurechnen. „Aber in der Kulturwissenschaft ist die Evidenz eines Zusammenhangs die Einsichtigkeit seiner sinnhaften Einheit. Deshalb ist die Konstruktion von Hypothesen nicht abhängig von vorgängiger Regelkenntnis. Sie vollzieht sich vielmehr im Bewußtsein, daß die eigene innere Aktualität, vorwiegend aber die Konsequenz, eine bestimmte Folge fordert, wenn eine bestimmte Sinnvoraussetzung gemacht ist. Im verstehenden Aneignen des Sinnzusammenhangs einer Begebenheit wird die Bedeutung nicht erkannt, in dem verwiesen wird auf eine Reihe gleicher Beobachtungen, sondern dadurch, daß gezeigt wird, wie sich die Einheit dieser Bedeutung, unabhängig von zeitlicher Fixierung, dann, wenn bestimmte Annahmen gemacht werden, durch die Konsequenz des Gedankens ergibt.“⁷⁸ Daraus erklärt sich die Eigenart des Idealtypus, in seiner Möglichkeit unabhängig von jeder Verifizierung zu sein. Idealtypus ist ein sinnhaft konsequenter Bedeutungszusammenhang, der einen möglichen Bedeutungsbezug menschlichen Seins denkt. Weil das Objekt der verstehenden Sozialwissenschaft stets das menschliche Sein ist, kann der Idealtypus auch dann Erkenntnis werden, wenn er nicht in der Wirklichkeit belegt wurde. Alle Idealtypen sind gedacht als möglicher Vollzug oder als mögliche Einschränkung sinnorientierten Handelns. Max Weber hat niemals den Begriff des Idealtypus angewendet auf historische Erkenntnisse der nicht sinnbezogenen Natur. Allein der Mensch hat im Idealtypus eine Möglichkeit, noch keine Wirklichkeit. Obwohl der Mensch an sich vernünftig ist und in ihm, nach Max Weber, eine wesentliche Tendenz zur aktuellen Vernünftigkeit lebt, steht er auch in der Wirklichkeit des heterogenen Kontinuums. „Weil eine unübersehbare Vielzahl von Wirklichkeiten ihn bestimmen, bleibt seine ursprüngliche Vernünftigkeit nur Tendenz, sie kann sich nur in Grenzen verwirklichen. Und weil dies der Fall ist, muß die verstehende Wissenschaft idealtypische Begriffe verwenden.“⁷⁹

Im selben Sinne sind die Ausführungen Lipsons zur vergleichenden, typologischen Methode zu verstehen, wenn er als Vorbedingung für sinnvollen Vergleich eine Staatsphilosophie fordert, mit der „die empirisch ermittelten Einzelergebnisse verbunden werden müssen“⁸⁰. In diesem Zusammenhang ist der Versuch von Brock interessant, die Typologie Goethes für die Naturwissenschaft wieder zu beleben⁸¹. In seiner Typologie legt Goethe zwar auf rein sachliche Beobachtung größten Wert. Auf der anderen Seite ist er sich durchaus bewußt, daß es nicht genügt, die Ergebnisse rein summativ einem Sammelbegriff zu unterstellen oder sie exakt einem Oberbegriff zu subsumieren. Damit hätte er, wie er meinte, das Schöpferische, welches die lebende Natur überall darbietet, und welches seiner Phantasie am eindringlichsten entgegenkam, nicht fassen können. „Er war

78 Ebd. S. 99/100

79 Ebd. S. 102

80 Leslie Lipson, *Die vergleichende Methode* . . . , S. 301

81 Friedrich Brock, *Die Bedeutung des Typusbegriffes* . . .

zutiefst überzeugt, im Typus einen sinnträchtigen Nenner vor sich zu haben, in dessen Sphäre die Einzelteile der Organismen zu echten Gliedern eines Sach- und zugleich Sinnganzen werden. Solche Glieder stehen in einer sinnvollen Ordnung zueinander, die vom Betrachter zwar nicht ‚erklärt‘, aber verstanden werden kann.“⁸² Brock versucht nun mit dem Hinweis darauf, daß die moderne Biologie bis heute noch keinen allgemein anerkannten Nenner, keine „verpflichtende Norm, keinen einheitlichen Aspekt“⁸³ besitze, unter dem man ihre Phänomene zu betrachten imstande wäre, die typologische Methode Goethes für die biologische Eigenweltforschung zu reaktivieren. Interessant daran ist weniger der ausgefallene Versuch, mit alten Methoden Natur- und Kulturwissenschaft aufs neue zu vereinigen, als vielmehr die Tatsache, daß mit der Intention von Sinnhaftigkeit eines Gegenstandsbereichs auf vage typologische Verfahren im Gegensatz zu exakt klassifizierenden zurückgegriffen wird. Gleichzeitig zeigt sich die Gefahr des Rekurrerens auf die vagen Ausdrücke des Sinnes und des Verstehens, das erlaubt, einen Gegenstandsbereich, der längst durch exaktere Theorien (in diesem Falle Modelltheorien) zweckmäßig erklärt werden kann, aufs neue mit Hilfe von spekulativen subjektiven Meinungen für irrationale ideologische Zwecke, eventuell rassistischer Art, auszudeuten.

Die Kritik an der Methode des idealtypischen Verstehens kann aber nicht einfach darin bestehen, daß generell behauptet wird, „Wahrheit als Wesensschau, als das Erfassen erster Ursachen oder finaler Bestimmungen“⁸⁴ könne vom Wissenschaftler nicht geliefert werden. Erst müßte nachgewiesen werden, daß Erkenntnis der Gesellschaft nichts anderes sei als Erkenntnis von Natur. Wohl aber kann gesagt werden, daß die unbestimmte Rede von Sinnhaftigkeit und Verstehen einer letzten Endes unbeschränkten Subjektivität Tür und Tor öffnen kann. Bei der Auswahl des Kriteriums der Unterscheidung für Typologien fehlt z. B. auch bei Max Weber nicht eine gewisse Willkür: „Anstelle des Legitimitätsprinzips könnte als Voraussetzung der Reduktion ein anderer Zug und ein anderes Moment herausgehoben, vorsätzlich isoliert und betont werden.“⁸⁵ Damit bleibt diese Methode einer ständigen Ideologisierung ausgesetzt; man denke nur an Max Webers politisch-wissenschaftliche Analyse des Imperialismus⁸⁶. Die Einbeziehung des notwendigen Zusammenhangs politisch-soziologischer Theorie mit Praxis kann in diesem Rahmen z.B. ohne große Schwierigkeit zu einer Wiederbelebung

82 Ebd. S. 249

83 Ebd. S. 248

84 Howard Becker, *Soziologie als Wissenschaft vom sozialen Handeln*, Würzburg 1959 (*Through Values to Social Interpretation*, Durham, North Carolina 1950), S. 197

85 Carlo Antoni, *Vom Historismus zur Soziologie*, Stuttgart 1950, S. 245

86 Vgl. Max Weber, *Soziologie, Weltgeschichtliche Analyse, Politik*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1964³, S. 80 ff.

der aristotelischen Staatsphilosophie und Topik führen⁸⁷, was der Reaktivierung Goethescher Typologie für die Biologie in nichts nachsteht.

Gleichwohl wird die Typenbildung für soziale Gebilde niemals nur nach dem Vorliegen merkmalmäßiger Übereinstimmung oder Unterschiede vorgenommen. Der morphologische Sozialwissenschaftler wird von vornherein zu verstehen suchen, woraus eine bestimmte Gesamtgestaltung, z. B. der Wirtschaft, entspringt. „Er wird sie nicht zufällig gegeben betrachten, sondern eine hinter ihr liegende Sinn-einheit suchen, welche die einigermaßen einheitliche Gestaltung prägt. Der Typus erhält so ein verstehendes, ein Sinnmoment.“⁸⁸ Die Starrheit des hier und heute fixierten Gegenstandes wird damit auflösbar in ein „Spannungsfeld des Möglichen und des Wirklichen . . .“⁸⁹. Wirklich aufgelöst wird sie erst durch kritische Theorie, die die Gefahr der Ideologisierung durchs Moment subjektiver Willkür mit Hilfe der historischen Bestimmung der Kategorien rationaler „Sinnanalyse“ zu bannen sucht.

VI

Die Geschichte der politischen Wissenschaft seit Aristoteles ist gekennzeichnet durch eine ständige Verschiebung des Bewußtseins von der Beziehung von Theorie und Praxis. Aristoteles begriff die Politische Philosophie noch als Teil der praktischen Philosophie, der Ethik⁹⁰. Vernünftiges politisches Handeln war das pädagogische Ziel seiner politischen Theorie, die noch keine strenge Wissenschaft zu sein beanspruchte, sondern lediglich kluges Situationsverständnis zu vermitteln suchte. Bei Thomas von Aquin wird zum ersten Male eine „societas“ aus der politischen Sphäre ausgegliedert, die rein theoretisch abstrakt erfaßbar zu sein scheint. Bei Machiavelli und Morus ist die Gesellschaft endgültig von der politischen Praxis abgetrennt; der eine entwickelt eine politische Technik ohne vernünftige theoretische Konzeption, der andere eine organisatorische Technik ohne politische Praxis. So kann Hobbes seine empirische Theorie der Politik dem „Bürger“ nicht mehr praktisch-pädagogisch vermitteln. Diese muß stabilisierend statt kritisierend wirken. Kant erst gelingt es — seit Aristoteles zum ersten Male — wieder, im Anschluß an die englische und physiokratische Reflexion der bürgerlichen Gesellschaft die praktisch-pädagogische Vermittlung als Problem zu sehen und

87 Vgl. Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Philosophie*, Neuwied und Berlin 1963 (*Politica*, 14); Hennis folgt in diesem Buch Gedankengängen der Leo Strauss-Schule in den USA. Vgl. Herbert J. Storing (Hrsg.), *Essays on Scientific Study of Politics*, New York 1962

88 Heinz Haller, *Typus und Gesetz . . .*, S. 69

89 Theodor W. Adorno, *Soziologie und empirische Forschung*, in: *Logik der Sozialwissenschaften*, hrsg. von Ernst Topitsch . . . , S. 512

90 Vgl. dazu und zum Folgenden Jürgen Habermas, *Die klassische Lehre von der Politik in ihrem Verhältnis zur Sozialphilosophie*, in: *ders., Theorie und Praxis*, Neuwied und Berlin 1963 (*Politica*, 11), S. 13—51

die Geschichtsphilosophie als das Instrument, das diese Vermittlung zu leisten vermag. Die Lehre von der bürgerlichen Öffentlichkeit gestattet den Bezug auf politische Praxis⁹¹. Hegels dialektische Theorie anstelle empirischer Sozialphilosophie entsteht dann aus praktischem Bewußtsein auf der Grundlage der politischen Krise. Der Adressat seiner Geschichtsphilosophie ist der Staat selbst⁹². Doch konstituiert sich bei ihm Philosophie am Ende als eigene Totalität und verliert damit ihren kritischen Bezug. Erst bei Marx wird Praxis und Kritik als objektives Interesse nachgewiesen. Die politische Ökonomie beweist die Notwendigkeit der Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Die notwendige „kritische“ Praxis gründet in der ökonomischen Krise; die Welt wird begriffen als Krisenzusammenhang. Die Entwicklung des dogmatischen Marxismus allerdings hat den Bezug zur Praxis wieder verschüttet⁹³. Heute wird — auf der Grundlage dialektischer Theorie — wieder zunehmend erkannt, daß politische Theorie immer auch politische Praxis bedingt, ob mit oder ohne Reflexion des Problems.

Das soziologische und sozialphilosophische Denken in unserer Gesellschaft ist darauf angewiesen, in öffentlicher Diskussion zum Verständnis der eigenen Lage zu gelangen. Solchen „reflexiven Sozialtheorien“⁹⁴ galt es deshalb immer in Perioden Aufmerksamkeit zu schenken, in denen die öffentliche Diskussion durch politisch-soziale Veränderungen starken Auftrieb erhielt. Topitsch versucht in einer solchen Situation über die vage Formel der „Einheit von Theorie und Praxis“ in methodologischer Reflexion hinauszugelangen⁹⁵. Marx hat nach Topitsch zum ersten Mal die bewußte Wendung in der soziologischen Theorie zum „Aktivismus“ vollzogen. Er hat als Programm ausgesprochen: es ist nicht Aufgabe der Philosophie, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Er wußte darum, daß die Theorie zur materiellen Gewalt werden kann, wenn sie die Massen ergreift⁹⁶. „Aber gerade dadurch, daß Marx die Motivationskraft und Motivationsabsicht gewisser Sozialtheorien klar bewußt gemacht und von aller rein wissenschaftlichen Analyse unterschieden hat, ist diese motivierende Funktion selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Zergliederung geworden.“⁹⁷ Denn grundlegende Unklarheiten blieben bei Marx bestehen, etwa die des Verhältnisses von „ge-

91 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962, S. 118 ff.

92 Vgl. Joachim Ritter, *Hegel und die französische Revolution*, Frankfurt/Main 1965, S. 69 ff.; Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit* . . . , S. 133 ff.; ders., *Theorie und Praxis*, S. 89 ff.

93 Vgl. Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis* . . . , S. 162—214

94 Ernst Topitsch, *Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung*, in: ders., *Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft*, Neuwied 1966², S. 134

95 Ebd. S. 134 ff.

96 Vgl. Herbert Marcuse, *Vernunft und Revolution*, Neuwied und Berlin 1962, S. 274—282

97 Ernst Topitsch, *Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung* . . . , S. 137

schichtlicher Notwendigkeit“ und revolutionärer Aktion, die nicht lediglich durch die Einführung des schillernden Begriffes „dialektisch“ beiseite geschoben werden kann.

Die reflexive Sozialtheorie ist nach Topitsch ihrer Struktur und Funktion nach ganz anders geartet als eine bloß darstellende Theorie auf dem Gebiet der Natur- oder Gesellschaftswissenschaften. Sie ist kein System von Aussagen über den Ablauf eines Geschehens, das den Menschen, die darum wissen, rein objektiv gegenübersteht. „Sie stellt vielmehr eben diese Menschen gedanklich in ein mehr oder minder umfassendes Rollenspiel hinein; sie sagt ihnen, wie sie sich zu ihren Partnern verhalten sollen und wessen sie sich von diesen zu vergegenwärtigen haben. So entwickelt die reflexive Soziallehre einen Zusammenhang typischer gesellschaftlicher Lebenssituationen, in welchem mit der wirklichen oder vermeintlichen Feststellung eines Sachverhaltes bereits implizit ein Signal zur Auslösung eines werthaften Verhaltens mitgegeben ist.“⁹⁸ Durch die motivierende Kraft von Wertbedeutungen und Zukunftserwartungen wirkt die reflexive Sozialtheorie auch auf das Handeln, das sie zum Gegenstand hat, zurück, sie ist an der Gestaltung ihres eigenen Objektes wesentlich mitbeteiligt. Das Eintreffen oder Nichteintreffen der Vorhersagen, die auf Grund einer solchen Theorie gemacht werden, ist in irgendeiner Weise vom Handeln der Menschen abhängig, in deren Motivationsbewußtsein diese Theorie wirksam ist. „Dann kann es dazu kommen, daß der Eintritt der vorhergesagten Ereignisse durch das Verhalten jener Menschen und damit indirekt durch die Vorhersage selbst beeinflußt — herbeigeführt, gefördert, verzögert oder verhindert — wird. Für Voraussagen, welche auf diese Weise ihr Zutreffen herbeiführen oder verhindern, hat R. K. Merton die Termini der *self-fulfilling* und *self-destroying prediction* geprägt.“⁹⁹

Jede Gesellschaftslehre oder Geschichtsphilosophie, welche soziales Verhalten vorhersagen und motivieren will, müßte sich nun nach Topitsch darüber klar werden, ob die von ihr vorausgesagten Entwicklungen nur auf Grund eines durch sie motivierten Handelns oder auch ohne ein solches eintreten soll. Diese Klärung kann man aber in der Regel nur ganz unzulänglich durchführen. Da das Problem der „soziologischen Induktion“ noch ungelöst ist, kann man bis heute nicht genau angeben, welche künftigen Ereignisse von dem Verhalten einer bestimmten Gruppe — zumal der eigenen — abhängig sind und welche nicht. „So ist es nicht verwunderlich, daß man angesichts dieser ungelösten und oft nicht einmal klar erkannten Probleme vor allem psychologisch-pragmatisch vorgegangen ist. Galt es, die Zuversicht zu stärken, dann rückte man das von aller menschlichen Entscheidung unabhängige ‚eherne Geschichtsgesetz‘ in den Vordergrund; galt es, zu politischem Handeln anzuspornen, dann

98 Ebd. S. 142

99 Ebd. S. 143; vgl. dazu auch Herbert Marcuse, *Vernunft und Revolution* . . . , S. 279

verlegte man den Schwerpunkt auf den Appell zur Aktion.¹⁰⁰ Topitsch sieht als einzigen Ausweg aus der paradoxen Situation den Verzicht auf reflexive Sozialtheorien. Ein unaufhaltsamer „Aufklärungsprozeß“ der Gesellschaft lasse diese allmählich überflüssig werden. „Der Erfolgreiche, dem diese Vorstellungen keinen zusätzlichen Glanz mehr verleihen können, wird an ihnen ebenso desinteressiert werden wie der Unterlegene, dem sie keinen Trost zu spenden vermögen. Man mag sich auch daran gewöhnt haben, daß eine Politik nach ‚absoluten Grundsätzen‘ unmöglich ist, und den Politikern keinen Vorwurf machen, wenn sie in gewissen Grenzen Elastizität üben.“¹⁰¹ Damit wird klar, daß hier ein Neopositivist vor der Faktizität resignierend kapituliert. Seine teilweise intelligente Analyse des Verhältnisses von Theorie und Praxis liefert das Ergebnis, daß exakte Beziehungen zwischen beiden nicht angebbar sind. Doch nicht etwa das ungelöste „soziologische Induktionsproblem“ sollte dafür, so muß man Topitsch entgegenhalten, den Grund abgeben, als vielmehr die unabdingbare Notwendigkeit, mit der jede Sozialtheorie die praktische Wirklichkeit beeinflusst und sei es in der bestehende Strukturen bestätigenden Form, die Topitsch am Ende ausdrücklich formuliert und damit zugibt. Das Induktionsproblem, mit dessen Lösung Topitsch das Verhältnis von Theorie und Praxis klären will, ist eben deshalb nicht lösbar, weil Gesellschaftstheorie immer reflexiv sein muß. Der Versuch der Klärung führt damit in einen Zirkel, der allenfalls als hermeneutisches Vehikel zur ständigen Rationalisierung gesellschaftstheoretischer Aussagen verwendet werden kann.

Will man an reflexiver Theorie festhalten — d. h. an dem ständigen Bewußtsein des Bezuges von Theorie auf Praxis und damit an dem Konzept deren Einheit — so gilt es, die Starrheit des einmal fixierten Gegenstandes als eines in „krisenhaftem Weltzusammenhang“ stehenden aufzulösen „in ein Spannungsfeld des Möglichen und Wirklichen: jedes von beiden ist, um nur sein zu können, aufs andere verwiesen. Mit anderen Worten, Theorie ist unabdingbar kritisch“¹⁰². Die Zielrichtung der Kritik ergibt sich aus der Reflexion der krisenhaften Totalität der Gesellschaft und der Bedingtheit des wissenschaftlichen Erkenntnisapparates durch diese Gesellschaft. Der gesellschaftliche Lebenszusammenhang muß dann begriffen werden als eine die Forschung selber noch bestimmenden Totalität. „Zugleich büßt damit die Sozialwissenschaft ihre vermeintliche Freiheit in der Wahl der Kategorien und Modelle ein; sie weiß nun, daß sie nicht über unqualifizierte Daten verfügt, sondern einzig über solche, die durch den Zusammenhang der gesellschaftlichen Totalität strukturiert sind.“¹⁰³ Eine vorgängige Erfahrung der Gesellschaft als Totali-

100 Ernst Topitsch, *Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung ...*, S. 145

101 Ebd. S. 153

102 Theodor W. Adorno, *Soziologie und empirische Forschung ...*, S. 512

103 Jürgen Habermas, *Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik ...*, S. 293

tät lenkt den Entwurf der Theorie, in der sie sich artikuliert und durch deren Konstruktionen hindurch sie von neuem an Erfahrungen kontrolliert wird. Max Webers Idealtypus versucht auf ganz bestimmte Weise dieses Moment vernünftiger Utopie zu wahren. Er muß nun aber seiner subjektiven Willkür entrissen, aus der vorgängigen Erfahrung der Totalität der Gesellschaft gewonnen werden. Damit wird er in eine neue Qualität „aufgehoben“.

Man könnte einwenden, daß eine solche Theorie immer erfolgloser werden muß, da sie das Problem der analytischen Abstraktion nur schwer angehen kann¹⁰⁴, obwohl gerade diese sich auf anderen Wissenschaftsgebieten immer mehr entwickelt. In der Tat ist die Erfassung einer gesellschaftlichen Totalität notwendig verbunden mit vagen begrifflichen Abstraktionen. Eine neue Theorie der spät-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer politisch-gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie z. B. Georg Lukács fordert¹⁰⁵, ist aber immerhin darauf angewiesen, ihre Begriffe zwei Bedingungen entsprechend zu bilden: die erste Bedingung ist die der möglichen Verwendung für die Erkenntnis gesellschaftlicher Totalität, nicht nur gesellschaftlicher Einzelphänomene; die zweite Bedingung ist die der logischen Genauigkeit entsprechend den Erkenntnissen der modernen Logik. Die logische Untersuchung z. B. der typologischen Begriffsbildung mit Mitteln der Logistik dient ja auch nach Auffassung der Logistiker nicht dem Ziel, die Soziologie etwa aufzufordern, ihre Begriffe „stante pede mit den hier beschriebenen Mitteln streng“ aufzubauen, „wohl aber ermöglicht die Einsicht in die mögliche logische Struktur eines solchen Aufbaues Präzisierung der Fragestellungen und damit dann fortschreitend ein strengeres Fassen der Begriffe“¹⁰⁶. Die „analytische Abstraktion“ wird andererseits um so unwesentlicher, je besser dialektische Begriffe den Erkenntnissen moderner Logik gerecht werden¹⁰⁷. Entsprechend den eingehenden Studien Lenins zu

104 Vgl. Talcott Parsons, die Stellung der Soziologie innerhalb der Sozialwissenschaften, in: Wilhelm Bernsdorf und Gottfried Eisermann (Hrsg.), Die Einheit der Sozialwissenschaften, Stuttgart 1955, S. 71

105 Vgl. dazu: Gespräche mit Georg Lukács. Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, hrsg. von Theo Pinkus, Hamburg 1967, S. 66: „Die Entwicklung des Marxismus macht ihn wegen der langen Periode der Herrschaft des Stalinismus und wegen des Rückschlags, den diese Entwicklung auch auf die kapitalistische Welt hatte, heute noch nicht fähig, auf diese neuen Fragen (des spätkapitalistischen relativen Mehrwerts, d. Verf.) wissenschaftlich fundierte und klare Antworten zu geben. Wir Marxisten sind heute vor die Aufgabe gestellt, diese neuen Probleme der Gesellschaft theoretisch aufzuarbeiten und aus dieser theoretischen Arbeit zu versuchen, neue Anhaltspunkte für Antworten zu finden.“

106 Jürgen von Kempster, Zur Logik der Ordnungsbegriffe . . . , S. 216; im gleichen Sinne Carl G. Hempel und Paul Oppenheim, Der Typusbegriff . . . , S. 122

107 Nur weil in der neueren Geschichte dialektischer Theorie allmählich eine große Kluft zwischen empirischer Theorie und moderner Logik entstanden ist, kann Popper zu der — theoretisch falschen — Aussage

Hegels „Wissenschaft der Logik“¹⁰⁸ am Anfang des Jahrhunderts müssen die Ergebnisse der Logistik heute für die dialektische Theorie erst noch erarbeitet werden. Und wie Lenin in seinen Studien Hegel immer wieder materialistisch interpretierte, bedarf es auch in diesem Falle der ständigen Abwehr analytischer Wissenschaftstheorie, die meist das löchrige Gewand für die Logistik abgibt. Doch diese beiden sind keineswegs untrennbar verbunden. Der Angriff der analytischen Wissenschaftstheorie auf die Dialektik würde viel von seiner Schärfe und von seiner wissenschaftlichen Wirksamkeit verlieren, wenn die dialektische Theorie die Gesetze der Logistik zu beachten in der Lage wäre. Ihre Reflexivität bliebe damit unberührt; die Einheit von Theorie und Praxis könnte enger werden, als sie es bisher war, da die Theorie manche Widersprüche logischer Art vermeiden könnte. Die Forderung nach analytischer Abstraktion könnte außerdem besser abgewehrt werden, da eine solche Theorie mit Recht behaupten könnte, ihre Begriffe seien gerade so exakt, wie es die erkennende Sache selbst erlaube.

Damit soll nicht gesagt werden, daß das Problem der Auseinandersetzung mit neopositivistischen Theorien einfach logistisch auflösbar sei. Wenn Popper behauptet, daß universale Gesetze der Sozialwissenschaften über alle Epochen der Geschichte hinweg zu gelten hätten, weil jede Wissenschaft nach Gesetzen mit unbegrenztem Geltungsbereich zu suchen habe, so ist das eine wissenschaftstheoretische Aussage, die bedingt ist durch den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem ein Wissenschaftler steht und den gesellschaftlichen Interessen, denen seine Forschung dient. Diese sind nicht durch logische Analyse beiseite zu schieben. Dennoch wird die wissenschaftliche Auseinandersetzung schärfer und wirkungsvoller, wenn sie solchen Thesen mit logisch einwandfreien Gegenthesen begegnen kann. Nur darf sich dialektische Theorie nicht dazu verleiten lassen, logische Genauigkeit um ihrer selbst willen anzustreben. Eben das macht das gefährliche Konzept des Neopositivismus aus.

So fordert der dezidierte Analytiker typologischer Begriffsbildung, Kempfski, in seinen wissenschaftstheoretischen Reflexionen der politischen Wissenschaft¹⁰⁹, diese habe vor allem die Aufgabe, eine im wesentlichen ahistorische, formale Theorie des Wählerverhal-

gelangen: Die Dialektiker behaupten, „daß Widersprüche nicht vermieden werden können, da sie überall in der Welt auftreten. Eine derartige Behauptung läuft auf einen Angriff gegen das sogenannte ‚Gesetz vom Widerspruch‘ ... der traditionellen Logik hinaus ... Wenn sich die Dialektiker nun auf die Fruchtbarkeit der Widersprüche berufen, so fordern sie die Aufgabe dieses Gesetzes der traditionellen Logik. Sie behaupten, daß die Dialektik auf diese Weise zu einer neuen Logik führt — zu einer dialektischen Logik.“ (Karl R. Popper, Was ist Dialektik, in: Ernst Topitsch [Hrsg.], Logik der Sozialwissenschaften ..., S. 266)

108 Vgl. W. I. Lenin, Aus dem philosophischen Nachlaß, Berlin 1961⁴ (1. Aufl. 1932), S. 1—164

109 Jürgen von Kempfski, Recht und Politik, Studien zur Einheit der Sozialwissenschaft, Stuttgart 1965

tens¹¹⁰ und des Wettrüstens¹¹¹ zu liefern. Noch immer gilt für solche Versuche die Kritik Mannheims: „Die Soziologie, die im Zeichen der generalisierenden Naturwissenschaften entstanden ist, nur mit einer generalisierenden Methode arbeitete und das wirklich historische Element aus ihrem Gegenstand sozusagen ausmerzte, in dem sie die verschiedensten sozialen und geistig-seelischen Beziehungen aller Zeiten und aller Völker gleichsam auf eine Ebene in einer generalisierenden flächenhaften Typik nebeneinander gereiht hatte, mußte übersehen, daß sie dadurch nur die Oberflächenerscheinungen der soziologischen Bedingtheit erfassen konnte.“¹¹² Der große Mangel z. B. der Political Science in den USA ist heute, daß man sich mit der Konstruktion von „Modellen“ beschäftigt, von abstrakten und historisch weitgehend entleerten real-kausalen „Idealtypen“, „von graphisch darstellbaren Entscheidungs- und Handlungsabläufen genereller Natur, die jedenfalls bisher wenig dazu beigetragen haben, der interdisziplinär erweiterten Wissenschaft von der Politik einen neuen Zusammenhalt zu geben“¹¹³. Die Forschung tendiert dazu, sich in Detailempirie zu verlieren, ohne die Vorklärung der politikwissenschaftlichen Relevanz der jeweiligen Frage- und Problemstellung vorzunehmen. Die historische Dimension geht dabei verloren und die Kategorien und Konzepte werden aus dem historischen wie gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang herausgelöst. Die politische Entwicklung der Gesellschaft wird damit der Irrationalität subjektiver Entscheidungen und reinen „Machtkämpfen“ überlassen. Wittgenstein hat wohl die Generalthese der analytischen Wissenschaftstheorie formuliert: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.“¹¹⁴ Es gab für ihn aber nicht nur das „Unaussprechliche“, das „Mystische“, das sich trotz des Schweigens zeigt. Er sprach auch von den „Lebensproblemen“¹¹⁵, die noch gar nicht berührt sind, wenn die wissenschaftlichen Fragen im neopositivistischen Sinne beantwortet sind. Gerade um diese aber geht es einer politikwissenschaftlichen Theorie, die den gesamtgesellschaftlichen Bildungsprozeß nicht aus dem Auge verliert, die von einem „emanzipatorischen

110 Ebd. S. 210 ff.; vgl. dazu V. O. Key, Das Problem der Partei-Identifikation, in: Political Science, ausgewählt und eingeleitet von Ekkehart Krippendorff, Tübingen 1966, S. 87—92

111 Jürgen von Kempfski, Recht und Politik ..., S. 215; vgl. dazu Anatol Rapoport, Die Mathematik des Wettrüstens, in: Political Science, ausgewählt und eingeleitet von Ekkehart Krippendorff ..., S. 271—282

112 Karl Mannheim, Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und herausg. von Kurt H. Wolff, Berlin und Neuwied 1964, S. 297

113 Ekkehart Krippendorff, Politische Wissenschaft in USA, in: Political Science, ausgewählt und eingeleitet von Ekkehart Krippendorff ..., S. 13

114 Ludwig Wittgenstein, Tractatus logico-philosophicus, Frankfurt/Main 1963, S. 115

115 Ebd. S. 114

Erkenntnisinteresse geleitet“ ist, „das allein auf Reflexion zielt, und das Aufklärung über den eigenen Bildungsprozeß verlangt“¹¹⁶.

Die typologische Begriffsbildung kritischer Theorie hat sich also der Kritik der Logistik zu stellen, allerdings nicht in einem isolierten Rahmen, sondern immer im Zusammenhang einer die gesellschaftliche Totalität erfassenden Theorie. Sie hat die Kritik der Unterscheidung von Idealtypen und Realtypen, insofern damit klassifikatorische oder topologische Typen gemeint sind, zu akzeptieren, während sie andererseits die Rede vom akausal-ideellen Idealtypus verwenden kann, um das Problem reflexiver Sozialtheorie bewußt werden zu lassen und es dann auf seinen eigentlichen Begriff zu bringen; die kritiklose Übernahme der Euckenschen Vorstellungen¹¹⁷ muß auf jeden Fall Mißverständnisse hervorrufen.

116 Jürgen Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften (Philosophische Rundschau, Beiheft 5), Tübingen 1967, S. 193

117 Vgl. Wolfgang Abendroth, Politische Wissenschaft als politische Soziologie, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967, S. 11: „Idealtypische Setzungen erweisen also ihren wissenschaftlichen Wert erst daran, ob sie dem gesellschaftlichen Material immanent sind, ob ihnen reale Typen gesellschaftlichen Verhaltens entsprechen.“

Bassam Tibi

Theorien der Konvergenz kapitalistischer und sozialistischer Industriegesellschaften

Seit etwa einem Jahrzehnt werden Versuche unternommen, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den „industriellen“ Gesellschaftsordnungen der USA und der Sowjetunion durch vergleichende Analyse zu konstatieren. Die Bemühungen haben zu dem geführt, was heute unter der Bezeichnung „Konvergenztheorie“ kursiert. Die Motive jener Konvergenztheoretiker sind recht unterschiedlicher Natur. So werden Soziologen und Nationalökonomien wie etwa W. W. Rostow und R. Aron von einem mehr oder weniger scharfen Antikommunismus getrieben. Sie benutzen die Konvergenztheorie als theoretische Fundierung der Behauptung, daß die Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus schlechthin die jeder industriellen Gesellschaft seien. Das Ziel ist, die Marxsche zentrale Kategorie der „Produktionsverhältnisse“ als nicht brauchbar ad acta zu legen und sie durch die ärmere Kategorie der „industriellen Gesellschaft“ zu ersetzen.

Systemtheoretiker wie Huntington und Brzezinski akzeptieren zwar diesen theoretischen Ansatz und erklären mit Aron und Rostow, daß die Prinzipien des Kapitalismus als solche für jede Industriegesellschaft konstitutiv seien. Doch unterscheiden sie sich darin, daß sie ihren Beitrag als Bekämpfung des Antikommunismus verstehen. So halten sie dem amerikanischen militanten Antikommunismus, der fanatisch eine naive Zusammenbruchstheorie über das Sowjetsystem verfißt, entgegen, daß gerade dieses System funktionsfähig ist und daher alle Existenzbedingungen besitzt. Marcuses Konvergenztheorie versucht wenigstens das Konvergenz-Phänomen einigermaßen zu erklären, ohne dabei in die übliche Apologie des Kapitalismus zu fallen.

I.

Die einflußreichste Formulierung der Konvergenztheorie stammt von W. W. Rostow¹. Er vermeint, jede Wirtschafts- und Sozialgeschichte in sein Schema der Wachstumsstadien pressen zu können. Rostow nennt fünf dieser Stadien. Das *erste* ist das Wachstumsstadium der traditionellen Gesellschaften (18 ff.), d. h. solcher, die

1 W. W. Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie (Orig.: The Stages of Economic Growth), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1961 (1967²), (213 S., kart., 7,80 DM).

„vornewtonisches Verhalten gegenüber der physikalischen Natur“ (18) aufweisen. Anders ausgedrückt: Gesellschaften mit vortechnischen Kulturen. Hier findet zwar sozialer Wandel statt, doch bleibt er innerhalb eines Rahmens nicht-technisch-wissenschaftlicher Naturbeherrschung (18 f.). Der Fatalismus prägt das Wertsystem solcher Gesellschaften. Das *zweite* Stadium beinhaltet eine Anlaufperiode, in der die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen werden (20 ff.). Wissenschaft und Technik beginnen die Strukturen zu prägen. Es handelt sich hier um eine Übergangsgesellschaft. Das *dritte* Stadium stellt den wirtschaftlichen Aufstieg dar, der hauptsächlich technologisch bedingt ist (22 ff.). Wachstum wird zur normalen Bedingung, und Technik wie Wissenschaft werden zur Basis der Gesellschaft. Die sozial-politischen und wirtschaftlichen Strukturen werden vollends umgestaltet. Es folgt das *vierte* Stadium, das der Reife (24 f.), in dem Technik und Wissenschaft auf alle sozialen Bereiche ausgebreitet werden. Neue Industrien entstehen. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden internationalisiert. Vor- und antitechnische Strukturen werden völlig überwunden. Das *fünfte* Stadium schließlich, das die Industriegesellschaften auf ihrer fortgeschrittensten Stufe erreicht haben, ist das Zeitalter des Massenkonsums, das durch zwei Merkmale charakterisiert ist: 1. das Steigen des Prokopf-Realeinkommens und 2. durch Veränderungen der Struktur der Arbeiterschaft zugunsten der Facharbeiter und Angestellten, die danach streben, „die Früchte der Wirtschaft in der Form von Konsumgütern zu genießen“ (26). Wohlfahrtsmaßnahmen bestimmen das soziale Geschehen.

Nach Rostow ist es schwer zu prognostizieren, welches Stadium nachfolgen wird. Jedoch kann festgestellt werden, daß die „Nachfrage nach Babies“ gestiegen ist, wengleich Rostow meint, es sei „etwas zu früh, . . . ein neues Wachstumsstadium zu kreieren, das auf Babies gegründet ist“ (27).

Ein Non-Communist-Manifesto: so nennt Rostow sein Schema der Wachstumsstadien. Die Begriffe: traditionelle Gesellschaft, Anlaufperiode, Aufstiegsperiode, Reifestadium und Massenkonsumzeitalter werden den als unpräzise bezeichneten Marxschen Kategorien: Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus gegenübergestellt (174). Rostow wähnt, die gleiche Problemstellung wie Marx zu haben, dessen „Grundirrtümer“ jedoch zu vermeiden. Die Marxsche Theorie wird dann ad acta gelegt und Marx selbst ins Museum verwiesen als einer, der „zu den großen Männern des Westens (gehört), die auf verschiedene Weise gegen die sozialen und menschlichen Kosten der Entwicklung zur Reife rebellierten und die ein besseres und ein menschlicheres Gleichgewicht für die Gesellschaft suchten“ (188). Wobei Marx sich in seiner Rebellion noch von einem „dämonischen Egoismus“ (ibid.) habe treiben lassen! Auch hätten er und Engels „eine etwas irrtümliche Ansicht über den industriellen Arbeiter“ (ibid.) vertreten. Und schließlich: „Der moderne Kommunismus ist in einer sehr konkreten Weise durch die Marxschen Irrtümer und Mängel geformt worden“ (189).

Die Unterschiede zwischen den USA und der SU werden auf Grund des Wachstumsschemas auf Probleme der Phasenverschiebungen reduziert. Kommunismus wird erklärt als „unmenschliche Form politischer Organisation, die fähig ist, einen Wachstumsprozeß in Gesellschaften einzuleiten und aufrechtzuerhalten, in denen die Anlaufperiode keine bedeutende unternehmerische Mittelklasse und keine aufreichende politische Übereinstimmung zwischen den Führern der Gesellschaften hervorgebracht hat. Es ist eine Art Krankheit, die eine traditionelle Gesellschaft befallen kann, wenn sie nicht die Elemente in sich wirksam organisieren kann, die bereit sind, die Aufgabe der Modernisierung durchzuführen“ (194).

Nur die „Entwicklungsländer“ seien anfällig für diese „Krankheit“, da sie eine „Anlaufperiode“ brauchten. Wenn jedoch die Ostblockstaaten das Zeitalter des „Massenkonsums“ erreichten, so werde der Kommunismus dort absterben. „Das Wesen des Kommunismus wird im Zeitalter des Massenkonsums wahrscheinlich dahinschwinden, und das hat auch Moskau schon begriffen“ (161). Nach Rostow versuchte „Moskau“ gerade deswegen, das Eintreten dieses Stadiums zu verhindern. Außerdem dämpfe und schiebe die SU das Massenkonsumzeitalter hinaus, weil sie „eine Nation ist, die versucht, ihr Reifestadium in eine Weltherrschaft zu verwandeln“ (ibid.). Dennoch meint Rostow, daß die Konvergenz auf lange Sicht auf dem Boden des Zeitalters des Massenkonsums eintreten werde.

II.

Auch Arons² Konvergenz-These gründet — wie die der anderen Autoren — auf der Kategorie der „industriellen Gesellschaft“. Nach Aron ist es unfruchtbar, von den Marxschen Begriffen wie etwa Kapitalismus oder Sozialismus auszugehen. Wird dagegen die Kategorie der „industriellen Gesellschaft“ als Ausgangsbasis einmal akzeptiert, so vermag man von vornherein festzustellen, daß „die sowjetischen und die kapitalistischen Gesellschaften ... nur zwei Arten ein und derselben Gattung oder zwei Abwandlungen ein und desselben sozialen Typs (sind): der progressiven industriellen Gesellschaft“ (37 f.; auch 36 und passim). Nun muß nach Aron zwar die „industrielle Gesellschaft“ ein Oberbegriff jeder Analyse der modernen entwickelten Gesellschaften sein; die Beschränkung auf diese Kategorie allein führe jedoch zu falschen Schlüssen. Aron will sie in Zusammenhang gebracht wissen mit den Begriffen „Wachstumsmodell“ und „Wachstumsphase“ (cf. 259 und passim). Die Konvergenz der Systeme der divergierenden Weltmächte beschränkt sich dann auf die gemeinsamen Merkmale beider als Typen industrieller Gesellschaften. Die Wachstumsmodelle beider Systeme bleiben aber grundverschieden. Aron lehnt also die Rostowsche These der totalen

2 R. Aron: Die industrielle Gesellschaft. 18 Vorlesungen (Orig.: *Dixhuit Leçons sur la Société Industrielle*), Fischer-Bücherei 636, Frankfurt 1964 (268 S., kart., 4,80 DM). Die hier zu besprechende Schrift wurde bereits rezensiert im *Argument* Nr. 34 (7. Jg. 1965), S. 60 f., von H. D. Boris.

Konvergenz ab und versteht seine Analyse als Entschleierung des „Mythos einer zwangsläufigen Übereinstimmung der beiden Typen industrieller Gesellschaft“ (8). Die bestehenden sozialistischen Systeme, so Aron, „erfüllen in weitem Maße die von Marx dem Kapitalismus zugewiesene Funktion, nämlich die der Entwicklung der Produktivkräfte“ (38). Dieses Faktum rechtfertigt das allgemeine Erfassen der Problematik, und zwar unter dem Gesichtspunkt der „industriellen Gesellschaft“, also unter Abstraktion von dem konkreten und spezifischen Inhalt der divergierenden Systeme: Aron spricht von Abstraktion vom Wachstumsmodell. Eine solche Problemstellung erlaubt die Suche nach den gemeinsamen Zügen der beiden sogenannten Typen industrieller Gesellschaft (ibid.). Die Andersartigkeit wird nur als die der Institutionen begriffen, und diese hängen nach Aron lediglich mit dem spezifischen Wachstumsmodell des jeweiligen Typus industrieller Gesellschaft zusammen — unabhängig von der Funktionsweise dieses Systems, die ja Aron zufolge allen industriellen Systemen gemeinsam ist. Die Institutionen werden also von Aron nicht in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesehen (cf. z. B. 103 und passim).

Aron zufolge kann man aus der elementaren Definition der industriellen Gesellschaft einige grundlegende Eigentümlichkeiten ableiten, die diese Gesellschaft charakterisieren. Er nennt fünf ihm wichtig erscheinende Charakteristika (69 ff.). 1. Die Trennung der Familie vom Betrieb; 2. die Form der Arbeitsteilung im industriellen Betrieb; 3. die Akkumulation des Kapitals als Voraussetzung für industrielle Unternehmen; 4. die Wirtschaftlichkeitsberechnung; und schließlich 5. die Konzentration der Arbeitskraft am Arbeitsort. Aron meint, die ganze marxistische Konzeption an der Ähnlichkeit von Großunternehmen in sozialistischen und kapitalistischen Ländern falsifizieren zu können (105).

Die Stratifikation ist durch die oben erwähnte industrielle Arbeitsteilung bedingt; sie ist nach Aron sowohl im Osten als auch im Westen unaufhebbar (81; auch 89). Für ihn gehört sie a priori zur Struktur aller industriellen Gesellschaften. Dabei zählen die geistigen Tätigkeiten der technischen und nichttechnischen Intelligenz zu den privilegierten Kategorien (257). Die Eigentümer an Produktionsmitteln werden aus der Analyse, die auf allen Ebenen höchst abstrakt bleibt, eskamotiert. Ähnlich verfährt Aron mit der Frage der Gewinnmaximierung. Ihm zufolge ist „das Gewinnstreben . . . nun aber einmal grundlegend für das Funktionieren jedes modernen Industriesystems“ (88). Er sieht diese These im Sowjetsystem bestätigt und leitet daraus die ewige Gültigkeit des Gewinnmaximierungsprinzips ab.

Als ein weiteres gemeinsames Merkmal nennt Aron die Usurpation der Mehrwertrate vom Arbeiterlohn in beiden Systemen. Er übt in dieser Hinsicht keinerlei Kritik, sondern sieht darin den Beweis, daß „in einer Wirtschaft modernen Typs . . . es auch gar nicht anders sein (kann)“ (82). Denn nach Aron würde eine Gesellschaft, in der nicht akkumuliert wird, stagnieren. Dies aber trete ein, wenn der Unter-

nehmer die Mehrwertrate nicht akkumuliere und wenn die Arbeiter den von ihnen geschaffenen Wert völlig konsumierten. Eine solche Gesellschaft ist für Aron statisch; sie kann nicht progressiv und dynamisch sein, weil in ihr kein Wachstum und kein technischer Fortschritt möglich sind, da diese nach ihm gerade von der Akkumulation der Mehrwertrate abhängen (ibid.).

Die Wachstumstheorie steht im Mittelpunkt der Aronschen Konvergenzthese, da „das Wachstum ein allen industriellen Gesellschaften gemeinsamer Wesenszug ist“ (153). Nach Aron erinnert die Wachstumstheorie daran, „daß die modernen Wirtschaften ihrem Wesen nach progressive Wirtschaften sind und daß das Fortschreiten durch den technischen Fortschritt oder die Steigerung der Arbeitsproduktivität bestimmt wird“ (126). Autoritäre Sanktionen hält Aron für unabdingbar für das Vorantreiben des Wachstums und seinen sogenannten Fortschritt. Denn: „Ein System ohne Verpflichtungen und Sanktionen ... behindert offensichtlich das Wachstum. Dieser Typ kann von einer kapitalistischen und ... auch von einer sozialistischen Wirtschaft dargestellt werden“ (149 f.).

Das wichtigste Moment, das das sowjetische Wachstumsmodell von dem kapitalistischen unterscheidet, nämlich die Priorität des Schwerindustriesektors, wird nach Aron allmählich verschwinden, da der Zustand der Unterproduktion in der SU schnell überwunden werde. Das wird dann dazu führen, daß die Wirtschaftlichkeitsberechnung auch im Konsumindustriesektor eingeführt wird (cf. 211). Somit wird nach Aron die sowjetische Wirtschaft kapitalistische Züge tragen, wie das kapitalistische Modell des sogenannten Wohlfahrtsstaates angeblich sozialistische Züge aufweist (cf. 226). Auch würde die Übernahme der Planung im Westen zur Konvergenz beitragen (cf. 75). Aron zufolge bedeutet diese Konvergenz jedoch längst nicht die Aufhebung des Ost-West-Konflikts. „Die Frage, ob sich die industriellen Gesellschaften ähneln oder nicht, hat wohl gemerkt nichts mit der Frage zu tun, ob sie miteinander Krieg führen werden oder nicht ... Es wäre irrig zu glauben, die sowjetische und amerikanische Gesellschaft würden sich lieben, wenn sie sich ähneln. Man muß die beiden Fragen auseinanderhalten“ (176).

III.

Huntington-Brzezinski³ interessieren sich in Abhebung von Rostow und Aron als funktionalistisch orientierte Politikwissenschaftler bei ihrer Systemanalyse der USA und der SU fast ausschließlich für das Funktionieren beider genannten Regierungssysteme. Denn, so behaupten sie (15), der Erfolg beider Staaten hänge letztlich von der Funktionsfähigkeit ihrer Systeme ab. Zunächst untersuchen sie das Verhältnis von politischen Ideen und Politik, das sie als entscheidenden Faktor bei jeder Systemanalyse ansehen (17). In der

3 Huntington, S. P., und Z. K. Brzezinski: Politische Macht: USA/UdSSR. Ein Vergleich. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1966 (496 S., Ln., 28,— DM).

SU nehmen die politischen Ideen nach der Meinung der Autoren die Form einer „Ideologie“ an. Sie nennen die sowjetischen politischen Ideen „Ideologie“, weil es in der SU „offiziell verkündete Texte gibt, die die Grundlehren und Anleitungen zum Handeln enthalten“, und weil diese Ideen „systematisch“, „institutionalisiert“ und „für jeden Bürger verbindlich“ sind (33). Die politischen Ideen in den USA erfüllen diese Bedingungen nicht und sind daher auch keine „Ideologie“. Die Autoren nennen sie „politische Anschauungen“. Es werden dann Ähnlichkeiten und Unterschiede festgehalten, so z. B., daß die politischen Ideen in den USA keine Einheit von Theorie und Praxis darstellen, was in der SU — so meinen die Autoren — der Fall ist (36 f.). Die amerikanischen politischen Ideen sind außerdem nicht institutionalisiert, sieht man von der Verfassung und den Federalist Papers ab (34 f.). Der Unterschied zwischen der sogenannten sowjetischen Ideologie und den sogenannten amerikanischen politischen Anschauungen wird erklärt aus der Tradition beider Länder. Nach Huntington-Brzezinski kann der starre Charakter der „sowjetischen Ideologie“ nur im Zusammenhang mit der russischen dogmatisch-orthodoxen Kirche sowie dem Fehlen der Tradition des Pluralismus verstanden werden (cf. 38 ff.). Während die politischen Ideen in enger Kohärenz mit der sowjetischen Politik stehen, da diese immer durch eine theoretische Analyse untermauert werden muß, ist die amerikanische Politik adoktrinär und hat einen dezisionistischen Charakter (55; auch 57 f.).

Trotz dieser Unterschiede haben die politischen Ideen in den USA und der SU die gleiche Funktion, nämlich die Legitimation des Systems sowie die soziale Integration zu leisten (60 ff.). „Damit die Bürger an bestimmten Anschauungen teilnehmen können, müssen sie fast automatisch auf bestimmte wesentliche Begriffe, Symbole oder Bestrebungen reagieren“ (63).

Huntington-Brzezinski sind davon überzeugt, daß die Wirkung der politischen Ideen auf die Individuen vom Grad der technischen Entwicklung abhängt. Sie heben hervor, daß die „Entwicklung der Industriewirtschaft und der Technik einen solch hohen Grad sozialer Komplexität geschaffen (hat), daß die Anziehungskraft der rein doktrinären Programme in den entwickelten Ländern im Schwinden begriffen ist und sich ein ‚instrumentales‘ System zu entwickeln beginnt. Das Absterben des Marxismus in den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas ist hierfür ein gutes Beispiel“ (89 f.). Mit dieser Entwicklung wird nach Erklärung der Autoren auch das Sowjetsystem allmählich instrumentaler, d. h. weniger ideologisch. Das amerikanische System hingegen, das bereits instrumental ist, nimmt durch den kalten Krieg einen ideologischen Charakter an, so daß schließlich beide Systeme die Merkmale der städtisch-industriellen Gesellschaft erhalten und sich strukturell angleichen (91).

Da die Theorie im Sowjetsystem eine elementare Rolle spielt, gewinnt die sowjetische Außenpolitik einen stets dynamischen und politischen Charakter, zumal auch sie ständig von einer theoretischen Analyse geleitet wird. Dagegen ist die angeblich adoktrinäre ameri-

kanische Außenpolitik statisch und legalistisch (73). Hier haben die sowjetischen politischen Ideen nach Huntington-Brzezinski einen sehr positiven Wesenszug.

Die Verfasser schreiten dann fort zur Untersuchung des Verhältnisses System-Individuum in den USA und der SU. In beiden Ländern wird — so die Autoren — das Individuum politisiert, sozial gestaltet und formiert. Dies wird jedoch durch verschiedene Methoden erreicht, die jeweils von dem mehr instrumentalen oder mehr ideologischen Charakter des Systems bedingt sind (94 ff.). Im Sowjetsystem wird das Individuum von dem Freund-Feind-Schema in Hinsicht auf internationale Klassenverhältnisse geprägt. In den USA wird bereits in der Volksschule ein hetzerischer Antikommunismus betrieben. So wird z. B. den Kindern im Schulunterricht in Boston beigebracht, daß es in der SU KZs gibt, in denen Häftlinge aller Nationalitäten zwangsarbeiten müssen (97 ff.). Diese manipulierende Politisierung begreifen Huntington-Brzezinski als Beteiligung am politischen Leben (cf. 108 ff.). Politisierung wird den Autoren zum Synonym für Integrierung. Das nicht integrierte Verhalten bezeichnen sie als „Entfremdung“ (123). So wird der Entfremdungsbegriff seines kritischen Gehaltes vollends beraubt und neutralisiert. Er wird verstanden als „Folge eines raschen sozialen Wandels, des Bruchs mit der überkommenen Ordnung, der schnellen Industrialisierung und Urbanisierung oder anderer bedeutsamer Diskontinuitäten im sozialen Leben“ (127). Aus dieser Perspektive ist die Entfremdung den beiden Systemen gemeinsam, ebenso wie Wissenschaft und soziale Manipulation (cf. 140 ff.).

Die politische Führung wird als ein Problem hohen Ranges betrachtet. Die Autoren verstehen sie technologisch. Denn: „Eine komplexe Gesellschaft mit vielen Spezialisten und Untergruppierungen erfordert eine Persönlichkeit, die ihre Tätigkeit koordiniert und integriert. Das ist die Aufgabe der politischen Führer. Der politische Führer . . . ist der Generaldirektor des modernen Staates“ (147). Der Politiker in der komplexen Gesellschaft muß nach Huntington-Brzezinski auch Technokrat und Bürokrat sein. „Die moderne Gesellschaft ist eine bürokratisierte Gesellschaft. Sie benötigt daher bürokratische Politiker“ (189). In dieser Hinsicht divergieren die beiden Systeme ein wenig, denn in der SU spielt der politische Faktor eine größere Rolle bei Führungsselektionen, während in den USA die Führung aus der politischen Bürokratie erwächst. Dieser Unterschied wird jedoch allmählich abgebaut (191 f.). Es wird dann von den Verfassern betont, daß die Führungskräfte beider Systeme sich aus dem Mittelstand rekrutieren und daß in der SU die Russen bevorzugt werden, in den USA dagegen die Weißen (149 f.). Das Problem der Nachfolge, als Problem der politischen Führung, existiert in beiden Systemen, wovon stattfindende Kämpfe zeugen.

Das Problem der Macht bildet den zentralen Punkt der ganzen Analyse von Huntington-Brzezinski; es wird — losgelöst von jeglichem Zusammenhang — formal abgehandelt. Sämtliche Phänomene werden in Machtkategorien erfaßt. Für die Autoren vollziehen

sich die Machtkämpfe in der SU im Rahmen eines Vorgangs, der sich nach bestimmten Regeln abwickelt (159). Dagegen sind die Kämpfe in den USA ohne vorgeschriebene Verfahren und Phasen (263). Hat ein Führer den Machtkampf gewonnen, so muß er stets mit Gegnern rechnen. Huntington-Brzezinski veranschaulichen dies am Beispiel der Gegnerschaft Chruschtschows während der Debatte über die Priorität des Produktionssektors im Jahre 1960/61, als dieser den Vorrang der Schwerindustrie mindern wollte (296 ff.). Ebenso anhand der Gegnerschaft Kennedys, als dieser die Bürgerrechte durchzusetzen strebte (307 ff.). Die Landwirtschaft wird als weitere Ähnlichkeit in den Machtproblemen beider Systeme angeführt. Während die USA an Überproduktion von Agrargütern leidet, muß die SU mit ihrem sogenannten Machtproblem der agraren Unterproduktion fertigwerden (327 ff.).

Gerät die bereits etablierte politische Führung beider Systeme in Krisen, so besteht die Gefahr einer Ausweitung der Macht des Militärs zu ungunsten der zivilen Führung. Dies wird belegt am Beispiel der gewonnenen Machtpositionen von Shukow in der SU und McArthur in den USA in Krisenzeiten (366 ff.) Jedoch — so meinen die Autoren — waren beide Systeme fähig, ihr gemeinsames Prinzip von dem Primat der Politik gegen die Militärs durchzusetzen. In beiden Systemen konnten Männer wie Shukow und McArthur ausgeschaltet werden (386 ff.).

Huntington-Brzezinski analysieren dann die Funktionsfähigkeit beider Systeme in den auswärtigen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der Macht. Es wird festgestellt, daß die USA und die SU in gewissen Zeiten zur politischen Intervention gezwungen werden, um ihre etablierte, in diesen Zeiten angefochtene Macht aufrechtzuerhalten. Die amerikanische Intervention in Kuba und die sowjetische in Ungarn werden als Beleg angeführt (394 ff.). Im Umgang mit Verbündeten stehen beide Systeme vor den gleichen Problemen. So hat das amerikanische System in der Kontroverse mit Frankreich eine ähnliche Spaltung erfahren, wie sie etwa aus dem sino-sowjetischen Konflikt resultierte (416 ff.).

Rückblickend auf ihre Gesamtsystemanalyse, die sie unter dem Aspekt des Funktionierens in Machtkategorien durchführten, stellen Huntington-Brzezinski fest, daß beide Systeme lebensfähig und dynamisch sind, eben deshalb, weil sie funktionieren. „Allein aus dem Grund, weil sie fähig sind, zu regieren, haben sie viele Gemeinsamkeiten, die sie von den schwankenden, unvollkommenen und wenig wirksamen Systemen in Asien, Afrika und Lateinamerika unterscheiden“ (449). Beide Systeme sind in der ihnen eigenen Art effektiv, autoritativ und stabil. Aber diese Ähnlichkeiten bedeuten nach Huntington-Brzezinski längst noch keine absolute Konvergenz. Die Autoren betonen zwar, daß die modernen entwickelten Gesellschaften ähnliche Strukturen durch ihren industriellen und vorwiegend städtischen Charakter aufweisen, vertreten aber die These, daß diese strukturellen Ähnlichkeiten keine Konvergenz der politischen Organisationsformen bedeuten (450 f.). Sie weisen Rostows These von

dem Übergangscharakter des Kommunismus und seiner Unvereinbarkeit mit Wohlstand zurück und vergleichen sie mit vortechnisch-orientierten Theorien wie die von Montesquieu, Rousseau, Jefferson etc., die behaupten, daß Wohlstand und Demokratie sich nicht vereinbaren lassen (cf. 459 f.).

Die Untersuchungen von Huntington-Brzezinski enden mit der Verneinung der absoluten Konvergenz. Der konflikttheoretische Ansatz wird deutlich, wenn die beiden Autoren ihre Überzeugung von der Ewiggültigkeit des Konflikts, der weder in einer total kapitalistischen noch in einer total kommunistischen Welt aufgehoben werden könne, zum Ausdruck bringen.

IV.

Die ersten Ansätze einer marxistischen Konvergenz-Theorie finden sich in Marcuses Untersuchungen über „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“⁴. Im dritten Kapitel dieser Analyse, unter der Rubrik: Die neue Rationalität, erläutert Marcuse seine These: „Dem grundlegenden Unterschied zwischen der westlichen und der sowjetischen Gesellschaft geht eine starke Tendenz zur Angleichung parallel. Beide Systeme zeigen die allgemeinen Züge der spätindustriellen Zivilisation...“ (89) Diese Angleichung zeige sich darin, daß in beiden Systemen „Zentralisation und Reglementierung... an die Stelle individueller Wirtschaft und Autonomie (treten); die Konkurrenz wird organisiert und ‚rationalisiert‘; es gibt eine gemeinsame Herrschaft ökonomischer und politischer Bürokratien; das Volk wird durch die ‚Massenmedien‘ der Kommunikation, die Unterhaltungsindustrie und Erziehung gleichgeschaltet“ (ibid.). Marcuse deutet diese Konvergenz indes nicht als eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus, eine These, die Rostow und Aron geradezu leidenschaftlich vertreten. Seine Position ist differenzierter, wenn er darauf hinweist, daß „Verstaatlichung, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ... an sich noch keinen wesentlichen Unterschied (bedeutet), solange die Produktion über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zentralisiert und kontrolliert wird. Ohne die Initiative und Kontrolle ‚von unten‘ durch die ‚unmittelbaren Produzenten‘ ist Verstaatlichung bloß ein technisch-politisches Mittel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen und sie von oben zu kontrollieren (zentrale Planung) — mehr ein Wechsel in der Herrschaftsweise, eine Modernisierung der Herrschaft, als eine Voraussetzung, sie abzuschaffen“ (89 f.)⁵. Hiervon ausgehend, scheint die

4 H. Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus (Orig.: Soviet-Marxism: A Critical Analysis). Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin 1964 (260 S., Ln., 24,80 DM). Bereits besprochen in Argument Nr. 43 (9. Jg. 1967), S. 206—209, von E. Altvater.

5 Dieses Argument stammt eigentlich von Trotzki und nicht von Marcuse: cf. Leo Trotzki, Verratene Revolution, Zürich 1957², bes. S. 47 ff., 228 ff.

Sowjetunion Marcuse „das Beispiel für einen Nachzügler zu sein, der nach einer langen Periode einer sich hinziehenden Rückständigkeit mehrere Entwicklungsstufen überspringt“, sich einer allgemeinen Tendenz der späten Industriegesellschaft anschließt und ihr erbarmungslos vorausleitet“ (90). Indem Marcuse dem Sowjetsystem den sozialistischen Charakter abspricht, kann er eine Konvergenz zwischen der westlichen und der sowjetischen industriellen Gesellschaft behaupten und zugleich eine Konvergenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zurückweisen.

Trotz dieser differenzierten Position bleiben Marcuses Bemerkungen zur Konvergenzthese vage und des öfteren zweideutig. Er sieht sich gezwungen, diesen Tatbestand selbst einzugestehen: im Vorwort zur zweiten Auflage spricht er von seiner „tatsächlich unzulänglichen Behandlung“ (16) dieses Komplexes; er räumt auch ein, daß man durch eine solche Behandlung der technischen Basis „leicht dazu verleitet werden (kann), im gegenwärtigen Konflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus den Konflikt zwischen zwei Formen oder Arten ein und derselben komplexen Industriegesellschaft zu erblicken. Ich möchte mich von dieser Position distanzieren und zugleich an meiner Betonung des allumfassend politischen Charakters des maschinellen Prozesses in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft festhalten“ (16 f.).

V.

Erst in seiner Studie „Der eindimensionale Mensch“⁶ entwickelt Marcuse eine präzisere Konvergenz-Theorie. Seine zentrale These lautet nun, daß die Technik wirksame soziale Kontrollen mit einer totalitären Tendenz erzeuge, wodurch „Ähnlichkeiten in der Entwicklung von Kapitalismus und Kommunismus“ (18) entstanden seien. Denn diese technischen Kontrollen ersetzen im Sowjetsystem die direkten politischen Kontrollen, seien also als Herrschaftsinstrumente beider Systemen gemeinsam (40), trügen zu ihrer Stabilisierung bei und befähigten sie, sozialen Wandel und Fortschritt zu unterbinden⁷. An dieser These, die nicht nur für Marcuses Konvergenz-Theorie, sondern für seine Theorie des eindimensionalen Menschen überhaupt grundlegend ist, kann man die inzwischen von W. F. Haug kritisierte Hinwendung Marcuses zu den Produktions-

6 H. Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* (Orig.: *One-Dimensional Man*), Luchterhand-Verlag, Neuwied/Berlin 1967 (282 S., Ln., 26,80 DM). Bereits besprochen in *Argument* Nr. 34 (7. Jg. 1965), S. 49–53, von W. F. Haug. Die folgenden Ausführungen lehnen sich stark an W. F. Haugs Antwort auf Marcuse an: cf. W. F. Haug, *Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz*, in: *Antworten auf Herbert Marcuse*, ed. J. Habermas, Frankfurt 1968, S. 505 ff.

7 Cf. Marcuse, op. cit., S. 75. Marcuse untersucht diesen Prozeß am Beispiel der Sprache, die funktionalisiert wird, wodurch eine „totalitäre Logik der vollendeten Tatsachen entsteht“. Cf. bes. S. 34, 106 f., 121 und passim.

mitteln demonstrieren: diese werden eingeengt und unter dem Terminus manipulative Technik abgehandelt. Marcuse läßt sich dazu verleiten, die Relevanz der Produktionsverhältnisse und des Klasseninteresses, welches sie verkörpern, nicht in die Analyse mit einzubeziehen. Diese Ausparung ermöglicht erst den Begriff der „fortgeschrittenen Industriegesellschaft“. Auf alle dieser Kategorie unterzuordnenden Gesellschaften trifft das Konvergenz-Phänomen gleichermaßen zu; es manifestiert sich auf technischer Basis.

Die Frage des Eigentums an den von Marcuse in den Vordergrund gestellten Produktionsmitteln taucht dementsprechend nur gelegentlich auf, etwa dort, wo er sich bemüht zeigt, zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu unterscheiden. So betont er an einer Stelle, daß man über die gemeinsamen Tendenzen aller Industriegesellschaften: qualitativen sozialen Wandel zu unterbinden und die Arbeiterklasse von der Kontrolle über die Produktionsmittel zu trennen, die grundlegende Differenz zwischen beiden Systemen nicht vergessen darf. Denn im Sowjetsystem sei die Trennung der unmittelbaren Produzenten von der Kontrolle „nicht der Motor des Produktionsprozesses selbst; sie ist in diesen Prozeß nicht als die im Privateigentum an den Produktionsmitteln gründende Spaltung von Kapital und Arbeit eingebaut. Folglich sind die herrschenden Schichten selbst vom Produktionsprozeß trennbar — das heißt, sie sind ersetzbar, ohne daß die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft gesprengt werden“ (63). Dennoch lehnt Marcuse beide Systeme total ab. Für ihn stellt die Wirklichkeit jeder bestehenden Industriegesellschaft ein repressives „Ganzes“ dar. Dieses „Ganze“ aber untersucht er nicht, weil es sich „einer analytischen Auflösung“ (219) widersetze; Marcuse begnügt sich deshalb damit, es zu beschreiben. Kritische Theorie bekommt in dieser Prozedur eine andere Aufgabe gestellt: sie tritt „dem Ganzen gegenüber und entgegen als das Andere“⁸, wie W. F. Haug Marcuses Intention zusammenfaßt. Marcuse verzichtet nunmehr auf den dialektischen Begriff der bestimmten Negation und ersetzt ihn durch den existentialistischen der „historischen Wahl“ (cf. 231)⁹. Der neue Begriff soll dafür herhalten, das Bestehende als Ganzes abzulehnen, und für eine ganz andere Realität plädieren, die keinerlei Kontinuität zur bestehenden hat — ein Unternehmen, das den Bruch Marcuses nicht nur mit dem Marxismus, sondern mit der Dialektik schlechthin dokumentiert. Denn eine Zukunft, die keine Momente von Vergangenen in sich aufbewahrt, läßt sich nicht denken. Und da es keine Wirklichkeit gibt, die je ganz anders wäre, mündet Marcuses Hoffnung auf das ganz Andere in Resignation¹⁰.

Die Kritik an der manipulativen Technik führt zum Utopismus und entbindet sich von den Aufgaben des täglichen Kampfes gegen das je Kritisierte, sei es die kapitalistische Unterdrückung, sei es die Repression der bürokratischen Herrschaftsapparate der „sozialistischen“ Länder.

8 W. F. Haug, op. cit., S. 53.

9 Über die Konsequenzen dieses Unternehmens cf. *ibid.*, S. 60.

10 cf. *ibid.*, S. 69.

Bei allen Einwänden bleibt Marcuse anderen Konvergenztheoretikern überlegen, weil er — trotz seiner Ablehnung aller bestehenden fortgeschrittenen Industriegesellschaften als Ganzes und trotz seiner Suche nach einer Alternative außerhalb der im Bestehenden enthaltenen Möglichkeiten — die die technische Basis betreffende Konvergenz nicht als eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus deutet, wie schon erwähnt. Diese differenzierte Position kann Marcuse einnehmen, indem er dem Sowjetstaat den Anspruch auf Sozialismus abspricht und zugleich darauf verweist, daß die Nicht-Existenz des Privateigentums an Produktionsmitteln in der Sowjetunion diesem System bereits eine andere Qualität verleiht, wenngleich die unmittelbaren Produzenten diese Produktionsmittel nicht kontrollieren.

VI

Galbraith's¹¹ Konvergenztheorie weist fundamentale Gemeinsamkeiten mit der Arons auf. Doch ist Galbraith terminologisch spitzfindiger und tritt der liberalen und neoliberalen Ökonomie weit schärfer entgegen.

Nach Galbraith ist der Einsatz einer „fortwährend komplizierteren und raffinierteren Technologie“ (13) die relevanteste Strukturwandlung in den modernen ‚Industriegesellschaften‘. Aus ihr meint Galbraith alle anderen Wandlungen als Epiphänomene ableiten zu können.

Der Einsatz moderner Technologie erfordert einen hohen Kapitalaufwand, der nur Großbetrieben möglich ist. Der Großbetrieb also markiert die moderne Entwicklung (94 f.). Er und die durch seine Größe bedingte Organisationsform verleihen den ‚Industriegesellschaften‘ eine qualitativ neue Prägung. Nunmehr stehen die Großbetriebe nicht mehr im Dienste des Monopols, sondern der Planung. Sie orientieren sich nicht mehr am Rentabilitätsprinzip (94), sondern an der technologischen Rationalität.

Galbraith hält nun ein Plädoyer für die totale Planung. Er geht zugleich gegen Sozialisten und liberale Ökonomen vor, die Planung und Sozialismus als identisch betrachten. Planung ist nach ihm lediglich ein Beiprodukt der modernen Technologie. Sie manifestiert sich noch mehr in „gewaltigen und komplexen Verwaltungsorganisationen“ (29) als im maschinellen Bereich und hat die Aufgabe, die „Marktunsicherheiten“ zu beseitigen, indem sie den Markt ausschaltet. Der Markt wird in der Planwirtschaft durch eine „autoritative Festlegung der Preise und der zu diesen Preisen verkauften oder gekauften Mengen ersetzt“ (41). Hinter der Ausschaltung des Marktes steht „nicht eine Ideologie, sondern der Ingenieur“ (48). Der Inhalt des Plans wird lediglich diktiert von „technologischen Notwendigkeiten“ (34). Er hat keinerlei politischen oder ideologischen Charakter. Überhaupt werden die Formen der ‚Wirtschaftssysteme‘

11 Galbraith, John Kenneth: Die moderne Industriegesellschaft. Übersetzt von Norbert Wöfl. Verlag Droemer-Knauer, München/Zürich 1968 (464 S., Leinen, 24,— DM).

von der Technologie und der durch sie bedingten Organisationsform geprägt und nicht mehr von Ideologien (19). Auf dieser Ebene registriert Galbraith die Konvergenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Für ihn sind „die modernen Großbetriebe und der moderne sozialistische Planungsapparat . . . nur zwei verschiedene Werkzeuge, die demselben Zweck dienen“ (48).

Die Basis der modernen ‚Industriegesellschaften‘ ist nach Galbraith die Gesamtheit der Großbetriebe. Für sie schlägt er den Terminus ‚Industriesystem‘ vor. Das Verständnis der gegenwärtigen Struktur des Großbetriebes ist die Grundlage für das Begreifen moderner ‚Industriesysteme‘.

Wie Galbraith es sieht, liefert die Machtfrage den Schlüssel zur Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung. Der liberalen Ökonomie wirft er vor, diese Frage stets verdrängt zu haben. Marx würdigt er als denjenigen, der sie als erster in einem adäquaten Rahmen analysiert hat. Galbraith hält es für das Verdienst Marxens, das Märchen der liberalen Ökonomie von einem herrschaftsfreien Markt entblößt und gezeigt zu haben, daß das Kapital zu seiner Zeit die Macht hatte. Galbraith: „Insofern sie annehmen, daß die Macht ganz selbstverständlich dem Kapital zustehe, sind alle Wirtschaftswissenschaftler Marxisten“ (65). Die Entstehung der modernen Technologie hat jedoch — Galbraith zufolge — eine Verlagerung der Macht mit sich gebracht: „von einem Produktionsfaktor auf den anderen, die genau der Machtverlagerung vom Grundbesitz auf das Kapital entspricht. . . Dieser Prozeß ist seit etwa fünfzig Jahren in Gang und noch nicht abgeschlossen“ (73 f.). Der Unternehmer verschwindet im ‚Industriesystem‘ zugunsten einer neuen sozialen Schicht, die über technisches Wissen verfügt, mit dem sie die Großbetriebe leitet. Technologie, die Galbraith ‚organisiertes Wissen‘ nennt, ist zum neuen herrschenden Produktionsfaktor geworden. Durch die neue Machtverlagerung wird die Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln irrelevant (104 ff.). Die ‚Technostruktur‘, worunter Galbraith die Summe der Personen im Großbetrieb versteht, die über ‚organisiertes Wissen‘ verfügen, hat keine kapitalistischen Interessen. Sie vollzieht lediglich die „technologischen Notwendigkeiten“ und braucht dafür Autonomie vom Markt, die sie durch Planung erlangt, und Autonomie von den Aktionären, die sie durch deren faktische Ausschaltung von Betriebsangelegenheiten auf Grund der komplizierten Technologie gewinnt (98 f.). ‚Technostruktur‘ ist nicht identisch mit Management, denn sie umfaßt alle in die Organisation eingespannten, technisch geschulten Kräfte. Der Manager kann als Individuum auftreten, ein Angehöriger der ‚Technostruktur‘ hingegen nicht; keine der zur ‚Technostruktur‘ gehörenden Personen kann einen Gesamtüberblick über den Produktionsprozeß haben. Die ‚Technostruktur‘ läßt sich nicht wie die Unternehmer vom Gewinnmaximierungsprinzip leiten, denn dadurch würde sie ihre Autonomie verlieren und wieder vom Markt abhängig werden (141). Galbraith will die Zielsetzungen der ‚Technostruktur‘ auf der Ebene einer Motivationstheorie erfassen; er versucht, die jeweiligen Motivationen

zu untersuchen, die die historischen Prozesse begleiteten. So war während der Herrschaft des Grundbesitzes die Arbeit durch „Zwang“ motiviert. Mit der Machtverlagerung vom Grundbesitz auf das Kapital wurde der „Zwang“ durch die „pekuniäre Belohnung“ ersetzt. Die gegenwärtige, durch die moderne Technologie herbeigeführte Machtverlagerung vom Kapital auf die ‚Technostruktur‘ hat anstelle der „pekuniären Belohnung“ als Motivation für das Verhalten der ‚Technostruktur‘ „Identifizierung und Adaptation“ treten lassen (149 ff.). Auf Grund dieser Motivation handelt die ‚Technostruktur‘ stets im Dienste des von den „technologischen Notwendigkeiten“ bestimmten Großbetriebes; ihre Zielsetzungen überschreiten diesen Rahmen nicht.

Für die neue Macht ‚Technostruktur‘ ist der private oder staatliche Charakter des Großbetriebes völlig irrelevant (120). Die Machtverlagerung auf die ‚Technostruktur‘ ist ebenso in der Sowjetunion zu beobachten. Galbraith sieht in den Liberalisierungstendenzen in der Sowjetunion nicht eine Wiederherstellung des Marktes, wie liberale Ökonomen glauben, sondern die Erlangung der Autonomie der ‚Technostruktur‘ in den Großbetrieben mit Hilfe der Dezentralisierung (128). Technologie führt Entideologisierung herbei. Mit der Machtverlagerung auf die ‚Technostruktur‘ werden Kapitalismus und Kommunismus „altmodische“ Begriffe (432), die sich aus dem je „dogmatischen Glaubenssatz“ von Sozialisten oder Liberalen ergeben (431); nur noch der „fanatische Ideologe und der eifrige Propagandist“ (ibid.) beharren auf ihnen. Denn Kapitalismus und Kommunismus existieren nicht mehr. Bestenfalls sind noch Rudimente vorhanden. „Es gibt in der Gegenwart kaum eine interessantere Erscheinung, als daß die einstmals kapitalistische und die einstmals kommunistische Firma einander als Oligarchien der Beteiligten immer ähnlicher werden. Die Ideologie übt in dieser Hinsicht keinen entscheidenden Einfluß mehr aus“ (430). Marx, dem man „eine bemerkenswerte, beinahe übernatürliche prophetische Gabe zuschrieb, konnte ... diese Gemeinsamkeiten nicht voraussehen“ (431).

Wie für Aron bedeutet auch für Galbraith Konvergenz nicht Aufhebung des Ost-West-Konfliktes; beide ‚Industriesysteme‘ behalten zunächst ihre ideologische Prägung bei, um diesen Konflikt zu rechtfertigen. Galbraith hält ihn sogar für „segensreich“, weil er nebenbei den technologischen Fortschritt beschleunigt. „Dieser Wettkampf ist kein Luxus; er dient einer dem Industriesystem in seiner heutigen Form innenwohnenden Notwendigkeit“ (381). Lediglich wünscht sich Galbraith, daß dieser Wettkampf den atomaren und nuklearen Bereich verläßt.

Ogleich Galbraith der „Zukunft des Industriesystems“ ein ganzes Kapitel widmet, gibt er keine klaren Aussagen über sie. Und letztlich kann er nicht umhin, die Tatsache zu erwähnen, daß das ‚Industriesystem‘ durch seine manipulative, meinungsbildende Macht eine solche Fragestellung verdrängt (429).

Wie an vielen Stellen zum Ausdruck kommt, versteht Galbraith seine Konvergenztheorie als Kampfansage an die Sozialisten, die

nicht zugeben wollen, daß die Kapitalistenklasse durch die ‚Technostruktur‘ entmachtet worden ist, und an die Liberalen und Konservativen, die den Kommunismus immer noch als solchen ansehen und nicht als ‚Industriesystem‘.

Sozialismus wird zur Illusion erklärt, die einst der Vergangenheit eigen war, und Kapitalismus hat bei Galbraith nur noch den Stellenwert eines Schimpfwortes. Der Verlag schließt sich dem Autor an und klagt darüber, daß das ‚Industriesystem‘ im Westen immer noch als „kapitalistisch . . . verschrien wird“ (Klapptext). Die Apologie des Kapitalismus nimmt eine neue Form an. Mit Hilfe eines ausgeklügelten Begriffsapparates wird die kapitalistische Wirklichkeit einfach eskamotiert.

VII

Vergegenwärtigt man sich die eingangs dieser Besprechung erörterten Leit motive der hier behandelten Konvergenztheoretiker, dann erhärten die obigen Ausführungen die These, daß die Konvergenztheorie in erster Linie eine polemische Absicht hat.

Rostow¹² verheimlicht diese Absicht nicht. Schon der Untertitel seiner Studie: *A Non-Communist Manifesto*, belehrt den Leser darüber, daß das Marxsche Manifest durch Rostows Modell der Wachstumsstadien ersetzt werden soll. Rostow behauptet, eine Theorie der modernen Geschichte (15) zu formulieren.

Obwohl Aron sich in der Zielsetzung nicht wesentlich von Rostow unterscheidet, ist eine Argumentationsweise doch weit diffiziler. Fetscher hat recht, wenn er Arons Konvergenztheorie als „die klügste und zugleich reaktionärste“ bezeichnet. Aron kann mit seiner Konvergenztheorie gleich drei Ziele erreichen: Indem er die Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus als solche jeder industriellen Gesellschaft ausgibt, erklärt er die warenproduzierende Welt für ewiggültig; indem er eine strukturelle Angleichung zwischen den Gesellschaftssystemen in Ost und West konstatiert und dem Sozialismus somit den Anspruch abspricht, eine Negation des Kapitalismus zu sein, diskreditiert er die Marxsche Theorie und stempelt sie als unbrauchbar ab; und schließlich: indem er seinen konflikttheoretischen Ansatz betont, wonach die Konvergenz keineswegs die Aufhebung des Kalten Krieges bedeutet, rettet er den Antikommunismus. Man kann Aron schwerlich — wie etwa Rostow — als Dilettanten bezeichnen, zumal er in Frankreich als Marx-Kenner gilt. Bekanntlich gehört er zu den wenigen Franzosen seiner Generation, die Marx sogar über Hegel rezipierten. So hat Aron neben Sartre u. a. in den 30er Jahren die einführenden Vorlesungen A. Kojèves¹³ in die Hegelsche Philosophie gehört und widmete sich während seines Deutschlandaufenthalts dem Marxstudium. Wollte man die Konsequenz daraus ziehen, daß Aron ein Marx-Kenner ist und dennoch ihn

12 Arbeiten von W. W. Rostow unter dem Titel: *Wie man Guerillaangriffen begegnet*, in: *Der Krieg aus dem Dunkel*, ed. F. M. Osanka, Köln 1963, S. 611 ff., mögen Auskunft über Rostow vermitteln.

positivistisch „widerlegt“, so bleibt eine einzige Erklärung: Aron verfälscht die Marxsche Theorie wissentlich.

Wenn man Marcuses Hinweis, daß die Sowjetunion auf keinen Fall als Modell einer sozialistischen Gesellschaft hingenommen werden darf, als Stärke seiner Theorie gegenüber der Aronschen demonstriert, so muß man jedoch hinzufügen, daß dieser Hinweis irreführend bleibt, wenn nicht gleichzeitig betont wird, daß die Trennung der unmittelbaren Produzenten von der Kontrolle über den Produktionsprozeß in der SU „nicht der Motor des Produktionsprozesses selbst (ist); sie ist in diesen Prozeß nicht als die im Privateigentum an den Produktionsmitteln gründende Spaltung von Kapital und Arbeit eingebaut“ (Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, op. cit., S. 63). Mit dieser differenzierten Position kann man eine Konvergenztheorie vertreten, die dreierlei vermeidet: die stalinistische Apologie der Sowjetunion, deren trotzistische Verurteilung sowie den Antikommunismus.

Es bleibt noch einiges über den Versuch von Huntington-Brzezinski anzumerken. Der Wert ihrer Arbeit besteht darin — wie schon oben erwähnt —, jene naiven Vorstellungen des amerikanischen Antikommunismus über den bevorstehenden Zusammenbruch des Sowjetsystems bloßgestellt zu haben. Nur in dieser Hinsicht kann ihre Bemühung, nachzuweisen, daß der Sowjetstaat lebensfähig ist, als Bekämpfung des Antikommunismus betrachtet werden. Doch bleibt auch diese Betrachtungsweise oberflächlich, denn bei näherem Hinsehen entpuppt sich die Konvergenztheorie von Huntington-Brzezinski als ein Rückfall hinter den Antikommunismus. Bekanntlich bekämpft der Antikommunismus — natürlich nur in der Ideologie — die Unmenschlichkeiten des Stalinismus und der nachstalinistischen Ära und beansprucht — auch nur in der Ideologie —, daß die westlich-kapitalistische Gesellschaft human ist. Huntington-Brzezinski behandeln diese Problematik auf einer völlig anderen Ebene. Sie halten diese Unmenschlichkeiten für eine Notwendigkeit, die in jedem System der industriellen Gesellschaft eingebaut und für das Funktionieren dieses Systems unerlässlich ist. So werden eben — nach Huntington-Brzezinski — die Weißen in den USA bevorzugt, die Russen in der SU. Und so unternehmen die USA imperialistische Aggressionen in Kuba und anderswo, während die SU ähnlich in Ungarn vorgehen. Der Rückfall hinter den Antikommunismus besteht also darin, daß sogar die Bekämpfung von Herrschaft — hier selbst in der Ideologie — aufgegeben wird. Huntington und Brzezinski haben — und zwar mit Erfolg, denn ihre Studie hatte in den USA große Resonanz — den naiven Antikommunismus überwunden; dafür aber erklären sie uns, daß Herrschaft und Ausbeutung Bedingungen jeder „Industriegesellschaft“ seien.

13 Diese Vorlesungen erschienen 1947 unter dem Titel: *Introduction à la lecture de Hegel*. I. Fetscher hat einen Teil davon ins Deutsche übersetzt und herausgegeben. Cf. A. Kojève, *Hegel. Versuch einer Vergegenwärtigung seines Denkens*. Stuttgart 1958.

Hans-Ulrich Deppe

Die technische Effizienz in Schelskys „Wissenschaftlicher Zivilisation“

I

Die Darstellung und Entwicklung des „Menschen in der wissenschaftlichen Zivilisation“ folgt nach Schelsky einer Perspektive, die durch die universal gewordene Rationalität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt wird. Aus der immanenten Logik dieses Fortschritts scheinen Sachzwänge hervorzugehen, die politische Entscheidungen von privaten Interessen zu reinigen vorgeben sowie funktionalen Bedürfnissen gehorchen. Was Schelsky 1961 vorab für das technokratische Staatsmodell formulierte, beginnt heute die Organisation des Wissenschaftsbetriebes selbst zu erfassen. Die „technische Effizienz“, die sich als Intention der Entwürfe zur Hochschulreform immer mehr herauschält, wird unter dem Nachdruck erwerbswirtschaftlichen Bedarfs zunehmend durchgesetzt und höhlt somit den Anspruch auf „Freiheit in Forschung und Lehre“ stetig aus. Wenn auch die daraus resultierenden Konflikte bei Schelsky unberücksichtigt blieben, so ist sein Beitrag dennoch nicht ohne Einfluß geblieben; zugleich ist er Ausdruck einer wissenschaftlichen Position, die von privaten Interessen abstrahiert und gerade deshalb bedroht ist, zu deren hilflosem Objekt zu werden.

Schelsky geht es um die „Vorstellung eines allgemeinen anthropologischen Tatbestandes“ (5)*, der sich in der „ungeheueren Ausdehnung und Wirksamkeit der Wissenschaften“ im modernen Leben niederschlägt. Bis in jede „moderne Schusterstube“ bestimmen die Apparate und Produkte der Wissenschaft das Denken und Handeln: Wissenschaft ist zur „Substanz des praktischen Lebens selbst geworden“ (36). Diese „wissenschaftlich-technische Konstruktion und Rekonstruktion der Welt“ nennt Schelsky die „wissenschaftliche Zivilisation“ (35). In ihr tritt der Mensch in ein „neues Weltverhältnis“ (6), er tritt „sich selbst als wissenschaftliche Erfindung und technische Arbeit gegenüber“ (13).

II

Schelsky geht über den traditionellen Begriff von Technik, der die „werkzeughafte Naturbewältigung“ (11) beinhaltete, hinaus. Er entwickelt die Kategorie der „universal gewordenen Technik“ (10), die er als „Verwissenschaftlichung unserer gesamten Zivilisation ein-

* Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln und Opladen 1961.

schließlich der ‚Technisierung‘ der Wissenschaft selbst“¹ versteht. Sie umfaßt die „Erzeugung und Verarbeitung von Gegenständen, die bisher ... als Natur oder geschichtliche Umwelt unseren Handlungen vorgegeben schienen“ (10) und dem technischen Zugriff entzogen waren. Damit meint Schelsky das Erreichen eines Zustandes, in dem die Technik sich selbst bestimmt und eigene Ansprüche und Bedürfnisse gegenüber „dem Menschen“ entwickelt.

Die Methode der modernen Technik zerfällt nach Schelsky in zwei Schritte:

1. „In die analytische Zerlegung des Gegenstandes oder der Handlung“ (12) in ihre „letzten unnatürlichen Grundelemente“ (13).
2. „In die Synthese dieser Elemente nach dem Prinzip der höchsten Wirksamkeit.“ Die „maximale Leistungsgröße“, die „technische efficiency“, ist der Richtpunkt der Synthese (12).

Auf die Frage nach Zweck und Legitimität dieser „höchsten Wirksamkeit“ gibt Schelskys Modell nur insofern eine präjudizierende Antwort, als es die „höchste Wirksamkeit“ durch sich selbst rechtfertigt. Bisher als historisch verstandene Begriffe wie Bedürfnis, Interesse, Vernunft und Entscheidung akzeptiert Schelsky lediglich als Funktionen technischer Rationalität und unterwirft sie damit seinem universalen Sachzwang.

Diese technische Welt ist nach Schelskys Ausführungen in ihrem Wesen menschliche Konstruktion; selbst der Mensch tritt sich darin als „wissenschaftliche Erfindung“ (13) gegenüber. „Hier hat eine Verdoppelung, also eine Wiederholung der Realität stattgefunden“ (13), und jene „zweite Realität“ beeinflusst uns als „objektiver Zivilisations- und Geschichtszusammenhang reell mindestens so stark wie der erste natürliche Seinsbestand“ (13). Jedes technische Problem und jeder technische Erfolg setzt unvermeidbar neue „leibliche, seelische und soziale Bezüge“ (16), die dem Menschen im Fortgang des Zivilisationsprozesses als „Sachgesetzlichkeit“ entgegentreten (16). Somit löst sich der Mensch vom „Naturzwang ab, um sich seinem eigenen Produktionszwang zu unterwerfen“ (17). Der Produktions- oder Sachzwang läßt sich jedoch nach Schelsky nicht ohne weiteres mit den Gesetzen in der Natur vergleichen, da er stets des Anstoßes „des Menschen“ bedarf. Obwohl Urheber wissenschaftlicher Zivilisation wird „der Mensch“ durch die zunehmende Gewalt der Technik entmündigt.

Schelsky geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er die Abkehr vom „historischen Denken“ fordert, das er als eine „Gefährdung des Menschen“ betrachtet. Denn der Mensch, der sich mit seiner Geschichte identifiziert, kann nach Schelsky die Gegenwart gar nicht anders als einen „Zustand der Destruktion, ... als Verlust des Heils“ (19) verstehen. So wundert es Schelsky nicht, daß die in die „wissenschaftliche Zivilisation“ hineingerissenen Gesellschaften „ihre Gemüt den neuen Techniken in geradezu heilsgewisser Zukunftshoffschichte als eine bloße Last von sich werfen“ und der „Identifikation

1 Helmut Schelsky, *Einsamkeit und Freiheit*, Reinbek 1963, S. 219.

nung“ sich hingeben. „Unserem westlichen Geist bleibt nichts anderes übrig, als dies Dilemma als sein eigentümliches Zeitschicksal auszutragen“ (20).

III

Schelsky behauptet nun, daß durch die Konstruktion der „wissenschaftlichen Zivilisation“ ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in welchem das historische Herrschaftsverhältnis seine alten persönlichen Beziehungen der Macht von Menschen über Menschen verliert. An Stelle der politischen Normen und Gesetze treten Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind (21 f.). Die Funktion der staatlichen Herrschaft werde heute von dem „technischen Staat“ übernommen, der alle Formen der Technik in ihrer höchsten Wirksamkeit als staatliches Handeln in sich vereint. Er ist ein „universaler technischer Körper“ geworden und beweist seine staatliche Effizienz nicht zuletzt in der Perfektionierung der technischen Möglichkeiten der Gesellschaft (23). „Ziel“ dieses Staates ist: die Realisierung der „höchsten Wirksamkeit“ der in ihm vorhandenen Mittel; und „Souveränität“ bedeutet: Verfügung über diese „höchste Wirksamkeit“ (24). Der Staat unterwirft sich damit nach Schelsky dem „Kreislauf der sich selbst bedingenden Produktion“ (16), der als das „allgemeine Gesetz der wissenschaftlichen Zivilisation“ definiert wird. Es besagt, „daß die Mittel die Ziele bestimmen oder besser, daß die technischen Möglichkeiten ihre Anwendung erzwingen“. Politik, wenn überhaupt noch lokalisierbar, sinkt somit auf den Rang eines Hilfsmittels für Unvollkommenheiten des „technischen Staates“ herab (25).

Auf die Frage, wer in diesem Staat eigentlich herrsche, antwortet Schelsky: „Hier ‚herrscht‘ gar niemand mehr, sondern hier läuft eine Apparatur, die sachgemäß bedient sein will.“ Die Stellung der alten „Herrschenden“ bleibt zunächst als „leere Hülse“ (32) erhalten; sie wird durch keine neu emporsteigende Klasse erschüttert, denn der „technische Staat“ bedarf keiner sozialen und politischen Revolutionen, er beseitigt das traditionelle Verhältnis von Herrschaft durch steigende Anwendung wissenschaftlicher Technik selbst (26, 32). Die „Techniker des Staates“ führen nur aus, was sich im „Widerspiel von Apparaturgesetzmäßigkeiten und jeweiliger Lage als Sachnotwendigkeit ergibt“ (26). — Was aber die Beurteilungsmaßstäbe für die jeweilige Lage sind und welche gesellschaftlichen Interessen sich dahinter verbergen, darüber gibt Schelsky keine Auskunft. Wenn auch im „technischen Staat“ die Entscheidungen der Politiker — wie Schelsky meint — „fiktiv“ zu werden scheinen, so erkennt er dennoch selbst, daß in seinem System zwischen der optimalen Sachlösung und den realen Privat- oder Gruppeninteressen ein Bruch entsteht (29), den er nicht mit soziologischen Kategorien zu analysieren versucht, sondern dezisionistisch mit anthropologischen Kategorien kittet.

Nach Schelskys Vorstellungen kann der „technische Staat“ nicht mehr „Ausdruck des politischen Volkswillens sein, da an dessen Stelle die Sachgesetzlichkeit tritt, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit produziert“ (22). In diesem Zusammenhang wird ausgeführt, daß für den „universalen technischen Staat“ die klassische Auffassung der Demokratie als Idee der Herrschaft des Volkes, der Identität von Herrschenden und Beherrschten, immer mehr zu einer Illusion werde. Denn „der ‚technische Staat‘ entzieht, ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz“ (29). Da technisch-wissenschaftliche Entscheidungen ausschließlich von der optimalen Effizienz abhängen, können sie keiner demokratischen Willensbildung unterliegen, denn sie werden auf diese Weise nur uneffektiv (29). Damit wird das Volk Schelsky zufolge zum „Objekt der Staatstechniken“, die auf das bloße „Funktionieren“ des Systems abzielen. Diese sozialtechnische Auffassung definiert Demokratie durch ihren bürokratischen Verwaltungsapparat, weil in ihr „Verfügung über die höchste Wirksamkeit“ der gesellschaftlichen Mittel dem Kriterium der Souveränität entspricht.

Der neuralgische Punkt allerdings in Schelskys Theorie — selbst wenn man ihrer immanenten Logik folgen wollte — liegt dort, wo er es für unentbehrlich hält, den Volkswillen zu gängeln. Dies scheint ihm auch dann noch erforderlich, wenn die politisch vorgegebenen Entscheidungen des 18. und 19. Jahrhunderts im „technischen Staat“ „funktionalisiert“ sind (31). Die Politiker — zu „Technikern der Rechtfertigung“ geworden — sind „dauernd gezwungen, die Ideen zu manipulieren (und) zu deuten“ — anzupassen an das, was im „technischen Staat“ angeblich unvermeidbar seinen Gang geht (31). Denaturiert aber der Inhalt eines politischen Gemeinwesens zur reinen Leistungsfähigkeit des technischen Apparates, so werden spätestens hier Schelskys apologetische Vorstellungen transparent.

IV

Sowohl Schelskys Ableitung der „wissenschaftlichen Zivilisation“ als auch seines technokratischen Staatsmodelles führt an entscheidenden Stellen zu offensichtlichen Widersprüchen.

Es ist nicht zu leugnen, daß jeder neue Schub technischer Entwicklung den Konflikt zwischen Ergebnissen subtilster technischer Rationalität und überrollten Traditionen verschärft. Bei Schelsky allerdings endet dieser Konflikt als notwendige Freisetzung der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ von Geschichte überhaupt. Er beruft sich bei diesem Gedankengang auf Gotthard Günther: „Für die gegenwärtige Selbstzerfleischung des menschlichen Willens aber gibt es nur einen Weg der Heilung: nämlich die totale Ablösung von der bisherigen Geschichte . . .“ (42), die — so fügt Schelsky hinzu — erst durch die „Verwissenschaftlichung der Vergangenheit“² geschaffen wird. Indem diese Ablösung von der Geschichte mit dem Schein

2 Helmut Schelsky, *Einsamkeit und Freiheit*, a.a.O., S. 280.

einer objektiven Gewalt ausgestattet ist, werden gerade jene ökonomischen und sozialen Interessenzusammenhänge und Widersprüche verschleiert, die die Richtung des technischen Fortschrittes bestimmen, selbst wenn sie von seinen Trägern nicht bewußt nachvollzogen werden. „Die Meinung, daß sich die technischen Sachzwänge selbstständig hätten“, heißt es bei Habermas, „ist ideologisch“³. Durch die Eskamotierung von Geschichte verwehrt Schelskys Theorie bereits im Ansatz die Möglichkeit, im Kontext einer historischen Situation die verfügbaren technischen Mittel, die bestehenden gesellschaftlichen Institutionen sowie die wirksamen Interessen zu analysieren und zugleich „im Rahmen eines traditionsbestimmten Selbstverständnisses sozialer Gruppen (zu) interpretieren“⁴.

Warum aber vermag die Schelskysche Theorie nicht diesen notwendigen Zusammenhang von Analyse und historischer Interpretation nachzuvollziehen? Schelskys wissenschaftstheoretischer Ansatz ist von Anfang an ambivalent. Er will einerseits gesellschaftliche Phänomene analysieren und beschreiben, flüchtet jedoch bei der Interpretation in abstrakte, anthropologische Argumentation — wie Senghaas zu Recht feststellt. Wo immer Schelsky über Ursprung und Eigenart der technischen Umwelt reflektiert, bleibt er der vermeintlichen Idee „des Menschen“ schlechthin (40), eines von Gesellschaft und Geschichte isolierten Menschen, verhaftet. Das heißt, daß die Qualität „wissenschaftlicher Zivilisation“ und der Zwang zu technischem Fortschritt dem sich entäußernden Menschen an sich zu verdanken sind und nicht gesellschaftlichen Interessen. Damit zieht Schelsky sich auf eine Position zurück, von der aus die soziologische Problematik der jeweiligen geschichtlichen Situation nicht begriffen werden kann. — Aus dem gleichen Motiv verzichtet er darauf, die Fragen nach gesellschaftlicher Rationalität und nach der historischen Legitimität zu stellen. Dabei beruft er sich auf E. Jonas, der die „Technik gerade um ihrer Zweckfreiheit willen (als) die unangreifbare Macht“ (18) bezeichnet.

Die Folgen und Widersprüche jener „Zweckfreiheit“, die unter dem Schleier technischen Sachzwangs eingeführt wird und in der bloßen „optimalen Effizienz“ aufgeht, äußern sich vorab im realen politischen Geschehen. Schelsky spricht hier einerseits von der „fiktiven Entscheidungsfähigkeit“ der Politiker im „technischen Staat“ (28); andererseits muß er jedoch konstatieren, daß gerade in der heutigen politischen Praxis der Entscheidungsspielraum des Politikers darin besteht, zwischen „Gutachten wissenschaftlich-technischer Art“ auszuwählen, die sich „sehr oft widersprechen“ (28). Hier schließt sich notwendig die Frage an: Was sind eigentlich die Kriterien und Werte, nach denen in der politischen Praxis auszuwählen ist und

3 Jürgen Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Philosophische Rundschau, Tübingen, Februar 1967, S. 24.

4 Ebenda.

5 Vgl. zu diesem Problem D. Senghaas, Sachzwang und Herrschaft, in: atomzeitalter 12 (1966) S. 366 ff.

welche verschiedenen sozialen, ökonomischen und politischen Interessen gehen in diese voneinander verschiedenen Gutachten ein? Wenn Schelsky in diesem Zusammenhang schreibt, „daß die Politiker dauernd gezwungen sind, die Ideen zu manipulieren“ (31), so wird die Glaubwürdigkeit seiner Prämisse der universal gewordenen technologischen Rationalität um so fragwürdiger.

Somit hat Schelskys Analyse, deren inhaltliches Ergebnis ist, daß politische Herrschaft zugunsten unpolitischen Sachzwangs abdankt, objektiv eine bestimmte politische Funktion. Sie ist ideologische Rechtfertigung der objektiv bestehenden Herrschaftsverhältnisse mittels des Scheines des Unpolitischen. Mit der Theorie der „wissenschaftlichen Zivilisation“ bestätigt Schelsky seine früher formulierte These, daß „die wichtigste Leistung ... für das soziale Handeln ... nicht mehr (die) Angabe dessen, was zu tun und wie zu entscheiden ist, sondern viel mehr ... (das), sichtbar zu machen, was sowieso geschieht und was gar nicht zu ändern ist“ (H. Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf-Köln 1959, S. 125 f.).

Christian Sigrist

Der Begriff der Herrschaft und das Problem der Anarchie¹

Ein Merkmal moderner nichtmarxistischer Soziologie ist die von pathetischem Realismus durchtränkte Ironisierung emanzipatorischer Gesellschaftsmodelle. Der Versuch funktionalistischer Theoretiker, wie z. B. Parsons, Herrschaft als funktionales Element sozialer Systeme, die zur Stabilität tendieren, zu interpretieren, ist gegen alternative Modelle der herrschaftsfreien Gesellschaft gerichtet.

In der rezenten deutschen Diskussion des Herrschaftsproblems hat Dahrendorf die gleiche antikritische Tendenz vertreten, obwohl er den funktionalistischen Ausgangspunkt Parsons' selbst kritisierte.

Die Konvergenz in der Tendenz trotz methodologischer Divergenz verrät die antimarxistische Pointe bürgerlicher Soziologie. In dieser Tendenz hat Dahrendorf die These von der Universalität der Herrschaft formuliert². An dieser These zeigt sich, daß eine beliebige Sprachregelung Konsequenzen für die Forschung hat, die zwar nicht ausreichend logisch deduzierbar, aber empirisch wahrscheinlich sind: Durch neue Sprachregelungen können alte Probleme präziser definiert, aber auch eskamotiert werden. Dahrendorfs Universalitätsthese bezieht sich auf folgende Definition von Herrschaft:

„Herrschaft in ihrer vollen Form vermittelt nach dieser Vorstellung drei Befugnisse: die (konservative) Normen zu sichern und zu erhalten, die (revolutionäre) Normen zu entfalten und anzuwenden, die (reformistische) Normen zu setzen und zu verändern“ (332).

Hier handelt es sich um eine unökonomische Verdoppelung der Verhaltenskomponente des Normbegriffs. Es fehlen Indikatoren, welche eine Unterscheidung der Instanzen mit besonderen Befugnissen von den Mitgliedern eines sozialen Integrats, denen diese Befugnisse kraft einfacher Mitgliedschaft zukommen, ermöglichen. Dahrendorf behauptet nicht mehr als die Universalität normativen Verhaltens, indem er nicht auf die Vorstellungs-, sondern auf die

1 Dieser Beitrag gibt im wesentlichen einen im Juni 1968 in der Universität Konstanz gehaltenen Vortrag wieder. Für Anregungen und Kritiken danke ich Frau Strubelt und den Herren Blankenburg, Narr und Siegrist.

2 R. Dahrendorf: *Amba und Amerikaner: „Bemerkungen zur These der Universalität von Herrschaft“*, *Europ. Archiv für Soziologie* 1964. Im folgenden beziehe ich mich auf die im Sammelband „*Pfade aus Utopia*“ unter dem Titel „*Amba, Amerikaner und Kommunisten*“, Zur These der Universalität von Herrschaft“ enthaltene Fassung. Meine Erwiderung findet sich im *Europ. Archiv für Soziologie* 1964.

Verhaltenskomponente sozialer Normen abhebt. Zu meinen, mit der Bestätigung dieser These sei das Phänomen Herrschaft — wie es sowohl in der Wissenschaft wie in der politischen Agitation und Propaganda verstanden wird — als universell nachgewiesen, ist dem Kurzschluß vergleichbar, der die Universalität der Kernfamilie durch die Universalität der Zeugung „beweist“. Präziser: Der empirische Nachweis für ein soziales Universale wird nicht durch die logische Subsumtion unter ein noch allgemeineres soziales Phänomen erbracht. Mit Dahrendorfs Festlegung wird die Möglichkeit eliminiert, zwischen herrschaftslosen und herrschaftlich organisierten Gesellschaften zu diskriminieren. Dahrendorf macht selbst auf die Intention seiner Begriffsbildung aufmerksam: „Die verheerenden Folgen der These für marxistische Gesellschaftsräume liegen ja auf der Hand“ (316), „Die Sinnlosigkeit utopischer Bemühungen“ ergibt sich aus dem Postulat der These: „Es muß in menschlichen Gesellschaften Herrschaftsstrukturen geben“ (ibid).

Dieser Herrschaftsbegriff ist jedenfalls nicht geeignet, die Marxsche These von der Existenz herrschaftsfreier Gesellschaften und der Realisierbarkeit der freien Assoziation selbsttätiger Individuen zu testen.

Marx und Engels haben ihre Vorstellungen über herrschaftsfreie Gesellschaften zunächst an der naturwüchsigen Gesellschaft exemplifiziert. Ich zitiere aus dem „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“: „Es ist eine wunderbare Verfassung in all ihrer Kindlichkeit und Einfachheit, diese Gentilgesellschaft! Ohne Soldaten, Gendarmen und Polizisten, ohne Adel, Könige, Statthalter, Präfekten oder Richter, ohne Gefängnisse, geht alles seinen geregelten Gang“³.

Engels charakterisiert die herrschaftsfreie Gesellschaft also durch das Fehlen eines Verwaltungs- und Erzwingungsstabes sowie selbstverständlich der sie krönenden Zentralinstanz. Auch spätere Soziologen, wie Durkheim, Weber, Geiger, Radcliffe-Brown und die übrige englische Schule der Funktionalisten, haben bei aller Variation in der Auswahl der Indikatoren die Zentralinstanz als Abgrenzungskriterium für Herrschaftslosigkeit oder herrschaftliche Organisation einer Gesellschaft gewählt. Auf der Grundlage der Feldforschungen und ersten komparativen Analysen von Evans-Pritchard, Meyer-Fortes, Middleton und Tait sowie Lucy Mair habe ich den systematischen Nachweis für die Existenz herrschaftsfreier Gesellschaften anhand präziser Indikatoren (Fehlen einer Zentralinstanz, welche den Vollzug physischer Sanktionen an einen Erzwingungsstab delegieren kann) geführt⁴.

Wenn Dahrendorf im Amba-Aufsatz behauptete, die Universalitätsthese habe katastrophalen Effekt für die Marxsche Projektion der herrschaftslosen Gesellschaft, dann ist jetzt umgekehrt zu fragen, worin die erhärtende Funktion der als richtig nachgewiesenen These

3 Marx, Engels: Werke, Berlin 1962, Bd. 21: 95 f.

4 Vgl. Regulierte Anarchie, Olten 1967.

„Es gibt herrschaftslose Gesellschaften“ für Projektionen Marxscher Intention besteht.

Der wichtigste Effekt besteht im Nachweis der Möglichkeit, größere Kooperationsgruppen auch ohne formalisierte Herrschaftsrollen arbeitsfähig zu halten. Dieses stützt alle Überlegungen über die Schaffung herrschaftsfreier Aktionsräume in komplexen Gesellschaften. Die Existenz herrschaftsfreier Gesellschaften eröffnet uns aber auch die Möglichkeit, die Mechanismen zu studieren, welche die Herrschaftslosigkeit produzieren, und in einem weiteren Schritt Theorien zu entwickeln, welche die Bedingungen der Erhaltung bestimmter Freiheitschancen, d. h. auch: der Einhaltung eines bestimmten Grades an Herrschaftsbeschränkung festlegen. Der Verwaltungs- und Erzwingungsstab gibt nicht nur ein für interkulturellen Vergleich brauchbares Abgrenzungskriterium, vielmehr eignet sich die so vollziehbare Diskriminierung von Gesellschaften zur Konkretisierung der Marx-Engelsschen Projektion der staatsfreien Gesellschaft, anders gesagt: des Anarchieproblems. Daß meine Interpretation Marxscher Intention folgt, beweist sich darin, daß sich die Marxsche Kritik des Staates auf die Kritik der verselbständigten Bürokratie zuspitzt. Ich zitiere aus der Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie: „Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staats . . . Die Staatszwecke verwandeln sich in Bürozzwecke oder die Bürozzwecke in Staatszwecke . . . Die Autorität ist . . . das Prinzip ihres Wissens, und die Vergötterung der Autorität ist ihre Gesinnung. Innerhalb ihrer selbst aber wird der Spiritualismus zu einem krassen Materialismus, dem Materialismus des passiven Gehorsams, des Autoritätsglaubens, des Mechanismus eines fixen formellen Handelns . . . Der Staat existiert nur mehr als verschiedene fixe Bürogeister, deren Zusammenhang die Subordination und der passive Gehorsam ist“ (61)⁵.

Die Kritik an der Verselbständigung der Bürokratie gipfelt in der zeitgeschichtlichen Analyse des „18. Brumaire“, die zusätzlich den verschärften Repressionscharakter der parasitenhaft ubiquitären Staatsmaschine hervorhebt⁶.

Entgegen der Unterstellung Dahrendorfs sollte nach Marx die klassenlose Gesellschaft, in der es „keine eigentliche politische Gewalt mehr geben wird“⁷, keineswegs stationär sein. „Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassen Gegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politi-

5 Karl Marx, Frühschriften (ed. Landshut) 1953: 60 f.

6 „Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitsichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half“ (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1953: 116).

7 „Das Elend der Philosophie“, Frühschriften: 524.

sche Revolutionen zu sein“⁸. Ebenso laufen die Vorstellungen von Engels über das „Absterben des Staates“ eben nicht auf eine Verkürzung der Herrschaftsfunktionen im Sinne Dahrendorfs hinaus, wie der bekannte Satz aus dem Anti-Dühring beweist: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen“⁹.

Die von Saint-Simon übernommene Formel „Verwaltung von Sachen anstelle der Regierung über Personen“ postuliert die Reduktion aller Herrschaftsverhältnisse auf deren funktionalen Kern, z. B. auf technologisch bedingte Dispositionsbefugnisse, die „Autorität des Dampfes“¹⁰.

Der hier gebrauchte Herrschaftsbegriff und die auf ihn bezogene Vorstellung der Reduktion von Herrschaft verhindern das Abgleiten der Herrschaftskritik in die m. E. unrealisierbare und darum unverbindliche Projektion der Abschaffung von Herrschaft überhaupt in Industriegesellschaften.

Aus der Verifizierung der Anarchiethese durch einfache Gesellschaften folgt nun freilich nicht, daß als Ergebnis eines dialektischen Dreistadienprozesses auch die spät- und staatskapitalistischen Gesellschaften sich auf ein herrschaftsfreies Stadium im strikten Sinne des Begriffes hinbewegen. Der Konflikt von Marx und Engels mit dem romanischen und russischen Anarchismus bezog sich nicht nur auf die Übergangsphase der Diktatur des Proletariats, sondern auch auf das kommunistische Stadium.

Obwohl in dieser auf beiden Seiten unangemessen geführten Auseinandersetzung Bakunins Argumente gegen die Diktatur des Proletariats durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt wurden, scheint die Engelssche Skepsis gegen den radikalen Antiautoritarismus als Programm für die kommunistische Gesellschaft auch heute noch berechtigt.

Eine realistische Konkretisierung des Anarchiepostulats im Hinblick auf Industriegesellschaften kann nicht auf die Abschaffung aller Verwaltung, nicht einmal jeder Repressionsgewalt hinauslaufen. Ich will versuchen, diese Konkretisierung entlang dem Leitfaden der bisherigen Überlegungen, nämlich der zentralen Bedeutung des Verwaltungsstabes für die politische Analyse, zu entwickeln. Der Verwaltungsstab eignet sich eben nicht nur als Abgrenzungskriterium, vielmehr verweist eine komparative Untersuchung der Herrschaftsentstehung in einfachen Gesellschaften auf das Eigengewicht des Verwaltungsstabes, d. h. z. B. auf die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen, die aus seiner bloßen Existenz, unabhängig von jeder inhaltlichen Zielsetzung, fließen. Ich erwähne nur kurz die Zersetzung der Verwandtschaftsstruktur, das Eintreibungssystem und den Schichtungseffekt. Ehe ich nun die gesamtgesellschaftlichen Effekte der modernen Erscheinungsform des Verwaltungsstabes,

8 *ibid.*

9 MEW 1962, Bd. 20: 262.

10 F. Engels: Von der Autorität, MEW 1962, Bd. 18: 306.

nämlich als Bürokratie und bürokratisch geführte Armee darstelle, möchte ich anhand eines persönlichen Schlüsselerlebnisses die anthropologische Differenz zwischen einer anarchischen und einer hochzentralisierten Gesellschaft andeuten.

Ich vergleiche die Spontaneität in der bis vor kurzem anarchischen Gesellschaft der paschtunischen Stämme im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet mit jener in der BRD.

Beim allmählichen Wiedereintauchen in die eigene Gesellschaft stellte sich inmitten einer zivilisationsfreudigen Euphorie ein Vermissungserlebnis ein. Ich vermißte die Spontaneität der Gesellschaft freier Männer¹¹. Unerwartet bekam Marcuses Rede von den „sublimierten Sklaven der entwickelten Zivilisation“¹² Realitätsgehalt. Ich stutzte über die verspannten Physiognomien, die verkrampften Bewegungen und die monotone Sprechweise.

Welcher Kontrast zur körperlichen und geistigen Elastizität der Pashtunen! Ernüchternd der Ausfall der Gastfreundschaft, die geringe Hilfsbereitschaft, das untätige Verharren bei Unfällen! Dazu kamen die politischen Erfahrungen . . . Ich hatte eine Gesellschaft kennengelernt, in der der Begriff der Würde und Ehre nicht exklusiv an die Inhaber von Herrschaftspositionen appropriiert ist, sondern von jedem Mann in Anspruch genommen wird, wo die geringste Arroganz die energische Reaktion des Angeherrschten hervorruft; wo auch der Mächtige die Gleichheit aller Männer anerkennen, wo der Schwache geschützt werden muß, wo Versammlungen noch ernstgenommen und nicht mit billigen Tricks manipuliert werden. Es gibt kein Demutsverhalten gegenüber Instanzen; das Reaktionshandeln wird zwar auch durch materielle Interessen motiviert, kann aber nicht abgekauft werden. Diese unbekümmerte Desinteressiertheit prägt den traditionellen Lebensstil der Pashtunen.

Ich möchte die Charakterisierung der geschrumpften Spontaneität hier nicht weiterführen und nur noch zugunsten ihrer Naivität anführen, daß die vergleichende Reflexion um so schwerer fällt, je weiter der Prozeß der Reintegration in die Herkunftsgesellschaft vorangeschritten ist. Der gemeinte Sinn meiner pauschalen Charakterisierung läßt sich mit einem Zitat aus „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ verdeutlichen. Dahrendorf bezeichnet „als immer wiederkehrende Motive“ „den Konformitätsdruck, den De-

11 Diese Formulierung hebt darauf ab, daß das Freiheits- und Unabhängigkeitspostulat nur für die Männer gilt, zumindest bei den seßhaften Pashtunen die Frauen als Besitz besonderer Art klassifiziert werden. Für die seßhaften Pashtunen gilt Engels' Satz aus dem Anti-Dühring: „In den ältesten, naturwüchsigen Gemeinwesen konnte von Gleichberechtigung höchstens unter den Gemeindemitgliedern die Rede sein; Weiber, Sklaven, Fremde waren von selbst davon ausgeschlossen.“ MEW 1962, Band 20: 96. Bei den nomadisierenden Pashtunen allerdings genießen die Frauen einen wesentlich höheren Status. Der Übergang vom Nomadismus zum Ackerbau hat gleichsinnig mit zunehmender Individualisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln die Rolle der Frau deteriorisiert.

12 H. Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied 1968: 53.

faitismus der praktischen Humanität, die Suggestion zu ertragen statt zu protestieren und zu handeln, die Mißachtung der Schwachen und Wehrlosen“ (394).

Die Kontinuität dieses Problems veranschaulicht ein Brief von Engels aus dem Jahre 1890 an Paul Ernst: „Der norwegische Kleinbürger ist der Sohn des freien Bauern und ist unter diesen Umständen ein Mann gegenüber dem verkommenen deutschen Spießier.“ Über diesen schreibt er: „In Deutschland ist das Spießbürgertum Frucht einer gescheiterten Revolution, einer unterbrochenen, zurückgedrängten Entwicklung und hat seinen eigentümlichen, abnorm ausgebildeten Charakter der Feigheit, Borniertheit, Hilflosigkeit und Unfähigkeit zu jeder Initiative erhalten durch den Dreißigjährigen Krieg . . .“¹³.

Die Verkümmern der Spontaneität, der „Selbsttätigkeit“, die im Vergleich zwischen anarchischen und Industriegesellschaften erscheint, ist zu einem erheblichen Teil durch die Leistungsorientierung dieser Gesellschaften mit ihren extremen Anforderungen hinsichtlich Genauigkeit, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Verlässlichkeit determiniert; die moderne Produktionsmaschine läuft nicht ohne die präzise Verzahnung der Interaktionen, ist auf die Reduktion unberechenbarer Reaktionen angelegt und angewiesen.

Doch muß ich im Rahmen dieses Themas diese Effekte der industriellen Arbeitsteilung ausklammern und abheben auf die Zusammenhänge zwischen Spontaneität und Herrschaft.

Bezogen auf die Herrschaftsorganisation erscheint Spontaneität auf seiten der Beherrschten als Widerstandshaltung, die sich in Widerstandshandlungen oder in der bloßen Demonstration der Widerstandsbereitschaft äußert.

In anarchischen Gesellschaften aktualisiert sich das Widerstandspotential in antiherrschaftlichen Widerstandshandlungen gegen Versuche der Herrschaftsbegründung. Die Herrschaftslosigkeit, Anarchie, einfacher Gesellschaften ist, wie ich in meiner Untersuchung nachgewiesen habe, nicht auf die kognitive Unfähigkeit, Herrschaft zu konzipieren, sondern auf die durch die Affizierung des Gleichheitsbewußtseins ausgelösten Nivellierungsaktionen gegen potentielle Usurpatoren zurückzuführen¹⁴. Erst unter ganz bestimmten Bedingungen, wie z. B. einer Zunahme des äußeren Drucks, lassen sich die Widerstandsmechanismen überspielen und Herrschaftsverhältnisse begründen.

Im Widerspiel des Gleichheitsbewußtseins mit der Herrschaftsorganisation bildet sich eine herrschaftsbegrenzende Widerstandslinie. Die Beibehaltung eines bestimmten Freiheitsgrades einer Gesellschaft hängt nun von der Konstanz des Widerstandspotentials ab.

Diese Aussage gilt sowohl für anarchische Gesellschaften wie für traditionelle Herrschaftsgebilde, aber auch für moderne Demokratien. Das Widerstandspotential wie die Spontaneität der Individuen

13 Marx, Engels über Kunst und Literatur (ed. Lifschitz), Berlin 1953: 30.

14 Vgl. Regulierte Anarchie, Kap. 5.

überhaupt wird nun durch drei Haupteffekte des Verwaltungs- und insbesondere des Erzwingungsstabes reduziert: Absorptions-, Repressions- und Diffusionseffekt von allgemeiner Verwaltung, Polizei und Armee.

Der Absorptionseffekt besteht in der ökonomischen Belastung, die einer Gesellschaft durch die Herrschaftsorganisation erwächst, sowie im Abzug qualifizierter Personen aus dem Produktionsprozeß, aber auch z. B. kritischer Köpfe aus der öffentlichen Diskussion. Beim Repressionseffekt sind repetitive Repressionen individueller systemwidriger Handlungen von der Intervention gegen kollektive Widerstandsakte zu unterscheiden.

Unter Diffusionseffekt verstehe ich die ausstrahlende Prägekraft bürokratischer oder militärischer Verhaltensweisen auf soziale Beziehungen anderer Art. Dieser gesamtgesellschaftliche Analogisierungseffekt, der insbesondere durch den Sozialisierungseffekt militärischen Lebens erreicht wird, bewirkt z. B., daß Fabriken als Kasernen geführt werden und der Kasernenhofton das Verhältnis zwischen gedienten Lehrern und Schülern prägt.

Ein drastisches Beispiel für die Schwächung des Widerstandspotentials durch die gesamtgesellschaftliche Dominanz bürokratisch-militärischer Muster liefert die Geschichte der SPD: Aus der von Engels so gerühmten revolutionären Disziplin der preußischen Sozialdemokratie wurde nach Abwurf des pseudorevolutionären Ballasts der bloße Konformitätsdruck einer von Funktionären manipulierten Massenpartei.

Die bereits zitierte Hypothese über die Bedingungen der Erhaltung des Freiheitsgrades einer Gesellschaft läßt sich dahingehend präzisieren, daß dieser Freiheitsgrad durch physische Sanktionen gegen Versuche zur Erhöhung des Herrschaftsdruckes garantiert wird. In Demokratien wirkt die erfolgreiche Revolution, welche die Demokratie begründete, als virtuelle physische Sanktion gegen Usurpationsgelüste des Herrschaftsapparates. Der Erfolg von Revolutionen, damit die endogene Entstehung von Demokratien, ist von der Stärke des Militärs abhängig. Die angelsächsischen Gebiete waren nicht dem Zwang zur Bildung großer Heere wie die europäischen Festlandsstaaten ausgesetzt¹⁵. Damit war der Interventionseffekt der traditionellen Herrschaftsorganisation herabgesetzt. Der Januscharakter der französischen Republiken gründet in der historischen Kombination eines starken, militärisch orientierten bürokratischen Zentralismus mit einer Serie erfolgreicher Revolutionen. Außerdem begünstigte der durch die kontinentale Lage bedingte äußere Druck eine Verstärkung der Zentralinstanz. In Antizipation dieses Mechanismus warnte Robespierre vor der Kriegserklärung an die Monarchien und sagte den Abgeordneten der Legislative den Abbau der revolutionären Freiheiten durch die Kriegsdiktatur voraus. Das Beispiel Frankreichs ebenso wie das Beispiel der russischen Revolution

15 Vgl. den Aufsatz von O. Hintze: Staatsverfassung und Heeresverfassung, in: Staat und Verfassung, Göttingen 1962.

bestätigen die Hypothese, daß eine Zunahme des äußeren Druckes, sofern sie nicht zur Absorption der Gesellschaft führt, eine Erhöhung des Herrschaftsdruckes im Inneren einer Gesellschaft einleitet. In Deutschland scheiterte die endogene Entwicklung der Demokratie am Fehlen der erfolgreichen Revolution, d. h. an der massiven negativen Sanktionierung der großen deutschen Bauernrevolution und an der Dominanz des Militärs.

Diese historisch bedingten Unterschiede des Widerstandspotentials wirken sich bis heute aus. Wie die vergleichende Untersuchung von Almond und Verba ergibt, sticht die BRD von den anderen untersuchten Demokratien dadurch ab, daß eine passive Untertanen-Orientierung durchgehalten wird, man sich zu sehr auf hierarchische Führung verläßt, und die Fähigkeit zur politischen Kooperation und damit auch zur Partizipation kümmerlich ist¹⁶.

Wie gering das Widerstandspotential in der Bundesrepublik ist, zeigt sich in der Unmöglichkeit, durch Wahlen einen klaren Machtwechsel zu bewerkstelligen. Allein schon die Tatsache, daß es seit Bestehen der BRD keinen Sieg einer oppositionellen Alternative gegeben hat, berechtigt uns, die BRD als prekäre Demokratie einzustufen. Der Test, ob die Regierung wirklich bereit wäre, nach einem Wahlsieg der Oppositionspartei dieser die Macht zu übergeben, hat bisher noch nicht stattgefunden. Bewiesen ist allerdings, wie leicht die Spekulation der Regierenden auf die „Vergeßlichkeit“, d. h. eben auf die geringe Widerstandsbereitschaft der Bürger aufgeht.

Das Herrschaftskartell kann offensichtlich nicht durch den bloßen Wahlmechanismus zur Aufgabe des Immobilismus und zur Respektierung des Grundgesetzes gezwungen werden. Es genügt keineswegs, demokratische Normen anzulernen. Es genügt nicht einmal, sie praktizieren zu lassen. Der Bestand einer Demokratie ist gebunden an die Fähigkeit zum Widerstand gegen die Anmaßungen der Herrschenden.

Dem Imponiergehabe der über staatliche Gewalt Verfügenden muß in Demokratien mit der demonstrierten Bereitschaft zur Anwendung von Gegengewalt geantwortet werden.

Die Verkümmern der Spontaneität, die geschwächte Bereitschaft, normwidriges Verhalten der Inhaber von Herrschaftsrollen durch spontane Reaktionen zu sanktionieren, ist nicht zuletzt durch die weitgehende Delegation der Sanktionsgewalt an den staatlichen Zwangsstab bedingt. Von zentraler Bedeutung ist das staatliche Monopol legitimer Zwangsgewalt mit der dazugehörigen scharfen Sanktionierung von Gewalttaten — auch, wenn sie Reaktionen auf Normbrüche sind. Diese staatlichen Sanktionen schwächen die Sanktionsbereitschaft, insbesondere der Unterschichten, die nicht über ein so fein abgestuftes Sanktionsinventar wie Mittel- und insbesondere Oberschicht verfügen. Aber auch im Bürgertum dürfte eine Angst vor der eigenen Spontaneität, die ja so leicht in existenzvernichtende

16 G. Almond and S. Verba, *The civic culture*, Princeton 1963: 495 f.

Gewalttaten münden kann, nachweisbar sein. Es liegt auf der Hand, daß die Reaktionsbereitschaft der Pashtunen, die unter dem Gesetz der Selbsthilfe und der Blutrache leben, schon aus diesem Grunde größer ist.

Nun will ich nicht auf ein Plädoyer für die Blutrache hinaus; aber gerade, wenn man die Notwendigkeit des Verzichts auf individuelle physische Sanktionen anerkennt, muß man die durch diesen Verzicht geschwächte Spontaneität des einzelnen durch eine weitgehende Minimierung von Herrschaft revitalisieren.

Innerhalb einer pragmatischen Transformation des Anarchie-Postulats kann man im Hinblick auf die Funktionsbedingungen hochentwickelter Industriegesellschaften nicht mehr fragen:

- Wie kann Herrschaft überhaupt abgeschafft werden?, sondern nur noch:
- Wieweit und in welchen Aktionsräumen ist soziale Selbststeuerung möglich?
- Wie kann das Widerstandspotential möglichst hochgehalten werden?
- Wie kann Herrschaft abgebaut, d. h. auf ihren funktionalen Kern reduziert werden?

Ich kann hier nur einige Veränderungen andeuten, welche die Soziologen vorausdenken sollten:

1. Erhöhung des Widerstandspotentials durch die Erhöhung der Chance, Gruppen zu mobilisieren, indem die Unterdrückung politischer Diskussion in geschlossenen Kollektiven (Schulen, Betrieben, Kirchen) aufgehoben wird.
2. Reduktion des Einschüchterungseffekts der Staatsgewalt durch Verzicht auf autoritäres Imponiergehabe in der Selbstdarstellung staatlicher Macht. Konkret: anstelle totemistischer Embleme sollten die Polizisten ein Namensschild tragen.
3. Reduktion des staatlichen Sanktionsapparates durch eine radikale Justizreform, z. B. ein durch das Schuldprinzip moderiertes und das Kompensationsprinzip ergänztes Maßnahmerecht, das gerade hinreicht, um das Wiederaufleben der Institution der Blutrache zu verhindern.
4. Korrektur der auf optimale Beherrschung unmündiger Massen gerichteten, noch aus der Epoche des Absolutismus stammenden Konzeption der Bürokratie, Neukonstruktion mittels der weitgehenden Ersetzung der Kontrolle von oben durch die Kritik von unten. Die Verdrängung des Prinzips des Dienstgeheimnisses durch das Transparenzpostulat ermöglicht — kombiniert mit dem Prinzip der Kontrolle von unten — eine Reduktion des Kontrollapparates.
5. Ergänzung des für demokratische Massengesellschaften unentbehrlichen Parlamentarismus durch plebiszitäre Veto- und Initiativrechte.
6. Durchsetzung des Räteprinzips in Betrieben der geistigen und materiellen Produktion (Schulen, Universitäten, Kliniken, Fabriken).

Der Versuch, herrschaftsfreie Aktionsräume im Bereich der Produktion durchzusetzen, setzt die Mißachtung des Eigentumsrechts an Produktionsmitteln voraus. Es hängt ganz von den Reaktionen der Herrschenden ab, wie sich die mit diesem Experiment verbundene Entleerung von Dispositionsbefugnissen durchsetzt. Selbst eine evolutionäre Veränderung der Produktionssphäre setzt entsprechend der hier skizzierten Theorie die Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung des Prinzips der Selbsttätigkeit voraus¹⁷. Die von mir vertretene Position des experimentellen Durchprobierens emanzipatorischer Techniken impliziert eine gewaltgestützte Durchbrechung des Experimentiertabus in den Zentralbereichen unserer Gesellschaft.

Mit der rechtlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel würde eine wichtige Schutzfunktion des staatlichen Zwangsapparats, die dieser zugunsten kapitalistischer Interessen erfüllt, entfallen und damit eine weitere Reduktion des Herrschaftsdrucks ermöglicht.

Exkurs I: Reduktion des Verfolgungseffekts

Durch Reduktion des Herrschaftsdruckes wird nicht nur der wüste Funktionskreis der durch Reaktionsschwäche der Gewaltunterworfenen gesteigerten Repressionsgewalt durchbrochen und Spontaneität und Widerstandspotential erhöht. Von gleicher Dringlichkeit ist die Reduktion des Projektionseffekts von Herrschaft.

Komparative Untersuchungen haben ergeben, daß die Entstehungschance von Pariagruppen mit dem Herrschaftsdruck wächst, daß die Diffamierung marginaler Gruppen sich mit dem Herrschaftsdruck verändert. Das gilt sowohl für den inter- wie den intra-sozialen Vergleich. Diese Gesetzmäßigkeit ist abzuleiten aus der Verschiebung ursprünglich auf die Zentralinstanz und ihren Zwangstab gerichteter antiherrschaftlicher Affekte auf marginale Gruppen.

Meine Feldforschung bei den Pashtunen hat eine erneute Bestätigung der Pariagruppen-Theorie erbracht; insbesondere ermöglicht sie eine gesonderte Betrachtung der Wirkungen von sexueller Frustration und gestauter Aggressivität.

Die Pashtunen sind auch im akephalen Stadium mit einer diskriminierten Berufskaste, den Dom genannten Barbieren und Musikern vergesellschaftet. Infolge der starken sexuellen Frustrationen, denen viele Pashtunen ausgesetzt sind, sind die massiven Projektionen unterdrückter sexueller Wünsche auf diese Gruppe nicht verwunderlich; eigenartig ist jedoch, daß die als unrein geltenden Dom nicht nur dem Heiratstabu, sondern einem absoluten Gewalt-Tabu unterliegen, völlige Immunität genießen. Obwohl die Dom also eine marginale endogame Gruppe von niedrigem Status sind, fehlt ihnen doch zur Pariagruppe das Merkmal der prekären Rechtslage. Die Tötung eines Dom wird am Täter und seiner Verwandtschaftsgruppe

¹⁷ Selbstverständliche Voraussetzung ist die Überwindung des gewerkschaftlichen Streikverzichts und die volle Ausnutzung des Betriebsverfassungsgesetzes. Vgl. dazu R. Hoffmann: Rechtsfortschritt durch gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt 1968.

vom gesamten Stamm gesüht. Die Dom kommen als Zielscheiben unterdrückter Aggression ganz einfach deshalb nicht in Frage, weil bei den Pashtunen die Hemmung von Aggression nur schwach ausgebildet ist, was die Immunität besonderer Gruppen erleichtert.

Meines Erachtens liefern die innenpolitischen Geschehnisse der letzten zwei Jahre eine Bestätigung der Paria-Hypothese. Die Forcierung der Notstandsgesetze, die uns als ein möglicher Indikator für Zunahme des Herrschaftsdruckes dienen kann, wurde begleitet von der Diffamierung studentischer Minderheiten. Daneben läuft die ältere Diffamierung der Gastarbeiter weiter. Verbalreaktionen auf die letzten Notstandsdemonstrationen, wie etwa: „Vergasen!“, „mit dem Flammenwerfer hineinfahren“ etc. zeigen die Virulenz herrschaftsinduzierter Vernichtungsphantasien.

Exkurs II: Die Liquidierung anarchistischer Gesellschaften

Die durch die Entkolonialisierung eingeleitete Verselbständigung der neuen Staaten hat eine Liquidation von Freiheitsräumen in Gang gesetzt, über deren Ausmaß hierzulande zu wenig bekannt ist. Die an der kolonialen Grenzziehung orientierte Souveränitätsideologie führte nicht nur zur Zerreißung ethnischer Einheiten. Sie materialisierte sich in der Unterjochung der freien, d. h. herrschaftsfreien Stämme, welche sich den Auswirkungen der indirect rule noch hatten entziehen können. Den schärfsten Ausdruck fand dieser Nationalismus im Genozid, das die sudanische Regierung an den meist christlichen Stämmen des oberen Nillaufs begeht. Es entbehrt nicht der Ironie, daß die Nachkommen der Sklavenjäger vom sozialistischen Lager als Vertreter des fortschrittlichen Nationalstaats unterstützt werden. Am Beispiel der zentralafrikanischen Amba ließe sich die Unterdrückungspolitik von Zentralregierungen gegen akephale Randgruppen, ebenso aber auch die Widerstandsbereitschaft herrschaftsfreier Systeme besonders gut illustrieren¹⁸. Der seit Jahrzehnten währende Abwehrkampf der Kurden gehört auch in diesen Zusammenhang. Bis heute gibt es noch im afghanisch-pakistanischen Grenzland frei lebende Pashtunenstämme, deren gleichstämmige Nachbarn in den Tälern aber immer stärker in das jeweilige Staatssystem integriert werden.

Die Reaktion der Weltöffentlichkeit, aber auch der Wissenschaft, ist fatalistisch; es dominiert eine historizistische Opfer-Theorie: Die Durchsetzung des Nationalstaats erscheint als notwendige Voraussetzung ökonomischer Entwicklung, der romantische Freiheitsvorstellungen geopfert werden müssen. Ein evolutionistisches Schema suggeriert die Notwendigkeit des Durchlaufens eines nationalistischen Stadiums. In Wirklichkeit bedeutet die nationalstaatliche Integration die Ausdehnung eines politischen Systems, das als Synthese eines degenerierten, d. h. erstarrten Traditionalismus und kolonialer Ausbeutungspraktiken, denkbar ungeeignet ist, wirtschaftliches Wachstum zu stimulieren.

„Entwicklungshilfe“ könnte weit wirksamer werden, wenn sie ohne Zwischenschaltung der korrupten Bürokratie direkt in den akephalen Gebieten ansetzen könnte.

Auch in Gebieten, die schon länger zentralisiert sind, würde eine Korrektur der bürokratisch organisierten, d. h. meist: an den Ausbeutungsinteressen der nationalistischen Bourgeoisie orientierten „Entwicklungshilfe“ durch das von Danilo Dolci in den Elendsgebieten Siziliens erprobte Prinzip des lavoro dal basso eine vernünftigere Selektion der Projekte und bessere Ergebnisse ermöglichen.

Mit der erzwungenen Zentralisierung, mit der schematischen Ausbreitung korrupter Bürokratien, mit der Integration in den Ein-Partei-Staat wird aber vor allem die Chance vertan, angemessene Formen der Verklammerung bisher herrschaftsfreier Gruppen mit der Zentralgesellschaft zu entwickeln. Damit wird auch die Chance reduziert, daß sich in diesem Prozeß der Verklammerung neue Formen der Demokratie entwickeln können. Der Zeitpunkt, zu dem die letzte anarchische Gesellschaft unterjocht sein wird, rückt immer näher; damit aber auch das Ende der Möglichkeit, regulierte Anarchie als funktionierendes gesamtgesellschaftliches System zu beobachten.

Jörg Kammler

Politische Wissenschaft und Herrschaft –

Zur Kritik der Konzeption einer „praktischen Wissenschaft von der Politik“

In der längst etablierten Politischen Wissenschaft der Bundesrepublik hält die Suche nach dem Gegenstand und der adäquaten Methode an: das Bemühen um Selbstverständigung über Forschungspraxis und politisches Engagement, um die rechte Definition des theoretischen Bezugsrahmens wie des Verhältnisses zur politischen Praxis, hat sich in einer Fülle von Versuchen niedergeschlagen, die Situation der Disziplin zu bestimmen und ihren Anspruch mit dem Ziel theoretischer Stringenz neu zu formulieren¹. Die Substanz dieser politikwissenschaftlichen Konzeptionen bestimmt sich nicht zuletzt an der Fassung zweier direkt miteinander verbundener Komplexe: daran nämlich, wie weit es über die Explikation bestimmter Teilbereiche und begrenzter Verfahrensweisen hinaus gelingt, die begriffliche Struktur auf eine Theorie der politisch-sozialen Herrschaftsverhältnisse hochentwickelter Industriegesellschaften hin zu organisieren, sowie daran, welche Konsequenzen für das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis gezogen werden. An die Beurteilung der Basis, Struktur und Entwicklungsalternativen konkreter Herrschaftsordnungen gebunden, bewegt sich Politische Wissenschaft notwendig zwischen Rechtfertigung und Kritik. Das jeweilige Urteil

1 Abgesehen von den im folgenden erörterten Arbeiten sind hier u. a. zu nennen: Ossip K. Flechtheim, Politische Wissenschaft: Wesen und Umfang, in: ders. (Hrsg.), Grundlegung der politischen Wissenschaft, Meisenheim 1958, S. 3—110; Carl Joachim Friedrich, Die politische Wissenschaft, Freiburg-München 1961, bes. S. 3—26; Arnold Brecht, Politische Theorie — Die Grundlagen politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Tübingen 1961; Karl Dietrich Bracher, Wissenschafts- und zeitgeschichtliche Probleme der politischen Wissenschaft in Deutschland, in: Kölner Zschr. f. Soz. u. Sozpsych., 17. Jg. 1965, S. 447—464; Peter von Oertzen, Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften, in: Kölner Zschr. f. Soz. u. Sozpsych., 17. Jg. 1965, S. 503—520; Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die politischen Wissenschaften, Köln und Opladen 1965; die Beiträge der Sammelbände: Aufgabe und Selbstverständnis der politischen Wissenschaft, hrsg. von Heinrich Schneider, Darmstadt 1967, und: Methoden der Politologie, hrsg. von Robert H. Schmidt, Darmstadt 1967; Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk (Hrsg.), Einführung in die Politische Wissenschaft, Bern und München 1968. — Eine Diskussion der Ergebnisse dieser Arbeiten ist bisher dadurch erschwert, daß — in partiellem Gegensatz zur Situation in der Soziologie — der Katalysator einer die Konturen klärenden Kontroverse fehlt.

kann dabei niemals den Zusammenhang mit dem realen Kampf um bestimmte politisch-soziale Entscheidungen verleugnen. Begriffsstruktur und konkrete Stellungnahme implizieren zudem immer — explizit artikuliert oder nicht — ein bestimmtes Modell des wissenschaftlichen Praxisbezuges. Was das Schlagwort von der Verwissenschaftlichung der Politik andeutet — die Möglichkeit einer direkten Vermittlung von Wissenschaft und politischer Praxis auf der Basis wissenschaftlicher Rationalität —, muß also für jede politikwissenschaftliche Konzeption zum zentralen Problem werden². Auf den hier angedeuteten Problemzusammenhang vor allem zielt die folgende Analyse einer in der Politischen Wissenschaft der Bundesrepublik durchaus einflußreichen Richtung, die durch den eigentümlich stilisierten Rekurs auf die in der klassischen politischen Theorie der Antike verankerte Tradition gekennzeichnet ist³.

Die klassische Politik verstand sich als Teil der praktischen Philosophie, konkret als Lehre vom guten und gerechten Leben: sie war Fortsetzung der Ethik und erstreckte sich gleichermaßen auf die Verfassung des Gemeinwesens und die Praxis des Bürgers⁴. Sie unterschied sich in Erkenntnisziel und -instrumentarium scharf von den theoretischen Wissenschaften: im Gegensatz zu diesen ging es ihr

2 Die Alternativen eines dezisionistischen, technokratischen und pragmatistischen Modells des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik entwickelt Jürgen Habermas, *Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung*, in: ders., *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt/Main 1968, S. 120—145. Vgl. zu dieser Problematik auch Klaus Lompe, *Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften*, Göttingen 1966.

3 Hinzuweisen ist hier vor allem auf folgende dieser Richtung verpflichtete Arbeiten: Arnold Bergstraesser, *Politik in Wissenschaft und Bildung*, Freiburg 1961; Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie*, Freiburg 1962, darin besonders: D. Oberndörfer, *Politik als praktische Wissenschaft* (S. 9—58), Alexander Schwan, *Die Staatsphilosophie im Verhältnis zur Politik als Wissenschaft* (S. 153—196), Kurt Sontheimer, *Zum Begriff der Macht als Grundkategorie der politischen Wissenschaft* (S. 197—210), Manfred Hättich, *Das Ordnungsproblem als Zentralthema der Innenpolitik* (S. 211—236); Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft*, Neuwied und Berlin 1963; ders., *Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre*, München 1968; Helmut Kuhn, *Praktische Philosophie und politische Wissenschaft*, in: *Wissenschaft und Politik, Abhandlungen*, hrsg. von der Hochschule für Politische Wissenschaften zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens, München 1960, S. 27 ff. Von Bedeutung im Zusammenhang dieser Richtung sind weiterhin die Arbeiten von Eric Voegelin (*Die neue Wissenschaft von der Politik*, München 1959) und Leo Strauss (*Naturrecht und Geschichte*, Stuttgart 1953).

4 Vgl. die Darstellung dieser Konzeption bei Jürgen Habermas, *Die klassische Lehre von der Politik in ihrem Verhältnis zur Sozialphilosophie*, in: ders., *Theorie und Praxis*, Neuwied 1963, S. 13 ff., sowie bei Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, Stuttgart 1960, bes. S. 27 ff.

nicht um streng wissenschaftliche Erkenntnis, sondern um ein aus der Praxis der Bürger gewonnenes und für diese unmittelbar relevantes Situationsverständnis, aus dem heraus mittels klugen Abwägens Politik formuliert und entschieden werden konnte. Da sich Politik dem vorgestellten Ideal nach im Miteinanderhandeln und -sprechen der freien Bürger wesentlich erfüllte, ihr daher die wechselnden Situationen äußerlich und eine in der Logik der Sache begründete Notwendigkeit fremd blieben, ging es der klassischen politischen Theorie in erster Linie um personal bezogene Aussagen und Postulate.

An dieses Wissenschafts- und Sachverständnis knüpft die „Konzeption einer praktischen Wissenschaft von der Politik“⁵ an. Ihr Ziel, das sie vor allem in der dezidierten Wendung gegen eine positivistische betriebene Politikwissenschaft hervorhebt, ist die bewußte, normative Orientierung an politischer Praxis: „Da politisches Handeln stets mit der Frage nach dem Rechten und Guten verbunden sein sollte, kann sich eine das politische Handeln vordenkende Wissenschaft der Frage nach den letzten Zielen und Normen der Politik nicht entziehen. Da aber die höchste und vornehmste Zielsetzung der Politik die schöpferische Gestaltung und Bewahrung einer das ‚gute tugendhafte Leben‘ ermöglichenden politisch-sozialen Ordnung ist, führt diese Frage unmittelbar zu der weiteren nach der guten Ordnung, die der moralisch-geistigen Natur des Menschen gemäß ist“⁶.

Der für Politische Wissenschaft konstitutive Bereich sei derjenige „verbindlicher, mit Auctoritas und Potestas ausgestatteter Entscheidungen, welche die Stiftung und Erhaltung von Ordnung, Frieden und Sicherheit zum Ziele haben“⁷. Die Aufgabe der Politik liege in der „Realisierung der aufgegebenen Zwecke“⁸ des Gemeinwesens, die der wissenschaftlichen Arbeit sei es, „im kritischen Bedenken und Vordenken politischen Handelns . . . dem Wohl des Gemeinwesens und seiner Menschen (zu) dienen . . . Politisch ist potentiell hierbei alles, was das Wohl des politischen Verbandes und seiner Menschen berührt“⁹. Den analytischen Mittelpunkt auch der „praktischen politischen Wissenschaft“ bildet daher „die Herrschaftsordnung, kraft deren verbindliche Entscheidungen über das Ganze eines Gemeinwesens getroffen, mit Hilfe der Möglichkeit des Zwangs zur Durchführung gebracht und in der Durchführung erhalten werden“¹⁰. Gesellschaft bedinge notwendig Herrschaft und diese impliziere auch

5 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 19 ff., stellt diese Konzeption, orientiert an den von den oben genannten Autoren entwickelten theoretischen Ansätzen, in typisierter Form dar.

6 ebd., S. 21.

7 Arnold Bergstraesser, *Wissenschaftliche Politik in unserer Zeit*, in: *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte*, 6. Jg. 1958, S. 222.

8 Wilhelm Hennis, *Zum Problem der deutschen Staatsanschauung*, in: *ders., Politik als praktische Wissenschaft*, a.a.O., S. 20.

9 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 19.

10 A. Bergstraesser, *Wissenschaftliche Politik in unserer Zeit*, a.a.O., S. 225.

politisch-sozialen Zwang, sie sei aber „wie in der klassischen Tradition als Ermöglichungsgrund des Menschseins“¹¹ zu betrachten.

Um das Herrschaftsverständnis dieser Konzeption, das sich besonders in der scharfen Wendung gegen jede Hypostasierung des Zwangscharakters von Herrschaft artikuliert, weiter spezifizieren zu können, soll der dargelegte begriffliche Hintergrund in einigen Strukturen kritisch analysiert werden. Das im Selbstverständnis dieser kurz skizzierten Wissenschaftskonzeption zentrale Motiv des Rückgriffs auf die philosophische Tradition der Antike ist es, durch normative Reflexion des Politischen zu verhindern, daß die Politische Wissenschaft sich der Realität unkritisch ausliefere, diese in ihren Begriffen nur kopiere, statt sie durch philosophisch reflektierte und analytisch konkret gestützte Sinnbestimmungen und Zielsetzungen theoretisch zu transzendieren und dementsprechend die Gestaltung der Realität anzuleiten. „Gegenüber der Faszination der normativen Kraft des Faktischen ist es Sache der Wissenschaft, an die normative Kraft des Normativen zu erinnern“¹². Aus dieser Intention folgt besonders die Kritik an positivistischer Sozialwissenschaft und ergibt sich die aus dem gemeinsamen Praxisbezug resultierende partielle „Nähe zu jenen Vertretern der deutschen Soziologie der Gegenwart, die als bewußt wertende, gesellschaftskritische, zum Bau einer besseren, menschenwürdigeren Gemeinschaft beitragen wollen“¹³.

Inwieweit gelingt es jedoch, die neu beschworenen Begriffe normativer Theorie derart auf die politische Realität zu beziehen, daß theoretisch reflektierte Alternativen politischer Praxis konkret sichtbar werden? Wie steht es um die kritische und praktische Relevanz jenes jahrtausendealten Normenhorizonts einer „praktischen“ Wissenschaft, die sich anheischig macht, den Marxismus in die Rumpelkammer obsoleter Ideologien zu verweisen?¹⁴ Der so forciert betriebene Versuch einer Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft an Hand der klassischen politisch-theoretischen Begriffe der „guten und gerechten Ordnung“, des „guten politischen Handelns“, des „Gemeinwohls“ etc. vermag das ihn begründende Versprechen, aus den Einbahnstraßen eines realitätsverfallenen Positivismus und eines vermeintlich von einer kurzatmigen Utopie besessenen Marxismus herauszuführen, nicht einzulösen. Den in philosophischer Tiefe verankerten Begriffen haften, da sie der Materialisierung im Rahmen gegenwärtiger Politik und der sie beherrschenden Konflikte entbehren, die Züge einer Traditionsbeschwörung an, die die Wege und Ziele einer vernünftig bestimmten politischen Praxis weitgehend im bequemen Halbdunkel des unausgefüllten Postulats beläßt. Die „gute und gerechte Ordnung“ etwa bleibt bloßes Medium ohne Konturen,

11 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 23 f.

12 W. Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, in: ders., Politik als praktische Wissenschaft, a.a.O., S. 152; vgl. ders., Politik und praktische Philosophie, a.a.O., S. 18 f.

13 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 22.

14 Vgl. dazu unten S. 15 f.

da beliebige konkrete Inhalte subsumiert und verschiedene politisch-soziale Wertvorstellungen gleichermaßen induziert werden können¹⁵. Diesen Einwand versucht Hennis dadurch zu entkräften, daß er zwar die „Offenheit“ z. B. des Gemeinwohlbegriffs zugibt¹⁶, aber darauf verweist, daß wir „als Bürger . . . alle noch gewisse Rudimente einer materialen, auf den Gegenstand einer wohlgeordneten politischen Gemeinschaft bezogenen Staatsanschauung“ besitzen, die „der alten Theorie der Politik mit ihrer Orientierung am Staatszweck relativ nahekomm[t]“¹⁷. Läßt sich darüber hinaus auch kein angebarbarer Sinn von „Gemeinwohl“ verdeutlichen: es gilt das allem kritischen Zugriff entzogene „Festhalten an einem unzerstörbaren, aufgegebenen Sinn des Gemeinwohlbegriffs“¹⁸. Auch bei Oberndörfer erfährt der Assoziationsspielraum, den die normativ beladenen Leitbegriffe gewähren, nur vage Begrenzung; über die entscheidende Schwierigkeit, Begriffe und politisch-soziale Realität zu vermitteln oder zumindest in greifbarere Zusammenhänge zu stellen, helfen zurückhaltende geistesgeschichtliche Andeutungen und suggestive Versicherungen hinweg: „Typische allgemeine Grundwerte, auf deren beschränkte Anzahl Wilhelm Dilthey hinwies, und typische Grundformen möglichen Menschseins, für die sie gelten, sind für uns in den unserem Wissen zugänglichen historisch-soziologischen Konstellationen gegeben. Vor allem aber ist bei der Frage nach dem bonum commune und der ihm entsprechenden Ordnung die Zahl der möglichen Alternativen heute ähnlich begrenzt wie zur Zeit des Aristoteles“¹⁹. Die zentrale Frage nach inhaltlicher Ein- und Abgrenzung, nach Position und Perspektive, verliert sich in den verschiebbaren Kulissen wertphilosophischer und politisch-anthropologischer Abstraktionen, die den Gedanken an eine spezifische, erkennbare Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung und hier begründete politische Alternativen historisch neuer Qualität nicht aufkommen lassen.

15 Vgl. dazu Hans Mommsen, Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 10. Jg. 1962, S. 259 f.

16 W. Hennis, Amtsgedanke und Demokratiebegri[f], in: ders., Politik als praktische Wissenschaft, a.a.O., S. 64.

17 W. Hennis, Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, a.a.O., S. 13. Dazu Hans Mommsen, a.a.O., S. 261: „Es ist jedoch zweifelhaft, ob in Deutschland ein derart ungebrochenes Verhältnis zur Politik des Gemeinwesens anzutreffen ist und ob nicht vielmehr eine Verwechslung mit dem vorliegt, was Radbruch einmal die ‚Lebenslüge des Obrigkeitsstaates‘ genannt hat. Wenn es ein solches werterfülltes Vorverständnis des Politischen gibt, so bliebe es doch einigermaßen vage und wäre im Zeichen des Gruppenpluralismus beliebig manipulierbar.“

18 W. Hennis, Politik und praktische Philosophie, a.a.O., S. 66; vgl. dazu H. Schneider, Zur philosophischen Dimension der politischen Wissenschaft, in: Gesellschaft—Staat—Erziehung, 10. Jg. 1965, S. 384 ff. Die zentrale Rolle des Gemeinwohlbegriffs betont auch Helmut Kuhn, Praktische Philosophie und politische Wissenschaft, a.a.O., S. 29 f.

19 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 47.

So erscheint die Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft als ein auf die Demonstration wissenschafts- und geistesgeschichtlicher Entwicklungen gestützter Akt theorie-immanenter Rückbesinnung²⁰, der im affirmativen Griff nach den Formeln der klassischen Politik ein Vertrauensverhältnis von Wissenschaft und Realität, von politi-

20 So vor allem bei W. Hennis, *Politik und praktische Philosophie*, a.a.O.; die Darstellung des Traditionsverfalls der alten Politik von Hans Maier, die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politik*, a.a.O., S. 59 ff., läßt in sehr viel stärkerem Maße den jeweiligen historischen Zusammenhang von politischer Theorie und historischer Realität sichtbar werden. Vgl. dazu auch die kritische Anmerkung bei Peter von Oertzen, *Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften*, a.a.O., S. 518 f. (Anm. 23), der von „der unhistorischen und den gesellschaftlichen Wandel seit Beginn der industriellen Revolution nicht wirklich berücksichtigenden Sicht der Politik“ bei Hennis spricht. Wirksamer, weil auf der von Hennis selbst gewählten Ebene agierend, ist die Kritik, die Helmut Kuhn (Aristoteles und die Methode der politischen Wissenschaft, in: *Methoden der Politologie*, a.a.O., S. 521—553) am gegenwärtigen Rekurs auf die von Aristoteles begründete Konzeption einer „praktischen Philosophie“ übt. Kuhn weist in einem von der Auseinandersetzung mit Hennis ausgehenden fundierten Abriss der Aristotelischen Position und ihres philosophiegeschichtlichen Schicksals nach, daß von einer bloßen Neuvergegenwärtigung des philosophischen Ausgangspunktes — wie es Hennis glauben machen will — nicht die Rede sein kann. Vielmehr enthüllt er gerade die von Hennis in den Mittelpunkt gerückte Rekonstruktion der wissenschaftsbegründenden Methode, der „Topik“ (vgl. W. Hennis, *Politik und praktische Philosophie*, a.a.O., bes. S. 89—116), als unzulässige Stilisierung und Uminterpretation entsprechender Elemente des Aristotelischen Denkens. Was Hennis als konstitutive Methode einer erneuerten politischen Wissenschaft, als „Logik der praktischen Wissenschaften“ (S. 109), als spezifische „topisch-dialektische Erkenntnishaltung“ (S. 96) bei Aristoteles verankern möchte, schlägt Kuhn überzeugend einer jüngeren Tradition zu: der Umdeutung der Topik — jener „spröde(n) Sammlung von Schemata intelligenter Disputation, die wir Aristoteles verdanken“ (H. Kuhn, a.a.O., S. 552) — in Fundamentalontologie im Gefolge Heideggers (S. 551 f.). — Die wichtige Vermittlungsrolle, die Heidegger für die politologischen Anwälte einer Renaissance der „praktischen Philosophie“ besitzt, beweisen auch Arbeiten von Alexander Schwan (*Politische Philosophie im Denken Heideggers*, Köln und Opladen 1965 — eine Analyse, die den Bann des Analysierten nur punktuell durchbricht) und Dieter Oberndörfer (*Von der Einsamkeit des Menschen in der modernen amerikanischen Gesellschaft*, Freiburg 1961). Bei Oberndörfer heißt es: „Wir gehen aus von der Überzeugung, daß der Grund für das Scheitern des Menschen in der modernen Gesellschaft ... im Verlust der Transzendenz zu suchen ist. Nur wenn die Transzendenz in der Breite der Gesellschaft als lebensbestimmende Macht erneut wirkkünftig wird, kann der Dämonie der modernen Gesellschaft erfolgreich Widerstand geleistet werden. Wir glauben auch, daß in der deutschen geistigen Tradition Positionen erarbeitet wurden, die Ansätze für ein neues religiöses Leben sein könnten und eine Stellungnahme zur Aufklärung aus dem Glauben ermöglichen. Damit meinen wir zum Beispiel die Fundamentalontologie Martin Heideggers, die als Grundlage eines dem Numinosen offenen Daseinsverständnisses dienen kann ...“ (S. 13).

scher Theorie und politischer Praxis suggeriert, das der Grundlage einer vorgängigen radikalen Kritik der Realität nicht bedarf. Da die Diagnose der Krise — der Wissenschaft wie der politischen Realität — bei der defizienten Idee verharret, braucht die Therapie mit den geschichtlichen Bedingungen des gesellschaftlichen Prozesses nicht zu rechnen.

Gegenüber der Dominanz einer apodiktischen Philosophie des „guten Lebens“ enthüllt sich das Postulat einer kritischen Untersuchung der politischen Realität als theoretisch belanglos²¹. Die Analyse der Realität geht nicht als eigengewichtiges kritisches Potential in die philosophischen Bestimmungen ein und diese vermögen die Analyse nicht wirklich auf eine Theorie des Ganzen hin zu strukturieren. Das antipositivistische Credo, das Bestehende durch einen das Ganze umfassenden Zugriff zu transzendieren, zeitigt keine entsprechenden Konsequenzen, da die inhaltliche Konkretisierung und historisch-spezifische Aktualisierung der Theorie unterbleibt. Ohne das rationale Fundament inhaltlicher Kritik artikuliert sich der Praxisbezug notwendig in systemkonformen Bahnen und tendiert dazu, bei verbrämter Affirmation zu enden.

Dieses Dilemma wird sichtbar, wo es explizit um das „Vordenken“ politischer Praxis durch den politischen Wissenschaftler geht. Wenn die „Existenzberechtigung einer praktischen Politikwissenschaft, die ... mit ihren Forschungen (in) bewußter Leistung dem Gemeinwohl dienen will“, daran gemessen werden soll, „inwiefern sie mit ihren Arbeiten tatsächlich zum Wohl des Ganzen beizutragen vermag“²², dann wird das Gemeinwohl als inhaltlich bestimmte Größe und brauchbarer Maßstab politikwissenschaftlicher Forschungsergebnisse unterstellt, eine Qualität, die der Begriff in dieser Konzeption eben gerade nicht besitzt²³. Angesichts einer Teleologie, die sich weigert, das Telos konkret zu definieren, bleibt die Beziehung zwischen Wissenschaft und politischer Praxis trotz aller gegenteiligen Versicherungen ohne stringente Orientierung, denn die Ausrichtung am Ethos des Gemeinwohls muß sich letztlich auf das Motiv subjektiven guten Willens beschränken. Läßt die Weite des formalen Postulats politikwissenschaftlichen Praxisbezuges²⁴ abstrakt selbst revo-

21 Das Mißverhältnis zwischen „praktischer Philosophie“ und konkreter Analyse registriert auch H. Schneider, a.a.O., S. 391.

22 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 49.

23 Dazu Hans Mommsen, a.a.O., S. 371, Anm. 90: Es werde einerseits gefordert, „daß die politische Wissenschaft die kritische Frage nach den Normen des politischen Handelns zu stellen habe, andererseits der Begriff des bonum commune und des Dienstes am Gemeinwohl schlechtweg mit der bestehenden Ordnung gleichgesetzt“.

24 Die „praktische Wissenschaft von der Politik“ soll nach Oberndörfer (a.a.O., S. 20) „wissensmäßige Grundlagen für das Vordenken politischen Handelns ... erarbeiten“, „die Frage nach den in der jeweiligen historischen Konstellation enthaltenen Alternativmöglichkeiten politischen Handelns“ aufwerfen und schließlich „unter Aufdeckung der Sachzusammenhänge und Motive ein bestimmtes politisches Urteil ... formulieren“.

lutionäre Transformationsmodelle als Möglichkeiten wissenschaftlichen Engagements zu, so lassen schon Oberndörfers Beispiele für „wissenschaftlich begründete politische Handlungsentwürfe“ — u. a. „George F. Kennans Eindämmungstheorie, John F. Dulles' Theorie der Institutionalisierung des Friedens“²⁵ — die unformulierte inhaltliche Toleranzgrenze ahnen.

Allerdings münden die Vorstellungen über politikwissenschaftliche Praxisorientierung weder in ein technokratisches noch in ein dezisionistisches Modell ein²⁶. Vielmehr entspricht die Forderung nach öffentlichkeitsbezogener Kommunikation zwischen beratender Wissenschaft und den Instanzen des politischen Entscheidungsprozesses, in deren Verlauf grundlegende politische Zielsetzungen wie begrenzte Einzelentscheidungen der Aura vorwissenschaftlicher Selbstverständlichkeit entkleidet und in den Bahnen sachlich fundierter Argumentation und kontrollierter Zielreflexion erörtert werden sollen²⁷, der Tendenz nach dem, was Habermas als „pragmatistisches“ Verhältnis von Wissenschaft und Politik bezeichnet²⁸. Die rationale Spitze des pragmatistischen Modells jedoch, daß nämlich Herrschaft „*im ganzen* der wissenschaftlich angeleiteten Diskussion zugänglich“ gemacht und „dadurch substantiell verändert“²⁹ werden soll, bricht in der hier kritisierten Konzeption ebenso ab, wie die Reflexion über die notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen kritischer Öffentlichkeit. Der tabuisierte, gegenüber der Ebene sachlich fundierter Alternativenentwürfe säuberlich abgeschirmte Komplex anthropologischer und moralphilosophischer Setzungen bewirkt, daß die Funktionsvoraussetzungen des intendierten Praxisbezuges nicht bedacht werden. Da die praktische Philosophie von der Kritik der politischen Ökonomie nichts wissen will, kann sie der politischen Relevanz der Produktionsverhältnisse nicht gerecht werden und muß diese auf den Status eines sekundären Faktors herunterspielen³⁰. Indem von der herrschaftsbedingenden Gewalt des gegebenen Bereichs gesellschaftlicher Arbeit abgesehen wird, läßt sich das Wirtschaftssystem des entwickelten Kapitalismus unter Verdrängung seiner spezifischen Struktur und Dynamik als notwendiges und grundsätzlich gefügiges Instrument im Dienste des Gemeinwohls verstehen³¹. Aus dem

25 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 20 f.

26 ebd., S. 49 ff.; A. Bergstraesser, Die Macht als Mythos und als Wirklichkeit, Freiburg 1965, S. 177 ff.; W. Hennis, Rat und Beratung im modernen Staat, in: Politik als praktische Wissenschaft, a.a.O., S. 68 ff. — Vgl. zum Problem J. Habermas, Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, a.a.O., S. 120 ff.

27 Vgl. besonders D. Oberndörfer, a.a.O., S. 50 ff.

28 a.a.O., S. 126 f.

29 ebd., S. 126.

30 Vgl. z. B. Alexander Schwan, Die Staatsphilosophie im Verhältnis zur Politik als Wissenschaft, a.a.O., S. 155 f.

31 Vgl. z. B. A. Bergstraesser, Die Macht als Mythos und als Wirklichkeit, a.a.O., S. 23 f. und S. 148 ff. Zwar wird die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Teilkorrekturen in der Richtung extendierter sozial-

gleichen Grunde werden die gesellschaftsstrukturellen Barrieren unterschätzt, die der Realisierung einer wissenschaftlich angeleiteten öffentlichen Diskussion politischer Entscheidungen entgegenstehen³². Der Graben, den der Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit aufgerissen hat, wird mit Hilfe des Apparates politischer Ethik allenfalls postulativ überbrückt.

Die Tendenz, das „Gute“ und „Mögliche“ im Rahmen des Bestehenden zu konzipieren, ohne dessen Struktur und Bedingungen ernsthaft in Frage zu stellen, ist einer Wissenschaftskonzeption immanent, die sich vor der Kausalität des sozialen Prozesses auf die Statik philosophischer Wesensbestimmung des Politischen zurückzieht. Herrschaft, Staat, politisches Regiment gewinnen auf diesem Wege jene metasoziale Dignität zurück, die den Klassenkämpfen der bürgerlichen Gesellschaft zum Opfer gefallen ist. Besonders Wilhelm Hennis unternimmt den Versuch, auf dieser Basis seine enragiert verfochtene Theorie der repräsentativen Demokratie zu formulieren. In scharfer Wendung gegen die durch die Aufklärung eingeleitete theoretische Tradition radikaldemokratisch-sozialistischer Prägung, der unzulässige Fixierung auf die kritische Destruktion einer nur als irrational begriffenen Herrschaft vorgeworfen wird, bemüht sich Hennis um die „Wiederherstellung angemessenen Staatsdenkens“³³ entsprechend „jenem fundamentalen abendländischen Verständnis aller Herrschaft als einer der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl verpflichteten Aufgabe“³⁴. Zu dem zurückzugewinnenden Begriff politischer Herrschaft „gehört, daß alle Herrschaft nur als *Amt*, als anvertraute *Aufgabe*, für die man verantwortlich einzustehen hat, zu begreifen ist“³⁵. Wo dieses Verständnis bestimmend ist, gilt als „entscheidende legitimierende Basis der Amtsinnehabung ... nicht eine identitäre Willensrelation, sondern das Vertrauen“³⁶. Da die „Vertrauenswürdigkeit der Personen ... wichtiger (ist) als ihre Ideologie“³⁷, hat der Bürger sein Hauptaugenmerk auf die persönliche Qualität der öffentlichen Amtsträger zu richten, nicht etwa auf direkte oder organisatorisch vermittelte Mitbestimmung und -entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten:

„Die Idee demokratischer Selbstregierung ist unter modernen Bedingungen Illusion ... Die Parteien, Verbände und Kommunen sind in der Gestalt, wie sie heute dem einzelnen gegenüber treten, unmöglich mehr als vermittelnde Zwischengewalten zu verstehen ... Die demokratische Staatstheorie, auf der ‚volonté‘ des Volkes aufbauend,

staatlicher Sicherungssysteme zugestanden, tiefgreifende strukturelle Veränderungen werden jedoch unter Hinweis auf ein stilisiertes Modell des totalitär-kommunistischen Staates abgelehnt.

32 Vgl. etwa D. Oberndörfer, a.a.O., S. 52 ff.

33 W. Hennis, Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, a.a.O., S. 14.

34 W. Hennis, Amtsgedanke und Demokratiebegriff, a.a.O., S. 51.

35 W. Hennis, Das Modell des Bürgers, in: ders., Politik als praktische Wissenschaft, a.a.O., S. 207.

36 W. Hennis, Amtsgedanke und Demokratiebegriff, a.a.O., S. 52.

37 ebd., S. 63.

setzt außer ihr liegende Motive voraus, die es dem einzelnen sinnvoll und interessant erscheinen ließen, an der Mitbestimmung des Staatswillens teilzuhaben. Diese Motive sind durchweg brüchig geworden... Die weitgehende klassenmäßige und ideologische Einebnung der modernen Industriegesellschaft hebt die bisherigen Motive politischen Engagements genauso weitgehend auf... Die dringendste Aufgabe der politischen Erziehung besteht daher darin, wieder bewußt zu machen, daß die Qualität der politischen Herrschaft, die Tugenden und Laster der Herrscher, das private Menschsein in seiner *seelischen* Qualität entscheidend mitbestimmen³⁸.

Für die politische Wissenschaft ergibt sich dieser Konzeption zufolge, daß sie sich um eine Regierungslehre zu bemühen habe, die sich nicht länger als eine „Betriebswirtschaftslehre des modernen Staates, ... deren einziges Thema die Mitbestimmung ist“³⁹, mißversteht, sondern in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Regierung und Administration an der Formulierung und Durchsetzung der Staatszwecke kritisierend und beratend partizipiert und jenes Prinzip politischen Denkens wieder in seine Rechte einsetzt, „das nicht ausgeht von den Sorgen des einzelnen, sondern von den Sorgen des Staatsmannes...“⁴⁰.

Die autoritären Konsequenzen dieses Versuchs, ein seiner gesellschaftlichen Bedingungen entkleidetes und zu zeitloser Gültigkeit stilisiertes Polismodell in eine politische Standort- und Zielbestimmung der Industriegesellschaften des organisierten Kapitalismus einzubringen⁴¹, liegen auf der Hand. Die objektive Funktion einer Theorie, die angesichts der permanenten Produktion und Demonstration umfassender Vernichtungspotentiale und Unterdrückungsmechanismen von Konflikt, Interesse und gesellschaftsbezogener Kritik nichts wissen will und die Aura einer dem Gemeinwohl verpflichteten Herrschaftsausübung beschwört, ist apologetisch. Indem sie Herrschaft, Staat und Regierung mit den Insignien politischer Ethik weiht, schafft sie ein ideologisches Medium, in dem die den Herrschaftsapparat dominierenden gesellschaftlichen Interessen, deren Gemeinwohlverständnis einst Karl Marx in die nüchternere Sprache des Profits übersetzte, unsichtbar zu werden drohen. Die selbstsichere Verkündung der postideologischen Phase einer nivellierten Industriegesellschaft reproduziert im Verein mit der These, daß das Interesse der Bevölkerungsmasse an direkter politisch-sozialer Mitentscheidung obsolet und aussichtslos sei, Momente einer Ideologie, die den irrationalen Kern der existenten Herrschaftsverhältnisse abschirmt.

38 W. Hennis, *Das Modell des Bürgers*, a.a.O., S. 204 und 206.

39 W. Hennis, *Aufgaben einer modernen Regierungslehre*, in: ders., *Politik als praktische Wissenschaft*, a.a.O., S. 87.

40 ebd., S. 97.

41 Vgl. dazu auch die kritische Anmerkung von K. D. Bracher (*Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 9. Jg. 1968, S. 26), daß hier „zu viel von der Idee des Staates als des Inbegriffs eines doch je erst zu ermittelnden ‚Gemeinwohls‘“ die Rede sei.

Struktur und Implikationen des Herrschaftsverständnisses, das im Zentrum der an Hand der klassischen Theorie rekonstruierten Politischen Wissenschaft steht, werden nicht zuletzt dort offenbar, wo sich diese Konzeption mit anderen Positionen auseinandersetzt. Hier dokumentiert sich der fundamentale Bruch mit der Tradition radikaler Herrschaftskritik in der scharfen Wendung gegen eine, sei es positivistisch, sei es dialektisch-kritisch, auf das Herrschaftsproblem bezogene Politische Wissenschaft.

Das Bestreben einer wesentlich deskriptiv-analytisch verfahrenen Wissenschaftsrichtung, „im Phänomen des Machterwerbs, der Machtverteilung und der Machtkontrolle ein der Politikwissenschaft spezielles Fragezentrum zu gewinnen“, sei unbefriedigend, da „methodisch ... der Bereich der Historie und der Soziologie nicht verlassen“ und daher die „Politikwissenschaft entweder zur Spezialgeschichtsschreibung oder zur Spezialsoziologie des Machtphänomens“ werde⁴². Diesem „modernen Begriff der Politik“ zufolge werde „politisches Handeln ... nicht durch ein Ziel bestimmt ..., sondern durch ein Mittel, die Macht, als Möglichkeit der Bestimmung des Verhaltens anderer Menschen. Herrschaft wird ... zu einem ‚Unterfall von Macht‘ und damit jeglichen Telos entkleidet“⁴³. Der Begriff der Macht könne „schon darum nicht zur Grundkategorie für das Verständnis des Politischen gemacht werden, weil alle menschlichen Gruppen und Organisationen Machtbeziehungen entwickeln. Der sozial ubiquitäre Charakter der Macht kann eine Wissenschaft von der Politik nicht begründen“⁴⁴. Die einseitige Fixierung auf die Beschreibung und Strukturanalyse von Machtphänomenen bedinge in der Regel die Reduktion des Politischen auf den Machtkampf und führe, da die Frage nach den Normen aus dem Bereich wissenschaftlichen Forschens verbannt werde, der Tendenz nach dazu, das Faktische, den politisch-sozialen Machtkampf also, selbst zur Norm zu erheben⁴⁵.

Die Fragwürdigkeit dieser Polemik folgt schon daraus, daß ihre methodologische Stoßrichtung diffus ist: sie will sowohl einen streng empirisch-analytischen Positivismus treffen, der sich auf die bloße Reproduktion beobachtbarer Faktenzusammenhänge beschränkt, als auch eine politische Soziologie, die durchaus zu explizitem Engagement gelangt; als einendes Kriterium gilt der Verzicht auf philosophische Normenreflexion⁴⁶. Unter diesen Umständen bleibt der gegen die machtanalytisch orientierte Politikwissenschaft erhobene Vorwurf der Affirmation des Faktischen blanke Willkür. Die Globalkritik an der Degeneration des Herrschaftsbegriffs übersieht, daß die Analyse politisch-sozialer Machtstrukturen, wie sie die gegenwärtige politische Soziologie betreibt, zum Teil sehr wohl kritisch orientiert ist: an einem Demokratiebegriff nämlich, der auch auf die Konstitu-

42 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 28.

43 W. Hennis, Politik und praktische Philosophie, a.a.O., S. 62 f.

44 Kurt Sontheimer, a.a.O., S. 202 f.

45 Vgl. D. Oberndörfer, a.a.O., S. 29.

46 ebd., S. 12 ff.

tion der Gesellschaft zielt⁴⁷. So begrenzt die daraus abgeleiteten Konsequenzen auch sein mögen, so ist doch dieser Ansatz zweifelsohne weitaus weniger affirmativ als eine mit Kategorien politischer Ethik operierende Politikwissenschaft. Dieser geht es allerdings weniger um differenzierte Kritik, als um die grundsätzliche Negation eines Verfahrens, das Politik als Funktion der Gesellschaft faßt und Herrschaft zumindest partiell auf ihre gesellschaftlichen Bedingungen zurückführt. Da die „praktische politische Wissenschaft“ ihre Begriffe des Politischen und der politischen Praxis philosophischer Wesensreflexion verdankt und daher nicht an der Realität politisch-sozialer Prozesse zu legitimieren braucht, tendiert sie dazu, das, was die Sozialwissenschaft von der Macht gesellschaftlicher Strukturen selbst noch in ihrer exzessiv formalisierten Reproduktion zur Sprache bringt, als willkürliche perspektivische Verzerrung und bloße Wissenschaftsideologie abzutun.

Charakteristisch dafür ist die Auseinandersetzung mit der formalen politischen Soziologie Max Webers, die als konsequenteste Version machtanalytischer positivistischer Sozialwissenschaft herangezogen wird. Hennis vermag Webers Definition von Politik, Herrschaft und Staat nur entgegenzuhalten, daß „aber auch jedes Telos der Herrschaft ... hier aufgegeben“ sei. Herrschaft sei damit „eine sinnlose Sache geworden, die in den Dienst jedes beliebigen Zwecks gestellt werden“ könne. Weber habe „von dem, was der Sinn einer Verfassung ist, nämlich das Gemeinwesen in eine Form zu bringen, die es erlaubt, die Zwecke des Staates zu realisieren, ... nichts gewußt“⁴⁸. Hennis ignoriert den Aussagewert der Weberschen Kategorien, indem er unterstellt, ihre Formalität sage nichts über die Wirklichkeit moderner Herrschaft aus. Demgegenüber hat Herbert Marcuse mit Recht auf den zwingenden Zusammenhang zwischen dem vertrackten Formalismus des Weberschen Verfahrens und der inhumanen Rationalität des kapitalistischen Herrschaftssystems hingewiesen; darauf, daß hier „der Formalismus zur Schärfe des Inhalts“ werde⁴⁹. Was

47 Otto Stammer etwa, dessen Konzeption als Prototyp einer auf Machtanalyse unzulässig beschränkten Sozialwissenschaft herangezogen wird, wendet sich explizit gegen jene Analysen, die Demokratie auf einen statischen Funktionszusammenhang unkritisch reduzieren, und betont, „daß Demokratie nicht nur eine politische Form, ... sondern auch ein gesellschaftliches Ziel darstellt und aus eben dieser Zielsetzung eine inhaltliche Festsetzung erfährt“ (Otto Stammer, *Politische Soziologie*, in: *Soziologie*, hrsg. von A. Gehlen und H. Schulz, Düsseldorf 1955, S. 262).

48 W. Hennis, *Zum Problem der deutschen Staatsanschauung*, a.a.O., S. 22.

49 Herbert Marcuse, *Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers*, in: ders., *Kultur und Gesellschaft 2*, Frankfurt/Main 1962, S. 109. Marcuse führt aus: „Die formale Theorie erreicht mit ihren abstrakten Begriffen ... die wirkliche Definition der Wirklichkeit. So wird der Begriff des industriellen Kapitalismus konkret in der Formaltheorie der Rationalität und der Herrschaft... In Webers Soziologie wird formale Rationalität bruchlos zur kapitalistischen Rationalität... Im Grunde dieser Rationalität herrscht die Abstraktion, die, theoretisch und praktisch ineins, Werk der wissenschaftlichen und der

den Protagonisten klassischer Normativität als subjektiver Irrationalismus Max Webers erscheint⁵⁰, enthüllt Marcuse als die exakte Widerspiegelung der strukturellen Irrationalität der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

In der Neigung, die Ergebnisse der Machtanalyse den Analytikern selbst anzulasten, manifestiert sich die Weigerung der „praktischen politischen Wissenschaft“, Herrschaft von ihrer materiellen Basis, von den Produktionsverhältnissen aus zu betrachten. Das Unvermögen, beide Momente zu vermitteln, ist eine Hypothek der klassischen politischen Theorie. Deren Vorbehalt allerdings, daß Freiheit sich erst jenseits des naturwüchsig-repressiven Bereichs materieller Reproduktion entfalten könne, Politik als der Inbegriff vernünftigen Miteinanderhandelns und -kommunizierens freier Bürger daher die Unfreiheit und Unvernunft der ökonomischen Sphäre auf sich beruhen lassen müsse, war vom mangelhaften Entwicklungsstand der Produktivkräfte diktiert. Das Beharren auf einem von der gesellschaftlichen Dynamik abgehobenen Herrschaftsverständnis erhält jedoch eine erheblich irrationalere Qualität in einer Situation, in der einerseits der Zusammenhang von Herrschaftsordnung, Gesellschaftsstruktur und Produktionsverhältnissen fixierbar geworden und andererseits die Entwicklung der Produktivkräfte so weit fortgeschritten ist, daß die sozialen Zwangsmechanismen nicht länger als naturnotwendig gelten können.

Diese neue Qualität des gesellschaftlichen Prozesses negierend, halten die Verfechter der hier kritisierten Konzeption besonders gegenüber einer marxistischen Gesellschaftstheorie verpflichteten Sozialwissenschaft an der prinzipiellen Unaufhebbarkeit von Herrschaft und gesellschaftlichem Zwang fest. „Wir gestehen, daß wir uns in der Tat eine Gesellschaft ohne Herrschaft und eine Aufhebung des Zwangscharakters gesellschaftlicher Institutionen nicht vorstellen können“; denn „menschliches Sein (ist) immer ... politisch-sozialen Formeinflüssen und damit auch Zwängen ausgesetzt“⁵¹. Die marxistische Gesellschaftstheorie erfasse „die Gesellschaft nur als eine den Menschen seinem Selbst, das heißt den in ihm von Natur angelegten guten Eigenschaften entfremdende Macht“ und könne

gesellschaftlichen Organisation, die Periode des Kapitalismus bestimmt. . . Abstrakte Vernunft wird konkret in der berechenbaren und berechneten Herrschaft über die Natur und über den Menschen. So enthüllt sich die von Max Weber visierte Vernunft als technische Vernunft: Produktion und Transformation von Material (dinglichem und menschlichem) durch den methodisch-wissenschaftlichen, auf berechenbare Leistungsfähigkeit hin konstruierten Apparat, dessen Rationalität Dinge und Menschen, Fabrik- und Beamtenbürokratie, Arbeit und Freizeit organisiert und kontrolliert.“

50 So bei W. Hennis, a.a.O., S. 20, der in bezug auf die Webersche Gleichsetzung von Politik und Macht urteilt: „Dies ist ein Bild absoluten Subjektivismus, jede Ordnung, jeder objektive Sinn der politischen Welt ist hier preisgegeben.“

51 D. Oberndörfer, a.a.O., S. 23, Anm. 19.

daher „in der Regel über die bloß negative Kritik am ‚Bestehenden‘ zu einer inhaltlich konkreten Bestimmung des Wünschbaren und Möglichen nicht vordringen“. Da „ihr utopisches Zielbild“, die herrschaftslose Gesellschaft sich frei entfaltender Menschen, „jenseits der denkbaren Verwirklichung“ liege, verharre sie in der „endlosen und im Prinzip immer möglichen Kritik“ der Gesellschaft. Ihr Dilemma sei, daß sie „den Begriff der Herrschaft mit dem des Zwangs“ gleichsetze und „durchweg negativ“ gebrauche, im übrigen jedoch „die Aufhebbarkeit der Herrschaft oder des politisch-sozialen Zwangs einfach apodiktisch“ behaupte. Bestimmt durch den „unzulässigen Gegensatz von Individuum und Gesellschaft“, sei ihr die Möglichkeit verschlossen, Gesellschaft „als Ermöglichungsgrund des Menschen“ zu erkennen⁵².

In der Perspektive einer „praktischen Philosophie“, die Philosophie und Praxis weiterhin in statischer Distanz halten und allenfalls durch die Bande abstrakt-normativen Appells verbunden wissen will, muß sich die marxistische Intention, diese resignative Arbeitsteilung zu durchbrechen und Philosophie in der Praxis gesellschaftlicher Veränderung aufzuheben⁵³, als bloßer antiphilosophischer Affekt ausnehmen. Was die marxistische Kritik in der Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als materiellen Kausalzusammenhang von Herrschaft und Entfremdung dechiffriert, verfälscht die zitierte Polemik zur bloßen abstrakten Negation ihrer eigenen Begrifflichkeit. Die materialistische Dialektik der historischen Gesellschaft wird entschärft, indem sie in die idealistischen Kategorien absoluten Bewußtseins rückübersetzt wird. So kann als subjektivistischer Tick denunziert werden, was „endlich das Augenmerk der Menschen auf die gespenstische Eigenlogik ihrer Verhältnisse ... richten“ soll, „auf diese Pseudophysis, die sie zu Waren macht und zugleich die Ideologie mitliefert, sie seien bereits mündige Subjekte“⁵⁴.

Die Abstraktion vom Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit stellt die entscheidende ideologische Barriere der hier skizzierten Konzep-

52 ebd., S. 22 ff. — vgl. weiter Alexander Schwan, Die Staatsphilosophie im Verhältnis zur Politik als Wissenschaft, a.a.O., S. 156; A. Bergstraesser, Die Macht als Mythos und als Wirklichkeit, a.a.O., S. 71 ff.; W. Hennis, Zum Problem der deutschen Staatsanschauung, a.a.O., S. 25 f.

53 „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens — das von der Praxis isoliert ist — ist eine rein scholastische Frage.“ Daß „die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt und sich ein selbständiges Reich in den Wolken fixiert, ist nur aus der Selbstzerrissenheit und dem Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären. Diese muß also in sich selbst sowohl in ihrem Widerspruch verstanden als praktisch revolutioniert werden“ (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Die Frühschriften, hrsg. von S. Landshut, Stuttgart 1953, S. 339 f.).

54 Alfred Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt/Main 1962, S. 32.

tion politischer Wissenschaft dar. Da die Anatomie der kapitalistischen Gesellschaftsformation für sie nicht relevant wird, beharrt sie notwendig im Bannkreis der existenten politisch-sozialen Herrschaftsverhältnisse und tendiert dazu, deren substantielle Inhumanität entweder zu leugnen oder einem geisteswissenschaftlich interpretierten Traditionsverfall anzulasten. Die damit korrelierende Flucht in den moralistischen Appell ans Individuum einerseits, die anthropologisierende Mystifikation von Herrschaft und Zwang andererseits mündet in die entschiedene Negation aller Bestrebungen, durch eine fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft der akuten und latenten Barbarei der hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten ein Ende zu setzen und das in den Teufelskreis von Vernichtung und Verschleiß verstrickte ungeheure Produktionspotential einer humanen Nutzung im Interesse einer ihre Reproduktion rational organisierenden Gesellschaft zuzuführen.

Richard Saage

Zum Begriff der Parteien und des Parlaments bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz

1

Von einer Krise des Parlaments muß Carl Schmitt zufolge die Rede sein, seit es seine zentrale Funktion verlor: nämlich als Katalysator zu wirken, durch den die Gesellschaft „sich in den Staat (oder der Staat sich in sie) hineinintegrieren“¹ sollte. Nach Schmitt begann dieses Transformationssystem, dessen die kontinentaleuropäische Verfassungslage im 19. Jahrhundert zur Vermittlung des für sie konstitutiven Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft dringend bedurfte, in dem Augenblick zu versagen, wo die „industriellen Arbeitermassen“ partiell in den politischen Willensbildungsprozeß einbezogen wurden und das Bürgertum sich damit begnügte, „den politischen Einfluß, den es brauchte, mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Macht durchzusetzen und sich im übrigen mit den verschiedensten Regierungen abzufinden: mit Bonapartismus, konstitutioneller Monarchie deutschen Stiles und demokratischer Republik, sofern nur das Privateigentum nicht bedroht und der Einfluß der wirtschaftlichen Interessen auf die Zusammensetzung der Volksvertretung nicht gefährdet war“^{1a}.

Dieser stillschweigende, zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich anbahnende Trend des im Parlament organisierten Besitz- und Bildungsbürgertums, gegenüber der Prerogative nur noch defensiv und verbal das „bonum commune“ der Gesamtnation zu vertreten², indizierte zugleich den Zerfall der Gesellschaft in soziale Komplexe, die sich in ihrer Interessenstruktur der Tendenz nach ausschlossen. Für Schmitt vollendete sich jener Pluralisierungsprozeß, als der monarchische Beamtenstaat, der in Deutschland gewissermaßen als letzte integrierende Gegeninstanz die immer deut-

1 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 74

1a ders.: Verfassungslehre, Berlin 1965, S. 312.

2 Die ambivalente Argumentation des unsicher gewordenen Bürgertums beschreibt Schmitt wie folgt: „Das kritische Jahr 1848 hatte die Lage sehr auffällig gezeigt: gegenüber den politischen Ansprüchen einer starken Monarchie machte das Bürgertum die Rechte des Parlaments, d. h. der Volksvertretung geltend, gegenüber einer proletarischen Demokratie suchte es Schutz bei einer starken monarchischen Regierung, um bürgerliche Freiheit und Privateigentum zu retten. Gegenüber Monarchie und Aristokratie berief es sich auf die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, gegenüber einer kleinbürgerlichen oder proletarischen Massendemokratie auf die Heiligkeit des Privateigentums und einen rechtsstaatlichen Gesetzesbegriff.“ (Verfassungslehre, S. 309.)

licher hervortretenden gesellschaftlichen Antagonismen „relativierte“³, zum „Gesetzgebungsstaat“⁴ wurde. Mit dem Sieg des Parlaments über den Staat nämlich war der Weg frei geworden für die politischen Parteien, die nun in das entstandene staatliche Vakuum stießen⁵. Waren sie im 19. Jahrhundert locker organisierte Einheiten mit wesentlich nichtstaatlichem Charakter, so fungierten sie jetzt als zum „Parteienstaat gewordene Gesellschaft selbst“⁶, und zwar in der Weise, daß sie „sich als solche der staatlichen Willensbildung bemächtigten, ohne aufzuhören, nur soziale (nicht-staatliche) Gebilde zu sein“⁷. Daß dies möglich war, hängt Schmitt zufolge auf das engste mit dem von ihm konstatierten Wandel zur „Vergesellschaftung des Staates“ zusammen, denn „Organisiert sich die Gesellschaft selbst zum Staat, sollen Staat und Gesellschaft identisch sein, so werden alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme unmittelbar staatliche Probleme und man kann nicht mehr zwischen staatlich-politischen und gesellschaftlich-unpolitischen Sachgebieten unterscheiden“⁸. Entscheidend für den Ansatz Carl Schmitts ist nun, daß die veränderte Rolle, die die Parteien jetzt als nichtstaatliche Träger staatlicher Willensbildung spielten, ihre Auswirkung auf die parteiinterne Organisationsstruktur hatte. Schmitt streitet nicht ab, daß die Parteien zur Zeit des klassischen Parlamentarismus auch „pars“ gewesen sind, aber

„Zur Partei im Sinne des liberalen Verfassungsstaates gehört es, daß sie ein auf freier Werbung beruhendes, also nicht festes, nicht zu einem ständigen, permanenten und durchorganisierten sozialen Komplex gewordenen Gebilde ist. Sowohl die ‚Freiheit‘ wie die ‚Werbung‘ verbieten, der Idee nach, jeden sozialen und ökonomischen Druck und lassen nur die freie Überredung sozial und wirtschaftlich freier, geistig und intellektuell selbständiger, eines eigenen Urteils fähiger Menschen als Motivation zu.“⁹

Eben diese Bedingungen, unter denen die Parteien die „Selbstorganisation der Gesellschaft“ zum „bonum commune“ führen können-

3 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, S. 73.

4 Den Begriff des Gesetzgebungsstaates entwickelt Schmitt in „Legalität und Legitimität“, Berlin 1968, S. 20—29. Dessen Besonderheit liegt Schmitt zufolge darin, daß der höchste und entscheidende Ausdruck des Gemeinwesens in Normierungen sich konkretisiert, die, vom Parlament geschaffen, generell, unpersönlich und vorbestimmt sind. Für den Gesetzgebungsstaat ist deswegen wichtig, daß Gesetzesanwendung, Gesetzgeber und Gesetzesanwendungsbehörden scharf voneinander getrennt sind: Herrschen sollen nur generelle Normen, nicht aber Menschen, Autoritäten oder Obrigkeiten. Schmitt sieht den Gesetzgebungsstaat zunehmend vom Verwaltungsstaat substituiert, der charakterisiert ist durch die auf den Einzelfall bezogene konkrete Maßnahme, die der „pouvoir neutre“ trifft.

5 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, S. 79.

6 a.a.O., S. 79.

7 a.a.O., S. 71.

8 a.a.O., S. 78 f.

9 a.a.O., S. 83.

ten, nämlich die Garantie, daß die Parteimitglieder in freier und unabhängiger Reflexion und Diskussion das fürs Gemeinwesen jeweils Beste ermitteln, entfällt nach Schmitt unter den Voraussetzungen der modernen pluralistischen Massendemokratie: der Kampf um die größtmöglichen Anteile am Monopol staatlicher Verfügungsgewalt kann nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn einerseits die Parteien „selbst feste, durchorganisierte Gebilde“ sind und wenn sie andererseits „in einem durchorganisierten sozialen Komplex (stehen), mit einflußreichen Bürokratien, einem stehenden Heer bezahlter Funktionäre und einem ganzen System von Hilfs- und Stützorganisationen, in welchen eine geistig, sozial und wirtschaftlich zusammengehaltene Klientel gebunden ist“¹⁰.

Indem aber die Parteien ihre Funktion als Medien staatlicher Willensbildung nicht mehr erfüllen¹¹, sondern ihre Beteiligung dahin führt, staatliche Kompetenzen als Objekt von Kompromißgeschäften zu mißbrauchen oder gar als Erpressungsmittel zu pervertieren¹², kann auch das Parlament seiner klassischen Aufgabe nicht mehr genügen, nämlich „der Schauplatz eines Umschaltungsprozesses zu sein, durch den die Vielheit der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze, Interessen und Meinungen sich in die Einheit des politischen Willens verwandelt“¹³. Lebte, so Schmitt, jener „alte(r), allerdings mehr liberale(r) als demokratische(r) Glaube“¹⁴ von der Annahme, daß die Parteien im Konkurrenzverhältnis zueinander auf der Plattform des Parlaments vermittels „einer List oder Idee der Institution“¹⁵ ein Allgemeines, nämlich den „überegoistischen, überparteilichen, staatspolitischen Willen“¹⁶ verwirklichen, so sei heute angesichts der konkreten Verfassungslage nur noch festzustellen, daß jener Mechanismus von Konflikt und Integration „einfach nicht mehr“ funktioniert, „und statt eines staatlichen Willens kommt nur eine nach allen Seiten schielende Addierung von Augenblicks- und Sonderinteressen zustande“¹⁷. Das Parlament ist nach dieser Interpretation nicht mehr der Brennpunkt gesellschaftlich-staatlicher Einheit, sondern „ein bloßes Abbild der pluralistischen Aufteilung des Staates selbst“¹⁸.

„So wird das Parlament aus dem Schauplatz einer einheitsbildenden, freien Verhandlung freier Volksvertreter, aus dem Transformator parteiischer Interessen in einen überparteilichen Willen, zu einem Schauplatz pluralistischer Aufteilung der organisierten gesellschaftlichen Mächte. Die Folge ist, daß es entweder durch seinen immanenten Pluralismus mehrheits- und handlungsunfähig wird,

10 a.a.O., S. 83 f.

11 a.a.O., S. 82 f.

12 a.a.O., S. 87.

13 a.a.O., S. 88.

14 a.a.O., S. 88.

15 a.a.O., S. 88.

16 a.a.O., S. 88.

17 a.a.O., S. 88.

18 a.a.O., S. 89.

oder aber, daß die jeweilige Mehrheit alle legalen Möglichkeiten als Werkzeug und Sicherungsmittel ihres Machtbesitzes gebraucht, die Zeit ihrer staatlichen Macht nach allen Richtungen ausnutzt und vor allem dem stärksten und gefährlichsten Gegner nach Möglichkeit die Chance zu beschränken versucht, das gleiche zu tun.“¹⁹

Für Schmitt eröffnet diese Tendenz zur pluralistischen Zersplitterung staatlicher Homogenität nicht zuletzt deswegen eine bedrohliche Perspektive, weil die zu Ende gedachte „Selbstorganisation der Gesellschaft“²⁰ den Staat auf einen „fortwährenden Kompromiß“ und seine Verfassung zu einem „Vertrag der sozialen Machtkomplexe“ reduzieren würde, „die das pluralistische System bilden“²¹. Mit einem Wort: die im pluralistischen Staat organisierten Kräfte mit der ihr eigenen Tendenz zur Totalität „blieben Herren des Verfassungsvertrages, den sie durch Kompromisse ebenso abändern könnten, wie sie ihn abgeschlossen haben und ständen als selbständige politische Größen gegenüber“²². Aber eben dieser Zustand der unvermittelten Konfrontation durchorganisierter Einheiten ist für Schmitt ein äußerst prekärer. Der punktuelle Konsens, den die politischen Parteien und die von ihnen abhängigen Gruppen und Verbände in Form von Bündnissen und Verträgen abschließen, sei mit „existentiellen Vorbehalten“²³ versehen, und Schmitt läßt keinen Zweifel daran, daß das Damoklesschwert der Freund-Feind-Bestimmung²⁴ mit seinen aufs Ganze gehenden Implikationen drohend über der Szenerie des gefährdeten sozialen Friedens hängt. In dieser Situation habe jede Abmachung „nur den Sinn eines Friedensschlusses zwischen paktierenden Gruppen, und ein Friedensschluß hat, ob die Parteien wollen oder nicht, immer einen Bezug auf die, wenn auch vielleicht entfernere Möglichkeit eines Krieges“²⁵. Damit ist Schmitt auf den Kern seiner Kritik am pluralistischen Parteienstaat gestoßen: dessen innere Konsequenz mündet letztlich ein in den Bürgerkrieg²⁶.

19 a.a.O., S. 89.

20 a.a.O., S. 141.

21 a.a.O., S. 141.

22 a.a.O., S. 141.

23 a.a.O., S. 141.

24 Bekanntlich ist „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen“ nach Schmitt „die Unterscheidung von Freund und Feind“. „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein, er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen. Er ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines ‚unbeteiligten‘ und daher ‚unparteiischen‘ Dritten entschieden werden können.“ (Der Begriff des Politischen, Berlin 1963, S. 28 f.)

25 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, S. 141.

26 Daß die letzte Konsequenz der Bürgerkrieg ist, hängt natürlich auch mit der negativen Anthropologie zusammen, die Schmitt in der Nachfolge von Hobbes vertritt. So impliziert sein Politik-Verständnis, „daß

Was ist nun angesichts dieses allgegenwärtigen „bellum omnium contra omnes“ zu tun? Was kann die Verfrönte sozialer Gruppen und politischer Parteien, die, etwa gleich mächtig, sich gegenüberstehen und paralysieren, auflösen und zu einem Ausgleich führen? Daß dies auf rationale Weise nicht möglich ist, indem der Staat wie bei J. St. Mill als neutraler Schlichter im Sinne der Objektivität und Vernunft agiert²⁷, die auch von den streitenden Gruppen akzeptiert wird, ist für Schmitt gewiß. Es liegt ja gerade in der Logik des pluralistischen Parteienstaates, daß „jede Partei die ‚Autorität‘ des Staates geltend macht, wenn sie den Staat im Augenblick auf ihrer Seite hat, und daß sie umgekehrt das ganze Pathos liberaler Freiheitlichkeit anschlägt, und von Diktatur, Obrigkeitsstaat, Reaktion, Faschismus oder Bolschewismus usw. spricht, wenn die staatliche Entscheidung der Gegenpartei zugute kommt“²⁸. Aber genau diese dem Pluralismus immanente Tendenz, nicht nur das Parlament, sondern auch den Staat zu parzellieren, würde Schmitt zufolge den einzigen Ausweg verbauen, der aus dem Dilemma führt: die staatliche Deziision, die den sozialen Frieden in der Ausnahmesituation bestimmt, ohne den Interessenausgleich der Gruppen und Parteien untereinander abzuwarten²⁹.

Freilich kann jene Instanz, die als „pouvoir neutre“^{29a} die konkurrierenden sozialen Machtkomplexe nicht von ihrer Deziision rational überzeugen will, sondern für die es einzig darauf ankommt, sie kraft ihrer souveränen potestas³⁰ zur Konformität zu zwingen, weder ohne einen konkreten Verbündeten mit ähnlichem, von den Parteien „unabhängigen“ status auskommen, noch ist sie in der Lage, auf eine demokratische Legitimationsbasis zu verzichten. Den Verbündeten hat sie im staatlichen Beamtentum³¹, das als Diener der Gesamtheit „die große Tradition des deutschen Beamtentums auch im demokratischen Staat“³² fortführt. Die Legitimationsbasis findet der

alle echten politischen Theorien den Menschen als ‚böse‘ voraussetzen, d. h. als keineswegs unproblematisches, sondern als ‚gefährliches‘ und dynamisches Wesen betrachten“. (Der Begriff des Politischen, S. 61.)

27 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, S. 142 u. 145.

28 a.a.O., S. 147.

29 a.a.O., S. 148.

29 a a.a.O., S. 132—140. Bei der Ableitung des Begriffs des „pouvoir neutre“ rekurriert Schmitt auf die Lehre von Benjamin Constant, der unter diesem Begriff eine neutrale Institution verstand, die Konflikte zwischen Exekutive und Legislative zu schlichten hat, ohne sich parteiisch auf eine Seite zu schlagen. Schmitt interpretiert diesen Begriff dahin um, daß er dem „pouvoir neutre“ einen Status unterstellt, der gegen den Pluralismus der Interessengruppen und Parteien im Parlament das Prinzip der staatlichen Einheit symbolisiert und bewahrt.

30 Auf eine kurze Formel gebracht, läßt sich der Souveränitätsbegriff Schmitts so fassen: Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Wichtig hierzu: Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München und Leipzig 1934.

31 Carl Schmitt: Der Hüter der Verfassung, S. 150.

32 a.a.O., S. 149.

„pouvoir neutre“ im Volk selbst, das als „eine Einheit vorausgesetzt (wird), die unmittelbar, nicht erst durch soziale Gruppenorganisationen vermittelt, handlungsfähig ist, die ihren Willen zum Ausdruck bringen kann und sich im entscheidenden Augenblick auch über die pluralistischen Zerteilungen hinweg zusammenfinden und Geltung verschaffen soll“³³. Es ist somit die Identität des „pouvoir neutre“ mit dem Volk, die Carl Schmitt der pluralistischen Zersplitterung des modernen Parteienstaates als Korrektiv und letzte Schranke gegenüberstellt³⁴. Getragen wird diese Konstruktion von dem Glauben, daß der „pouvoir neutre“ neutral sein kann, weil er angeblich außerhalb der Mediierung durch Parteien und Verbände steht und daß andererseits das Volk, konfrontiert mit der konkreten Möglichkeit des Bürgerkrieges, alle parteimäßigen Bindungen, soweit sie vorhanden sind, durchbricht und sich durch Akklamation³⁵ zu seiner Homogenität bekennt, die der „pouvoir neutre et intermédiaire“ verkörpert.

2

Was für Carl Schmitt und seine Anhänger gleichsam der Schlüssel zum Verständnis der pluralistischen Massendemokratie ist, nämlich die Konfrontation der in den Parteien organisierten *volonté de tous* und der vom Volk in seiner Gesamtheit verkörperten *volonté générale*, ist für Gerhard Leibholz in dieser Form eine Gegenüberstellung, die „bei Lichte besehen ebenso irreführend wie gefährlich“³⁶ erscheint. Gefährlich sei sie deswegen, weil sie aus jenem berüchtigten Antiparteieneffekt resultiere, der insbesondere in Deutschland dadurch in verhängnisvoller Weise virulent werden konnte, daß sich hier „der Parteienstaat . . . zu einer Zeit entwickelt hat, in der gleich-

33 a.a.O., S. 159.

34 Es ist nicht so, daß die politische Einheit gleichsam jeden gesellschaftlichen Pluralismus verschluckt, aber sie kann nach Schmitt Fremdeinheiten nur solange neben sich dulden wie ihre Priorität als der maßgebende, im Ausnahmezustand entscheidende Faktor unangetastet bleibt. Denn „eine politische Einheit existiert oder sie existiert nicht. Wenn sie existiert, ist sie die höchste, d. h. im entscheidenden Fall bestimmende Einheit“. (Der Begriff des Politischen, S. 43.)

35 Dazu heißt es in der „Verfassungslehre“, S. 83: „Das Volk als Träger der verfassungsgebenden Gewalt ist keine feste, organisierte Instanz. . . . Andererseits muß das Volk in der Demokratie politischer Entscheidungen fähig sein. Auch wenn es nur in wenigen entscheidenden Augenblicken einen entscheidenden Willen hat und erkennbar äußert, ist es doch zu einem solchen Willen fähig und imstande und vermag zu den fundamentalen Fragen seiner politischen Existenz Ja oder Nein zu sagen.“ Noch bündiger charakterisiert Schmitt den rein reaktiven Charakter des Volkes auf S. 277: „In einer kurzen These läßt sich sagen: das Volk kann a k k l a m i e r e n, in geheimer Einzelabstimmung kann es nur ihm präsentierte Kandidaten wählen und auf eine ihm vorgelegte, genau formulierte Frage mit Ja oder Nein antworten.“

36 Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1967, S. 75.

zeitig das Sehnen nach nationaler Einheit politische Ausdrucksformen suchte und man aus nationalen Gründen glaubte, in Formen des Ganzen und nicht vom Teil her praktisch denken zu müssen“³⁷. Irreführend aber sei die Gegenüberstellung von Volk und Partei nicht zuletzt deswegen, „weil es das Volk in dem zur politischen Wirklichkeit gewordenen massendemokratischen Parteienstaat liberaler Prägung überhaupt nicht gibt“³⁸. Wenn die Größe „Volk“ politisch gesehen eine nichtexistente und infolgedessen „die Alternative Volk-Partei... in Wahrheit eine Scheinalternative (ist)“³⁹, wird Leibholz nicht nur nachzuweisen haben, wodurch der im 19. Jahrhundert so zentrale Volksbegriff substituiert wurde: er wird auch angeben müssen, welche „echte“ Alternative für die Verfassungslage heute in den westlichen Ländern relevant ist.

Bei der Entwicklung seines Modells geht Gerhard Leibholz ähnlich wie Carl Schmitt aus vom Honoratiorenparlament, wie es der klassisch-repräsentative Parlamentarismus unter den gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hervorgebracht hat. Wie Schmitt sieht auch Leibholz den Typus des liberal-egalitären⁴⁰, repräsentativen Parlaments in seinen Grundfesten erschüttert. Weder könne noch davon die Rede sein, daß die Abgeordneten heute als „Vertreter des ganzen Volkes“⁴¹ fungieren, nur dem eigenen Gewissen verantwortlich. Noch habe die Parlamentswahl gegenwärtig die Funktion, „die durch Geist, Scharfsinn und Bildung ausgezeichneten Persönlichkeiten“⁴² zu ermitteln. Die erste Bedingung, die Autonomie des Abgeordneten, entfalle mit ihrer Voraussetzung: mit dem Ganzen kann der einzelne sich nur identifizieren, wenn „das zu repräsentierende Volk — politisch gesehen —

37 a.a.O., S. 75.

38 a.a.O., S. 76.

39 a.a.O., S. 76.

40 Das Adjektiv „liberal-egalitär“ bedeutet bei Leibholz dies: „Im 19. Jahrhundert hatte man die politische Gleichheit z. B. mehr im Sinne der aristotelischen Gleichheit verstanden, nach der jeder grundsätzlich nach dem ihm zukommenden Maß, nach seinem ‚Verdienst‘ gemessen werden soll. Nach dieser Auffassung sind die Menschen von Natur aus — etwa nach Anlagen, Charakter, Intellekt — verschieden und es ist Aufgabe der proportionalen Gleichheit, die Menschen grundsätzlich entsprechend diesen Verschiedenheiten verschieden zu behandeln. Die Gleichheit würde nach dieser Auffassung gröblich verletzt sein, wenn etwa die zwischen den Menschen bestehenden Verschiedenheiten ignoriert und diese gleich behandelt würden. Es ist diese proportionale oder relative Gleichheit, die ‚jedem das Seine‘ gibt und die der liberalen Demokratie dort, wo sie sich durchzusetzen vermocht hat, den ihr eigenen zugleich aristokratischen Charakter vermittelt hat.“ (Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 148.)

41 Gerhard Leibholz: Parteienstaat und repräsentative Demokratie. Eine Betrachtung zu Artikel 21 und 38 des Bonner Grundgesetzes, in: Heinz Rausch (Hrsg.): Zur Theorie und Geschichte der Repräsentativverfassung, Darmstadt 1968, S. 237.

42 a.a.O., S. 238 f.

eine Einheit ist“⁴³. Diese Einheit aber sei eine Fiktion, seit der klassisch-repräsentative Parlamentarismus „seine soziologische Homogenität“⁴⁴ in der Form eingebüßt hat, daß „die an sich außerhalb des Staates stehenden, gesellschaftlichen, d. h. vor allem klassenmäßig bestimmten Kräfte auf den Staat einzuwirken und sich derselben zur Durchsetzung ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen zu bedienen suchen“⁴⁵. Daß aber auch die zweite Bedingung obsolet ist, nämlich die Wahl als Instrument zur Elitebildung⁴⁶, ist nach Leibholz spätestens in dem Augenblick deutlich geworden, wo mit der Ausweitung des Wahlrechts auch die Unterschichten in den politischen Willensbildungsprozeß einbezogen wurden. Jetzt stellte sich nicht primär das Problem, wie man die Besten am adäquatesten ermittelt: die entscheidende Frage war vielmehr, wie in den modernen Flächenstaaten „die Millionen der Wähler zu politisch-aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen“⁴⁷ sind.

Die einzigen Organisationseinheiten, die Leibholz zufolge in der Lage waren, die zunächst diffusen Wählermassen zu politisch relevanten Größen zu strukturieren, sind die politischen Parteien. Fungieren sie bei Schmitt, wie wir gesehen haben, gerade als jene Medien, die die *volonté générale* des Volkes verfälschen, so sind sie für Leibholz

„das Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um politische Entscheidungen fällen und artikuliert äußern zu können. Ohne die Zwischenschaltung dieser Organisationen würde das Volk heute als amorphe Masse politisch ohnmächtig und hilflos hin und her vegetieren und würde nicht in der Lage sein, einen Einfluß auf das staatliche Geschehen auszuüben und so sich selber als handelnde Einheit in der politischen Sphäre zu verwirklichen“⁴⁸.

Der Grund, weshalb es zu einer solch konträren Einschätzung der Parteien kommen kann, ist evident: Schmitt insistiert ganz im Sinne des liberalen Bürgertums des 19. Jahrhunderts auf der Existenz einer *volonté générale*, die homogen ist und Zersplitterung nicht dulden darf. Dadurch, daß Leibholz dagegen das Volk als politischen Faktor mit den Parteien identifiziert, sieht er in ihnen Größen, hinter die nicht mehr zurückgegangen werden kann.

Indem Leibholz den Parteien diese zentrale Vermittlungsfunktion zuerkennt, ohne die das Volk als politisches Phänomen gar nicht existierte, verändert sich in seinem Modell auch die Stellung des Abgeordneten im Parlament grundlegend: „Es entspricht nur der Struktur des modernen massendemokratischen Parteienstaates, daß

43 a.a.O., S. 237.

44 ders.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 27.

45 a.a.O., S. 25.

46 Vergleiche hierzu besonders den Aufsatz „Die Grundlagen des modernen Wahlrechts“, in: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 9—40.

47 Gerhard Leibholz: Parteienstaat und repräsentative Demokratie, S. 241.

48 a.a.O., S. 242.

die Partei, die der einzelne Abgeordnete sich zurechnet, sich auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern durchzusetzen vermag.“⁴⁹ Seine freie Persönlichkeit kann der Parlamentarier nur noch insofern entfalten, „als er berufen ist, innerhalb der Partei und Fraktion seinen Einfluß auszuüben und insoweit an der Konstituierung des Parteienmehrheitswillens maßgebend mitzuwirken“⁵⁰. Hat sich dieser aber erst einmal gebildet, so duldet er keine Abweichung mehr: die Logik der Funktion, die die Parteien als strukturierende Instanzen im politischen Prozeß ausüben, konkretisiert sich gleichsam in dem Zwang, in sich einen Konsens zu aktualisieren. So kann Leibholz gegen Schmitt ins Feld führen, daß erst auf diesem Hintergrund „Begriffe wie imperatives Mandat, Fraktionszwang, Fraktionsdisziplin und Loyalität gegenüber der Partei, ihren Sinn und ihre Berechtigung (erhalten). Denn sie sind Mittel, mit deren Hilfe die Homogenität der Partei mit all ihren Gliederungen gesichert werden kann und soll.“⁵¹

Aus der Strukturierungsfunktion der modernen Parteien ergibt sich nach Leibholz zugleich die entscheidende Differenz im politischen Willensbildungsprozeß, die das moderne Parlament vom Honoratiorenparlament des 19. Jahrhunderts trennt: in ihm wird der Gemeinwille nicht mehr mit Hilfe des Prinzips der Repräsentation gebildet, indem durch die Wahl der Abgeordneten das Volk sich im Parlament repräsentiert und durch die dort stattfindende Diskussion und nachfolgende Willensbildung politisch artikuliert weiß. Vielmehr resultiert die *volonté générale* nach dem Leibholzschen Interpretationsmodell plebiszitär aus dem Prinzip der Identität: „Wie in der unmittelbaren Demokratie der Wille der Mehrheit der Aktivbürgerschaft mit dem Willen des Volkes identifiziert wird, wird in der parteienstaatlichen Massendemokratie der Wille der jeweiligen Parteimehrheit im Parlament und in der Regierung dem der *volonté générale* gleichgesetzt.“⁵² Die so von Leibholz diagnostizierte Identität von Abgeordneten und Partei einerseits und Mehrheitsfraktion/Regierung und Volkswille andererseits, die dem modernen Parteienstaat — Leibholz nennt ihn ein Surrogat der direkten Demokratie⁵³ — als konstitutives Moment zugrunde liegt, hat ihre Entsprechung auch in dem Verhältnis Parlament-Öffentlichkeit⁵⁴. Hier wird eben-

49 a.a.O., S. 242.

50 ders.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 97.

51 ders.: Parteienstaat und repräsentative Demokratie, S. 242.

52 a.a.O., S. 245.

53 „Der grundsätzliche verfassungstheoretische Unterschied zwischen dem modernen demokratischen Parteienstaat und der traditionellen, liberal-repräsentativen, parlamentarischen Demokratie geht entscheidend darauf zurück, daß der moderne Parteienstaat seinem Wesen wie seiner Form nach nichts anderes wie eine rationalisierte Erscheinungsform der plebiszitären Demokratie oder — wenn man will — ein Surrogat der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat ist“ (G. Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 94 f.).

54 Freilich muß hierzu bemerkt werden, daß Leibholz mit einem ganz unkritischen Öffentlichkeitsbegriff operiert.

falls ein plebiszitäres Moment wirksam, zumal die im Plenum gehaltenen Reden

„nicht mehr dazu da (sind), andersdenkende Abgeordnete zu überzeugen, sondern sie wenden sich — jedenfalls in den grundsätzlichen, das politische Leben bestimmenden Fragen — direkt an die Aktivbürgerschaft, die durch die ‚zum Fenster heraus‘ vorgetragenen Argumente beeindruckt und in ihren künftigen, politischen Entschlüssen beeinflusst werden soll. Radio und Fernsehen sind die technischen Mittel, mit deren Hilfe dieser Effekt noch in zunehmendem Maße gesichert wird. Die Öffentlichkeit, die einmal von den Vorgängen innerhalb der parlamentarischen Versammlungen gelebt und diesen wiederum ihrerseits hierdurch einen besonderen Glanz vermittelt hat, erhält so einen zusätzlichen, aber zugleich bestimmenden plebiszitären Charakter, der dem Integrationsprozeß der parteienstaatlichen Demokratie angepaßt und derselben zugeordnet ist“⁵⁵.

Daß freilich Leibholz den dem Modell der direkten Demokratie verpflichteten Identitätsbegriff inhaltlich anders auffaßt als etwa Schmitt, muß nicht eigens betont werden. Wenn Schmitt den „pouvoir neutre“ mit dem Volk identifiziert, so setzt er voraus, daß dieses „rein“ und durch keine Mediatisierung „verfälscht“ ist. Volk bedeutet ihm genau das, was noch nicht verbands- und parteimäßig organisiert und präformiert ist. Diese mit sich selbst identische Substanz „Volk“ soll im Bereich politisch-staatlichen Handelns ihr Äquivalent in einer Institution haben, die deswegen die letzte, auf den Ausnahmezustand bezogene Dezsision treffen kann, weil sie, genau wie das Volk selbst, nicht durch partikuläre Interessen pluralisiert ist. Wendet nun Leibholz kritisch gegen diesen Identitätsbegriff ein, der „pouvoir neutre“ habe realiter noch nie in reiner Einheit mit dem Volk gehandelt, weil es keine staatlich-plebiszitäre Entscheidung gebe, die der Vermittlung durch organisierte Gruppen entraten könne⁵⁶, wird er seinerseits nur dann das Selbstverständnis der Parteien und des Parlaments heute überzeugend mit realsoziologischen Tendenzen der westlichen Industrieländer in Einklang bringen können, wenn er die Bedingungen angibt, unter denen die Parteien in den Stand gesetzt sind, ihre plebiszitäre Strukturierungs- und Integrationsfunktion auszuüben. Alles in allem lassen sich bei Leibholz zwei Grundvoraussetzungen festmachen, die fürs Funktionieren der parteienstaatlichen Massendemokratie unentbehrlich sind.

Was die erste Funktionsvoraussetzung betrifft, so kommt es nach Leibholz darauf an, solche Parteien aus dem politischen Willensbildungsprozeß auszuschalten, die „ihren echten politischen Charakter verlieren und zu reinen egoistischen ‚fractions‘ werden würden, wie dies z. B. unter der Weimarer Verfassung bei der Wirtschafts-

55 Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 94 f.

56 Wichtig hierfür der Aufsatz: „Gesellschaftsordnung, Verbände, Staatsordnung“, in: Strukturprobleme d. modernen Demokratie, S. 326—340.

partei und einzelnen Interessengruppen der Fall war“⁵⁷. Was sind nun aber die „ideell-politischen Merkmale einer echten Partei“? Im Gegensatz zu den Verbänden, die die gesellschaftlichen Partikularinteressen organisiert durchzusetzen suchen, sind in dem Leibholz'schen Demokratie-Modell die Parteien „im politischen und damit in einem gewissen Ausmaß auch im staatlichen Raum“ angesiedelt⁵⁸. Die Parteien können also nicht — wie dies für den Ansatz Carl Schmitts charakteristisch ist — gleichgesetzt werden mit den Verbänden, weil sie ihrer Funktion nach auf die Bildung der staatlich-politischen Einheit hin strukturiert sind. Zugleich haben sie zwar eine größere Nähe zum Staat, sind mit diesem aber nicht nahtlos identisch, da sie erst die von den Verbänden artikulierten gesellschaftlichen Partikularinteressen in staatliches Handeln umzusetzen haben. Man wird also sagen können, daß Leibholz mit einem dynamisierten Staatsbegriff operiert: er ist nicht wie bei Carl Schmitt als eine statische, unvermittelte Größe konzipiert, aber auch nicht als eine bloße Determinante gesellschaftlicher Interessen. Er hat nämlich Eigenständigkeit insofern, als er auch von Leibholz im letzten als Einheit, als Homogenes gedacht wird: ausgehend von den Impulsen der rein gesellschaftlich-egoistisch orientierten Interessenverbände, soll er sich durch das Medium der Parteien hindurch, die gewissermaßen als „invisible hand“ wirken, aus der Vermittlung des Partikulären ergeben.

Aus der ersten Funktionsvoraussetzung des massendemokratischen Parteienstaates leitet Leibholz die zweite ab: das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Nur sie kann verhindern, „daß die Parteien in der Demokratie zum Selbstzweck und damit zu Fremdkörpern mit eigenen selbständigen Zielen und Interessen innerhalb des Volksganzen und so zu einem Staat im Staate werden“⁵⁹. Somit wird das, was Schmitt in Anlehnung an Robert Michels⁶⁰ als systemimmanente Entwicklungstendenz den Parteien unterstellt, auch von Leibholz als genuine Gefahr erkannt. Im Gegensatz zu diesen Autoren jedoch sieht er in ihr keine naturwüchsige Notwendigkeit, gegen die die demokratische Initiative der Bürger machtlos wäre: „Es muß der Versuch unternommen werden, den Parteienstaat von innen aufzulockern und das einzelne Individuum in die Lage zu versetzen, daß es in Freiheit an den maßgeblichen politischen Entscheidungen der Parteien teilnehmen kann.“⁶¹ Die Chance, daß dieser Appell an die Aktivbürgerschaft, Entwicklungen entgegenzuwirken, nach denen „die zahlenmäßig kleinen, innerparteilich-oligarchischen Führungsgremien mit Hilfe des Parteiapparates und der Parteibürokratie unter Verwendung der modernen Organisationstechniken ihren Wil-

57 Gerhard Leibholz: Parteienstaat und repräsentative Demokratie, S. 331.

58 ders.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 331.

59 a.a.O., S. 124.

60 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteienwesens, Leipzig 1910.

61 Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 124.

len dem Willen der Parteibürger entgegensetzen und ihn den letzteren und schließlich dem ganzen Volk auferlegen“⁶², nicht ungehört verhallt, gründet sich für Leibholz auf den Glauben, daß „auch heute... das Individuum in der Geschichte nicht nur das durch sie bestimmte Objekt, sondern zugleich auch das sie in Freiheit bestimmende Subjekt (ist)“⁶³. Sollte es allerdings auf den Gebrauch seiner Freiheit verzichten, wird es die Konsequenzen einer totalitären Einparteienherrschaft hinnehmen müssen, denn „zur Diskussion steht allein die Frage, ob der moderne Parteienstaat grundsätzlich als Einparteienstaat oder als ein Parteienstaat organisiert sein soll, der aus zwei, drei oder einer Mehrheit von solchen bestehen soll“⁶⁴. Eine andere Alternative ist nach diesem Demokratie-Modell nicht in Sicht.

3

Nachdem bisher der Schwerpunkt auf die Darstellung der Demokratie-Modelle von Schmitt und Leibholz gelegt und außerdem versucht wurde, einige Differenzen zwischen ihnen zu verdeutlichen, wäre nun zu fragen, ob es nicht Elemente in diesen Ansätzen gibt, die identisch sind. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß diese Fragestellung auf gewisse Implikationen der Struktur der dargestellten Modelle selbst zutrifft. Was an ihnen nämlich auffällt und zugleich die gemeinsame staatsrechtliche Herkunft verrät, ist ihre ausgesprochene Empiriefeindlichkeit. Bei Schmitt wird dies besonders deutlich, wenn er seinen Identitätsbegriff entwickelt, nach dem der „pouvoir neutre“ in „reiner“ Einheit mit dem Volk agiert. Leibholz weist mit Recht auf die Fragwürdigkeit einer solchen Konstruktion hin, die empirisch nicht verifizierbar, zugleich aber hervorragend geeignet ist, einer auf Manipulation gegründeten autoritären Staatsform eine Legitimationsbasis zu verschaffen. Andererseits muß aber auch Leibholz sich vorhalten lassen, daß die von ihm postulierte Identität zwischen der Mehrheit im Parlament und dem Volkswillen eine rein fiktive Größe ist, die sich jeglicher empirischer Nachprüfbarkeit entzieht. So ist der Vorwurf, den Leibholz gegen Schmitt erhebt, auf diesen selbst anwendbar.

Offensichtlicher jedoch als die mangelnde Orientierung beider Modelle an der Empirie ist die Übereinstimmung in der Einschätzung des Funktionswandels bzw. -verlustes des Parlaments. Deutlich wird dies etwa an der Beurteilung der Rolle, die die Diskussion in den parlamentarischen Versammlungen heute spielt. Sie kann nach Schmitt nicht länger mehr als Meinungs-austausch angesehen werden, „der von dem Zweck beherrscht ist, den Gegner mit rationalen Argumenten von einer Wahrheit und Richtigkeit zu überzeugen oder sich von der Wahrheit und Richtigkeit überzeugen zu lassen“⁶⁵. Vielmehr

62 a.a.O., S. 124.

63 a.a.O., S. 123.

64 a.a.O., S. 77.

65 Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1961, S. 9.

hätten die der Öffentlichkeit vorenthaltenen Aussprachen und Abmachungen in den Fraktionszimmern und Ausschüssen etc. die Funktion, „Interessen und Gewinnchancen zu berechnen und durchzusetzen und das eigene Interesse nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen“⁶⁶. Aber auch für Leibholz hat das Parlament längst aufgehört, jenes Forum zu sein, auf dem „die durch ‚Geist, Scharfsinn und Bildung ausgezeichneten Persönlichkeiten‘“^{66a} durch Diskussion das „*bonum commune*“ ermitteln: es ist zu einer Stätte geworden, „an der sich gebundene Parteibeauftragte treffen und anderweitig (z. B. in Ausschüssen oder Parteikonferenzen) bereits getroffene Entscheidungen registriert werden. Hier hört die Diskussion naturgemäß auf, schöpferisch zu sein. Sie wird zu einer Fassade, bei der die Abgeordneten zunehmend die Rolle von Statisten spielen und eine organisatorisch-technische Zwischenstellung zur Ermittlung des Parteimehrheitswillens einnehmen“⁶⁷. Daß die Konstituierung des „*bonum commune*“ als politisch-staatliche Einheit aus dem Parlament gleichsam abgewandert ist, ja, daß diese „Abwanderung“ es strukturell verändert hat, darüber sind beide Autoren sich einig: Für Schmitt ist das Gefäß dieses Konstitutionsvorganges die Institution des „*pouvoir neutre*“; Leibholz weist den Parteien diese Aufgabe zu. Indiziert nun aber die Tatsache, daß die beiden Varianten des „*bonum commune*“ sich in verschiedenen Medien realisieren, bereits eine qualitative Differenz ihrer Inhalte? Zur Beantwortung dieser Frage werden wir uns den Zusammenhang zu verdeutlichen haben, in den die Autoren jeweils die Bildung der gemeinwohlorientierten politisch-staatlichen Einheit stellen, auf der sie gemeinsam insistieren.

Zuvor sollte aber ein Wort zur Struktur beider Konzeptionen gesagt werden. Wenn man sich scheut, sie als Integrationsmodelle möglicher Herrschaftssysteme zu bezeichnen, deren Funktionsbedingun-

66 a.a.O., S. 10. Allerdings ist hiergegen einzuwenden, daß Schmitt einen Objektivitätsbegriff unterstellt, der in der Epoche des liberalen Honoratiorenparlaments seine Relevanz hatte, in der Schmittschen Argumentation aber zum Wahrheitsbegriff schlechthin hypostasiert wird. Das heißt: Entgegen der Annahme Schmitts involvierte der spezifische Wahrheitsbegriff des liberalen Bürgertums des 19. Jahrhunderts durchaus ein handfestes Klasseninteresse, auch wenn dessen Repräsentanten dies zunächst nicht unmittelbar wissen mußten. Gerade daß das Besitz- und Bildungsbürgertum seine besonderen Bedürfnisse politisch im Namen der Nation gegen die Prärogative artikulierte, machte die ungeheure Bedeutung des bürgerlichen Parlaments besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus. Wenn heute das Parlament degeneriert, dann liegt dies nicht daran, daß, wie Schmitt meint, nicht mehr um die „reine Wahrheit“ gerungen wird. Der Grund ist vielmehr, daß keine im Parlament vertretene Partei eine genuine politische und soziale Alternative zum Bestehenden hat. Es fehlt dem Parlament heute das, was im Grunde die Bedingung seiner Effektivität im 19. Jahrhundert war.

66 a Gerhard Leibholz: Parteienstaat und repräsentative Demokratie, S. 238 f.

67 a.a.O., S. 246.

gen sozialtechnisch angebar und herstellbar sind, dann deswegen, weil sowohl Schmitt als auch Leibholz den Versuch unternehmen, die Legitimität staatlicher Gewalt von der Volkssouveränität abzuleiten. Gemessen am fortgeschrittenen Stand der amerikanischen Politologie etwa sind beide Ansätze gewissermaßen antiquiert, weil sie auf den ersten Blick nicht ohne weiteres von ihrer „demokratischen“ Basis, nämlich der Identität von Herrscher und Beherrschten, ablösbar und auf andere Systeme beliebigen Ursprungs übertragbar sind. Aber dieser erste Eindruck täuscht. Bei verbaler Betonung der Idee der Volkssouveränität spielt realiter das Volk in beiden Modellen nur eine untergeordnete, passive Rolle: Fungiert es bei Schmitt als bloß reaktives Material, das sich der „pouvoir neutre“ nach seinen normativ ungebundenen Vorstellungen formt, so haben bei Leibholz bekanntlich die Parteien die Funktion, es zu formieren: hier existiert es als „unmittelbare“ Größe nicht einmal der Möglichkeit nach. Dieses Vertrauen auf die Beherrschbarkeit des Volkes deutet darauf hin, daß mit ihm als Legitimationsbasis eigentlich nur noch idealiter gerechnet wird, und die Nähe zu jener Auffassung, wonach Demokratie eine bestimmte Methode ist, kann nicht übersehen werden. Tatsächlich wird noch zu zeigen sein, daß die Bedingungen, unter denen das soziale Gleichgewicht in diesen Modellen herstellbar ist, gerade die Ausschaltung der Perspektive möglicher Emanzipation impliziert.

So betrachtet, wird man den Intentionen von Schmitt und Leibholz nicht widersprechen, wenn man ihre Ansätze im sozialtechnischen Sinn als Integrationssysteme bezeichnet. Freilich ist nicht zu übersehen, daß der sozialtechnische Aspekt bei Schmitt stärker im Vordergrund steht: im Gegensatz zu Leibholz nämlich, dessen Konzeption einem Gleichgewichtsmodell ähnelt, das sich vermittels der „invisible hand“ quasi von selbst stabilisieren soll, geht Schmitt aus vom Versagen eben dieses Mechanismus. Wie wir gesehen haben, ersetzt er den Glauben an den harmonischen Ausgleich der konkurrierenden sozialen und politischen Gruppen durch ein Modell des „social engineering“, nach dem die Gesellschaft von einer zentralen Kommandostelle aus manipulativ zu integrieren ist ^{67a}. Nun sollte

67 a Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, daß Schmitt schon sehr früh die Bedeutung der Massenmedien, insbesondere des Rundfunks und Films, für die Herstellung der „völkischen Homogenität“ erkannt hat. In dem 1933 erschienenen Aufsatz „Machtpositionen des modernen Staates“ (abgedruckt in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, Berlin 1958, S. 367—371) schreibt er, der moderne Staat könne die „Zustimmung des Volkes, Anerkennung, Bereitwilligkeit, Gefolgschaftswille, Akklamation und Vertrauen des Volkes“ nur dann erzeugen, wenn er „die Technik der Methoden, nach denen sich die öffentliche Meinung und der allgemeine Wille des Volkes bildet“, kontrolliert. Er müsse deswegen nicht nur „Erziehung und Schule“, sondern auch das „Rundfunk- und Lichtspielwesen“ in seine Regie nehmen. Die Relevanz des Ansatzes von Schmitt scheint mir gerade darin zu liegen, daß ihm die genaue Erkenntnis dessen zugrunde liegt, was der bürgerliche Staat, will er eine drohende historische Alternative zum Status quo abwenden, leisten muß: auf gesamtgesellschaftliche Wirkung

jedoch diese Differenz, auf deren sozioökonomische Grundlage noch eingegangen wird, nicht überbewertet werden: sie relativiert sich nämlich dadurch, daß beide Ansätze inhaltlich dasselbe Ziel, die Bildung der staatlich-politischen Einheit, intendieren, die gleichsam den Abschluß der gesellschaftlichen Interaktionsprozesse signalisiert und so innerhalb dieser Modelle als integrierende Mitte wirkt. Dabei verläuft die Struktur jenes Integrationsvorganges bei Schmitt und Leibholz jeweils in verschiedener Richtung: Schmitt denkt von der staatlichen Deziision her, die, dem gesellschaftlichen Prozeß vorgelagert, diesen zentral von oben steuert. Leibholz schlägt den weniger autoritär anmutenden Weg vor, indem er sich die Konstituierung des „*bonum commune*“ in der Form vorstellt, daß zunächst die Verbände soziale Partikularinteressen anmelden, die dann von den Parteien registriert und in die gemeinwohlorientierte staatlich-politische Einheit umgeformt werden.

Es ist nun kein Zufall, daß das offen autoritäre Integrationsmodell Schmitts am Ende der Weimarer Republik unmittelbar politisch relevant wurde, während der Leibholzsche Ansatz, obwohl schon in den 20er Jahren konzipiert, unter den Bedingungen wachsender ökonomischer Zuwachsraten sich nach dem 2. Weltkrieg durchsetzen konnte. Die Erklärung dieses Phänomens ist einigermaßen evident: Wenn Schmitt von der Realität der späten Phase der Weimarer Republik ausgehend konstatiert, „daß wir zwar keinen totalen Staat, wohl aber schon einige zur Totalität strebende, ihre Mannschaft von Jugend auf ganz erfassende, soziale Parteigebilde haben“⁶⁸, die vom Turnverein bis zur Privatarmee alles umfassen, dann wird der gesellschaftliche Hintergrund spürbar, auf dem er argumentiert. Angesichts fundamentaler ökonomischer und sozialer Krisen versagt der integrierende Mechanismus der „*invisible hand*“. Die gesellschaftlichen Antagonismen, die im Zeichen wirtschaftlicher Prosperität „neutralisiert“ waren, aktualisieren sich in einer Schärfe, die den Bürgerkrieg befürchten läßt. Der einzige Garant, der den Status quo aufrechterhalten kann, ist der „*pouvoir neutre*“, der, gestützt auf Armee und Beamtentum, kraft seiner Deziision den sozialen Frieden diktiert. Zugleich signalisiert die aus dieser Entwicklung resultierende Entmachtung des Parlaments die Agonie des liberalen Gesetzgebungsstaates des 19. und den Beginn des Verwaltungsstaates des 20. Jahrhunderts, dem nach Schmitt „der ‚Diktator‘ eher adäquat und wesensgemäß als ein von der Exekutive getrenntes Parlament“^{68a} ist: Nicht die „generelle, vorher und auf die Dauer bestimmte Norm“, sondern die in der jeweiligen Situation ad hoc vom Diktator als

zielende Manipulation, die die Entpolitisierung der Lohnabhängigen sichert. Indem dagegen Leibholz partiell an Aufklärungsideen festhält, ohne zugleich kritisch auf die Gesellschaft, in der diese verwirklicht werden sollen, zu reflektieren, fällt er in dem Maße hinter die Position Schmitts zurück, wie dieser artikuliert, was die objektiven Postulate der herrschenden Schichten an den bürgerlichen Staat beinhalten müssen.

68 Carl Schmitt: *Der Hüter der Verfassung*, S. 83 f.

68 a ders.: *Legalität und Legitimität*, Berlin 1968, S. 87.

„pouvoir neutre“ zu treffende „Maßnahme“^{68b} ist die Form staatlicher Machtausübung, der die Zukunft gehört. Freilich kann die von Schmitt präbendierende Neutralität des „pouvoir“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß er seine „potestas“ vom Bürgertum bezieht und in der letzten Konsequenz auch für es anwendet: er hat keine andere Funktion als die, die bereits Karl Marx in „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, wenn auch unter anderen historischen und ökonomischen Bedingungen, so beschrieben hat:

„Indem ... die Bourgeoisie, was sie früher als ‚liberal‘ gefeiert, jetzt als ‚sozialistisch‘ verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eignes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse, daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitiieren und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen solle, zugleich als Damoklesschwert über ihr eignes Haupt gehängt werden müsse.“⁶⁹

Die Relevanz des offen repressiven Integrationsmodells, wie Carl Schmitt es entwickelt, muß sich in dem Augenblick abschwächen, wo konjunkturelle Aufschwünge und ein funktionierendes Krisenmanagement die maximale Befriedigung der materiellen Primärbedürfnisse der Lohnabhängigen garantierte. Jetzt war ein unmittelbares autoritäres Eingreifen des Staates nicht nur nicht notwendig, sondern tendenziell schädlich: ganz im Sinne des Leibholz'schen Ansatzes konnten nun die über die gesellschaftlichen Fundamentalbedürfnisse hinausgehenden Interessen von sozialen Organisationen wesentlich effizienter „befriedet“ werden. Die Verbände sind es dann auch, die nach Leibholz „in der modernen Wirtschaftsgesellschaft fortschreitend an die Stelle der Klassen getreten sind und entscheidend dazu beigetragen haben, den Klassenbegriff zu relativieren und die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts zu überwinden. Die Verbände sind primär dazu berufen, die antagonistisch-differenzierten Gruppeninteressen in der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen“⁷⁰. Diese „Relativierung“ der Klassengegensätze hat freilich eine fundamentale Voraussetzung, auf die alle konkurrierenden Gruppen eingeschworen sein müssen: „Unbeschadet der antagonistisch-gesellschaftlichen Gruppeninteressen gibt es etwas, das wir legitimerweise als das wirtschaftliche Gesamtinteresse bezeichnen

68 b a.a.O., S. 87.

69 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte in: K. Marx, F. Engels, Geschichte und Politik, 2. Abhandlungen und Zeitungsaufsätze zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Iring Fetscher, Frankfurt 1966, S. 71.

70 Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 333.

können“⁷¹. Auf dem Boden dieses „wirtschaftlichen Gesamtinteresses“ nun, dessen Inhalte von den Mechanismen und Notwendigkeiten der „freien Marktwirtschaft“ bestimmt werden, entschärfen die Verbände im vopolitischen Raum noch vorhandenen sozialen Zündstoff und setzen dadurch die Parteien in Stand, gleich mehrere Interessenkonstellationen zu absorbieren und so die politisch-staatliche Einheit, das „*bonum commune*“, herzustellen.

Angesichts dieser Zusammenhänge wird gesagt werden können, daß die Modelle, wie sie Schmitt und Leibholz vorlegen, zwei verschiedenen ökonomischen Phasen der bürgerlichen Gesellschaft zuzuordnen sind: Während das von Schmitt konzipierte sozialtechnische Integrationssystem von dem Ausnahmezustand der wirtschaftlichen Depression ausgeht und der Zerfall der Gesellschaft in offene Klassenantagonismen nur durch den Einsatz massiv autoritärer Steuerungsvorrichtungen^{71a} „neutralisiert“ werden kann, funktioniert das Leibholzsche Gleichgewichtsmodell unter der Bedingung, daß der relative Pluralismus auf der Distributionsebene⁷² „geregelt“ verläuft und die ökonomische Prosperität eo ipso einen sozialen Grundkonsens bewirkt. Dabei ist festzustellen, daß die jeweilige Konstituierung des „*bonum commune*“, wie Schmitt und Leibholz sie uns vorführen, nur scheinbar sich widerspricht: auch bei Leibholz ist das Resultat des sog. „Parallelogramms der Kräfte“ insofern apriorisch dem Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Verteilung des disponiblen Sozialproduktes vorgelagert, als das „wirtschaftliche Gesamtinteresse“ den Rahmen absteckt, innerhalb dessen der Ausgleich sich vollziehen kann: die Inhalte des „*bonum commune*“ mögen variabel sein, der zentrale Punkt, auf den hin sie sich bestimmen, die Erhaltung des gesellschaftlichen status quo, ist bei beiden Autoren identisch.

71 a.a.O., S. 333.

71a Sicherlich gibt es mildere Varianten des autoritären Eingriffes in die gesellschaftlichen Prozesse als sie Schmitt in der späten Phase der Weimarer Republik vorschweben: indes unterscheiden sich Steuerungsmechanismen wie sie im Zeichen sinkender Zuwachsraten unter der Bezeichnung „formierte Gesellschaft“ oder „konzertierte Aktion“ dem „mündigen“ Volk schmackhaft gemacht wurden nur graduell von der direkten Dezision dessen, der über den Ausnahmezustand entscheidet.

72 Der Pluralismus auf der Distributionsebene impliziert u. a., daß „Ein Unternehmerverband... heutzutage genötigt (ist), zuweilen auf der einen Seite: auf der Distributionsebene, also gegenüber den Konsumenten gegen andere Unternehmerverbände anzutreten (Kohle gegen Erdöl). Dennoch bildet er auf der Produktionsebene mit allen anderen Unternehmerverbänden eine gemeinsame Front gegen die organisierte Arbeiterschaft. Der in den Vordergrund gerückte Pluralismus der Distributionsebene aber macht die monopolisierung der Herrschaft auf der Produktionsebene und die antagonistischen Spannungen der gesellschaftlichen Polarität weitgehend unsichtbar.“ (Johannes Agnoli, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt 1968, S. 23 f.). Freilich muß hinzugefügt werden, daß dieser Ablenkungsmechanismus automatisch nur funktioniert, wenn ein gehobener Lebensstandard die materiellen Voraussetzungen bietet.

Der Zweck, die Konsolidierung des Bestehenden, gewinnt dann auch eine solche Eigengesetzlichkeit, daß er noch strukturell auf die Mittel zu seiner Erreichung zurückwirkt: Sowohl der Staat bei Schmitt als auch die Parteien bei Leibholz erscheinen als Faktoren, die sich aus ihrer faktischen Existenz und Notwendigkeit fürs Funktionieren der gegebenen sozialen Mechanismen legitimieren. Sie sind Größen, die sich tendenziell absolut setzen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß für Schmitt der Staat epochengebunden ist⁷³ und nicht beliebig auf andere Zeitalter übertragen werden kann. Als historisch relativierbares Phänomen, „öffnet sich inzwischen die bisher geschlossene Einheit“ des Staates; „von Innen durch Pluralisierung, von Außen durch Integrierung“⁷⁴. Zugleich verbindet aber Schmitt mit der Warnung, „den Staat zu einer ideologischen Angelegenheit zu machen“^{74a}, den Hinweis darauf, daß ein adäquater Ersatz für das staatliche Ordnungsprinzip nicht in greifbarer Nähe ist:

„In dem verwickelten System organisierter Interessen findet jeder starke Gruppenegoismus sein Lobby und seine Lobbyisten. In welchem Winkel dieses verwickelten Labyrinths die objektive Vernunft ein Asyl finden könnte, ist noch die Frage. Wer diese Frage kennt und versteht, wird sich nicht so schnell an einer Liquidierung der Reste des überkommenen Staates beteiligen.“⁷⁵

Eben diese Situation, die man als Zwischenzustand bezeichnen kann, ist für einen Denker, dessen Prämissen einer fundamental negativen Anthropologie verpflichtet sind, eine äußerst gefährliche: denn fällt der Staat als eiserne Klammer der Gesellschaft weg, ohne daß er durch ein neues Ordnungsprinzip ersetzt ist, so steht dem „bellum omnium contra omnes“ nichts mehr im Wege. Man wird also sagen können, daß die historische Relativierbarkeit des Staates bei Schmitt realiter nicht zu seiner kontinuierlichen Aufhebung führt, sondern im Gegenteil dessen Radikalisierung bewirkt: Konfrontiert mit dem totalen Chaos und getrieben von der existenziellen Angst ums nackte Überleben, erscheint der „pouvoir neutre“, der den Pluralisierungen Einhalt gebietet, als die einzig reale Alternative. Die in seiner Hand konzentrierte Macht schließt nicht zuletzt deswegen eine normative Limitation aus, weil Schmitt sie im Gefolge von Max Weber auf die Basis eines Wertelerativismus stellt.

73 In diesem Zusammenhang ist wichtig der Aufsatz „Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff“ in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, Berlin 1958, S. 375—385.

74 Carl Schmitt: Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 385. Im übrigen kann man Schmitt sicherlich nicht vorwerfen, er hypostasiere den Staat in dem Sinne, daß der Mensch qua Mensch auf diesen bereits angelegt ist vor aller empirischen Erfahrung. Vielmehr denkt er mit Hobbes gegen Aristoteles die Individuen als strukturlos vereinzelt: zur Staatsbildung kommt es erst dadurch, daß die Menschen aus Gründen der Selbsterhaltung diesen bewußt konstituieren.

74 a a.a.O., S. 385.

75 a.a.O., S. 385.

Aber auch Leibholz entgeht den Konsequenzen seines apologetischen Ansatzes nicht: Sein Parteienbegriff ist ebenfalls mit dem Stigma verdinglichender Endgültigkeit behaftet und läßt die Möglichkeit seiner Aufhebung nicht einmal ahnen. Sicherlich hat er recht, wenn er unter den historisch angebbaren Bedingungen einer hoch-industrialisierten Massengesellschaft in den Parteien die Voraussetzungen der Möglichkeit politischer Artikulation sieht. Sicherlich ist die Mediatisierung des Volkes durch die Parteien so lange nicht zu umgehen, wie es rationalere Instrumente zur Ermittlung relevanter Interessen nicht gibt. Aber daß die Parteien nur als vorläufiges Surrogat noch nicht aufgeklärter Massen einen emanzipatorischen Sinn haben können, bleibt diesem Ansatz äußerlich. Zwar ist unbestritten, daß Leibholz als Bedingung fürs Funktionieren des massendemokratischen Parteienstaates die Realisierung innerparteilicher Demokratie angibt. Jedoch fügt er einschränkend hinzu, daß es sich hier nur um eine partielle Demokratisierung handeln kann. Der Kampf gegen Oligarchisierungstendenzen bedeute nicht,

„daß die in den Parteien organisierten Aktivbürger etwa alle maßgeblichen Beschlüsse in der Partei selbst zu fassen haben sollen. Das würde nicht nur technisch unmöglich sein. Es würde auch einem wohlverstandenen Begriff der Demokratie widersprechen. Denn Demokratie und Führung in dem Sinne, daß die Autorität, die die Führungsgruppen zu verantwortlichen Entscheidungen befähigt, auf dem Willen der Gefolgschaft beruhen muß, schließen sich auch in der modernen parteienstaatlichen Demokratie nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig“⁷⁶.

Freilich, eine parteienstaatliche Demokratie, die auf die Einfrierung des gesellschaftlichen Status quo aus ist, steht ja „unter dem ehernen Gesetz, daß sie von einer politischen, von den Wählern und Parteibürgern vertrauensmäßig getragenen und von ihnen kontrollierten und schließlich auch abberufbaren Elite geführt werden muß“⁷⁷. Inwieweit jedoch Kontrolle und Abberufbarkeit dieser „geistigen Schicht im Massenstaat“ (Gerstenmeier) unter den Bedingungen der spätkapitalistischen Konsumgesellschaft, deren herrschende Schichten die Masse der Lohnabhängigen nur manipulativ davon abhalten können, die potentiell längst politisch gewordene Gesellschaft⁷⁸ in eine soziale Demokratie zu überführen, eine reale Chance

⁷⁶ Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, S. 124.

⁷⁷ a.a.O., S. 124.

⁷⁸ Auf die Tatsache, daß durch die zunehmende Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft „alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme unmittelbar staatliche Probleme“ sind und daß „man... nicht mehr zwischen staatlich-politischen und gesellschaftlich-unpolitischen Sachgebieten unterscheiden (kann)“, hat ja schon, wie wir sahen, Carl Schmitt hingewiesen. Nur trauert er dem Dualismus Staat — Gesellschaft nach und postuliert in konservativer Manier dessen Restauration. Demgegenüber wäre die Forderung aufzustellen, daß das potentiell Politische der Gesellschaft in seine Wirklichkeit überführt wird. Ein solcher Schritt

haben, erfahren wir nicht. Solange aber das ‚mündige‘ Volk eine fiktive Größe bleibt, solange sich die Struktur der Gesamtgesellschaft nur um den Preis der Entpolitisierung der Massen behaupten läßt und die etablierten Parteien alles tun, daß jene in diesem Zustand faktischer Unmündigkeit verharren, entlarvt sich jene Leibholz-These von selbst, wonach die einzige Alternative zum massendemokratischen Parteienstaat der diktaturförmige Einparteienstaat sein soll: ob das Geschäft der Entmündigung von einem einzigen Apparat oder von mehreren betrieben wird, ist eine Frage der Effektivität von Manipulation. Mit demokratischen Intentionen hat sie nichts zu tun.

setzt allerdings die Abschaffung eines Zustandes voraus, der dadurch charakterisiert ist, „daß gesellschaftliche Macht in privater Hand zur Intervention in die Sphäre des Staates unmittelbar gezwungen ist, ohne selber politischer Kontrolle zu unterliegen; wobei jede politische Kontrolle demokratisch legitimierbar sein soll. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre die politische Kontrolle der Funktionen privaten Kapitaleigentums die notwendige Voraussetzung, um die gleichmäßige Verteilung der Chancen politischer Mitbestimmung und die Rechtssicherheit auf alle Bezirke der Gesellschaft auszudehnen.“ (Jürgen Habermas: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: *Student und Politik*, Neuwied 1967, S. 44.)

Manfred Hahn

Das „Machen“ von Verfassungen

Hegels *Politische Schriften* und die Interpretation seiner *Rechtsphilosophie*

Was haben Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* von 1821 mit dessen politischer Publizistik zu tun? Lange Zeit lautete die Antwort: wenig oder gar nichts. Erst spät — etwa mit Joachim Ritters *Hegel und die französische Revolution* (1957) — begann die Einsicht sich einzubürgern, daß die Interpretation der *Rechtsphilosophie* von der Konzentration auf Hegels politisch-publizistische Arbeiten entscheidend profitiert. Diese Arbeiten sind jetzt leicht zugänglich: ein Band der *Theorie 1* — Reihe des Suhrkamp-Verlags — faßt sie zusammen*. Jürgen Habermas' lohnendes Nachwort (S. 343—370) bringt außer Notizen zur Entstehung der einzelnen Schriften vor allem wichtige Anmerkungen zur Theorie-Praxis-Problematik sowie zum Thema Hegel und die Revolution. Vom Nutzen der Edition spricht am ehesten mit Recht, wer demonstriert, daß das Verhör der politisch-publizistischen Arbeiten Hegels die Analyse seiner *Rechtsphilosophie* in wesentlichen Punkten weiterzutreiben vermag. Es gilt, in Detailforschung die oben notierte Einsicht konsequenter als bisher zu bewähren, statt ihr einfach zu applaudieren¹.

In den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* endet § 273 mit dem Satz: „Überhaupt aber ist es schlechthin wesentlich, daß die Verfassung, obgleich in der Zeit hervorgegangen, *nicht als ein Gemachtes* angesehen werde; denn sie ist vielmehr das schlechthin an und für sich Seiende, das darum als das Göttliche und Beharrende, und als über der Sphäre dessen, was gemacht wird, zu betrachten ist.“ Man denke sich die rückständigste Verfassung — nach dem Buchstaben des § 273 ist sie das schlechthin an und für sich Seiende, das Göttliche und Beharrende; vor allem soll sie nicht für ein Gemachtes gelten, ein Postulat, das doch wohl das Verbot ihrer Aufhebung impliziert. Kurz, die zitierte Aussage enthält Bestimmungen, die jenen willkommen sind, denen es darum geht, Hegel nach altem Vorbild

* Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Politische Schriften*. Nachwort von Jürgen Habermas. Frankfurt/M. 1966 (Sigle: PolSchr).

¹ Im folgenden benutzte Hegel-Ausgaben (außer PolSchr): *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, hrsg. von Johannes Hoffmeister, Hamburg 1955 (Sigle: Rph). *Briefe von und an Hegel*, hrsg. von Johannes Hoffmeister, Bd. 1—3, Hamburg 1961 (Sigle: Hegel-Briefe).

„politischen Konservatismus, Quietismus und Optimismus“² nachzuweisen. Wer skeptisch auf das alte Vorbild sieht, wird prüfen, ob der angedeutete Vorwurf die These aus § 273 auch wirklich trifft.

Hegels Arbeit über die Verfassung Deutschlands (1802) beginnt mit dem apodiktischen Satz: „Deutschland ist kein Staat mehr.“³ Dieses harte Urteil faßt die Erfahrungen aus den Kriegen mit der französischen Republik⁴ zusammen. Vor allem: es konnte jetzt keinen Zweifel mehr geben an der Verdorbenheit und Unvernunft der deutschen Staatsverfassung. Sie hatte sich — so notiert Hegel — „in einem ganz andern Leben“ gebildet, mit dem die Gegenwart um 1800 nichts mehr verband. Da sie nur „das Wohlsein und die Not längst verwester Geschlechter“ ausdrückte, bestand sie „isoliert von dem Geiste der Welt“⁵. Politische Vernunft hätte rechtzeitig eine neue Verfassung fordern und durchsetzen müssen, doch in Deutschland war solche Vernunft kaum geläufig. So verfiel das „Ganze“ unaufhaltsam: die einzelnen Teile — die Reichsstände — sonderten sich ungehindert, verfolgten eigene Interessen und gaben das klägliche Schauspiel, wie weit es das „hartnäckige Wesen der deutschen Natur auf Selbständigkeit“⁶ zu bringen vermochte. Die Verfassung zeigte sich nur noch als „Summe der Rechte, welche die einzelnen Teile dem Ganzen entzogen“ hatten⁷. Dem allgemeinen Bewußtsein war die Trennung Deutschlands selbstverständlich: die deutschen Stämme betrachteten sich „als Fremde“⁸.

Den Weg zu einem geeinten Deutschland versperrte vor allem die Übermacht einiger Reichsstände. Hegel kritisiert hier namentlich Preußen⁹. Auffallend ist dabei seine unverhohlene Abneigung gegen den Staat der Nachfolger Friedrichs des Großen: nur Strenge gegen Untertanen, „Dürre“ und „ledernes geistloses Leben“. Zu besonderer „Anhänglichkeit“ wird das Volk sich dort kaum verstehen, denn ihm fehlt Freiheit. Frei ist ein Volk nur, wenn der Staat den Bürgern politische Aktivität erlaubt. Es kommt hinzu: die Staatsmacht ist erst dann wahrhaft stark, wenn sie der Unterstützung „durch den freieren und unpedantisierten Geist“ der Bürger sicher sein kann¹⁰.

Zwei Gedanken Hegels sind hier festzuhalten:

1. Ein Staat wird nicht mächtig als tyrannischer Gewaltstaat der Unfreiheit. Er ist auf die Unterstützung seiner Bürger angewiesen,

2 Rudolf Haym, Hegel und seine Zeit, Berlin 1857 (Neudruck: Darmstadt 1962), S. 365.

3 PolSchr S. 23.

4 Am 9. Februar 1801 schlossen Frankreich, Kaiser Franz II. und das Deutsche Reich den für Frankreich günstigen Frieden von Lunéville, dessen Artikel 7 auf den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 vorausweist.

5 PolSchr S. 26 f.

6 S. 85.

7 S. 29.

8 S. 135.

9 Vgl. PolSchr S. 90 f.

10 S. 43 f.

die nicht zu politischer Passivität verurteilt sein dürfen. Ein Volk hat eine gute Verfassung nur, wenn ihm „der Staat in dem untergeordneten allgemeinen Tun viel freie Hand läßt“¹¹.

2. Eine Verfassung ist nicht deshalb gut, weil sie *alt* ist. Da die politisch-soziale Basis allen Staatsrechts sich wandelt, entartet die Dauerforderung nach kritikloser Ehrfurcht vor einer überkommenen Verfassung notwendig zur reaktionären Apologie überalterter Zustände. Steifes Beharren auf gestrigen Rechtssätzen aber — und damit letztlich auf einer überholten politisch-sozialen Ordnung — richtet eine Verfassung zugrunde, führt zu einem gleichsam verfassungslosen Zustand. Der erklärte Wille, diese Misere aufzuheben, impliziert die Überzeugung, daß eine neue Verfassung sich „machen“ läßt.

Hegels Überlegungen, wie eine vernünftige deutsche Verfassung zu schaffen sei, sind eindeutig revolutionär gefärbt. Wer soll die getrennten Teile einigen, wer die Voraussetzungen schaffen, die das Machen einer neuen Verfassung erst ermöglichen? Das deutsche Volk, so heißt es, müsse „durch die Gewalt eines Eroberers in Eine Masse versammelt“ werden¹². Nur ein Theseus — dies der Name des Eroberers — vermag das verhängnisvolle Erbe des Westfälischen Friedens zu beseitigen, jenes Friedens, der die sogenannte deutsche Freiheit verewigt und Deutschland gehindert hatte, „zu einem modernen Staate zu werden und eine Staatsmacht zu haben“¹³. Man unterstelle Hegel nicht, er schätze Zwang und Gewalt um ihrer selbst willen — sein Theseus ist kein bornierter Despot, vielmehr ein deutscher Napoleon, ein energischer Zerstörer feudaler Egoismen in Deutschland¹⁴. Theseus soll eine Verfassung erzwingen, die am Vorbild der Französischen Revolution und der aus ihr hervorgegangenen Constitution von 1791 orientiert ist, die den Grundsatz verankert, „zu Gesetzen und zu den wichtigsten Angelegenheiten eines Staates“ müsse „das Volk mitwirken“. Doch der deutsche Napoleon soll auch jegliche revolutionäre Anarchie verhindern: die Ereignisse während der Terreur, der radikal-demokratischen Phase der Französischen Revolution, haben gelehrt, daß „eine feste Regierung notwendig zur Freiheit“ ist¹⁵. Wie sich zeigt, betont Hegel in der Verfassungsschrift die zentrale Bedeutung der Französischen Revolution. An ihren Prinzipien, klassisch formuliert in der Constitution Française vom 3. September 1791, *muß* eine neue Verfassung orientiert

11 S. 44.

12 S. 139.

13 S. 105.

14 Vgl. auch zum Folgenden die unmißverständlichen Äußerungen Hegels in Briefen von 1807/8, als Napoleon weite Teile Deutschlands beherrscht (Hegel-Briefe I S. 185, 197 f., 218 f.): der „große Staatsrechtslehrer“ Napoleon; „es ist bereits viel, was Deutschland von Frankreich gelernt hat, und die langsame Natur der Allemands wird mit der Zeit noch manches profitieren“; die „Hoffnung“, daß „auch die fernern Teile der französischen oder westfälischen Konstitution eingeführt würden“.

15 PolSchr S. 131.

sein¹⁶. Im ohnmächtigen Deutschland soll eine Macht herrschen, die diesen Prinzipien verpflichtet ist und sie, wenn nötig, unnachsichtig geltend macht¹⁷.

16 Il n'y a plus ni noblesse, ni pairie, ni distinctions héréditaires, ni distinctions d'ordres, ni régime féodal, ni justices patrimoniales, ni aucun des titres, dénominations et prérogatives qui en dérivait, ni aucun ordre de chevalerie, ni aucune des corporations ou décorations, pour lesquelles on exigeait des preuves de noblesse, ou qui supposaient des distinctions de naissance, ni aucune autre supériorité, que celle des fonctionnaires publics dans l'exercice de leurs fonctions... Il n'y a plus, pour aucune partie de la Nation, ni pour aucun individu, aucun privilège, ni exception au droit commun de tous les Français. Il n'y a plus ni jurandes, ni corporations de professions, arts et métiers (Les Constitutions et les principales lois politiques de la France depuis 1789, Paris 7 1952, S. 3).

17 Friedrich Meinecke behauptet, Hegel habe zur Zeit der Konzipierung der Verfassungsschrift, als der Zusammenbruch des Reiches sich abzeichnen begann, nach den Waffen eines brutalen Machiavellismus ausgeschaut (Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, neu hrsg. von Walther Hofer, München 3 1963, S. 411 f.). Meinecke diskutiert ein Abstraktum: die Macht; er fragt nicht, wer Macht gebraucht gegen wen. Gerade diese Frage aber ist Hegel wichtig. Er bewundert nicht die Macht, sein „Machiavellismus“ beschränkt sich vielmehr auf die Sympathie für jene bestimmte Macht, von der er die politisch-soziale Erneuerung Deutschlands erwartet. Meineckes abwegigste These: „Der deutsche Machtstaatsgedanke, dessen Geschichte mit Hegel begann, sollte in Hitler eine ärgste und verhängnisvollste Steigerung und Ausbeutung erfahren“ (Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 28). — In diesem Zusammenhang sind Hegels Gedanken über Richelieu und Machiavelli von Interesse. Hegel zeichnet den Kardinal nicht als ehrgeizigen und tyrannischen Machtmenschen, sondern als einen Politiker, der Frankreich vor der Zersplitterung — dieser deutschen Misere — bewahrt hatte: „Richelieus Verdienst, der Staatsgewalt ... die Großen unterworfen zu haben, hat, obenhin betrachtet, den Schein des Ehrgeizes ... (Die Großen) unterlagen aber nicht der Person Richelieus, sondern seinem Genie, das seine Person an das notwendige Prinzip der Einheit des Staats band und Staatsämter vom Staat abhängig machte. Und hierin besteht das politische Genie, wenn das Individuum sich mit einem Prinzip identifiziert; in dieser Verbindung muß es notwendig den Sieg davontragen. Als Verdienst eines Ministers ist das, was Richelieu getan hat, nämlich der ausübenden Staatsmacht Einheit gegeben zu haben, unendlich erhaben über das Verdienst, ein Land um eine Provinz vergrößert oder es sonst aus Not gerissen zu haben“ (PolSchr S. 108 f.). Als den Hauptzweck Machiavellis betrachtet Hegel die Einheit Italiens. Er polemisiert gegen die Platitude, die im *Principe* nur den „Spiegel für einen ehrgeizigen Unterdrücker“ sehen will. Wegen der Abscheulichkeiten in dieser Schrift habe „die Moral weiten Spielraum, ihre Trivialitäten, daß der Zweck die Mittel nicht heilige usw., auszukramen“. Wiederum verherrlicht Hegel nicht die nackte Gewalt; die Macht muß den vernünftigen Zweck verfolgen. Der *Principe* orientiere sich am ohnmächtigen und zerrissenen Zustand *Italiens*, sei also kein allgemein gültiges moralisch-politisches Compendium, das den Herrschern aller Länder die widerlichste Tyrannei empfehle. Wer den *Principe* mit dem Blick auf die Geschichte Italiens lese, werde ihn „als eine höchst große und wahre Konzeption eines echten politischen Kopfs vom größten

1817 greift Hegel — damals Professor an der Universität Heidelberg — in den Streit um die neue Verfassung Württembergs ein. In den *Heidelberger Jahrbüchern für Literatur* bespricht er die Verhandlungsprotokolle der Württembergischen Ständeversammlung¹⁸, die 1815/16 den Verfassungsentwurf König Friedrichs II. beraten hatte. Sein polemischer Aufsatz bleibt der beste Beweis für die Konsequenz, mit der er die Notwendigkeit betont, einer neuen Zeit die *angemessene* Verfassung zu schaffen, mit der er staatsrechtliche Probleme als Apologet der rechtlich-sozialen Resultate der Französischen Revolution diskutiert. Die Verfassung eines Staates der Gegenwart muß am französischen Vorbild orientiert sein.

Der König von Württemberg hatte seinen Landständen eine Verfassung vorgelegt, die auf der Höhe der Zeit stand, eine Verfassung, in der die „kostbare vollständige Erfahrung“¹⁹ seit 1789 aufgehoben war. Mit seinem Entschluß, dem Volk die alte Verfassung nicht zurückzugeben, zog er die fällige Konsequenz gegen die „gefährlose Ruhe und Nullität“, zu der sich in Deutschland allgemein die Institute vormaliger landständischer Verfassungen herabgebracht hatten²⁰. Es überrascht nicht, daß Hegel die Verfassungspolitik des württembergischen Königs unterstützt. In der Gegenwart hat das Staatsrecht sich „von Privilegien gereinigt“, es ist „bis zu Grundsätzen gereift“ — dieser Fortschritt hat die „Unförmlichkeit, Engherzigkeit und Unklarheit“²¹ alter Verfassungen vollends offenbart und deren Aufhebung als geschichtlich notwendig erwiesen.

Am Verfassungsentwurf des Königs rühmt Hegel besonders die Liberalität der Rechte: Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Berufswahl, das Recht auf Auswanderung usw. Alle diese Grundelemente einer modernen Verfassung gelten ihm als „unendlich wichtiger Fortschritt der Bildung“, und er merkt in sprechendem Überschwang an, die Bestimmungen mit Grundrechtscharakter sollten „auf Tafeln in den Kirchen aufgehängt, der erwachsenen Jugend beigebracht und zu einem stehenden Artikel des Schulen- und kirchlichen Unterrichts gemacht“ werden²². Und die Landstände? Sie lehnten den Entwurf ab und weigerten sich damit, als Glied in den neuen Staat einzutreten. Sie pochten auf die altwürttembergische Verfassung,

und edelsten Sinn“ kennenlernen (PolSchr S. 114 f.). Auch hier zeigt sich nicht Hegels Kaltschnäuzigkeit, sondern seine Sehnsucht nach Aufhebung der elenden deutschen Zustände.

18 Über den historischen Zusammenhang informiert Franz Rosenzweig, *Hegel und der Staat* (2 Bde., München/Berlin 1920) Bd. 2, S. 33 ff. Rosenzweigs Unfreundlichkeiten über König Friedrich II. von Württemberg („der dicke Herr“) und dessen antinationales Verhalten (S. 33 f.) sowie seine Spitze, Hegel habe Württembergs Streben nach europäischer Selbständigkeit „ohne nationale Scham in die Mitte der Betrachtung gestellt“ (S. 38), all dies hintertreibt die angemessene Interpretation der Hegelschen Schrift.

19 PolSchr S. 143.

20 S. 145.

21 S. 149.

22 S. 170.

diese „unerschöpfliche Rüstkammer für Advokaten“²³, forderten ihre alten Rechte, verlangten, daß „die Gegenwart zur Vergangenheit, die Wirklichkeit zur Unwirklichkeit umgeformt“ werde²⁴. Hegels bissige Kritik an den Ständen — sie hatten „von der Natur der Aufgabe, welche zu lösen war, nicht nur keinen Begriff, sondern auch keine Ahnung“²⁵ — könnte zu dem Vorwurf verleiten, er habe mit seiner Rezension dem württembergischen König schmeicheln wollen²⁶. Hegel lobt jedoch nur dessen Eintreten für ein progressives Staatsrecht, er lobt dessen Einsicht, daß die Gegenwart — von den sozialen Folgen der Französischen Revolution bestimmt — die ihr entsprechende Verfassung fordert. Gemessen an dieser Einsicht ist das steife Beharren der Stände „auf dem positiven Staatsrechte eines verschwundenen Zustandes“²⁷ reaktionäre Unvernunft.

23 S. 176.

24 S. 172.

25 S. 175.

26 Hegels Freund Niethammer formuliert diesen Vorwurf, freilich vorsichtig: in einem Brief an Hegel rügt er, daß dessen Aufsatz „eine schlimme Sache geistreich“ führe (Hegel-Briefe II S. 172). Hegels Antwort macht klar, daß es ihm nur um die Kritik an der politischen Verstocktheit der Stände geht. Die „edelste“ Sache ist für ihn einzig die Verfassung mit ihren modernen Prinzipien: „Sie selbst machen mir das schlimme Kompliment, daß ich eine schlimme Sache mit Geist verteidigt habe. Ich hoffe, Sie sollen in den beifolgenden Bogen besser mit mir zufrieden werden. Vors erste, was die schlimme Sache betrifft, so weiß ich keine schlimmere als die, wenn man eine gute, ja die edelste, durch Unverstand zu einer schlimmen verkehrt. Dies scheint nur zu verdienen, daß Engel darüber weinen. Ich aber als sterblicher Mensch bleibe nur beim Ärger darüber stehen“ (ebd. S. 175). Übrigens weist schon Karl Rosenkranz darauf hin, daß Hegel kaum an Schmeichelei gedacht haben kann; Friedrich II. von Württemberg war bereits tot, als Hegel seine Schrift veröffentlichte (Apologie Hegels gegen Dr. R. Haym, Berlin 1858, S. 31).

27 PolSchr S. 184. — Hegels Kritik an den württembergischen Landständen ist in den folgenden Sätzen kurz und treffend zusammengefaßt: „Man konnte von den württembergischen Landständen sagen, was von den französischen Remigranten gesagt worden ist, sie haben nichts vergessen und nichts gelernt; sie scheinen diese letzten fünf- und zwanzig Jahre, die reichsten, welche die Weltgeschichte wohl gehabt hat, und die für uns lehrreichsten, weil ihnen unsere Welt und unsere Vorstellungen angehören, verschlafen zu haben. Es konnte kaum einen furchtbarern Mörser geben, um die falschen Rechtsbegriffe und Vorurteile über Staatsverfassungen zu zerstampfen, als das Gericht dieser fünf- und zwanzig Jahre, aber diese Landstände sind unversehrt daraus hervorgegangen, wie sie vorher waren“ (PolSchr S. 185 f.). Verwandte Bestimmungen, charakteristisch für den Geist der preußischen Reform, finden sich in Aufzeichnungen des preußischen Staatskanzlers Freiherr von Hardenberg aus dem Jahre 1811 (die folgenden Zitate nach: Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Ein märkischer Edelmann im Zeitalter der Befreiungskriege. Hrsg. von Friedrich Meusel, 2 Bde., Berlin 1913). Vertreter des preußischen Adels wiesen Hardenberg fortgesetzt darauf hin, die alte ständische Verfassung sei „das schönste Band zwischen dem Landesherrn und der Nation“ (Bd. 2/1 S. 229). Sie erinnerten den Staats-

Während die Ständeversammlung beriet, gingen zahlreiche Petitionen und Adressen der Städte und Ämter ein, die das Festhalten an der alten Verfassung forderten und so die Politik der Stände unterstützten. Hegel lehnt diese bestimmten Aktivitäten des Volkes ab. Freilich will er nicht dessen politische Unmündigkeit verewigt wissen, sondern den eingeübten Unverstand ausschalten, an dessen Perpetuierung den interessierten Verteidigern der alten Verfassung — den von ihr Privilegierten — gelegen ist. Das Volk, unter der alten Verfassung zur „politischen Nullität“ verurteilt, darf bei der Diskussion der neuen Verfassung mit seinen „bisherigen Meinungen“, die über diese Nullität nicht hinausweisen, keinen Einfluß gewinnen²⁸. Aber Hegel wehrt eben nur die „bisherigen Meinungen“ ab. Unter der neuen Verfassung soll das Volk, an seinen „bisher unbekanntem Anteil und Einfluß auf das Ganze eines Staates“²⁹ allmählich gewöhnt, durchaus die Möglichkeit haben, in Kenntnis und im Geist des künftig geltenden Staatsrechts an dessen Fortbildung mitzuwirken. Die höchste Instanz wird als Garant dafür genannt, daß die Verfassung nicht hinter der politisch-sozialen Entwicklung zurückbleibt, d. h. ihre „Basis“³⁰ verliert: „beständiges, ruhiges Fortbilden“ — das ist die „wahrhafte Generalklausel, welche der Weltgeist für sich an jede bestehende Verfassung hängt“³¹.

Ein Vergleich mit den Forderungen der Verfassungsschrift zeigt, daß Hegels Begriff vom Machen einer Verfassung gleichsam sich beruhigt hat. Es fehlt jedes Umsturzipathos, der Gedanke der Revolutionierung überkommener Ordnungen ist zurückgetreten. Freilich hat das wenig zu tun mit politischer Resignation oder Anpassung ans Schlecht-Vorhandene. Der alte Kerngedanke bleibt: an die Stelle geschichtlich überholter Verfassungen *müssen* moderne, am französischen Vorbild orientierte Verfassungen treten. Die neuen Verfassungen aber — und das ist entscheidend — sind ständig zu kontrollieren und fortzubilden, denn es gilt zu verhindern, daß sie je in Widerspruch geraten zu ihrer „Basis“.

kanzler an ihre verbrieften Rechte und zogen, deren Ehrwürdigkeit zu beweisen, alte Verträge von 1653 und 1717 hervor. Hardenberg dagegen: Preußen könne nichts anfangen mit einer Verfassung, die „einige stolze und mit Vorurteilen erfüllte Landjunker aus dem Altertum hervorrufen“ wollten (Bd. 2/2 S. 8). „Fragt die große Mehrzahl des Volkes, ob es an der bisherigen ständischen Verfassung hänge, ob es sein Heil darin erblicke?“ (ebd. S. 9). Zum Vorwurf des Adels, die preußische Reformgesetzgebung orientiere sich an französischen Vorbildern, bemerkt Hardenberg: „Nicht fremde Grundsätze haben Eingang bei uns gefunden, sondern bessere, billigere, wodurch das Wohl aller Staatsbürger, nicht bloß (das) einer Kaste bezweckt wird“ (ebd. S. 10).

28 Vgl. PolSchr S. 212.

29 S. 212.

30 In der Ständeschrift von 1817 spricht Hegel selbst von der „Basis“ des Rechts: „... daß hundertjähriges und wirkliches positives Recht mit Recht zugrunde geht, wenn die Basis wegfällt, welche die Bedingung seiner Existenz ist“ (PolSchr S. 186).

31 PolSchr S. 271.

In den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* von 1821 entwickelt Hegel philosophisch eben jene moderne Verfassung, die er vor allem in der *Ständeschrift* von 1817 verteidigt und gefordert hat. Was versteht er jetzt unter dem Machen einer Verfassung? Kein Paragraph der Rechtsphilosophie bestimmt ausdrücklich, eine überalterte Verfassung sei aufzuheben, d. h. Hegel kämpft nicht mehr offensiv für das moderne Staatsrecht. In dieser Tatsache deutet sich jedoch nicht Entsagung, sondern ruhige Gewißheit an: die Gegenwart — deren philosophische Auslegung die Rechtsphilosophie leistet³² — hat moderne Verfassungen; wo sie noch fehlen, ist zumindest das Bewußtsein von deren Prinzipien voranzusetzen³³. Der moderne Staat ist kein „Haufen von Individuen“ ohne Verfassung, sondern dadurch ausgezeichnet, daß er die ihm entsprechende Verfassung vorweisen kann. Diese Verfassung läßt sich durchaus „machen“, aber als bereits vorhandene nur „auf gesetzmäßigem Wege“. Das Machen ist damit verstanden als ein Entwickeln: Hegel interessiert nicht mehr der Bruch zwischen Altem und Neuem, sondern — innerhalb des Neuen — die Entfaltung des Gegebenen zu dessen entwickelterer Form. Der moderne Staat hat seine Verfassung nur noch zu kontrollieren und fortzubilden, ihre Aufhebung jedoch unter allen Umständen zu ver-

32 Aus der Vorrede zur Rechtsphilosophie: die Philosophie ist das „Erfassen des Gegenwärtigen und Wirklichen“ (Rph S. 14), sie ist „ihre Zeit in Gedanken erfaßt“ (S. 16).

33 Wo moderne Verfassungen noch fehlen: hier ist vor allem an Preußen zu denken, für dessen eifrigen Apologeten Hegel lange Zeit gegolten hat. Im Juli 1817 begannen in Preußen die Beratungen einer Verfassungskommission, deren Mitglieder zugleich dem neugebildeten preußischen Staatsrat angehörten, der höchsten beratenden Behörde der Monarchie. Die Arbeit der Kommission war von Anfang an wenig begünstigt: der grundbesitzende Adel rief nach der Sicherung seiner Privilegien und mißtraute dem Plan einer Repräsentation des ganzen Volkes der Monarchie; außerdem wirkte sich die wachsende Abhängigkeit Preußens von Metternichs strenger Restaurationspolitik nachteilig aus. Zwei der führenden preußischen Politiker — Hardenberg und Wilhelm v. Humboldt — sprachen freilich mit Nachdruck für eine Verfassung. Ihre Verdienste um die preußische Reform berechtigten zu der Hoffnung, die Verfassungspolitik werde nicht scheitern an der Engstirnigkeit des Adels und den Bedenken Friedrich Wilhelms III. Doch die Rivalität zwischen Hardenberg und Humboldt siegte über den notwendigen Willen zur Zusammenarbeit. Humboldt wurde im Dezember 1819 gestürzt, wenig später verlor Hardenberg das Vertrauen des Königs, sein Einfluß schwand. Die Verfassungsberatungen setzte eine Kommission fort, der vorwiegend Gegner Hardenbergs angehörten. Sie bestimmten den König, von der Bildung einer allgemeinen Landesrepräsentation abzusehen. Damit blieb die Gesamtmonarchie — zum Besten des grundbesitzenden Adels — weiterhin ohne Verfassung und ohne Parlament. Im Juni 1823 erschien lediglich ein Gesetz über die Einrichtung von Provinzialständen. Hegels Rechtsphilosophie von 1821 begreift die konstitutionelle Monarchie als „Werk der neueren Welt“ und erhebt sie zur „wahrhaften Gestaltung des sittlichen Lebens“ (§ 273). Diese Bestimmungen sind so selbstverständlich gegeben, daß sie die Enttäuschung von 1823 aus dem Bereich des Möglichen verweisen.

hindern. Die Rechtsphilosophie zieht die entsprechende Konsequenz: es sei „schlechthin wesentlich“, daß die Verfassung — obgleich „in der Zeit hervorgegangen — nicht „als ein Gemachtes“ gelte; sie sei das „Göttliche und Beharrende“ und stehe „über der Sphäre dessen, was gemacht wird“³⁴. Diese Bestimmungen weihen keinen Augenblick alte Verfassungen, die aufzuheben wären, sie reden auch nicht gegen revolutionäre Zugriffe auf moderne Verfassungen, sondern stehen im Engagement gegen deren noch immer mögliche Gefährdung durch reaktionäre Umtriebe. Die moderne Verfassung ist das „Göttliche“, weil sie auf der Vernunft der Gegenwart basiert und die Absage an die Unvernunft überholter politisch-sozialer Zustände impliziert. Als das „Beharrende“ — nicht: das Starre, Leblose — wird sie bestimmt in Abwehr der reaktionär inspirierten These von ihrem Unwert, ihrer Nichtigkeit. Der von Rudolf Haym strapazierte Vorwurf des politischen Konservatismus und Quietismus verliert mit diesem Befund ein weiteres Mal an Kredit.

Hegels letzte politisch-publizistische Arbeit, die Reformbill-Schrift von 1831, behandelt noch einmal — mit dem Blick auf England — das Problem des Kampfes zwischen altem und neuem Recht. Dabei gelten jene europäischen Verfassungen, die keine feudalen Privilegien mehr kennen und damit „eine wichtige Grundlage von vermehrtem Wohlstand und wesentlicher Freiheit“³⁵ geschaffen haben, als Vorbilder des englischen Staatsrechts, dem Hegel nachsagt, es sei allzu lange hinter den verfassungsrechtlichen Fortschritten des Kontinents zurückgeblieben. Er begrüßt die zur Verbesserung des alten Wahlmodus eingebrachte Reformbill³⁶ und wertet den aufkommenden Widerwillen gegen die staatsrechtlichen Verhältnisse in England als ein „Wiedererwachen des moralischen Sinns“ im Volke. „Das gewöhnliche Vorurteil der Trägheit, den alten Glauben an die Güte einer Institution noch immer festzuhalten, wenn auch der davon abhängende Zustand ganz verdorben ist, hat auf diese Weise endlich nachgegeben.“³⁷ Doch die Reformbill birgt nach Hegels Urteil beträchtliche Gefahren. Zwar orientiert sie sich an freiheitlichen Prinzipien, die „auch dem englischen Verstand nicht, wie bisher, so immer fremd bleiben können“. Aber diese Prinzipien werden in England von Männern vertreten, die in entschiedener Opposition stehen zur alten Verfassung der aristokratischen Privilegien. Die rasche und konsequente Durchführung der Reformen könne daher — so Hegels Sorge — leicht in eine Revolution übergehen; England habe „in der Tat die größten Erschütterungen seines gesellschaftlichen und des Staatsverbandes“ zu befürchten³⁸.

Die Rechtsphilosophie hatte formuliert, das Machen einer Verfassung könne nur ruhiges Fortbilden „auf gesetzmäßigem Wege“ be-

34 Rph § 273.

35 PolSchr S. 288.

36 Vgl. zur Reformbill: Karl Loewenstein, *Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt*. Hamburg 1964 (rde Bd. 208), S. 80 ff.

37 PolSchr S. 280.

38 S. 314.

deuten. Die Reformbill-Schrift scheint diesen Begriff des Machens ins Unrecht zu setzen: England muß mit den „bekannten Gewalttätigkeiten“ der Französischen Revolution³⁹ rechnen, so daß ein *ruhiges* Fortbilden der Verfassung nicht gewährleistet ist. Doch der erste Eindruck täuscht. Hegel begrüßt die Reformbill, weil sie genau das zu erreichen versucht, was er stets gefordert hat, nämlich die Aufhebung überalterten Staatsrechts. Für dessen Fortbestand gibt der Begriff des Machens von 1821 gerade *nicht* die rechtsphilosophische Garantie. Dieser Begriff steht im Dienst moderner, an den staatsrechtlichen Prinzipien der Französischen Revolution orientierter Verfassungen, aber er deckt keineswegs, was die englische Reformbill zu beseitigen trachtet.

Freilich: die Schrift von 1831 verrät einen überraschten, sogar bestürzten Hegel. Er fürchtet jedoch nicht, die politische Praxis werde seinen Begriff des Machens als falsch erweisen; ihn irritiert vielmehr, daß ausgerechnet die staatsrechtlich progressive und verteidigungswerte Reformbill nicht mehr erwartete revolutionäre Unruhe anzukündigen scheint. Überhaupt sind ihm — bei aller Nüchternheit des Urteils — die politischen Wirren seit der Julirevolution von 1830 nicht recht geheuer. Zwar sieht er kritisch herab auf die „fünfzehnjährige Farce“ der Restauration in Frankreich, aber er bekennt zugleich, sich *getäuscht* zu haben in seinen politischen Erwartungen. Was als gesichert gelten durfte, ist wiederum fragwürdig geworden, und trotz „unermesslicher Verwirrung“ seit 1789 muß auch jetzt jede Hoffnung auf eine „dauernde Versöhnung“ vergeblich sein — „Bewegung und Unruhe“ gehen fort⁴⁰, es ist „eine besorgliche Zeit, wo alles zu schwanken scheint, was sonst für fest und sicher galt“⁴¹.

39 Ebd.

40 Hegel. Ausgewählt und eingeleitet von Friedrich Heer (Fischer-Bücherei Bd. 86). Frankfurt/Main 1955, S. 164 f.

41 Hegel-Briefe III, S. 329.

Gerhard Göhler

„Dezisionismus“ in den USA

Wer heutzutage versucht, sich über den Inhalt des Begriffes „Dezisionismus“ zu orientieren, stößt auf die erstaunliche Tatsache, daß ein Stichwort „Dezisionismus“ in Schlagwortverzeichnissen und Lexika nur selten und kärglich auftaucht; in philosophischen wie sozialwissenschaftlichen Fachwörterbüchern habe ich „Dezisionismus“ überhaupt nicht gefunden. Soweit der Terminus in allgemeinen Nachschlagewerken behandelt wird, ist die Definition für „Dezisionismus“ entweder juristisch (Der Große Herder: „Begriff für ein rechtswissenschaftliches Denken, das die Gestaltungskraft des Rechts allein von der mit Macht ausgestatteten konkreten Entscheidung eines politischen Willensträgers ableitet“) oder politisch (Schweizer Lexikon: „Bezeichnung für jene Auffassung vom Wesen des Politischen, die jenseits aller Diskussion — Parlament, Demokratie — auf die Tat um ihrer selbst willen abstellt“), schließlich auch philosophisch (Brockhaus Enzyklopädie 1968: „eine philosophische Lehre, die der menschlichen Entscheidung besondere Bedeutung beimißt. Im D. wird einerseits der nahezu absolute Eigenwert der Entscheidung behauptet, andererseits zugleich deren Notwendigkeit“). Alle diese Definitionen drücken aber nicht den heute in Deutschland gebräuchlichen wissenschaftlichen Bedeutungsgehalt von „Dezisionismus“ aus, sondern sind eher historisch. Sie beziehen sich auf die von Carl Schmitt entwickelte Dezisionismustheorie, die die machtvolle souveräne Entscheidung als Grundlage aller Rechtsetzung und allen politischen Handelns ansetzt. Solchermaßen als positiver Zielbegriff gebraucht, ist „Dezisionismus“ aber eben heute nur mehr Historie. In sozialwissenschaftlichen Diskussionen verwandt, insbesondere von seiten der Frankfurter Schule, hat er eine eminent kritische Funktion erhalten; er bezeichnet nicht mehr positiv wertend oder nur deskriptiv die absolute Priorität des Entscheidungsmoments, sondern unterwirft diesen vorgefundenen Sachverhalt dem Maßstab kritischer Rationalität. Als „dezisionistisch“ sind dann solche Theorien gekennzeichnet, deren Rationalität das Moment der Entscheidung nicht mehr umgreift, d. h. deren rationale Ausweisbarkeit und Verbindlichkeit da aufhört, wo sie praktisch werden, wo Entscheidungen, auch Wertentscheidungen, für gesellschaftlich-politisches Handeln getroffen werden müssen. Dieser vorzeitige Abbruch von Rationalität — so die Argumentation der Frankfurter Schule — ist das Indiz einer wissenschaftlich unzureichenden und politisch gefährlichen Theorie.

Obwohl sich der kritische Gebrauch des Begriffes „Dezisionismus“ in Nachschlagewerken noch nicht niedergeschlagen hat, scheint er

doch in Deutschland jetzt wissenschaftliches Allgemeingut geworden zu sein — soweit zumindest, daß niemand mehr, auch wenn er der Dezisionismuskritik der Frankfurter Schule nicht folgt, sich als „Dezisionisten“ bezeichnen würde. Im amerikanischen Sprachgebrauch dagegen ist der Begriff „decisionism“ noch keineswegs notwendig ein kritisch-abwertender. Dies zeigt sich an einem bemerkenswerten Referat von Judith N. Shklar auf der Tagung der „American Society for Political and Legal Philosophy“*, die sich im Jahre 1962 mit dem Begriff „Rational Decision“ befaßte. Während sich die meisten Referenten um das Problem der Rationalität von Entscheidungen und den möglichen Grad ihrer Verwissenschaftlichung bemühen, ohne dabei aber den Begriff „decisionism“ zu verwenden, macht Judith N. Shklar „decisionism“ gerade zum Thema ihrer Erörterung. (Ein merkwürdiges Phänomen in diesem Sammelband, das auch in der deutschsprachigen Literatur demjenigen, der sich mit „Dezisionismus“ beschäftigt, immer wieder erschwerend entgegentritt: Sehr oft wird von Dezisionismus gesprochen und ein Sachverhalt kritisch dahin entwickelt, aber der Begriff selbst fällt nicht.) Was J. N. Shklar hier als „Dezisionismus“ charakterisiert und wie sie ihn beurteilt, weicht so sehr von unserem kritischen Gebrauch des Begriffes ab, daß es sich lohnt, ihre Ausführungen näher zu betrachten.

Es gibt nach Shklar verschiedene Arten politischen Denkens, denen ein dezisionistischer Charakter gemeinsam ist. Dezisionistisch sind sie, insofern in ihnen Entscheidungen eine Hauptrolle spielen, ohne daß damit über Rationalität oder Irrationalität dieser Entscheidungen schon etwas ausgesagt ist. Dezisionismus bedeutet hier lediglich die Auflehnung gegen starre überkommene Regeln, die unter allen Umständen gelten und deren getreue Befolgung darüber hinwegtäuschen soll, daß der Mensch letztlich selbst und auf sich gestellt frei, autonom und verantwortungsvoll entscheiden muß. Ein solcher Dezisionismus wendet sich gegen alle tradierten Ideologien, weil sie die Entscheidungsfreiheit einengen; er versteht sich geradezu als anti-ideologische Haltung.

Judith N. Shklar unterscheidet nun zwischen moralischem, rechtlichem und politischem Dezisionismus. Der moralische ist eine Art von romantischem Individualismus derjenigen, die sich als „outsiders“ fühlen. So versuchten Alexander Herzen im 19. Jahrhundert und Albert Camus im 20. Jahrhundert die Moral zu entideologisieren und ihre Konventionen durch jeweils autonome Entscheidungen des einsamen und moralisch allmächtigen Menschen zu ersetzen. Als juristischen Dezisionismus bezeichnet J. N. Shklar jenen „Legal Realism“ in den USA, der sich in den Jahren des New Deal gegen die Ideologie eines „basic myth“ wandte, aus dem die Rechtsprechung schöpfen müsse. Als der „basic myth“ gegen soziale Reformen aus-

* Veröffentlicht in: Carl J. Friedrich (ed.), *Rational Decision*, New York 1964 (Nomos 7. Yearbook of the American Society for Political and Legal Philosophy).

gespielt wurde, stellte ihm der progressive „Legal Realism“ den „fully mature judge“ gegenüber, der seine Entscheidungen weniger auf Gesetze und Präzedenzfälle als auf die wirklichen Bedürfnisse des Individuums und der Gesellschaft stützt. Der Glaube an die heilende Gewalt des „mature decider“ gründet allerdings lediglich auf einer Negation aller Tradition und auf dem naiven Vertrauen, daß eine entideologisierte, dabei aber entscheidungsfreudige Regierung alles zum Guten wenden würde.

Einer ähnlichen rein abstrakten Antithese entspringt nach Shklar als Dezisionismus auf politischem Gebiet der „Political Realism“ (z. B. H. J. Morgenthau, George Kennan). Einer Außenpolitik, die das internationale Recht oder eine weltweite politische Moral als Ausgangspunkt und feste Größe nimmt, dabei aber allzuleicht der ideologischen Heuchelei verfällt, wird eine unverkleidete Machtpolitik im Stile Metternichs und der Staatenwelt des 19. Jahrhunderts entgegengestellt; ein machtgebrauchendes Amerika könnte so seinen Weg in einsamer Größe gehen. Im Gegensatz zu moralischem und rechtlichem Dezisionismus ist der „Political Realism“ also durchaus konservativ, und dabei ist der erwünschte „new decider“ doch nur ein abstrakt konstruiertes Artefakt aller an der Gegenwart vermißten Tugenden. — Ebenfalls dezisionistischen Charakter trägt aber auch der genaue Gegenpart solchen Denkens: der Versuch, politische Entscheidungen durch wissenschaftliche Modelle (Spieltheorie, Kybernetik, Modelle für decision-making) zu systematisieren und rationaler Kalkulation zugänglich zu machen. Zugrunde liegt hier wie dort das dezisionistische Axiom, daß die politischen Entscheidungen von nur wenigen Personen und bei klar gegebenen Alternativen getroffen würden. Aber nur einige außerordentliche, krisenhafte Situationen verlangen solche spektakuläre Entscheidungen; der Routinegang der Politik paßt nicht in dieses Modell.

Insgesamt gesehen ist aber nach Judith N. Shklar dezisionistisches politisches Denken durchaus nicht negativ zu bewerten. Wer den überkommenen moralistischen und legalistischen Rationalismus von sich weist, findet im dezisionistischen Denken den angemessensten Versuch, eine neue Welt nach seinen eigenen Ordnungsvorstellungen zu bauen. Freilich ist die Zurückweisung aller Ismen (konservativer wie radikaler Provenienz) über eine abstrakt-formale Negation, Rebellion um der Rebellion willen, noch nicht weit hinausgekommen. Aber ein solcher Dezisionismus ist besser als konventioneller Konservatismus oder reine Apathie, seine einzigen Alternativen — und, versehen mit einer gehörigen Portion Skeptizismus, der wahrscheinlich gangbarste Weg politischen und moralischen Handelns angesichts des Versinkens der überkommenen Denkkategorien.

Es ist hier nicht beabsichtigt, der von J. N. Shklar vorgenommenen Wertung dezisionistischen Denkens den unsererseits gebrauchten Begriff des „Dezisionismus“ gegenüberzustellen und gegen ihn auszuspielen, etwa mit dem Argument, Shklar verharmlose die Problematik, wenn sie mit dem Streben nach freier, autonomer Entscheidung sympathisiere, ohne ihre Rationalität ebenso kritisch mitzu-

reflektieren. Es sollte hier nur zur Information gezeigt werden, daß neben dem bei uns heutzutage verwendeten Begriff von „Dezisionismus“ der Begriff „decisionism“ in Amerika einen ganz anderen Bedeutungsgehalt besitzen kann, der wieder stärker an Carl Schmitt erinnert. Im gegenwärtigen deutschen Sprachgebrauch ist „Dezisionismus“ ein kritischer Begriff, der alle Theorien desavouiert, deren Rationalität und damit deren aufklärerischer Impetus nicht ungebrochen in den Bereich der Entscheidungen eingeht; im amerikanischen Sprachgebrauch kann „decisionism“ noch die neutralere Funktion besitzen, rein deskriptiv alle Arten von politischem Denken auf einen Nenner zu bringen, die das Moment der Entscheidung unbeschadet ihrer Rationalität oder Irrationalität in den Vordergrund stellen — und sie durchaus wohlwollend zu bewerten.

Dieser Sprachgebrauch muß freilich nicht unbedingt der in Amerika vorherrschende sein. William K. Frankena nimmt in einem anschließenden Referat auf J. N. Shklar Bezug, entwickelt aber einen abweichenden Begriff von Dezisionismus, der das Moment der Rationalität mit hineinnimmt und daher unserem Sprachgebrauch schon nähersteht. Das Kriterium für eine rationale Entscheidung ist für ihn, daß sie auf Vernunftgründen und Normen fußt, wenn nicht gar von ihnen erzwungen wird. Die Entscheidungsgründe müssen intersubjektiv mitteilbar sein. Frankena unterscheidet eine milde und eine radikale Form des Dezisionismus. In seiner „milden“ Ausprägung macht er lediglich geltend, daß eine Entscheidung nie eine logisch stringente Konklusion — deduktiver oder induktiver Art — aus Normen oder Vernunftgründen als Prämissen sein kann; dies ist zuzugeben, aber damit wird für Frankena eine Entscheidung noch nicht irrational. Der Dezisionismus im eigentlichen und radikalen Sinn postuliert dagegen die grundsätzliche Irrationalität jeder Entscheidung, die durch die Berufung auf Normen oder Vernunftgründe nur verschleiert wird; jede Rechtfertigung von Entscheidungen auf intersubjektivem Weg ist demnach abzulehnen. Ein solcher Dezisionismus als Irrationalismus ist aber nach Frankena in sich selbst sinnlos; er verwirft eine intersubjektive Rationalität, deren er, und sei es nur zur Geltendmachung des eigenen Standpunkts, selbst bedarf.

Sebastian Herkommer

Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein

Gegen affirmative und defensive Sozialforschung

Überlegungen zum Begriff des Gesellschaftsbildes gehen meist von einer Diskussion des *Image*-Begriffes aus, der einerseits praktische Bedeutung für die Werbung und die Konsumforschung bekommen hat, andererseits theoretisch sowohl in der Psychologie wie in der Soziologie, insbesondere in der neueren Wissenssoziologie relevant wurde. Dem Bereich der letzteren, die zunehmend im Anschluß an Alfred Schütz die „Realität des Alltagslebens“ und die unmittelbar zwischenmenschlichen Beziehungen zum Ausgangspunkt gesellschaftstheoretischer Analysen zu nehmen scheint¹, gehört die Erwägung von Boulding an: „Ich lebe in einer Welt von einigermaßen stabilen Beziehungen, einer Welt der ‚Wenns‘ und ‚Danns‘, des ‚Wenn ich dies tue, dann wird jenes eintreten‘. . . . Es ist Wissen . . . (aber) Wissen ist vielleicht kein guter Ausdruck dafür. Man sollte vielleicht lieber von einem *Bild* (Image) der Welt sprechen. Wissen beinhaltet Gültigkeit, Wahrheit. Ich spreche aber über etwas, das ich für wahr halte; von meinem *subjektiven Wissen*. Es ist dieses Image, das mein Verhalten weitgehend bestimmt.“² — Ähnlich geht Dreitzel davon aus, daß der Mensch nicht unmittelbar auf das jeweils Vorgegebene reagiere, sondern auf Bezugspunkte, auf ein Bild, das er sich von den Gegebenheiten mache³. Das „Image“ ist, so führt Kleining aus, „das Resultat einer dynamischen Auseinandersetzung der Person mit der Umwelt“⁴.

Das — empirisch feststellbare — „Image“ soll mit anderen Worten zeigen, wie eine Person ihre Umwelt erfährt. Die beiden Elemente: wahrnehmendes Subjekt, das sich ein Bild macht von seiner Umwelt, und diese Umwelt selbst, gehen auch in die Begriffsbestimmung von Popitz ein⁵. Er gibt zugleich eine Begründung an, warum notwendig eine Diskrepanz zwischen (subjektivem) *Bild* und (objektiver) *Realität*

1 Zuletzt P. L. Berger and Th. Luckmann: *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. Garden City, New York 1966.

2 K. E. Boulding: *Die neuen Leitbilder*. Düsseldorf 1958, S. 9.

3 H. P. Dreitzel: *Selbstbild und Gesellschaftsbild*. Wissenssoziologische Überlegungen zum Image-Begriff, in: *Europäisches Archiv für Soziologie*, Band 3/1962.

4 G. Kleining: *Über soziale Images*, in: Glass und König (Hrsg.): *Soziale Schichtung und Mobilität*, Sonderheft 5 der *Kölnen Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1961.

5 H. Popitz, H. P. Bahrtdt, E. A. Jüres und H. Kesting: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957.

tät besteht: Offenkundig wirken auf den einzelnen Ereignisse ein, die aus seinem eigenen unmittelbaren Erlebnisbereich nicht zureichend zu erklären sind. Der einzelne sieht sich gezwungen, bildhafte Vorstellungen von den Wirkungszusammenhängen zu entwerfen, die sich gleichsam hinter den sieben Bergen vollziehen; die seine Existenz zwar nachhaltig beeinflussen, aber im unmittelbaren Erlebnisbereich als solche nicht „gesehen“ werden können. — Soziologisch interessant, meint *Dreitzel* in seinen Überlegungen, sind „Images“ nur als *soziales* Phänomen, d. h. wenn ein Bild von der Wirklichkeit von mehreren oder vielen Menschen (sozialen Gruppen) geteilt wird, wenn es sich um „public images“ (*W. Lipmann*) handelt. Soziologisch bedeutsam sei weiter allein die Tatsache, daß *soziales Handeln* von einzelnen oder von Gruppen sich orientiert an den Bildern, die sie sich von ihrer gesellschaftlichen Umwelt machen.

Gesellschaftsbilder — so kann man zunächst für dieses theoretische Konstrukt definitiv festhalten — erleichtern dem einzelnen demnach die *soziale Orientierung*, sie machen an sozialen Zusammenhängen irgendwie *sinnfällig*, was oft nicht unmittelbar erfahrbar ist, sie geben in normativer Funktion Hinweise fürs alltägliche *soziale Verhalten*, soweit dies nicht durch Habitualisierung so eingeschliffen ist wie etwa das Verhalten beim Autofahren. Als Bezugssysteme, Orientierungshilfen, Interpretationsschlüssel, geben sie dem sozialen Verhalten des einzelnen und von sozialen Gruppen zudem eine gewisse *Dauerhaftigkeit*, auch unter veränderten Umständen. Gesellschaftsbilder können dabei prinzipiell sowohl *konservative* wie *kritische* Funktion haben. Den Stereotypen nicht unähnlich, dienen sie nämlich einerseits der Stabilisierung sozialer Orientierung — neue Informationen können daher als Bedrohung solcher Sicherheit vom einzelnen abgewehrt werden; andererseits versuchen sie die Erfahrungen und Informationen in einen sinnhaften Zusammenhang zu bringen; indem sie über die unmittelbar vorgegebene Realität hinausreichen, können sie Orientierungsmuster auch für veränderndes politisches Handeln bilden. Das gesellschaftliche Leitbild, meint *Boulding*, enthält nicht nur was ist, sondern auch, was sein könnte.

Die Dimensionen konservativen oder reaktionären Potentials gesellschaftlicher Bilder und Vorstellungen einerseits und ihres kritischen und utopischen Potentials andererseits hat kaum jemand so anschaulich aufgezeigt wie *Ernst Bloch*. In seinem großartigen Versuch einer Faschismustheorie weist er im gesellschaftlichen und politischen Bewußtsein der sozialen Schichten und Klassen einer zusammenbrechenden kapitalistischen Gesellschaft ein Nebeneinander von „Ungleichzeitigkeiten“ nach, von entweder rückwärtsgewandten oder hoffnungsvoll vorgreifenden, geschichtlich überholten oder noch einzulösenden Entwürfen sozialer Ordnung, das angesichts der Schwäche der organisierten Linken zum Nährboden des Nationalsozialismus werden konnte, Potential einer archaischen Scheinrevolution⁶. —

6 E. Bloch: Erbschaft dieser Zeit. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt/Main 1962.

Der Rahmen empirischer Untersuchungen ist selten so weit gesteckt.

Üblicherweise wird eine nützliche Unterscheidung vorgenommen zwischen dem Bild, das sich jemand von der Gesellschaft macht, und dem Bild, das er von seiner eigenen Stellung in dieser Gesellschaft hat. Popitz gebraucht dafür die Begriffe „Gesellschaftsbild“ und „Verortung“, die sich wechselseitig voraussetzen: „Das Wort ‚Verortung‘ ist zunächst möglichst wörtlich zu verstehen. Der Mensch schafft sich seinen ‚Ort‘, indem er die ihm zugänglichen Gegebenheiten einer natürlichen oder gestalteten Objektwelt in eine Rangordnung des für ihn Relevanten bringt ... Mit dieser Rangordnung ergibt sich eine Übersicht, eine *Ordnung* der Phänomene, die für die eigene Existenz bedeutsam sind; zugleich impliziert sie eine Wertung, eine Festlegung des *Ranges* (der Phänomene) ... und schließlich eine *Distanzierung* gegenüber anderen Menschen, denen ein gesellschaftlicher Ort zugebilligt oder zudiktiert wird ...“⁷

Quasi topologische Vorstellungen, nach denen Gesellschaft als eine Art Landschaft erscheint mit vertikalen und horizontalen Aspekten der Gliederung, — wie Ossowski zeigt: eine uralte räumliche Metaphorik⁸ —, haben der Konzeption mancher empirischen Arbeit zum Gesellschaftsbild in allzu enger Weise zugrunde gelegen. Während Popitz selbst eine umfassende Konzeption vorlegt, sind andere auf isolierte Aspekte von Gesellschaft beschränkt. Vielfach sind einseitig und unhistorisch die soziale Schichtung und Berufsgliederung sowie die Prestigestruktur allein berücksichtigt: Angehörige aller möglichen sozialen Gruppen sind befragt worden, ob und wie sie sich die Gesellschaft geschichtet vorstellen, und welcher Schicht sie sich zurechnen, d. h. welchen Platz und sozialen Rang sie selbst in solch einem „Gesellschaftsaufbau“ gegenüber anderen einzunehmen glauben⁹. Da beides, Schichtung und Einstufung, subjektiv festgemacht sind, ist der Erkenntniswert solcher Ansätze begrenzt. Die Gesellschaft, in der wir leben, erscheint bereits im Begriff solcher empirischen Soziologie ideologisch: etwa als „Sozialgefälle“, als ein „System von Differenzierungen“, das „offen“ sei und den einzelnen placiere nach angeborenen Talenten, erworbenen Fähigkeiten und erbrachten Leistungen, als „soziales System“, das auf Wettbewerb um die notwendig knappen Spitzenpositionen beruhe und soziale Belohnung in Form von abgestuftem Einkommen und Prestige verteile¹⁰. Sozial-

7 Popitz u. a., a.a.O., S. 7 f.

8 St. Ossowski: Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, Neuwied und Berlin 1962.

9 Vgl. etwa K. M. Bolte: Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1966; U. Jaeggi und H. Wiedemann: Der Angestellte in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1966; H. Moore und G. Kleining: Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichtung in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XII/1960; E. Pfeil: die 23jährigen, Tübingen 1968.

10 Gute Beispiele bieten Pfeil, a.a.O. und H. Hofbauer: Zur sozialen Gliederung der Arbeitnehmerschaft, Köln und Opladen 1965. — Siehe dazu auch meine Literaturübersicht: Zur Situation von Arbeitern und Angestellten, in: Politische Vierteljahresschrift, März 1968.

forschung, die nach solcher Gesellschaftskonzeption mit den in Einzelfragen operationalisierten Hypothesen z. B. zur Gesellschaftsstruktur Meinungen ermittelt, nimmt in der Regel die Antworten schon für die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. „Die empirische Sozialforschung wird selbst zur Ideologie, sobald sie die öffentliche Meinung absolut setzt.“¹¹ Ihre Funktion ist wesentlich die der Affirmation des Bestehenden, nicht aufgedeckt wird von ihr ein zentraler Zusammenhang, nämlich, vorerst abstrakt ausgedrückt, die Beziehung zwischen der dialektischen Einheit von objektiver gesellschaftlicher Statik und Dynamik einerseits und dem Gesellschaftsbild und politischen Bewußtsein andererseits. Zu Recht kritisiert Adorno an ihr, daß sie die wesentliche Forderung an Objektivität nicht erfülle, „alle ihre auf das subjektive Bewußtsein und Unbewußtsein von Menschen und Menschengruppen gerichteten Aussagen zu konfrontieren mit den objektiven Gegebenheiten ihrer Existenz“.

Diesem uns hier interessierenden Zusammenhang sind bisher nur solche Untersuchungen näher gekommen, die selbst von einem Gesellschaftsbegriff ausgegangen sind, der sich nicht mehr oder weniger in einem statischen Schichtungsmodell erschöpft, der nicht der Ideologie funktionalistischer Schichtungstheorien verhaftet bleibt, vielmehr den prozessualen Charakter von Gesellschaft begreift und ökonomische Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Industriegesellschaft im Kontext der technologischen Entfaltung, der Herrschaftsorganisation und ihrer Vermittlungsinstanzen zum Individuum — Erziehungs- und Kommunikationssysteme — sowie ihrer inhaltlichen Mechanismen — Manipulation oder Aufklärung — zu fassen versucht.

Empirische Untersuchungen mit einem in diese Richtung weisenden Ansatz, zugleich die theoretisch anregendsten, liegen vor für zwei soziale Gruppen, deren strategische Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung unserer Tage unzweifelhaft ist: *Arbeiter und Studenten*¹². Diese Untersuchungen zum Gesellschaftsbild und politischen Bewußtsein von Arbeitern und Studenten wollen nicht objektiv gerichtete Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung ersetzen, sie gehen nur von der sehr berechtigten Annahme aus, daß vorherrschende Einstellungen und Bewußtsein, also Subjektives, selber Medium der Veränderung sind. Gesellschaftsbilder sind, so bemerkt Willener, zwar beeinflußt durch die objektiven Entwicklungsprozesse, sie sind aber zugleich auch „Agenten der Veränderung“, sie spielen entweder eine die technische und soziale Entwicklung hemmende oder fördernde Rolle, sie haben verschiedenartiges politisches Poten-

11 T. W. Adorno: Soziologie und empirische Forschung, in: *Sociologica* II, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Band 10, Frankfurt/Main 1962, S. 221.

12 Insbesondere: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, von Popitz u. a., a.a.O., und: Student und Politik, von J. Habermas, L. v. Friedeburg, Chr. Oehler und F. Weltz, Neuwied 1961.

tial¹³. Die Frage ist, ob die soziologische Forschung mit ihren theoretischen und methodischen Ansätzen schon in der Lage ist, dieses Potential adäquat zu ermitteln, es darüber hinaus durch Reflexion auf Praxisvermittlung selber zu entfalten. Einige der wesentlichen Untersuchungsergebnisse seien daher in Erinnerung gebracht.

Die Befunde der Studie von Popitz, Bahrdt, Jüres und Kesting, 1957 herausgebracht, sind durch neuere bisher im wesentlichen nicht widerlegt, nur ergänzt oder modifiziert worden, so z. B. durch Susanne Grimm und durch die industriesoziologischen Untersuchungen von Touraine, Lockwood und Goldthorpe¹⁴. Danach kann man nicht mehr — konnte man es je, für welche Zeit und für wie viele? — von einem konsistenten Klassenbewußtsein sprechen, aber noch immer von einem Arbeiterbewußtsein. Die Bewußtseinslage der Arbeiter werde zum einen bestimmt durch die Stellung in der betrieblichen Hierarchie — „unten“, ohne Autoritätsbefugnisse — und durch die objektive Schwierigkeit des Aufstiegs: der Arbeiter bleibt Arbeiter¹⁵. Dadurch wisse er sich an seine „soziale Schicht“ gebunden, was einem Gefühl der Solidarität, einem Kollektivbewußtsein förderlich sei; zum anderen werde sein Bewußtsein bestimmt durch die Körperlichkeit seiner Arbeit, die zu einem ganz spezifischen Leistungsbewußtsein führe. In der Überzeugung, er allein leiste wirklich produktive Arbeit, grenze er sich von den „anderen“ ab: „Auf unseren Knochen können sie erst ihr Geld verdienen.“ — Wir können nach Popitz zwei gemeinsame Grundzüge für die Arbeiter festhalten: 1. alle Arbeiter mit einem Bild von der Gesellschaft sehen diese als *zweigeteilt* an (Oben-Unten, Hoch-Niedrig, Reich-Arm); 2. sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein *Arbeiterbewußtsein*, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen. „Arbeiterbewußtsein und Dichotomievorstellung sind aneinander gebunden“¹⁶, es besteht, mit anderen Worten, ein Zusammenhang zwischen der sogenannten Verortung des einzelnen in der Gesamtgesellschaft und dem Bild, das er sich von dieser Gesellschaft macht. — Fast zwei Drittel der von Popitz und seinen Mitarbeitern befragten Arbeiter

13 A. Willener: Images de la société. Etude no. 5, vervielf. Manuskript, 1968. Siehe auch ders.: Interprétation de l'organisation dans l'industrie, Paris 1967.

14 S. Grimm: Die Bildungsabstinenz der Arbeiter, München 1966; A. Touraine: La conscience ouvrière, Paris 1966; D. Lockwood: The Black-coated Worker. A Study in Class Consciousness, London 1958; ders.: The 'New Working Class', in: Europäisches Archiv für Soziologie, 1960; J. Goldthorpe and D. Lockwood: Affluence and the British Class Structure, in: The Study of Society, ed. by P. I. Rose, New York 1967; Goldthorpe/Lockwood/Bechhofer/Platt: The Affluent Worker, Cambridge 1968.

15 Die Aufstiegsquote liegt bei 10—15 %, d. h. nur jedem zehnten Arbeiter gelingt es im Laufe seines Lebens in Angestellten- oder Beamtenpositionen — meist ganz untergeordnete — überzuwechseln.

16 Popitz u. a., a.a.O., S. 242. Vgl. auch R. Dahrendorf: Dichotomie und Hierarchie. Zum Gesellschaftsbild der Unterschicht, in: Gesellschaft und Freiheit, München 1961.

der Hüttenindustrie, die überhaupt ein Bild von der Gesellschaft hatten, betrachteten das dichotomische Auseinanderfallen der Gesellschaft in ein „Oben“ und ein „Unten“ und damit ihr eigenes Schicksal, „unten“ zu sein, als *unüberwindbar*. Rund die Hälfte war eindeutig resigniert, hatte die Hoffnung auf Veränderung aufgrund persönlicher Erfahrung und der geschichtlichen Entwicklung aufgegeben, hatte sich abgefunden mit dem Arbeiterschicksal. Nicht wenige (14 Prozent) haben die Dichotomie nie in Frage gestellt, nahmen sie schon immer als ein gegebenes statisches Ordnungsprinzip der Welt hin. Ein Drittel der Befragten mit Gesellschaftsbild hielt die Zerteilung der Gesellschaft insofern für veränderbar, als sie progressiv an Bedeutung verlieren könnte, aber nicht für aufhebbar. Nur vier von hundert glaubten, die Dichotomie sei prinzipiell aufhebbar, durch Reformen oder durch revolutionären Klassenkampf.

Der Tenor der Ergebnisse dieser nun bereits klassischen Untersuchung wurde durch eine Reihe von französischen und englischen bestätigt, die zur selben Zeit oder in den folgenden Jahren durchgeführt worden sind: Resignation und Melancholie, Rückzug ins Private, Träumen von einer kleinen Existenz als Selbständiger werden immer wieder als typische Reaktionsweisen analysiert. Apathie, Resignation und Indifferenz sind die gebräuchlichsten Vokabeln zur Beschreibung des Verhältnisses, das Arbeiter zum politischen Bereich haben; Perspektivlosigkeit, Fragmentierung, Simplifizierung, Personalisierung gelten als wesentliche Merkmale ihres Bewußtseins. Der typische Arbeiter von heute, so stellen etwa *Andrieux* und *Lignon* fest, sei passiv, ohnmächtig, pessimistisch, und er habe weder ein Prinzip, noch einen Begriff von der Welt, nach denen er sein Leben einrichten könne¹⁷.

Als entscheidende Quelle des pessimistischen Bildes von der Gesellschaft und von den eigenen Chancen wird von den meisten Untersuchungen die *unmittelbare Lebenswelt* des Arbeiters angegeben. Das tägliche Erlebnis der Arbeitsumwelt führe dem Arbeiter immer wieder vor Augen, „daß nicht er es ist, der die Entscheidungen fällt, sondern ‚die da oben‘ oder ‚die Herren‘“ (*Bahrtdt*). Die Verbindung zum politischen Bewußtsein stellt sich in zweierlei Weise her: einmal, daß die Erfahrung aus der Arbeitssituation übertragen wird auf die Sphäre der Politik; zum anderen — daß kollektives Arbeiterbewußtsein immer aufs engste verbunden war mit der Arbeiterbewegung. Dazu nochmals *Bahrtdt*¹⁸: „Die Arbeiter von heute haben noch öfter als die Arbeiter der zwanziger Jahre erlebt, daß die Hoffnungen der Arbeiterbewegung *enttäuscht* wurden. Diese Enttäuschungen griffen unmittelbar in die Erlebnissphäre ein. Die Zerschlagung der Gewerkschaft, die radikale Durchführung des Führerprinzips im Betrieb, die Verfälschung des Gewerkschaftsgedankens durch die

17 A. Andrieux und J. Lignon: *L'ouvrier d'aujourd'hui*, Paris 1960. Vgl. meinen Aufsatz: Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter, in: *neue Kritik* 28, Februar 1965.

18 Popitz u. a., a.a.O., S. 180 f.

Arbeitsfront, die harten Arbeitsanforderungen während des Krieges, die die Errungenschaften der Arbeiterbewegung (z. B. den Achtstundentag) teilweise illusorisch machten, und für manche schließlich auch der Zusammenbruch einer Politik, die ja ebenfalls das Glück des kleinen Mannes versprochen hatte, all das verstärkte die Tendenz zu einer Resignation, die schon im Jahre 1933 nicht gering gewesen ist.“ . . . „Selbst die Diskussion, die nach 1945 über die Sozialisierung der Grundstoffindustrien geführt wurden, haben aller Wahrscheinlichkeit nach wenig Interesse gefunden; jedenfalls haben sie in den Stellungnahmen der befragten Hüttenarbeiter nur ganz geringe Spuren hinterlassen.“ Durch eine angepaßte, verkürzte Gewerkschaftspolitik sei die Unsicherheit des einzelnen Arbeiters in der Urteilsbildung über seine gesellschaftliche Situation angewachsen. Nicht zuletzt dadurch hätten sich nur noch Stücke der ideologischen Tradition des (Vulgär-) Marxismus erhalten, die zwar immer noch dem politischen Denken vieler Arbeiter „nicht selten ein höheres Niveau geben, als es das Denken anderer sozialer Gruppen hat“. . . . „Aber es sind nur Stücke. Die *utopische Verklammerung* der einzelnen Gedankengänge fehlt. Damit fehlt auch die positive Antwort, die die Kritik davor bewahrt, zur Resignation und zum moralisierenden Raisonement abzusinken.“

Im gleichen Maße also, in dem die Arbeiterorganisationen auf die Formulierung von Fernzielen wie die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft verzichtet habe, so Popitz u. a., seien die Arbeiter in ihrer Urteilsbildung immer stärker sich selbst überlassen; die früher vorhandene Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken, verliere sich mit dem Verlust der Utopie und des marxistischen Geschichtsbildes und mache einem Gefühl der Uninformiertheit und Hilflosigkeit Platz, das nicht nur zur Apathie, sondern leicht auch zum antipolitischen Ressentiment der „kleinen Leute“ führe. *Personalisierung* politischer Verhältnisse ist eine der schwerwiegendsten Konsequenzen. Je undurchsichtiger die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen werden, um so mehr neigt derjenige, dem ein Geschichtsbild, eine „politische Ideologie“ abhanden gekommen ist, dazu, sie aus den guten oder schlechten Eigenschaften von Einzelpersonen zu erklären. Wie besonders Hoggart zeigte, wird ein in der Arbeiterklasse sowieso gebräuchliches Orientierungsmittel, eben Personalisierung, von der Massenpresse ausgebeutet, womit der verstärkten Verzerrung des Politischen im Denken der Arbeiter nur Vorschub geleistet wird¹⁹. Das Potential an Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen innerhalb der Demokratie könnte erheblich geschwächt werden, wenn die Tendenz zum Personalisieren die Anfälligkeit gegenüber dem „starken Mann“ vergrößerte. Daß diese Vermutung berechtigt ist, hat eine in den Turiner Fiat-Werken durchgeführte Einstellungsstudie anhand von Skalen nachgewiesen: Es zeigte sich da, daß eine hohe Korrelation besteht zwischen mangelndem Be-

19 R. Hoggart: *The Uses of Literacy. Aspects of working class life with special reference to publications and entertainments*, London 1957.

wußtsein von der eigenen Klassenlage, Neigung zu politisch autoritären Einstellungen und Anfälligkeit für die Produkte der sog. Massenkultur²⁰.

Notwendig wäre es, auch auf Differenzierungen einzugehen: gibt es nicht innerhalb der Arbeiterschaft *Variationen von Gesellschaftsbildern*²¹, kann man nicht verschiedene Typen feststellen, die zum Beispiel zusammenhängen mit der technologischen Entwicklung des jeweiligen Industriebetriebes, mit der Stellung und Berufsqualifikation des Arbeiters, mit seiner Schulbildung und nicht zuletzt dem unmittelbaren Familienkreis, in dem er seine frühesten sozialen Erfahrungen machte und seine Vorstellungswelt, seine *Images* ausbildete? Solche Fragen sind in neueren Untersuchungen^{21a} zum Teil beantwortet; u. a. vermag die Interpretation sprachsoziologischer Forschungsergebnisse bereits einige Einsichten in den Zusammenhang zwischen den objektiven Bedingungen des Arbeiterdaseins bzw. des Aufwachsens in einer Arbeiterumwelt, und den affektiven und kognitiven Aspekten sozialer Verortung und politischen Bewußtseins zu vermitteln. Bedeutsam für den Zusammenhang von Bild und Handeln in Konfliktfällen ist, was *Negt* feststellt:

„Jeder einzelne Konflikt (im Betrieb, gegenüber anderen sozialen Gruppen) wird im Medium einer vorgegebenen Grundausrüstung der Wahrnehmung, der Sprache und des Denkens interpretiert, seinem verständlichen Sinn nach verbalisiert und im Zusammenhang der bisherigen Erfahrungen des Arbeiters ausgelegt.“²²

Am bekannten Phänomen der sogenannten *Bildungsabstinenz* der Arbeiter wird offenkundig, wie sehr die aus unmittelbaren Erfahrungen und Sozialisationsprozessen sedimentierten Vorstellungen von der Gesellschaft und von der eigenen Stellung in ihr, wie vor allem auch die so vorgegebene „Grundausrüstung“ von Sprache und Denken zur Barriere für sozialen Aufstieg werden. Der den Arbeitern im Vergleich zu mittelständischen, „idealistisch“ denkenden Gruppen nachgewiesene „Realismus“²³ läßt ihnen auch den Zugang zur weiterführenden Schulbildung als versperrt erscheinen. Die im „Image“ erscheinende Distanz zu „denen da oben“, die auch die „Gebildeten“ sind, wirkt sich aus als Informationsbarriere und als psychische Schranke²⁴. Die im Bereich der Arbeit gemachte Erfahrung

20 Zitiert bei O. Negt: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung, Frankfurt/Main 1968, S. 42.

21 D. Lockwood: Sources of Variation in Working Class Images of Society, in: Sociological Review 14/1966.

21a Vgl. etwa den Vorbericht über eine RKW-Studie am Göttinger Soziologischen Seminar von M. Schumann: Was halten Industriearbeiter vom technischen Fortschritt? Atomzeitalter 5/1968.

22 Negt, a.a.O., S. 32.

23 Zum politischen Bewußtsein ehemaliger Kriegsgefangener, unveröff. Forschungsbericht im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 1957.

24 Grimm, a.a.O. Vgl. auch H. Tietgens: Bildungsvorstellungen und Gesellschaftsbild, in: Volkshochschule im Westen, 2/1964; sowie W. Strzelewicz/Raapke/Schulenberg: Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1966.

der Aussichtslosigkeit aufzusteigen, verstärkt den Eindruck von Distanz zur höheren Schulbildung und beschränkt die an die eigenen Kinder gerichteten Erwartungen. Das Gesellschaftsbild offenbart damit eine *restriktive* Funktion, die es von Generation zu Generation zu übertragen vermag. „Weitgehend wird bereits in der Arbeiterfamilie, in der aus realistischer Einschätzung der Aufstiegschancen meist ein bildungsindifferentes Klima besteht, über Anspruchsniveau und Bildungsinteresse, über Lernmotive für selbständige Weiterbildung und über das allgemeine Verhältnis zur Bildung entschieden.“²⁵

Der skizzenhafte Überblick erlaubt kaum, an dieser Stelle weiter ins Detail zu gehen. Vielmehr soll ein Befund wieder aufgegriffen werden, der für die Orientierungslosigkeit der Arbeiter genannt worden war: ihr Gesellschaftsbild ist im Grunde interpretiert worden als ein *Verfallsprodukt*. Da die marxistische Theorie der Gesellschaft an Einfluß erheblich verloren habe, auch von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien nicht mehr zur Interpretation der tatsächlichen Klassenlage bereitgestellt sei, müsse mit zunehmender *Bruchstückhaftigkeit* des politisch-gesellschaftlichen Bewußtseins, mit *Entpolitisierung* und damit gefährlich wachsender Anfälligkeit für ressentiment-gesteuerte Reaktionsweisen gerechnet werden. — Die Untersuchung von *Habermas*, *Friedeburg*, *Oehler* und *Weltz*, „Student und Politik“, kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Die Gesellschaftsbilder der Studenten werden in der Mehrzahl als „abgeleitete“ geschildert, ihr Bewußtsein als häufig unstrukturiert und inkonsistent und das politische Potential als fragwürdig bezeichnet. Während sich bei Arbeitern die Dichotomie als Strukturbild aus traditioneller Ideologie erhalten hat, finden sich bei Studenten vor allem Reste der von Habermas so genannten „autochthonen Gesellschaftsbilder“. Solche sind etwa die politischen Ideologien des 18./19. Jahrhunderts: Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Deren „Motive knüpfen objektiv eindeutig an die Interessenlagen bestimmter sozialer Gruppen an und entwerfen ein entsprechendes Bild von der Gesellschaft im ganzen“²⁶.

Autochthone Gesellschaftsbilder, wie die geschlossenen politischen Ideologien heute in Auflösung begriffen, finden sich auch bei Studenten nur noch selten: 1 Prozent hatte ein ausgesprochenes Unterschichtenmodell, 4 Prozent hatten ein ausgesprochenes Oberschichtenmodell, 5 Prozent folgen dem Modell des „absteigenden akademischen Mittelstandes“. — *Modifizierte* Gesellschaftsbilder: das hauptsächlich aus dem absteigenden Akademikerbild entstandene Modell der „inneren Werte“ fand sich bei 10 Prozent, das der „geistigen Elite“ bei 23 Prozent, das der „sozialen Gleichheit“ bei 14 Prozent und das Modell des „nivellierten Mittelstandes“ bei 7 Prozent. Mit der inhaltlichen Beschreibung dieser Typen wird nachgewiesen, daß die größten Gruppen erstens Studenten mit einem quasi *reali-*

25 Negt, a.a.O., S. 55.

26 Habermas u. a., a.a.O., S. 152.

stischen Bewußtsein sind, denen sich nichts eigentlich zum Bilde fügt, die keinen normativen Anspruch mehr verbinden mit ihrer Vorstellung von Gesellschaft, vielmehr sich an die isolierten „Tatsachen“ halten, deren Zusammenhang sie nicht reflektieren (ein Fünftel), und zweitens aus Studenten bestehen, die die bildungs-humanistischen Motive des traditionellen Modells vom absteigenden akademischen Mittelstand modifizieren, d. h. in *unpolitischer* „Innerlichkeit“ die Welt und ihre eigene Stellung in ihr interpretieren (zwei Fünftel).

Um die Bedeutung dieser Ergebnisse abschätzen zu können, muß kurz erwähnt werden, welchen Stellenwert Habermas dem Gesellschaftsbild im politischen Haushalt des Individuums beimißt. Die Studie ging zunächst *der politischen Mentalität* der Studenten nach, ihrem politischen „Habitus“ — gefragt wurde, welche relative Bedeutung Politisches für sie hat, wie Politik von ihnen empfunden wird (als „schmutziges Geschäft“ z. B.), welche persönliche Handlungsbereitschaft, welchen Grad von „Engagement“ sie zeigen. Das Ergebnis: Nach dem Habitus zu urteilen, bestand unter den Studenten von 1958 eine relativ solide Basis politischer Beteiligung. Zu fragen war nun, in welche politische Richtung diese Beteiligung wies. Nach den Dimensionen liberaler/totalitärer und egalitärer/elitärer Einstellungen wurde daher nach dem Habitus die politische *Tendenz* der Studenten ermittelt. Das Ergebnis von Habitus und Tendenz zusammengenommen: Die Studenten zeichneten sich aus durch ein *systemgerechtes Verhalten*, das die demokratische Ordnung, so wie sie bestand, akzeptierte und ihren Bestand unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Status quo — d. h. mit einer stets expandierenden, relativ störungsfrei funktionierenden Wirtschaft — garantieren würde. Nun blieb zu fragen übrig, wie das demokratische Potential der Studenten zu beurteilen ist im Fall von krisenhaften Entwicklungen der politisch-ökonomischen Verhältnisse. Statt das Modell der politischen Beteiligung künstlich zu verlängern und etwa zu fragen: „Wie würden Sie sich verhalten, wenn wir eine Krise bekämen?“, gehen die Autoren dem *Gesellschaftsbild* der Befragten nach. „Erst ein solches Bild“, so wird der Schritt begründet, „wie sehr auch immer Ideologie, könnte Kontinuität des politischen Verhaltens verbürgen, ein Bezugssystem für die wechselnden politischen Lagen abgeben.“²⁷ Das analysierte politische Potential, als Habitus- und Tendenz-Typen beschrieben, kann als dauerhaft nur angesehen werden, wenn es in ein entsprechendes Gesellschaftsbild „eingebettet“ ist.

Das Ergebnis dieses Schrittes, der prognostischen Wert haben sollte, ist mager: Nur bei einem Viertel der Studenten konnten stabile Dispositionen festgestellt werden, „die Angaben über ihr politisches Verhalten auch unter veränderten Umständen gestatten“. Von diesem kleinen Anteil zeigten sich die Autoritären nun als beständiger als die Demokraten. Die Verfasser wagten daraufhin die Pro-

gnose: „... soweit es an der politischen Initiative der Studenten, dem wirksamen staatsbürgerlichen Einsatz *ihrer* Kräfte liegt, werden antidemokratische Tendenzen stärker auf Unterstützung als auf Widerstände rechnen dürfen; es werden sich weniger Studenten, nämlich nicht einmal der zehnte Teil von ihnen, für die Erhaltung der Demokratie einsetzen als gegen sie; zu deren manifesten Gegnern gehören immerhin 16 Prozent. ... Das Potential der großen Masse der Studenten aber bestimmt sich daran bloß negativ, eben als „unprofilierter“²⁸.

Gemessen an den vergangenen Jahren profilierter studentischer Aktivität zugunsten einer Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft kann dieses Urteil als widerlegt und überholt gelten. Auch wenn die Voraussagen für den Krisenfall sich auf eine andere als die gegenwärtige Studentengeneration bezogen, deren Verhalten auch gar nicht durch das der jetzigen Studenten testbar ist, so decken doch scheinbare Fehlprognose und unzulässiger Vergleich einige gewichtige Schwierigkeiten auf, die die prognostische Brauchbarkeit des Konstrukts Gesellschaftsbild und die Möglichkeit, aus ihm allgemeine Handlungsbereitschaft und spezifische Handlungspotentiale abzuleiten, in Frage stellen. Zu demselben Ergebnis muß man kommen, wenn man sich die Diskrepanz zwischen jahrelang in Studien zum Arbeiterbewußtsein nachgewiesener Apathie, Anpassung, resignierter Hinnahme sozialer Unterdrückung und der im französischen Mai sich manifestierenden revolutionären Spontaneität der Massen vergegenwärtigt. *Mandel* ist zuzustimmen, wenn er bereits durch diesen augenfälligen Widerspruch alle jene Schlußfolgerungen als schwer erschüttert ansieht, die darin übereinstimmten, das Proletariat in den „Metropolen“ habe die zentrale Rolle im internationalen Kampf gegen den Kapitalismus und seine aktuellen Formen als Imperialismus und Faschismus verloren, und wenn er zugleich und nichtsdestoweniger auf der Notwendigkeit einer den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Monopolkapitalismus angemessenen Kritik der politischen Ökonomie besteht²⁹.

Mit gutem Recht werden in der Frankfurter Studie die Studenten von den Arbeitern und deren generellem Dichotomiebild dadurch abgehoben, daß sie nicht einer einzigen sozialen Schicht angehören, daß sie nicht im Produktionsprozeß stehen und daß sie in ihrer Stellung als Studierende nicht dauernd sind, sondern sich in einer Übergangssituation befinden, die für manche durchaus sozialen Aufstieg bedeutet oder doch verspricht. Eine weitere Annahme aber gilt heute nicht mehr: daß den Studenten *anders als den Arbeitern* ihre Interessenlage, ihre Situation am eigenen „Arbeitsplatz“ und in der Gesellschaft, nicht durchsichtig sei. Während bis in die jüngste Vergangenheit die Tradition des bürgerlichen Bildungshumanismus den Studenten über Elternhaus, Schule und Universität sich stets ver-

²⁸ ebd., S. 231 ff.

²⁹ E. Mandel: Workers under Neo-Capitalism, in: International Socialist Review, November-December 1968.

stärkend und bestätigend einprägte, und dies ein wichtiges gemeinsames Gruppenkriterium darstellte, ist diese Überlieferung heute durch die erfolgreiche Destruktion der bürgerlichen Wissenschaftsauffassung zunächst an den Universitäten, dann an anderen Bildungseinrichtungen weitgehend gebrochen worden. Zugleich hat die Einsicht in ihr objektives Interesse, befriedigende Ausbildungsbedingungen zu erhalten, das anfangs — wie in der gegenwärtigen Streikbewegung der Ingenieurstudenten auch — noch systemgerecht interpretiert wurde, notwendig den Rahmen partieller Reformvorstellungen gesprengt. Antizipatorische Frustration kam zu der aktuellen, durch den obsolet gewordenen autoritären Studienbetrieb verursachten, bei der bloßen Vorstellung hinzu, gerade auch nach den — technokratisch konzipierten — Hochschulreformen Ausbildung nur zu absolvieren, um einer Gesellschaft integriert zu werden, die den einzelnen mehr denn je nur unterm Verwertungsaspekt sieht, ihn als mehrwertheckende Produktivkraft und als Warenkonsument zum bloßen Anhängsel von Ökonomie degradiert. Die aus vagem Unbehagen zunächst resultierende Attitüde der Verweigerung, vielfach noch einem Gesellschaftsbild „eindimensionaler“ Geschlossenheit und totaler Integration verhaftet³⁰, hatte gleichwohl lösende, emanzipierende Funktion: Wohl nicht zuletzt durch ihre politische Folgenlosigkeit weckte sie wieder ein Bedürfnis nach Interpretation gesellschaftlicher Zusammenhänge, die von deren immanenten Widersprüchen ausgeht und reale Chancen der Veränderung in erster Linie im gesellschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse sieht. Die Erfahrung zunehmender Integration technisch-naturwissenschaftlicher sowie sozialwissenschaftlicher Arbeit in den Kapitalverwertungsprozeß, mit ihren notwendigen Erscheinungen von Entfremdung und fremder Aneignung der eigenen Arbeitsergebnisse, hat eine neue Sensibilität geschaffen für die Irrationalität einer partikular stets rationaler organisierten Gesellschaft; mit dem Anwachsen der Widersprüche zwischen technisch Möglichem und gesellschaftlich Realisiertem ist auch das Bedürfnis gewachsen, die Ursachen dieses Phänomens zu begreifen — und zu beseitigen. Damit sind Studenten weder objektiv noch ihrem Bewußtsein nach schon selber Teil des Proletariats geworden, sie gehen allerdings einerseits Berufen entgegen, die in den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie zum Teil eine Tendenz zur Proletarisierung aufweisen, und sie wissen andererseits, daß ihre Revolte für die Arbeiter beispielhaft sein kann, sogar direkt auslösende Wirkung haben kann wie in Frankreich.

In der Arbeiterklasse selber ist, nicht zuletzt durch die Aktivität jener technisch qualifizierten Arbeiter, die als „neue“ Arbeiterklasse bezeichnet wurden³¹, zumindest in Frankreich, neue Hoffnung auf-

30 Zur Kritik vgl.: Antworten auf Herbert Marcuse, hrsg. von J. Habermas, edition suhrkamp, Frankfurt/Main 1968. Anschaulich beschrieben darin das „unauflöbliche Ineinander“ von „Herrschaft, Verwaltung, Ideologie, Technologie und Produktionsprozeß“ im Aufsatz von W. F. Haug: Das Ganze und das ganz Andere, S. 51 f.

31 S. Mallet: La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963.

gekommen, die mit rührseliger Erinnerung an herrliche Zeiten des Klassenkampfes genauso inadäquat beschrieben wäre wie die gegenwärtige Studentenrevolte mit der klassischen deutschen Jugendbewegung verglichen werden kann. Die vielfach bei uns noch zu beobachtende Verständnislosigkeit der meisten Arbeiter gegenüber den studentischen Aktionen, selbst noch ihre gegen die Denunzianten der Ausbeutung gerichtete Aggressivität, können nicht verbergen, daß auch hier die Bereitschaft — vor allem unter jungen qualifizierten Arbeitern — anwächst, die gesellschaftlichen Verhältnisse als veränderbar und die eigene gesellschaftliche Rolle als aktiv politisch zu interpretieren. Dafür sprechen sowohl die Gegenveranstaltungen zum Maifeiertag wie die Disziplinierung ihrer jugendlichen Veranstalter durch die Gewerkschaften.

Aus den Erfahrungen mit dem Mißverhältnis von empirischer Sozialforschung und sozialer Wirklichkeit können zum Schluß thesenartig einige Konsequenzen angedeutet werden. Zunächst ist zu folgern, daß mehr als bisher die zum Zeitpunkt der Befragung bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bei der Interpretation der Ergebnisse und ihrer Anwendung auf Praxis berücksichtigt werden müssen — die fraglichen Studien waren alle in Perioden relativer Stabilität durchgeführt worden. Wesentlicher ist ein Zweites: die Stabilität in kapitalistischen Ländern als prinzipiell trügerisch, nur temporär zu erkennen. So scheint von der Erfahrung eines vorübergehend erfolgreichen crisis management der Fragenansatz der herangezogenen Studien selber betroffen gewesen zu sein — die Vorstellungen reichen nur zur Annahme der Entpolitisierung von früher einmal politisch bewußten Klassen oder zu einer defensiven Haltung gegenüber verwaltungs- und wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen unter technokratischen Vorzeichen sowie gegenüber rudimentären Elementen des Nationalsozialismus. Nicht nur stellte sich als generelles methodisches Problem heraus, zukünftiges Verhalten einzelner abzuschätzen, sondern problematisch sind auch die theoretischen Annahmen der objektiven Entwicklungstendenzen und ihre Umsetzung in Befragungsinstrumente. Als entscheidender Fehler ist heute wohl anzusehen, was mit dem Mangel an einer zeitgemäßen Kapitalismusanalyse zusammenhängt³², daß in den Untersuchungen Gesellschafts-

32 Die Einleitung zu *Student und Politik* ist richtungsweisend für die gegenwärtige kritische politische Soziologie geworden, allerdings sind die ökonomischen Annahmen zum funktionsfähigen Wohlfahrtsstaat unter Beibehaltung des Privateigentums fragwürdig. Zur Kritik an der Marx-Rezeption durch Habermas siehe H. Ganssmann: *Die Habermasche Marx-Rezeption und die empirisch gesicherte Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht*, Dipl.-Arbeit am Soziologischen Institut der FU Berlin, 1969, und W. Müller: *Habermas und die Arbeitswerttheorie*, in: *Sozialistische Politik* 1/1969.

Das Gesellschaftsbild des Arbeiters enthält keinen ausgeführten Ansatz zu gesamtgesellschaftlicher Analyse, Popitz unterstellt nur abstrakt Gesellschaft als „unübersehbaren Komplex von Wirkungszusammenhängen, durch die der einzelne determiniert wird“, als „kompli-

bild und politisches Bewußtsein allein als Verfallserscheinungen aufgefaßt wurden, orientiert an den Kategorien der Ideologien und Interpretationsschemata der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Solche rückwärtsgerichtete Orientierung von Fragestellung und Datenverarbeitung scheint Ausdruck der distanzierten oder defensiven Rolle sozialwissenschaftlicher Forschung zu sein; *defensive* Sozialforschung aber gerät in ihrer politischen Funktion leicht in die Nähe der *affirmativen*.

Demgegenüber lehrt die Möglichkeit neuer revolutionärer Spontanität auf der Basis zunehmender — nicht schwindender — Widersprüche und Spannungen, daß sich auch wieder vorgreifende Entwürfe, in der Phantasie der einzelnen vorweggenommene Emanzipation und der Kampf dafür in Gesellschaftsbildern und politischen Vorstellungen auf die eine oder andere Weise niederschlagen können. Gesellschaftsbilder unter dem Gesichtspunkt der Veränderung, der Handlungsbereitschaft zu ermitteln, setzt Phantasie und eine die Chance von Veränderbarkeit beispielhaft vorführende Situation voraus, wie sich demonstrative Widerstandsaktionen von militanten Minderheiten immer wieder in der Geschichte sozialer Bewegungen verstanden haben. Sozialwissenschaftliche Analyse und empirische Forschung wird in ihren Befunden um so weniger historisch überholbar sein, je größer ihr Einsatz an wissenschaftlich begründeter Phantasie ist, je mehr sie selber die Emanzipation, die sie will, in ihren Methoden antizipiert, je weniger defensiv sie ist, je aggressiver sie ihren Gegenstand bearbeitet. Angewandt auf den hier diskutierten Gegenstand hieße das dreierlei:

1. Vorweg müßte eine ideologiekritische Analyse des Begriffs Gesellschaftsbild überhaupt geleistet werden. Der Verdacht wäre zu prüfen, ob mit dieser soziologischen Kategorie nicht — analog zur wissenschaftsgeschichtlich in der Soziologie vollzogenen Entschärfung des Marxschen Ideologiebegriffs — die marxistische Kategorie des Klassenbewußtseins neutralisiert und verdrängt werden sollte. *Ossowski* hat ganz richtig gesehen, welche Bedeutung die dichotomische Konzeption der Gesellschaft im sozialen Bewußtsein hat: Die marxistische Theorie mißt ihr dementsprechend nicht nur beschreibenden Wert zu, sondern sieht sie zugleich als Instrument des Kampfes³³.

2. Empirische sozialwissenschaftliche Forschung müßte sich des Ansatzes kritischer Theorie von Gesellschaft versichern und in ihren inhaltlichen Fragestellungen an erster Stelle den Gedanken der bestimmten Negation existierender Gewalt- und Ausbeutungsverhält-

ziert und undurchsichtig“ gewordenes „Gefüge“ etc. (S. 1 f.). Trotz der ideologischen Implikation solcher unterstellten Unbegreiflichkeit wäre es wegen der genau am Material der Gesprächsprotokolle gewonnenen Deskription, Analyse und Interpretation nach dem Muster hermeneutischen Verfahrens nicht gerechtfertigt, die Studie zur affirmativen Sozialforschung zu rechnen.

33 *Ossowski*, a.a.O., S. 91 ff.

nisse thematisieren. Damit formulierte sie zugleich positive Alternativen und versuchte auch, sich der beliebigen Verwendbarkeit gesellschaftlich vorgeblich neutraler Befunde als Herrschaftswissen zu widersetzen. Ihr Interesse gälte im hier diskutierten Zusammenhang weniger den konsistenten Dispositionen, von denen Prognosen für zukünftiges Verhalten möglich scheinen, als vielmehr den Stellen der affektiven und kognitiven Strukturen, die Amibalenzen verateten, die verdrängte und verschüttete Erwartungen anzeigen und noch Spuren von Ausbruchswillen aus erzwungener Indifferenz aufweisen. „Soziale Phantasie“, Vorstellungsvermögen über Handlungsalternativen und deren Organisationsformen werden mit den Methoden traditioneller empirischer Sozialforschung schwerlich zu ermitteln sein.

3. Methodische Konsequenzen ergäben sich deshalb vor allem durch eine entschiedene Kritik der bisherigen vorwiegend positivistischen Sozialforschung und deren an der Verfahrensweise von Naturwissenschaften orientiertem Ideal der Datenerhebung und -verarbeitung³⁴. Die Tendenz zur Verdinglichung der befragten einzelnen als Objekte der Untersuchung in den bekannten Interviewsituationen ist nur Ausdruck für den generellen Charakter solcher Empirie als Herrschaftsinstrument zu fungieren, indem Wünsche und Meinungen technisch verfügbar und steuerbar gestaltet werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können fertige Rezepte kaum angeboten werden, doch viel wäre schon gewonnen, wenn es zu — durchaus tastenden, explorativen — Experimenten käme, die nicht nur die instrumentelle Verwendung und Verwertung der einzelnen als „Meinungsträger“ etc. durch die affirmative Sozialforschung vermeiden würde, sondern vor allem auch die Reflexionschance, die den Befragten in den defensiv genannten Forschungen eingeräumt war, weiter entwickeln könnte. Zwei Modelle bieten sich für eine Diskussion an, die dem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse und der praktischen Veränderungsabsicht solcher empirischen Forschungsarbeit entsprechen: das durch die Verfahren der Psychoanalyse angeregte Modell des analytischen Dialogs³⁵ und das Modell des Agitationsgesprächs.

34 Vgl. Adorno, a.a.O.

35 Methodische Überlegungen hätten anzuknüpfen an die „psychoanalytische Sinnkritik“ Freuds (dazu J. Habermas: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/Main 1968, S. 262 ff.) und deren bisherige Übertragung auf die empirische Sozialforschung (dazu T. W. Adorno et al.: The Authoritarian Personality, New York 1950). Interviews oder das Verfahren der Gruppendiskussion (siehe W. Mangold: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 9) etwa könnten Elemente von praktischer Therapie gewinnen, wenn sie nicht allein als Erhebungsinstrumente — wie immer „tiefenhermeneutisch“ interpretiert — fungierten und damit die notwendige Verdinglichung der Menschen als Objekte der Untersuchung einschlossen, sondern als lebendige Kommunikation mit dem Ziel politischer Selbstreflexion konzipiert würden.

Sigmund Freud

Soll die Psychoanalyse an den Universitäten gelehrt werden?

Vorbemerkung: Das deutsche Original dieses Textes ist spurlos verschwunden. Die vorliegende Fassung ist eine von Anna Freud durchgeführte Rückübersetzung aus dem Englischen. Zum erstenmal wurde dieser Aufsatz jedoch unter dem Titel ‚KELL-E AZ EGYETEMEN A PSYCHOANALYSIST TANITANI?‘ am 30. März 1919 in einer (vermutlich von Ferenczi besorgten) ungarischen Übersetzung in der medizinischen Zeitschrift *Gyógyászat*, Budapest, veröffentlicht. Offenbar erschien er als Teil einer Folge von Stellungnahmen verschiedener Autoren zu Fragen einer Reform der medizinischen Ausbildung. Freud schrieb ihn wahrscheinlich im Herbst 1918 nieder, ungefähr zur Zeit des 5. Internationalen Psychoanalytischen Kongresses in Budapest. Die Medizinstudenten in Budapest agitierten damals für die Aufnahme der Psychoanalyse in ihren Lehrplan. Im März 1919, als in Ungarn zeitweilig eine bolschewistische Regierung die Macht übernommen hatte, wirkte Ferenczi tatsächlich als Professor für Psychoanalyse an der Universität. — Die Wiederentdeckung der kurzen Arbeit ist Dr. Ludovico Rosenthal, Buenos Aires, zu verdanken. Eine englische Übersetzung erschien 1955 in der *Standard Edition of the Complete Psychological Works of Sigmund Freud* (Band XVII). Jene Übersetzung ist eine von James Strachey, mit Unterstützung von Michael Balint, revidierte Fassung einer ersten (unveröffentlichten) englischen Übertragung von J. F. O. Donovan und Ludovico Rosenthal. — Was den Wortlaut betrifft, so ist der vorliegende Text, wie der Leser verstehen wird, gleichsam ein Freud-Text aus dritter Hand. Dennoch ist er für die Ansichten Freuds über die Rolle der Psychoanalyse an den Universitäten aufschlußreich¹.

Die Frage, ob Psychoanalyse an den Universitäten gelehrt werden soll, ist von zwei Standpunkten aus zu erörtern, von seiten der Psychoanalyse wie von seiten der Universitäten.

1. Soweit es die Psychoanalyse betrifft, so wird ihre Aufnahme in den akademischen Lehrplan von jedem Analytiker positiv gewertet werden. Das soll aber nicht heißen, daß der Analytiker in irgendeiner Weise von der Universität abhängig ist. Im Gegenteil; er erwirbt seine theoretischen Kenntnisse aus dem Studium der analytischen Literatur und vertieft sie in den wissenschaftlichen Sitzungen der psychoanalytischen Vereinigungen im Gedankenaustausch mit ihren Mitgliedern. Er erlernt die praktische Handhabung der analy-

¹ Wie bereits aus der Vorbemerkung hervorgeht, ist der hier zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichte Artikel in der Ausgabe der Gesammelten Werke Freuds bisher nicht enthalten. Er wird in einen Ergänzungsband zur Imago-Ausgabe aufgenommen werden, dessen Herausgabe der S. Fischer Verlag gegenwärtig vorbereiten läßt.

tischen Technik zum Teil in der Analyse der eigenen Person, zum andern Teil in der Analyse von Patienten unter der Kontrolle erfahrener Kollegen.

Die psychoanalytischen Organisationen ihrerseits verdanken ihre Existenz gerade dem Ausschluß aus dem Universitätsbetrieb und werden fortfahren, eine wichtige Ausbildungsfunktion zu erfüllen, solange dieser Ausschluß bestehenbleibt.

2. Auf der Seite der Universitäten wird die positive oder negative Beantwortung unserer Frage davon abhängen, ob sie gewillt sind, der Psychoanalyse irgendeine Bedeutung für die Ausbildung von Ärzten und anderen Wissenschaftlern zuzuschreiben. Wo das geschieht, entsteht die weitere Frage, wo und in welcher Form die Psychoanalyse am besten im akademischen Programm unterzubringen ist.

Die Rolle der Psychoanalyse für die ärztliche und akademische Ausbildung im allgemeinen beruht meines Erachtens auf den folgenden Tatsachen:

a) In den letzten Dezennien hat die ärztliche Ausbildung viel berechtigte Kritik erfahren. Sie ist einseitig, insoweit sie den Mediziner auf das Studium von Anatomie, Physik und Chemie hinweist, ohne ihn gleichzeitig in die Bedeutung der psychischen Faktoren für die verschiedenen lebenswichtigen Funktionen, ihre Störungen und ihre Behandlung einzuführen, ein Versäumnis, das sich später in der einseitigen Einstellung unserer Ärzte auswirkt. Seine Folge ist einerseits der Mangel an ärztlichem Interesse gegenüber den interessantesten menschlichen Problemen der Gesunden und Kranken, andererseits ein Mangel an Geschick im Umgang mit Patienten, ein Punkt, in dem jeder ausgebildete Arzt leicht von jedem Kurpfuscher übertroffen wird.

In den letzten Jahren hat eine Reihe von Universitäten den Versuch gemacht, diese fühlbare Lücke durch Kurse in medizinischer Psychologie auszufüllen. Aber solange der Inhalt dieser Kurse durch die akademische Psychologie oder die Detailuntersuchungen der experimentellen Psychologie bestimmt war, konnten sie ihre Aufgabe nicht erfüllen und den Studenten keinen Weg zum Verständnis der allgemeinen menschlichen Probleme und der ihrer künftigen Patienten eröffnen. Die Stellung der medizinischen Psychologie im medizinischen Lehrgang ist darum bis heute eine ungeklärte.

Hier ist der Punkt, wo die Psychoanalyse der Ausbildung zu Hilfe kommen kann, denn eine Reihe von psychoanalytischen Vorlesungen an dieser Stelle wäre imstande, dem Mediziner zu bieten, was er braucht. Ich stelle mir vor, daß die Kenntnis der Psychoanalyse selbst durch einen Kurs eingeleitet werden sollte, der die detaillierten Beziehungen zwischen Soma und Psyche zum Thema hat, d. h. die Beziehungen, die jeder Psychotherapie zugrunde liegen. Nach der Beschreibung der verschiedenen Suggestionismethoden käme dann die Beschreibung der Psychoanalyse als der am weitesten und am tiefsten gehenden der psychologischen Methoden, zugleich als der Me-

thode, die am geeignetsten ist, den Studenten der Medizin in die Kenntnis der Psychologie einzuführen.

b) Eine zweite Funktion der Psychoanalyse im Lehrbetrieb wäre ihre Eignung als Einführung in das Studium der Psychiatrie. Unsere heutige Psychiatrie ist von ausschließlich deskriptivem Charakter. Der junge Psychiater lernt, die einzelnen pathologischen Störungen voneinander zu sondern, lernt auch die Unterscheidung zwischen heilbar und unheilbar, gemeingefährlich und harmlos. In dieser Form hat die Psychiatrie nur an einer Stelle einen Zusammenhang mit der übrigen Medizin, nämlich soweit die Aetiologie organisch und anatomisch feststellbar ist. Sie eröffnet keinen Zugang zum Verständnis des Gesehenen, ein Zugang, der nur von einer Tiefenpsychologie erwartet werden kann.

Soweit ich höre, hat die Psychoanalyse, als erster Versuch einer Tiefenpsychologie, in Amerika schon Erfolge in dieser Richtung zu verzeichnen. Viele medizinische Fakultäten auf dem amerikanischen Kontinent nehmen deshalb Kurse über Psychoanalyse als Einführung in das Studium der Psychiatrie in ihren Lehrplan auf.

Es scheint mir empfehlenswert, die Unterweisung in der Psychoanalyse in zwei Abschnitte zu teilen: als erster Schritt ein elementarer Kurs für alle Medizinstudenten, als zweiter ein Spezialkurs für künftige Psychiater.

c) In der Untersuchung der psychischen Prozesse und intellektuellen Funktionen bedient der psychoanalytiker sich einer speziellen Methode, deren Anwendung keineswegs auf die psychischen Störungen beschränkt ist, sondern das Studium von Problemen auf den Gebieten der Kunst, Philosophie, Religion etc. miteinschließt. In diesen Beziehungen haben psychoanalytische Untersuchungen sich bereits bewährt, haben zu neuen Gesichtspunkten geführt und wichtige Erkenntnisse gebracht. Ich nenne hier nur Themen wie Literaturgeschichte, Mythologie, Kulturgeschichte und Religionsphilosophie. Solche Ergebnisse zeigen, daß der allgemeine Einführungskurs in die Psychoanalyse nicht nur den Medizinstudenten, sondern auch den Studenten dieser andern Fakultäten zugänglich sein sollte. Von der befruchtenden Wirkung des analytischen Denkens auf diese andern Wissenszweige könnten wir uns ferner eine engere Zusammenarbeit zwischen der medizinischen Wissenschaft und den Geisteswissenschaften erwarten, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer künftigen *Universitas Litterarum*.

Ich ziehe die Schlußfolgerung, daß jede Universität nur Vorteile davon haben kann, wenn sie bereit ist, die Psychoanalyse in ihren Lehrplan aufzunehmen. Es ist wahr, daß ein Unterricht wie der geschilderte notwendigerweise in dogmatischer Form vor sich gehen muß, und daß Experiment wie Demonstration dabei zu kurz kommen werden. Alles aber, was die Lehrer der Psychoanalyse in dieser Hinsicht brauchen werden, ist Zutritt zu einem Ambulatorium mit reichlichem Material an „neurotischen“ Patienten, und, für die psychoanalytische Psychiatrie, in gleicher Weise Zutritt zu einer Spitalsabteilung für Psychotiker.

Schließlich muß ich noch dem Einwand begegnen, daß der medizinische Student auf diese Weise noch weit davon entfernt sei, wirklich Psychoanalyse zu erlernen. Das ist natürlich wahr, soweit es die Handhabung der analytischen Technik betrifft. Das ist aber auch keineswegs die Absicht des Unternehmens. Für unsere Absicht genügt es, wenn er etwas über die Psychoanalyse erfährt und etwas von ihr lernt. Schließlich erwarten wir auch nicht, daß der junge Mediziner während seines Universitätsstudiums zum erfahrenen Chirurgen ausgebildet wird. Der künftige Chirurg nimmt es als selbstverständlich hin, daß sich seine Spezialausbildung nur in jahrelanger Arbeit in der chirurgischen Abteilung eines Spitals erwerben läßt.

Erich Wulff

Grundfragen transkultureller Psychiatrie

Die transkulturelle Psychiatrie hat sich in einem Grenzbereich angesiedelt, in einem wissenschaftlichen Niemandsland, das zwar gelegentlich von der Psychiatrie und der Psychoanalyse, gelegentlich auch von der Ethnologie und Soziologie vage beansprucht wird, ohne aber von einer dieser Disziplinen fest in Besitz genommen bzw. zwischen beiden nach methodischen Gesichtspunkten aufgeteilt worden zu sein. Der exotische Reiz, den sie ihrer Nachbarschaft zur Ethnologie verdankt, setzt auch sie bei manchen sogenannten soliden Wissenschaftlern dem Verdacht aus, weniger objektive Ergebnisse der Forschung als Projektionen für „neurotische“ Ausbruchs- und Fluchtbedürfnisse aus den Beengungen der eigenen Gesellschaft zu liefern. Und in der Tat hat die Ethnologie seit *Tacitus* der eigenen, angeblich verrotteten Gesellschaft nicht selten eine retrograde Utopie der Naivität, Naturwüchsigkeit und Anspruchslosigkeit entgegeng gehalten, zum Nutzen einer Klassenherrschaft, der die Proklamation solcher Tugenden gerade recht kam, um die Befriedigung legitimer Bedürfnisse bei den Unterdrückten zu diffamieren. Aber nicht nur Auftragsarbeiten, auch Ergebnisse von Forschern, denen es lediglich um eine „wertfreie Analyse“ primitiver Gesellschaften geht, können zum Ausgangspunkt einer sentimentalischen Kulturkritik genommen werden, die schließlich faschistische Konsequenzen auf den Plan ruft. Da zudem noch im Zuge zunehmender kultureller Uniformierung die Eigenständigkeit der meisten exotischen Gesellschaften, aber auch der bei ihnen auftretenden Krankheitsbilder ohnehin im Schwinden begriffen ist, könnte man sich fragen, ob es unter solchen Umständen, außer einem abstrakten historischen Interesse, noch Anreize zur Teilnahme sozialistischer Wissenschaftler an ethnopsychologischen und ethnopsychiatrischen Unternehmungen gibt.

Die moderne Sozialanthropologie hat ihre Ziele allerdings keineswegs darauf ausgerichtet, für Utopien Material zu liefern — dies war für sie ein unwichtiges Nebenprodukt. Ob sie psychoanalytisch, funktionalistisch oder strukturalistisch ausgerichtet war oder gar alle drei Begriffssysteme benutzte, ihr ging es darum, die innere Logik eines fremden Kulturzusammenhanges bis in seine feinsten Verästelungen systematisch zu erfassen und die Wechselwirkung seiner verschiedenen Elemente, von den Glaubensvorstellungen über die Familienstruktur bis zur Syntax und Grammatik, zu analysieren. Daraus ergeben sich nämlich Möglichkeiten, nicht nur die Regeln des Verhaltens der untersuchten Menschengruppe zu *verstehen* und zu erlernen, sondern auch auf dies Verhalten selber *einzuwirken*: kurzfristig, indem man bereits vorhandene latente Bedürfnisse, Ängste

oder Aversionen durch dafür geeignete Signale aktualisiert, langfristig, indem man solche Bedürfnisse, Ängste, Aversionen durch Steuerung des Sozialisationsprozesses systematisch einplant. Unternehmen wie die Rand-Corporation oder Simulmathics, Forschungsfirmen, die im Auftrage des Pentagon, der CIA und des State Department, aber auch einzelner Präsidentschaftskandidaten tätig sind, haben spätestens seit 1961, d. h. seit der Konzeption der „Counter-Insurgency“-Ideologie, die Sozialwissenschaften für die politischen Interessen des amerikanischen Großkapitals in Dienst genommen. Sie bedienten sich dabei nicht nur selbstfinanzierter Forschungsteams, sondern auch der Ergebnisse, die von der „reinen“, zweckfreien Wissenschaft erarbeitet worden waren. Welchen Sinn hat es unter diesen Umständen, solche vom politischen Gegner sogleich ausgewerteten Forschungen weiterhin zu betreiben, zumal die Ausrüstung eines Teams und seine Entsendung nach Übersee viel Geld kostet, das für andere Zwecke, z. B. für sozialpsychologische Untersuchungen an Ort und Stelle, rentabler verwendet würde?

Die Gefahr der Auswertung „neutraler“ wissenschaftlicher Untersuchungen ist gleichwohl nicht nur im Bereich der Ethnopsychologie und -psychiatrie gegeben, sondern in vielen, ja in den meisten Sparten der Forschung. Würde man sich angesichts dieses Faktums zur völligen Abstinenz entschließen, so müßte man dem politischen Gegner das gesamte wissenschaftliche Feld alleine überlassen. Dies wäre absurd. Es kann also nur darum gehen, im sozialen Funktionszusammenhang selber die strategischen Punkte aufzufinden, von denen aus eine Immunisierung gegen manipulative Eingriffe versucht werden kann. In psychiatrischer Terminologie ausgedrückt hieße das, die sozialen Voraussetzungen für eine Neurosenprophylaxe zu erkennen. Erforscht werden müßten die Bedingungen, unter denen in statistischer Häufung Individuen aufwachsen können, die möglichst wenig manipulationsanfällig sind.

Das allerdings ist eine Zielvorstellung, von der die sozialwissenschaftlich orientierte Psychologie und Psychiatrie noch weit entfernt sind. Eine Menge Vorarbeit ist dazu nötig. Zu dieser Vorarbeit kann eine vergleichende, „transkulturelle“ Psychiatrie und Psychologie einen Beitrag leisten. Dieser Beitrag beginnt bereits mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung des „kulturellen Schocks“, den jeder einigermaßen sensible Mensch in einem fremden Kulturbereich erleidet, wenn er vorher als „natürlich“ oder „allgemeinmenschlich“ angenommene soziale Rollenverteilungen, Denkformen, Gefühlsreaktionen, ästhetische oder ethische Maßstäbe sowie die von ihnen geleiteten Verhaltensweisen plötzlich vermißt oder in gänzlich anderer Weise vorfindet bzw. ablaufen sieht. Viele psychische Strukturen verlieren die Würde von Naturkonstanten und werden plötzlich als Variable bewußt, die von anderen, vorerst noch unbekanntem Faktoren abhängen. Die Versuchung liegt für manchen nahe, für die unbequemeren, aber unbezweifelbaren Unterschiede eine „andere Erbmasse“ der „Farbigen“ verantwortlich zu machen. In Algerien, in Vietnam, in allen Kolonialländern früher und jetzt haben rassistische Rationa-

lisierungen mitgeholfen, den kulturellen Schock aufzufangen. Sie ersparen es, nach anderen, nämlich gesellschaftlichen Faktoren zu suchen, die die Variabilität der eigenen wie der fremden kulturellen Selbstverständlichkeiten — (und damit auch der Voraussetzungen des eigenen und des fremden Selbstverständnisses) — bedingen. Erst wenn man auf das Entlastungsangebot rassistischer oder anderer, z. B. romantisch-evolutionistischer Theorien verzichtet, kann der Kulturschock für das Verständnis der eigenen wie der fremden psychischen Strukturen und kulturellen Leitbilder fruchtbar werden. Dann erst lassen sie sich als Variable in den Zusammenhang eines sozialen Funktionssystems auch so einbauen, daß sowohl sichtbar werden kann, von welchen anderen sozialen Faktoren sie selber abhängen, als auch, welche Hebelwirkung hinsichtlich einer möglichen Veränderung des sozialen Systems oder einzelner seiner Glieder sie ihrerseits besitzen. Indem sie dazu einen ersten Schritt tut, leistet die vergleichende Psychologie und Psychiatrie einen Beitrag zur Entmythologisierung der psychischen „Natur“ — ähnlich wie die Sozialanthropologie einen Beitrag zur Entmythologisierung der gesellschaftlichen „Natur“, z. B. der Geschlechterrollen, der Familienstruktur etc. leisten kann und teils auch schon geleistet hat.

Dies gilt nicht nur für den Bereich der Normalität, sondern auch für den Bereich der Pathologie. Die vergleichende Psychiatrie kann zeigen, daß das Auftreten bestimmter psychischer Krankheitsformen und -symptome keine Naturtatsache ist, sondern spezifische gesellschaftliche Bedingungen verlangt: Sozialisationsformen, die von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, kulturellen Leitbildern und sozialtypischen charakterlichen Einstellungen der Erziehungspersonen abhängen, bringen Krankheitsdispositionen hervor; diese bevorzugen zu ihrer Manifestation wiederum bestimmte gesellschaftliche Konstellationen, die es im einzelnen zu analysieren gilt. Um alle diese Faktoren in ihrem Zusammenhang zu fassen, wird es einerseits erforderlich sein, die ökonomisch, soziologisch, kulturhistorisch bzw. psychiatrisch und psychoanalytisch relevanten Sachbereiche ebenso klar voneinander abzugrenzen wie die zu ihrer Analyse verwendeten Terminologien, andererseits aber, bei der Analyse der Nahtstellen dieser Sachbereiche, die verschiedenen Begriffssprachen ineinander übersetzbar zu machen. Hier ist dazu an einem Beispiel, dem Vorkommen bzw. Nichtvorkommen von Ich-Störungen bei schizophrenen Psychosen, nur ein Anfang gemacht. Dabei soll deutlich werden, daß selbst die Behandlung eines solchen, auf den ersten Blick rein medizinisch-epidemiologischen Problems zwangsläufig den Boden unter den Füßen verliert und auf Ideologien zurückgreifen muß, wenn sie auf die Analyse der ökonomischen Basis, d. h. der vorherrschenden Produktionsverhältnisse verzichtet, deren Artikulationen alle gesellschaftlichen Differenzierungen in sozialtypische (Herrschafts-, Wirtschafts-, Sozialisations- etc.) Institutionen bedingen. Über solche theoretische Erörterungen hinaus, allerdings aus ihnen erwachsend, wird ein System von empirisch verifizierbaren Hypothesen formuliert, das künftiger ethnopsychiatrischer Feldforschung

die Richtung angeben soll; eingebaut in dieses System sind einige Hypothesen, die bereits durch eigene Ergebnisse oder solche anderer Autoren bestätigt werden konnten; ihre Zahl ist vorerst allerdings noch gering.

I Bisherige Auffassungen über Schizophrenie und Ich-Störungen

Die Schizophrenie hat sich in allen Ländern, wo epidemeologische Untersuchungen ausgeführt worden sind, als die häufigste Geisteskrankheit erwiesen. Sie kommt anscheinend auf der ganzen Erde vor. Die nosologische Systematik hat sie, mit den Manien und Melancholien, den sogenannten „endogenen“ Psychosen zugerechnet. Dieser Terminus beinhaltet allerdings keinen Sachgehalt außer der Vorstellung, daß diese Psychosen weder durch faßbare körperliche Ursachen (z. B. Stoffwechsel- oder Infektionskrankheiten) noch durch faßbare seelische Konflikte hervorgerufen werden, sondern zumeist ohne nachweisbare Ursache wie „von innen her erzeugt“ hervorbrechen. Nicht umsonst haben Psychiater, denen es angesichts der Unfaßlichkeit dieser Krankheiten ebenso wie angesichts ihres „irren“ Erscheinungsbildes unheimlich war, über lange Jahrzehnte erbliche Faktoren für ihr „endogenes“ Hervorbrechen verantwortlich gemacht. Erst in letzter Zeit haben Zwillingsuntersuchungen ergeben, daß Erbfaktoren bei der Entstehung der Schizophrenie keine größere Rolle spielen als bei der Entstehung der Tuberkulose, einer durch einen bekannten Erreger hervorgerufenen Infektionskrankheit: d. h., daß sie allenfalls den Anfälligkeitsgrad mitbestimmen (Zutt u. a.).

Ich kann auf modernere, psychoanalytische und familienpsychologische Hypothesen zur Entstehung der Schizophrenie nicht näher eingehen. Wahrscheinlich sind schwere Frustrationen während der autoerotisch-oralen Phase der Sexualität, d. h. während des ersten Lebensjahres, dabei von entscheidender Bedeutung. Möglicherweise müssen diese Frustrationen aber bestimmter Art sein und sich darüber hinaus bis ins zweite Lebensjahr, bis ins Alter, wo das Sprechen gelernt wird, fortsetzen. Die „Double-bind“-Hypothese hat dazu einige Präzisionen zu liefern versucht. Sie vermutet einen pathogenen Faktor in der Unvereinbarkeit verbaler und expressiver Botschaften, die von der Mutter ans Kind gesendet werden; die verbalen Aufforderungen zur Annäherung und zum Kontakt werden von der in der Mimik und Gestik zutage tretenden emotionalen Abweisung dementiert. Obwohl diese Hypothesen sich als relativ fruchtbar erwiesen haben, sind viele Fragen weiterhin ungeklärt geblieben. Die familiensoziologische und lernpsychologische Terminologie der Double-bind-Hypothese und die psychoanalytische der Libidotheorie müßten in eine füreinander relevante Form gebracht werden, damit sichtbar würde, wie sich die Unvereinbarkeit der Signale auf die Libidobesetzung der Objekte, deren projektive Strukturierung und schließliche Introjektion auswirken kann. Auch verlangt die banale Tatsache eine Erklärung, weshalb es aus anscheinender psychischer „Gesundheit“ oft ohne isolierbare Anlässe zu plötzlichen Krankheitseruptionen —

den sogenannten Schüben — kommt. Und schließlich wissen wir immer noch nicht, ob die Schizophrenien (bzw. einzelne ihrer Symptome) unspezifische Abwehrformen einer krankheitsspezifischen Bedrohung sind — der genetische Faktor also im Auftreten einer solchen Bedrohung zu suchen ist —, oder aber, ob es sich um eine früh angelegte, krankheitsspezifische Reaktionsform auf ein ganzes Spektrum möglicher unspezifischer Bedrohungen handelt. Unter Bedrohungen sind hier natürlich keine mythologischen Mächte, sondern verbotene Triebregungen zu verstehen.

Sind die Grundfragen zur Ätiologie und Pathogenese der Schizophrenie ungelöst, so werden sich die vergleichend psychiatrischen Forschungen, die diese Krankheit betreffen, auf noch unsicherem Boden bewegen müssen. Diese Unsicherheit beginnt bereits im praktisch-diagnostischen Bereich. Nur macht ein Psychiater, der zuhause bleibt, sich das meist gar nicht klar. Ihm genügt es, daß seine „Krankheitssymptome“ gar nichts anderes sind als für krankheitstypisch befundene Abweichungen von für normal gehaltenen Erlebnis- und Verhaltensformen, vom für normal gehaltenen Denken, Wahrnehmen, Fühlen, Werten, Sprechen und Handeln, vom für normal befundenen Realitäts- und Ich-Bewußtsein. Natürlich handelt es sich dabei um Abweichungen nicht von naturgegebenen, sondern von bestimmten, historisch entstandenen und an spezifische Kulturbedingungen geknüpften Sozialnormen: denen des Bürgertums im Kapitalismus. Die wissenschaftlichen Begriffe der deutschen psychopathologischen Klinik, die in der Welt Schule gemacht haben, vor allem die Begriffe *Kräpelin's*, *Bleuler's* und der Heidelberger Schule (von *Jaspers* und *Gruhle* bis zu *K. Schneider*), sind samt und sonders als Abweichungen von den Kultur- und Sozialnormen des Bürgertums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts definiert worden, ohne daß die aus dieser Tatsache sich ergebende Einschränkung ihrer Gültigkeit ihren Schöpfern je zum Bewußtsein gekommen wäre. Kommt man in ein Land wie Vietnam, so muß man erkennen, daß die meisten von ihnen selbst für praktisch-diagnostische Zwecke unbrauchbar sind.

Das letztere trifft aber nicht nur zu für die unter dem Deckmantel unpretentiöser sachlicher Nüchternheit per definitionem sich all- und ewiggültig wähnenden „bloß beschreibenden“ phänomenologischen Formulierungen, sondern auch für die entwicklungs-, gestalt- und strukturpsychologischen Definitionsversuche, wie sie von der *Kretschmerschule*, aber auch von existenzialistischen Psychiatern wie *A. Storch* unternommen worden sind. Wenn man, wie z. B. der letztgenannte Autor, den „schizophrenen Weltbezug“ als *archaisch* bezeichnet und ihn von „prälogischen“ Vorstellungs- und Verhaltensweisen regiert glaubt, z. B. von der unvollzogenen Trennung von Subjekt und Objekt, Vorstellung und Wahrnehmung, Wirklichkeit und Symbol, dann hätte man sich doch eigentlich auch die Frage stellen müssen, wie schizophrene Normabweichungen denn in Gesellschaften aussehen, bei denen ein archaischer Weltbezug und prälogische Objektbeziehungen die Regel sind. Als archaisch bzw. als prälogisch dürfte man sie jedenfalls nicht bezeichnen, wenn man sie

vom normalen Sozialverhalten unterscheiden will. Für eine solche Unterscheidung erwies sich der Begriff des Archaischen also dort als das ungeeignetste Werkzeug.

Man könnte allerdings die Vermutung hegen, die als archaisch bzw. prälogisch beschriebenen Objektbeziehungen hätten in einer modernen Gesellschaft, deren Kommunikationsstrukturen durch Logik, Dialektik, Entwicklung und Diskursivität gekennzeichnet sind, eine ganz andere soziale Funktion als beispielsweise bei einem animistischen Nomaden- oder Halbnomadenstamm, bei dem Mythen und Symbole auf synkretische Weise mit der Wirklichkeit vermengt sind. Ist Archaik bei dem letzteren kulturkonform, ja vielleicht sogar unabdingbar, indem sie z. B. die soziale Kohäsion der Gruppe fördert, so wird sie innerhalb einer auf Rationalität ihrer Mechanik, wenn auch nicht ihrer Voraussetzungen bestehenden Gesellschaft, wie z. B. in der Bundesrepublik oder den USA, die Bedeutung eines regressiven, antisozialen Phänomens annehmen. Ein solches „Phänomen“ kann also sowohl die Funktion eines Vehikels der sozialen Beziehungen ausüben als auch diejenige, den sozialen Kontakt, soweit er auf der Ebene des alltäglichen Umgangs, insbesondere der Arbeitswelt stattfindet, zu zerreißen. Die Frage wird sich stellen müssen, ob nicht eine solche antisoziale Note des Archaischen bei bestimmten schizophrenen Erlebnisweisen das krankheitsspezifische Moment ausmacht; wobei allerdings sogleich vermerkt werden muß, daß keineswegs alle typischen schizophrenen Erlebnisweisen als archaisch bezeichnet werden können, wohl aber alle als antisozial.

Die kritische Funktion ethnopsychiatrischer Erwägungen zeigt sich also schon bei der Reflexion über die These der Archaik schizophrener Erlebnis- und Verhaltensweisen. Durch eine solche Reflexion mußte ihr Geltungsrahmen auf „moderne“ Gesellschaften eingeeengt werden, die die Entwicklungsstadien wirtschaftlich archaischer Produktionsweisen hinter sich gelassen haben und polarisierter, diskursiver Kommunikationsformen bedürfen. Gerade diese Einschränkung enthüllte die antisoziale Funktion des Archaischen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Ein solcher Rückgriff, der eine stete Bedrohung, aber auch, jedenfalls im Kapitalismus, eine stete Versuchung darstellt, blockiert das soziale Getriebe besonders der Produktionssphäre und wird deshalb auch folgerichtigerweise mit heftigen Aggressionen beantwortet — sei er durch Rauschgift, Irrsinn oder auch nur durch Meditation erzeugt. Die soziale Exkommunikation der Geisteskranken hat ihren wesentlichen Grund wahrscheinlich in der Projektion von latenten Regressionsbedürfnissen sowie deren intrapsychischer Unterdrückung. — Es gibt allerdings auch antisoziale Erlebnis- und Verhaltensweisen, die gleichsam noch hinter die archaischen zurückregredieren und die soziale Kommunikation auf einem noch elementareren Niveau der Objektbeziehungen verweigern. Das sind im euroamerikanischen Kulturbereich die Ich-Störungen und der ihnen komplementäre Objektzerfall im wahnhaft veränderten Realitätsbewußtsein. Die moderne Vorstellung des „Irren“ ist aus der Angst geschöpft, die diese Krankheitserscheinungen

beim „Normalen“ erzeugen. Nicht umsonst gelten sie der klassischen Psychopathologie als Kernsymptome der Schizophrenie, bzw. in der hierarchischen Ausdrucksweise K. Schneiders, als deren „Symptome ersten Ranges“.

Zur Charakterisierung der „Ich-Störungen“ werde ich zunächst die Sprache der „deskriptiven“ Phänomenologie benutzen. Einige begriffliche Klärungen sind aber zuvor noch nötig. Das Ich wird von den Autoren der klassischen Psychopathologie, vor allem der Heidelberger Schule, nicht im Sinne der *Freudschen* Metapsychologie als eine Instanz des psychischen Apparates verstanden — zu dem außerdem noch das Es und das Über-Ich gehören —, es wird von ihnen also nicht als theoretische Kategorie der Analyse verwendet, sondern nur als „deskriptiver“ Begriff der Selbst- und Fremderfahrung, und deshalb auch „Ich-Bewußtsein“ genannt. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß es sich dabei um völlig verschiedene Sachen handelt. Im Gegenteil wird die weitere Betrachtung zeigen, daß die statische und ahistorische Kategorie des Ich-Bewußtseins nichts anderes als eine historisch definierbare Sonderform der Ichfunktion im theoretisch-analytischen Sinne ist, die ebenso unberechtigt wie unreflektiert wissenschaftliche Allgültigkeit beansprucht.

Nach *Jaspers* gehört das Ich-Bewußtsein als erlebte Qualität der „Meinigkeit“ zu allen Erlebnisvollzügen eines Subjekts. Es verleiht diesem seine Einheit und Individualität, sowohl in der zeitlich-biographischen als auch in der räumlichen Dimension, und es faßt die qualitativ verschiedenartigen Erlebnisarten des Denkens, Fühlens, Wahrnehmens, Bewegens zusammen als *eigene* Tätigkeiten, als Tätigkeiten, des eigenen „Ich“. Man könnte hier, in Anlehnung an *Jaspers*, von ihrer „Meinigung“ durch das Ich-Bewußtsein sprechen. Das Ich-Bewußtsein kann nun in allen vorgenannten Modalitäten verändert sein. Die eigene Lebensgeschichte, ja die eigene Geburt oder gar Zeugung empfinden manche Kranke als „entwendet“ oder „gestohlen“ und durch eine falsche, „unterschobene“ Vergangenheit ersetzt. Der eigene Körper wird gelegentlich als zu „halb Mann, halb Frau gespalten“ erlebt, oder aber als „von innen nach außen umgestülpt“, womit meist einhergeht, daß die verborgensten, intimsten vitalen Funktionen plötzlich „äußeren Einwirkungen ausgesetzt“ sind. Die Grenzen, die die eigenen inneren Organe und deren körperliche Funktionen, aber auch die Intimität der eigenen Gedanken-, Gefühls- und Empfindungswelt nach außen hin abschließen, erscheinen den Kranken auf einmal als „durchlässig“. Das Erlebnis dieser Durchlässigkeit, dieser „Entgrenzung“ (*Kulenkampff*) geht nicht selten mit einer nahezu totalen „Sperrung“ der eigenen aktiven Kommunikationsintentionen einher. Die eigenen Erlebnisvollzüge, das eigene Denken, Fühlen, Empfinden, ja die eigene sexuelle Lust können aber auch als „gemacht“, „aufgezwungen“ oder als „eingegeben“ oder „entwendet“ erfahren werden. Diese Art der „Ich-Störungen“, insbesondere die „gemachten Erlebnisse“, wurde von der klassischen Psychopathologie als so typisch für die Krankheit Schizophrenie angesehen, daß einer der Hauptvertreter dieser Richtung, *W. Gruhle*,

Züge von ihnen auch in anderen Erlebnisformen schizophrener Kranker aufgefunden zu haben meinte. Für ihn hatte z. B. auch jede schizophrene Sinnestäuschung den Charakter einer „Vergewaltigung“; gerade dadurch ließe sie sich von Halluzinationen bei andersartigen, z. B. körperlich begründbaren Psychosen unterscheiden.

Die Ethnopsychiatrie hat den Versuch der deskriptiven Phänomenologie, die Störungen des „Ich-Bewußtseins“ zum Mittelpunkt einer Symptomenlehre der Schizophrenie zu machen, inzwischen als ethnozentrische Illusion enthüllt. Dabei brauchte sie sich nicht, wie bei der Kritik der entwicklungspsychologischen Kategorie des Archaischen, auf eine Begriffsanalyse zu beschränken, sondern konnte von empirischen Tatsachenfeststellungen ausgehen. Sie hat nämlich nachgewiesen, daß Ich-Störungen in Form von Störungen des „Ich-Bewußtseins“ keineswegs, wie die Schizophrenie als Krankheit, in allen Ländern der Welt vorkommen. *Barahona-Fernandes* und Mitarbeiter vermißten sie z. B. im schwarzen Afrika völlig. *Pfeiffer* fand sie in Indonesien nur vereinzelt bei europäisch erzogenen Angehörigen der Oberschicht. Ich selber habe sie bei meinen etwa 2000 psychiatrischen Patienten in Vietnam kein einziges Mal gesehen. Bei der Durchsicht der neueren ethnopsychiatrischen Literatur zeigt sich, daß positive Angaben über ihr Vorkommen nur innerhalb des europäisch-nordamerikanischen Kulturbereiches sich finden lassen.

II Das Fehlen der Ich-Störung bei Vietnamesen

Wie ist das zu erklären? Die Vermutung liegt nahe, daß das Vorkommen der Ich-Störungen vom Typ der „Entgrenzung“, der „gemachten“ Erlebnisse und der Ich-Substitution einen besonderen Typ der Ich-Artikulation, nämlich in Form eines Ich-„Bewußtseins“ voraussetzt, der innerhalb der sogenannten westlichen Zivilisation offenbar häufiger zur Ausbildung kommt als in den traditionalistischen orientalischen Agrargesellschaften (Indiens, Chinas, Indonesiens etwa), aber auch häufiger als in „primitiven“ nomadischen oder halb-nomadischen Stammesgemeinschaften Afrikas. Damit Störungen des Ich-Bewußtseins zu einem Kardinalsymptom der Schizophrenie werden können, muß, so lautet die erste Hypothese, so etwas wie die Idee eines Individual-Ich eine weite Verbreitung gefunden haben und nicht mehr das Privileg statistisch unerheblicher Angehöriger der Feudalklassen sein. Dabei genügt es, daß das Individual-Ich bei weiten Bevölkerungskreisen als Ich-Ideal, oder gar nur als Überich-Forderung, charakterprägend wirksam ist, selbst wenn seine reale Verwirklichung kaum in Angriff genommen ist. Vielleicht ist diese letzte Einschränkung sogar eine Voraussetzung für das Entstehen von Ich-Störungen. Wo dies der Fall ist, läßt sich bestimmen: die Idee der Ich-Individualität ist ein Grundzug der herrschenden Ideologie des Bürgertums im Kapitalismus. Als illusionäres Glücksversprechen und als moralische Forderung wird „Selbstverwirklichung“ — Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit — besonders gerne denen präsentiert, denen sie durch die wirtschaftlichen und gesellschaft-

lichen Verhältnisse faktisch unmöglich gemacht wird. Das Ergebnis unseres ersten hypothetischen Vorgriffes wäre also folgendes: Störungen des „Ich-Bewußtseins“ lassen sich in größerer Häufung nur in Gesellschaften erwarten, deren meiste Mitglieder die bürgerliche Ideologie vom schöpferischen, einzigartigen, sich selbst verwirklichenden Individuum als Ich-Ideal bzw. als Überich-Forderung verinnerlicht haben. Die bisherigen Ergebnisse epidemeologischer ethnopsychiatrischer Forschung haben dieser Hypothese bereits einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit gesichert.

Diese vorerst immer noch geistesgeschichtlichen Erklärungsversuche werfen zwar ein erstes Schlaglicht auf die Problemlage. Viele Fragen bleiben jedoch vorerst noch ungelöst, ja ungestellt. Unter welchen Bedingungen entsteht ein Individual-Ich bzw. seine verinnerlichte Leerform? Wie sieht sein Gegenbild, ein nichtindividualisiertes, nicht-subjektiertes Ich-Ideal aus? Wie kommt es zustande? Am Beispiel des vietnamesischen „Ich“ will ich mit der Beantwortung der zwei letzten Fragen beginnen; im Kontrast zu den dabei erzielten Ergebnissen soll sich dann auch die erste Frage, die nach der Entstehung eines individuellen Ich-Bewußtseins, schärfer artikulieren.

A: Kulturpsychologische Interpretationsebene: traditionelle Kosmologie, Anthropologie und Psychologie der Vietnamesen

Ich werde mit dem Offenkundigsten und der Wissenschaft seit *Cadières* Arbeiten bereits Bekannten anfangen: mit einer Beschreibung der kulturellen Determinanten des vietnamesischen Seelenlebens, mit dem tradierten Leitbild also, das jeder Vietnameser von seiner Person vermittelt bekommt und das sich in der klassischen vietnamesischen Psychologie und Anthropologie niedergeschlagen hat. Danach erst soll gefragt werden, wie ein solches kulturelles Leitbild verinnerlicht wird und welchen Zweck es im gesellschaftlichen Funktionssystem als der Artikulation der vorherrschenden, kollektiven bzw. feudal-agrarischen Produktionsweise zu erfüllen hat.

Wie steht es mit der Vorstellung von der Einheit der Person, einer Voraussetzung für jede Form individueller Selbstverwirklichung? Für die klassische vietnamesische Anthropologie und Psychologie ist sie auch beim „Gesunden“ keine unumstößlich sichere Gegebenheit. Sie gilt nicht als etwas Ursprüngliches und Primäres, das sich von selbst versteht und immer „da“ wäre, sondern als eine komplizierte und schwierige Leistung. Ursprünglich „da“ sind nur die Elementarbestandteile der „Seele“: die drei „höheren“ und sieben bzw. neun „niederer“ Seelenkräfte, die „hôn“ bzw. die „via“. Diese müssen zusammengesetzt und zusammengehalten werden; das jedoch geht nur, wenn man sie in ein „harmonisches Verhältnis“ zueinander bringt. Wer auf Parallelen zur *Freudschen* Metapsychologie aus ist, wird in den *via*, die interessanterweise mit den Körperöffnungen in Verbindung gebracht werden, „Es“-Bestandteile, in den „hôn“ Züge des Überich bzw. des Ich-Ideals erkennen. Die Einheit dieser Elemente hat aber keinerlei eigene Substanz, sie ist nicht als eine eigenständige psychische Instanz gefaßt, sondern „besteht“ in vietnamesischer Vor-

stellung aus gar nichts anderem als aus der „Organisation“ der Seelenkräfte, aus ihrem „harmonischen Verhältnis“. Eine solche Leistung „innerer“ Harmonisierung erscheint dem Vietnamesen jedoch isoliert von seiner Um- und Mitwelt gar nicht möglich. Die Seelenkräfte können nämlich, seiner Meinung nach, einzeln oder alle zusammen, von den Emanationen der Dingwelt (den „hoi“), von den Seelenkräften anderer Menschen, von Ahnengeistern, von Seelenkräften Unbeerdigter oder unbefriedigt Verstorbener, von Geistern von Heroen oder aber auch von Naturdämonen beeinflusst, ja in Besitz genommen werden. Das Resultat von solchen Besessenheiten ist manchmal, allerdings selten, günstig und glückverheißend. Zumeist bringt es Unheil, Krankheit, Naturkatastrophen, Verarmung mit sich. Gegen Besessenheiten im engeren Wortsinn sind rituelle Praktiken ausgearbeitet. Einflüsse der natürlichen wie übernatürlichen Um- und Mitwelt lassen sich jedoch durch einmalige exozistische Akte nicht ausschalten; sie bleiben ständig wirksam; man kann sich vor ihnen nicht abschirmen. Es gilt also, zu den Kräften der naturhaften, sozialen und „übernatürlichen“ Umwelt — letztere könnte man, entmythologisierend, als Kräfte der Vergangenheit deuten — ein Verhältnis herzustellen, durch das die „innere“ Harmonie der eigenen Seelenkräfte überhaupt erst möglich wird; die „äußeren“ Kräfte müssen mit den inneren „harmonisch“ abgestimmt werden. Rezepte für die Herstellung einer solchen Harmonie sind z. B. der Ahnen- und Heroenkult, der Kult des Schutzpatrons des Dorfes, aber auch die Regeln des mitmenschlichen Umganges, die der Affirmation und Respektierung der traditionellen Familien- und Sozialordnung dienenden Verhaltensanweisungen und Höflichkeitsrituale. Diese Rezepte können aber nur dann wirksam werden, wenn alle Glieder einer eng miteinander verbundenen Gemeinschaft — die Mitglieder der gleichen „erweiterten“ Familie, die Bewohner des gleichen Dorfes — sie auch gemeinsam befolgen. Die Leistung der Harmonisierung der eigenen Seelenkräfte ist also dem einzelnen alleine gar nicht möglich. Sie bleibt auf ständige Kooperation der Familienangehörigen und Dorfnachbarn angewiesen. Eine solche, einen weiten Personenkreis einbeziehende Kooperation bedarf aber eines Ordnungsschemas, wenn sie funktionieren soll. Sie kann nur dann zu dem gewünschten Erfolg auch für den einzelnen führen, wenn alle an ihr Beteiligten sich an die hergebrachten und bewährten Regeln halten, wenn sie in die etablierte Familien-, Sozial- und Weltordnung durch „richtiges“, d. h. dieser Ordnung entsprechendes Verhalten gleichsam „einstimmen“. Nicht die Einheit der Einzelperson als „Individuum“ ist es, die „selbstverständlich“ immer schon „da“ und gegeben ist, sondern, wenn überhaupt etwas, sind es die Ablaufgesetze der Welt-, Sozial- und Familienordnung, die sich in Ritualen, Umgangsformen, Sprach- und Ausdrucksklischees vergegenständlicht haben. Auch Handlungen wie landwirtschaftliche Arbeitspraktiken und Ausdrucksformen „persönlicher“ Beziehungen wie eheliche Zärtlichkeiten werden als Modi mehr oder weniger geglückter Einstimmung in die genannten „objektiven“ Ordnungen

angesehen. Jede allzu stark ausgeprägte Individualität, jede allzu enge „private“ Bindung würde die Gefahr eines ungeordneten Chaos für alle heraufbeschwören — weshalb sie, wenn sie vorkommen, auch Angst und Aggressionen bei der ganzen Gruppe auslösen, ja nicht selten auch Sanktionen (z. B. soziale Exkommunikation) nach sich ziehen.

Die „Ich-Leistung“ wird also von den Vietnamesen nicht so sehr als individuelle, sondern vielmehr als eine eminent kollektive Leistung angesehen, an der vor allem die eigene erweiterte Familie, aber in gewissem Umfange auch die Nachbarschaft, ja die ganze Dorfgemeinschaft teilhaben. Sie kann für den Vietnamesen nur bestehen im „Einstimmen“ in die „Weltordnung“, die sich in den periodischen Konstellationen des Himmels kundtut und durch diese ihre periodisch wiederkehrenden „Zeiten“ — die astrologisch bestimmten, nach Tieren benannten Jahre, Monate, Tage, Stunden, Minuten etc. — festlegt. Nicht nur die Sozial- und Familienordnung, auch jedes einzelne menschliche Leben gilt als ihr Abbild, in gewissem Sinne aber auch als ihr — der Weltordnung und ihrer „Zeiten“ — Bestandteil und Element, ja gar als ihr „Besitz“. Unter diesen Umständen kann Ich-Verwirklichung nur bedeuten, daß man seinen (in der Leerform) vorgezeichneten Platz in dieser Ordnung findet und tatsächlich auch einnimmt, pointiert gesagt, daß man seine „Individualität“, im wesentlichen Sinne verstanden, zugunsten des Aufgehens in der „richtigen“, der Ordnung und den Umständen angemessenen Sozialrolle, gerade preisgibt bzw. diese Individualität bestenfalls in die letztere einbringen kann. Ich-Leistung besteht für den Vietnamesen darin, sich zu jeder „Zeit“ und in jeder Situation mit der Rolle, die diesen entsprechend vorgeschrieben wird, restlos, d. h. ohne jeden persönlichkeitsbedingten, individuell-privaten Bodensatz zu identifizieren. Was verlangt wird, ist eine vollständige rollenbezogene Ich-Mobilität, ja Ich-Solvenz, in einer „Ordnung“, die das uns geläufige Verhältnis von Rolle und Spieler, von Stück und Wirklichkeit umkehrt. Wichtig, d. h. für das „Ich“ belangvoll, ist die kollektive Ordnung und ihre Artikulation in Sozialrollen, nicht das Individuum in seiner Einzigartigkeit; wichtig ist das Ritual, die Zeremonie, und nicht der Effekt einer Handlung; das traditionskonforme Bild der Wirklichkeit, nicht ihr höchst nebensächlicher Gehalt an zufälligen und isolierten Fakten.

B: Sozialpsychologische Interpretationsebene

1. Sprache

Wie wird ein solches kollektivierendes Ich-Ideal aber zur bewußten und unbewußten Richtschnur des Verhaltens verinnerlicht? Es beginnt mit dem Erlernen der Sprache. Die Sprache ist ja ein verinnerlichter Gegenstand besonderer Art, keine bloße Fertigkeit — das ist sie, als Kommunikationsmittel auch —, sondern zugleich eine Art neues Sinnesorgan, das die Bedeutungen der Gegenstände und ihre Verknüpfungsarten durch seine eigene Struktur: durch Syntax, Grammatik und lexikalisches Repertoire, in jeweils spezifischer Weise

artikuliert. Man könnte sie, versuchsweise, als das Sinnesorgan für die gesellschaftliche Artikulation von Sachverhalten bezeichnen. Die Sprachform legt nämlich die Auffassungsnormen fest, durch die die sprachlich vermittelte Objektwelt dem Kinde sich eröffnet. Denkformen und -gewohnheiten, Perspektiven für Wertungen, aber auch Empfindungs- und Affektqualitäten und deren Differenzierungsgrade werden von Sprachform und Vokabular maßgeblich mitbestimmt. Zusammenfassend betrachtet, gibt die Analyse der Sprachform Auskunft darüber, auf welche Schwerpunkte der Umgang der Menschen, die sich einer Sprache bedienen, zentriert ist: worauf ihre Kommunikation vor allem abzielt und worauf sie verzichten zu können glaubt. Das gilt allerdings nur grosso modo: denn in jeder Sprache sind anachronistisch gewordene Kommunikationsformen sedimentiert, die nicht mehr benötigt werden, ja unter Umständen die Kommunikation behindern. Jedoch ist dann die Schwerfälligkeit oder Leichtigkeit, mit der sich eine Sprache neuen Kommunikationsforderungen anpaßt, selbst wieder ein sozialpsychologisch wichtiges Indiz. Von den zahlreichen ethnopsychologisch belangvollen Eigenheiten der vietnamesischen Sprache werde ich nur diejenigen herausgreifen, die für die Verinnerlichung eines kollektivierenden Ich-Ideals von besonderer Wichtigkeit sind. Das sind vor allem der Verzicht auf persönliche und besitzanzeigende Fürwörter sowie die ausschließlich infinitivische Verbform: das Fehlen der Zeitmodalitäten, der Konjugierbarkeit sowie der Unterscheidung von Aktiv und Passiv. Beiläufig sei noch erwähnt, daß es auch keine Deklination von „Fällen“ gibt und daß die verschiedenen Wortarten nur durch ihre Stellung im Satz voneinander unterschieden werden können. Sie „sind“ also keine Verben, Substantive, Adjektive, sondern übernehmen solche Funktionen, man möchte sagen, solche „Rollen“ nur innerhalb konkreter Formulierungen.

Wie sieht dies praktisch aus? Der Satz „Du gehst nach Hué“ ist ins Vietnamesische nicht direkt übersetzbar, und zwar deshalb, weil es das Wort „Du“ in dieser Sprache nicht gibt. Genauer gesagt gibt es dafür mehrere Worte, aber keinen Allgemeinbegriff. Das deutsche „Du“ verlangt also präzisiert zu werden. Wenn der Angesprochene ein Rikscha-Kuli ist, der Sprecher jedoch ein Angehöriger der Oberklasse, müßte es mit „bác“, Onkel väterlicherseits, übersetzt werden; sprechen zwei Gleichrangige miteinander, legt sich das Wort „anh“, älterer Bruder nahe; redet ein Untergebener einen Vorgesetzten an, so wird er das Wort „ông“, Herr, ursprünglich Großvater, vorziehen. Einen Allgemeinbegriff gibt es aber ebensowenig für das Wort „Ich“. Auch „ich“ bin entweder Herr (Großvater), kleiner oder großer Bruder, Onkel, Meister, Sklave, je nach der Rollensituation, in die ich durch das Verhältnis zu meinem jeweiligen Gesprächspartner gerade versetzt werde. Die Notwendigkeit zu einem häufigen Rollenwechsel, der einen Wechsel der Selbstdefinition und -benennung und damit, im westlichen Verstande, auch der eigenen „Identität“ einschließt, ergibt sich also bereits aus der Struktur der vietnamesischen Sprache; und er wird von den Kindern, indem sie

„anständig“ sprechen lernen, bereits praktiziert. Die andere Seite des gleichen Sachverhaltes zeigt sich darin, daß es Vietnamesen in Fremdsprachen, die sie noch nicht recht beherrschen, besonders schwer fällt, die persönlichen Fürwörter richtig zu benützen, die ja als Allgemeinbegriffe höchst verschiedene soziale Rollenpositionen zusammenfassen. Wenn sie vietnamesisch denken und aus dem Vietnamesischen übersetzen, verwechseln sie nicht selten „ich“, „du“ und „er“, ein Fehler, der bei Deutschen, wenn sie französisch, oder Franzosen, wenn sie deutsch lernen, kaum je vorkommt. Denn im Vietnamesischen kann der Satz „Anh di Hué“ sowohl „ich gehe nach Hué“, als auch „Du gehst nach Hué“, als auch „er geht nach Hué“, bedeuten. Wörtlich übersetzt hieße er „Großer Bruder gehen/Gang Hué“. Die Genauigkeit der Formulierung bezieht sich nicht auf das Faktum, *wer nun im einzelnen* nach Hué geht, ich, Du oder er, sondern auf die Feststellung, daß es der Sprecher oder ein ihm Gleichrangiger ist. Die weitere Präzisierung muß sich aus der konkreten Situation ergeben, in der ein solcher Satz fällt; sie ist, gegenüber der Feststellung der Gleichrangigkeit, auch relativ nebensächlich. Ein Gleichrangiger muß nach Hué, welches Individuum es im einzelnen auch sei. Die identische Rolle, personenindifferent als „anh“ ausgedrückt, bündelt und benennt also auch im sprachlichen Bereich mehrere verschiedene Individuen, nicht aber bündelt ein einziges identisches Individuum in bestimmter (erster, zweiter oder dritter) Person — als „ich“, „Du“ oder „er“ —, eine Anzahl verschiedener möglicher Rollen. Das Ich des einzelnen wird also auch sprachlich durch seine Sozialrolle artikuliert, nicht durch seine subjektive Individualität. In einem solchen Gebrauch der persönlichen Fürwörter zeigt sich die Tendenz zur Einordnung des einzelnen in die von der Situation nahegelegte Rollenfunktion; entsprechend kommt in der infinitivischen Verbform — „gehen“ statt „gehe“ oder „gehst“ — eine Tendenz zur entsubjektierenden Einordnung in „objektive“ Abläufe zum Ausdruck. Diese Abläufe — hier als „gehen nach Hué“ präzisiert — sind gewissermaßen das „Hauptthema“, das „Subjekt“ des Satzes; ihnen in der Bedeutung unmittelbar nachgeordnet ist die Präzision, daß es sich um das Gehen des Sprechers oder eines ihm Gleichrangigen handeln soll. Sprachlich unbestimmt bleibt hingegen, was im Deutschen das „Subjekt“ des Satzes wäre: welches (gleichrangige) Individuum nach Hué gehen soll: ich, Du oder er. Ein Mensch, dessen Ich durch bürgerliche Individualitätsvorstellungen vorgeprägt ist, wird sich durch derartige sprachliche Ausdruckszwänge bereits in so etwas wie eine Entindividualisierung, ja Entsubjektierung hineingetrieben fühlen. Er muß sich selber zum Füllsel einer Rolle und zum Objekt eines Vorganges, zum bloßen Funktionsbestandteil eines infinitivischen Ablaufes deklarieren, der ihm nicht nur sein Verhalten, sondern auch seine Identität zudiktiert. Indem er spricht, fügt er sich zwangsläufig in die kollektive Ordnung ein, die von dieser eigenartigen Sprache artikuliert wird, nimmt er eine der von dieser vorgeschriebenen Rollenpositionen ein und gibt damit seine individuelle Einzigartigkeit preis. Daß ein solcher Anspruch innere Wider-

stände auf den Plan ruft, ist offensichtlich. Durch solche Widerstände, und nicht nur durch technische Schwierigkeiten beim Erlernen der vietnamesischen Sprache, dürfte es zu erklären sein, daß der größte Teil der Europäer und Amerikaner selbst nach jahrelangem Aufenthalt im Lande kaum ein Wort Vietnamesisch spricht.

2. Familienstruktur und Sozialisationspraktiken (Stillgewohnheiten, Reinlichkeitserziehung, physischer Kontakt)

Die Form ihrer Sprache ist aber bei weitem nicht der einzige Sozialisationsfaktor, der für die Bildung von so etwas wie einem „Gruppen-Ego“ (*Parin* und *Morgenthaler*) bei Vietnamesen verantwortlich zu machen wäre. Einen zumindest ebenso wichtigen Faktor wird man in der vietnamesischen Familienstruktur erblicken müssen. Das vietnamesische Kind wächst in einer erweiterten Familie auf, zusammen nicht nur mit Eltern und zahlreichen Geschwistern, sondern auch mit Großeltern, Tanten, Onkeln, Vettern etc. Die Erfordernisse der Arbeit auf den Reisfeldern und die daraus erwachsende Zeiteinteilung bringen es mit sich, daß es nicht nur von der Mutter getragen und gestreichelt und von den Eltern erzogen wird, sondern auch schon in den ersten Lebensjahren oft schon von größeren Geschwistern, Onkeln, Tanten, Vettern, Cousinsen. Es erfährt sich selbst als Eigenwesen nicht, wie heutzutage in Westeuropa und in Nordamerika, in der — zunächst körperlichen — Trennung von einer einzigen Person — der Mutter —; und es findet seine Identität nicht in der Ausbildung eines Ich-Ideals, das einen einzigen Menschen — zumeist den Vater — zum Identifikationsvorbild nimmt, sondern „trennt“ sich von der ganzen Familie als Gruppe und identifiziert sich in der Folge mit dieser. Es entsteht so „ein System von multilateralen“ — und ich füge hinzu: auch von wechselnden — „Identifikationsmöglichkeiten“ (*Parin* und *Morgenthaler*), das naturgemäß, neben den personalen und sachlichen Objektbeziehungen, auch die Ich-Struktur prägt. Lange Stillzeiten und noch länger fortgesetzte körperliche Kontakte reduzieren die Frustrationen auf ein Minimum, die den Wechsel der Kontaktpersonen mit Angst besetzen und zu Abwehrhaltungen gegen einen solchen Wechsel führen könnten: so kommt es zu keiner illusionären Absolutsetzung von einzelnen Personen (des Vaters oder der Mutter), die das Kind zu „unilateralen Identifikationen“ hindrängen könnten, und auch zu keiner Introjektion von deren Unersetzlichkeit zur eigenen, individuellen Einzigartigkeit des „Ich“. — Mit der Reinlichkeitserziehung lassen sich die Vietnamesen ebenfalls viel Zeit. Eine strenge „Sphinkter-Moral“, wie sie sich beim Bürgertum im Kapitalismus ausgebildet hat, liegt den Vietnamesen völlig fern. Durch das Fehlen einer Sphinkterdressur während der analen Phase der kindlichen Sexualität fehlen weitgehend die Voraussetzungen zu einer Verschärfung der ohnehin kaum angedeuteten Trennungs- und Individuationsproblematik zu einer Besitzproblematik. Das Ergebnis solcher Sozialisationspraktiken in der frühen Kindheit ist ein „Gruppen-Ego“, ein Ich, bei dem der Wunsch, ein Objekt zu besitzen, gewöhnlich von dem Wunsche be-

gleitet ist, es (mit den Angehörigen seiner Gruppe) zu teilen; bei dem die Trennungslinien zwischen den Objekten wie zwischen den „Individuen“ vage bleiben, und dem das uns geläufige Beharren, ja Sich-Versteifen auf eine „private“ Intimsphäre, einen Bereich absoluter Eigenverfügbarkeit (der Gedanken-, Gefühls- und Empfindungswelt, der eigenen körperlichen Vorgänge, der „Meinigkeit der Erlebnisvollzüge“) ziemlich fremd bleibt.

Die Unterschiede zwischen dem vietnamesischen Gruppen-Ego und demjenigen der Dogon, das *Parin* und *Morgenthaler* bei ihren Untersuchungen vorschwebte, kann ich hier nicht im einzelnen hervorheben. Bei Vietnamesen findet man eine außerordentlich strenge Tabuierung jeglicher Aggressivität gegen Eltern, Lehrer und sonstige, die Sozialordnung aufrechterhaltende Autoritätspersonen, aber auch ein etwas milderes Aggressionsverbot gegen Geschwister, Spielkameraden, entferntere Familienangehörige und Nachbarn. Aggressionen werden nur institutionalisiert, gegen Außengruppen gerichtet, zugelassen (*Slote*). Bezüglich der Innengruppe der erweiterten Familie, aber auch der Nachbarschaft und der Dorfgemeinschaft wird Konsensus verlangt, was eine Verschleierung der innerhalb der Gruppe auftretenden Interessengegensätze und deren versteckte, oft umwegige und manipulative Austragung notwendig macht. Den Grund hierfür könnte man in den religiösen Vorstellungen der Vietnamesen suchen. Die Familie, aber auch das Dorf, bilden nämlich nicht nur weltliche, sondern auch geistliche Gemeinschaften: sie sind im Ahnenkult bzw. im Kult des gemeinsamen Dorf-Schutzpatrons miteinander verbunden. Diese Kulte bilden aber nur die ideologische Absicherung der Kohäsion der Familien- und Dorfgemeinschaft, die eine Notwendigkeit der vorherrschenden Produktionsweise bildet: der Reisanbau mit seinen nur von einem Kollektiv zu leistenden Arbeitserfordernissen, insbesondere des Deichbaus und der Bewässerungsregulierung, würde ohne eine solche Kohäsion kaum durchführbar sein. Außerdem stellt die letztere aber auch die einzige soziale Sicherung im Falle von Alter und Krankheit dar: es fehlen alle gesamtgesellschaftlich getragenen Fürsorgeeinrichtungen, und nur die Familienangehörigen, allenfalls nahe Nachbarn, nehmen sich der Kranken und Hinfälligen an.

3. Wohnen

Ein weiterer Sozialisationsfaktor, der zur Bildung eines Gruppen-Ego beiträgt, ist die Bauweise des klassischen vietnamesischen Hauses. Dieses besteht, auch in der Stadt, aus einem einzigen großen Raum, der bei reichen und vornehmen Leuten allenfalls durch Säulen und Vorhänge unterteilt ist. Ein „elterliches Schlafzimmer“ oder andere verschließbare Intimräume wie z. B. Badezimmer gibt es nicht. Kinder haben allenfalls — alle gemeinsam — einen eigenen Winkel, nie ein eigenes Zimmer. Verwandte, Bekannte und Nachbarn betreten ein solches Haus ohne anzuklopfen. Besuchen Vietnamesen einen Europäer, so dringen sie, ebenfalls ohne anzuklopfen, ins Schlafzimmer oder ins Bad ein, auch wenn ihnen die Lage und Funk-

tion dieser Räume bekannt ist. Im vietnamesischen Haus spielt sich alles, einschließlich des elterlichen Sexuallebens, in der „Intimität“ der erweiterten Familie und unmittelbaren Nachbarschaft ab. Schamreaktionen treten nur „außerhalb“ auf, dort allerdings in besonders intensiver Form. Eine solche häusliche Umgebung ist natürlich nicht dazu angetan, so etwas wie eine „individuelle Intimsphäre“ als Idee oder als Bedürfnis auszubilden.

4. Spielen

Wenn man die Kinder beobachtet, so stellt man überdies fest, daß sie kaum „eigenes“ Spielzeug besitzen. Das Spielzeug gehört allen Kindern im Hause gemeinsam. Lediglich eine soziale Rangordnung besteht: die Kinder von Dienstboten bzw. von im Hause wohnenden verarmten Verwandten müssen es abgeben, wenn die Kinder der „Herrschaft“ es beanspruchen. Überhaupt scheint fertiges, fabriziertes Spielzeug (Autos, Puppen, Flugzeuge etc.) für die vietnamesischen Kinder auch heute noch nicht allzu reizvoll zu sein. Man sieht sie meist in Gruppen mit Spring-, Hüpf- und Geschicklichkeitsspielen beschäftigt, gelegentlich spielen sie auch Krieg oder andere aktuelle politische Situationen. Teils ist das eine wirtschaftliche Notwendigkeit: fertiges Spielzeug kostet Geld, und die meisten Eltern sind arm. Aber die gleiche Tendenz ist auch bei Kindern relativ wohlhabender Eltern erkennbar. So etwas wie ihnen exklusiv gehörige Lieblingssuppen oder Lieblingstiere, auf welche die Kinder ihre eigenen Probleme: ihre Wünsche, Ängste, Aggressionen oder Liebesregungen projizieren und mit denen sie sich probeweise identifizieren könnten, findet man in Vietnam außerordentlich selten. Vietnamesische Kinder brauchen keine Puppen zu besitzen, um an diesen den Besitz ihrer eigenen Seelenregungen und damit den Besitz ihrer eigenen Individualität einzuüben.

5. Das Ergebnis: ein Gruppen-Ego

Aus Sprachform, Familienstruktur, Wohn- und Spielweisen setzen sich die Sozialisationsfaktoren zusammen, die bei vietnamesischen Kindern zur Prägung eines Gruppen-Egos führen. Bei ihrer Betrachtung waren einige erste, allerdings vorerst noch vage Zusammenhänge mit der ökonomischen Basis, dem Reisanbau und der für diesen notwendigen Arbeitsorganisation sichtbar geworden. Auf welche Weise und in welchem Maße die letztere die Struktur der sozialen Institutionen bestimmt, müßte noch deutlicher hervorgehoben werden, als es bei den verfügbaren Daten bisher möglich ist. Ebenso müßten weitere Forschungen die verschiedenen geschilderten Sozialisationsformen genauer nach ihrer Klassenzugehörigkeit und nach den Altersstufen ihrer Zielgruppen differenzieren. Dazu müßten vergleichende statistische Untersuchungen (z. B. der Stildauer, der Dauer des symbiotischen körperlichen Kontaktes, des Zeitpunkts der Einsetzung der Reinlichkeitsdressur, der Wohnformen und Spielweisen) erfolgen. Nur dadurch ließen sich die hier vorgetragenen Beobachtungen der Sozialisationsformen als eindeutige wissenschaft-

liche Ergebnisse absichern. Für den augenblicklichen Zweck, die Interpretation des Fehlens von Ich-Störungen in Vietnam, genügt es jedoch, auf Grund einer Fülle von Beobachtungen plausible Sozialisationshypothesen von einem relativ hohen Wahrscheinlichkeitsgrad aufzustellen. Sie erklären, weshalb bei Vietnamesen kein Individual-Ich entsteht, sondern die psychische Struktur eines Gruppen-Ego, zu der die kulturellen Leitbilder, von denen ausgegangen worden war, durchaus passen. Nicht ein individualisierter Ich-Leib, nicht ein individualisierter Ich-Intimraum, nicht eine individualisierte Ich-Tätigkeit (Meinigkeit) der Erlebnisvollzüge bilden den „Kern“ und die „Einheit“ der vietnamesischen Person; diese bestimmt sich vielmehr, auch was ihre „Identität“ angeht, aus dem Netz der traditionell vorgegebenen sozialen und hierarchischen Verhältnisse, deren „Innenraum“ von der polyzentrisch aufgebauten Gemeinschaft der erweiterten Familie gebildet wird. Für „Ich-Störungen“, wie sie *Jaspers* als Störungen des „Ich-Bewußtseins“ beschrieben hat, fehlt also bei den Vietnamesen gewissermaßen das Objekt.

III Die zentrale Rolle der Ich-Störung bei Schizophrenen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft

Auch nach der Analyse der verschiedenen Sozialisationsformen, die die kulturellen Leitbilder — die anthropologische und psychologische Ideologie der Vietnamesen — vermitteln, ist vorerst nur deren Reproduktionsmechanismus sichtbar geworden, eine Art sozialpsychologischer Regelkreis, dessen Glieder aus der Kulturideologie, den Sozialisationsinstanzen und den geprägten psychischen Strukturen bestehen. Man muß aber im Auge behalten, daß dieser Funktionskreis nicht unabhängig von den ökonomischen Verhältnissen, d. h. den jeweils vorherrschenden Produktionsweisen existiert, deren Erfordernisse die sozialen Institutionen auf jeweils spezifische Weise artikulieren. Entsprechende Beziehungen werden aufzuzeigen sein, wenn jetzt in Umrissen die bürgerlich-kapitalistische Individuations-Ideologie, der puritanisch-rigide Monotheismus, die patriarchisch-monogame Kleinfamilie und deren Verinnerlichungsprozeß zu einem „privaten“, exklusiven Individual-Ich-Ideal analysiert werden sollen. Die Selbstverständlichkeit, mit der dieses Ich-Ideal uns Europäern als unabänderliche, allgemein-menschliche, gott- bzw. vernunftgewollte „Naturtatsache“ angetragen wird, setzt seiner Analyse beträchtliche Widerstände entgegen. Diese lassen sich durch Kontrastierung mit einem völlig anderen Ich-Ideal, dem Gruppen-Ego, bis zu einem gewissen Grade abbauen.

A: Kulturpsychologische Interpretationsebene

1. Die Ideologie der Selbstverwirklichung

Die bürgerliche Ideologie definiert dem Kapitalismus angepaßte Ich-Leistungen als individuelle Selbstverwirklichung. Diese wird zugleich als Versprechen und als Anspruch angetragen. Der Ein-

lösung des Versprechens, dem Genügen des Anspruchs stellen sich aber Schwierigkeiten entgegen. Selbstverwirklichung im Sinne der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und der Ausschöpfung der eigenen Fähigkeit ist im Kapitalismus nur einem Teil der Menschen, auch diesem nur partiell und auf Kosten anderer möglich. Die Menschen, d. h. die Bürger, sind gezwungen, sich die Selbstverwirklichung gegenseitig streitig zu machen; sie müssen miteinander konkurrieren, um tatsächlich in ihren Genuß zu kommen. In den Anfängen des Kapitalismus war diese Notwendigkeit möglicherweise vom Stand der verfügbaren Produktivkräfte bestimmt. Wo schon nicht jeder zum Zuge kommen konnte, sollten die Gesetze der Konkurrenz wenigstens einen Wettstreit reglementieren, bei dem den Besten und Fähigsten die größten Erfolgchancen eingeräumt wurden. Sie sollten sich, gemäß der bürgerlichen Ideologie, die Mittel zur Selbstverwirklichung in der Konkurrenz erwerben. Wie in Troubadourgeschichten oder Initiationsriten war dem Glück, dem „Eigentlichen“, eine Prüfung vorgeschaltet: der Erwerb des dazu nötigen Besitzes unter den Bedingungen der Konkurrenz. Mittel zur Selbstverwirklichung wurde also die Aneignung von Besitz und die dazu nötig werdende Erringung von Macht. Beides, oft eng miteinander verbunden, versprach Genuß und Muße, aber auch die Wahl einer selbstbestimmten, kreativen Tätigkeit. Individuelle Selbstverwirklichung setzte also die Aneignung und Festhaltung von eigenem, „privaten“ Besitz voraus. Dieser Besitz blieb allerdings dem Zugriff des Konkurrenten offen; es galt ihn abzuschirmen und zu verteidigen: ihn exklusiv zu gestalten. Zugleich erzwang die Konkurrenz die ständige Fortsetzung der Akkumulation von Besitz. Das beschnitt die Möglichkeiten, den erworbenen Besitz zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse einzusetzen, die über den Akt der Akkumulation selbst hinausgehen, z. B. zum Genuß oder zur Finanzierung kreativer Tätigkeiten. Besonders die Ärmern, der kleine Mittelstand, waren gezwungen, ihre „Selbstverwirklichung“ auf den Akt privatisierender, exkludierender Aneignung selbst zu beschränken. Taten sie das nicht, gaben sie zu viel für solche Bedürfnisse aus, konnten sie sehr leicht alles verlieren, was sie mühsam erworben hatten. Erst von einer bestimmten Größenordnung des Vermögens an fiel genug auch für „Vergnügen“ und „Hobbys“ ab. Bei den Mittelklassen ist der ideologische Charakter des Anspruches auf Selbstverwirklichung deshalb auch besonders aufdringlich, weil die soziale Wirklichkeit in einem so grellen Kontrast zum ursprünglichen Glücksversprechen steht. So wird „Self-realization“ z. B. beim amerikanischen Mittelstand zu einem projektiven Zwangsritual: wenn man sich selbst — im Sinne der versprochenen individuellen Selbstverwirklichung — schon nicht haben kann, so muß man wenigstens zu möglichst viel Besitz mit seinen Statussymbolen kommen, der einem selbst und nur einem selbst gehört sowie — nach Möglichkeit — denjenigen des Nachbarn an Glanz übertrifft. So wird der finanzielle Erfolg zum nahezu alleinigen Maßstab für den „Wert“ der Person und der erfolgreiche Geschäftsmann zum Ich-Ideal. Je weniger man tatsäch-

lich hat, desto hektischer muß man diesem Ideal nacheifern; desto vollständiger muß man aber auch den „Besitz“, den man sich aneignet, schon zur Aufrechterhaltung seines Sozialstatus einsetzen und, was dabei übrigbleibt, fürs weitere Fortkommen investieren. Das verlangt fortdauernde Aneignung in einem Konkurrenzfeld, wo jeder alleine auf sich gestellt ist.

Das bürgerliche Ich-Ideal „individueller“ Selbstverwirklichung wird also am Modell des Privateigentum sich aneignenden, seinen Besitz verteidigenden und hinter diesem sich verschanzenden kapitalistischen Geschäftsmannes gewonnen; die geforderte Ich-Leistung ist dementsprechend die exkludierende, privative Aneignung von Besitz. Das „Ich“ bestimmt sich unter solchen Umständen selber als ursprünglichsten, eigensten, unveräußerlichen privaten Besitz, den niemand einem nehmen kann. Hierher gehört auch die ideologische Vorstellung einer abgeschlossenen individuellen Intimsphäre, der die kapitalistische Realität übrigens immer weniger entspricht. Individuelle Selbstverwirklichung, so können wir zusammenfassen, reduziert sich im Kapitalismus immer mehr auf den Akt der Aneignung von Besitz; sie geschieht nicht mit anderen gemeinsam, sondern gegen sie und auf deren Kosten. So verfährt die klassische Psychopathologie des bürgerlichen Zeitalters durchaus konsequent, wenn sie das Ich-Bewußtsein vorrangig durch das Gegebensein von „Meinigkeit“ — einer Substantivform des Possessiv-Pronomens der ersten Person singularis — charakterisiert.

2. Sozialspezifische Idiosynkrasien (Innereien, körperliche Intimsphäre)

Daß das Ich, zumindest für europäische und nordamerikanische Mittelklassenangehörige, als anderen unzugänglicher absolut selbstbestimmter und „unveräußerlicher“ Besitz verinnerlicht ist, dafür lassen sich zahlreiche Belege auch außerhalb der „ökonomischen Sphäre“ im engeren Sinne finden. Als Beispiel sei die Ich-Qualität des Innenleibes herausgegriffen, eine tief im Unbewußten verwurzelte psychische Einstellung.

Für die meisten Westeuropäer und Nordamerikaner des Mittelstandes ist die leibliche Innerlichkeit gleichsam tabuiert: sie hat geschützt und verborgen zu bleiben und soll ihre Inwendigkeit nicht nackt ausbreiten. Wo „Innereien“ roh sichtbar werden, sich dem Auge, der Berührung oder dem Verzehr anbieten, wie in der Küche, im Schlachthof oder in der Chirurgie, da tritt oft Widerwille, Brechreiz, manchmal — z. B. angesichts von Bauchoperationen — sogar eine Ohnmacht ein. Es handelt sich dabei um Reaktionen auf symbolisch geweckte Identitätsängste. Diejenige Funktion des eigenen Ich, diejenige Ich-Leistung erscheint plötzlich in Frage gestellt, die einen eigenen, von außen unzugänglichen Innenraum abgrenzen sollte. Genauer gesagt, diese Abgrenzung erscheint jetzt nicht mehr als sichere Gegebenheit, sondern als abgeforderte — und damit auch stets gefährdete — Leistung. Das Organ, das diese Funktion hinsichtlich des leiblichen Innenraumes wahrnimmt, ist die Haut. Die

Vorstellung von der Haut als dem Organ, das sowohl leibliche Individuation als auch Kommunikation in zweierlei Richtung — Außen-Innen und Innen-Außen — erlaubt, wird bis zu einem gewissen Grade wohl immer mit Affekten besetzt sein, die sich aus der Dialektik von Individuation und Kommunikation ergeben. Für den bürgerlichen Mittelklassen-Angehörigen bedeutet Kommunikation jedoch vor allem Aneignung, während Individuation Abschließung, Se- und Exklusion bedeutet. Diese Tätigkeiten stellen seine „Ich-Leistung“ dar. So ist es die symbolische Gefährdung ihres zweiten Momentes, der Abschließung, die beim Anblick roher, enthäuteter „Innereien“ zu Angst, Ekel, ja, in der Ohnmacht zu einer Art Totstellreflex führt: d. h. nicht nur zu einem ästhetischen Unbehagen, das aus bestimmten, kulturell determinierten Meinungen oder Werturteilen entspringt, sondern zu psychosomatischen Reaktionen, die die leibliche Vitalsphäre einbeziehen und nur von tief liegenden unbewußten psychischen Dispositionen angestoßen werden können. Daß es sich hierbei aber nicht um „natürliche“ Abneigungen der Spezies Mensch handelt, um „angeborene“ Instinkt-Mechanismen, geht aus der Tatsache hervor, daß in Vietnam z. B. abgezogene weichgekochte Hühnerhaut als besondere Delikatesse gilt, ebenso wie Innereien jedweder Art nackt, d. h. in ihrem natürlichen Aussehen und nicht zu „Fleisch“ zurechtgemacht, serviert werden. Das gleiche gilt für Blut, Köpfe, Augen, Geschlechtsorgane, ebenfalls Spezialitäten der vietnamesischen Küche. Für solche Abneigungen wie sie der europäische und nordamerikanische Bürger gegen „Innereien“ hat, hat *Wolf Haug* den Terminus „sozialspezifische Idiosynkrasien“ vorgeschlagen. Sie werden von der Menschengruppe, die von ihnen betroffen ist, gerne zu „allgemeinmenschlichen“ Reaktionsformen aufgebläht oder zu individuellen Eigenheiten verharmlost. Ihr Fehlen bei den Vietnamesen und ihr gehäuftes Vorkommen in bürgerlichen Gesellschaften beweist jedoch, daß sie in einem engen Zusammenhang mit den sozialen Voraussetzungen stehen. Eine Abneigung gegen „Innereien“ ist gebunden an die Ausbildung stark privater (die eigene Körperlichkeit als „unveräußerliche“ individuelle Intimität von der Um- und Mitwelt abschließender) Ich-Strukturen im Unbewußten. Die Bedingung für das Zustandekommen der letzteren ist die kapitalistische Produktionsweise und die aus dieser erwachsende bürgerliche Ideologie der individuellen Selbstverwirklichung durch Aneignung und Abschließung. Den meisten Vietnamesen fehlt jedoch im Unbewußten die se- und exkludierende, possessive Note des bürgerlichen „privaten“ und „individuellen“ Subjekt-Ego — die allerdings oft erst im Vergleich und in der Gegenüberstellung als solche erkennbar wird.

B.: Sozialpsychologische Interpretationsebene

Wie entsteht ein solches exklusives und possedierendes Individual-Ego? Bisher waren lediglich einige ökonomische Voraussetzungen für dem einzelnen angetragene Verhaltenserwartungen besprochen worden; für Sozialrollen also, die aus der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen. Auf der anderen Seite waren sozialtypische

psychische Strukturen im Unbewußten sichtbar geworden, die diesen Sozialrollen entsprachen. Soll das Mißverständnis endgültig ausgeräumt werden, es handele sich bei diesen psychischen Strukturen um Züge eines „kollektiven Unbewußten“, das, ganz gleich wie früher einmal zustandegekommen, heute bei allen Europäern und Amerikanern — kurz, allen „Weißen“ — einfach „da“ ist, so müssen nun die Prozesse untersucht werden, durch die die genannten psychischen Strukturen bei der Mehrzahl der bürgerlichen Individuen geprägt werden. Diese Prägungsprozesse der Sozialisation laufen ganz handgreiflich und konkret bei jedem einzelnen Individuum aufs neue ab. Daß sie bei vielen Individuen zu einem ähnlichen Ergebnis kommen, das oft als „kollektives Unbewußtes“, Volksseele usw. mißverstanden wurde, liegt einzig und allein an der Gleichheit oder Ähnlichkeit der ökonomischen Bedingungen. Von diesen ähnlichen Bedingungen werden ihnen entsprechende soziale Institutionen und Sozialrollen artikuliert, die ihrerseits zu Trägern der Sozialisationsprozesse werden. Wie der Name der letzteren es schon sagt, verankern sie die aus den ökonomischen Bedingungen erwachsenden gesellschaftlichen Normen im Unbewußten des einzelnen als entsprechende psychische Strukturen. Ihre Analyse soll zeigen, auf welche Weise sie dies tun und welche Mittel sie sich dabei bedienen.

1. Sprache

Wie bei der Prägung des vietnamesischen Gruppen-Ego, dürften auch bei der Genese des bürgerlichen Individual-Ich Sprachformen- und -gewohnheiten eine bedeutende Rolle spielen. Das Vorhandensein von Konjugationen, Deklinationen, persönlichen und besitzanzeigenden Fürwörtern in den meisten indogermanischen Sprachen erstellt ein erstes Gerüst für das Verständnis und den Ausdruck eines „Ich-Bewußtseins“. Die historischen Ursprünge dieses Sprachgerüsts und die sozioökonomischen Bedingungen seiner Entstehung verlieren sich im Dunkel der Vorgeschichte. Immerhin wäre es interessant und lohnend, z. B. dem Wandel im Gebrauch der persönlichen Fürwörter im Deutschen bei der Entstehung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft nachzugehen — nicht dem Wandel im literarischen Gebrauch, sondern in den damals wirklich üblichen Anredeformen. Die sprachpsychologischen und sprachsoziologischen Forschungen zu diesem Thema gehören zum Geschäft der Germanistik. Sie sind von ihr leider ziemlich vernachlässigt worden. Es wäre auch interessant zu wissen, von welchen sozialen Klassen das differenzierte grammatische Instrumentarium der meisten indogermanischen Sprachen — die *Tempi*, *Modi*, *Fälle* etc. — vor dem Beginn des Kapitalismus voll in Anspruch genommen wurde. So wie es sich heute darstellt, mit seinen persönlichen Fürwörtern, seinen klaren Unterscheidungen zwischen Aktiv und Passiv, Realis und Irrealis, Substantiv und Adjektiv, mit seiner Subjektpräponderanz, die Deklination und Konjugation der anderen Satzbestandteile regelt, trägt es zweifellos dazu bei, Vorstellungen von Subjektation und Individuation, aber auch von dialektisch sich bedingenden und ausschließenden,

gegensätzlich polarisierten und kausal eindeutig gerichteten Beziehungsformen und Zeitigungsweisen zu bahnen. Das Vietnamesische hingegen verzichtet weitgehend auf ein solches „System von Oppositionen“ — von „ich“ im Gegensatz zu Du und Er, Mein im Gegensatz von Dein, Präsenz im Gegensatz zu Futur oder Imperfekt, Konjunktiv im Gegensatz zum Indikativ, Passiv im Gegensatz zum Aktiv (*Wendt*).

2. Stillgewohnheiten, Reinlichkeitsdressur, Wohnen, Spielen

Weitere Sozialisationsfaktoren werden in den Stillgewohnheiten und in der Reinlichkeitserziehung wirksam. Die frühe orale Reglementierung — regelmäßige, von den momentanen Bedürfnissen des Säuglings unabhängige Stillzeiten — führen zu Frustrationen, die verdrängte Fixierungen, Abwehrhaltungen und Reaktionsbildungen im Gefolge haben. *M. Klein* hat z. B. nachgewiesen, daß Neid und Dankbarkeit Gefühle sind, die aus einem Wechsel von oralen Frustrationen und Gewähungen während der Stillperiode erwachsen. Der Konkurrenzkampf dürfte seine Energie auch aus solchen oralen, nicht nur aus urethral-phallischen Quellen speisen. Das Haben- und Einverleibenwollen durch den Mund, eine orale Bedürfnishaltung, wird durch Frustrationen verdrängt und gerade deshalb als symbolischer Einverleibungsdrang, als charakterlich fixiertes Aneignungsstreben in Form von Wiederholungszwängen zur Wirksamkeit gelangen. Bei besonders schweren Frustrationen können umgekehrt Reaktionsbildungen gegen jede Form der aneignenden Einverleibung entstehen. Eine Tendenz zur Absonderung, zur Abschirmung und Abschließung gegen alles Fremde kann dann die Folge sein. Beide Charakterzüge kommen nicht selten im Wechsel beim selben Individuum vor. *Abraham* hat einige solcher Beobachtungen unter dem Titel des oralen Charakters zusammengefaßt — wobei man diesen „oralen Charakter“, ein Produkt oraler Versagungen, nicht mit dem „oralen Ego“ beispielsweise der Dogon (*Parin* und *Morgenthaler*) verwechseln darf, das durch das exakte Gegenteil, nämlich ein problem- und frustrationsloses Durchlaufen der oralen Phase — späte Entwöhnung und sofortige Befriedigung oraler Wünsche des Säuglings — entstanden ist und sozial gesehen auch zum Gegenteil eines Individual-Ichs, nämlich zu einem Gruppen-Ego, führt.

Die früh einsetzende Sphinkterdressur tut das ihrige, dem oralen Aneignungsstreben ein anales Festhalte- und Exklusionsstreben hinzuzufügen. Darüber ist seit *Freud*, *Abraham*, *Fenichel* etc. so viel veröffentlicht worden, daß ich mich dazu kurz fassen darf. Daß Wesenszüge wie Geiz, Pedanterie und Autoritätsgläubigkeit Produkte analer Fixierungen und Reaktionsbildungen sind, ist seit den Arbeiten der genannten Autoren zur Genüge bekannt. Die oralen und analen Verhaltensweisen werden durch sekundäre Erziehungsfaktoren weiter eingeübt und schließlich zu festen Charakterstrukturen eingeschliffen. Zu solchen sekundären Erziehungsfaktoren gehört das „eigene“ Spielzeug, die eigene Spielecke (bei Kindern wohlhabender Eltern das eigene Spielzimmer), die abgetrennten Räume im Haus

(das Bad, die Toilette, besonders aber das elterliche Schlafzimmer). Sie alle fördern eine abschließende, privatisierend-exklusive Einstellung, die sich mit der possedierenden verbindet.

3. Die ödipale Situation in der monogamen Kernfamilie

In der ödipalen Situation, die beim europäischen und nordamerikanischen Bürgertum besonders konfliktreich ausgetragen wird, kommt es zweifellos zu einer Aktualisierung der verschiedenen Versagungsfolgen prägenitaler Triebregungen. Die aus dem Ödipus-Komplex sich speisenden Kastrationsängste erzwingen eine Teilregression auf frühere Stadien der kindlichen Libido-Entwicklung, d. h. auf die orale und anale Phase. Die gegenseitige Durchdringung von ödipalen Kastrationsängsten und ihrer Abwehr mit Abwehrhaltungen und Fixationen prägenitaler Triebregungen hat *Fenichel* bereits 1930 ausführlich beschrieben. Sie ist nicht nur für die Genese der Neurosen belangvoll, sondern auch für die Ausbildung der dem Individual-Ego zugehörigen charakterlichen Strukturen. Die oralen und analen Wesenszüge werden so durch phallische bereichert.

Die Vermittlungsinstanz für die genannten Sozialisationspraktiken ist beim kapitalistischen Bürgertum die Kleinfamilie. Ihrer Struktur verdankt das bürgerliche Individual-Ich einen weiteren Wesenszug: die ausschließliche Ausrichtung des Kindes auf Vater und Mutter führt, besonders nach oralen Versagungen, bei der Ich-Idealbildung zu „unilateralen Identifikationen“, in denen die Vorstellung der individuellen Einzigartigkeit und Unersetzlichkeit ihre Wurzel haben dürfte. Mit den sozialtypischen Abwehrprodukten prägenitaler Versagungen und des Ödipus-Komplexes gehen diese Vorstellungen in das individualistisch-private, possedierende Ich-Ideal ein.

4. Das Ergebnis: das bürgerliche Individual-Ich als Substrat von Ich-Störungen

Aber ähnlich wie für das Gruppen-Ego läßt sich mit Hilfe der bisherigen Analysen auch für das Individual-Ego nur ein kulturpsychologischer Funktionskreis aufdecken: eine bestimmte Ideologie, diejenige der individuellen Selbstverwirklichung durch Aneignung und Exklusion, brachte ihr entsprechende Sozialisationsformen hervor und führte über kultur- und sozialtypische Versagungen in statistischer Häufung zur Ausbildung von psychischen Strukturen, die für eine Menschengruppe charakteristisch wurden. Diese psychischen Strukturen hatten ihrerseits ein typisches Denken, Fühlen, Werten zur Folge und reproduzierten so die herrschende Ideologie. Sie motivierten aber auch ein bestimmtes Verhalten der Erwachsenen, das sich unbewußt auch auf die Erziehungspraxis auswirken mußte und trugen, mit der Erziehungsideologie zusammen, dazu bei, die herkömmlichen Sozialisationsformen aufrechtzuerhalten, die wiederum, in statistischer Häufung, kultur- und sozialtypische Charakterzüge bei der nächsten Generation erzeugten. Man könnte sagen, ein psychopädagogischer Funktionskreis sei hier in den kulturpsychischen eingeschaltet. Das Abhängigkeitsverhältnis beider Funktions-

kreise von der ökonomischen Basis konnte aber bisher nur mit wenigen Bemerkungen gestreift werden.

Immerhin ist klar geworden, daß Ich-Störungen vom Typ der „gemachten“ Erlebnisse und der „Entgrenzung“ bestimmte Sozialisationsformen voraussetzen: von der monogamen Kernfamilie getragene Sozialisationsformen, die vermittels oraler, in geringerem Ausmaße auch analoger Versagungen ein exklusives, possedierendes, einzigartiges Individual-Ich als Ich-Ideal aufrichten, das sich in Aneignung, Aus- und Abschließung verwirklicht, also in gewisser Weise dem Eigentumsmodell der Bourgeoisie im Kapitalismus nachgebildet ist. Nur in Gesellschaften, deren Sozialisationsinstanzen und -praktiken ein solches Individual-Ich als sozialtypische psychische Struktur prägen, wird man „klassische“ Ich-Störungen der beschriebenen Art, d. h. Störungen des „Ich-Bewußtseins“, erwarten dürfen. Wo hingegen Sozialisationsinstanzen und -praktiken als sozialtypische psychische Struktur ein „Gruppen-Ego“ hervorbringen, für das die Gedanken-, Gefühls- und Körperwelt des einzelnen nicht als geschützter, ver- und geborgener Innenraum einer individuellen „Meinigkeit“ scharf abgegrenzt ist, sondern bereits normalerweise in den Einfluß- und Zuständigkeitsbereich der erweiterten Innengruppe der Sippen- und Dorfgemeinschaft sowie der diesen zugehörig gedachten „übersinnlichen“ Kräfte gehört und für sie alle offen zugänglich daliegt, dort wird ein Eindringen in eine solche unversperrte und nur wenig individualisierte Gefühls-, Gedanken- und Körperwelt des einzelnen auch nicht als die personenvernichtende Katastrophe erfahren werden, nicht als der vergewaltigende Einbruch und Aufbruch, den die meisten westeuropäischen und amerikanischen Kranken dabei empfinden. Man kann auch versuchen, diesen Sachverhalt graduell zu fassen: je fester der Sozialisationsprozeß ein „absolut“ autonomes, selbstbesitzendes einzigartiges, aneignend sich abschließendes Ich-Ideal als Selbstverwirklichungsnorm, aber auch als soziales Leitbild im einzelnen verankert und je tiefer die diesem Ich-Ideal entsprechenden Verhaltensantriebe der Aneignung und Absonderung (die durch frühere Sozialisationsformen in den prägenitalen Phasen der Libidoentwicklung bereits angelegt waren) als Charakterzüge in die psychische Struktur eingegraben sind, desto größer ist die Gefahr, daß solche mit dem Ich, d. h. mit dem Vermittlungsorgan von Individuation und Kommunikation, am engsten verbundenen Eigenschaften im antisozialen Prozeßgeschehen der Psychose in ihr Gegenteil umschlagen. Die absolute Eigenbestimmtheit kann dann in eine absolute Fremdbestimmtheit verwandelt werden (die in den „gemachten“ Erlebnissen zum Ausdruck kommt), die Abgeschirmtheit des eigensten privaten Intimraumes (der Gedanken, Gefühle, körperlichen Empfindungen) wird „in aller Öffentlichkeit“, wie die Kranken sagen, zu einer schutz- und hüllenlosen, dieser Öffentlichkeit ausgelieferten Durchdrungenheit. Gedankenausbreitung, Gedankenentzug und Fremdzugänglichkeit der seelischen und leiblichen Funktionen sind die klinisch-psychiatrischen „Symptome“ einer solchen „Entgrenzung“.

Man wird sich nun die Frage stellen müssen, wie die „sozial-typischen“ schizophrenen Symptome aussehen, die dort auftreten, wo ein Gruppen-Ego die charakteristische psychische Struktur bildet. Eine ausführliche und differenzierte Antwort auf sie zu geben erlaubt der gegenwärtige Stand theoretischer und empirischer Forschungen einstweilen noch nicht. Verkürzend und vergrößernd dürfte sich aber aus den bisherigen Analysen doch der folgende Schluß ziehen lassen: Wo die verschiedenen psychischen Instanzen und ihr Umweltbezug von einem Gruppen-Ego ins Verhältnis gesetzt werden, dem es vor allem um die Einbringung der „Seelenkräfte“ des in seinen psychischen Strukturen nur wenig individualisierten „einzelnen“ in eine Periodik sozialer Abläufe, „infininitivischer und kollektiver Natur geht — in Abläufe, die sich eher in gemeinschaftlichen Riten und Zeremonien ausdrücken als in effektbezogenen Handlungsabfolgen von Einzelsubjekten —, dort wird ein antisozialer psychotischer Prozeß die in diesen periodisch-infininitivischen Abläufen aufgehobene soziale Ordnung — die angemessenen Anrede- und Höflichkeitsformen, die Kulthandlungen und Zeremonien — auch stärker beeinträchtigen als die individuelle Ich-Einheit, die individuellen Ich-Grenzen und die Meinigkeit der individuellen Erlebnisvollzüge. Dieser rein theoretische Schluß läßt sich durch empirische Fakten verifizieren: ebenso wie ich in Vietnam, bemerkte auch Pfeiffer in Indonesien, daß die meisten schizophrenen Kranken dort nicht durch Wahn, Halluzinationen oder Ich-Störungen auffielen, sondern statt dessen in ihrem Sozialverhalten die angemessene Höflichkeitsebene vermissen ließen; in dafür unpassenden Situationen in grobe Ausdrucksformen oder in eine übersteigert gehobene Sprache verfielen. Dabei kam ein Benehmen zustande, das der hebephrenen Pseudo-Ungezogenheit vieler jugendlicher Schizophrener in Europa ähnelte, dort, in Asien, jedoch in allen Altersstufen vorkam. Entsprechend haben außer mir auch zahlreiche andere Autoren (Pfeiffer, Schmidt, Kline, Okasha), die über außereuropäische Länder berichteten, dort die Hebephrenien und die von ihnen oft nur schwer unterscheidbaren Simplex-Formen für den häufigsten Ausprägungstyp schizophrener Psychosen nicht nur des Jugend-, sondern auch des Erwachsenenalters erklärt.

Die bisherigen Erwägungen haben lediglich die *conditio sine qua non* für das Auftreten von „Störungen des Ich-Bewußtseins“ aufgewiesen. In statistisch relevanter Häufung sind die letzteren nur zu erwarten bei Gruppen, deren Ich-Ideal den possessiven und privativen Meinigkeitsvorstellungen des Bürgertums entspricht und deren Sozialisierungspraktiken geeignet sind, diese Vorstellungen in ihnen entsprechenden psychischen Strukturen zu verankern. Ein solches Ich-Bewußtsein mag aus übergeordneter Sicht, die es im Hinblick auf seine Nützlichkeit zur Erreichung optimaler, d. h. den Produktivkräften entsprechender gesellschaftlicher Ziele bewertet, als sozial pathologisch angesehen werden. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft jedoch stellt es gerade die soziale Norm dar. Sein Vorhandensein ist also für das Auftreten individualpathologischer Störungen, die es betreffen, zwar eine notwendige Bedingung, erklärt aber das

tatsächliche Auftreten dieser Störungen noch keineswegs. Dieser Hinweis, der die Beziehung von Normalität und Pathologie betrifft, muß hier genügen. Die sozialen Bedingungen, unter denen es zur Ausbildung von schizophrenen Dispositionen kommt, sollen in einem anderen Aufsatz abgehandelt werden, ebenso die sozial pathologischen Konstellationen für das „Ausklinken“ eines schizophrenen Krankheitsschubes.

IV Die ökonomische Basis von Sozialisationsinstanzen und Sozialisationspraktiken

Die verschiedenen Sozialisationsprozesse, die zur Ausbildung von sozialtypischen psychischen Strukturen — von Sozialcharakteren — führten, waren bisher lediglich beschrieben, nicht aber auf ihre Ursachen befragt worden. Daß es sich bei den letzteren nicht lediglich um tradierte Vorstellungen aus der jeweiligen kulturellen Überlieferung handelt, leuchtet bereits aus der Konvergenz der Erziehungspraktiken in Hinblick auf ihr Ergebnis, den Sozialcharakter, ein. Die Erziehungspraktiken haben etwas zu tun mit der Struktur der sozialen Institutionen, insbesondere mit der Familienstruktur. Die Strukturen sozialer Institutionen und die an diese fixierten Rollenerwartungen sind aber keine historischen Zufallsprodukte. Sie sind bestimmt von der in der jeweiligen Gesellschaft vorherrschenden Produktionsweise.

Jede Produktionsweise, die ihrerseits vom Stand der Produktivkräfte sowie von den Produktions- und Besitzverhältnissen bestimmt ist, legt nämlich das durchschnittliche Maß gesellschaftlicher Arbeit für jede Klasse fest und ebenso den Modus ihrer Verteilung (zwischen Geschlechtern, Altersgruppen etc.). Diese ökonomischen Erfordernisse prägen aber nicht nur dem Arbeitsleben selbst, sondern dem gesamten Sozialleben einschließlich der sogenannten „Privatsphäre“ — dem Familienleben, der Freizeit, den Erziehungspraktiken etc. — ihren Stempel auf. Die Strukturen der Arbeitswelt der jeweiligen Produktionsweise stellen in gewissem Sinne das Negativ-Bild der „Privatsphäre“, einschließlich der Sozialisationsvorgänge dar. Z. B. bestimmt die Arbeitszeit die Freizeit der einzelnen Familienmitglieder; je nach den Arbeitserfordernissen entscheidet sich, wer (welches Familienmitglied) wann zu Hause bleiben und mit den Kindern sich abgeben kann. Beim Reisanbau z. B. werden bestimmte — tages- und jahreszeitlich datierbare — Arbeiten von Männern (z. B. der Deichbau und die Bewässerung), andere von Frauen (Setzen der jungen Reispflanzen), andere von Männern, Frauen und älteren Kindern zusammen (Ernte) ausgeführt (*Terray*). So kommt mit dem Arbeitsrhythmus auch so etwas wie ein Sozialisationsrhythmus zustande. Die Produktionsweise bestimmt aber auch die Familienstruktur, die ihr am besten angepaßt ist und definiert ihr entsprechende Geschlechterrollen. Und schließlich legt sie auch den Anteil der verschiedenen Klassen, aber auch der verschiedenen Familienmitglieder am erwirtschafteten Produkt fest. Familienstruktur, Sozialrollen der

Eltern, Geschwister und entfernteren Verwandten, aber auch das Ausmaß an arbeitsfreier Zeit der Familienmitglieder und an Verfügung über materielle Mittel sind für jede Klasse jeder Gesellschaft relativ typisch, weil sie von spezifischen Produktionsweisen und mit diesen einhergehenden Arbeitserfordernissen ihrem System der Arbeitsteilung, der Distribution der Produkte etc. abhängig sind. Sie bilden ein System von Faktoren, das auch die Art der Kinderaufzucht, die Erziehungspersonen und Erziehungspraktiken sozial- und klassen-typisch bestimmen wird.

1. Die erweiterte Familie in der vietnamesischen Agrarwirtschaft

Dazu sei ein Beispiel gegeben. „Erweiterte“ und „Kernfamilien“ entsprechen den ökonomischen Notwendigkeiten verschiedener Produktionsweisen. Erweiterte Familien und enge Nachbarschaftsverflechtungen sind bei kleinen Gemeinden für einen mit relativ primitiven Arbeitsgeräten betriebenen Reisanbau ein dringendes wirtschaftliches Erfordernis. Anders als kollektiv lassen sich z. B. die Eindämmungs- und Bewässerungsarbeiten unter solchen Umständen gar nicht durchführen. Das ist natürlich nicht der einzige, wohl aber der wichtigste Grund für die soziale Struktur der erweiterten Familie und der Dorfgemeinschaft. Einen anderen hatte ich im Fehlen aller gesamtgesellschaftlichen Sicherungen gegen Hunger, Krankheit, Altershinfalligkeit und Naturkatastrophen bereits erwähnt: hier springt die Verwandtschaft ein (*Alsheimer*). Die Großeltern, die zahlreichen Onkeln, Tanten, kleinen Vettern und Kusinen (und natürlich auch die vielen älteren Geschwister) im Hause, die nur zeitweise in die landwirtschaftliche Produktion eingespannt sind bzw. wegen ihrer körperlichen Hinfälligkeit miternährt werden, bilden nun aber ein relativ großes Potential für Kinderpflege und Aufzucht und können diese Aufgaben zusammen mit den Eltern in einem zyklischen Wechsel — einem Negativbild der Arbeitserfordernisse — wahrnehmen. Das ist keine graue Theorie. Tatsächlich sind z. B. in Vietnam neben den Eltern die Großeltern, Onkeln, Tanten, vor allem aber auch ältere Geschwister, die nur für wenige Arbeitsprozesse auf dem Reisfeld geeignet sind, an der Wartung und Erziehung der kleinen Kinder manchmal bereits von deren erstem Lebensjahr an, nahezu immer aber vom zweiten ab, maßgeblich beteiligt. Die „multilateralen“ Identifikationsmöglichkeiten (*Parin* und *Morgenthaler*), die sich den Kindern anbieten und in deren psychischen Strukturen zur Ausbildung eines kollektiven Gruppen-Ego führen statt zu einem individuellen „Ich-Bewußtsein“, haben ihren Hauptgrund also in den spezifischen agraren Produktionsweisen, die auch die Familienstruktur bestimmen.

2. Die monogame Kernfamilie in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft

Daß in der erweiterten Familie immer jemand da ist, der sich um die Kinder kümmern kann, hat aber auch noch eine weitere, wichtige Konsequenz für den Sozialisationsprozeß. Eine viel spätere

Entwöhnung des Säuglings von der Mutterbrust und eine viel spätere Lösung des quasi-symbiotischen körperlichen Kontaktes mit dem Kleinkind wird dadurch möglich, als dies eine monogame Kernfamilie eines Industriearbeiters oder auch nur eines Angestellten sich leisten könnte. Bei diesen müssen entweder beide Elternteile arbeiten, oder aber der Vater und die älteren Geschwister, während dann die Mutter mit der Haushaltsarbeit voll ausgelastet ist. Reglementierte Stillzeiten, frühzeitige Entwöhnung von der Brust und von der körperlichen Symbiose mit der Mutter, aber auch vorzeitige, mit Züchtigungen oder Androhung von Liebesentzug verbundene Reinlichkeitsdressur werden deshalb erforderlich, um den größten Teil der Tageszeit der Eltern und größeren Geschwister für die Arbeit sowie für die zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit nötige Freizeit und Erholung zur Verfügung zu halten. Die Folge dessen sind sozialtypische orale und anale Versagungen, die nicht auf die nötigen Lernprozesse der Kinder, sondern nahezu ausschließlich auf das Ruhebedürfnis der Eltern zugeschnitten sind. Dabei zeichnen sich bei den einzelnen Klassen allerdings bedeutsame Unterschiede ab. Lebt eine monogame Familie in sehr wohlhabenden Verhältnissen und kann sie sich Dienstboten, Kindermädchen oder gar Ammen leisten, so kann die Strenge der Erziehungspraktiken in der oralen und analen Phase erheblich gemildert werden, soweit es die Erziehungsideologie der Klasse zuläßt. Und in der Tat werden z. B. Kinder reicher Familien des Adels nicht selten in mancher Beziehung (besonders was die Reinlichkeitsdressur und ihre Folgen Pedanterie, Geiz, Putzwut etc. angeht) freier und großzügiger erzogen als dies beim Arbeiter, beim Kleinbürger oder beim Mittelstand der Fall ist. Die Abwälzung von Arbeitslast auf Abhängige ermöglicht also bei den eigenen Kindern mehr „innere Freiheit“ und mehr „charakterliche Großzügigkeit“. Wo eine solche Abwälzung nicht möglich ist, dort herrscht strengste Reglementierung oder die dieser zugehörige Kehrseite: Verwahrlosung — oft beides zusammen in raschem Wechsel.

Damit sind wenigstens einige ökonomische Erfordernisse der oralen und analen Frustrationen grob umrissen, die zur Prägung von solchen psychischen Strukturen führen, durch welche die ökonomischen Erfordernisse und die durch sie artikulierten Sozialstrukturen und -rollen ihrerseits rückläufig stabilisiert werden können. Was zunächst wie eine bloße Affinität, eine finale Beziehung bzw. eine strukturelle Entsprechung von ökonomisch bedingten Sozialrollen und aus der Triebabwehr erwachsenden sozialspezifischen psychischen Antriebsrichtungen anmutete, enthüllt damit auch seine kausale Dimension. Nicht primär aus sozial- und klassentypischen Erziehungs-Ideologien, die man von ihren ökonomischen Ursprüngen isoliert als „geistesgeschichtliche Faktoren“ aufführen könnte, sondern vor allem aus sozialtypischen Produktionsweisen leiten sich die Sozialisationsformen her, die, über sozial- und klassentypischen Versagungen, zu sozial- und klassentypischen intrapsychischen Abwehrformationen (Verdrängungen, Fixierungen, Reaktionsbildungen), kurz, zu sozial- und klassentypischen psychischen Antriebsrichtungen

führen, die ihrerseits durch das Repertoire der von der Produktionsweise artikulierten Verhaltenserwartungen (Sozialrollen) zu typischen Charakterzügen stabilisiert, ja nicht selten auch zu normativen Leitbildern erhoben werden. Damit ist, allerdings wieder nur in einigen Grundzügen, der psychoökonomische Funktionskreis beschrieben, der die beiden vorgenannten, den sozialpsychologischen und den psychopädagogischen, auf die von der Produktionsweise erforderten Normwerte einstellt.

Das skizzierte Modell gesellschaftlicher Funktionen, das an der transkulturellen Analyse von Ich-Störungen gewonnen wurde, hat bislang allerdings kaum mehr als illustrierenden Charakter. Immerhin lassen sich soziale Interaktionsprozesse, hinsichtlich der sie bedingenden Faktoren, damit vielleicht doch etwas differenzierter artikulieren.

V Exkurse über mögliche Mißverständnisse

1. Psychische Struktur und Verhaltensmotivation

Vor einem naheliegenden, gleichwohl absurden Mißverständnis muß allerdings nachhaltig gewarnt werden. Das Verhalten der Individuen wird natürlich nicht in allen Einzelheiten von den charakterlich fixierten, oft unbewußten Antriebsrichtungen reguliert, die aus der Triebabwehr erwachsen sind und sich in ihnen entsprechenden Sozialrollen stabilisiert haben. Nicht selten wird durch unmittelbare ökonomische Anreize oder Sanktionen, oder durch unabweisbare Forderungen des staatlichen Machtapparates ein Verhalten provoziert, das den geronnenen psychischen Strukturen zuwiderläuft. Dies tritt z. B. ein, wenn von einem kleinbürgerlichen bürokratischen Beamten mit ausgeprägt analem Charakter plötzlich eine rasche und großzügige Behandlung von Anträgen, womöglich noch bei nur vage abgegrenzten Zuständigkeiten verlangt wird, oder von einem Vietnamesen, der durch sein Gruppen-Ego und ein diesem entsprechendes soziales Konformitätsideal bestimmt ist, eine „freie“ Diskussion, offener Widerspruch, spontane, subjektive Gefühls- oder Affektäußerungen oder gar individuell zu verantwortende, seinen Familieninteressen widersprechende sachliche Entscheidungen. Das Einzelverhalten wird also durch charakterfixierte psychische Antriebsrichtungen nicht ausschließlich bestimmt; die letzteren wirken nur als eine Kraft unter anderen in einem Feld, das von ihnen allen ausgerichtet wird. Zu diesen gehören neben den momentanen ökonomischen Anreizen und Sanktionen auch der soziale Druck der kulturellen Leitbilder und die Imperative des staatlichen Machtapparates. Ihre Resultante wird je nach der momentanen Konstellation der wirksamen Kräfte variieren. Von diesen Kräften allerdings bleiben auf lange Sicht die psychischen Antriebsrichtungen eines Individuums, m. a. W. sein Charakter, relativ konstant, während die übrigen, mehr oder weniger stark, abwandelbar sind. Wenn man also nicht die einzelne Handlung, sondern längere biographische Abläufe

betrachtet, so werden sich darin die charaktertypischen Verhaltensweisen in statistischer Häufung durchsetzen.

2. Gruppenverhalten und Einzelverhalten

Ähnliches läßt sich über das Verhältnis von Einzel- und Gruppenverhalten sagen. Keineswegs besitzt jeder einzelne Mensch eine gruppen- oder klassentypische psychische Struktur. Die Prägung von psychischen Strukturen verläuft über einen komplizierten, vielfach vermittelten sozialen Interaktionsprozeß, dessen sozial- und klassentypische ökonomische Bedingungen nur mit statistischer Wahrscheinlichkeit ein ähnliches Resultat, nämlich einen gruppenspezifischen Sozialcharakter erzeugen. Atypische kulturelle Leitbilder (bei Mischehen z. B.), klassenatypische Berufssituationen der Eltern oder besondere Konfliktspannungen während der ersten Lebensjahre des Kindes, hereditäre Abnormitäten großer Penetranz und wohl noch zahlreiche andere Faktoren können im Einzelfalle Charaktere prägen, die von den sozialtypischen psychischen Strukturen stark abweichen. Bei dem größten Teil der Individuen werden die ähnlichen sozioökonomischen Bedingungen einen gruppentypischen Sozialisationsprozeß gegenüber individuellen Varianten durchsetzen und dadurch zumindest einige grundlegende sozialtypische Antriebsrichtungen entstehen lassen. Ähnliche Gedanken hat bereits 1939 *Kardiner*, allerdings aus einer anderen, m. E. irrigen und revisionistischen psychoanalytischen Konzeption entwickelt.

Ein weiteres Mißverständnis, das es auszuschließen gilt, wäre der Eindruck, es würde hier ein funktionalistisches Gesellschaftsmodell vorgeführt, bei dem ökonomische Basis, Sozialisationsinstanzen und -prozesse sowie kulturelle Leitbilder harmonisch aufeinander abgestimmt werden könnten. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Modell soll die Möglichkeit geben, das Verständnis dafür zu wecken, wie die Antagonismen der Basis — zwischen Produktivkräften, Produktions- (und Besitz-) verhältnissen — sich auf die Sozialisationsinstanzen und -praktiken übertragen und damit auch widersprüchliche, extrem polarisierte psychische Strukturen prägen. Es soll darüber hinaus auch deutlich machen, daß es nicht nur verschiedene Gruppeninteressen, sondern auch verschiedene Gruppencharaktere gibt, und entsprechend auch nicht nur Klasseninteressen, sondern auch Klassencharaktere. Ihr Aufeinandertreffen würde die psychische Dynamik für den Klassenkampf freisetzen. Auch die Diskrepanzen zwischen ökonomischer Basis, kulturellen Leitvorstellungen („Ideologien“) und sozialtypischen Antriebsrichtungen dürften nicht als sozio-technische Panne, als bloßer „cultural“ oder „psychological lag“ angesehen werden, sondern müßten auf die Partikularinteressen durchforstet werden, die sie über die strukturnotwendigen Verzögerungszeiten hinweg aufrechterhalten. Solche vorsichtigen systemtheoretischen Erwägungen sollen also nicht nur der Interpretation ethnopsychologischer und ethnopsychiatrischer Fakten dienen, sondern auch die sozialen Vermittlungsmechanismen, durch die Klassensituationen intrapsychisch verankert werden, etwas deutlicher hervortreten lassen.

VI Zusammenfassung

Es ist nicht einfach, die bisherigen Gedankengänge zusammenzufassen. Transkulturelle Psychiatrie schien zunächst nichts weiter zu beinhalten als ein Gegeneinanderhalten der psychischen Krankheiten und Krankheitssymptome, die in den verschiedenen Kulturkreisen vorkommen. Allein dieser Vergleich setzte jedoch schon die Erfassung eines für jeden der verglichenen Kulturkreise charakteristischen Normalitätsspielraumes voraus. Daraus ergab sich die Frage, wie diese „Normalitäten“ zustande kommen. Sie geistesgeschichtlich, d. h. durch eine Analyse der kulturellen Leitbilder zu erfassen, erwies sich als unzulänglich. Diese Leitbilder konnten ebensowenig wie die ihnen entsprechenden Normalitätsspielräume ahistorisch, d. h. als unverrückbare „Gegebenheiten“ angesehen werden. Auch hier mußte man also nach der Genese fragen. Eine Betrachtung der Sozialisationsprozesse, die so etwas wie gruppentypische psychische Antriebsrichtungen („Sozialcharaktere“) hervorbringen und über diese auch die kulturellen Leitbilder verändern können, führte bereits ein Stück weiter. Es wurde klarer, weshalb bestimmte Krankheitssymptome — im Falle der vorliegenden Analyse die Ich-Störungen — in Amerika und Westeuropa häufig vorkommen, in immobilen Agrargesellschaften Asiens und Amerikas jedoch nur selten oder nie. Ebenfalls ließ sich eine Hypothese darüber bilden, weshalb Hebephrenien und Simplexformen der Schizophrenie in solchen Agrargesellschaften, anders als in Europa und in Amerika, keineswegs vorwiegend Jugendliche befallen, sondern dort in allen Altersgruppen die häufigste Psychoseform sind. Im ersten Falle bringen nämlich die Sozialisationsprozesse ein „privatives“ Individual-Ich, im zweiten ein kollektivierendes Gruppen-Ego hervor.

Dabei war noch offengeblieben, von welchen Faktoren der Sozialisationsvorgang seinerseits bestimmt wurde. Deshalb mußten die Auswirkungen der vorherrschenden Produktionsweisen auf die Struktur der Sozialisationsinstanzen (der Familie vor allem), aber auch auf die von den letzteren verwendeten Sozialisationspraktiken betrachtet werden. Sozialisationsinstanzen und -praktiken erwiesen sich dabei in hohem Grade als Funktionen der jeweiligen Produktionsweisen mit ihren wirtschaftlichen Erfordernissen, insbesondere ihrem System der Arbeitsteilung. So sehr ein Vergleich der Krankheitssymptome also nicht nur einen Vergleich der kulturellen Leitbilder, sondern auch einen Vergleich der Sozialisationsinstanzen und Sozialisationspraktiken erheischte, so sehr verlangt der letztere wiederum, in einer vergleichenden Betrachtung der Produktionsweisen verankert zu werden.

Schließlich habe ich noch versucht, ökonomische Basis, Sozialisationsinstanzen und -formen, kulturelle Leitbilder (Ideologien) sowie psychische Antriebsrichtungen, hinsichtlich ihrer Bestimmungsrichtungen sowie hinsichtlich deren Rückkoppelungen, in einem System von Funktionskreisen zu erfassen. Die wesentliche Bestimmungsrichtung verlief von der Produktionsweise und ihrer sozialen Institutio-

nalisierung über die Sozialisationspraktiken zu den „psychischen Strukturen“ und von dort zur Ideologie. Das Gewicht, das dabei den verschiedenen, umgekehrt gerichteten Rückkoppelungen zukommt, müßte konkret, für jede einzelne Produktionsweise, bestimmt werden. Einiges davon ließe sich vielleicht sogar nach kybernetischen Gesichtspunkten quantifizieren; möglicherweise gilt dies z. B. für strukturell bedingte minimale Verzögerungszeiten, die zwischen den verschiedenen Komponenten des Systems auftreten und für die der sog. „cultural lag“ das bekannteste Beispiel ist. Ein solcher regeltechnischer Interpretationsversuch müßte sich allerdings von positivistisch-funktionalistischen Interpretationen klar absetzen, die auf bloße Reibungslosigkeit abzielen, und umgekehrt vielmehr die in einem solchen System auftretenden antagonistischen Widersprüche herausarbeiten, die der systembestimmenden ökonomischen Basis bei Klassengesellschaften notwendigerweise inhärent sind. Die Auswirkungen dieser Widersprüche auf die Sozialisation, auf die „Charakterbildung“, auf die kulturellen Leitbilder und ihre Rückwirkungen von dort auf die ökonomische Basis sollten also systemanalytisch gefaßt werden, um klarer zu erkennen, wo bei nötigen Veränderungen im gegebenen Augenblick der Hebel am besten angesetzt werden kann.

Literaturverzeichnis

- Abraham, K.: Psychoanalytische Studien zur Charakterbildung. Int. Psy. V. Leipzig, Wien, Zürich 1925.
- Alzheimer, G. W. (E. Wulff): Amerikaner in Vietnam. In: Das Argument, VIII (1966) 1, 4. Aufl. 1968.
- ders.: Vietnamesische Lehrjahre. Sechs Jahre als deutscher Arzt in Vietnam. Frankfurt/Main 1968.
- Barahona-Fernandez u. Mitarbeiter: Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 143 ff., Karger, Basel, New York 1967.
- Bateson, G. u. Mitarbeiter: Towards a Theory of Schizophrenia. In: Personality and Social Structures, New York 1963.
- Benedetti, G.: Entwicklung der Schizophrenielehre. Basel, Stuttgart 1960.
- Benedict, R.: Patterns of Culture. Boston 1934.
- Berndt, H.: Zur Soziogenese psychiatrischer Erkrankungen. In: „Der Kranke in der modernen Gesellschaft“, Ed. A. Mitscherlich, S. 454 ff., Köln, Berlin 1967.
- Cadière, L.: La religion des Annamites. Hanoi 1944.
- ders.: Anthropologie populaire annamite. Hanoi 1915.
- Clerambault, de: Bull. Soc. clin. de Med. ment. 6, 100, 3, 27.
- Collomb, H.: Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 229 ff., Karger, Basel, New York 1967.
- Delgado, H.: Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 254 ff., Karger, Basel, New York 1967.

- Despinoy, M., u. A. Camelio: Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 272 ff., Karger Basel, New York 1967.
- Erikson, Erik H.: Kindheit und Gesellschaft. Klett, Stuttgart 1961.
- Faris, R. E. L., and H. W. Dunham: Mental Disorders in Urban Areas, Chikago 1965.
- Fenichel, O.: Hysterien und Zwangsneurosen. Darmstadt 1967.
Perversionen, Psychosen, Charakterstörungen. Darmstadt 1967.
- Ferenczi, S.: Bausteine der Psychoanalyse. Huber, Bern 1964.
- Glover, E.: The Birth of the Ego. George Allen and Unwin, London 1968.
- Gottesmann, I. I.: Eugen, Quart, 9 (1962) 223—227.
- Gruhle, W.: In: Bumkes, Handbuch für Geisteskrankheiten. Bd. IX, spezieller Teil 5, S. 139/40.
- Haug, W. F.: Sexuelle Verschwörung des Spätkapitalismus? In: neue kritik, Nr. 51/52 (1969), S. 87 ff.
- Hollingshead, A. and F. Redlich: Social Class and Mental Illnes. New York 1958.
- Janzarek, W.: Schizophrene Verläufe. Springer, Berlin, Heidelberg 1968.
- Jaspers, K.: Allgemeine Psychopathologie. Springer, Berlin, Heidelberg 1953.
- Jilek, W. G., and L. M. Jilek: Transcultural Psychiatric Research Vol. V. S. 5 ff.
- Kardiner, A.: The Individual and his Society. New York 1939.
- Kisker, K. P.: Der Erlebniswandel der Schizophrenen. Springer, Berlin, Heidelberg 1960.
- ders.: Nervenarzt 33 (1962), S. 13 ff.
- ders.: Nervenarzt 35 (1964), S. 286 ff.
- Klein, M.: Psyche 11, 241.
- Kline: Zit. n. Pfeiffer, W. In: Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 106, Karger, Basel, New York 1967.
- Kretschmer, E.: Medizinische Psychologie, 12. Auflage, Thieme, Stuttgart 1963.
- Kulenkampff, C.: Nervenarzt 26 (1955), S. 89 ff.
- ders.: Nervenarzt 27 (1956), S. 2 ff.
- ders.: Nervenarzt 30 (1959), S. 62 ff.
- La Barre, W.: Psychiatry 9, 215, 375 (1946).
- Lidz, Th. u. Mitarbeiter: Schizophrenia, human integration and the role of the family. In: The etiology of schizophrenia (ed. D. D. Jackson), New York 1960.
- Luxenburger, H.: Die Vererbung der psychischen Störungen. In: O. Bumke (Ed.), Handbuch der Geisteskrankheiten, Erg. Bd., Berlin 1939.
- Malinowski, B.: Sex and Repression in Savage Society. Harcourt, New York 1927.
- Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch. Neuwied 1966.
- Mead, M.: From the South Sea. Morrow, New York 1926.
- Myers, J., and H. Roberts: Family and Class Dynamics. In: Mental Illnes, New York 1959.
- Okasha, A.: Psychiatric Observations. In: Egypt. Transcultural Psychiatric Research Vol. V (1968), S. 149.

- Parin, P., u. F. Morgenthaler: Ego and Orality in the Analysis of West Africans. *Psychoanalytic Study of Society* 3 (1964), S. 197 ff.
- dieselben: Observations sur la Genèse du Moi chez les Degons. *Revue française de Psychoanalyse* 31 (1967).
- Parin, P., et G. Parin - Matthey: Considérations psychoanalytiques sur le Moi de Groupe. *Psychopathologie Africaine* 3 (1967), S. 2.
- Parsons, T.: *Essays in Sociological Theory*. Glencoe 1949.
- ders.: *The Social System*. Glencoe 1951.
- ders.: *Social structure and personality*. New York 1964.
- Parsons, T. u. Mitarbeiter: *Socialisation and Interaction Process*. Glencoe 1964.
- Pfeiffer, W.: In: *Beiträge zur vergleichenden Psychiatrie* (Ed. N. Petrilowitsch), Teil 1, S. 102 ff., Karger, Basel, New York 1967.
- Reiche, R.: *Sexualität und Klassenkampf*. Frankfurt 1968.
- Schneider, K.: *Klinische Psychopathologie*. Thieme, Stuttgart 1955.
- Slote, W.: *Observations on Psychodynamic Structures in Vietnamese Personality*, Manuskript, Saigon 1967.
- Spitz, R. A.: *Die Entstehung der ersten Objektbeziehungen*. Stuttgart 1960.
- ders.: *Psyche* 28 (1964/65), S. 241 ff.
- Storch, A.: *Z. Neurol.* 78 (1922).
- Tellenbach, H.: *Transkulturelle Aspekte der Melancholie*. Referat auf der 84. Wanderversammlung südwestdeutscher Neurologen und Psychiater am 8. 6. 1968 in Baden-Baden.
- Terray, E.: *Le Marxisme devant les Sociétés primitives*. Maspero Paris 1968.
- Weinberg, K.: *The Relevance of the Forms of Isolation to Schizophrenia*. *Int. Social Psychiat.* 13 (1967), S. 33 ff.
- Wendt, H. F.: *Das Fischer-Lexikon*, Band Sprachen: „Vietnamesisch“, S. 239 ff.
- Wulff, E.: *Ausdrucksphänomenologische Interpretation einer katatonen Krise*. Inaugural-Dissertation, Freiburg/Br. 1961.
- ders.: *Psychiatrie in Vietnam*. *Nervenarzt* 37 (1966), S. 237 ff.
- ders.: *Psychiatrischer Bericht aus Vietnam*. In: *Beiträge z. vergl. Psychiatrie*, Teil 1, hrsg. von N. Petrilowitsch. S. Karger, Basel, New York 1967.
- ders.: *Besessenheit, Ergriffenheit, Erfülltheit*. Diskussionsbeiträge beim Symposium für transkulturelle Psychiatrie, 2. bis 5. Mai 1968 in Bad Homburg. Hrsg. von C. Kulenkampff (im Druck).
- ders.: *Eine Diskussionsbemerkung zur vergleichenden Psychiatrie depressiver Zustandsbilder und zu daraus sich ergebenden Fragen*. In: *Melancholie*. Hrsg. von W. Mende (im Druck).
- Wynne, L. C. u. Mitarbeiter: *Pseudo-mutuality in the family relations of Schizophrenia*. In: *A modern introduction to the family* (ed. Bell, N. and E. Vogel), Glencoe 1962.
- Wynne, L. C., and M. T. Singer: *Psyche* 19 (1965), S. 82 ff.
- Zutt, J.: *Referat beim Symposium „Besessenheit, Ergriffenheit, Erfülltheit“ in Bad Homburg*, 2. bis 5. Mai 1968.

Klaus Horn

Politische und methodologische Aspekte gruppensdynamischer Verfahren*

Vorbemerkung

Diese Arbeit will eine Diskussion darüber anregen, welche Rolle gruppensdynamisch orientierte Verfahrensweisen einmal unmittelbar in der Erwachsenenbildung und welche sie insgesamt politisch spielen wollen, auf Grund des Standes ihrer Selbstreflexion können und im Idealfall könnten. Welche Bedeutung hat die „Entwicklung von Konformismus oder Autonomie in Arbeitsgruppen“¹ im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang? Können gruppensdynamisch orientierte Verfahren eine Stärkung der Urteilsfähigkeit, Verbesserung der Information und Steigerung der politischen Aktivität der Bürger bewirken, so daß diese nach gruppensdynamischem Training eher imstande wären, formaldemokratischen Abstimmungsmechanismen durch das Schaffen und Zur-Wahl-Stellen inhaltlich bestimmter politischer Alternativen Sinn zu geben? Kann im weitesten Sinn psychodynamisch orientierte Arbeit mit kleinen Gruppen im parlamentarischen System — um den Anspruch hoch anzusetzen — ein Mittel sein, welches der soziodunktionalen Manipulation der Bürger so entscheidend entgegenwirkt, daß deren Kontrollfunktion gegenüber ihren politischen Instanzen ein Gewicht gewinnt, welches eine notwendige Bedingung für die Kritik überholter und Entwicklung neuer menschlicher Beziehungen ist? Ohne den Anspruch auf Systematik und Vollständigkeit zu erheben, sollen Vorteile und Grenzen gruppensdynamischer Verfahren unter diesen Gesichtspunkten geprüft werden. Dabei werden insbesondere methodologische Probleme und deren politische Implikationen untersucht. Die Wissenschaft von den psychodynamischen Prozessen in überschaubaren kleinen Gruppen sollte, bevor sie diese Prozesse in größerem Umfang gezielt in Gang setzt, auf diese Aspekte reflektieren.

* Einige der hier entwickelten Gedanken wurden in einer Diskussion mit Diplomsoziologen Hilmar Tillak von der Universität Gießen erarbeitet. Herrn Dr. Alfred Lorenzer, Frankfurt/Main, und Herrn Professor George C. Rosenwald, University of Michigan, danke ich für ihre kritischen Hinweise.

1 T. Brocher, Gruppensdynamik und Erwachsenenbildung. Zum Problem der Entwicklung von Konformismus oder Autonomie in Arbeitsgruppen, Braunschweig 1967.

I

In der politischen Bildung besteht Hilflosigkeit gegenüber politischer Apathie. Diese wird zwar in erster Linie durch gesamtgesellschaftliche Umstände erzeugt. Darüber hinaus muß jedoch davon ausgegangen werden, daß sich solche Einstellungen sowohl emotional als auch kognitiv niederschlagen und, so in psychischer Struktur und Dynamik verankert, stabilisierend auf gesellschaftliche Institutionen zurückwirken, die es eigentlich zu verändern gilt, weil diese ein Maß an Herrschaft bedeuten, das sich nicht mehr rechtfertigen läßt. Nach einer Möglichkeit zu suchen, solche Symptomtraditionen zu durchbrechen, ist deswegen legitim. Allerdings darf bei diesem Ansatz am Subjekt dessen gesellschaftliche Vermittlung nicht außer Sicht geraten.

Erinnert man sich nur an die Untersuchungen des Psychologenehepaares Tausch über Unterrichtsstil in deutschen Schulen² — es herrscht dort ein recht eindimensionaler Kommunikationsstil, der es den Schülern verwehrt, ihr Interesse auch nur artikulieren zu lernen —, so wird bereits deutlich, was mit Symptomtraditionen gemeint ist. Erkennt man derartigen Interaktionsmustern ein gewisses Eigengewicht zu, eine relative Unabhängigkeit von den Produktionsverhältnissen, ein reaktionäres Schwergewicht, dann ist es gerechtfertigt, in England und den USA entwickelte gruppenspezifische Verfahren in die Bundesrepublik zu importieren mit dem Ziel, auf dem Wege über eine Schulung der Selbst- und Fremdwahrnehmung in kleinen Gruppen autoritäre Traditionen aufzubrechen. Es läßt sich denken, daß — wenn eine Gesellschaft nicht ohnehin fundamental zur Formierung tendiert — Verkehrsstile sich entkrampfen und deswegen sachliche Probleme leichter sich lösen lassen, weil der Blick für Wiederholungszwänge geschärft wird, die nicht nur persönlich-idiosynkratischen Ursprungs, sondern zugleich kollektiver Herkunft, Tradition sind. Man kann sich vorstellen, daß eine kritische Öffentlichkeit besser funktioniert, wenn mehr Menschen in den Stand gesetzt werden, sich selber und andere kritisch beobachten zu lernen — unter der Voraussetzung, daß die Gruppendynamik und das von ihr angestrebte Ergebnis: die Stärkung autonomen Urteilsvermögens von einer inhaltlichen Demokratisierung der Gesamtgesellschaft unterstützt wird. Ja, man möchte hoffen, daß ein gruppenspezifisches Sensitivitätstraining den Trend zur Formierung einer Gesellschaft verlangsamt oder gar aufhält, wenn Verfahren entwickelt werden, die es ermöglichen, daß eine solche Sozialtechnik mit kritischen Inhalten vermittelt angeboten wird. Die Reflexion auf das Verhältnis gruppenspezifischer Verfahren zu den diskutierten Inhalten ist generell von größter Bedeutung, da Gruppendynamik in der Bundesrepublik jetzt für die Erwachsenenbildung fruchtbar gemacht werden soll³. Zum Jahresende 1968 erschien die Nullausgabe

2 R. und A. Tausch, Erziehungspsychologie. Psychologische Vorgänge in Erziehung und Unterricht. Göttingen 1963.

3 Vgl. Anmerkung 1.

einer neuen deutschen Zeitschrift, die sich Fragen der Gruppendynamik widmet⁴.

II

Was heute als Gruppendynamik firmiert, läßt sich auf Morenos Soziometrie sowie auf die Kleingruppenforschung der Lewin-Schule zurückführen⁵, aber auch auf die Kleinsche Psychoanalyse, auf deren Basis W. R. Bion seine von der Psychotherapie herkommenden Kategorien entwickelt⁶.

Anhand einer systematischen und zum Teil auch kritischen Einführung in „Dynamics of Participative Groups“⁷ soll zunächst ein Eindruck von „der Gruppendynamik“ vermittelt werden, die keine einheitliche Methode des „sensitivity training“ ist, sondern in mannigfacher Weise, eklektisch wie schöpferisch gehandhabt wird. In der Regel richtet Gruppendynamik außerhalb therapeutischer Verfahren in Diskussionsgruppen, die sich zunächst selbst Aufgaben stellen, ihr Augenmerk auf das Subjektive, auf jenes psychische Moment, das nicht in unmittelbar zweckrational gebundenen Interaktionen aufgeht, und sich bei der Aufgabenlösung hemmend oder auch befördernd bemerkbar machen kann.

Bevor wir dieses psychische Moment näher zu charakterisieren versuchen, sollen die Grundsätze eines Gruppentrainingsprogramms referiert werden, das sich „participative action“ nennt⁸ und explizit als Demokratisierungsprogramm versteht. „The truths and values are worked out by the people in the process of education. The educational process in a very real sense helps to create the society that it serves by playing a role in social change, as should all other institutions in a flexible, changing and thus democratic society.“⁹

4 Gruppendynamik, Forschung und Praxis. Hobbing-Verlag, Korrespondenz Ausgabe des Journal of Applied Behavioral Sciences (NTL).

5 Einen zusammenfassenden Rechenschaftsbericht über die Geschichte der in den USA betriebenen Form der Gruppendynamik geben L. P. Breadford, J. R. Gibb und K. D. Benne, eds., T-Group. Theory and Laboratory Method. Innovation in Reeducation, New York-London-Sidney 1964². Dort wird die Arbeit der amerikanischen National Training Laboratories und der National Education Association dargestellt. Diese vereinigten Institutionen geben Selected Reading Lists heraus.

6 W. R. Bion, Experiences in Groups and other Papers, London 1961, S. 141 ff. T. Brocher (vgl. Anm. 1) bezieht sich auf beide Traditionen, ohne allerdings auf die Schwierigkeit der Vereinbarkeit der zwei Ansätze einzugehen. P. R. Hofstätters „Gruppendynamik“ (rde 38, Hamburg 1957) orientiert sich vorwiegend an der Lewintradition; sein Interesse ist in erster Linie, die für ihn methodisch fragwürdige Massenpsychologie durch Gruppenforschung abzulösen; dabei unternimmt er den Versuch, auch gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge mit Hilfe seiner Gruppendynamik zu erklären. Diese hat also weniger den Sinn der Korrektur des Selbstverständnisses an der Reaktion anderer.

7 J. R. Gibb, G. N. Platts and F. Miller, Washington 1959³.

8 Vgl. Anm. 7.

9 a.a.O., S. 64.

Man hofft auf spürbare Verbesserung der Selbsteinsicht und einen Wandel der Einstellungen¹⁰. Das soll durch eine Reihe von Vorkehrungen erreicht werden, die Problemlösungen in Gruppen zwischen 8 und 12 Personen erleichtern. Von Gibb, Platts und Miller wird das physische Setting betont¹¹, die Angstreduzierung¹², die Verteilung der Führungsfunktionen¹³, die Formulierung eines Zieles¹⁴, Flexibilität¹⁵; der Willen zum Konsensus¹⁶, ein Bewußtsein für den Gruppenprozeß¹⁷, sowie eine kontinuierliche Auswertung werden als Voraussetzungen für die gedeihliche Gruppenarbeit angesehen. Diese gilt als Modell demokratischer Verfahrensweisen. Eine demokratische Gesellschaft „permits maximum growth and maximum change, which allows man to develop and grow through a maximum of emotional and intellectual interaction“¹⁹. Man nimmt an, daß diese Technik eine Reihe von Charakteristika, die in der Regel mit Demokratie in Verbindung gebracht werden, fördert: „dignity and worth of the human personality“, „equality of man“, „consent of the governed“, „confidence in the capacities of man“ und „availability of relevant information“²⁰.

III

Es fällt auf, daß die Anweisungen für die Abhaltung solcher Gruppensitzungen, die sich bei wöchentlichen Treffen über Jahre erstrecken können, aber auch als kürzere Wochen- oder Wochenendtagungen stattfinden, äußerst formal sind²¹. Brocher²² bringt als Übungsaufgaben, an denen Prozeßverlauf, Kommunikations- und Kooperationsweisen erfahren werden können, ebenfalls Übungs-

10 a.a.O., S. 68.

11 „The effective problem-solving group has a physical atmosphere conducive to problem-orientation and is large enough to permit maximum experience background and small enough to permit maximum participation and minimal threat.“ a.a.O., S. 1 f.

12 „Pleasant interpersonal relationship reduce threat and permit shift of orientation from interpersonal problems to group goals.“

13 „Distribution of leadership maximizes problem involvement and permit maximum distribution of member growth.“

14 „Explicit goal formulation increases the group we-feeling and increases involvement in the decision-making process.“

15 „Groups should formulate agenda which should be followed until new goals are formulated on the basis of new needs.“

16 „The decision-making process should continue until the group formulates a solution upon which it can form a consensus.“

17 „Awareness of group process increases the likelihood of goal orientation and allows for the more rapid modification of goals or sub-goals.“

18 „Continual evaluations of goals and activities permits catharsis and intelligent modification of the problem solving process at any stage of decision making.“

19 a.a.O., S. 76.

20 a.a.O., S. 76 f.

21 a.a.O., S. 62 f.

22 a.a.O., S. 121 ff.

aufgaben, die in der empirisch orientierten Sozialpsychologie nicht-behavioristischer Richtung schon immer verwendet wurden: z. B. das Nachzeichnen geometrischer Figuren in verschiedenen Settings wird als Anlaß für die Beobachtung dynamischer Gruppenprozesse eingeführt. Der insgeheime Grund für diese tendenzielle Entproblematismusierung bzw. Entgesellschaftung der Übungsaufgaben liegt wohl darin, daß man vor der großen Schwierigkeit steht, wie man das Verhältnis der Psychodynamik zu den diskutierten Inhalten bestimmen soll. Zwar bieten gesellschaftlich neutrale Übungen wie das Zeichnen geometrischer Figuren für die Versuchssituation den Vorteil, „reine“ Psychodynamik beobachten zu können; sie haben zugleich aber den Nachteil, daß es kein Ernstfallmaterial ist — jede Diskussion gesellschaftlich relevanter Sachverhalte läßt sich nicht mehr bloß gruppenspezifisch interpretieren. Brocher spricht z. B. davon, daß in Selbsterfahrungs-, Lern- und Arbeitsgruppen der methodische Ansatz gleich sei, es gehe dabei lediglich um ein mehr oder weniger an „Gruppendynamik“²³: Während die Selbsterfahrungsgruppe typischerweise fast ausschließlich die gruppenspezifische Seite der Interaktionen bearbeitet, richtet die Arbeitsgruppe in der Regel ihre Aufmerksamkeit lediglich dann auf Interaktionsdynamik, wenn die Teilnehmer den Eindruck gewinnen, sie kommen in der Sache nicht weiter, weil irrationale Widerstände aufgekommen sind.

Wenn aber z. B. in Arbeitsgruppen, die sich in eine politische Materie einarbeiten wollen, auf die Dynamik des Gruppengeschehens eingegangen werden soll, ist es unerlässlich, wenigstens für die Lern- und Arbeitsgruppen das Verhältnis der beiden Aspekte: Sache und Interaktionsdynamik zu bestimmen. Für Selbsterfahrungsgruppen, die ihre Aufmerksamkeit ausdrücklich nur auf Gruppendynamik richten, ist das Problem dann nicht gravierend, wenn sie sich an gesellschaftlich neutralen Stoffen üben.

Wir möchten jetzt nicht das Problem diskutieren, wie man durch Institutionalisierung, z. B. durch personale Trennung der Aufgaben Sachdiskussion und Interaktionsdynamik in jenen Gruppen, die Brocher Arbeitsgruppen nennt, die Ebene der Sachproblematik und die gruppenspezifischen Prozesse zunächst voneinander trennen soll, um sie methodisch besser aufeinander beziehen zu können. Dabei wäre z. B. zu beachten, daß der zur gruppenspezifischen Beobachtung Delegierte die Sachproblematik so gut kennt, daß er Schwierigkeiten in der Sache nicht als interaktionsdynamische interpretiert usw. So ist es z. B. absurd, den Streit zwischen jemandem, der in einer Gruppe einen formaldemokratischen Standpunkt vertritt, mit einem andern, der Demokratie nicht nur unmittelbar als Problem freier Wahlen ansieht, zugunsten des Formaldemokraten zu entscheiden, weil die Mehrheit der Gruppe sich dessen einfachen, konventionellen Argumenten anschließt und das Beharren des besser Vorbildeten auf seinem Standpunkt als aggressiv empfunden wird.

Ein Mehr oder Weniger an Beachtung gruppenspezifischer Prozesse kann das Problem des Verhältnisses von Sache und Gruppendynamik nicht lösen. Wir möchten die Frage der politischen Wertigkeit der Gruppendynamik deswegen eher auf einer grundsätzlichen Ebene aufgreifen. Es wird auf die konstitutionelle Schwäche eines solchen Ansatzes hinsichtlich seiner Möglichkeit gezielt, die Sache der Demokratie *inhaltlich* zu fördern.

Zunächst ist auf die Schwierigkeit hinzuweisen, die schon Verba erwähnt, wenn er davor warnt, Ergebnisse der Kleingruppenforschung, die stets unter künstlichen Bedingungen stattfinden, ohne weiteres auf konkrete gesellschaftliche Zusammenhänge zu übertragen²⁴. Dieses Problem finden wir bei allen gruppenspezifischen Verfahren, deren Erkenntnisinteresse sich per definitionem auf die Interaktionsdynamik richtet, in Gestalt eines spezifischen Irrtums wieder: daß gesamtgesellschaftliche Vermittlungen, die in einer kleinen Gruppe nur als Randbedingungen erscheinen, implizit in die Unmittelbarkeit der Interaktionen aufgelöst werden und in dieser ihrer gruppenspezifischen Erscheinungsform adäquat begriffen werden könnten. Die psychologische Naivität gegenüber der Bedeutung gesellschaftlicher Institutionen, des Verhältnisses der Menschen zu Institutionen und der Institutionen untereinander impliziert gerade für den Versuch, gruppenspezifische Techniken zur Förderung demokratischen Verhaltens einzusetzen, insbesondere dann notwendig das Scheitern, wenn diese Techniken nicht methodisch streng geregelt angewandt werden und die Gruppentrainer und die Gruppen selbst zu den diskutierten Inhalten, insbesondere soweit diese selbst Probleme der Substantialisierung der Demokratie betreffen, z. B. auf Grund ihrer Vorbildung, kein Verhältnis finden können.

Zur Rechtfertigung dieses Schrittes: das Problem der gesellschaftlichen Institutionen entweder beiseite lassen oder es in die Unmittelbarkeit sozialen Handelns aufzulösen, wird von Psychologen immer wieder auf Freud Bezug genommen, der in seiner Massenpsychologie behauptet, Individual- und Massenpsychologie unterschieden sich nicht grundsätzlich voneinander²⁵. Freud wird dann in der Regel so verstanden, daß man glaubt, aus seiner Äußerung den Schluß ziehen zu dürfen, soziale, gesellschaftliche Vorgänge ließen sich mit Hilfe *jedweder* psychologischen Kategorien zureichend beurteilen. Gewiß ist dieser Irrtum bei Freud selbst schon angelegt, insofern er zunächst von der unhistorischen Vorstellung ausging, er arbeite an einer physiologischen Psychologie; erst in der Gegenwart wird der implizite historische Gehalt der psychoanalytischen Psychologie deutlich²⁶. Allein wegen dieses immanenten Bezugs auf

24 S. Verba, *Small Groups and Political Behavior. A Study of leadership*, Princeton, N. J. 1961.

25 Darauf beruft sich z. B. Bion, a.a.O., S. 181, sowie Brocher, a.a.O., S. 26 f.

26 Vgl. z. B. J. Habermas, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt/Main 1968, sowie H. Marcuse, *Das Veralten der Psychoanalyse*, in ders., *Kultur und Gesellschaft 2*, Frankfurt/Main 1965.

Gesellschaft gilt die Aussage über die Einheit von Individual- und Sozialpsychologie für die Freudsche Psychoanalyse. Sie ist jedoch nicht auf Ansätze übertragbar, deren Kategorien anders gewonnen werden, auch nicht auf den Bions, der sich auf der Basis der Kleinschen Psychoanalyse in tendenziell biologische Spekulationen über in Gruppen wirksame „psychotische“ Phantasien verliert²⁷, die gegenüber historischen Inhalten neutral sind.

Während Freuds Ansatz prinzipiell die Möglichkeit offenließ, z. B. Inhalte von Über-Ich und Ich-Ideal für eine Gruppenbildung selber mit zur Beurteilung heranzuziehen und somit eine Verknüpfungsmöglichkeit anbot zwischen dem historischen und ontogenetischen Prozeß; während Freuds Ansatz diese Möglichkeit eröffnete, insofern er ein spezifisches historisches Sozialisationsmuster systematisierte, sind die Bionschen basic assumptions ohne jeglichen gesellschaftlichen Gehalt, bzw. sie sind als therapeutische Kategorien, die unvermittelt alles als Problem des Subjekts hier und jetzt interpretieren, gleichgültig gegenüber den historischen Inhalten. Auf Gesellschaftliches übertragen sind es leere anthropologische Kategorien. Brocher, der sich teilweise auf Bion stützt²⁸, bezeichnet die „Gegebenheiten des menschlichen Entwicklungs- und Sozialisationsprozesses“ dann auch konsequent als „anthropologische Realität“²⁹. Dieser Annahme liegt der Irrtum zugrunde, unbewußt determiniertes Verhalten, d. h. dem Willen nicht unmittelbar zugängliche Wiederholungszwänge seien selbst unhistorischen Ursprungs. Damit wird der von der Psychoanalyse hervorgehobene genetische Gesichtspunkt vernachlässigt.

Diese Wendung führt entweder zu einem Allgemeinheitsgrad der Aussage — etwa: der Mensch muß sich immer dem Sozialisationsprozeß unterwerfen, um Mensch zu werden —, mit dem sich sozialwissenschaftlich kaum mehr etwas anfangen läßt — weil darunter z. B. die spezifischen Sozialisationsprobleme der Gegenwart verschwinden — oder aber zum Verleugnen jeder relevanten Problematik jenseits der unmittelbaren Interaktionen der Subjekte überhaupt: zum Ignorieren der Verselbständigung gesellschaftlicher In-

27 Auf die Problematik des Bionschen Ansatzes soll hier nicht eingegangen werden. Zu prüfen wäre insbesondere das Verhältnis der als zeit- und entwicklungslos angenommenen „basic assumptions“: „dependency“, „fighting and flight“ sowie „pairing“ zu den sog. „work-groups“, in denen eine solche Grundannahme einer Gruppe, z. B. Abhängigkeit, in der Realität bearbeitet wird. So begreift Bion die Kirche (im Anschluß an Freuds Massenpsychologie) als eine dependency-Gruppe, das Heer als eine fighting-flight-Gruppe.

28 a.a.O., S. 57 ff.

29 a.a.O., S. 31. Vgl. auch S. 50 f. Gegen die Anthropologisierung der Psychoanalyse argumentierte z. B. bereits O. Fenichel, The drive to amass wealth, in The Psychoanalytic Quarterly 7, 1938, S. 69—95. Vgl. auch K. Horn, Fragen einer psychoanalytischen Sozialpsychologie, in Psyche XXII, 1968, S. 896—911.

stitutionen, die gegenüber ihrer ursprünglichen sozialen Funktion in ähnlicher Weise verdinglichen wie psychische Instanzen gegenüber einem Subjekt. Mit der anthropologisierenden Auffassung vom Gesellschaftsprozess — und das heißt auch: der Aufgabe inhaltlicher Demokratisierung — entsteht die Gefahr, daß Gruppendynamik in der Erwachsenenbildung zu einer Seid-nett-zueinander-Methode wird und man glaubt, allein auf diese Weise: Bereinigung der unmittelbaren Kommunikation politische Bildung bestreiten zu können. Zwar betont Brocher, daß Gruppendynamik keine „Lehrmethode für sich“ sei, daß sie vielmehr „der Bewältigung und Überwindung der in Lerngruppen sich summierenden Schwierigkeiten“³⁰ dienen soll. Doch um eine Verselbständigung dieser Methode gegenüber den sachlichen Problemen, zu deren Lösung sie beitragen soll, zu verhindern, bedarf es methodischer und methodologischer Überlegungen über die Beziehungen zwischen Sachdiskussion und Gruppendynamik. Deren Verhältnis wird auf der Basis einer Anthropologisierung psychologischer Kategorien implizit so entschieden: in der Praxis generell zugunsten der Psychologisierung von Problemen aller Art^{30a}, die in einer Gruppe Schwierigkeiten verursachen, gleichgültig, ob es sich um die sachliche Diskussion wissenschaftlicher Fragen handelt, für die vielleicht gerade nur ein Gruppenmitglied kompetent ist, das von den anderen zurückgewiesen wird, oder um die gruppendynamisch angehbare Frage der Bedeutung der Phantasien einiger Gruppenmitglieder für ihre Mitarbeit.

Der Erwerb der Fähigkeit, im Gewand beliebiger Sachprobleme die psychischen Bedürfnisse aller an einer kleinen Gruppe Beteiligten zu Worte und zur Geltung kommen zu lassen und kritisch auf die Weisen des Zuwortekommens und Zurgeltungskommens zu reflektieren, ist eine wichtige, aber keine *zureichende* Ausrüstung für ein wirkliches Fälligwerden gesellschaftlich möglicher Emanzipation. Um darauf hinzuarbeiten, dürfen die diskutierten Inhalte, wie in der Gruppendynamik bislang normalerweise, nicht nur *Anlaß* für gruppendynamische Interaktionen und deren Betrachtung sein. Die Einführung der Gruppendynamik in die Erwachsenenbildung und in

30 a.a.O., S. 75.

30a Wenn in dieser Arbeit vom Psychologisieren die Rede ist, wird damit kritisiert, daß Phänomene motivational erklärt werden, die sich nicht zureichend oder überhaupt nicht aus der individuellen unbewußten Problematik erklären lassen. Diese kritische Grobeinstellung des Begriffs soll nicht berühren andere, sinnvolle Formen der Psychologisierung, die in der Tat zur Domäne der Gruppendynamik gehören, wenn sie ihrer Arbeit methodologische Überlegungen vorausschickt. So lassen sich z. B. historisch überlieferte Interaktionsmuster — „man verhält sich eben so und so, man kennt das nicht anders“ — sehr wohl auf der psychologischen Erfahrungsebene der Interaktion erfolgreich angehen, ohne daß einerseits einem oder mehreren Individuen zur Last gelegt wird, was nicht in den verdrängten Niederschlägen ihrer Lebensgeschichte unbewußt, dynamisch am Wirken blieb, und ohne daß andererseits die gesellschaftliche Herkunft dessen, was man in Anlehnung an Mitscherlich kollektive Symptomtraditionen nennen kann, aus dem Sinn sich verliert.

andere Bereiche sollte also nicht mit dem Ziel betrieben werden, alle sachlichen, alle institutionellen Probleme nur in ihrer psychologischen Erscheinungsform zu behandeln. So wird z. B., geht man nicht über die Interaktionsebene hinaus, das Ergebnis eines tendenziell fehlgelaufenen Sozialisationsprozesses stets nur als Krankheit oder Abweichung im Sinne fehlgelaufener Anpassung verstanden werden können, die womöglich vermittelt an Therapie grenzender gruppensdynamischer Verfahren revidiert werden kann. Die Rationalität bzw. Irrationalität der Institutionen aber, welche solche Deformationen mit erzeugen, wird bei dieser methodischen Einstellung nicht mit überprüft: wenn alles psychologisiert wird. Eine solche Verwendung gruppensdynamischer Techniken muß vom methodischen Arrangement her konformistisch wirken.

IV

Das Problem des Psychologisierens sachlicher Fragen: auf die Form und eine mögliche gruppensdynamische Bedeutung, nicht aber auf den materialen Gehalt der Argumente einzugehen, ist auch noch von einer anderen Seite her zu beleuchten. Wenn gruppensdynamische Verfahren für sich eine emanzipatorische Bedeutung beanspruchen, dürfen sie nicht nur soziologische Probleme nicht psychologisieren, sie müssen vielmehr gerade das Gegenteil zu visieren suchen: jenes von ihnen angesprochene subjektive Moment in schöpferischer Weise mit objektiv gegebenen Sachverhalten zu vermitteln, um bessere Formen menschlicher Beziehungen zu entwickeln: im besten Sinne politisch zu wirken.

Wer keinen Begriff von gesellschaftlichen Institutionen hat, wird sie nicht in den Griff bekommen. Vorstellungen über Soziologie und das Verhältnis von Soziologie und Psychologie sind deswegen entscheidend für Lern- und Arbeitsgruppen, die politische Bildung betreiben. Nicht nur darf eine Interpretation interaktionsdynamischer Vorgänge in einer Gruppe nicht radikal psychologisieren — indem vom Sachgehalt des Problems abgesehen wird —, sondern es muß versucht werden, ein gruppensdynamisch erscheinendes Moment zugleich auf seine gesellschaftliche Genese hin zu untersuchen. So kann politische Apathie der Unterschichten heute nur zureichend begriffen und — wenn überhaupt — mit politischer Bildung aufgefangen werden, sofern man in Rechnung stellt, daß es Menschen, die sogar in der Politikwissenschaft als Objekt, aber nicht als Subjekt der Politik begriffen werden, unmittelbar rational erscheinen muß, keine eigene politische Initiative im weitesten Sinn zu entwickeln. Dieses Verständnis der Sache muß in Erwachsenenbildung eingehen; nur unter dieser Voraussetzung wird eine interaktionsdynamisch orientierte Interpretation von Gruppenprozessen die Teilnehmer nicht nur auf sich selbst, auf eine fiktive psychologische Unmittelbarkeit zurückwerfen, sondern politische Bildung in dem Sinne sein, daß die Teilnehmer ihr Verhalten auch unter dem Aspekt seiner Bestimmtheit durch den gesamtgesellschaftlichen Prozeß sehen lernen.

Wer den Erkenntnisgegenstand der Soziologie nur im unmittelbaren sozialen Handeln sieht und demzufolge Probleme der inhaltlichen Demokratisierung unserer Gesellschaft auf die oben beschriebene Weise in der Regel psychologisiert, überschätzt die Wertigkeit der Individuen im Reproduktionsprozeß unserer Gesellschaft³¹. Er kann keine Vorstellung von den Institutionen haben, die es zu verändern gilt; wie will er ihnen gegenüber sich emanzipieren bzw. sie verändern? Solange gruppensdynamische Verfahren ihr Verhältnis zu den diskutierten Inhalten — falls diese selbst von gesellschaftlicher Relevanz sind — nicht klären, werden sie gar nicht in der Lage sein, die festgestellte, gesamtgesellschaftlich beförderte Inkonsistenz politischen Bewußtseins³² im Sinne einer emanzipatorischen Bestrebung anzugreifen. Solange gruppensdynamische Verfahren nicht wirklich darauf abzielen, in dem von ihnen angestrebten Lernprozeß die lebensgeschichtliche und die gesellschaftlich relevante Problemebene miteinander sachadäquat zu verknüpfen, solange nur dort psychodynamisch gedacht wird, ist es zumindest dem Zufall zu überlassen, ob dieses Verfahren emanzipatorisch wirkt. Gruppendynamik hebt die Naivität gegenüber privatistisch-psychologischen Momenten der Diskussion auf. Sie sollte nicht ihrerseits der Naivität gegenüber der sachlich-politischen Problematik verfallen.

Das von der Gruppendynamik methodisch zugänglich gemachte subjektive Moment dürfte weder hinsichtlich seiner Genese von gesellschaftlicher Vermittlung abgeschnitten noch durch Psychologisierung daran gehindert werden, sich in der Erfahrung zu stärken und darauf abzielen, politisch wieder aktiv und vernünftig ins Spiel zu kommen, damit in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht der Intention nach eine Einheit von Handeln und Erfahrung angestrebt werden kann. Das wäre möglich, wenn die emotionalen Prozesse nicht nur mit psychologischen Begriffen eingefangen, sondern auch mit gesellschaftlichen Phänomenen in Zusammenhang gebracht werden, so daß dieses subjektive Moment einen konkreten Begriff von sich gewinnen kann. Vernachlässigt man aber gerade in der Erwachsenenbildung die kognitive Seite des Problems der Emanzipation — insbesondere die soziologische Dimension, die kritische Gesellschaftstheorie — läßt sich die Gefahr absehen, daß Gruppendynamik zur bloßen Sozialtechnik wird, die von allen gesellschaftlichen Institutionen verwertet werden kann, ohne daß diese selbst in die Reflexion miteinbezogen würden. Letzteres wäre eine soziologische Fragestellung, keine der Psychologie. Horkheimer, der zu den Mitherausgebern der neuen gruppensdynamischen Zeitschrift zählt, hat das Vorgehen, vor dem hier gewarnt werden soll, selbst treffend gekennzeichnet. In einem Aufsatz über „Verantwortung

31 Zur Kritik vgl. M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, in *Zeitschrift für Sozialforschung* I, 1932, S. 121—144.

32 R. Schmidt und E. Becker, *Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik*. Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 19, Frankfurt/Main 1967.

und Studium“ heißt es: „Ich warne sie vor dem ‚Konkretismus‘. Er besteht im Kleben am unmittelbar Vorhandenen, im Unvermögen, über die gegenwärtige Situation hinauszugehen. Man verharret in der Situation des Jungen, der im Basteln aufgeht und sich damit als Erwachsener vorkommt, bei einer Art von Verstand, den an der Uhr die Räder interessieren, nicht die Zeit, die sie mißt. Alle werden sozusagen zu Mechanikern.“³³ Dieser Konkretismus ist konformistisch.

V

Die methodologische Naivität kann sich z. B. in einem ständigen unkontrollierten Oszillieren einer Gruppe zwischen der psychodynamischen und der sachlichen Ebene eines Problems niederschlagen. Hier soll nur ein Beispiel skizziert werden.

Lehrer, die sich im Rahmen einer Selbsterfahrungsgruppe treffen, werden dort — in den verschiedenen Mischungsverhältnissen — auf zwei Problemebenen diskutieren. Es wird von der institutionellen Seite ihrer Arbeit die Rede sein und von ihren persönlichen Problemen in diesem Rahmen. Die *institutionelle Seite* ist ein soziologisches Thema: Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen wird gelehrt und was wird auf Grund dieser Bedingungen gelehrt? Wird z. B. bloße Reproduktion technischen Wissens eher gefördert als kritisches Denken, und wie sind die einzelnen Stufen der Hierarchien Schule und Universität an jene gesellschaftliche Funktion gebunden? Es ist eine bildungssoziologische und politische Problematik, wie verschiedene Stufen des Bildungsprozesses im Sinne einer inhaltlich erfüllten Demokratie praktisch zu modifizieren wären. Die *persönliche Problematik* kommt in Gestalt unabsehbar vieler Probleme (solcher im Rahmen beruflicher und anderer mehr privater Natur) zur Sprache. Möglicherweise ließen sie sich dahingehend zusammenfassen: Inwiefern sammeln sich in einem spezifischen Beruf Individuen ähnlicher psychischer Konfliktlage, die vermittels ihrer Rollenaufgabe ihre eigenen unbewußten Probleme zu bearbeiten oder abzuwehren versuchen? Und: Ermöglichen oder verhindern die Institutionen das? In welchem Verhältnis stehen die Konflikte zur Rollenaufgabe?

Die Fragestellung einer von solchen gruppenspezifischen Prozessen ausgehenden wissenschaftlichen Untersuchung könnte lauten: Gibt es ein insgeheimes Bündnis zwischen Bildungssituationen und den unbewußten Interessen einer Mehrzahl der Lehrer, welches dahin führt, daß das unbewußte Interesse: an dem gefundenen Kompromiß zwischen Rollenaufgabe und Abwehrstruktur festzuhalten — und gegebene objektive gesellschaftliche Interessen wie diese: Wissen nur als Produktivkraft für die gegebenen Produktionsverhältnisse zu tradieren — eine Veränderung der Ausbildungs-

33 In: Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, *Sociologica II*, Reden und Vorträge, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 10, Frankfurt/Main 1962, S. 79.

situation hintertreiben? Obgleich diese Frage selber eine sozialpsychologische ist, führt sie doch bereits über „Gruppendynamik“ hinaus, denn weder kann von den Gruppenteilnehmern selbst konsequent etwa bildungssoziologische Forschung betrieben werden, um einerseits die institutionelle Problematik bis zum Ende durchzudenken; noch handelt es sich bei der Gruppendynamik um eine besondere gruppentherapeutische Technik, die die Inangriffnahme der institutionellen Problematik konsequent auf dem Umweg über die Bearbeitung der unbewußten Probleme aller Gruppenteilnehmer betreibt. Das Interesse dieser Selbsterfahrungsgruppe richtet sich auch gar nicht auf die skizzierten Extreme, die ganz anderer methodischer Strategie bedürften. Gruppendynamik ist weder eine modernisierte psychoanalytische Technik³⁴, noch ist ihr Problembereich — die Interaktionsdynamik kleiner Gruppen — identisch mit dem Gegenstand soziologischen Erkenntnisinteresses. Letzteres richtet sich auch auf Institutionen, die aber nicht in Handeln unmittelbar aufzulösen sind. Die soziologische Frage nach dem Sinn der Institutionen müßte das *dynamische Beziehungsgefüge* der kleinen Gruppe in mehrfacher Hinsicht ebenso transzendieren bzw. von ihm absehen, wie eine auch nur mitlaufende therapeutische Absicht das sinnvolle *Verhandeln sachlicher Probleme* ausschließen müßte³⁵. Weder können

34 Wir lassen hier eine wichtige Frage: welche Ebene der Psychodynamik in gruppendynamischen Techniken mit welchen Kategorien angesprochen werden kann, offen. Sie wäre zu klären, bevor man etwas über die Schwere der Konflikte ausmachen kann, die vermittels gruppendynamischer Techniken ins Bewußtsein gehoben und damit als irrationale Hindernisse bei Problemlösungen beseitigt werden können. Den Unterschied gruppendynamischer Verfahren, die sich u. U. auch für eine kurzfristige Gruppentherapie eignen, zur psychoanalytischen Gruppenanalyse arbeitet Hermann Argelander heraus: Gruppenanalyse unter Anwendung des Strukturmodells, in *Psyche* XXII, 1968, S. 913—933. Barbara Klostermann schrieb am 19./20. 4. 1969 in der Süddeutschen Zeitung einen Bericht über Sitzungen einer Trainingsgruppe, in der die Beobachtung gruppendynamischer Kommunikationsprozesse im Mittelpunkt stand. Nach dem Bericht wurden dort einige Teilnehmer derart aus ihrem Gleichgewicht gebracht, daß sie anschließend psychiatrischer Behandlung bedurften. Hier zeigt sich deutlich die Grenze der Leistungsfähigkeit der Gruppendynamik, die in Gang gesetzte unbewußte Prozesse bei einzelnen, deren psychische Lage vorher nicht verantwortungsbewußt diagnostiziert wurde, nicht aufzufangen vermag. Die Gruppendynamik hat dafür keine kategorialen und demzufolge auch keine praktischen Möglichkeiten. Der Schluß des Berichtes spiegelt die zwielichtige Situation, in welche verantwortungslose Pseudofachleute solche Verfahren bringen: „Die Frage des Anfangs stellt sich neu: Was hat es mit Gruppendynamik wirklich auf sich? Eine raffiniert gefährliche Spielart von Manipulation, sei es im Interesse der Wirtschaft? Ein teuflisches Spiel, mit dem Auseinanderfall der Person als Folge? — Oder ein Weg zu differenzierterer Menschlichkeit?“

35 Es gibt allerdings Bereiche, in denen eine Integration der Ebene der Selbsterfahrung in der Gruppe und des Verhandelns sachlicher Fragen sinnvoll möglich ist, weil es in der Natur der Sache liegt. Das gilt besonders für die Ärztegruppen Balints (Michael Balint, *Der Arzt, sein Patient*

diese nur als Emanationen unbewußter Konflikte verstanden werden, noch ist jenes mit der Ebene soziologischer Fragestellung identisch. Die Gruppendynamik bewegt sich vielmehr in einem Bereich *sui generis* zwischen zwei Ebenen: In einem langen Prozeß wird die Selbst- und Fremdwahrnehmung in der Interaktion kleiner Gruppen geschult anhand der Diskussion aller möglichen Fragen, von denen bei Berufsgruppen Fragen beruflicher Schwierigkeit objektiver und subjektiver Art im Zentrum stehen können.

Solange es in der gruppenspezifischen Situation wesentlich um das Agieren und, im Idealfall, das Erkennen wiederkehrender, teilweise in idiosynkratischen Verhaltensweisen einzelner wurzelnder Interaktionsmuster und die willentliche Verfügung darüber geht, kann dieses Vorgehen als methodisch beschränkter, geregelter post-adoleszenter Sozialisationsprozeß verstanden werden. Verhaltensweisen, gegenüber denen man blind war und die in vielfachen Zusammenhängen ein Vorschreiten von Problemlösungen verhinderten, können auf diese Weise ins Bewußtsein gehoben werden. Aneignen und Verbessern sozialer Praktiken wird besser oder überhaupt erst möglich. Sobald jedoch ein Zweck ins Spiel kommt, der jenseits dieses spezifischen Aufklärungsprozesses liegt, ergeben sich Probleme. Ob nun im Sinne des Leistungsprinzips in einer vorgegebenen Zeit ein bestimmtes Wissen mit Hilfe gruppenspezifischer Praktiken vermittelt werden oder auf diesem Wege die Zustimmung einer Gruppe zur Einführung neuer Arbeitsmethoden erreicht werden soll — auf jeden Fall gefährdet die zweckrationale Aufgabenstellung tendenziell jenes spontane Erkennen gruppenspezifischer Wiederholungszwänge und der Funktion einzelner in deren Rahmen. Diese Erkenntnis kann ja zunächst als ein spezifischer Schritt in Richtung auf größere Autonomie begriffen werden. Allein schon die Notwendigkeit, die Aufmerksamkeit jeweils ganz anders zu strukturieren, erschwert die gleichzeitige Lösung der Probleme auf einer sachlichen und gruppenspezifischen Ebene außerordentlich.

Integriert man Gruppendynamik und politische Bildung ohne methodisches Problembewußtsein, besteht in einer konkreten Situation die Gefahr, daß z. B. die Erörterung politischer Probleme gerade in dem Augenblick mit dem Einbringen der gruppenspezifischen Ebene abgewehrt wird, wenn an brisante Stellen oder auch nur an Fragen gerührt wird, die sachlich kontrovers sind oder hinsichtlich der Informationslücken bestehen. Umgekehrt wird als Abwehr der ja auch gar nicht beabsichtigten, adäquat nur vermittels psychoanalytischer Techniken erreichbaren therapeutischen Tendenz in gruppenspezifischen Settings gerade dann eine sachliche Problematik zur Sprache kommen, wenn die Angst vor gefährlichen emotionalen Problemen zu groß wird. Die Diskussion sachlicher Probleme kann so zur Funktion einer Angstabwehr werden und die

und die Krankheit, Stuttgart 1957). Dort ist der verhandelte Gegenstand, das Arzt-Patient-Verhältnis, selber ein eminent psychodynamisch determinierter.

Diskussion psychischer Schwierigkeiten z. B. zur Funktion einer objektiven narzißtischen Kränkung, die darin besteht, daß man über Gesellschaft zu wenig weiß und ihr gegenüber sich ohnmächtig fühlt. Auf diese in der Methode der Gruppendynamik liegende Gefahr ist zu reflektieren. Besonders nachdrücklich sei auf die Gefahr der Abwehr von Problemdiskussionen der Sachebene vermittels des Umspringens auf die psychologische Ebene verwiesen, weil dieses Psychologisieren sich im Sinn eines gesamtgesellschaftlichen Trends abspielt: Da die gesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend undurchsichtig sind, besteht die Tendenz zu konkretistischen Erklärungen, z. B. jene zum Psychologisieren, womit die gesellschaftliche Seite der Probleme dann in Ruhe gelassen wird^{35a}. So ist es z. B. einfacher und im Sinne reaktionärer Politik vorteilhafter, die Studentenbewegung zu kriminalisieren oder die Aktiven zu Psychopathen zu stempeln, statt in ihrem Handeln eine Symptomatik zu sehen, die wesentlich gesamtgesellschaftliche Ursachen hat, unter anderem unmittelbar die verfehlte Hochschulpolitik und mittelbar einen Funktionswandel der Familie.

Gegenüber einer Gruppendynamik, die die Vorstellung hat, ihre Sozialtechnik wirke an und für sich demokratisierend und könne deswegen überall und immer eingesetzt werden, ist auf diese methodischen Probleme, die sich in politische verwandeln, hinzuweisen, damit nicht eine als fortschrittlich sich tarnende Konformismustechnik auch noch guten Gewissens die Erwachsenenbildung okkupiert. Die psychologische und die sachliche Ebene einer Diskussion dürfen auf keinen Fall z. B. im Sinne der oben geschilderten Abwehrhaltungen miteinander vermengt sein. Die naive Vermengung kann verhindert und statt dessen darauf hingearbeitet werden, daß sie sich tendenziell eher im Sinn eines auf die Gesamtbevölkerung auszudehnenden, als politische Kontrolle funktionierenden Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit zueinander verhalten. Der Weg dahin muß sicher über eine Stärkung des Ich führen, die unter anderem gruppendynamisch versucht werden kann. Über den politischen Wert der Gruppendynamik entscheidet aber allein ihre politische Verwertung; diese ist abhängig von theoretischer Einsicht und praktischer, auf die Methode gerichteter Phantasie.

VI

Es kann an dieser Stelle zur Charakterisierung der Gruppendynamik nicht, wie notwendig wäre, deren Verhältnis zur Politik, zur Soziologie und zur Psychologie weiter entfaltet werden. Wir wollen statt dessen zur Verdeutlichung unserer Kritik soziologischer und

35a Diese Entpolitisierung des Öffentlichen, seine Personalisierung und Psychologisierung ist dem ideologischen Schleier zuzurechnen. Habermas weist darauf hin, daß die Studentenbewegung einen Umschlag in Szene gesetzt hat: hier werden vordem als privat betrachtete Konflikte wieder politisiert. Vgl. J. Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt/Main 1969, S. 31.

pädagogischer Überstrapazierung gruppenspezifischer Verfahren und zugleich zum Nachweis, daß die gruppenspezifische Sphäre ein Bereich sui generis ist — als solcher spezifische Berechtigung hat und bei bedachter Anwendung eine eigenständige Funktion erfüllen kann —, einen Vergleich anstellen. Die Situation in einer Selbsterfahrungsgruppe hat in einigen wesentlichen Punkten strukturelle und funktionale Ähnlichkeit mit der Situation in einer Familie; allerdings entscheiden darüber methodische Kriterien und nicht Naturwüchsigkeit. Wir stellen diesen verdeutlichenden Vergleich auch unter der Voraussetzung an, daß in der Gruppendynamik das gesamte Setting auf den Zweck hin ausgerichtet ist, die genannte Selbsterfahrung in Versuchsanordnungen handelnd und diskutierend zu machen, während die Familie weiteren Funktionen dient und den Aktivitäten weniger kontrollierbare Grenzen setzt. In beiden Bereichen ist es aber ausdrücklich gestattet, daß Psychisches zu Worte und in gewisser Weise zu seinem Recht kommt, was in der Arbeitswelt heute, wenn es nicht bereits angepaßt ist, immer mehr dysfunktional wirkt. Jedoch wird das in der Gruppendynamik angesprochene subjektive Moment nicht radikal — wie in der Einzeltherapie methodisch notwendig — ins Individuum hinein aufgelöst, sondern es verbleibt in der Regel in der für den einzelnen *relativen und doch ein-drucksvollen Unverbindlichkeit der Gruppe*. Andererseits kommen in Selbsterfahrungsgruppen wie in Familien notwendigerweise objektiv-sachliche Zwänge zur Sprache und zur Geltung; sowohl Familie als auch Gruppendynamik, insbesondere in der Erwachsenenbildung, sollen ja auf Gesellschaft, auf Rollenverhalten z. B. vorbereiten. Doch geraten beide Aspekte, das subjektive Moment und die gesellschaftlichen Forderungen, die in einer vielfachen Weise miteinander in Widerspruch stehen, in beiden Fällen nur so weit ins Spiel, daß in der Regel die Gruppe erhalten bleibt.

Gerade dieser Gesichtspunkt der Erhaltung der Gruppe zeigt noch einmal die Gruppendynamik als Bereich sui generis jenseits von Soziologie und Psychotherapie. Sie bewegt sich gezielt, ähnlich wie die Familie naiv, in einem spezifischen Vermittlungsbereich zwischen Gesellschaftlichem und Psychischem. Diese Mischung gibt es weder in einer Arbeitsgruppe am Fließband noch im Arbeitsbündnis von Patient und Psychoanalytiker: Während der Arbeiter in einer technischen Funktion aufgehen soll, muß der Analytiker ausnahmslos alle Aussagen des Patienten als Funktion von dessen unbewußten Problemen betrachten. Das Oszillieren aber zwischen Notwendigkeiten, die die Reproduktion des Lebens auferlegt, und den lebensgeschichtlich gewordenen, allerdings nur auf der Interaktionsebene in der Gruppe analysierbaren Bedürfnissen, hat, da es unter dem Primat der Aufrechterhaltung der Gruppe steht, den unschätzbaren Vorteil, daß in diesem abgeschirmten Schonraum ständig gesellschaftliche Forderungen (zwar zumeist nur in Gestalt von Hinweisen anderer auf eigenes Verhalten) und individuelle Bedürfnisse tendenziell miteinander vermittelt werden, indem wenigstens Widersprüche ins Bewußtsein treten.

Dieser Vorteil ist jedoch zugleich der Nachteil der Gruppendynamik, insbesondere bei ihrer Anwendung in der Erwachsenenbildung. Denn das Postulat, die Gruppe weder ihrer psychologischen noch der diskutierten sachlichen Probleme wegen zu sprengen, hat einerseits zwar einen weiteren Vorteil zur Folge: daß — denkt man konsequent gruppenspezifisch — in die Gruppe hineinragende soziale Machtverhältnisse nicht ausgespielt werden, sondern eher darauf reflektiert wird, wie sie in der Psychologie der Gruppe erscheinen. Andererseits aber kann durch eben jenes Postulat die diskutierte (psychologische und soziologische) Problematik nur auf Kosten der Wahrheit so eingeschränkt werden, daß — wenn zu große Vorbildungsunterschiede oder ernstere psychische Störungen bei einzelnen eine gewisse Integration der Gruppe verhindern — niemand die Gruppe verläßt^{35b}. Gerade weil das Informationsniveau einzelner nicht mehr zu heben ist oder emotionale Probleme in der Gruppe nicht lösbar sind, werden sowohl Familien als auch Gruppen oft verlassen. Denn eine infantilisierende Wirkung geht nicht nur, wie Brocher referiert³⁶, vom *laissez-faire*-Stil einer Lewin-Gruppe aus. Eine solche Wirkung kann — visiert man Emanzipation im gesamtgesellschaftlichen Maßstab an — ebensowohl von der oben geschilderten methodologischen Naivität ausgehen wie unmittelbar von der Vorstellung, Gruppendynamik sei „die Lehre von der Gesetzlichkeit verbewußter und unbewußter Prozesse in Gruppen, unabhängig von deren Intelligenzgrad und weitgehend unabhängig von der Sozialschichtung“³⁷. Will man im Ernst Erwachsenenbildung betreiben, kann man gerade nicht von der Schichtenspezifität von Interaktionsmustern und Denkstilen absehen, denn subkulturell³⁸

35b Diese Einschränkung auf Kosten der Wahrheit ist in der Regel gleichbedeutend mit der Erhöhung überflüssiger lebensgeschichtlicher Kosten der Beteiligten. Denn wenn ein Wissensvorsprung von einer Gruppe nicht akzeptiert wird, der Betreffende jedoch auf seiner Überzeugung beharrt, ergibt sich aus dieser Spannung auf dem geschilderten Stand des Selbstverständnisses der Gruppendynamik die Chance, das Beharren auf einem objektiv nachprüfbareren Wissensvorsprung motivational, d. h. z. B. als aggressives Verhalten zu interpretieren.

36 a.a.O., S. 66 f.

37 Brocher, a.a.O., S. 38. Auf diese Tendenz zur Ontologisierung des Unbewußten kann hier nicht eingegangen werden. Gerade im sozialpsychologischen Bereich ist eine Klärung dieser Fragen, die zu erkenntnistheoretischen Erörterungen führen, unabdingbar. Vgl. dazu J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/Main 1968, sowie A. Lorenzer, Vorträge zu einer Metatheorie der Psychoanalyse, Manuskript. In den von der Gruppendynamik ansprechbaren verbewußten Prozessen wird es eine hohe Abhängigkeit von emotionalen und kognitiven Sozialisationsmustern geben, die zumindest schichtenspezifisch sind und nicht über einen Kamm geschert werden können. Inwiefern überhaupt unbewußte Prozesse in ihrer Gesetzmäßigkeit mit gruppenspezifischen Techniken erfaßt werden können, vgl. H. Argelander, a.a.O.

38 Vgl. z. B. U. Oevermann, Soziale Schichtung und Begabung, in: Zeitschrift für Pädagogik, 6. Beiheft, 1966, S. 166 ff.

und individuell verschiedene Sozialisation läßt sich — im Sinne der schon besprochenen Anthropologisierung psychologischer Probleme — nur eskamotieren, wenn man das Risiko eingehen will, einen selbstgestellten Anspruch der Gruppendynamik nicht zu erfüllen: beim Lehren insbesondere an die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Lernenden anzuknüpfen.

Insofern kann ein Wissensvorsprung eines oder mehrerer Gruppenmitglieder ein objektives Faktum sein, welches, selbst wenn es psychodynamisch noch so geschickt ins Spiel gebracht wird, dennoch Schwierigkeiten bereitet. Man stelle sich nur einen Volkshochschuldozenten vor, der wilhelminisch Aufgewachsenen psychoanalytisches Denken beibringen soll, oder einen anderen, der Arbeitern erklären soll, inwiefern sie wesentlich Objekt, aber nicht Subjekt der Politik sind. Auf Grund der Gleichgültigkeit gegenüber den vermittelten Inhalten und auch der Gleichgültigkeit gegenüber den Teilnehmern gruppendynamischer Kurse müssen in den von Brocher für die Prozeßanalyse vorgeschlagenen Beurteilungsmethoden und Diagrammen³⁹ gesellschaftliche, politische und kulturelle Dimensionen erscheinen, die sich nur unter der Bedingung ihrer Psychologisierung darunter subsumieren lassen: eben Faktoren wie verschiedene soziale Herkunft, verschiedene Vorbildung und damit verschiedene Vorstellungen über die diskutierten Probleme und schließlich die Probleme selbst, deren Relevanz summarisch vorher verleugnet wurde. Jene Diagramme zur Beurteilung des Verhältnisses von Gruppe und Gruppenleiter sind deswegen nicht eindimensional und erlauben insofern überhaupt keine Aussage darüber, ob z. B. der Führungsstil, vielleicht aber der Stoff selbst im Verhältnis zur Vorbildung der Teilnehmer oder nur die didaktische Darbietung des Stoffes Probleme geschaffen haben, die gruppendynamisch womöglich als Aggression gegen den Gruppenleiter erscheinen. Man kann hier von einer Wiederkehr des Ignorierten sprechen, die das gesamte Konzept in ein fragwürdiges Licht rückt, zumindest problematisch macht.

Die — gesamtgesellschaftlich gesehen — infantilisierende Wirkung der methodischen Naivität, viele Probleme inadäquat zu psychologisieren, kann z. B. darin bestehen, daß — weil sowohl von der Bedeutung der Inhalte als auch von der Bedeutung der verschiedenen Dimensionen der Vorgeschichte der Teilnehmer abgesehen wird — vom methodischen Vorgehen her alle entstehenden Schwierigkeiten unmittelbar auf die Teilnehmer selbst abgewälzt werden, wobei — im schlimmsten Fall — der besser Vorgebildete bei größeren sachlichen Differenzen durch Psychologisierung auf das Niveau der Mehrzahl reduziert und dieser Mehrzahl ihre Ignoranz womöglich als persönliches Defizit angerechnet wird. Insofern können sich in doppelter Weise antiintellektualistische Züge zeigen: Sachlich nachprüfbarer Wissensvorsprung muß sich dem Anspruchsniveau der Gruppe anpassen, und dieses wird nicht in seiner gesellschaftlichen Vermittlung gesehen. Hier kommt ein unreflektiertes therapeutisch-anpas-

sendes Erbe der Gruppendynamik zum Vorschein. Jedenfalls garantiert dieses Vorgehen die Festigung jedes Status quo und ist insofern politisch fragwürdig. Immerhin bleibt die Möglichkeit offen, gruppendynamische Verfahren durch Reflexion auf die geschilderten Probleme für die Erwachsenenbildung wirklich fruchtbar zu machen.

VII

Wenn wir im Anschluß an unsere Erörterungen über die methodologische Naivität der Gruppendynamik die Frage stellen, warum insbesondere in den USA Gruppendynamik fast zu einer Volksbewegung geworden ist, etwa der moralisierenden Mittelklasseideologie der Mental-Health-Bewegung⁴⁰ zu vergleichen, möchten wir die Frage nach der Anziehungskraft solcher Sozialtechniken mit zwei Hypothesen zu beantworten versuchen.

1. Offenbar entspricht das Angebot einer postadoleszenten Sozialisationsmöglichkeit einem Bedürfnis vieler Menschen. Man könnte versuchen, es darauf zurückzuführen, daß heute, wie von verschiedenen Autoren behauptet wird⁴¹, auf Grund des schnellen sozialen Wandels die primäre und sekundäre Sozialisation keine deutlich abschlußhafte Identität mehr hervorbringt, in der persönliche Bedürfnisse und soziale Rollenerwartungen vermittelt wären.

2. Dieses gesellschaftlich vermittelte Bedürfnis der Individuen wird nun von der Gesellschaft aufgegriffen und organisiert. Die entscheidende Frage nach der politischen Bedeutung gruppendynamischer Verfahren ist, wie mit diesem Bedürfnis umgegangen wird. Auf der Basis des geschilderten Psychologisierens aller anfallenden Probleme kann Gruppendynamik in der Regel nur im Sinne des Status quo wirken. Nicht umsonst war einer der Ausgangspunkte der Kleingruppenforschung die informelle Arbeitsgruppe, die Elton Mayo 1927/32 in den Chicagoer Hawthorne-Werken entdeckte; das psychische Moment erwies sich im Arbeitsprozeß als dysfunktional. Liest man in einem größeren Rechenschaftsbericht über Trainingsgruppen den Satz, daß diese Technik dazu dienen sollte, „to improve social practice in the spirit of science and democracy“⁴², so läßt sich das auf der Basis gruppendynamisch reduzierter Vorstellungen über

40 Vgl. die Darstellung von H. Reimann, *Die Mental-Health-Bewegung. Ein Beitrag zur Kasuistik und Theorie der Sozialbewegung*, Tübingen 1967. Die Moralische Aufrüstung wäre auf pervertierte Elemente gruppendynamischer Techniken hin zu untersuchen. Einen ironischen Bericht über den Ernst, mit dem in den USA Gruppendynamik z. T. einer neuen Heilslehre gleichgesetzt wird, gibt R. Adler, *The Thursday Group*, in *The New Yorker* . . . , 1967, April 15.

41 Vgl. K. Horn, *Politische Psychologie*, in D. Senghaas, Hrsg., *Einführung in die Politikwissenschaft*, Frankfurt/Main 1969.

42 L. B. Bradford, J. R. Gibb and K. D. Benne, eds., *T-Group. Theory and Laboratory Method. Innovation in Re-education*, New York-London-Sidney 1964², S. VII.

Gesellschaft — auf Politik übertragen — unmittelbar soziefunktional interpretieren: Der Willensbildungsprozeß soll sich auf die formale Aufrechterhaltung des manipulierten Abstimmungsvorgangs beschränken⁴³, während naturwissenschaftliche Verfahren — „science“ — immer mehr auf die Beziehungen der Menschen zueinander Einfluß nehmen und damit politische Alternativlösungen, das Schaffen neuer Institutionen menschlicher Beziehungen, zugunsten der Rationalisierung des Status quo aufgegeben werden. Gruppendynamik wäre dann nichts anderes als ein gesellschaftlich institutionalisierter Abwehrmechanismus gegen soziale Veränderungen. Aufgabe dieser Psychotechnik könnte sein, sowohl die durch gesellschaftliche Veränderungen neu entstehenden Bedürfnisse sofort soziefunktional zu verwalten als auch eine tendenziell therapeutische Funktion zu erfüllen, d. h. eine Veränderung der Subjekte dahingehend zu bewirken, daß alte Verhaltensmuster, die nicht mehr mit einer Entwicklungstendenz der Gesellschaft übereinstimmen, aufgelöst und neu angepaßt werden⁴⁴, ohne daß diese psychische Energie als Potential von Innovation wirksam werden könnte.

VIII

Ob Selbsterfahrungstechniken letztlich konformistische oder emanzipatorische Politik stärken, wird auch davon abhängen, in welchen gesellschaftlichen Bereichen sie vorzüglich angewandt werden. Ist der Berufsbereich, aus dem die Fortzubildenden stammen, selber streng techno- und bürokratisch geregelt, dann wird das Subjekt sich ohnehin nur im Sinne der dort herrschenden Zweckrationalität und gar nicht oder doch nur sehr schwer in einem politisierenden Sinn entfalten können. So wird das Selbsterfahrungstraining von Industriemanagern in der Regel nur einer oberflächlichen Verbesserung der human relations im Sinne der Effektivitätssteigerung des betreffenden Unternehmens zugute kommen. Der subjektive Faktor wird also nicht nur nicht politisierend entfaltet — das würde das Einbeziehen des institutionellen Arrangements in den Reflexions- und politischen Prozeß notwendig machen —, sondern produktions-technisch verwertet. Auch kann ein gruppendynamisches Training militärischer Führer sicher nichts ausrichten wider die objektive Unsinnigkeit möglicher kriegerischer Handlungen überhaupt. Eine hinsichtlich gruppendynamischer Führungsmethoden moderne Ar-

43 Vgl. dazu K. Horn, a.a.O., die Kapitel über „Identitätsverlust und Angst“, Politische Apathie und Wahlverhalten sowie „Massenmedien und Propaganda“.

44 Vgl. z. B. E. Dichter, Strategie im Reich der Wünsche, München 1964. Dichter will insbesondere ein puritanisches auch klinisch in ein schuldfrei sich fühlendes Verbraucherbewußtsein verwandeln, eine Absicht, die allein durch den damit akzeptierten politischen Rahmen fragwürdig wird. Vgl. dazu K. Horn, Formierte Demokratie als kollektive Infantilität, in: Das Argument Nr. 42, 9. Jg., Februar 1967, insbes. S. 33 ff. sowie 74 ff.

meeführung wird durch die Verwendung neuer Sozialtechniken nicht einmal zum Entwicklungshilfekorps.

Von Gibb, Platts und Miller wird diese Schwierigkeit, die der demokratisierenden Wirkung gruppenspezifischer Methoden im objektiv zweckrational organisierten Bereich der Gesellschaft entgegensteht, klar gesehen. „But little real progress in human relations and in participative togetherness can be accomplished when the aims of the worker and of management are in many respects basically opposed. This necessary polarization will possibly prevent real participative action within the framework of business organization in a competitive society.“⁴⁵ Diesen Bemerkungen liegt die Fähigkeit zugrunde, selbst auf der Basis der bloß interaktionistischen Vorstellung von Gesellschaft, differenzierte Erfahrungen zu machen, so daß die metasubjektive soziale Kraft, die Institutionalisierung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, im unmittelbar verstandenen Verhältnis der Menschen zueinander wieder auftaucht. „If the basic society is competitive and paternalistic, than any attempt to set up a participative group within the society is bound to meet with difficulties and opposition“⁴⁶. Dieses Problembewußtsein gilt es zu entwickeln, um sich gruppenspezifischer Techniken im Sinne inhaltlicher Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft bedienen zu können. Wo Gruppendynamik — wir hatten diese Techniken als Versuch bezeichnet, im Idealfall einen subjektiven, nicht in Rollenfunktionen aufgehenden Faktor politisierend anzusprechen — nicht auf gesellschaftlichen Widerstand stößt, wäre ihre Bedeutung als soziefunktionaler Integrationsfaktor jeweils zu untersuchen.

IX

Ganz anders können sich Selbsterfahrungsgruppen für pädagogische, soziale und Heilberufe aller Art, also im Sozialisationssektor auswirken. Dort ist es ohnehin Aufgabe, die Individualität anderer entwickeln zu helfen oder hemmende Einschränkungen dieser rückgängig zu machen. Der eingangs erwähnte, vom Psychologenehepaar Tausch erforschte Kommunikationsstil deutscher Lehrer vertrüge eine entscheidende Verbesserung, genauso wie eine Schulung der Selbstwahrnehmung für Sozialarbeiter große gesellschaftliche und lebensgeschichtliche Kosten ersparen könnte. Auch sind in diesen Bereichen in der Regel die institutionellen Regelungen flexibler und wahrscheinlich leichter veränderbar als im unmittelbar rechenhaftig organisierten Bereich der Gesellschaft. Es muß also nicht nur ein methodisches Problembewußtsein für den möglichen emanzipatorischen Einsatz der Gruppendynamik erarbeitet werden, sondern auch eins für den Stellenwert des gesellschaftlichen Bereiches, hinsichtlich des jeweils möglichen politisierenden Effektes von Selbsterfahrungs-techniken.

45 a.a.O., S. 69.

46 a.a.O., S. 68.

Die Studentenbewegung hat im Winter 1968/69 versucht, den potentiell politisierenden Effekt gruppenspezifischer Verfahren auszunutzen. Zwar haben sich in solchen Gruppen oft unkontrolliert therapeutische Bedürfnisse durchgesetzt, was mitunter an den Rand persönlicher Katastrophen führte. Schon besprochene, ungelöste methodische Probleme wie das Oszillieren zwischen Sach- und psychodynamischer Ebene haben insbesondere die in die Isolierung gedrängten Studenten nicht verschont, weil viele in geradezu masochistischer Weise bereit waren, sich selber mit ins Spiel zu bringen.

Immerhin scheinen Themen wie „Organisation und Emanzipation“ oder „Integration und Spontaneität“ für eine Diskussion mit Hilfe gruppenspezifischer Techniken gut geeignet. Gerade in diesem Bereich könnte sich das subjektive Moment expressiv durchsetzen in dem Sinn, daß hier nicht Wiederholungszwänge, d. h. ins Unbewußte abgesunkene, sich stets von neuem durchsetzende Interaktionsmuster einzelner, die nach öffentlicher Anerkennung streben, die Oberhand gewinnen müssen, sondern daß neue Bedürfnispositionen ins Spiel gebracht werden, die in solcher Interaktion erst artikuliert werden können. Freilich bedarf es dazu in einem optimalen Maß der Aufarbeitung der Vergangenheit der Beteiligten, d. h. ihre Theorie über sich selbst muß optimal dem Stand ihrer Praxis angenähert sein, denn größere Diskrepanzen in dieser Hinsicht müßten für die praktische und theoretische Entfaltung der neuen Bedürfnispositionen schlechte Vorbedingungen abgeben. Notwendig kehrt das Verdrängte wieder. Es gilt, gesellschaftliche und die lebensgeschichtliche Problematik so im Bewußtsein zu vermitteln, daß eine neue Praxis, die Entwicklung neuer, freierer Beziehungsformen der Menschen oder doch zumindest das Verlangen, die Forderung danach, nicht als abstrakte Negation überholter Bedürfnispositionen sich äußert. Das ist freilich die Schilderung einer idealen Funktion gruppenspezifischer Techniken, die zumindest eine spürbare Herabsetzung herrschaftlichen Drucks in diesem Sozialisationsbereich zur Voraussetzung hätte. Die Ablehnung des Leistungsprinzips für die von Studenten ins Leben gerufenen Arbeitsgruppen baut auf diese Erkenntnis, eine Ablehnung, die man nicht mit dem teilweise richtigen Hinweis einfach vom Tisch wischen kann, daß dahinter Lernstörungen sich verbergen. Auf jeden Fall sind Bedenken der Studenten, daß ein expressiv sich verstehendes subjektives Moment sogleich instrumentell umfunktioniert und damit entpolitisiert werden könnte, keineswegs unbegründet.

X

Zu Recht richtet sich heute die Aufmerksamkeit der Menschen auf Interaktionsmuster, aber es darf die gesellschaftliche Institutionalisierung sozial vermittelter Beziehungsformen in Produktionsverhältnissen, d. h. in Herrschaftsverhältnissen, darüber nicht vergessen werden. Diese sind nicht experimentell in kleinen Gruppen imitierbar, und es gelingt dieser Pseudo-Öffentlichkeit der kleinen Gruppe

auch nicht, beim unmethodischen Hin- und Herspringen zwischen der sachlichen und der psychodynamischen Ebene, diese Fragen in den Griff zu bekommen. Es hieße, den Schein für das Wesen nehmen, wenn man glaubt, mit dem Versuch des Bereinigens autoritärer Kommunikationsformen in kleinen Gruppen die Problematik gesellschaftlich vermittelter Herrschaft lösen zu können. Aus dem gleichen Grunde wäre es ebenso inadäquat, lastete man — auch noch so unzulänglichen — gruppendynamischen Verfahren es an, wenn gruppendynamisch Geschulte außerhalb jener künstlichen Situation, in ihren Rollenfunktionen wieder in die von diesen geforderten Verhaltensweisen zurückfallen.

Verwendet man gruppendynamische Techniken in der Erwachsenenbildung, so muß man dieser ideologischen Falle die größte Aufmerksamkeit zollen, denn in der Erwachsenenbildung, insbesondere in der politischen Bildung, sind letztlich die inhaltlichen Fragen von weitaus größerer Tragweite als die Kommunikationsweisen, obgleich, worauf wir bereits hingewiesen haben, Gruppendynamik auf das subjektive Moment in der Diskussion und im täglichen Umgang zu *Recht* aufmerksam macht und von der Illusion befreit, ein jeder nähme an Diskussionen nur teil als sich seiner selbst völlig Mächtiger, ganz und gar Vernunft Gewordener.

Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse derart, daß die Subjekte sich nicht bloß als Objekte fühlen, sondern als Initiatoren von Politik verstehen können, könnte ungleich nachdrücklicher als gruppendynamische Erfahrungen politische Apathie in politisches Interesse verwandeln. Erreichte man diese Verwandlung *allein* via Gruppendynamik, würde sich schnell herausstellen, daß so produziertes politisches Interesse kein genuines ist, sondern die bloße unkritische Erfüllung einer Rolle, wie wir es aus der politischen Psychologie kennen. Die Anpassung an die Rollenaufgabe „politisch zu sein“ würde erreicht, indem man einheitliches kritisches Bewußtsein aufgibt — oder um eine Chance, es zu erwerben, gebracht wird — und sich ganz im Sinne einer Identifizierung mit dem Aggressor — dem blinden gesellschaftlichen Geschehen — verhält, während die nicht befriedigend funktionierenden Institutionen nicht nur ihre alte Form behalten haben, sondern ihr selbstzufriedenes Funktionieren auf Grund der Anpassung der Individuen sogar noch verbessern können.

Andererseits kann soziologisches Denken dazu führen, den spezifischen Vorteil der Gruppendynamik zu mißachten: ihre Möglichkeit, die subjektiven Bedürfnisse und ihr Verhältnis zu den normativen Lebensbedingungen in einem eigens dafür geschaffenen Bereich zu diskutieren und vor allem Erwachsenen diese offensichtlich einem Bedürfnis entsprechende Gelegenheit des gegenüber dem Rollenhandeln verhältnismäßig regressiven und zugleich potentiell schöpferischen Verhaltens zu eröffnen. Gruppendynamik könnte in der Leistungsgesellschaft wenigstens eine ähnliche gesellschaftlich akzeptierte Entlastungsfunktion haben, wie sie Parsons mit seiner

Krankenrolle konzipiert hat⁴⁷. Töricht wäre es, solche Möglichkeiten von der Hand zu weisen, ebenso, wie diese Entlastungsfunktion bereits für emanzipatorische Politik zu halten. In diesem Falle könnte sich eine Chance, welche man vermittels der Gruppendynamik nutzen kann, nicht realisieren: naturwüchsige Interaktionsschemata bewußt steuern zu lernen, um auf diese Weise die Lösung sachlicher Probleme zu erleichtern. Weil aber die Inhalte politischer Bildung und jene Selbsterfahrung, die im Rahmen gruppendynamischer Techniken gewonnen werden kann, hinsichtlich ihres Gewichtes für eine inhaltliche Demokratisierung unserer Gesellschaft unterschiedlich beurteilt werden müssen, ist bei einer gruppendynamisch organisierten politischen Erwachsenenbildung peinlich auf das Verhältnis dieser Techniken zu den Inhalten zu achten. Es müssen Verfahrensweisen weiterentwickelt werden, die auf eine methodologisch reflektierte Trennung von sachlich akzentuierten und gruppendynamisch interpretierten Diskussionen zielen, ohne den gerade durch die Gruppendynamik ins Blickfeld gerückten Zusammenhang zwischen beiden Komplexen aus den Augen zu verlieren. Das wird zur Zeit in einigen guten studentischen Arbeitskreisen versucht. Müßte die naive Anwendung dieser interessanten Sozialtechnik unmittelbar politisches Unheil stiften, so könnte deren demokratisch gezielte Verwendung ein Beitrag dazu sein, zumindest mehr Bewußtsein von Interaktionsweisen zu erwerben, welche die ohnehin auf genügend objektive Schwierigkeiten stoßende Aufgabe inhaltlicher Demokratisierung noch durch Blindheit gegenüber (deformierter oder) spontan politisierender Subjektivität erschweren.

47 Vgl. z. B. Talcott Parsons, Definition von Gesundheit und Krankheit im Lichte der Wertbegriffe und der sozialen Struktur Amerikas, in A. Mitscherlich u. a., Hrsg., *Der Kranke in der modernen Gesellschaft*, Köln 1967, S. 57 ff. Allerdings ist diese Rolle im Sinne des Leistungsprinzips konzipiert.

Hans-Ulrich Deppe

Zum „Objekt“ der Medizin

„Die Medizin hat uns unmerklich in das sociale Gebiet geführt und uns in die Lage gebracht, jetzt selbst an die großen Fragen unserer Zeit zu stoßen.“
 Rudolf Virchow 1849¹

I.

Will der Mediziner sein „Objekt“ bestimmen, den kranken Menschen in seiner gesellschaftlichen Lage zum Gegenstand der Reflexion machen, so wird er mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Sie bestehen darin, daß der Arzt gezwungen wird, den biologischen Fachbereich zu überschreiten — sich mit Fragen auseinanderzusetzen, die er dem Repertoire seiner Ausbildung nicht entnehmen kann. Hierzu zählen vor allem Konflikte aus der Arbeitssphäre. Obwohl an deren Bedeutung für Gesundheit und Krankheit heute nicht mehr gezweifelt wird, ist es doch in der Fülle der medizinischen Literatur bisher kaum gelungen, das System gesellschaftlicher Arbeit als Ausgangspunkt medizinischer Analyse konsequent einzubeziehen. Das würde voraussetzen, den Kranken nicht nur als isolierbare Elementarteile der Natur, sondern ebenso als „Ensemble“ der gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen. Diese — in Anbetracht des wissenschaftlichen Fortschritts auch in der Medizin — objektiv mögliche Einsicht wird jedoch gerade durch jene Gesellschaftsformationen erschwert, der die Medizin einen so gewaltigen Fortschritt — wie von bloßer Kunstfertigkeit, Kurpfuscherei und empiristischer Handwerkslei zu systematischer Grundlagenforschung — verdankt.

Die „bürgerliche Gesellschaft“, wie sie etwa Hegel nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen^{1a} im 18. Jahrhundert beschrieb, ist

1 R. Virchow, Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie, Darmstadt (Wissenschaftl. Buchgemeinschaft) 1968, S. 223.

1a Hier ist auf Françoise Quesnay (1694—1774) hinzuweisen, der sowohl als Arzt wie politischer Ökonom den Gang der Entwicklung in Frankreich entscheidend beeinflusste. Auf dem Höhepunkt seiner ärztlichen Laufbahn — bekannt durch seine medizinischen Werke und auserwählt zum Leibarzt der Pompadour — begann er, sich im Alter von 60 Jahren mit der Ökonomie zu beschäftigen und wurde innerhalb kurzer Zeit zum Haupt der physiokratischen Schule. Wie der englische Arzt Harvey 1628 den Blutkreislauf entdeckt und beschrieben hatte, so wollte Quesnay den ökonomischen Kreislauf, die Entstehung und Verteilung der jährlichen Ausgaben des damals noch vorwiegend agrarisch ausgerichteten Frankreichs, in seinem *Tableau Economique* (1758) darstellen. Dem Mediziner schien es notwendig, die wirtschaftliche Zirkulation und die Aufgaben der verschie-

das Resultat eines Emanzipationsprozesses, in dem das Bürgertum von feudalen Abhängigkeiten sich löste und zugleich die Ansätze neuer gesellschaftlicher Barrieren installierte. In ihr hatten die jeweiligen sozialen Gruppen unterschiedlichen Freiheitsspielraum. Dem Grade ihrer Emanzipation von staatlichen Direktiven und Kontrollen entsprechend orientierten sich die selbständigen Warenbesitzer frei nach Maßgabe der Rentabilität. Darin waren sie niemandem zu Gehorsam verpflichtet und — wie es schien — nur der dem Markte innewohnenden ökonomischen Rationalität unterworfen. Während das Bürgertum auf diesem Wege von einer minderprivilegierten zur herrschenden Klasse avancierte, beschränkte sich die Freiheit der aus feudaler und handwerklicher Abhängigkeit hervorgegangenen Lohnarbeiter vorab auf die juristische Sphäre. Sie wurden frei von Hörigkeit und Zunftzwang. Sie wurden überdies auch frei von ihren Produktionsmitteln, gerieten somit in die Abhängigkeit von Kapitaleignern und waren an die Regeln des „freien Arbeitsvertrages“ gebunden. Dies war der Entstehungsprozeß der Ware Arbeitskraft, jener Produktivkraft, die in der Lage ist, ‚mehr‘ zu erstellen als zu ihrer Reproduktion notwendig ist. Die institutionell gesicherte Aneignung des ‚mehr‘ — also der Mehrarbeit — bestimmt die ökonomische Basis von Herrschaft und manifestiert sich in der „Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen“². Der früher als gottgewollt angesehene Feudalzustand, der wesentlich in der offenbaren Aneignung landwirtschaftlicher Mehrarbeit durch die über den Boden Verfügungsberechtigten bestand, wurde abgelöst und durch die als natürlich und zugleich vernünftigt ausgewiesene bürgerliche Ordnung ersetzt.

Das zugrunde gehende „herrschende Prinzip der Geltung aus bloßer Tradition, das heißt aus Abstammung, Gewohnheit, Alter usw. wurde vom aufsteigenden bürgerlichen Geist verneint und dagegen die individuelle Leistung in theoretischer und praktischer Arbeit als gesellschaftlicher Maßstab verkündigt. Weil aber die Voraussetzungen der Leistungen ungleich waren, ist das Leben unter diesem Prinzip trotz unendlicher Steigerung der Produktivität der Arbeit hart und drückend gewesen. Das Massenelend in der absolutistischen und liberalistischen Periode, der Hunger angesichts des phantastisch gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums an Rohstoffen und Produktionsmethoden zeigen, daß die Befreiung in der Tat eine partikulare war“³. Augenscheinlicher Höhepunkt jenes immanenten Widerspruchs liberaler Gesellschaftsordnung war „die Lage der arbeitenden

denen Wirtschaftszweige zu kennen, um feststellen zu können, wo eine Gesellschaft krankt und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Krankheit kuriert werden kann (vgl. hierzu: W. Braeuer, Handbuch zur Geschichte der Volkswirtschaft, Frankfurt 1952, S. 86; ebenso: J. Kuczynski, Zur Theorie der Physiokraten, in: Grundpositionen der französischen Aufklärung, hrsg. v. W. Krauss und F. Mayer, Berlin 1955, S. 42).

2 W. Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt 1967, S. 13.

3 F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: Marx/Engels Werke, Bd. 2, Berlin 1962.

den Klasse in England“⁴ im vorigen Jahrhundert. Kennzeichnend für diese Zeit sind u. a. die epidemischen Erkrankungen, wie Cholera und „Typhus“, die sowohl in Industrie- wie agrarischen Ballungsgebieten auftraten und ganze Bezirke der arbeitenden Bevölkerung dahinrafften. Die Ausbreitung jener Seuchen läßt sich von den sozialen Bedingungen nicht trennen, wie *Virchow* in seinen „Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie“ eindrucksvoll schilderte: „Daran läßt sich jetzt nicht mehr zweifeln, daß eine solche epidemische Verbreitung des Typhus nur unter solchen Lebensbedingungen, wie sie Armuth und Mangel an Kultur in Oberschlesien gesetzt hatte, möglich war. Man nehme diese Verhältnisse hinweg und ich bin überzeugt, daß der epidemische Typhus nicht wiederkehren würde“⁵. Solche unmittelbaren Beziehungen zwischen Krankheiten und sozialen Transformationen, wie sie am Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft in Westeuropa bestanden, demonstrieren nicht nur den einseitigen Charakter des bürgerlichen Emanzipationsprozesses, sondern bezeichnen auch zugleich den innersten Kern der Theorie und Praxis des Liberalismus, demzufolge sich der Fortschritt der Gesellschaft gleichsam in automatischer Wechselwirkung der divergierenden privaten Interessen auf dem freien Markt vollzieht. Das bürgerliche Individuum glaubte — oder wurde gelehrt zu glauben —, es gehöre einer Gesellschaft an, die den höchsten Grad an Harmonie einzig durch die unbeschränkte Konkurrenz individueller Leistungen und Interessen erreichen könne.

Wo aber die Konzentration und Zentralisation des Kapitals um sich griff, veränderten sich die Formen der Produktion. Wachsende Mechanisierung und Automatisierung begünstigten die Entwicklung der Massenproduktion, jenen Zwang zur kontinuierlich und ständig sich ausweitenden Herstellung gleichförmiger Erzeugnisse. Sichtbarer Ausdruck dieses Systems sind die schwindenden Einflußmöglichkeiten der Arbeitenden auf Produktionsgang und Produktionshöhe, da die Maschinen zunehmend den Rhythmus des Arbeitsprozesses bestimmen. In dem Maße, in dem der technische Ablauf autonom wird, Produktionstempo und Erzeugung sich der Einwirkung der Produzenten entziehen und manuelles Geschick wie Geschwindigkeit in der Ausführung keine große Bedeutung mehr für den Ausstoß ihrer Arbeitsprodukte haben, verlagert sich der Schwerpunkt der Arbeitsbelastung vom physischen in den geistig-psychischen Bereich. Als neue berufliche Qualifikationen werden nun konzentrierte Aufmerksamkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortung in der Kontrolle komplizierter Apparaturen gefordert, die häufig im Widerspruch zur Monotonie des Produktionsprozesses stehen. Aber nicht nur gleichförmig sondern immer undurchsichtiger und damit auch anonym wird dieser Produktionsprozeß für den einzelnen, so daß ihm systematisch der Einblick in den betrieblichen Gesamt Ablauf

4 M. Horkheimer (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie, Paris 1936, S. 30.

5 R. Virchow, a.a.O., S. 221.

verwehrt wird, dem er sich gleichwohl — und womöglich gerade deshalb — als unbegriffenem Zwang unterwirft.

Diese Entwicklung stellt das Verhältnis von Krankheit und sozialer Genese auf eine Stufe, wo deren Beziehungen nicht mehr unmittelbar durchsichtig sind, da sie sich immer weniger durch chemische Agentien oder bakterielle Erreger materialisieren lassen. Hier bedarf es der Zusammenarbeit und gemeinsamer Anstrengungen sowohl kritischer Medizin als auch der Sozialwissenschaften. In beiden Bereichen geht es darum, Abhängigkeitsverhältnisse aufzuspüren: von der Natur wie von der verdinglichten Organisationsstruktur der Gesellschaft. Denn Befreiung von diesen bedeutet Humanisierung der Lebensbedingungen.

II.

Der Umgang mit dem bereits oder potentiell kranken Individuum ist der wesentliche Inhalt der Medizin. Ihr „Objekt“ ist etwas, das nicht ohne weiteres zum Gegenstand werden kann. Denn selbst die Abhängigkeit des Menschen von der außermenschlichen Natur und seiner biologischen Ausstattung nötigen ihm eine aktive Bewältigung seiner Umwelt auf. Dieser Aktivität zufolge, die sich als zweckmäßige und gewollte auszeichnet, ist er nämlich nicht nur Objekt, sondern zugleich auch Subjekt und verändert daher das Kategoriensystem dessen, der ihn analysieren will. Die Produktionsweise, jener Stoffwechsel des Menschen mit der Natur, heißt demnach nicht nur über bestimmte Organe verfügen oder diese durch organentlastende oder -ersetzende technische Apparaturen abzulösen, sondern beinhaltet gleichzeitig eine spezifische gesellschaftliche Organisationsweise, in der bestimmte Zwecke, Interessen, Normen und Werte sich herausbilden.

Gustav v. Bergmann, von den Arbeiten v. Weizsäckers aus den dreißiger Jahren beeinflusst, weist in seiner These vom „Neuen Denken in der Medizin“ darauf hin, „daß wir Bewertungen erkennen und uns nicht begnügen, das Beobachtbare nur neutral objektiv zu beschreiben, sondern auch wagen zu bewerten. Wir wagen es in der modernen Medizin, ja in der gesamten Biologie wieder, was in den objektiven Naturwissenschaften als verpönt galt, den Sinn einer Funktion, . . . zu erkennen und anzuerkennen“⁶. Nun lassen sich aber jene „Funktionen“ oder gar „der Mensch“ nicht als von Gesellschaft und Geschichte isolierte einzelne, als fiktive Ideen, begreifen, wie das zuweilen in anthropologischen Wissenschaftsansätzen geschieht⁷. Denn der Mensch ist von Natur aus dazu gezwungen, sich durch gesellschaftliche Arbeit, jenen unaufhebbaren Bereich der Notwendigkeit, am Leben zu erhalten. Mehr noch, in dieser Arbeit erzeugt er seine Welt und macht sich zum Autor seiner geschichtlichen Entwicklung. Die Einsicht in diesen Zusammenhang bewundert Marx an

6 G. v. Bergmann, *Neues Denken in der Medizin*, München 1947, S. 7.

7 Siehe: H. Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Köln und Opladen 1961, S. 5, 40.

Hegels Phänomenologie. Er faßt — so schreibt *Marx* — „die Selbsterzeugung des Menschen als einen Prozeß, die Vergegenständlichung als Entäußerung und als Aufhebung dieser Entäußerung; er (faßt) also das Wesen der Arbeit ... und (begreift) den gegenständlichen Menschen als Resultat seiner Arbeit“⁸.

Wie verhält es sich aber nun mit jenem Menschen, der durch Krankheit aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden muß, sich ärztlicher Behandlung unterzieht und zum „Objekt“ der Medizin wird? Was ist das Eigentümliche dieses industriellen Produktionsprozesses? Und in welcher Beziehung steht der so definierte Patient zu der Medizin? — Sowohl der Mediziner als auch der Sozialwissenschaftler wird sehen, daß der zu diagnostizierende und zu heilende Kranke von seiner alltäglichen Arbeit, jener den Regeln des Marktes angepaßten Erwerbstätigkeit, geprägt ist. *Oswald Hall* betont daher zurecht — wenn auch in allgemeiner Form: „When the sociologist studies medicine, he is studying work“⁹. Allerdings erhält selbige Arbeit in unserer Epoche ihren spezifischen Charakter. Sie ist funktionsgeteilt und unterliegt den Mechanismen organisierter Konkurrenz. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit wird nicht mit Rücksicht auf die besonderen Eigenschaften der Individuen und ihrer Interessen durchgeführt, sondern findet nach Gesetzen kapitalistischer Warenproduktion statt. Unter diesen Gesetzen bestimmt der Warencharakter Natur und Zweck menschlicher Tätigkeit. Die Waren, die ursprünglich in der Periode der einfachen Warenproduktion noch einer differenzierten Bedürfnisbefriedigung dienen, werden in dem Maße primär zu gewinnbringenden Tauschwerten, wie die Produktion und Distribution von verschiedenen und in zunehmenden Gegensatz zueinander geratenden sozialen Gruppen übernommen werden. Dieser Prozeß wird entscheidend dadurch gefördert, daß sich infolge der Arbeitsteilung das Produkt der Arbeit der Verfügungsgewalt der Produzenten entzieht und ihm als „fremdes Wesen“, als „unabhängige Macht“, in Form des Kapitals gegenübertritt¹⁰. Der Abhängigkeitsgrad der Unselbständigen wächst mit der Vermehrung des Kapitals, da jedes neue Produkt die Übermacht der vergegenständlichten Arbeit potenziert. Zugleich stellt jene Entfremdung der Arbeit aber auch die gebrochene Beziehung des Arbeiters zu seiner Tätigkeit selbst dar. Obwohl sie einerseits die Möglichkeit beinhaltet, ein „Medium wahrer Selbsterfüllung zu sein“¹¹, so ist sie in Wirklichkeit nur noch Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. — Der Prozeß der kapitalistischen Entfremdung erfaßt alle gesellschaftlichen Gruppen. Dies gilt gleichermaßen für den Arbeiter wie denjenigen,

8 K. Marx, MEGA, Bd. III, S. 156.

9 O. Hall, *Sociological Research in the Field of Medicine — Progress and Prospects*, in: *American Sociological Review*, 16 (1951), p. 639.

10 K. Marx, *Zur Kritik der Nationalökonomie, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte*, in: *Marx/Engels, Kleine ökonomische Schriften*, Berlin 1955, S. 98.

11 H. Marcuse, *Vernunft und Revolution*, Neuwied 1962, S. 245.

der seine Arbeitskraft mietet, denn der sie verbindende Ort ist der Markt, auf dem sie sich als Warenkäufer und Warenverkäufer gegenüberstehen. Ihre wechselseitigen Beziehungen bestimmen sich demnach durch die ihrer Waren. Den Produzenten erscheinen, so beschreibt Marx dieses Verhältnis, „die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihrer Arbeit selbst, sondern vielmehr als sachliche der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“¹². Durch jene Verdinglichung nehmen alle persönlichen Beziehungen unter den Menschen die Gestalt von Beziehungen zwischen zeitlos existierenden Dingen an und verdecken damit die historische Entstehung und den Charakter der Veränderbarkeit.

Resultat und auch Bedingung dieses Verdinglichungsprozesses ist die sich wertfrei gebende Naturwissenschaft, die im technischen Produktions- und Verteilungsapparat angewandt wird und dort ihre systematische Bewertung findet. Sie wird unter der gesellschaftlichen Prämisse der Kapitalverwertung objektiv zum Garanten vor allem der Interessen, die auf eine Kontrolle und Stabilisierung des status quo abzielen. Die Medizin unserer Zeit aber beneidet über weite Gebiete den Teil der Naturwissenschaften, der sich mit bloßen „Objekten“ befaßt und demzufolge von deren sozialen und historischen Voraussetzungen abstrahiert. Es bleibt dabei allerdings unberücksichtigt, daß sie sowohl wissenschaftlicher wie gesellschaftlicher Arbeitsteilung unterliegen, wodurch vom einstigen Anspruch der Wissenschaft, nämlich zur Selbstbefreiung von unbegriffenen Zwängen beizutragen, stipuliert wird, daß die ihn noch ernstnehmenden Aussagen nicht mehr rational begründbar seien. Der Pathologe *Franz Büchner* erkannte und beschrieb das Problem der Verdinglichung mit folgenden Worten: „Wir müssen (die Ursprünge solcher Fehlentwicklung) unter anderem darin suchen, daß die Medizin der letzten Jahrhunderte, von der Naturphilosophie enttäuscht, sich zu einseitig als Naturwissenschaft entwickelt hat. So ist sie grundsätzlich den Weg der Naturwissenschaften mitgegangen, die Erscheinungen der Natur vom Menschen abzurücken und zu verobjektivieren. Für ihren eigenen Bereich war dies nichts geringeres als die Verdinglichung des Menschen“¹³. Büchner ist der gesellschaftlichen Verobjektivierung des Menschen durchaus skeptisch auf der Spur. Gleichwohl verfällt er ins bloße Komplettieren, wenn er sich auf das Beugen „vor der unverrückbaren Hierarchie der Wesenheit und Werte“ sowie auf die Hingabe an *die* „ordnende Macht, die allein die Geist-Seele des Menschen gültig zu formen vermag“, beschränkt. Er hat demnach dann gegen Verdinglichung nichts einzuwenden, wenn sie im Zusammenhang mit einer gottbezogenen „Geist-Seele“ steht. Hierbei bleibt allerdings unreflektiert, daß Verdinglichung bereits

12 K. Marx, *Das Kapital*, Bd. I, Berlin 1962, S. 87.

13 F. Büchner, *Das Menschenbild der modernen Medizin*, Freiburg 1946, S. 7 f., 30.

Ausdruck eines Prozesses ist, dessen menschliche Impulse dinghaften Charakter angenommen haben.

Die unkritische Nutzung naturwissenschaftlicher Methoden und Ergebnisse reduziert den Kranken — wenn auch womöglich nicht bewußt — auf die Dysfunktionalität isolierter Organabläufe; er wird zu einem komplexen Verhältnis von Dingen, was im klinischen Fachjargon u. a. als „der Ileus“, „der Diabetes“ oder „die Schizophrenie“ sich zynisch niederschlägt. Daraus bestimmt sich auch der Umgang mit dem Kranken, der durch eine bewußt verklausulierte Terminologie im allgemeinen über sein Leiden nur unzureichend informiert wird und auf eine Stufe sprachloser Unmündigkeit herabsinkt. Die Kommunikation des Patienten mit einem ihm häufig zugewiesenen Arzt beschränkt sich auf geraffte Visiten, deren abstrakteste Form, die „Kurvenvisite“, jene vom Kranken gelöste Diskussion seiner pathologischen Daten, darstellt. — Die Einweisung in das Krankenhaus hat zwar zunächst ein Ausscheren aus der täglich disziplinierenden Arbeit zur Folge und befreit daher auch selektiv von Rollenverpflichtungen¹⁴. Gleichwohl verkehrt sich jene Emanzipation auf Zeit in ihr Gegenteil, wenn das Ziel affirmative Rehabilitation heißt und dadurch womöglich autoritäre Verhaltensweisen vor allem klinischer Praxis gesellschaftlich legitimiert werden. Denn die Forderung nach positiver Rückgliederung ist die einer Gesellschaft, die es dem Mediziner kaum gestattet, über sie zu reflektieren. Ausdruck jenes rigiden medizinischen Verhaltens ist die Lage des Patienten, der sich in extremer Abhängigkeit befindet. Symptomatisch hierfür ist nicht zuletzt die obligate Bindung des Kranken an den schmalen Ort seines Bettes sowie der „Aufenthalt im Bademantel“ auch dann, wenn die Behandlung keine Bettruhe erfordert. Ihm werden Regeln vorab passiven Verhaltens verordnet. „Nur der Schwerkranke gehört ganztägig ins ‚Bett‘“, sagt *H. Schaefer*. „Der Arzt (aber) spielt heute zu oft die Rolle des Befehlenden, dem der Patient gehorcht. Es steckt viel unbewußter Militarismus in unserer Medizin. Arzt und Patient aber sind vorwiegend Partner. Der Patient muß also mündig behandelt werden. Fast alle Patienten aber klagen darüber, daß man ihnen ‚nichts‘ sagt.“¹⁵ Dieses resezierte Verhältnis zwischen Arzt und Patient darf freilich kaum der Böswilligkeit einzelner Personen oder Personengruppen unterstellt werden. Es ist vielmehr als Resultat der immanenten Rationalität eines gesellschaftlichen Prozesses zu bestimmen, dessen Nerv die Erwerbstätigkeit ist.

Die mögliche Verwirklichung von Arbeit als spontaner, bewußter „Lebenstätigkeit“ ist verdeckt, denn „nach Ansicht der formalisierten Vernunft ist eine Tätigkeit nur dann vernünftig, wenn sie einem anderen Zweck dient, zum Beispiel der Gesundheit oder der Ent-

14 T. Parsons, Struktur und Funktion der modernen Medizin, in: Kölner Zeitschr. für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 3, Köln und Opladen 1961, S. 16.

15 H. Schaefer, Die Medizin in unserer Zeit, München 1963, S. 363.

spannung, die hilft, die Arbeitskraft wieder aufzufrischen. Mit anderen Worten, die Tätigkeit ist bloß ein Werkzeug; denn sie gewinnt ihren Sinn nur durch ihre Verbindung mit anderen Zwecken“¹⁶. Unter diesen Bedingungen der formalisierten Vernunft bloß naturwissenschaftlicher Provenienz können die Chancen gesamtgesellschaftlicher Heilungsmöglichkeiten weder reflektiert geschweige denn realisiert werden. Einer solchen Medizin geht es um die Wiederherstellung oder Veredelung der Ware Arbeitskraft, wie es z. B. vom „Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“ für die Sozialversicherungsträger explizit formuliert wurde: „Die Erwerbsfähigkeit, die Schaffenskraft des Versicherten zu erhalten, wenn sie bedroht ist, sie zu bessern, wenn sie beeinträchtigt ist, und sie, wenn möglich, wieder voll herzustellen. Dem dienen Maßnahmen der medizinischen, der beruflichen und der sozialen Rehabilitation“¹⁷. Selbst in die klinische Medizin hat sich jener ideologische Gesundheitsbegriff eingeschlichen, der die scheinbare Einheit von entfremdeter Arbeit und objektivem Wohlbefinden zu rechtfertigen bereit ist, ohne die wirklichen Bedingungen erwerbswirtschaftlicher Produktion zu reflektieren. Bezeichnend hierfür ist z. B. die klinische Rentenbegutachtung. So löst auch der Internist Richard Siebeck seine Darstellung des Verhältnisses von Gesundheit und Arbeit von den tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten ab und kommt zu folgender Aussage: „Nur in Einsatz und Leistung ist Gesundheit ein uns anvertrautes Gut. Gesundheit ist nicht letzter Selbstzweck, sondern bestimmt und begrenzt durch den Sinn des Lebens — der Sinn des Lebens aber ist Bereitschaft, Hingabe und Opfer. Gesundheit ist Arbeit und Arbeit ist Gesundheit. Arbeit ist zum Leben so notwendig wie das tägliche Brot, ohne Leistung verkümmern die Organe, verkümmert der Mensch“¹⁸. Sicherlich ist es richtig, daß Gesundheit nicht im Selbstzweck ihre Bestimmung findet und daß ihr Verhältnis zu den Bedingungen der Arbeit recht unmittelbar ist. Jedoch läßt sich ihr von natürlichen und gesellschaftlichen Repressionen tatsächlich befreiender Charakter nur dann ausloten, wenn ihr nicht die verdorrte Form menschlicher Tätigkeit zugrunde gelegt wird.

Gilt es zunächst, die Arbeitskraft für den Produktionsprozeß zu regenerieren, so läßt sich von ihr allerdings jene Sphäre nicht trennen, in der das Entgelt für unselbständige Arbeit konsumiert, d. h. in Genuß verwandelt werden soll. Die Befriedigung dieses Genusses dient heute weniger der Entwicklung und Erhaltung tatsächlich menschlicher Bedürfnisse als vielmehr dem Umschlag des Kapitals, das auf die Kalkulierbarkeit auch der arbeitsfreien Zeit immer mehr angewiesen ist und daher den Schein wahrer Befriedigung im Konsum aufrechterhält. „Was ... in unserer Markt- und Erwerbgesell-

16 M. Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt 1967, S. 44.

17 K. Jantz, Strukturprinzipien der sozialen Krankensicherung in der Gegenwart. In: Übersicht über die soziale Sicherung in Deutschland, hrsg. v.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Jan. 1967, S. 4.

18 R. Siebeck, Medizin in Bewegung, 2. Aufl., Stuttgart 1953, S. 459.

schaft zählt, ist überhaupt nicht das bloße Bedürfnis, das Verbrauchsbegehren, sondern vielmehr der verkaufskräftige Bedarf, und daher nicht der bedürftende Mensch als solcher, sondern vielmehr der Nachfrager auf den Märkten. Der Bedarf kann andererseits durch die Marktanbieter selbst planvoll hervorgebracht oder in bestimmte Richtungen gelenkt werden¹⁹. Die den Konsum erzwingende Kapitalverwertung formt sich ihre Abnehmer insofern, als sie von ihnen sowohl in der Produktion wie beim Verzehr gegängelte Anpassung verlangt. Scheidet nun der Arbeitende und Konsumierende aus jenem Prozeß durch Krankheit aus, so kann er sich dieser passiven Verhaltensweisen — selbst wenn es gewünscht wäre — kaum mehr alleine entledigen. Es wäre zu überlegen, ob er nicht womöglich in dieser Situation diejenigen Kräfte, die durch Entzug des täglichen Anpassungszwanges frei werden, geballt auf den Arzt und seine Umgebung überträgt und damit dessen autoritätsgebundene Position bestätigt.

In der amerikanischen Soziologie hat sich das Leistungsprinzip immer weiter in das Zentrum medizinsoziologischer Forschung geschoben. *Talcott Parsons* definiert Gesundheit „als den Zustand optimaler Leistungsfähigkeit eines Individuums“ oder Krankheit als seine „generalisierte Störung der Leistungsfähigkeit“²⁰, denn der Brennpunkt der Wertung für das Individuum amerikanischer Prägung scheint ihm „die universalistisch beurteilte Leistung“. So wundert es auch nicht, wenn Parsons eine These der Heilung vertritt, die sprachlich unmittelbar dem Vokabular des entfremdeten Arbeitsprozesses entliehen ist. Er schreibt nämlich: „Therapeutisch wird für (das Individuum) die Genesung als ‚job‘ definiert, der in Kooperation mit jenen geleistet werden muß, die technisch qualifiziert sind zu helfen“²¹. Das soziologische Theorem von der fortgeschrittenen industriellen Leistungsgesellschaft beinhaltet, daß die soziale Position des einzelnen Menschen Resultat der von ihm erbrachten Leistung ist, wobei unter Leistung die Anpassung an vorgegebene Verhaltensnormen verstanden wird, zu denen auch der individuelle Beitrag zur Produktions- und Produktivitätssteigerung gehört. Dieses Leistungsprinzip, innerster Kern eines auf Erwerb und Konkurrenz basieren-

19 W. Hofmann, *Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft*, Reinbeck (April) 1969, S. 20.

20 T. Parsons, *Definition von Gesundheit und Krankheit im Lichte der Wertbegriffe*, in: Mitscherlich, Brocher, Mering, Horn (Hrsg.), *Der Kranke in der modernen Gesellschaft*, Köln-Berlin 1967, S. 71 passim.

21 ebda S. 81;

Diese Vorstellungen lassen sich nicht ohne weiteres auf die BRD übertragen, da hier der Entwicklung der Sozialgesetze, die seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auf das Verhältnis von Arzt und Patient prägenden Einfluß nehmen, besondere Bedeutung beigemessen werden muß. In den USA dagegen ist die Krankenversorgung weit mehr an privatwirtschaftlichen Kategorien orientiert als bei uns, so daß dort der Leistungsdruck auch in der Krankheit wie deren Behandlung deutlicher zum Ausdruck kommt.

den sozialen Systems, liefert zugleich die Gewähr, daß unter seiner Herrschaft die Gesellschaft nach ökonomischen Aspekten eingeteilt wird. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat jenes Leistungsprinzip so weit verinnerlicht, daß sie verlernt hat, die eigenen Bedürfnisse und Fähigkeiten zu artikulieren und ihnen gerecht zu werden.

Schon in den frühen Phasen kindlicher Entwicklung werden die drängenden elementaren Triebwünsche häufig auf Fähigkeiten gelenkt, die oft weit vom unmittelbaren Weg der Triebbefriedigung abliegen. Die Muster dieser Triebregulationen werden von den sozialen Gegebenheiten, die sich für die jeweiligen sozialen Gruppen sehr wohl unterscheiden, geprägt. Und Krankheiten, deren ursächliche, auslösende und chronifizierende Faktoren gesellschaftlichen Fehlleitungen zuzurechnen sind, stellen dann nicht mehr nur naturhaft Gegebene dar, sondern werden mehr und mehr zu historisch gemachten. Die Instanz, wo soziale Einflüsse in die individuelle Persönlichkeitsentfaltung am nachhaltigsten eingehen, ist die Familie, deren Struktur wie Dynamik sich freilich nicht von den Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit isolieren lassen. So sind z. B. das Arbeitsverhältnis, Berufsrolle, Art der Arbeit (körperliche, geistig-psychische), Einkommen, Arbeitszeit (Länge, Nacharbeit), Arbeitsplatzsicherheit usw. kaum zu vernachlässigende Komponenten, die familiäre Interaktionsschemata bestimmen — ganz zu schweigen von solchen Situationen, wo die Mutter aus Gründen der Existenzsicherung gezwungen ist, erwerbstätig zu sein. Hier erweist sich gesellschaftliche Arbeit als ein Faktor sowohl der Sozialwissenschaften wie auch kritischer Medizin, der es zunächst um die Analyse wirklicher Ätiologie geht.

Nach welchen Maßstäben sich das medizinische Bewußtsein vom kranken Menschen darstellt und entwickelt, läßt sich exemplarisch für klinische Vorstellungen an folgenden Äußerungen aufzeigen. Paul Martini versteht unter den „ärztlichen Fundamentalqualitäten“: „Verantwortung und Führungsbewußtsein, Demut, Liebe, die ärztliche Wahrhaftigkeit und Ehrfurcht“ vor dem Kranken²². Auch Anton Hittmair erwartet vom „guten Arzt“: „Tiefes Verständnis für das Leben und seine mannigfachen Störungen, mitfühlendes Wissen um den Kranken als einmaliges Wesen, um seine seelische Verfassung, die Kenntnis von Krankheitsabläufen und ihre Dynamik, das alles macht den guten Arzt“²³. Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Inhalt dieser Aussagen zum Allgemeingut medizinischen Bewußtseins geworden ist und auch den subjektiven Intentionen vieler Ärzte entspricht. Klopft man jene Vorstellungen aber auf ihren Wirklichkeitsgehalt ab, so läßt sich leider feststellen, daß

22 P. Martini, Einseitigkeit und Mitte in der Medizin, Rede zum Antritt des Rektorats der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, am 7. November 1953, Bonn 1954, S. 23.

23 A. Hittmair, Medizin und Wissenschaft, Antrittsrede gehalten anlässlich der Inauguration zum Rector magnificus, am 17. November 1956, Universität Innsbruck, S. 8.

sie häufig nicht mehr als bloße Etikette sind und der Sonntagsprache medizinischer Praxis angehören. Versucht der „pflichtbewußte Arzt“ dennoch jene Prinzipien in seiner alltäglichen Arbeit praktisch umzusetzen, so lassen sich gravierende Frustrationen keineswegs vermeiden, da er im allgemeinen eine Ausbildung erhalten hat, die es ihm nicht ermöglicht, jene Zusammenhänge kritisch zu reflektieren und er zudem unter Arbeitsbedingungen tätig ist, die dem historischen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung völlig unangemessen sind²⁴. Somit ergibt sich für den Arzt fortwährend der Zwang zu unbewußter Rechtfertigung nicht realisierbarer Wünsche und Handlungen. Das aber heißt: „Alogischem Verhalten wird mit Hilfe von Rationalisierungen der Anschein des Vernünftigen gegeben“²⁵. Dieser Konflikt, der sich im Bereich des Widerstreites von ärztlichem Anspruch und medizinischem Handeln permanent reproduziert — wo man vom Menschen redet, ihn aber als Objekt behandelt — ist einem System zuzurechnen, das am Besonderen medizinischer Praxis, d. h. dem Verhältnis von Arzt und Patient, die grundlegenden Antagonismen der Gesellschaft erkennen läßt.

III.

Diese Überlegungen lassen die Verarbeitung von kritischer Theorie in der Medizin als notwendig erscheinen. Solche Theorie aber besteht in der möglichst eindringlichen und kritischen Analyse der historischen Wirklichkeit und nicht in einem Schema abstrakter Werte von Humanität. Die Darstellung und Analyse der Wirklichkeit bestimmt sich vielmehr durch praktische Impulse und durch Bestrebungen, die die Abhängigkeitsverhältnisse der vergesellschafteten Individuen gleichermaßen von der Natur wie von den sozialen Bedürfnissen und Interessen thematisieren.

Die Entfaltung und Struktur der heutigen Medizin ist in weiten Bereichen noch immer an den Naturwissenschaften ausgerichtet, die die Umwelt sowie die in ihr befindlichen Objekte unter „neutralen“ Bedingungen nach Ähnlichkeiten ordnen, nach bestimmten Merkmalen beschreiben und schließlich alles an ihr messen, was zufällig meßbar ist. Naturwissenschaftliche Neutralität jedoch hat sich mit ihrer

24 Vgl. hierzu: Deutsches Ärzteblatt, 12. 1968, S. 2817: „Ununterbrochene Dienstzeiten (medizinisch-wissenschaftlicher Assistenten) von 24 bis 36 Stunden seien durchaus üblich, wöchentliche Arbeitszeiten zwischen 70 und 90 Stunden seien keine Ausnahme.“

Oder in REZENTE, Studienmagazin für Mediziner, 15. 1. 69, S. 6: „Die Arbeitszeit chirurgischer Assistenten liegt bei operativ tätigen Klinikern mit 80 Wochenstunden sehr hoch . . . Die Zusammenfassung operativer und nichtoperativer Kliniker ergab immer noch eine durchschnittliche wöchentliche Belastung von fast 70 Wochenstunden.“

Oder aber: man sehe sich die überfüllten Praxen der niedergelassenen Ärzte an, die teilweise bis zu 60 Patienten am Tag durchschleusen müssen und zusätzlich noch Krankenbesuche ausführen.

25 K. Lenk (Hrsg.), Ideologie, Neuwied 1964, 2. Aufl., S. 31.

immanenten Begriffsbildung zu begnügen und zerbricht, wenn sie angewandt, d. h. mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit konfrontiert wird. Denn dort gewinnt die Nutzbarmachung im Interesse privater Kapitaleigner den Vorrang vor der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse nach unmittelbarer Naturbeherrschung. Dieser Widerspruch von angewandter und reiner Naturwissenschaft fließt auch in die differenzierten Methoden medizinischer Diagnostik und Therapie ein. Solange nämlich naturwissenschaftliche Medizintheorie sich streng am Begriffsrahmen pathophysiologischer Kausalität orientiert, wo sie freilich den neutralen Regeln der Retorte folgen kann, solange läßt sich ihr Anspruch auf totale Heilung — schon in der Theorie — nicht einlösen. Denn sie abstrahiert von denjenigen auslösenden und chronifizierenden Krankheitsfaktoren, die durch gesellschaftliche Wertsetzung bedingt sind. Es wundert daher auch nicht, wenn „etwa 60—70 Prozent der Kreislaufkranken der Ludolf-Krehl-Klinik (Heidelberg) keinen Befund haben, infolgedessen ihre Krankheit nicht mit naturwissenschaftlichen ... Methoden erklärt werden“²⁶ kann, wenn „an einer großen Poliklinik in Gießen ... von undifferenzierten Gesundheitsstörungen bei annähernd 30 % aller um ärztliche Hilfe nachsuchenden Patienten“²⁷ berichtet wird oder aber, wenn in den letzten Jahren ziemlich übereinstimmend sogar davon ausgegangen wird, „daß 30—50 Prozent der Kranken“, welche ärztliche Leistungen in Anspruch nehmen, „sogenannte funktionelle Leiden“²⁸ zeigen.

Die zunehmende Zahl der „Fälle“, die entgegen wachsendem naturwissenschaftlichen Aufwand therapieresistent bleiben, da ihre tatsächliche Ätiologie mit den derzeitig dominierenden Mitteln nicht allein erklärt werden kann, sind Symbol jener Medizin, die in der immer schnelleren Parzellierung und Reproduktion des status quo „heiß zu laufen“ droht. So kommt es auch in Krankenhäusern immer wieder vor, daß Patienten gegen ärztliche Anordnungen rebellieren oder gar „gegen dringenden ärztlichen Rat“ die Klinik verlassen. Aus einer kürzlich erschienenen Meldung²⁹ geht hervor, daß die Zahl derer, die auf eigenen Wunsch die untersuchte Klinik verlassen, etwa 3—4 % beträgt. Die gleichen Ergebnisse lassen erkennen, daß „nicht weniger als 65 % aller chronisch Kranken einer Privatstation zugaben, mindestens einmal einen Naturheilkundigen“ — also einen Nicht-Mediziner — „zu Rate gezogen (zu) haben“. Dies gestanden sie in der Regel nicht dem Arzt, sondern eher der Stationschwester. Mißtrauen oder Desinteresse gegenüber ärztlichen Anordnungen konnte M. Pflanz selbst in der disziplinierten Situation eines Arzneimittelversuches feststellen. Hier ist ein „Proband“, welcher

26 H. Schaefer, Die Krise der Naturwissenschaft (vor allem Medizin), in: Pädagogische Provinz, 17. Jg., 1/2 (1963), S. 52.

27 O. v. Mering und L. W. Early, Die Diagnose der Problempatienten, in: Mitscherlich, Brocher, Mering, Horn (Hrsg.), a.a.O., S. 325.

28 A. Mitscherlich, Krankheit als Konflikt, Bd. I, Frankfurt 1966, S. 13; vgl. hierzu auch: Birkmayer, Med. Welt, 1966, S. 1463—67.

29 Frankfurter Rundschau, vom 7. 2. 1969.

regelmäßig die verordnete Tablettenmenge einnimmt, eher die Ausnahme. Bestellt man z. B. „Patienten, die dreimal eine Tablette täglich einnehmen sollen, nach sieben Tagen wieder, so zeigt nur selten jemand ein leeres Zwanziger-Röhrchen vor. Die meisten haben noch mehrere Tabletten im Röhrchen oder Fläschchen“. Diese Nachlässigkeit kann jedoch nicht grundsätzlich dadurch behoben werden, daß der Patient im Sinne „einer patriarchalischen oder autoritären Abhängigkeitsbeziehung, die noch vielen Kollegen als Ideal vorschwebt“, geführt wird. Voraussetzung ist vielmehr „der aufgeklärte, selbstverantwortliche und mündige Patient“³⁰.

Schließlich gehören zu denjenigen medizinischen Fragen, die sich mit dem naturwissenschaftlichen Therapieansatz nur partiell klären lassen, das Placebo: jener Teil der verschriebenen Droge, der ihrer Applikation und nicht dem Pharmakon selbst zuzuordnen ist. Obwohl ständig Versuche unternommen werden, die Arzneimittelwirkung im Blindversuch zu objektivieren, bleibt immer noch ein wesentlicher Teil, der nicht chemisch-pharmakologisch bedingt ist, von großer Bedeutung für die ärztliche Praxis. *Modell* faßt die Ergebnisse seiner Untersuchung zu diesem Problem wie folgt zusammen: „The placebo action of drugs is the most blinding artefact in all of drug response, and since it is always there regardless of the utility of the drug, the only aspect of it which is subjekt to change is the physician's greater understanding of it“³¹. Diese Formen medizinischer Behandlung sowie deren Erfolge, die mehr oder weniger vom Zufall abhängen, beruhen demnach vor allem auf einer suggestiven Beeinflussung des Kranken. Sie scheinen ein Bedürfnis zu befriedigen, für das die naturwissenschaftliche Medizin offenbar kaum Verständnis hat, auf das sie deshalb auch keine treffende Antwort weiß.

Die Medizin der Aufklärung ist mit Recht ausgezogen, die Theologisierung oder gar Fetischisierung der Krankheiten im Mittelalter aufzuweichen und Kriterien zu entwickeln, mit denen es gelang, Seuchen einzudämmen, die Säuglingssterblichkeit zu senken sowie lebensrettende chirurgische Techniken zu schaffen. Über den großen Erfolgen, die sie zweifellos errang, hat sie allerdings für lange Zeit die gesellschaftliche Prägung von Entwicklung, Erleben und Verhalten sowie deren Einfluß auf die Krankheiten verkannt und ihre Erforschung vernachlässigt. Während also in den westeuropäischen Industrienationen der Einfluß sozialer Faktoren auf die Pathogenese bis heute den Nischen der Schulmedizin vorbehalten blieb, entfaltete sich in den USA die Forschung jenes Bereiches bereits auf breiterer Ebene. In Anlehnung an die von E. Mayo, F. J. Roethlisberger und Dickson für den industriellen Großbetrieb entwickelten Psychotechniken, deren wirksamer Einsatz sich in der psychologischen Kriegs-

30 M. Pflanz, Sozialmedizinische Aspekte der Herz- und Kreislaufkrankungen, in: n + m (Naturwissenschaft u. Medizin), Nr. 25 (1968), S. 62.

31 W. Modell, Placebo Effects in the Therapeutic Encounter, in: W. R. Scott and E. H. Volkart (ed. by), Medical Care, New York, London-Sidney 1966, p. 380.

führung der US-Armee während des Zweiten Weltkrieges³² und später im Koreakrieg bewährte, machte man sich nun auch Ende der vierziger Jahre in der Medizin zunehmend psychoanalytische und soziomedizinische Methoden nutzbar, um die Reintegration des Kranken in die Gesellschaft zu effektivieren. Somit erkannte man zwar soziale Auswirkungen im Bereich der Krankheit, kam aber therapeutisch kaum über die individuelle Wiederherstellung passiver Anpassung hinaus. Es wurde darauf verzichtet, die auslösenden Konflikte auf ihre objektiven gesellschaftlichen Inhalte zurückzuführen und sie dem Patienten einsichtig zu machen. Das allerdings würde radikale gesellschaftliche Aufklärung des Individuums bedeuten.

Der modernen Medizin ist es also im Laufe ihres Fortschreitens weder durch naturwissenschaftliche Techniken noch durch die apologetische Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse gelungen, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen arbeitsteiligen Tätigkeiten zu durchdringen, geschweige denn, ihn im Heilprozeß wirksamer Therapie zugänglich zu machen. Medizinische Theorie ist Aufklärung im Detail geblieben. Sie stagniert beim bloßen Erkunden isolierter Fakten und verdrängt dabei, daß diese aus einem historischen Zusammenhang gelöst sind, dessen fermentativer Verbund bewußte gesellschaftliche Arbeit sein kann. Diese Ideologie des „matter-of-fact“, die in den USA offensichtlich zur „zweiten Natur“ geworden ist — die schon im deutschen Faschismus Ärzte zur „Medizin ohne Menschlichkeit“ verführte³³ und deren Folgen schließlich im algerischen Befreiungskampf schwerste psychische Störungen hinterließen³⁴ — diese Ideologie ist heute noch tragendes Element des imperialistischen Krieges in Vietnam. „Georg W. Alsheimer“, ein deutscher Arzt in Hue, schrieb hierzu: „Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und historische Zusammenhang, in dem die ‚facts‘ sich ereignen, bleibt unbefragt und die eigene Urhebererschaft an einem solchen Zusammenhang kann getrost verdrängt werden. Elend und Luxus, aber auch Bombenregen lassen sich auf diese Weise zu natur- und schicksalhaften ‚Gegebenheiten‘ hypostasieren, für die eine höhere Macht entstehen muß, ganz ähnlich wie klimatische Verhältnisse, Naturkatastrophen oder angeborene Mißbildungen, an denen ja auch ‚kein Mensch‘ schuld ist und die man eben respektvoll als eine Art Gottesurteil hinnehmen muß. Zu diesem Respekt gehört es

32 A. B. Hollingshead and F. C. Redlich, *Social Class and Mental Illness*, New York London, 1958, S. 144.

“Before World War II, only three psychiatrists were in fulltime practice in the city (New Haven). . . . The importance of psychotherapy was demonstrated in the Armed Forces during World War II, and a strong demand for practitioners of psychotherapeutic methods resulted. In 1950, there were 16 psychiatrists (11 psychoanalysts) in full-time private practice most of them psychotherapy.“ Siehe auch S. 375, 380.

33 A. Mitscherlich und F. Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*, Frankfurt, 1962.

34 F. Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt 1966, S. 190 ff. (Kolonialkrieg und psychische Störungen).

dann auch, daß Nächstenliebe ihre schlimmsten Konsequenzen durch Wohltätigkeit abzumildern versucht. Die ... Matter-of-fact-Ideologie der Amerikaner gestattet also, unter dem äußeren Anschein der Nüchternheit und Objektivität, die Zementierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, indem sie die Verdrängung der eigenen Urheberschaft an ihnen erkenntnistheoretisch rechtfertigen und damit auf nationaler Ebene institutionalisieren.“³⁵ Der Charakter sogenannter „harter“ Fakten wird in dem Maße trügerisch, wie er die gegebenen Interessen der Kapitalverwertung in der spätbürgerlichen Gesellschaft verdeckt. Der Arzt, der dem Kranken mit scheinbaren Fakten sowie Techniken kommt, nur um ihn blindlings zu konformieren und rehabilitieren, um die Arbeits- und Genußfähigkeit wiederherzustellen, wie sie Arbeitgeber und Marktangebot fordern, verfehlt die Chance, vom Verständnis der Krankheit her zu jenen gesellschaftlichen Verhältnissen vorzudringen, unter denen diese Fakten Krankheit erzeugen. Die Aufgabe der Medizin aber sollte sein, die Menschen zunehmend von ihren Naturabhängigkeiten und gesellschaftlichen Zwängen zu emanzipieren, denn das allein heißt, sie auch heilen.

„Gesundheit ist etwas, das genossen, nicht verbraucht werden soll!“³⁶

35 „Georg W. Alsheimer“ (E. Wulff), Amerikaner in Vietnam, in: *Argument*, 36 (1966), S. 380.

36 E. Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. II, Berlin 1955, S. 32.

Henner Rätter

Grenzen der Emanzipation von Sexualität und Familie im Spätkapitalismus

Während im Frühjahr 1967 die westdeutsche Öffentlichkeit begann, sich genüßlich an der vermuteten Sexualdynamik der Berliner „Horrorkommune“ zu stoßen, diskutierte man in Schweden schon seit Monaten in allen Massenmedien und im Vollgefühl demokratischer Aufgeschlossenheit den Vorschlag junger, progressiver Studenten aus Uppsala, ihrem Beispiel zu folgen und die traditionelle Ehe-zu-zweit durch die Gruppenehe zu ersetzen. Die Argumente der Studenten waren: Durch die größere Komplexität und Plastizität der Gruppenehe habe das Einzelindividuum mehr Möglichkeiten, sich entsprechend seiner Anlagen zu einer differenzierten Persönlichkeit zu entwickeln; der einzelne werde zu Toleranz und Sozialität erzogen; die Kindererziehung sei weniger belastend; der Haushalt sei rationeller und wirtschaftlicher zu führen; die Trennung von einer Gruppe und das Hineinfinden in eine andere sei weniger schmerzhaft und dramatisch als die heutige Scheidung; die größere Flexibilität sei dem modernen Arbeitsmarkt besser angepaßt. Damit war in bezug auf die Gruppenehe nur speziell formuliert, was dem fortschrittlich-demokratischen Denken allgemein als Glaubensbekenntnis zugrunde liegt: Vergrößerung des individuellen Glücks durch Verminderung des gesellschaftlichen Drucks einerseits, optimale Gesellschafts- und Gruppendynamik durch größeren individuellen Spielraum andererseits.

Nun war auch in Schweden die Diskussion nicht so unvoreingenommen, wie sie sich dünkte. Dieselbe Ambivalenz, die bei uns alle Gedanken über die Kommune trübt, verhinderte auch in Schweden die eigentliche Klärung der aufgeworfenen Fragen. Da diese Ambivalenz — als Ausdruck ungelöster und unlösbarer Konflikte und meist völlig unbemerkt als fragloser Hintergrund des Verhaltens¹ — eigentlich jede sexuelle Äußerung bestimmt, hat der Versuch, die Wurzeln dieser Ambivalenz aufzuspüren, eine entscheidende, praktische Bedeutung. Eine Untersuchung der Ehe verspricht hierbei besonders aufschlußreich zu sein, weil sie im Schnittpunkt des individuellen und öffentlichen Sexualinteresses steht. Wir gehen dabei so vor, daß zunächst die herkömmliche Ehe in ihren Wechselbeziehungen zur gesamtgesellschaftlichen Dynamik untersucht wird. Daran anschließend werden wir die Auswirkungen der modernen Industriegesellschaft auf den einzelnen und die zwischenmenschlichen Beziehungen analysieren, wobei die Verhältnisse Schwedens als

1 Benjamin Lee Whorf: Sprache, Denken, Wirklichkeit. rde 174, S. 10.

eines der höchstentwickelten Industrieländer beispielhaft und lehrreich sind. Gelingt diese Analyse, so beantwortet sich die Frage von selbst, ob die erwähnten schwedischen Ideen der Ehereform die Kraft und Tiefe besitzen, ihren humanistischen Anspruch zu verwirklichen, d. h. ob sie die bestehende Gesellschaft so verändern können, wie es eine allgemeine Vergrößerung des individuellen Glücks erforderlich machte.

Zweisamkeit und Ehe

Es gibt eigentlich nur eine entscheidende allgemeine Forderung der Gesellschaft an das Individuum: daß es sich möglichst reibungslos und „produktiv“ in den gesellschaftlichen Prozeß einfüge, daß es die Grundlagen der Gesellschaft nicht gefährde, kurz, daß es ein „wertvolles Mitglied“ der Gesellschaft sei. Alle Institutionen der Gesellschaft überwachen wie selbstverständlich die Respektierung dieser Forderung. Da die Ehe freimütig als eine der wichtigsten Institutionen bezeichnet und deshalb sogar dem besonderen Schutz des Grundgesetzes anheim gegeben wird, ist die Frage nach den *konkreten* Aufgaben der Ehe im gesellschaftlichen Rahmen unausweichlich. Kinderaufzucht als nächstliegende Antwort trifft nur einen Teilaspekt. Denn die Ethnologie kennt Gesellschaften, in denen die Kinder trotz bekannter Zuordnung zu einem Erzeugerpaar praktisch kollektiv aufwachsen². Auch gibt es genügend kinderlose Ehen in unserer Gesellschaft, die deshalb noch lange nicht als sinnlos gelten. Kinder sind auch keine wirtschaftliche Notwendigkeit mehr wie in den Arbeiter- und Bauernfamilien früherer Zeiten, als die Kinderzahl noch Ausdruck der Arbeitskraft der Familie war. Die subjektive Motivation zum Kinde erschöpft sich also heute weitgehend im Bedürfnis, sich in *eigenen* Kindern zu reproduzieren, sorgt aber objektiv durch die spezifische Familiensituation in Verbindung mit dem elterlichen Straf- und Erziehungsrecht sowie der finanziellen Belastung für eine ausreichende und maßgerechte Reproduktion der Gesellschaft, d. h. die meisten Kinder wachsen zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft heran³.

Eine ihrer entscheidenden gesellschaftlichen Funktionen besitzt die Ehe jedoch für die beiden Ehepartner selbst. Weisen nicht die

2 John Layard: Familie und Sippe, in: Institutionen in primitiven Gesellschaften. edition suhrkamp 1955 und besonders Wilhelm Reich: Der Einbruch der Sexualmoral, Kopenhagen 1935, S. 4 ff.

3 Es ließe sich also etwas pointiert formulieren, daß die Gesellschaft heute die Ehe als wohlfeiles Aufzuchtstinstitut ausnutzt. Eine Untersuchung der konfliktgeladenen, innerfamiliären Dynamik und anderer gesellschaftlicher Einflüsse, als deren Ergebnis der loyale Bürger erscheint, würden den gesetzten Rahmen sprengen. Vgl. dazu Wilh. Reich: Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1934. Anna Freud: Normality and Pathology in Childhood. New York 1966. E. H. Erikson: Kindheit und Gesellschaft. Zürich 1957. Th. W. Adorno: Bekämpfung des Antisemitismus heute, und W. Gottschalch: Kind und Familie heute, in: Das Argument Nr. 29. F. Tomberg: Autoritäre Erziehung unter dem Mantel der Freiheit, in: Das Argument Nr. 31.

öffentliche Meinung und ihre Gestalter unablässig darauf hin? Die Ehe sei, so heißt es, trotz aller Probleme und menschlichen Schwächen, ein Hort des Glücks und des Friedens. Und tatsächlich werden die meisten Ehen mit gutem Willen und in Erwartung dieses Glücks geschlossen. Die zwangsläufige Frage, die sich jedoch daraus ergibt, erreicht schon nicht mehr die Schwelle des Bewußtseins: Glück und Frieden im Gegensatz wozu? Denn die Antwort wäre ebenso zwangsläufig wie unversöhnlich: den Gegensatz bildet die Welt „dort draußen“, die Welt, in der man sich — getrieben von Hast, Unruhe und Mißtrauen und unter der ständigen Drohung des Statusverlustes — mit seiner Leistung behaupten muß, die Welt der Arbeit, die Welt des öffentlichen Lebens, die Gesellschaft! Und diese Gesellschaft macht es durch ihre Unwirtlichkeit dem einzelnen fast unmöglich, ihr Angebot abzuschlagen, zu zweit und auf der Basis sexueller Attraktion ein legales Refugium der Menschlichkeit zu errichten, sich ein für allemal und unter Ausschluß aller anderen⁴ die menschlichen Werte zu versprechen, die in der Gesellschaft sonst nicht zu finden sind: Liebe, Vertrauen, uneigennützigte Hilfe, Verständnis, Zärtlichkeit, Geborgenheit. Dabei fördert und sichert sie Verbindungen dieser Art — unter dem Hinweis der besonderen Schutzbedürftigkeit — durch den Vertrag im Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches, alle sexuellen Bedürfnisse nur innerhalb der Ehe ihre Befriedigung finden zu lassen. Und je weniger die Gesellschaft selbst emotionale Sicherheit und Geborgenheit zu geben vermag, je vollständiger Vertrauen und menschliche Wärme aus der Großgemeinschaft schwinden, desto weiter zieht sich der einzelne in die einzig vorhandene Sphäre erhoffter Geborgenheit zurück, desto kleiner werden die emotionsgesicherten Primärgruppen: die Tendenz zur Kleinstfamilie ist also gerade in unserer heutigen Gesellschaft konsequent und notwendig⁵.

Warum dann aber diese nachdrückliche Förderung und Sanktionierung der Ehe, warum der enorme gesetzliche Schutzaufwand für eine Institution, zu der sich die Paare freiwillig und mit dem ehrlichen Vorsatz lebenslänglicher Treue drängen? Die Ehe muß anscheinend erheblichen Gefahren ausgesetzt sein, denen sie ohne Schutz nicht gewachsen wäre. Und selbst eine Ehe, die ihre konstituierende Basis, die gegenseitige Liebe, verloren hat, muß noch eine wichtige gesellschaftliche Funktion haben, denn sonst würde die Gesellschaft nicht mit allen Mitteln versuchen, sie zu „retten“.

4 „Die Hölle, das sind die anderen!“ J. P. Sartre: Die geschlossene Gesellschaft.

5 Neuere Umfragen und soziologische Untersuchungen ergeben übereinstimmend entgegen allen Befürchtungen eine steigende Tendenz zur ehelichen Treue und zu ausschließlichen Bindungen schon in der Jugend. (Karl Saller, ed.: Sexualität heute. München 1967). Der genannte Hintergrund entlarvt jedoch die positive Bewertung dieser Tendenz als ideologische Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse: die niedrigsten Scheidungsquoten finden sich nämlich in ökonomischen Krisenzeiten! (R. König: Familie, in: Fischer Lexikon Soziologie, S. 72 f.)

Eine Erklärung dieser Widersprüchlichkeiten ist nur zu erwarten, wenn es gelingt, die verborgenen Wechselbeziehungen zwischen Einzelexistenz und gesellschaftlicher Wirklichkeit durchsichtig zu machen. Diese Wechselbeziehung läßt sich zunächst im Hinblick auf unser Thema folgendermaßen umreißen: Da die Gesellschaft, und speziell die bürgerliche, auf Grund ihrer Strukturgesetzmäßigkeiten eine krasse Trennung zwischen dem öffentlichen und privaten Lebensbereich ihrer Mitglieder aufgerichtet hat, zwingt sie den einzelnen zu einem ständigen Pendeln zwischen beiden Bereichen und damit auch zu einer Verinnerlichung dieser Trennung, d. h. zur Ausbildung entsprechender psychischer Instanzen, in denen getrennt das Öffentliche und das Private repräsentiert sind⁶. Gleichzeitig aber wirkt das gesellschaftlich notwendige Streben des einzelnen nach Identität⁷, nach einem fest geschlossenen Persönlichkeitskern, nach einer einheitlichen Bewußtseinsstruktur dieser verinnerlichten Trennung wieder entgegen, indem es gerade auch die gegensätzlichen und unvereinbaren psychischen Instanzen ergreift und durch Usurpation der einen durch die andere, existentiell gewichtigere Instanz eine Vereinheitlichung zu erzwingen sucht. (Falls dieser Prozeß fehlschlägt, bietet sich als Ausweg die neurotische, psychotische oder psychosomatische Krankheit.) Da nun die Grundlage der Existenz die Arbeit ist, und zwar die Arbeit im *gesellschaftlichen* Rahmen, ist zu erwarten, daß auf die Dauer *die* Gefühle und Eigenschaften, die für einen erfolgreichen Daseinskampf am Arbeitsplatz „kultiviert“ werden müssen, die also das öffentliche Leben bestimmen und als solche schon rein zeitlich dominieren, die Oberhand über die Regungen des Privaten gewinnen, daß die psychische Instanz des Öffentlichen langsam, aber unaufhaltsam das Privatleben überwuchert. Diese allgemeine Gesetzmäßigkeit des psychischen Haushalts der Individuen spiegelt sich wider in der von jeder Generation neu gemachten Erfahrung, daß die Erwartungen und Vorstellungen von der Ehe als Insel des Glücks, als „Idealgemeinschaft en miniature“, sich regelmäßig bei der Konfrontation mit der Realität in Enttäuschung auflösen⁸ und daß sie dann nur noch in der Erinnerung weiterleben — allerdings entschärft und verharmlost als wehmütige Trauer um die unwiederbringliche Jugend. Unter dem Aspekt soziologischer Relevanz⁹ wird der private Raum der Gesellschaft also vollständig bestimmt durch Ehen, die früher oder später scheitern, in denen das

6 Über die soziologischen und historischen Aspekte des Öffentlichkeitsbegriffs informiert hervorragend J. Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied 1962.

7 Th. W. Adorno: *Sexualtabus und Recht heute*, in: *Sexualität und Verbrechen*. Fischer Buch 518/519, S. 303.

E. H. Erikson: *Identität und Lebenszyklus*. Frankfurt 1967.

8 Das niederschlesische Sprichwort: „Wo die Sorgen zur Tür hereinkommen, geht die Liebe zum Fenster raus.“

9 — also unter bewußter Ignorierung der beliebten, ideologisch dankbaren, aber soziologisch unerheblichen Ausnahmen aus *Readers Digest* (Menschen, die man nie vergißt) —

ursprüngliche Ideal fragloser, gegenseitiger Hingabe vor der Routine des Alltags kapituliert, in denen die untergründige Resignation und Verbitterung nur noch durch Gleichgültigkeit und Pflichtbewußtsein eingedämmt werden kann. Geblendet von ihren eigenen Illusionen über die Ehe und hilflos vor der schmeichlerischen Gesellschaftsforderung persönlicher Autonomie, bleibt den Betroffenen der eigentliche Zusammenhang ihres Unglücks verborgen, erscheint ihnen stets die Wirkung als Ursache, entdecken sie die Schuld als „seelische Grausamkeit“ im Ehepartner. Der Optimismus, mit dem viele daraufhin wieder nach einer neuen, glückverheißenden Verbindung streben, offenbart nun seine schneidende Nähe zur Verzweiflung, zur ewigen Wiederkehr des Gleichen.

Die Auswirkungen der unüberwindlichen Kluft zwischen öffentlichem und privatem Leben auf die psychische Struktur des einzelnen lassen jetzt auch den zwiespältigen Wert des gesetzlichen Eheschutzes und aller öffentlichen Regelungen des sexuellen Verhaltens erkennen. Zwar erhält die Eheinstitution eine Sicherung von außen, und es ist bezeichnend, daß die Individuen selbst nach dieser Sicherung verlangen, je ungesicherter ihre Stellung im übrigen gesellschaftlichen und ökonomischen Prozeß ist — in der Männergesellschaft „natürlicherweise“ besonders auf die Frauen zutreffend. Diese öffentliche Sicherung der Ehe kann jedoch für die Ehebasis, die sexuelle und geistige Harmonie, nicht wirklich adäquat sein. Im Gegenteil: der Versuch, die individuelle und komplexe Gefühlsdynamik über den Leisten „objektiver“, paragraphierter Gesetze zu schlagen und sie unter Leugnung der zeitlichen Gefühlsdimension auf einem Status quo einzufrieren, läßt den einzelnen immer deutlicher die Einschränkung seiner Möglichkeiten spüren, steigert den Widerspruch zwischen statischem Ideal und dynamischer Realität, zwischen ursprünglich freier Entscheidung und der sich anschließenden Unfreiheit zu schweren Konflikten. Das Streben des Individuums nach einer Lösung dieser Konflikte, seine Versuche, die geahnte und ersehnte Harmonie zu erlangen, erfordern eine Verstärkung aggressiver und destruktiver Impulse zur Beseitigung der Konfliktursachen. Würde nun das Individuum — befreit von jedem Druck irrationaler Furcht und ideologischer Manipulation — um die wirklichen Konfliktursachen, so hätten seine Aggressionen im Sinne einer kausalen Harmonisierungsfunktion ein rationales Ziel, sie könnten sich auf die Beseitigung des gesellschaftlichen Antagonismus von Öffentlichkeit und Privatheit, auf die Vernichtung der humanitätsfeindlichen Elemente des öffentlichen Lebens konzentrieren. Das bedeutete z. B. für unsere kapitalistische Gesellschaft die Aufhebung der Klassenstruktur durch Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit auch des Konkurrenz- und Profitprinzips, statt dessen die Errichtung einer inhaltlichen Demokratie von der Basis her, wodurch der einzelne erst wieder die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zur harmonischen Gestaltung seiner menschlichen Beziehungen erhielte.

Jeder auf Klassenstruktur und damit auf irrationaler Herrschaft

beruhenden Gesellschaft muß folglich daran gelegen sein, die von ihr erzeugten und für ihren Bestand gefährlichen Aggressionen auf andere herrschaftsfestigende Ziele abzulenken, was natürlich nur möglich ist, wenn das Individuum in einer letzten fundamentalen Unwissenheit und Unfreiheit gehalten wird. Zu den unentbehrlichen Hilfsmitteln, deren Wert die Gesellschaft schon früh erkannte, gehört neben Nationalismus, Rassismus, Militarismus und Religion die Ehe: Dadurch, daß zwei Menschen mit dem Köder der Sexualität in den Käfig einer lebenslangen Existenzgemeinschaft gelockt werden, entladen sich die Konflikte und Spannungen — dem Weg des geringsten Widerstandes folgend — in dieser „Keimzelle der Gesellschaft“, wird den Konflikten der revolutionäre Stachel und der Gesellschaft die Sorge vor der Veränderung genommen¹⁰. Verständlich, daß die Gesellschaft die Ehe für ihre besonderen Leistungen mit einer mehr oder weniger sakramentalen Weihe ausstattete.

Die Entschlossenheit der Gesellschaft zur Selbsterhaltung schlägt sich auch in den Institutionen nieder, von denen die Ehe umstellt ist und die das Individuum auffangen, sobald es sich dem ehelichen Konfliktdruck zu entziehen sucht. In den traditionellen Gesellschaften entrichten diese Institutionen ihren Tribut an die latente Gefahr der realen Gefühlsdynamik noch, indem sie die Gefühlsdynamik als Unmoral diffamieren und gleichzeitig disziplinieren, sei es durch Karneval, Beichte oder Prostitution, sei es durch die Benachteiligung der unehelichen Kinder, die Demütigung der ledigen Mütter oder die Ächtung der Onkelehe, sei es durch die Errichtung eines erniedrigenden Instanzenweges vor scheidungswilligen Individuen oder durch die Kriminalisierung der Abtreibung¹¹ und die Verdrängung der Verhütungsmittel auf öffentliche Aborte¹².

10 Die Funktion der Ehe als Herrschaftsinstrument erwies sich schon seit jeher in der größeren sexuellen Freizügigkeit der Oberschicht. R. König: Fischer Lexikon Soziologie, S. 69.

11 Als grauenhafte Folge davon schätzt man die Abtreibungen in der BDR auf ca. eine Million jährlich, mit Todesfolge in ca. 10 000 Fällen und bleibender Sterilität in 200 000 Fällen (Carl Nedelmann: Das Verbrechen der Abtreibung — Geburtenregelung und Strafrechtsreform, in: Politik ohne Vernunft. rororo 781).

12 Dem entspricht der Versuch, die umwälzende Bedeutung der Pille für die Emanzipation der Frau durch die Erzeugung von Krebs- und Nebenwirkungsangst oder gar durch Verbot einzudämmen. Selbst die Bundesärztekammer und eine Reihe von Ärzten beteiligen sich an dieser Arbeit, so z. B. auch Dr. Wilh. Hahn, laut „Stern“ vom 19. 11. 1967 einer der erfahrensten Studentenärzte, der mit der Begründung für seine Vorsicht auch seine verborgenen Phantasien und Ängste gesteht; er befürwortet zwar, die Pille von Fall zu Fall an Studentinnen zu verordnen, jedoch „nicht so. Das würde zu einer Promiskuität führen, der niemand mehr Herr (!) werden könnte“. Bundesanwalt Martin (Justiz) sieht noch etwas weiter. Für ihn ist „der Sog zur Empfängnisverhütung, der durch die hemmungslos betriebene Aufklärung über Verhütungsmöglichkeiten nachhaltig gefördert wird“, eine direkte Gefahr für die Profitmaximierung (Ökonomie), denn „schließlich darf bei der Sorge um die Volks-

Die disziplinierende Funktion der Ehe zeigt sich indirekt auch an dem gebrochenen Verhältnis unserer Gesellschaft zur Homosexualität. Die öffentliche Bewältigung dieser „Verirrung“ ist gekennzeichnet durch die juristisch ungleiche Behandlung männlicher und weiblicher Homosexualität, durch ihre historische Diskontinuität und ihren Mangel an internationaler Verbindlichkeit. Dabei wird die Strenge der puritanischen Ursprungsländer des Kapitalismus noch durch den sittlichen Eifer einiger postfaschistischer Länder — Westdeutschland, Finnland, Österreich — übertroffen. Die Unversöhnlichkeit gegenüber der Homosexualität beruht dabei auf drei korrelierenden Faktoren: eine patriarchalisch-autoritäre Klassenstruktur, eine sozialpsychologisch von Profitstreben und Konkurrenzkampf getriebene Ökonomie und eine allgemeine, meist religiös verbrämte Lustfeindlichkeit. Was jetzt noch an geschlechtlichen Verhaltensmustern bleibt und sich als erlaubt, natürlich und normal ausgibt, erweist sich schnell als getreue Spiegelung der genannten Faktoren: während der Mann hart, selbstbewußt, sachlich, beherrscht, wachsam und intelligent zu sein hat, um seine Aufgaben im gesellschaftlich-ökonomischen Prozeß zu meistern, hat die Frau den komplementären Auftrag, mit ihren „natürlichen“ Eigenschaften liebevoller Zärtlichkeit, geduldigen Verstehens und anschmiegsamer Naivität, mit dem erdnahen Zauber ihrer Anatomie und dem stillen Geheimnis ihrer Weiblichkeit dem Mann ein Heim zu schaffen, in das er stets zurückkehren kann, um neue Kräfte für den Tageskampf zu sammeln. Alle seine möglichen Gefühle der Zärtlichkeit und Liebe haben hier ihren vorgegebenen Erfüllungsort. Im öffentlichen Leben wären sie nur hinderlich und gefährlich, da sie dort durch die Vertiefung und Humanisierung der menschlichen Beziehungen die Spannung der argwöhnischen Wachsamkeit mindern, den Konkurrenzkampf befrieden würden. Zärtlichkeit zwischen den Trägern der Ökonomie, zwischen Männern, bedroht als ekelhafte Perversion die Grundlagen des Systems¹³.

Der moderne Mensch

Das bislang Gesagte setzt sich dem Verdacht antiquierter Kulturkritik aus: Überall sind Zeichen einer zwar langsamen, aber grundlegenden Wandlung zu entdecken, und gerade Schweden scheint der

gesundheit die mit der Geburtenregelung zwangsläufig verbundene moralische Verwilderung mit ihrem lähmenden Einfluß auf Schaffenskraft und Opferbereitschaft des Volkes nicht übersehen werden“ (Zit. nach C. Nedelmann, a.a.O., S. 119). Wenn also liberale Kritiker in der neuen Papstencyklika „*humanae vitae*“ die bedauerliche und weltfremde Marotte eines asketisch-senilen Kirchenfürsten sehen, so irren sie. Sie ist sehr viel mehr. (Genauerer siehe Wilh. Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus. IV. Kapitel: Die Kirche als internationale sexualpolitische Organisation des Kapitals. S. 169 ff.)

13 Über die allgemeine Bedeutung der Perversionen als Ausdruck verschütteter humaner Möglichkeiten siehe Herbert Marcuse: Triebstruktur und Gesellschaft. Bibliothek Suhrkamp 158, S. 45 und S. 53 ff.

beste Beweis für den erfolgreichen Versuch, mit konsequenter Liberalität die Sexualität aus den Fesseln unzeitgemäßer Tabus zu lösen und die Dimension individueller Freiheit zu vergrößern¹⁴. Die kritische Analyse kann einen solchen Beweis nicht nachvollziehen. Sie wird vielmehr zu dem Ergebnis gezwungen, daß die alten Formen der Unterdrückung aufgegeben werden können, weil ihre Disziplinierungs- und Manipulationsfunktionen durch neue Formen wesentlich sublimer, umfassender und wirkungsvoller geleistet werden, bis hin in die intimsten Bereiche.

Die Analyse stößt zunächst auf einige gesellschaftliche Symptome, die in Schweden besonders ausgeprägt sind und im offenen Widerspruch zur Ideologie der sozialen Wohlfahrt und demokratischen Freiheit stehen.

- Auffallend ist das langsam wachsende Alkoholismus- und Rauschgiftproblem. Es wird zwar als vorübergehende Begleiterscheinung einer jungen Wohlstandsgesellschaft verharmlost. Doch die halbherzigen Gegenmaßnahmen verraten sowohl das schlechte Gewissen vor der dahinterliegenden massiven Anklage als auch das Wissen des Establishments um den relativ harmlosen Flucht- und Ventilcharakter des Symptoms, um das labile Gleichgewicht der normierten psychischen „Volksgesundheit“. Die Hilflosigkeit und ideologische Verblendung des einzelnen hingegen kristallisieren sich in den sektenhaften Vereinigungen der Anti-alkoholiker mit ihren unermüdlichen und erfolglosen Bekehrungsversuchen.
- In dieselbe Symptomkategorie gehört der Massentourismus, mit dem Schweden weit an der europäischen Spitze liegt. Die Sentimentalität, mit der in Schweden Urlaubserinnerungen gepflegt werden, die drängende (und teure) Sehnsucht nach der nächsten Gelegenheit legaler Regression erwachsen aus dem Bedürfnis, mit den Landesgrenzen auch den Alltag hinter sich zu lassen, entsprechen dem Grad der alltäglichen Belastung durch einen perfektionierten und entleerten Produktions-, Verwaltungs- und Konsumprozeß.
- Hilflös reagiert man auch auf die hohe und steigende Zahl der Eigentumsdelikte. Statt darin das Bewußtsein und den Grad der ungerechten und asozialen Eigentumsverhältnisse zu erkennen¹⁵, baut man modernste Gefängnisse, deren Sterilität und Perfektionismus eine Zunahme der Selbstmordversuche bedingt und

14 Alle zu nennenden Fakten über Schweden stammen aus der Landespresse im Zeitraum August 1966 bis April 1967, überwiegend aus der Tageszeitung „Dagens Nyheter“ (liberal) mit anerkannt hohem Informationsniveau.

15 B. Brecht: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen den Besitz einer Bank!“ 90 % der schwedischen Wirtschaft befinden sich in privater Hand. Parallel zum Volkseinkommen stieg in den letzten 30 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft auch der Einkommensunterschied.

damit unversehens den archaischen Vergeltungsgedanken wieder bloßlegen¹⁶.

- Auch der Versuch, das Jugend- und Gammlerproblem zu lösen, enthält alle Voraussetzungen seines Mißlingens. Die Jugend, noch am ehesten zu Spontaneität und Unverlogenheit fähig, empfindet die Unwahrhaftigkeit und den Beschwichtigungscharakter der gewährten, unverbindlichen Meinungs- und Sexualfreiheit. Ihre deutliche Rebellion als Mahnung an die Gesellschaft, mit den antagonistischen Widersprüchen die menschenunwürdigen Verhältnisse zu beseitigen, werden zur Beruhigung des Gewissens mit dem Hinweis auf den erhöhten jugendlichen Hormonspiegel, die geistige Unreife und die Ziellosigkeit der Proteste bagatellisiert.

Diese Symptome denunzieren die schwedische Toleranz¹⁷, den demokratischen Parlamentarismus und Pluralismus als Verschleierung der ungewandelten Klassenstruktur und der eigentlichen Machtverhältnisse sowie ihrer modernen Herrschaftstechniken:

1. Die Grundlage der hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften bleibt nach wie vor, trotz der technischen Möglichkeit repressionsfreier Bedürfnisbefriedigung und ausreichend-gleichwertiger Güterverteilung an alle, das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit das Profit-, Konkurrenz- und Leistungsprinzip, bleibt das Spiel mikrorationaler Unternehmeraktionen auf dem Rücken der Unternommenen in einem irrationalen, katastrophenanfälligen Gesamtsystem¹⁸. Die Individuen lernen durch Erziehung und tägliche Erfahrung, diese Grundlage als natürlich und unabänderlich hinzunehmen. Sie können ihren eigenen aggressiven Egoismus nicht als Folge dieser Grundlage und der damit zusammenhängenden Produktionsverhältnisse begreifen, sondern nur als Grundeigenschaft des Menschen selbst, die ihrerseits erst jene Grundlage und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bedinge („homo homini lupus“). Deshalb halten sie auch die Isolation, in die sie durch die Verhältnisse gedrängt werden, für Autonomie und die materiellen Zugeständnisse und Prämien des Systems für ihren eigenen Verdienst. Getrieben von Konkurrenzdruck und Prestigeangst und ohne Möglichkeit, eine klärende Distanz zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu gewinnen, müssen die Individuen sich selbst zum egozentrischen Bezugspunkt aller gesellschaftlichen Vor- und Nachteile machen und gleichzeitig die Idee der Humanität und Nächstenliebe in die unverbindlichen Gefilde der Philosophie und Theologie verweisen. Die politische Forderung, eine selbstlose, brüderliche Solidarität

16 Z. B. werden die Gefangenen in ihren Einzelzellen durch Fernsehkameras überwacht.

17 Über die historische Entwicklung und die soziale Funktion der Toleranz siehe R. P. Wolff: *Jenseits der Toleranz*, und H. Marcuse: *Repressive Toleranz*, in: *Kritik der reinen Toleranz*, ed. suhrkamp 181.

18 Paul A. Baran: *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*. Neuwied 1966.

in der Praxis zu verwirklichen, erschiene ihnen heute mehr denn je absurd und verdächtig.

Doch die materiellen Vorteile des als Individualismus getarnten Egoismus fordern einen hohen Preis. Unmerklich, aber ohne Nachlaß als innere Verödung und äußere Isolation abgegolten¹⁹, brechen sie den letzten Widerstand gegen

2. die totale Reglementierung und Verwaltung durch eine monströs aufgeblähte Bürokratie, gegen

3. die Auswirkungen und „Sachzwänge“ einer unförmigen, expansiven Militärmaschine, die die ihr anvertraute Freiheit offen verhöhnt²⁰, und gegen

4. die geheime Verführung zu einem zwanghaften, profitgerechten Konsumverhalten, zur Investition aller außerberuflichen Energien in die prestigeorientierte, bewußtlose Befriedigung falscher, manipulierter Bedürfnisse²¹.

Die sexuelle Scheinrevolution

Im Rahmen dieser Verhältnisse offenbart auch die sexuelle Emanzipation Schwedens ihre dürftige Vordergründigkeit. Zwar gibt sie den Individuen mit dem Schwinden alter Tabus und drückender Verbote das Gefühl der Befreiung, doch bleibt die Hoffnung auf mehr sexuelles Glück und Lebensfreude leer. Es fehlt nicht nur nach wie vor jegliche erotische Kultur im öffentlichen Leben. Gerade die Sexualität des privaten einzelnen zeigt weiter die alten Male der Verstümmelung: die Veräußerlichung der Sexualität²², ihre Abtrennung vom sozialen Kern menschlicher Existenz (als tiefste Ur-

19 „We were talking about the space between us all ... about the love that's gone so cold...“ (George Harrison in seinem Lied ‚within you without you‘. The Beatles: Sgt. Peppers lonely hearts club band. 1967).

20 Fritz Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. 3. Aufl., Frankfurt 1967.

21 Axel Cäsar Springer: „Ich war mir seit Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt“ (Sonntagsblatt. Hamburg, 5. 7. 1959). Und in der „qualitativen Analyse der BILD-Zeitung“ (A. Springer Verlag 1965) steht: „BILD geht auf die verborgenen Wünsche und Antriebe der Leser ein, indem ein gewisses Maß an Sensationen und Sex, an Berichten von Unglücksfällen und Verbrechen vorgestellt wird. Der Leser hat so die Möglichkeit, seine Es-Ansprüche ersatzweise zu befriedigen, ohne daß er damit den eigenen Bestand und das gesellschaftliche Gefüge gefährdet. In diesem Zusammenhang ist auch der Mechanismus von provozierten und zugleich aufgefangener Angst einzuordnen: Zwangsläufig wird durch die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse Angst vor der undurchschaubaren gesellschaftlichen Situation provoziert. Aber gleichzeitig werden auch die Entlastungsmechanismen geliefert, die das Ausmaß der aufgetretenen Spannungen reduzieren“ (S. 192). Die Herrschenden manipulieren also bewußt, und ihr Zynismus ist unverstellt!

22 Die evangelische Kirche Goslar warnte auf Plakaten, die ein Mädchen flirtend zwischen zwei jungen Männern zeigten: „Wer wechselt, ist bald Kleingeld.“ (Der Spiegel Nr. 41/1966).

sache des ubiquitären Kastrationskomplexes), ihre Organisierung unter das Primat der *zeugenden* Genitalität²³, ihre Dämonisierung und Mystifizierung²⁴, ihre Reduzierung auf einen technischen Akt notwendiger Körperhygiene, all das leisten die neuen Manipulationsformen ohne Zwang. Sie erzeugen weiter neurotische Bindungsunfähigkeit in Form des Don-Juanismus und der Nymphomanie oder neurotische Fixierung mit dem eifersüchtigen Besitzanspruch auf die Genitalien des Partners und dem drohenden Zerbrechen der menschlichen Beziehung im Augenblick der „Untreue“²⁵.

Die zum Zwecke reibungsloser Herrschaft geförderte Regression der Individuen in den privaten Bereich läßt das politisch-soziale Leben immer mehr erstarren, indem sie sowohl jede außerprivate Initiative lähmt als auch jedes politisch-soziale Engagement mit dem Ruch des Unbotmäßigen versieht. Die völlig unkontrollierte öffentliche Sphäre kann nun, da in ihr die Verteidigungsstellen gegenüber Herrschaftsansprüchen geräumt wurden, um so ungehemmter mit ihren Kategorien des Eigentums, des Prestiges, der Karriere, der Konkurrenz, des Profits, der Leistung und des Konsums in den privaten Bereich eindringen, kann mit dem wissenschaftlich-technischen Produktionsprinzip, der Reduzierung von Qualität auf Quantität, jede menschliche Beziehung aushöhlen²⁶.

23 Über die grundlegende Bedeutung frei und harmonisch entfalteter Genitalität für das Glück des Menschen, siehe Wilhelm Reich: *Die Funktion des Orgasmus*. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien 1927.

24 Günter Hoppe, evangelischer Erziehungs- und Eheberater: „Und wer will zwei verurteilen, die sich zwar nicht lieben, aber von der Schöpfungswonne (!) und Daseinsfreude des Augenblicks ergriffen sich vereinigen?“ (Frankfurter Rundschau 11. 11. 1967).

25 Individuen, die sich in ihrer Liebe als wirklich frei und gleichwertig anerkennen, könnten sich durch andere Liebesbeziehungen nicht gefährden, da die Einmaligkeit ihrer Beziehung dadurch nicht berührt würde. Zwischen ihnen würden auch die genitalen Beziehungen nicht mehr jene verkrampte, zwiespältige Rolle spielen und ihr Verhältnis tyrannisieren und isolieren. Sie wären konfliktlos eingebettet in die verschiedenartigen Liebesbeziehungen zu allen anderen Menschen. Diese Integrierung der Sexualität in das soziale Verhalten würde sie also erst wirklich befreien, könnte ihre gefesselte Dynamik auch für die Gesellschaft freisetzen und eine tiefe, umspannende Solidarität aller Menschen vermitteln. Der starre Zirkel herkömmlicher, bürgerlicher Liebesbeziehungen aus Werbung, Erwerbung, Besitztum, Anspruch, Abhängigkeit, Langeweile und Resignation wäre gesprengt.

26 Deutliche Beweise dafür liefert die psychoanalytische Praxis. Sie weiß von erstaunlich vielen Männern, die im Rahmen ihrer allgemeinen Impotenzangst unter der Zwangsidee leiden, einen zu kleinen Penis zu haben. Dieser unmittelbare Ausdruck des quantitativen Leistungs- und Konkurrenzprinzips erscheint hier also als deutliches neurotisches Leiden, muß jedoch in latenter Form als Belastung der Liebesbeziehungen noch verbreiteter sein. Das Zwanghafte zeigt sich an der Immunität gegenüber der Tatsache, daß es keine zu kleinen Penisse gibt (Allan Fromme: *Der Sexualreport*. S. 101. Stuttgart 1967), und daß die weibliche wie die männliche Lust von der Qualität der Liebesbeziehung bestimmt wird. Wenn

Auf Grund der absoluten männlichen Entscheidungsgewalt in allen öffentlichen Bereichen ändern sich auch die basalen patriarchalischen Verhaltensnormen nicht und zwingen die Frauen — gleichzeitig mit ihrer Ausbeutung als billige Arbeitskräfte — weiterhin in die Rolle des Sexualobjekts, des Dekorationsstückes, des Statussymbols und der Gebärerin. Das Verhältnis der Geschlechter bleibt ein Tummelplatz der Stereotype und starrer Kampfriten, es leidet wie eh und je unter dem uralten Mangel an Unbefangenheit.

Die Verstümmelung und Verflachung der Sexualität wird zum direkten Beweis der innigen Liaison von wirtschaftlicher Macht und irrationaler Herrschaft (s. a. Anm. 12), denn sie dient der mühelosen Erhaltung beider. Gerade in ihrer gefahrlosen Scheinbefreiung wird diese Sexualität als Ware, Fassade oder Anreißer manipulierbar; sie hält das Konsuminteresse wach, indem sie die raffiniert geweckte Hoffnung auf Vorteile im Wettkampf der Geschlechter immer wieder enttäuscht und die versprochene Befriedigung zur schalen Episode macht; sie sichert die Unterwerfung, indem sie die Individuen — und besonders wieder die Frauen — zu unentwegter Beschäftigung mit Anschaffungen und „Körperpflege“ treibt. Dieses Opfer an Zeit und Geld für einen notgedrungenen Narzißmus und einen veräußerlichten Ästhetizismus wird so zur Opferung der humanen Aktion, des kritischen Denkens und der schöpferischen Potenz — für die Herrschaft des Kapitals und ihre Perpetuierung. In einer solchen Atmosphäre verliert auch die Sprache ihre verbindende Funktion und verkümmert: die Welt des „Schweigen“²⁷ ist die Welt des angepaßten, nach außen geleiteten, entfremdeten, vereinsamten Menschen.

Bei uns in der Bundesrepublik müssen sich all diese Tendenzen, die ja nur konsequenter Ausdruck der modernen Produktions- und Konsumverhältnisse sind, noch mühsam gegen reaktionäre und konservative Rückständigkeit durchsetzen. Doch das ist nur eine Frage der Zeit. Auch die Normen werden sich wie stets anpassen, und alle fortschrittlich-liberal Gesinnten werden dabei helfen. Beate Uhse erfolgreicher Fachversand z. B. ausdrücklich der *Ehe-Hygiene* dienend und wie verlautet hauptsächlich von gebildeten Kunden getragen, baut schon Filialen im ganzen Land. Für das mühsam errungene Vertrauen des Establishments revanchiert sich Beate Uhse mit einer modernen und faßlichen Lebensphilosophie für den Verbraucher, die

auch zweifellos Impotenzangst und Zwangsideen ihre Wurzeln in der frühen Kindheit haben, bleibt doch die bürgerliche Leistungsgesellschaft sowohl für die ständig neue Aktivierung als auch für das kindliche Trauma selbst verantwortlich. Das weibliche Äquivalent ist die Angst, mit einem zu kleinen Busen den Rivalinnen zu unterliegen, und die Angst, im Orgasmus nicht zu genügen — vom Mann häufig erst ausgelöst, wenn er ihren Orgasmus als Beweis seiner Potenz fordert.

27 Schwedischer Film von Ingmar Bergman, der bei uns trotz einer Masturbations- und einer Koitusszene unbeschnitten laufen durfte, nachdem der pfiffige Verleih ihn als künstlerische Gestaltung der Gottferne angeboten hatte.

sie in ihren Schaufenstern und Katalogen, meist getrennt nach Geschlechtern, publiziert:

„Die Welt des Mannes ist vital und von Schaffenskraft, Leistung und Erfolg bestimmt. Selbstbewußte Männer nutzen die Möglichkeiten unserer Zeit, Kraft zu schöpfen und ihre Fähigkeiten zu stärken, um das Leben zu meistern in Beruf, Ehe und Familie.“

„Die modernen Frauen unserer Zeit. Sie verstehen es, ganz ‚Frau‘ zu sein. In ihrem Fühlen und Handeln, in ihrem Sinn für die Schönheiten des Lebens und in ihrer Aufgeschlossenheit für das Neue, das es ihnen mehr denn je ermöglicht, Glück zu schenken und glücklich zu sein im Leben ihres Mannes.“

„Übereinstimmung. Sie ist das Ideal der Liebe: die Gemeinsamkeit der Empfindungen, die Gleichheit im Wollen, die Harmonie im Leben und Erleben. Es gibt Gründe, die den Gleichklang in Liebe und Ehe gefährden können. Aber es gibt auch Möglichkeiten, ihnen wirksam zu begegnen; moderne Menschen nutzen sie.“

Das „Neue“ und die „Möglichkeiten“ sind als Spezialkondome, ejakulationsverzögernde und stärkende Mittel, intime Kosmetika, anregende Lektüre usw. in reicher Auswahl zu kaufen. Und mit der Empfehlung an die moderne Frau, als besonderes Zeichen der Aufgeschlossenheit jene magischen Dessous zu erwerben, verbindet sich ganz zwanglos die Warnung vor dem Konsumverzicht:

„Schenken Sie Ihrem Mann hin und wieder eine neue Frau, aber sorgen Sie dafür, daß Sie es sind!“

Fassen wir zusammen: Unsere Gesellschaft braucht heute Individuen, die sich frei und selbstverantwortlich für ihr Glück fühlen, die aber ebenso lenkbar, diszipliniert und unwissend über die eigentlichen Möglichkeiten ihrer Selbstverwirklichung bleiben wie früher. Das eine erreicht sie durch die öffentliche Zulassung bisher verpönter sexueller Freiheiten, das andere durch die Intensivierung der jahrtausendealten Verbiegung und Verstümmelung der sexuellen Triebstruktur. Dabei behalten Ehe und Familie im Zusammenwirken mit den genannten modernen Herrschaftsmethoden ihre zentrale Bedeutung. Die Studenten aus Uppsala haben also tatsächlich einen neuralgischen Punkt unserer Gesellschaft getroffen. Ihre Idee von der Gruppenehe als Strategie zur qualitativen Umwälzung der Gesellschaft gehört jedoch zu den vielen sympathisch-illusionären Sozialutopien, an denen die Ideengeschichte so reich ist²⁸. Als Idee ohne dialektische und historisch-analytische Rückendeckung bleibt sie mit ihren Vorstellungen von der gesellschaftlichen Praxis weit unterhalb ihres theoretischen Anspruchs. Solange sich in ihr der Glaube an die systemüberwindende Wirksamkeit von beispielhaften Reformmodellen ausdrückt, gesteht sie ihr Unvermögen, die eigentlichen Herr-

28 Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Sammlung Göschen, Bd. 1205/1205 a. 1962.

schaftsverhältnisse und das Ausmaß der unverschuldeten Unmündigkeit des einzelnen zu durchschauen. In einer revolutionierten Gesellschaft, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen abgeschafft sein wird, werden sich zweifellos auch neue Formen des menschlichen Zusammenlebens bilden. Unter den bestehenden Verhältnissen jedoch ist ein Zusammenleben in Form der Gruppenehe für die meisten Individuen völlig undurchführbar. Und auch die wenigen Individuen, die auf Grund besonderer Umstände dazu fähig wären, werden sich kaum der Gefahr entziehen können, daß für sie die Gruppenehe wieder dieselben Funktionen übernimmt wie die herkömmliche Ehe und Familie: Privatisierung des dürftigen individuellen Glücks, Versöhnung mit dem wachsenden allgemeinen Unglück²⁹, und disziplinierende Bindung aller herrschaftsgefährdenden Konflikte, aller konstruktiven und destruktiven Triebkräfte.

Die Ambivalenz des bürgerlichen Individuums gegenüber Kommune und Gruppenehe beruht also auf einem doppelten Konflikt: dem Konflikt zwischen dem wachsenden Elend unserer bestehenden Verhältnisse und der tabuisierten Hoffnung auf ein dauerhaftes, umfassendes, schuldfreies Glück im Diesseits und dem Konflikt zwischen dem Glücksversprechen jener Lebensformen und der Unmöglichkeit, sie in unserer Gesellschaft zu verwirklichen.

29 Erwin K. Scheuch teilt als Ergebnis seiner soziologischen Feldforschungen mit: „Auch Universitätsprofessoren unterhalten sich zuhause öfter über Haushaltsgeld oder die laufende Nase von Fritzchen als über Musikästhetik oder den Krieg in Vietnam (!). Zumindest tun sie dies in funktionierenden (!) Ehen.“ Und weiter: „Nach dem Abbau (!) der ersten Leidenschaft — und die kann nur konstruktiv sein für eine Liebesbeziehung und nicht für eine Ehe (!) — erweist sich als Grundlage der Ehe die Gemeinsamkeit der Interessen an den sachlichen Problemen (!) der Familie.“ (Aus: Mißverständnisse über die Ehe, in: Krise der Ehe? 13 Vorträge. Piper Paperback 1966, S. 145 f.) Scheuchs Vortrag ist ein Musterbeispiel für die Korruption der „wertfreien“, empiristischen Soziologie durch die „facts“ der kapitalistischen Gesellschaft. Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Wissenschaft als Mittel des Terrors im Dienste der Herrschenden: „Überall (in Südamerika) wimmelt es von (US-)Beratern, wie sie sich nennen. Gruppen von Soziologen und Wirtschaftsexperten arbeiten außerdem auf dem Lande in den potentiellen Guerillagebieten und führen Umfragen durch, mit denen sie die Hoffnungen und die Unruhe der Bauern röntgen wollen, so daß die Repressionsmaßnahmen gezielter und wirksamer getroffen werden können“ (C. B. Gutiérrez: Ernesto Ché Guevara — die Askese des Aufstandes, in: Forum academicum, Heidelberg 5/67, S. 7). S. a. Anm. 21 und J. Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution. edition suhrkamp 255, Frankfurt a. M. 1968.

Allg. Literatur zum Thema

Th. W. Adorno: *Sexualtabus und Recht heute*. a.a.O.

Das Argument, Hefte Nr. 22, 23, 24, 35, über: *Emanzipation der Frau — zur Problematik von Sexualität und Herrschaft*.

Emanzipation und Ehe. Ed. Christa Rotzoll. München 1968.

Josef Gabel: *Ideologie und Schizophrenie — Formen der Entfremdung*. Hamburg 1967.

Werner Hofmann: *Verelendung*, in: *Folgen einer Theorie, Essays über 'Das Kapital' von Karl Marx*. edition suhrkamp 226.

Max Horkheimer, ed.: *Studien über Autorität und Familie*. Paris 1936.

Krise der Ehe? a.a.O. Dort besonders die Beiträge von A. Mitscherlich, A. Comfort, T. Brocher, M. Horkheimer.

Herbert Marcuse: *Triebstruktur und Gesellschaft*. a.a.O. *Der eindimensionale Mensch*. Neuwied 1967. *Kultur und Gesellschaft I. und II.* edition suhrkamp 101 und 135. Dort besonders die Essays: *Kritik des Hedonismus*. — *Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers*. — *Ethik und Revolution*.

Antworten auf H. Marcuse. ed.: J. Habermas. edition suhrkamp 263, 1968.

Arno Plack: *Die Gesellschaft und das Böse — eine Kritik der herrschenden Moral*. München 1967.

Wilhelm Reich: *Die sexuelle Revolution*. Neuauflage Frankfurt a. M. 1966.

Paul Ricoeur: *Sexualität, Wunder — Abwege — Rätsel*. Fischer Bücherei 811, Hamburg 1967.

Karel Kosik: *Die Dialektik des Konkreten*. Suhrkamp Verlag 1967.